

Bekanntmachung der Universitätsstadt Siegen

Die 13. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses findet am

Mittwoch, 07.12.2022, 16:00 Uhr,

im Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7, 57078 Siegen, Großer Sitzungssaal, statt.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 28.09.2022
- 1.1 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 02.11.2022
2. Fragestunde
3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung
4. Bezuschussung Apollo Theater in den Jahren 2023-2025
5. Gewährung von Zuschüssen für die Unterhaltung vereinseigener bzw. angemieteter Sportanlagen an die Sportvereine der Universitätsstadt Siegen
6. Gewährung von Zuschüssen für die Durchführung von Bau- und Ausbaumaßnahmen an vereinseigenen oder angemieteten Sportanlagen
7. Festsetzung der Mietkonditionen für die Siegerlandhalle, die Bismarckhalle und die von der Universitätsstadt Siegen bewirtschafteten Bürgerhäuser ab dem 01.01.2023
Hier: Außerordentliche Erhöhung aufgrund der gestiegenen Energiekosten
8. Brandschutzbedarfsplan der Universitätsstadt Siegen (2. Fortschreibung)
9. Beauftragung eines Städtebaulichen Masterplans Innenentwicklung Siegen als städtebauliches Entwicklungskonzept
10. 106. Änderung des Flächennutzungsplans und Bebauungsplan Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg" im Stadtteil Siegen (Feststellungs- und Satzungsbeschluss)
hier:
 - Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
 - Zusammenfassende Prüfung und Beschluss der Abwägung aller im Planverfahren eingegangenen Anregungen und Hinweise
 - Beschluss der 106. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP-Änderung) der Stadt Siegen
 - Beschluss des Bebauungsplans Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg"

11. 110. Änderung des Flächennutzungsplans und Bebauungsplan Nr. 461 "PV-Anlage Schlackenhalde Eiserfeld" im Stadtteil Siegen-Eiserfeld
hier:
- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
 - Aufstellungsbeschluss der 110. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) und des Bebauungsplans Nr. 461 "PV-Anlage Schlackenhalde Eiserfeld"

B. NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 28.09.2022
- 1.1 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 02.11.2022
2. Wichtige Verwaltungsangelegenheiten
3. Genehmigung von Stundungen gem. § 8 a Abs. 6 Kommunalabgabengesetz Nordrhein-Westfalen
4. Genehmigung von Stundungen gem. § 8 a Abs. 6 Kommunalabgabengesetz Nordrhein-Westfalen über Straßenbaubeiträge
5. Stundung eines Straßenbaubeitrages gemäß § 8 a Abs. 7 Kommunalabgabengesetz Nordrhein-Westfalen ohne Festsetzung von Fälligkeiten
6. Zahlung von Bestattungsgebühren
7. Verschiedenes
8. Mitteilungen an die Presse

Alle Informationen sind auch im Ratsinformationssystem der Stadt Siegen unter www.siegen.de abrufbar.

Siegen, 25.11.2022

Der Bürgermeister

Ö F F E N T L I C H E N I E D E R S C H R I F T

über die 13. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

vom: **07.12.2022**

von: **16:00 Uhr**

bis: **16:45 Uhr**

Ort: **Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7,
57078 Siegen, Großer Sitzungssaal**

Anwesend waren:

Vom Haupt- und Finanzausschuss:

Bürgermeister Mues, Steffen
Stv Bell, Achim
Stv Boller, Joachim
Stv Groß, Michael
Stv Hähner, André
Stv Klein, Henning
Stv Klein, Marc
Stv Lorenz, Reiner
Stv Molzberger, Adhemar
Stv Schiltz, Ingmar
Stv Schwarzer, Michael
Stv Shirley, Julia
Stv Sondermann, Christian Paul
Stv Tigges, Johannes
Stv Walter, Klaus Volker
Stv Weber, Frank
Stv Wittenburg, Samuel

als Vorsitzender
vertritt Bertelmann, Hans-Günter

vertritt Rujanski, Detlef

Beratende Mitglieder:

Stv Steffe, Roland

Von der Verwaltung:

StK Cavellius
StBR Schumann
StR Fries
Dezernent Schmidt
Städt. VD Werthenbach
Städt. Oberbrandrat Ebertz
VA Scheffler
VA Schneider (Personalrat)
StAR Münker

Nicht anwesend waren:

Stv Bertelmann, Hans-Günter	vertreten durch Stv Bell, Achim
Stv Rujanski, Detlef	vertreten durch Stv Lorenz, Reiner

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 28.09.2022

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

13. HFA 07.12.2022

1.1 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 02.11.2022

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

13. HFA 07.12.2022

2. Fragestunde

Es wurden keine Anfragen eingereicht.

13. HFA 07.12.2022

3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

13. HFA 07.12.2022

4. Bezuschussung Apollo Theater in den Jahren 2023-2025

Vorlage Nr. VL 1089/2022

Sowohl Herr Groß, Herr Schiltz und Herr Klein als auch verwaltungsseitig Bürgermeister Mues, Herr Cavelius und Herr Fries äußern sich erstaunt über die Position des Kreises und des Kreistages, eine Bezuschussung zu verweigern. Sie stellen einvernehmlich die Bedeutung des Apollo Theaters über die Stadt Siegen hinaus für die gesamte Region heraus. Das Theater werde nicht durch die Stadt Siegen, sondern von einem Verein mit einem sehr breiten bürgerschaftlichen Engagement getragen, welches unterstützt werden muss.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Auszahlung eines Zuschusses in Höhe von jeweils 50.000 € in den Jahren 2023, 2024 und 2025 an das Apollo Theater Siegen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

13. HFA 07.12.2022

5. Gewährung von Zuschüssen für die Unterhaltung vereinseigener bzw. angemieteter Sportanlagen an die Sportvereine der Universitätsstadt Siegen

Vorlage Nr. VL 1137/2022

Mit Hinweis auf § 31 GO NRW verlässt Herr Schiltz den Sitzungsraum.

Beschluss:

Der Sport- und Bäderausschuss und der Haupt- und Finanzausschuss der Universitätsstadt Siegen beschließen, die in der Anlage zur Vorlage aufgeführten Zuschüsse an die Vereine zu gewähren.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

13. HFA 07.12.2022

6. Gewährung von Zuschüssen für die Durchführung von Bau- und Ausbaumaßnahmen an vereinseigenen oder angemieteten Sportanlagen

Vorlage Nr. VL 1141/2022

Mit Hinweis auf § 31 GO NRW verlässt Herr Schiltz den Sitzungsraum.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss der Universitätsstadt Siegen beschließt die Gewährung von Zuschüssen zu den geplanten Baumaßnahmen der in der Vorlage aufgeführten Sportvereine in einer **Gesamthöhe von 15.714,63 zzgl. anerkennungsfähiger Eigenleistungen in Höhe von voraussichtlich 1.110 Euro.**

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

13. HFA 07.12.2022

- 7. Festsetzung der Mietkonditionen für die Siegerlandhalle, die Bismarckhalle und die von der Universitätsstadt Siegen bewirtschafteten Bürgerhäuser ab dem 01.01.2023**
Hier: Außerordentliche Erhöhung aufgrund der gestiegenen Energiekosten

Vorlage Nr. VL 1156/2022

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Mietanpassung entsprechend der in der Verwaltungsvorlage genannten Konditionen ab dem 01.01.2023.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

13. HFA 07.12.2022

- 8. Brandschutzbedarfsplan der Universitätsstadt Siegen (2. Fortschreibung)**

Vorlage Nr. VL 1155/2022

Herr Schiltz führt aus, die SPD-Fraktion habe sich sehr intensiv mit der Fortschreibung befasst, da die Hilfsfristen teilweise recht deutlich überschritten werden. Das Ziel, diese in 90 % der Einsätze einzuhalten solle beibehalten werden. Jedoch werde es – gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - als sinnvoll angesehen, die Optimierungsmaßnahmen mittels externer Expertise auf Plausibilität und finanzielle Folgen zu untersuchen. Dieser Vorschlag richte sich explizit nicht gegen die Aktiven in der Feuerwehr, sondern solle dazu beitragen, ein möglichst optimales Konzept zu erhalten. Dieses beinhalte unter anderem den Baumaßnahmen an 12 Feuerwehrgerätehäusern, die den städtischen Haushalt erheblich belasten werden, wozu aber noch keine Kostenschätzungen vorliegen. Im Jahr 2024 solle dann auf der Grundlage der vorliegenden Daten eine Überprüfung der Zielerreichung vorgenommen werden.

Herr Bell erklärt, dass die UWG-Fraktion noch nicht abschließend beraten und sich eine Meinung gebildet hat. Er hat den Eindruck, dass der Antrag von SPD und Grünen in die richtige

Richtung geht und möchte dazu Sachverstand einholen. Daher beantragt er, heute von einer Beschlussempfehlung für den Rat abzusehen.

Für Herrn Weber ist der Antrag nicht nachvollziehbar und stellt einen Affront gegenüber der Feuerwehr dar, zumal im Fachausschuss keine Einwände vorgebracht wurden. Es ist auch nicht vorgesehen, das Konzept „durchzuwinken“, sondern vielmehr dieses als Grundlage für die künftige Arbeit zu verabschieden. Im Weiteren werden, wie bisher auch, die einzelnen Maßnahmen in den politischen Gremien beraten und beschlossen. Jetzt noch eine Zwischenprüfung vorzusehen führt zu unnötigem Zeitverzug und zu unnötigen Kosten.

Auch für Herrn Ebertz ist der Änderungsvorschlag unverständlich. Das Konzept sei nicht das erste, was die Feuerwehr erarbeitet habe. Die Maßnahmen werden, wie bisher, zu gegebener Zeit in der Politik vorgestellt. Die Baumaßnahmen in bzw. an den Gerätehäusern sind erforderlich, um zum einen den Bedarfen der ehrenamtlichen Einsatzkräfte und zum anderen den Unfallverhütungsvorschriften zu entsprechen. Die Liste der Optimierungsmaßnahmen wurde mit dem Ziel erstellt, die jeweiligen konkreten Aufträge zu erteilen.

Herr Groß entgegnet, es sei durchaus üblich, bei umfassenden Vorhaben externen Sachverstand einzuholen, wie auch bei der Hallenbad-Planung geschehen. Der Brandschutzbedarfsplan sei sowohl konzeptionell als auch finanziell sehr umfassend und rechtfertige das Vorgehen. Dies stehe der Anerkennung für die Arbeit der Feuerwehr nicht entgegen.

Herr Cavelius betont, dass die Sanierungsmaßnahmen an den Feuerwehrgerätehäusern unabhängig von der Frage der Hilfsfristen gesehen werden müssen. Sie dienen der Unfallverhütung und auch, dem Bedarf z. B. nach getrennten Umkleidemöglichkeiten etc. zu entsprechen. Dazu brauche es kein externes Gutachten. Vielmehr ist in hohem Maß interner Sachverstand vorhanden, der auch von anderen Wehren in Anspruch genommen werde.

=> *Abschließend verständigt man sich darauf, die Vorlage ohne Abstimmung weiterzugeben.*

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die 2. Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes für die Feuerwehr der Universitätsstadt Siegen und beauftragt die Verwaltung, die unter Ziffer 10 im Brandschutzbedarfsplan aufgeführten Optimierungsmaßnahmen umzusetzen.

Beratungsergebnis: Überweisung ohne Abstimmung in den weiteren Beratungsgang

13. HFA 07.12.2022

9. Beauftragung eines Städtebaulichen Masterplans Innenentwicklung Siegen als städtebauliches Entwicklungskonzept

Vorlage Nr. VL 1122/2022

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, einen **städtebaulichen Masterplan Innenentwicklung Siegen** für die Gesamtstadt erarbeiten zu lassen und die dafür erforderlichen vorbereitenden Maßnahmen durchzuführen.
2. Für **stadtentwicklungspolitisch wichtige Grundstücke** (Schlüsselgrundstücke), die im Laufe des obigen Prozesses identifiziert werden, sollen vertiefende Testentwürfe erarbeitet werden.
3. Das Konzept soll als städtebauliches Entwicklungskonzept der Stadt Siegen gem. § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB beschlossen werden, um als Entwicklungskonzept zur Stärkung der Innenentwicklung (gemäß § 176a BauGB) im Kontext des Baulandmobilisierungsgesetzes Anwendung zu finden.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

13. HFA 07.12.2022

10. 106. Änderung des Flächennutzungsplans und Bebauungsplan Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg" im Stadtteil Siegen (Feststellungs- und Satzungsbeschluss)
hier:

- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Zusammenfassende Prüfung und Beschluss der Abwägung aller im Planverfahren eingegangenen Anregungen und Hinweise
- Beschluss der 106. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP-Änderung) der Stadt Siegen
- Beschluss des Bebauungsplans Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg"

Vorlage Nr. VL 1104/2022

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

- die im Verfahren zur 106. FNP-Änderung und zum Bebauungsplan Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg" eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 3) entsprechend der Anlage 4 zu behandeln. Die Anlagen sind Bestandteil der Beschlussfassung;
- die 106. FNP-Änderung in der Fassung vom 29.09.2022 (Anlage 5) samt Begründung, Umweltbericht und artenschutzrechtlichem Fachbeitrag (Anlagen 6, 9 und 10);
- den Bebauungsplan Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg" (Anlage 7) in der Fassung vom 11.10.2022 als Satzung samt Begründung und Umweltbericht (Anlagen 8 und 9).

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen 13. HFA 07.12.2022

11. **110. Änderung des Flächennutzungsplans und Bebauungsplan Nr. 461 "PV-Anlage Schlackenhalde Eiserfeld" im Stadtteil Siegen-Eiserfeld**
hier:
- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Aufstellungsbeschluss der 110. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) und des Bebauungsplans Nr. 461 "PV-Anlage Schlackenhalde Eiserfeld"

Vorlage Nr. VL 1128/2022

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Aufstellung der 110. Änderung des Flächennutzungsplans und des Bebauungsplans Nr. 461 "PV-Anlage Schlackenhalde Eiserfeld" im Stadtteil Siegen-Eiserfeld gemäß § 2 Abs. 1 BauGB.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

13. HFA 07.12.2022

gez.
Bürgermeister

gez.
Schriftführerin

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 2
Bereich: Kulturförderungen und -veranstaltungen
Bearbeitet von: Sarah Wissenbach

Siegen, 17.10.2022

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Kulturausschuss	22.11.2022
Haupt- und Finanzausschuss	07.12.2022
Rat	21.12.2022

Kurzbezeichnung:

Bezuschussung Apollo Theater in den Jahren 2023-2025

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Auszahlung eines Zuschusses in Höhe von jeweils 50.000 € in den Jahren 2023, 2024 und 2025 an das Apollo Theater Siegen.

Sachverhalt / Begründung:

Zwei Jahre Pandemie haben das kulturelle Leben und damit auch das Apollo-Theater erheblich getroffen - mit stark rückläufigen Besucherzahlen, Abonnementkündigungen und daraus resultierenden Einnahmerückgängen. Bisher konnte das Defizit durch vorhandene Rücklagen ausgeglichen werden. Für die neue Spielzeit 2022/2023 ist dies nicht mehr möglich. Aufgrund der oben beschriebenen Entwicklung ist eine Unterdeckung für die kommende Spielzeit und die darauffolgenden beiden Spielzeiten zu erwarten. Diese Unterdeckung soll durch die Unterstützung der Stadt Siegen und des Kreises Siegen-Wittgensteins zu gleichen Teilen, durch Förderprogramme des Bundes und des Landes NRW, durch Sponsoren und durch bürgerliches Engagement gedeckt werden. Nach Einschätzung von Experten wird es vermutlich mehrere Jahre andauern, bis die volle Auslastung wieder erreicht wird.

Zu den Fakten:

Die Besucherzahlen des Apollo Theaters sind aufgrund der pandemischen Situation insgesamt von 97.292 (Spielzeit 18/19) auf 25.932 (Spielzeit 21/22) gesunken. Das entspricht ei-

nem Rückgang um 73 %. Zudem verzeichnet das Theater 30 % weniger Abonnenten als vor der Corona-Pandemie. Waren es 2019 insgesamt 3.084 Abonnenten, konnten 2022 lediglich 2.181 gezählt werden.

Im Vergleich zu den Jahren vor der Corona-Pandemie ist das ein Einnahmeverlust von rund 450.000 €, bei gleichbleibenden Ausgaben. Noch nicht eingerechnet sind die Einnahmeverluste durch die Ausbleibenden Garderobeneinnahmen oder den Programmverkauf. Diese Finanzierungslücke gilt es zu decken.

Als der Wirtschaftsplan für die Spielzeit 22/23 kalkuliert wurde, ist man von 70 % Auslastung ausgegangen. Allerdings war die aktuelle Energiekrise da noch kein Thema. Wie sich das auf die Besucherzahlen und die Einnahme- und Ausgabesituation auswirkt, ist im Moment noch nicht abzuschätzen.

Hinzu kommt die Unsicherheit durch das neue Infektionsschutzgesetz, welches seit 01.10.2022 gilt. Zunächst sind keine weiteren Corona-Regeln einzuhalten. Trotzdem ist die Lage für das Theater ungewiss, denn das Gesetz sieht Beschränkungen bei Besucherzahlen und Abstandsregeln vor, wenn es die Infektionslage erfordert. Zu beobachten ist, dass die Verunsicherung bei den Besuchern deutlich spürbar ist. Es herrscht Unsicherheit, ob Veranstaltungen wegen Corona ausfallen; Unsicherheit wegen der Möglichkeit einer potentiellen Ansteckung, Unsicherheit, ob das Theater beheizt sein wird. Die Unsicherheit der Besucher/innen schlägt sich in den ausbleibenden Kartenverkäufen nieder. Das Apollo Theater rechnet nicht damit, dass sich die Lage schnell ändert.

Um die Finanzierung des Theaters in den nächsten drei Jahren trotz der Einnahmeverluste sicher zu stellen, ist daher ein jährlicher Zuschuss von jeweils 50.000 € durch die Stadt Siegen und durch den Kreis Siegen-Wittgenstein notwendig. Hinzu kommen Mittel von Sponsoren und weiteren Förderprogrammen, um die Deckung der Ausgaben zu erreichen.

Ausblick auf die neue Spielzeit 2022/2023:

Das Apollo Theater hat in seiner 16. Spielzeit eine große Veränderung erfahren. Nach 15 Jahren gibt es einen neuen künstlerischen Leiter und Geschäftsführer - Markus Steinwender. In seiner ersten Spielzeit hat er bereits einige Veränderungen angestoßen. Ein erklärtes Ziel ist, die Altersgruppe der 30 bis 40-Jährigen mit neuen Programmformaten anzusprechen.

Zu den bereits umgesetzten Änderungen gehören z.B.:

- das klassische Spielzeitheft ist vom neuen Apollo Magazin, welches 4-mal im Jahr erscheint, abgelöst worden;
- Design und Logo präsentieren sich in neuer Gestalt;
- die Abonnements wurden umstrukturiert. Es gibt ein gemeinsames Abo mit dem Bruchwerk Theater.

Im Fokus des Apollo Theaters steht das Kinder- und Jugendtheater. Eine Theaterpädagogin wurde für diesen Bereich extra engagiert. Es gibt zusätzliche Angebote, wie z.B. das Klassenzimmerstück "Meine Schwester An(n)a" oder weitere Ermäßigungen (bis zu 40 %) auf die Eintrittspreise.

Viele Neuerungen sind bereits sichtbar. Diese sollen zur Attraktivitätssteigerung beitragen, einen Imagewechsel herbeiführen, aber dabei das Altbewährte nicht aus dem Augen lassen.

All diese Veränderungen sollen schlussendlich die Kartenverkäufe wieder steigern und somit das Defizit reduzieren. Allerdings ist das nicht kurzfristig möglich. Daher ist das Apollo-Theater auf finanzielle Hilfe angewiesen. Die Entscheidung über eine jährliche Bezuschussung ist auch eine Bestätigung der neuen Wege, die der Intendant einschlägt. Ohne die Bezuschussung könnte auch das Kinder- und Jugendtheater in dieser ausgeprägten Form mit den zusätzlichen Angeboten nicht stattfinden.

Die Verwaltung ist zu dem Schluss gekommen, das Apollo Theater finanziell zu unterstützen und durch einen positiven Beschluss ein Zeichen für weitere Fördergeber und Spender zu setzen. Daher schlägt die Verwaltung vor, dem Apollo Theater in den Jahren 2023, 2024 und 2025 einen Betrag von jeweils 50.000 Euro zu gewähren. Dies, sofern die restliche öffentliche Finanzierung seitens des Theaters gesichert werden kann. Das Einwerben von Sponsoren- und Fördergelder war bereits erfolgreich. Die Ziele wurden erreicht. Mögliche Förderungen des Bundes und des Landes NRW wurden beantragt und teilweise schon ausgezahlt.

Entsprechende Mittel sind bereits im Haushaltsentwurf für 2023 enthalten.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
150.000,00 €				

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input checked="" type="checkbox"/> im Ergebnisplan 50.000,00 € in 2023	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode 04070100 Sachkonto 4146000
--	--	-------------------------------	----------------------------------	---

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz 			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

i.V.

gez.

Arne Fries

Stadtrat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 2
Bereich: Sport und Bäder
Bearbeitet von: Frau Klement

Siegen, 07.11.2022

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Sport- und Bäderausschuss **23.11.2022**

Haupt- und Finanzausschuss **07.12.2022**

Kurzbezeichnung:

Gewährung von Zuschüssen für die Unterhaltung vereinseigener bzw. angemieteter Sportanlagen an die Sportvereine der Universitätsstadt Siegen

Beschlussvorschlag:

Der Sport- und Bäderausschuss und der Haupt- und Finanzausschuss der Universitätsstadt Siegen beschließen, die in der Anlage aufgeführten Zuschüsse an die Vereine zu gewähren.

Sachverhalt / Begründung:

Gemäß der „Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates“ – Ordnungsziffer 00.012 – wurde den Ausschüssen des Rates der Universitätsstadt Siegen ihrem Zuständigkeitsbereich die Entscheidung über die Gewährung von einmaligen Zuschüssen in Höhe von über 1.000 Euro bis 5.000 Euro übertragen.

Darüber hinaus entscheidet der Haupt- und Finanzausschuss.

Mit der Zuschussgewährung soll eine Beihilfe zu den Unterhaltungs- und Betriebskosten vereinseigener und angemieteter Sportanlagen geleistet werden.

Gemäß dieser Zuständigkeitsregel fasst der Sport- und Bäderausschuss den Beschluss zur Gewährung der Zuschüsse an Siegener Sportvereinen zu den Maßnahmen Ziffer 13 - 38.

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen beschließt die Zuschüsse zu den Ziffer 39 - 43.

Bei der diesjährigen Antragsstellung haben sich geringfügige Änderungen ergeben, die entsprechend berücksichtigt wurden.

Die Fristen zur Einreichung der Antragsunterlagen wurden von allen Vereinen, bis auf einen, eingehalten.

Nach Beschlussfassung erfolgt die Auszahlung der bewilligten Zuschüsse umgehend über die Sparkasse Siegen.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input checked="" type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	--	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

Im Auftrag

gez.
Fries
Stadtrat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage: 1. [Anlage VL 1137 2022](#)

Ziffer	Verein	Zuschuss 2022
1	Schachverein Weidenau/Geisweid	112
2	Tauch- und Forschungsmeinschaft Siegen	177
3	Eisenbahner Sportverein	242
4	Tauchclub Octopus	394
5	Siegener Schachverein	483
6	Siegerländer Modellsportclub	743
7	SV Gosenbach	763
8	Schützenfreunde Setzem	774
9	TSV Siegen (Abteilung Fußball)	837
10	SSV Sohlbach- Buchen	879
11	Schützenverein Hengsbach & Almer	891
12	Schützenverein Rabenhain	991
13	Schützengilde Alchetal	1.018
14	Sportschützen Achenbach	1.018
15	Reitclub Rabenhain Volnsberg- Breitenbach	1.136
16	Schützenverein Meiswinkel	1.146
17	TuS Eisern	1.146
18	Schützenverein Niederschelden	1.170
19	1. BC Strikers Siegen	1.288
20	ASV Siegen- Weidenau (Ehem. VfB Weidenau/ ASC Siegen)	1.401
21	Schützenverein Kaan- Marienborn	1.526
22	Schützenverein Klafeld- Geisweid	1.526
23	Siegener SC	1.526
24	Shin Zen Siegen e.V.	1.541
25	Schützenverein Weidenau	2.037
26	Luftsportverein Siegerland	2.049
27	Kyffhäuser Schützenkameradschaft	2.164
28	Bürbacher Spielvereinigung	2.291
29	Pferdesportfreunde- Siegen- Dreisbach e.V. (ehem. Siegerländer Kleinpferdefreunde)	2.291
30	SSV Meiswinkel- Oberholzklau	2.291
31	Tennisverein Eiserfeld	2.291
32	Bowling- Sport- Verein	2.417
33	Karateverein Bushido Siegen	2.428
34	Schützenverein Eiserfeld	2.548
35	FC Grün- Weiß Siegen	2.928
36	Reit- und Fahrverein Eiserfeld	2.928
37	Siegener Reitverein	3.439
38	Tennisclub Siegen	4.458
39	Judovereinigung Siegerland	7.898
40	TV Niederschelden	8.279
41	TuS AdH Weidenau	9.744
42	TG Friesen Klafeld- Geisweid	10.574
43	TV Jahn Siegen	12.217
	Summe	108.000

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 2
Bereich: Sport und Bäder
Bearbeitet von: Frau Klement

Siegen, 08.11.2022

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Sport- und Bäderausschuss **23.11.2022**

Haupt- und Finanzausschuss **07.12.2022**

Kurzbezeichnung:

Gewährung von Zuschüssen für die Durchführung von Bau- und Ausbaumaßnahmen an vereinseigenen oder angemieteten Sportanlagen

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss der Universitätsstadt Siegen beschließt die Gewährung von Zuschüssen zu den geplanten Baumaßnahmen der in der Vorlage aufgeführten Sportvereine in einer **Gesamthöhe von 15.714,63 zzgl. anerkennungsfähiger Eigenleistungen in Höhe von voraussichtlich 1.110 Euro.**

Sachverhalt / Begründung:

Gemäß der „Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates“ – Ordnungsziffer 00.012 – wurde den Ausschüssen des Rates der Universitätsstadt Siegen ihrem Zuständigkeitsbereich die Entscheidung über die Gewährung von einmaligen Zuschüssen in Höhe von über 1.000 Euro bis 5.000 Euro übertragen.

Darüber hinaus entscheidet der Haupt- und Finanzausschuss.

Auf dem Konto 5317000 / Kostenträgercode 08010100 „Zuweisung an private Unternehmen / Vereine / Stiftungen“ sind im Haushaltsjahr 2022 insgesamt 27.000 Euro veranschlagt.

Die Auszahlung erfolgt gemäß den „Richtlinien über die Gewährung von Zuschüssen der Stadt Siegen“ – Ziff. 2.2. – i.d.R. gestaffelt, ausgehend vom Baufortschritt.

Ergänzend werden die „Richtlinien der Universitätsstadt Siegen zur Förderung des Sports“ – Ziff. 2.21 bis 2.25 – herangezogen.

Gemäß Ziffer 2.22 wird bei Eigenleistungen ein Stundensatz von 10 EUR zugrunde gelegt. Die Richtlinien wurden am 27.06.2012 beschlossen. Derzeit entspricht der angesetzte Stundensatz nicht dem gesetzlichen Mindestlohn. In Angleichung dessen wurde bei den Berechnungen der voraussichtlichen Zuschusshöhen der Eigenleistungen ein Stundensatz in Höhe von 12 Euro (Mindestlohn) als Basis zugrunde gelegt.

Auch auf diese Eigenleistungen wird ein Zuschuss von 10 % gewährt. In vielen Fällen sind die Antragsstellenden irrtümlich davon ausgegangen, dass die Eigenleistungen in voller Höhe berücksichtigt werden.

Folgende anererkennungsfähige Anträge liegen vor:

TV Niederschelden 1882 e.V.

Der TV Niederschelden plant eine Maßnahme.

Auf dem Außengelände müssen Maßnahmen zum Abfangen eines Hanges durchgeführt werden. Dies beinhaltet den Rückbau der vorhandenen Stützmauer aus alten Bahnschwellen und die fachgerechte Entsorgung des Materials. Ferner ist die Herstellung eines Fundaments für die neue Stützmauer aus L-Steinen geplant sowie das Pflastern der Parkplatzfläche.

Die Baukosten belaufen sich laut Finanzierungsplan auf 33.680 Euro. Eine Förderung durch Dritte ist nicht vorgesehen.

Hinsichtlich der anfallenden Arbeiten wird geplant, einiges in Eigenleistungen durchzuführen. Der Verein veranschlagt hierzu 11 Tage mit jeweils 8 Stunden Arbeit und einem Stundensatz von 15 Euro. Die Kosten werden mit 1.320 Euro angegeben. Diese sind laut Finanzierungsplan in der Gesamtbaukostensumme von 35.000 Euro brutto enthalten.

Der Stundensatz für die Eigenleistungen wird auf 12 Euro Mindestlohn gekürzt.

Aufgrund der Höhe der Gesamtkosten wird vorgeschlagen, dem Verein seitens der Universitätsstadt Siegen einen Zuschuss in Höhe von 10 % (max. 3.368 Euro zzgl. Eigenleistungen von voraussichtlich ungefähr 105,60 Euro) gemäß den aktuellen „Richtlinien der Stadt Siegen zur Förderung des Sports“ – Ziff. 2.2 – zu gewähren.

Turn- und Sportverein Siegen e.V. (TSV Siegen)

Der TSV Siegen plant eine Maßnahme.

Im Zuge des Umbaus des Vereinsheims soll die Gebäudeheizung sowie die Dusch- und Sanitärräume erneuert, ein barrierefreier und behindertengerechter Zugang geschaffen und zur allgemeinen baulichen Sicherheit Maßnahmen ergriffen werden.

Hinsichtlich der Gebäudeheizung soll eine energetische Ertüchtigung stattfinden, bei der die mehr als 30 Jahre alte Öl-Heizung durch eine moderne Pelletheizung ersetzt wird.

Ferner soll ein barrierefreier Zugang und allgemein Barrierefreiheit geschaffen werden. Als Einzelmaßnahmen sollen hierzu die Türen auf die Mindestdurchfahrbreite zur Nutzung durch Rollstühle aufgeweitet werden. Gleichzeitig erfolgt die Beseitigung von Stufen durch den Einsatz von Rampen nach DIN 18040-1. In Verbindung mit der Erneuerung der Dusch- und Sanitärräume soll zudem eine behinderten-gerechte Toilette eingerichtet werden. Dies beinhaltet eine entsprechende Gestaltung der Duschkmöglichkeiten.

Zur allgemeinen baulichen Sicherheit plant der Verein den Einbau einer einbruchshemmenden Zugangstür. Zudem soll in den Duschen und WC- Bereichen ein aktives Be- und Entlüftungssystem eingebaut werden. Der TSV Siegen beabsichtigt des Weiteren eine Überwachung und Steuerung der Wasserspeicher Temperatur als Legionellenschutz einzubauen.

Die Gesamtkosten belaufen sich laut dem Finanzierungsplan auf ca. 108.480,18 Euro netto. Im Zuge des Programms „Moderne Sportstätten 2022“ vom Land NRW wird diese Maßnahme mit 50 % gefördert. Laut Förderbescheid vom 14.12.2021 beträgt die Förderung 54.240 Euro. In den verbleibenden Gesamtkosten sind die geplanten Eigenleistungen des Vereins mit ca. 2.195 Euro enthalten. Da diese gesondert bezuschusst werden, sind sie bei der Berechnung der anererkennungsfähigen Gesamtkosten heraus zu nehmen. Damit verbleibt ein Eigenanteil in Höhe von 52.046,18 Euro.

Hinsichtlich der anstehenden Arbeiten die in Eigenleistungen durchgeführt werden sollen, kalkuliert der Verein diese mit 2.195 Euro. Die Summe setzt sich aus 11 Arbeitstagen mit jeweils 8 Stunden Arbeit zusammen. Als Stundensatz werden 15 Euro pro Stunde zugrunde gelegt. Dieser wird bei der Berechnung des Zuschusses für die voraussichtlichen Eigenleistungen auf den Mindestlohn von 12 Euro pro Stunde verringert.

Aufgrund der Höhe der Gesamtkosten wird vorgeschlagen, dem Verein seitens der Universitätsstadt Siegen einen Zuschuss in Höhe von 10 % (max. 5.204,62 Euro zzgl. Eigenleistungen in Höhe von ca. 133,20 Euro) gemäß den aktuellen „Richtlinien der Stadt Siegen zur Förderung des Sports“ – Ziff. 2.2 – zu gewähren.

SV Setzen

Der SV Setzen plant eine Maßnahme.

Im Zuge der Renovierung des Sportheims des SV Setzen sollen die Toiletten kernsaniert werden. Ferner beabsichtigt der Verein neue Fenster und Eingangstüren, sowie einen neuen Fußbodenbelag und Thekenbereich einzubauen.

Gemäß Finanzierungsplan belaufen sich die Gesamtkosten der Renovierung auf 40.961,85 Euro netto. Im Zusammenhang mit der Maßnahme wurde ein Antrag auf Förderung durch das Programm „Moderne Sportstätten 2022“ vom Land NRW gestellt und am 02.11.2021

bewilligt. Es werden ca. 50 % der Maßnahme gefördert, sodass eine Förderung von 20.480 Euro zu einem verbleibenden Eigenanteil in Höhe von 20.481,85 Euro führt.

Der SV Setzen plant Arbeiten, die die Abbruch- und Entsorgungsmaßnahmen sowie die Sanierung der WCs betreffend in Eigenleistung durchzuführen. Die Eigenleistungen der Helfer werden hierbei mit einer Stundenzahl von 181 Stunden angegeben. Als Stundensatz veranschlagt der Verein 15 Euro pro Stunde. In Summe belaufen sich die Eigenleistungen laut Verein auf 2.715 Euro.

Die berechnete Summe der Eigenleistungen von dem Verein wird von dem verbleibenden Eigenanteil abgezogen, da sie gesondert bezuschusst werden. Somit verbleibt ein anrechenbarer Eigenanteil in Höhe von 17.766,85 Euro.

Der veranschlagte Stundensatz der Eigenleistungen des Vereins von 15 Euro ist auf den Mindestlohn von 12 Euro zu kürzen. Damit ergeben sich anrechenbare Eigenleistungen in Höhe von 2.172 Euro.

Aufgrund der Höhe der Gesamtkosten wird vorgeschlagen, dem Verein seitens der Universitätsstadt Siegen einen Zuschuss in Höhe von 10 % (max. 1.776,69 Euro zzgl. voraussichtlicher Eigenleistungen in Höhe von 217,20 Euro) gemäß den aktuellen „Richtlinien der Stadt Siegen zur Förderung des Sports“ – Ziff. 2.2 – zu gewähren.

FC Eiserfeld

Der FC Eiserfeld plant eine Maßnahme.

Das Fair- Play Stübchen soll im Rahmen des Förderprogramms „Moderne Sportstätten 2022“ vom Land NRW energetisch saniert werden. Die Maßnahme wird mit 50 % gefördert. Von den veranschlagten Gesamtkosten in Höhe von 47.547,45 Euro netto ergibt sich eine Förderung durch das Land NRW von 23.773 Euro.

Einige Arbeiten werden in Eigenleistungen geplant. Hierzu werden nach Schätzung des Vereins ungefähr 100 Stunden benötigt. Als Stundensatz setzt der FC Eiserfeld 15 Euro an. Damit ergeben sich Eigenleistungen in Höhe von 1.500 Euro nach Rechnung des Vereins. Unter Reduzierung des Stundensatzes auf den Mindestlohn, ist der Zuschuss zu den Eigenleistungen mit voraussichtlichen 120 Euro anzusetzen.

Aufgrund der Höhe der Gesamtkosten wird vorgeschlagen, dem Verein seitens der Universitätsstadt Siegen einen Zuschuss in Höhe von 10 % (max. 2.227,45 Euro zzgl. voraussichtlicher Eigenleistungen in Höhe von ca. 120 Euro) gemäß den aktuellen „Richtlinien der Stadt Siegen zur Förderung des Sports“ – Ziff. 2.2 – zu gewähren.

Siegerländer Modellsportclub

Der Siegerländer Modellsportclub plant eine Maßnahme.

Bei der Maßnahme handelt es sich um den Erwerb eines Rasenmähers. Für den Erwerb ist keine Förderung Dritter vorgesehen.

Ursprünglich wurde der Antrag auf Bezuschussung des Rasenmähers dem Unterhaltungszuschuss (Gewährung von Zuschüssen für die Unterhaltung vereinseigener bzw. angemieteter Sportanlagen an die Sportvereine der Universitätsstadt Siegen) zugeordnet. Unter Berücksichtigung der Situation und des Vereinssports wird der Erwerb jedoch eher als eine Investition angesehen. Folglich wurde der Antrag abgeändert.

Die Erwerbskosten belaufen sich auf 6.569 Euro.

Aufgrund der Gesamtkosten wird vorgeschlagen, dem Verein seitens der Universitätsstadt Siegen einen Zuschuss in Höhe von 10 % (max. 656,90 Euro) gemäß den aktuellen „Richtlinien der Stadt Siegen zur Förderung des Sports“ – Ziff. 2.2 – zu gewähren.

Schützenverein Niederschelden

Der Schützenverein Niederschelden plant eine Maßnahme.

Die elektronische Schießanlage des 50 m KK- Standes soll erneuert werden.

Dem Finanzierungsplan zufolge betragen die Gesamtkosten 12.300 Euro. Es ist weitere Förderung der Maßnahme vorhanden. Der Antragsstellung nach plant der Verein ca. 600 Euro in Eigenleistung zu erbringen. Der Betrag von 600 Euro Eigenleistungen wird gesondert bezuschusst. Insofern sind sie von den Gesamtkosten abzuziehen. Es verbleiben Kosten in Höhe von 11.700 Euro.

Aufgrund der Höhe der Gesamtkosten wird vorgeschlagen, dem Verein seitens der Universitätsstadt Siegen einen Zuschuss in Höhe von 10 % (max. 1.170 Euro zzgl. voraussichtlicher Eigenleistungen in Höhe von 48 Euro) gemäß den aktuellen „Richtlinien der Stadt Siegen zur Förderung des Sports“ – Ziff. 2.2 – zu gewähren.

Schützenverein Rabenhain

Der Schützenverein Rabenhain plant eine Maßnahme.

Im Zuge des Förderprogramms „Moderne Sportstätten 2022“ vom Land NRW, soll der 50 m KK-Stand modernisiert werden. Die Gesamtkosten der Maßnahme betragen 34.424,66 Euro und werden mit 15.000 Euro vom Land gefördert. Dies entspricht einer ca. 50 % Förderung. In dem verbleibenden Eigenanteil sind 6.315 Euro Eigenleistungen enthalten. Bei der Berechnung des anererkennungsfähigen Eigenanteils und unter Berücksichtigung, dass Eigenleistungen gesondert bezuschusst werden, ergibt sich ein Eigenanteil in Höhe von 13.109,66 Euro.

Aufgrund der Höhe der Gesamtkosten wird vorgeschlagen, dem Verein seitens der Universitätsstadt Siegen einen Zuschuss in Höhe von 10 % (max. 1.310,97 Euro zzgl. voraussichtlicher Eigenleistungen in Höhe von 486 Euro) gemäß den aktuellen „Richtlinien der Stadt Siegen zur Förderung des Sports“ – Ziff. 2.2 – zu gewähren.

Abgelehnte Anträge:

Billiardclub Siegerland

Der Billiardclub Siegerland hat eine Maßnahme geplant.

Das Kapital des Vereins (zwei kleine und zwei große Billardtische) sollte nach Abschluss der Saison erneuert werden. Konkret sollten die speziellen Tücher aus Belgien, mit denen die Billardtische bespannt sind, und die Billardkugeln ausgetauscht werden.

Die Gesamtkosten beliefen sich laut Finanzierungsplan auf ca. 2.000 Euro.

Gemäß den aktuellen „Richtlinien der Stadt Siegen zur Förderung des Sports“ – Ziff. 2.21 a) – ist der Antrag nicht förderfähig, da nicht alle Tatbestandsmerkmale der Richtlinie erfüllt werden. Die Voraussetzungen zur Anerkennungsfähigkeit zeigen auf, dass es sich um einen Erwerb, Neubau oder Modernisierung handeln muss. Die Erneuerung der Tücher und Billardkugeln würde unter den Aspekt Erwerb und Modernisierung fallen. Diese Voraussetzung ist erfüllt. Ferner muss es sich um eine vereinseigene Sportanlage oder Vereinsheim handeln. Die Billardtische sind Sportanlagen und folglich förderfähig. Als letzte Voraussetzung müssen über 3.000 Euro Baukosten (Ohne Eigenleistungen) vorhanden sein. Laut Finanzierungsplan und Angebot werden die 3.000 Euro Baukosten nicht erreicht, sodass der Antrag nicht förderfähig ist.

Der Antrag wurde mit Schreiben vom 07.06.2022 aufgrund der Nichterfüllung der Voraussetzungen abgelehnt.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer
16.824,63 Euro				<input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input checked="" type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode
	27.000 Euro			Sachkonto

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz 			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

Im Auftrag

gez.

Fries

Stadtrat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 3
Bereich: Siegerlandhalle
Bearbeitet von: W. Schneider

Siegen, 10.11.2022

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften	01.12.2022
Haupt- und Finanzausschuss	07.12.2022
Rat	21.12.2022

Kurzbezeichnung:

**Festsetzung der Mietkonditionen für die Siegerlandhalle, die Bismarckhalle und die von der Universitätsstadt Siegen bewirtschafteten Bürgerhäuser ab dem 01.01.2023
Hier: Außerordentliche Erhöhung aufgrund der gestiegenen Energiekosten**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Mietanpassung entsprechend der in der Verwaltungsvorlage genannten Konditionen ab dem 01.01.2023.

Sachverhalt / Begründung:

1. Derzeit gültiger Mietrahmen

Der Rat der Stadt Siegen hat mit Beschluss vom 22.12.2021 (VL 667/2021) die Mietsätze und Bewirtschaftungsregelungen für die Stadthallen und Bürgerhäuser mit Wirkung ab dem 01.01.2022 neu festgesetzt.

Diese aktuellen Mietpreise sind in der unten stehenden Tabelle in der Spalte „Mietpreis Euro bisher“ aufgeführt.

2. Gründe für eine Mietanpassung

Der im Ortsrecht der Stadt Siegen unter der Ordnungsziffer 76.011 festgelegte Mietrahmen beinhaltet auch einen pauschalen Anteil an Heiz- und Stromkosten. Die städtischen Gremien

haben sich in der Vergangenheit stets dafür ausgesprochen, die Mieten für die städtischen Hallen und Bürgerhäuser in regelmäßigen Abständen anzuheben, um der allgemeinen Kostenentwicklung Rechnung zu tragen. Dem bisherigen Turnus folgend, würde die nächste Anpassung zum 01.01.2024 erfolgen.

Aufgrund der stark gestiegenen Energiekosten und der damit verbundenen Erhöhung sämtlicher Bewirtschaftungs- und Unterhaltungsausgaben ist eine außerordentliche Erhöhung zum 01.01.2023 erforderlich. Um die gestiegenen Kosten zumindest teilweise abzudecken und die Mieter nicht zu überfordern, sollen alle Mietpreise um ca. 10 % angehoben werden.

Weiterhin behält sich die Verwaltung die Möglichkeit vor, in Einzelfällen die geltenden Mietpreise um bis zu 30% zu korrigieren. Dies ist in den vom Rat beschlossenen „Allgemeinen und grundsätzlichen Regelungen der Hallenbewirtschaftung“ (Ortsrecht der Stadt Siegen, Ordnungsziffer 76.010) verankert.

Alle im folgenden genannten Angaben verstehen sich als Nettopreise zuzüglich der gesetzlich geschuldeten Mehrwertsteuer.

Unter Zugrundelegung der vorgenannten Kriterien werden die folgenden Mietsätze ab dem 01.01.2023 vorgeschlagen:

Mietrahmen für die Siegerlandhalle ab dem 01.01.2023

Saal	Plätze/Reihen- bestuhlung	Plätze/Bankett- bestuhlung Parlamentarisch	Mietpreis Euro bisher	Mietpreis Euro neu
Großer Saal	1.940 + 20 Rollstuhlplätze		3.930,00	4.325,00
Großer Saal mit Galerie	2.435		4.720,00	5.190,00
Großer Saal		1.400	2.780,00	3.060,00
Großer Saal mit Galerie		1.900	3.450,00	3.795,00
Großer Saal unbestuhlt				
bis 1.500 Besucher			3.710,00	4.080,00
bis 3.800 Besucher			5.780,00	6.360,00
Großer Saal unbestuhlt mit Galerie (4.300 Besucher)			6.880,00	7.570,00
<u>Bei Nichtbelegung GrS:</u>				
Galerie: Foyer			1.100,00	1.210,00
Galerie: Krombacher Lounge			690,00	760,00
Galerie: zum Park	150	120/100	390,00	430,00
L.-Gläser-Saal	800		1.620,00	1.780,00
L.-Gläser-Saal		530	890,00	980,00
L.-Gläser-Saal mit Foyer	1.000		1.850,00	2.035,00
L.-Gläser-Saal mit Foyer		750	1.160,00	1.275,00
L.-Gläser-Saal unbestuhlt (1.250 Besucher)			2.990,00	3.290,00
Foyersaal	300		495,00	545,00
Foyersaal		240	390,00	430,00
Spandauer Saal	240		285,00	315,00
Spandauer Saal		180	210,00	230,00
Hüttensaal	380		390,00	430,00
Hüttensaal		300	365,00	400,00
Hüttensaal, abgeteilt	240		260,00	285,00
Hüttensaal, abgeteilt		160	220,00	240,00
Atriumsaal	180		250,00	275,00
Atriumsaal		140	190,00	210,00
Atriumsaal, abgeteilt	60		170,00	185,00
Atriumsaal, abgeteilt		50	135,00	150,00
Eintrachtsaal	100		210,00	230,00
Eintrachtsaal		90	185,00	205,00
Westfalenzimmer		36	120,00	130,00
Siegerlandzimmer		35	70,00	75,00
Clubzimmer		24	55,00	60,00
Konferenzzimmer		16	55,00	60,00

Messen und Ausstellungen in der Siegerlandhalle

Saal	Größe qm	Mietrahmen Euro/qm/Tag bisher	Mietrahmen Euro/qm/Tag neu	Summe Euro bisher	Summe Euro neu
Großer Saal	1.750	3,20	3,50	5.600,00	6.125,00
Großer Saal mit Foyer Erdgeschoss	3.200	2,90	3,20	9.280,00	10.240,00
Foyer Erdgeschoss	1.450	3,40	3,75	4.930,00	5.437,50
Foyer Erdgeschoss u. Obergeschoss	2.400	3,40	3,75	8.160,00	9.000,00
Foyer Obergeschoss (Galerie)	950	3,40	3,75	3.230,00	3.562,50
Hüttensaal	430	2,20	2,40	946,00	1.032,00
Foyer Hüttensaal	475	2,20	2,40	1.045,00	1.140,00
Leonhard-Gläser-Saal	680	2,70	3,00	1.863,00	2.040,00
Foyersaal	316	2,20	2,40	695,20	758,40
Spandauer Saal	196	2,20	2,40	431,20	470,40
Atriumsaal	191	2,10	2,30	401,10	439,30
Eintrachtsaal	153	2,10	2,30	321,30	351,90
Westfalenzimmer	71	2,00	2,20	142,00	156,20
Siegerlandzimmer	57	2,00	2,20	114,00	125,40
Clubzimmer		pauschal 85,00	pauschal 95,00	85,00	95,00
Konferenzzimmer		pauschal 85,00	pauschal 95,00	85,00	95,00

Bei Belegung der Freifläche (Außengelände) in Ergänzung zur Hallennutzung werden pro Tag/qm 2,10 € (alt: 2,00 €) zugrunde gelegt, mindestens jedoch 305,00 € (bisher: 290,00 €).

Bei der Belegung der Freifläche unabhängig von der Hallennutzung werden pro Tag/qm 2,75 € (bisher: 2,60 €) zugrunde gelegt.

Mietrahmen für die Bismarckhalle

Saal	Plätze/Reihen- bestuhlung	Plätze/Bankett- bestuhlung	Mietpreis Euro - bisher	Mietpreis Euro - neu
Großer Saal gesamt	510		630,00	695,00
Großer Saal gesamt		350	500,00	550,00
Großer Saal unbestuhlt bis 800 Besucher			1.050,00	1.155,00
Großer Saal I + II	400		500,00	550,00
Großer Saal I + II		240	440,00	485,00
Großer Saal II + III	230		290,00	320,00
Großer Saal II + III		160	250,00	275,00
Großer Saal I	280		400,00	440,00
Großer Saal I		180	335,00	370,00
Großer Saal II	110	80	190,00	210,00
Großer Saal III	120	80	190,00	210,00
Kleiner Saal	96		145,00	160,00
Kleiner Saal		60	105,00	115,00
Haardter Zimmer		30	55,00	60,00
Weidenauer Zimmer		30	55,00	60,00

Messen und Ausstellungen in der Bismarckhalle

Raum	Größe qm	Mietrahmen Euro/qm/Tag bisher	Mietrahmen Euro/qm/Tag neu
Großer Saal gesamt	466	2,40	2,65
Großer Saal I	240	2,30	2,55
Großer Saal II	100	2,30	2,55
Großer Saal III	126	2,30	2,55
Kleiner Saal	100	2,10	2,30
Weidenauer Zimmer	50	pauschal 85,00	pauschal 95,00
Haardter Zimmer	35/18	pauschal 85,00	pauschal 95,00

Mietrahmen für die Bürgerhäuser

Saal	Mietpreis Euro - bisher	Mietpreis Euro - neu
Bürgerhaus Oberschelden, Großer Saal	100,00	110,00
Bürgerhaus Oberschelden, Kleiner Saal	60,00	65,00
Bürgerhaus Oberschelden, beide Säle zusammen	120,00	130,00
Bürgerhaus Gosenbach	220,00	240,00

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein erwartete Mehreinnahmen in Höhe von 30.000 €

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	---

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input checked="" type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	--	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz 			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

In Vertretung

gez.

Wolfgang Cavelius

I Beigeordneter und Stadtkämmerer

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 3
Bereich: Feuerschutz und Rettungsdienst
Bearbeitet von: Matthias Ebertz, Erika Wilke

Siegen, 10.11.2022

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung	24.11.2022
Haupt- und Finanzausschuss	07.12.2022
Rat	21.12.2022

Kurzbezeichnung:

Brandschutzbedarfsplan der Universitätsstadt Siegen (2. Fortschreibung)

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die 2. Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes für die Feuerwehr der Universitätsstadt Siegen und beauftragt die Verwaltung, die unter Ziffer 10 im Brandschutzbedarfsplan aufgeführten Optimierungsmaßnahmen umzusetzen.

Sachverhalt / Begründung:

Gemäß § 3 des Gesetzes über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz (BHKG) vom 17.12.2015 haben die Gemeinden eine den örtlichen Verhältnissen entsprechend leistungsfähige Feuerwehr zu unterhalten, um Schadenfeuer zu bekämpfen sowie bei Unglücksfällen und bei solchen öffentlichen Notständen Hilfe zu leisten, die durch Naturereignisse, Explosionen oder ähnliche Vorkommnisse verursacht werden. Es handelt sich um eine Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung.

§ 3 Abs. 3 BHKG verpflichtet die Gemeinden, unter Beteiligung ihrer Feuerwehr einen Brandschutzbedarfsplan aufzustellen und diesen regelmäßig fortzuschreiben. Der Brandschutzbedarfsplan für die Universitätsstadt Siegen wurde am 1. August 2001 aufgestellt und am 22. Mai 2013 fortgeschrieben.

Eine Fortschreibung ist nur dann sinnvoll, wenn sich wesentliche Parameter ändern. Die Maßnahmen aus der 1. Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplans vom 22.05.2013 wurden zum größten Teil umgesetzt, so dass nun eine weitere Überprüfung des Gesamtsystems sinnvoll wurde.

Im Bereich der Feuerwehrgerätehäuser sind umfangreiche Maßnahmen notwendig, da diese nicht mehr den Erfordernissen der Unfallverhütungsvorschriften, der gesicherten Infrastruktur, der Geschlechtertrennung sowie der technischen Ausstattung entsprechen.

Ebenfalls ist die technische Ausstattung der Einsatzleitung zu erweitern sowie neue Einsatzbekleidung zu beschaffen, die auch Schutz bei Wald- und Vegetationsbränden leistet. Für die ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen sind Feuerwehruniformen ab dem Eintritt in die Feuerwehr zu beschaffen.

Der Brandschutzbedarfsplan soll bei Bedarf, spätestens zum 31.12.2027 fortgeschrieben werden.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	---

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input checked="" type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

In Vertretung

gez.

Wolfgang Cavelius
I Beigeordneter und Stadtkämmerer

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Brandschutzbedarfsplan 2022 Endfassung](#)

Bedarfsplan Brandschutz

Universitätsstadt Siegen
2022



Inhalt

1. Zusammenfassung.....	1
2. Einführung	2
3. Rechtliche Grundlagen.....	3
4. Übersicht über die Universitätsstadt Siegen	3
4.1. Allgemeines zur Universitätsstadt Siegen	3
4.2. Statistische Angaben über die Universitätsstadt Siegen.....	4
5. Gefährdungsanalyse	9
5.1. Allgemeine Gefährdungsbeurteilung	9
5.2. Schema zur Klassifizierung der Planquadrante	10
6. Schutzziel der Universitätsstadt Siegen.....	14
6.1. Szenario Beschreibungen	14
6.2. Qualitätskriterien	14
6.3. Zielerreichung	17
6.4. Schutzzielvereinbarung 2022	19
7. Struktur der Feuerwehr Siegen	23
7.1. Einsatzdienst	23
7.2. Feuerschutz und Rettungsdienst, Hauptamtliche Wache	24
7.3. Einsatzleitung und Einsatzführungsdienste.....	27
7.4. Sachgebiet Technik	28
7.5. Feuerschutz und Rettungsdienst, Freiwillige Feuerwehr	28
8. Standorte der Feuerwehr Siegen	30
9. Großeinsatzstellen, Katastrophen	35
10. Zusammenfassung aller Handlungsbedarfe des Brandschutzbedarfsplanes	37
10.1. Gebäude	37
10.2. Organisatorisch.....	38
10.3. Personal.....	38
10.4. Technik	38
11. Anlagen.....	40

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Ansicht Planquadrat	11
Abbildung 2: Hilfsfrist	15
Abbildung 3: Zielerreichungsgrad Hilfsfrist 1 2015-2019	18
Abbildung 4: Erreichung der Hilfsfrist 1 mit 9 Funktionen der Hauptamtlichen Wache.....	21
Abbildung 5: Übersicht Erreichbarkeit der verschiedenen Schutzziele	23
Abbildung 6: Waldbrand-Kataster.....	36
Abbildung 7: Legende Waldbrand-Kataster	37

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Nutzungsarten nach Stadtteilen am 31.12.2012	6
Tabelle 2: Durchschnittliche Höhenlagen	6
Tabelle 3: Niederschlagsmengen und Witterungsverhältnisse	7
Tabelle 4: Klassifizierte Straßen.....	8
Tabelle 5: Übersicht „Beispiel Gefahrenausswertung Brandschutz“	11
Tabelle 6: Übersicht „Beispiel Gefahrenklassifizierung Brandschutz.....	12
Tabelle 7: Übersicht „Beispiel Gefahrenausswertung Technische Hilfe“	12
Tabelle 8: Übersicht „Beispiel Gefahrenklassifizierung Technische Hilfe	12
Tabelle 9: Übersicht „Beispiel Gefahrenausswertung ABC“	12
Tabelle 10: Einsätze 2016-2021	13
Tabelle 11: Zielerreichungsgrad 2015-2019.....	17

1. Zusammenfassung

Als Gemeinde hat die Universitätsstadt Siegen nach §3 BHKG eine leistungsfähige Feuerwehr vorzuhalten. Hierzu ist ein Brandschutzbedarfsplan aufzustellen und nach fünf Jahren fortzuschreiben. Grundsätzlich gilt, dass die Leistungsfähigkeit der Feuerwehr und das Schutzpotenzial für die Bürgerinnen und Bürger Entscheidung des Rates der Universitätsstadt Siegen ist. Diese Festlegung definiert allerdings nur die Rahmenbedingungen der Planung. Es obliegt der Gemeinde, die Qualität, nämlich den Erreichungsgrad festzulegen. Ziel muss es sein, jede einzelne Bürgerin und jeden einzelnen Bürger vor den in der Stadt vorhandenen Risiken zu schützen oder durch besondere Aufklärung die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung zu fördern. Insbesondere die Siegener Topographie lässt es nicht zu, allen Bürgerinnen und Bürgern unter vertretbaren wirtschaftlichen Folgen in der gleichen Zeit zu helfen.

Besondere Herausforderungen und Risiken stellen dabei zukünftig die Folgen der menschenverursachten Klimakrise dar. Sich diesen neuen Herausforderungen zu stellen, ist Aufgabe und Anspruch der Feuerwehr Siegen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass zum einen die technischen Vorhaltungen der Feuerwehr selber in einem hohen Maß klimaschonend geplant und beschafft werden, zum anderen aber auch die zukünftige Technik und Infrastruktur der Feuerwehr die nötige Resilienz gegenüber den Folgen der menschenverursachten Klimakrise besitzt. Beispielhaft seien hier Feuerwehrfahrzeuge genannt, bei denen die Einsatzfähigkeit sowohl bei hohen Wasserständen (Überflutungen) als auch bei dem Befahren von unwegsamem Gelände (Wald- und Vegetationsbrände) gewährleistet ist. Weiterhin muss der feuerwehreigenen Infrastruktur größte Bedeutung beigemessen werden indem zukünftig Feuerwehrgerätehäuser als Teil der kritischen Infrastruktur erbaut und ertüchtigt werden (Sicher gegen Überschwemmungen und mit der Möglichkeit einer netzunabhängigen Stromversorgung).

Die den zukünftigen Gefahren angepasste Technik der Feuerwehr Siegen muss in einem Zukunftskonzept „Feuerwehr Siegen 2035“ beschrieben und erläutert werden, wobei folgende Sachverhalte Berücksichtigung finden müssen:

- Wald- und Vegetationsbrände insbesondere in Brachflächen nach Borkenkäferbefall
- Überschwemmungsgefahren durch geschwächte Regenwasserrückhaltung brachliegender Flächen
- Fehlende Löschwasserversorgung durch anhaltende Trockenheit (Trocken liegende Flüsse, Bäche, Löschteiche)
- Warnung und Information der Bevölkerung bei drohenden Gefahren
- Stärkung der Selbsthilfefähigkeit und Resilienz gegenüber den Auswirkungen der Gefahren des menschengemachten Klimawandels

Die Auswertung der Hilfsfrist im Untersuchungszeitraum 2015 bis 2020 hat ergeben, dass die Hilfsfristerreichung mit 61% (Hilfsfrist 1) und 81% (Hilfsfrist 2) deutlich unter den vom Rat der Universitätsstadt Siegen beschlossenen Zielerreichungsgraden von 90% liegt.

Daher sind umfangreiche Maßnahmen zur Sicherstellung der Schutzziele durchzuführen:

- Optimierung organisatorischer und technischer Möglichkeiten zur Verbesserung der Hilfsfrist
- Maßnahmen zur Stärkung und nachhaltigen Sicherung der Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr.
- Einrichtung einer Planstelle im Bereich Feuerschutz und Rettungsdienst für Brandschutzerziehung/Kinder- und Jugendfeuerwehr
- Verstärkung der Hauptamtlichen Wache der Freiwilligen Feuerwehr Siegen im Einsatzdienst auf Gruppenstärke (9 Einsatzkräfte)
- Ausbau und Verstärkung der Einsatzführungsdienste durch erweiterte Führungsunterstützung

- Planung und Erstellung eines Zukunftskonzepts „Feuerwehr Siegen 2035“ unter Berücksichtigung neuer oder sich im Ausmaß veränderter Gefahren

Seit dem Beschluss zur Umsetzung des Brandschutzbedarfsplanes durch den Rat der Universitätsstadt Siegen im Jahr 2013, konnten wichtige Punkte umgesetzt und deutlich verbessert werden. Beispielhaft seien hier die Verjüngung und Anpassung des Fahrzeugbestandes, Erneuerung der persönlichen Schutzausrüstung (hier insbesondere durch neue Schutzhelme), Einführung des flächendeckenden Digitalfunk für BOS genannt. Weiterhin ist der Sanierungs- und Modernisierungszustand der Gebäude ständig an Anforderungen der Unfallverhütung und Gesundheitsvorsorge sowie der Geschlechtertrennung anzupassen und umzubauen. Im Folgenden sind die Baumaßnahmen aufgeführt, die nach Berücksichtigung der geltenden Unfallverhütungsvorschriften sowie der anzuwendenden Arbeitsstättenrichtlinien geplant werden sollen. Hierfür ist die Erteilung von Prüfungsaufträgen notwendig

- Anbau des Feuerwehrgerätehauses Volnsberg (P1)
- Abriss und Neubau des Feuerwehrgerätehauses Weidenau an gleicher Stelle (P1)
- Anbau des Feuerwehrgerätehauses Hammerhütte (P1)
- Aufstockung des Feuerwehrgerätehauses Hain (P1)
- Neubau des Feuerwehrgerätehauses Sohlbach-Buchen (P1)
- Anbau und Renovierung des Feuerwehrgerätehauses Gosenbach (P1)
- Anbau des Feuerwehrgerätehauses Meiswinkel (P1)
- Anbau des Feuerwehrgerätehauses Setzen (P2)
- Neubau eines gemeinsamen Feuerwehrgerätehauses Langenholdinghausen/ Birkenbach (P2)
- Neubau des Schulungsraumes am Feuerwehrgerätehaus Achenbach (P2)
- Sanierung und Renovierung des Feuerwehrgerätehauses Eiserfeld (P1)
- Erweiterung der Feuer- und Rettungswache Siegen um Büro-, Lager- und Spindflächen (P1)

P1: Priorität 1

P2: Priorität 2

2. Einführung

In Nordrhein-Westfalen ist das Feuerwehrwesen durch das „Gesetz über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz (BHKG)“ vom 17.12.2015 geregelt.

Die Aufgabe zur Unterhaltung einer Feuerwehr obliegt nach §3 Abs. 1 BHKG der Gemeinde:

„Für den Brandschutz und die Hilfeleistung unterhalten die Gemeinden den örtlichen Verhältnissen entsprechende leistungsfähige Feuerwehren als gemeindliche Einrichtungen. [...]“

Um eine den örtlichen Verhältnissen entsprechende leistungsfähige Feuerwehr vorzuhalten, haben die Gemeinden „[...] unter Beteiligung ihrer Feuerwehr Brandschutzbedarfspläne und Pläne für den Einsatz der öffentlichen Feuerwehren aufzustellen, umzusetzen und spätestens nach fünf Jahren fortzuschreiben.“ (§3 Abs. 3 BHKG)

Dieses ist nach 2013 die zweite Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes der Universitätsstadt Siegen.

3. Rechtliche Grundlagen

- Gesetz über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz (BHKG vom 17.12.2015)
- Gesetz über den Rettungsdienst sowie die Notfallrettung und den Krankentransport durch Unternehmer mit Stand vom 01.04.2021
- Gesetz über den Zivilschutz und die Katastrophenhilfe des Bundes vom 25.03.1997
- Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21.07.2018
- Schutzzieldefinition AGBF vom 19.11.2015
- Handreichung zur Brandschutzbedarfsplanung für kommunale Entscheidungsträger vom Ministerium für Inneres und Kommunales NRW, Städtetag NRW, Landkreistag NRW und Städte- und Gemeindebund NRW vom 07.07.2016

4. Übersicht über die Universitätsstadt Siegen

4.1. Allgemeines zur Universitätsstadt Siegen

Die Universitätsstadt Siegen ist eine große kreisangehörige Stadt im Kreis Siegen-Wittgenstein und ist mit ca. 105.000 Einwohnern (Stand 31.12.2021) eine Großstadt. Die Gesamtfläche des Stadtgebietes beträgt rund 115 Quadratkilometer. Die maximale West-Ost-Ausdehnung beträgt elf, in nord-südlicher Richtung zwölf Kilometer. Die Stadtgrenze ist 70 Kilometer lang. Die höchste Erhebung der Stadt ist der Gipfel des Pfannenbergs mit 499 m ü. NN an der südlichen Stadtgrenze. Der niedrigste Punkt des Kreises liegt mit 215 m ü. NN bei Niederschelden an der südwestlichen Stadtgrenze, die hier gleichzeitig die Landesgrenze zu Rheinland-Pfalz bildet. Der Waldanteil am Stadtgebiet beträgt rund 51 Prozent (Wikipedia, Siegen, 25.05.2022). Die Universitätsstadt Siegen bietet vielfältige Möglichkeiten der Freizeitgestaltung und viele innerstädtische Anziehungspunkte. Ca. 70.000 Personen pro Tag besuchten im Jahr 2016 die diversen Einkaufs- und Verweilmöglichkeiten der Innenstadt. Nachfolgend aufgeführt einige der wichtigsten Kultur-, Verkaufs- und Freizeitangebote:

- Siegerlandhalle (2.400 Sitz- und 4.300 Stehplätze), Leonhard-Gläser-Saal (810 Sitzplätze)
- Apollo-Theater-Siegen (max. 584 Sitzplätze)
- KrönchenCenter mit Stadtbibliothek und -archiv sowie der Volkshochschule
- Museum für Gegenwartskunst
- Bühne der Universitätsstadt Siegen (813 Sitzplätze)
- Audimax der Universität Siegen (für 600 Personen in Sitzreihen)
- Bismarckhalle (800 Sitzplätze)
- Kulturhaus Lyz (342 Sitzplätze)
- Rudolf-Steiner-Schule (Festsaal 750 Sitzplätze)
- City-Galerie und Sieg- Carré am Zentralen Omnibusbahnhof (ZOB) (täglich 25.000-50.000 Besucher*innen)
- IKEA als weltweit agierendes Möbel- und Einrichtungshaus
- Leimbachstadion
- Hofbachstadion

Die Universität Siegen mit diversen Liegenschaften im gesamten Stadtgebiet wird von 17.658 Studierenden besucht (Wintersemester 2022) und ist mit rund 2.300 Mitarbeitenden der größte Arbeitgeber in der Universitätsstadt Siegen (Stand 31.12.2019). Regelmäßige Großveranstaltungen wie das Siegener Stadtfest, der Siegerländer Schüler- und Firmenlauf sowie das Rad-Event Siegtal Pur sind Publikumsmagneten für das gesamte Umland der Universitätsstadt Siegen.

4.2. Statistische Angaben über die Universitätsstadt Siegen¹

Größe

- *Flächen in qkm:* Gebietsfläche: 114,69 qkm
- *Maximale Ausdehnungen Stadt (Ost-West, Nord-Süd):*

Größte Ausdehnung Ost-West: 11 km

Größte Ausdehnung Nord-Süd: 12 km

- *km-Stadtgrenze, angrenzende Städte und Gemeinden:*

Länge der Stadtgrenze: ca. 70 km, davon mit:

Kreuztal	ca.	15,0 km
Netphen	ca.	14,5 km
Wilnsdorf	ca.	14,0 km
Neunkirchen	ca.	5,0 km
Mudersbach	ca.	7,0 km
Freudenberg	ca.	15,0 km
Wenden	ca.	0,3 km
Herdorf	ca.	0,1 km

Entfernung zu Nachbarstädten/-gemeinden:

Kreuztal	ca.	15,0 km
Freudenberg	ca.	15,0 km
Wilnsdorf	ca.	14,0 km

Netphen	ca.	14,0 km
Kirchen	ca.	22,0 km

- *Einwohnerdichte (EW mit Hauptwohnsitz je qkm):* 890,9 EW pro qkm

Einwohner mit Hauptwohnsitz (Stand: 31.12.2012) 102.035 EW

Einwohner mit Zweitwohnsitz (Stand 31.12.2012) 7.060 EW

Einwohner insgesamt: 109.095 EW

- *Arbeitsplätze:*

¹ Quelle: Universitätsstadt Siegen, Einwohnerregister; Kreis Siegen- Wittgenstein, Katasteramt; eigene Berechnungen

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte:

Beschäftigte am Arbeitsort Siegen: 51.564 (Stichtag 30.06.2019)

Beschäftigte mit Arbeitsort = Wohnort Siegen: 41.232 (Stichtag 30.09.2019)

Einflüsse durch Pendlerbewegungen (Stichtag 30.06.2019):

Einpendler nach Siegen: 29.362

Auspendler aus Siegen: 18.392

Pendlerbewegungen (IV/ÖPNV) gesamt 51564 (zu den Stoßzeiten)

Flächennutzungen²

Stadtteil	Fläche insgesamt rund	In % der Stadtfläche	Gebäude- und Freifläche	Betriebsfläche	Erholungsfläche	Verkehrsfläche	Landwirtschafts- fläche	Waldfläche	Wasserfläche	Flächen anderer Nutzung
Angaben in ha – soweit nicht anders angegeben -										
Meiswinkel	250,7	2,19	24,0	0,2	1;0	18	88;2	117;8	0,8	0;4
Buchen	183,6	1,60	22;7	0,4	0;6	14;4	54;7	30;0	1;8	0,1
Sohlbach	194,8	1,70	22;0	0;0	2;6	15;4	79;0	74;4	0;8	0;6
Langenholdingh.	598,7	5,22	44;2	0;3	1;3	51;1	180;9	318;5	1;8	0;1
Obersetzen	522;2	4,55	23,5	0,9	2,6	24,2	102,8	365,8	1,5	0,9
Niedersetzen	211,8	1,85	34,6	5,3	0,4	11,4	35,1	123,6	0,3	1,0
Dillnhütten	7;7	0,06	4;0	0,0	0;1	1;1	0,3	1;5	0;3	0;6
Geisweid	645;1	5,62	295;1	26;3	26;2	76;1	14;3	201;2	4;7	1;3
Birlenbach	130;2	1,14	29;5	0;5	1;5	11;0	25;2	60;7	0;3	1,6
Weidenau	705;9	6;16	344;4	1;2	15;2	127;1	10;4	187;8	5;1	14;6
Trupbach	511;6	4,46	59;7	0,4	6;2	37;1	102;1	302;7	2;2	1;3
Seelbach	404;1	3,53	65;5	0;9	3;0	26;0	57;3	245;2	3;3	2;9
Siegen(Stadtteil)	2.255,4	19,67	709,3	14,4	64,8	291,7	84,4	1.026,9	10,4	53,5
Bürbach	281,3	2,45	47,9	0,1	1,6	14,9	46,2	168,8	0,2	1,5
Volnsberg	234,1	2,04	11,3	0,0	0,3	17,8	91,4	112,1	0,8	0,3
Breitenbach	252,1	2,20	14,1	0,0	2,7	19,6	69,4	145,1	0,6	0,5
Feuersbach	472,4	4,12	14,4	3,3	0,6	40,1	126,3	285,9	1,4	0,3
Kaan-Marienborn	568,5	4,96	143,3	9,9	11,9	54,5	70,0	271,0	1,9	5,9
Oberschelden	454,4	3,96	34,8	0,1	3,7	63,4	101,5	248,5	1,2	1,2
Gosenbach	292,4	2,55	66,0	0,0	2,7	17,8	40,2	163,6	0,2	1,9
Niederschelden	467,1	4,07	163,8	7,8	11,8	51,0	14,6	193,5	8,6	16,0
Eiserfeld	1.244,3	10,85	223,4	2,0	17,2	91,9	37,3	858,1	7,3	7,2

² Flächen, Nutzungen in qkm/% (geordnet je Stadtbezirk/-teil und insgesamt)

Stadtteil	Fläche insgesamt rund	In % der Stadtfläche	Gebäude- und Freifläche	Betriebsfläche	Erholungsfläche	Verkehrsfläche	Landwirtschafts- fläche	Waldfläche	Wasserfläche	Flächen anderer Nutzung
Eisern	578,7	5,05	67,5	0,4	5,0	54,5	42,3	405,2	1,1	2,7
Gesamtstadt	11.467		2.465,1	74,4	183,5	1.130,4	1.473,8	5.967,8	55,6	116,4
Anteil in %		100,00	21,5	0,6	1,6	9,9	12,8	52,0	0,6	1,0
qkm	114,67		24,65	0,74	1,83	11,30	14,74	59,68	0,56	1,16

Tabelle 1: Nutzungsarten nach Stadtteilen am 31.12.2012

Topographie

Höchste Erhebung: 499,2 m über NN (Pfannenberg)

Tiefster Punkt: 213,5 m über NN (Austritt der Sieg aus dem Stadtgebiet in Niederschelden)

Durchschnittliche Höhenlagen am Ortsmittelpunkt der einzelnen Stadtteile:

Stadtteil	ca. m über NN
Geisweid	254
Dillnhütten	257
Obersetzen	287
Niedersetzen	275
Buchen	320
Sohlbach	287
Birlenbach	270
Langenholdinghausen	287
Meiswinkel	352
Weidenau	245
Bürbach	289
Seelbach	275
Trupbach	261
Kaan-Marienborn	267
Volnsberg	370
Breitenbach	364
Feuersbach	316
Gosenbach	261
Oberschelden	315
Niederschelden	219
Eiserfeld	223
Eisern	275
Siegen	238

Tabelle 2: Durchschnittliche Höhenlagen

Niederschlagsmengen und Witterungsverhältnisse³⁴

Jahr	Winterhalbjahr (1.11.-30.4.)			Sommerhalbjahr (1.5.-31.10)			Wasserwirtschaftsjahr (1.11.-31.10.)		
	l/m²	%	Bewertung	l/m²	%	Bewertung	l/m²	%	Bewertung
Mittelwert 1981-2010	592	100	normal	505	100	normal	1097	100	normal
1990	573	97	normal	458	91	normal	1031	94	normal
1991	459	78	trocken	324	64	sehr trocken	783	71	trocken
1992	634	107	normal	518	103	normal	1152	105	normal
1993	599	101	normal	556	110	nass	1155	105	normal
1994	779	132	sehr nass	512	101	normal	1291	118	nass
1995	811	137	sehr nass	378	75	trocken	1189	108	normal
1996	241	41	sehr trocken	524	104	normal	765	70	trocken
1997	449	76	trocken	356	70	trocken	805	73	trocken
1998	466	79	trocken	806	160	sehr nass	1272	116	nass
1999	699	118	nass	441	87	trocken	1141	104	normal
2000	675	114	nass	556	110	nass	1231	112	nass
2001	597	101	normal	505	100	normal	1101	100	normal
2002	741	125	nass	549	109	nass	1290	118	nass
2003	550	93	normal	451	89	trocken	1001	91	normal
2004	542	92	normal	536	106	normal	1078	98	normal
2005	606	102	normal	487	96	normal	1093	100	normal
2006	505	85	trocken	544	108	nass	1049	96	normal
2007	636	108	normal	798	158	sehr nass	1435	131	sehr nass
2008	672	114	nass	494	98	normal	1166	106	normal
2009	417	70	sehr trocken	507	100	normal	923	84	trocken
2010	553	93	normal	490	97	normal	1043	95	normal
2011	451	76	trocken	535	106	normal	986	90	normal
2012	511	86	trocken	564	112	nass	1074	98	normal
2013	459	77	trocken	475	94	normal	934	85	trocken
2014	382	65	sehr trocken	564	112	nass	947	86	trocken
2015	501	85	trocken	411	81	trocken	912	83	trocken
2016	648	110	normal	390	77	trocken	1038	95	normal
2017	371	63	sehr trocken	517	102	normal	888	81	trocken
2018	592	100	normal	262	52	sehr trock.	854	78	trocken
2019	524	89	trocken	392	78	trocken	916	84	trocken
2020	603	102	normal	384	76	trocken	987	90	trocken
2021	387	65	sehr trocken	520	103	normal	906	83	trocken

Tabelle 3: Niederschlagsmengen und Witterungsverhältnisse

³ Witterungsverhältnisse bezeichnet die Bewertung der Niederschläge

⁴ Quelle: Universität Siegen, Fachbereich Bauingenieurwesen, Klimastation Haardter Berg (NN+300m)

Verkehrsflächen (in km, Infrastruktur, Verkehrsbewegungen)

- *Klassifizierte Straßen und Ortsstraßen nach Stadtteilen 2012*

Stadtteil	klassifizierte Straßen								Orts- straßen einschl. Orts- durchfahr- rt	Straßen insg. (Orts- straßen + freie Straßen)
	Bundes- straßen		Landstraßen		Kreisstraßen			zusammen		
	Orts- durchfahrt	freie Strecke	Orts- durchfahrt	freie Strecke	Orts- durchfahrt insg.	freie Strecke				
						+5				
Ca.-Angaben in km										
Birlenbach			0,4	1,3	0,5	0,4	0,4	2,6	6,6	8,3
Breitenbach					0,3	1,2	1,2	1,5	2,7	3,9
Buchen					1,0	0,7	0,7	1,7	3,8	4,5
Bürbach					1,7	0,6	0,6	2,3	7,7	8,3
Dillnhütten	0,5							0,5	1,0	1,0
Eiserfeld	2,0	1,9	3,5	4,0	1,4	1,7		14,4	40,8	48,4
Eisern			3,0	4,0				7,0	13,0	17,0
Feuersbach			0,6	0,9				1,5	2,9	3,8
Geisweid	1,8		1,3		2,1	1,4		6,7	52,2	53,6
Gosenbach			1,7	2,7				4,5	13,8	16,5
Kaan- Marienborn			1,9	3,1	0,5	3,0	3,0	8,5	28,9	35,0
Langenholdingh.			0,8	0,6	0,9	1,8		4,2	11,1	13,5
Meiswinkel					0,4	0,8		1,2	4,5	5,3
Niederschelden	1,3	0,4	0,8		1,5	1,2		5,2	28,2	29,8
Niedersetzen					0,7	1,7		2,4	4,4	6,1
Oberschelden			0,7	1,1				1,8	8,0	9,1
Obersetzen					0,6	2,4		3,0	4,9	7,3
Seelbach				5,3		0,6		5,8	10,8	16,7
Siegen	5,8	5,4	11,1	2,3	8,5	1,6	1,6	34,7	126,6	135,9
Sohlbach					1,7	0,5		2,3	4,7	5,2
Trupbach					1,7	0,2	0,2	1,9	11,8	12,0
Volnsberg									5,7	5,7
Weidenau	5,1	0,3			4,8	1,3	1,1	11,5	66,4	68,0
Universitäts- stadt Siegen	16,5	8,0	25,8	25,3	28,3	21,1	8,8	125,3	460,5	514,9
Bundesautobahn A 45 mit einer Gesamtlänge von 27,447 km										

Tabelle 4: Klassifizierte Straßen

- *Straßentunnel*

⁵ darunter durch Vereinbarung in der Unterhaltung der Stadt Siegen

Im Siegener Stadtgebiet liegen 3 Straßentunnelanlagen für die besondere Gefahrenabwehrpläne existieren. Brände in Tunnelanlagen, stellen die Feuerwehr vor große Herausforderungen hinsichtlich Personaleinsatz und speziellem Material. Deshalb werden die Tunnelanlagen regelmäßig in Zusammenarbeit mit Straßen NRW beübt.

- Bühlertunnel 525 Meter
- Ziegenbertunnel 356 Meter
- Wellersbergtunnel 285 Meter

- *Bahnstrecken*

Die Deutsche Bahn AG unterhält in Siegen die Bahnhöfe Siegen, Weidenau, Eiserfeld, Geisweid und Niederschelden-Nord. Das Streckennetz im Stadtgebiet erstreckt sich auf eine Gleislänge von ca. 360 km.

- *Bahntunnelanlagen*

Giersbergtunnel	➔	eingleisig	➔	Länge: 732 m
Giersbergtunnel	➔	zweigleisig	➔	Länge: 700 m
Tunnel Niederschelden	➔	zweigleisig	➔	Länge: 350 m

5. Gefährdungsanalyse

5.1. Allgemeine Gefährdungsbeurteilung

Das Stadtgebiet der Universitätsstadt Siegen besitzt aufgrund unterschiedlicher räumlicher und infrastruktureller Begebenheiten verschiedene Gefahrenpotentiale. Diese Gefahrenpotentiale werden nachfolgend beschrieben, analysiert, ausgewertet und sind in der Brandschutzbedarfsplanung zu berücksichtigen.

Um vorhandene Gefährdungen räumlich differenziert zuordnen zu können, werden diese einem Kataster aus Quadraten mit einer Kantenlänge von einem Kilometer zugeordnet. In Folgenden werden anhand verschiedener Kriterien die Gefährdungen im jeweiligen Planquadrat aufgezeigt. Abschließend erfolgt eine kombinierte Betrachtung der Kriterien „Besondere Objekte der Stadt“ sowie der „Einsatzzahlen“. Nach Erfassung der Daten wurden die Kenngrößen der jeweiligen Kriterien in vier Gefährdungsklassen (Unterteilt in die Einsatzbereiche Brand, Technische Hilfeleistung und ABC) eingeteilt:

- Gefährdungsklasse 1: keine erhöhte Gefährdung
- Gefährdungsklasse 2: leicht erhöhte Gefährdung
- Gefährdungsklasse 3: erhöhte Gefährdung
- Gefährdungsklasse 4: stark erhöhte Gefährdung

5.2. Schema zur Klassifizierung der Planquadrate

Brandschutz

Für die Einordnung in die Beurteilungsklassen (Brand 1-4) spielt die Gebäudeklasse den entscheidenden Faktor.

Brand 1: deutlich überwiegend Gebäude geringerer Höhe (bis 7m Fußbodenhöhe) überwiegend offene Bebauung (auch Kleingartensiedlungen, Wochenendsiedlungen)

Brand 2: größere Anzahl Gebäude (mind. 10) mit mehr als 7m und maximal 13m Fußbodenhöhe (Gebäudeklasse 4, auch Werkstätten und Lager)

Brand 3: größere Anzahl Gebäude (mind. 10) mit mehr als 13m und max. 22m Fußbodenhöhe (Gebäudeklasse 5)

Brand 4: Gebäude oberhalb 22m Fußbodenhöhe, Sonderbauten, sonstige besondere Objekte

Technische Hilfeleistung

TH-I: Menschenrettung unwahrscheinlich/selten (Ortsverkehr), kleine Technische Hilfeleistung mit einfachen Maßnahmen (Baum auf Straße, auslaufende Betriebsmittel, Wasserschaden)

TH-II: Menschenrettung wahrscheinlich/häufiger (Durchgangsverkehr, Bundesstraße), Maßnahmen mittleren Umfangs (Person eingeklemmt nach Verkehrsunfall oder vergleichbarer Betriebsunfall)

TH-III: Menschenrettung wahrscheinlich/häufiger (BAB oder Schnellstraßen, Straßenbahn), Maßnahmen größeren Umfangs

TH-IV: besondere Einsatzlagen

ABC-Gefahren

ABC 1: keine Gefährdung durch Objekte und Anlagen mit radioaktiven (A), biologischen (B) sowie chemischen (C) Gefahrstoffen, sehr geringes Risiko für Gefahrguttransportunfälle auf Straße und/oder Schiene

ABC 2: Bereiche mit radioaktiven Stoffen der Gefahrengruppe IA nach der FwDV 500, Bereiche mit biologischen Arbeitsstoffen der Gefahrengruppe IB nach der FwDV 500, Bereiche mit chemischen Gefahrenstoffen (sofern sie nicht der Störfallverordnung unterliegen und nicht unter der Risikoklasse ABC 3 genannt sind), geringes Risiko für Transportunfälle auf Straße und/oder Schiene

ABC 3: Bereiche mit radioaktiven Stoffen der Gefahrengruppe IIA nach der FwDV 500, Bereiche mit biologischen Arbeitsstoffen der Gefahrengruppe IIB nach der FwDV 500,

Bereiche mit chemischen Gefahrenstoffen mit Grundpflichten nach der Störfallverordnung sowie anderen Bereichen, von denen im Fall eines Schadensereignisses vergleichbare Gefahren ausgehen (z.B. Anlagen mit größeren Mengen Flüssiggas, Ammoniak), mittleres Risiko für Transportunfälle auf Straßen und/oder Schiene

ABC 4: Bereiche mit radioaktiven Stoffen der Gefahrengruppe IIIA nach der FwDV 500, Bereiche mit biologischen Arbeitsstoffen der Gefahrengruppe IIIB nach der FwDV 500, Bereiche mit chemischen Gefahrenstoffen mit erweiterten Grundpflichten nach der Störfallverordnung sowie anderen Bereichen, von denen im Fall eines Schadensereignisses vergleichbare Gefahren ausgehen hohes Risiko für Transportunfälle auf Straßen und/oder Schiene

Mit Hilfe dieser Wertung des Planquadrates lassen sich nun sowohl Hilfsfrist wie auch Funktionsstärke innerhalb dieses Planquadrates herleiten. Bei Auswertung aller Planquadrate ergibt sich hieraus eine Gesamtübersicht der zu erreichenden Schutzziele in der Universitätsstadt Siegen abgestimmt auf die jeweils örtlich vorliegenden Gegebenheiten.

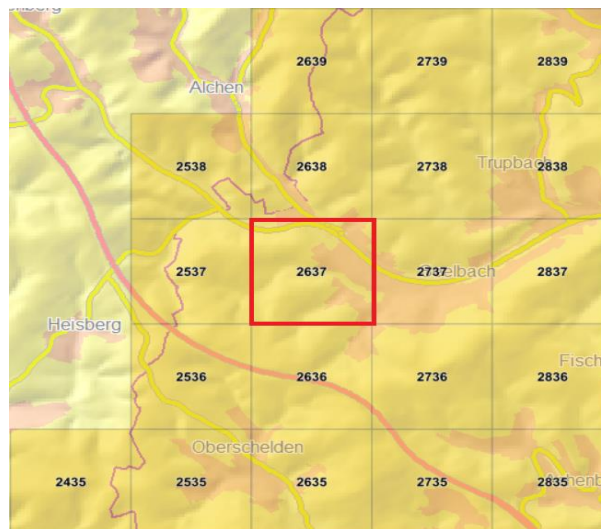


Abbildung 1: Ansicht Planquadrat

Brandschutz

Fußbodenhöhe der Gebäude		Anzahl der Gebäude	
< 7m		>10	
7m-13m		<10	
13m-22m			
>22m			
Einsatztaktisch relevante Objekte	Feuerwehrplan	Gegebenheiten	Gefahrenschwerpunkte
Tankstelle Freudenberger Str. 517			
Sonnenhangschule Schelderberg 41	4245	164 Schüler	

Tabelle 5: Übersicht „Beispiel Gefahrenausswertung Brandschutz“

Daraus folgt die Klassifizierung des Planquadranten in die Beurteilungsklassen Brand 1-4:

Beurteilungs- klasse	1. Eintreffzeit	Stärke 1. Einheit	2. Eintreffzeit	Stärke 2. Eintreffzeit
Brand 1	10 Minuten	1 Staffel/6 Funktionen (mind. 4 Atemschutz- geräteträger)	15 Minuten	1 Staffel/6 Funktionen (mind. 2 Atemschutzgeräteträger)

Tabelle 6: Übersicht „Beispiel Gefahrenklassifizierung Brandschutz

Technische Hilfeleistung

Einsatztaktisch relevante Objekte	Gegebenheiten	Gefahrenschwerpunkte
L562	vierspurige Straße	hohes Verkehrsaufkommen

Tabelle 7: Übersicht „Beispiel Gefahrenausswertung Technische Hilfe“

Daraus folgt die Klassifizierung des Planquadranten in die Beurteilungsklassen TH I-IV:

Beurteilungsklasse	1. Eintreffzeit	Stärke 1. Einheit	2. Eintreffzeit	Stärke 2. Eintreffzeit
TH-2	10 Minuten	1 Staffel/6 Funktionen (Absichern, Erste Hilfe, Brandschutz)	15 Minuten	1 selbstständiger Trupp/3 Funktionen (technische Rettung)

Tabelle 8: Übersicht „Beispiel Gefahrenklassifizierung Technische Hilfe

ABC-Gefahren

Einsatztaktisch relevante Objekte	Gegebenheiten	Gefahrenschwerpunkte
keine Objekte		

Tabelle 9: Übersicht „Beispiel Gefahrenausswertung ABC“

Daraus folgt die Klassifizierung des Planquadranten in die Beurteilungsklassen ABC 1-4:

Die Gesamtauswertung aller Planquadrate hinsichtlich der Beurteilungsklassen ist in den Anlagen nachvollziehbar (1.).

Besondere Objekte der Stadt

Im Stadtgebiet der Universitätsstadt Siegen sind verschiedene Sonderobjekte lokalisiert. Für die Gefährdungsanalyse wurden die folgenden Sonderobjekte betrachtet:

- Altstadtbebauung
- Straßentunnel
- Gebäude der Universität und der Fachhochschule
- Krankenhäuser und Heime
- Schienenverkehr im Fernverkehr

- Schienenverkehr im Regionalverkehr
- Schulen, Kindergärten und Kindertagesstätten
- Bundesautobahnen
- Schnellstraßen

Die Zuteilung der Sonderobjekte zu einer Gefährdungsklasse beruht hauptsächlich auf den Empfehlungen zur Brandschutzbedarfsplanung für kreisangehörige Kommunen ohne Berufsfeuerwehr des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen und des Verbandes der Feuerwehren in NRW aus 2016. Alle Objekte bzw. Planquadrate mit den Eingruppierungen Brand 4, TH IV und ABC 4 wird mittels besonderer Alarm- und Ausrückeordnung ein gesondertes Schutzziel definiert.

Einsatzzahlen

Die Einsatzzahlen im Bereich des Brandschutzes und der Hilfeleistung sind in den vergangenen Jahren leicht angestiegen.

Mit mittlerweile über 400 Einsätzen im Jahr liegt der größte Anteil in den Technischen Hilfeleistungen, die seit 2016 zugenommen haben.

Einsatzart	Jahr					
	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Brände und Explosionen	93	136	148	64	63	141
Kleinbrände a	41	68	70	30	30	81
Kleinbrände b	45	51	60	27	20	47
Mittelbrände	3	12	14	6	11	10
Großbrände	4	5	4	1	2	3
Technische Hilfeleistungen	448	554	557	392	367	466
Gefahrguteinsätze	4	7	5	4	1	5
Öl	63	38	30	66	56	12
Tiere/Insekten	0	3	1	0	7	0
Fehlalarmierungen	212	222	229	188	164	178
blinde Alarme	89	82	98	96	25	100
böswillige Alarme	4	9	11	15	4	6
durch Brandmeldeanlagen	119	131	120	77	83	72

Tabelle 10: Einsätze 2016-2021

6. Schutzziel der Universitätsstadt Siegen

6.1. Szenario Beschreibungen

Die Universitätsstadt Siegen mit 105.000 Einwohnern weist einen verdichteten Innenstadtbereich mit Wohn- und Bürogebäuden und einem eng bebauten Altstadtbereich, Bildungseinrichtungen (Schule, Universität), kulturelle Einrichtungen (Theater, Museen, Schloss), überregionale Einkaufseinrichtungen (City-Galerie), Versamlungs- und Sportstätten (Siegerlandhalle, Leimbachstadion) sowie Industrie mit der dafür erforderlichen Infrastruktur (Straßennetz, Eisenbahnanlagen, ÖPNV) auf.

Im Gegensatz dazu weisen die zum Teil auch ländlicher geprägten Stadteile Wohngebiete mit größeren Anteilen an Ein- oder Zweifamilienbebauung auf.

Grundsätzlich werden für das Stadtgebiet folgende Schutzzielszenarien festgelegt:

- Der Wohnungsbrand in einem Mehrfamilienhaus, wo neben dem eigentlichen Brand in der betroffenen Wohnung, der Rettungsweg über den Treppenraum verraucht wird. Dabei müssen Personen aus der betroffenen Wohnung sowie aus angrenzenden Wohnungen sowohl über den Treppenraum, als auch über Leitern der Feuerwehr gerettet werden (kritischer Wohnungsbrand nach den Festlegungen der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren)
- Brand in einem Einfamilienhaus mit zu rettenden Person aus einem verrauchten Bereich und einer zweiten Person welche über tragbare Leitern der Feuerwehr aus dem Obergeschoss gerettet werden muss
- Verkehrsunfall mit zwei betroffenen Fahrzeugen, bei dem eine Person im Fahrzeug eingeklemmt und schwer verletzt wird, die betroffenen Personen des anderen Fahrzeuges ohne Einklemmung Verletzungen erleiden
- Verkehrsunfall mit einem Gefahrstoffe transportierenden Fahrzeuges und einer verletzten Person

Darüber hinaus werden für den verdichteten Innenstadtbereich zusätzlich folgende Schutzzielszenarien festgelegt:

- Brand in einem Gebäudekomplex mit Gefährdung einer größeren Anzahl von Person (Bürogebäude oder Universität/Schulen) teilweise mobilitätseingeschränkten Personen (Krankenhäuser sowie Alten- und Pflegeheime)
- Verkehrsunfall mit anschließendem Brand eines PKW in einer unterirdischen Verkehrsanlage (Tunnel)
- Ein Ereignis bei dem radioaktive, biologische oder chemische Stoffe freigesetzt werden (Labor/ Universität)

6.2. Qualitätskriterien

- Hilfsfrist
- Funktionsstärke
- Einsatzmittel
- Erreichungsgrad

Hilfsfrist

Die Leistungsfähigkeit der Feuerwehr beurteilt sich unter anderem nach der Erfüllung zeitlicher Kriterien. Insbesondere Einsätze zur Rettung in Not geratener Personen erfolgt unter zeitkritischen Aspekten. Grund hierfür ist, dass bei fortschreitender Zeit das Schadensausmaß steigt.

Selbst zu Beginn lokal begrenzte Brände in einem Raum können sich rasch auf das gesamte Gebäude oder Wohneinheiten ausbreiten. Insbesondere der Rauch kann bereits nach wenigen Minuten eine ganze Wohnung ausfüllen und daher früh zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen betroffener Personen führen, die bei weiterer, nicht unterbrochener Aufnahme den Tod zur Folge haben kann. Vergleichbare Verlaufsmuster sind auch bei verschiedenen unbehandelten Verletzungsmustern im Rahmen von Verkehrsunfällen, insbesondere bei inneren Blutungen, nach Unfallereignissen zu beobachten.

Aus diesem Grund gilt es Zeitintervalle festzuschreiben, in denen Maßnahmen der Feuerwehr eingeleitet oder abgeschlossen sein müssen, um das Leben und die Gesundheit betroffener Personen zu erhalten und Sachwerte zu schützen. Diese zeitlichen Anforderungen an die Feuerwehr werden mit Hilfe der „Hilfsfrist“ angegeben und auch bewertet. Nach DIN 14011 definiert sich die Hilfsfrist wie folgt:

Die Hilfsfrist definiert den Zeitraum von Beginn der Notrufabfrage in der Leitstelle bis zum Eintreffen der erforderlichen Einsatzkräfte an der Einsatzstelle.

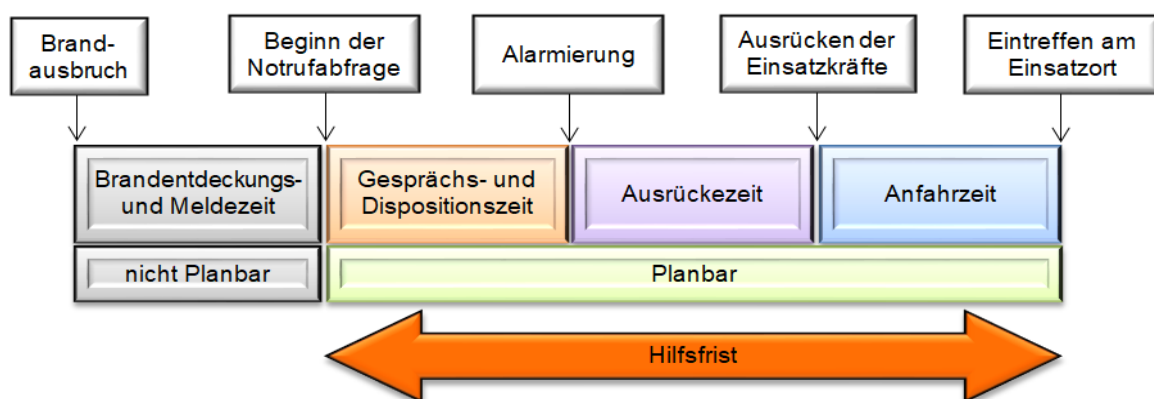


Abbildung 2: Hilfsfrist

Die Hilfsfrist umfasst also nur solche Zeiten, die von der Feuerwehr direkt beeinflusst werden können. Hier gilt es insbesondere auch Zeiträume zu berücksichtigen, die Auswirkungen auf die Durchführung von Maßnahmen haben wie z.B. Entdeckungs- und Meldezeitraum sowie Erkundungs- und Entwicklungszeitraum.

Derzeit liegen keine validen wissenschaftlichen Studien vor, welche exakt eine Festlegung über den Zeitraum vom Schadenseintritt bis zum Eintritt gesundheitlicher Beeinträchtigung oder dem Tod betroffener Personen zulassen.

Funktionsstärke

In Abhängigkeit des jeweiligen Schutzzielszenarios werden verschiedenen Funktionen von Einsatzkräften und Einsatzmitteln an einer Einsatzstelle benötigt, um die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten und auch zu einem bestimmten Zeitpunkt abzuschließen.

Neben der Mindestfunktionsstärke, welche zur Rettung einer verunglückten Person vorgesehen ist, werden Funktionen zur Führung der Einheiten und des Gesamteinsatzes sowie weitere Unterstützungsfunktionen (abhängig vom Schutzzielszenario) benötigt.

Brandeinsatz

Zur Durchführung der ersten Maßnahmen bei einem Brandereignis sind, je nach Schutzzielszenario mindestens 6 Funktionen bzw. 9 Funktionen für die Hilfsfrist 1 erforderlich.

Technische Hilfeleistung

In Funktionsstärke von 6 Einsatzkräften ausreichend, wenn der Rettungsdienst von Beginn an die medizinische Versorgung sicherstellen kann.

ABC- Einsatz

Im ABC- Einsatz ist die Funktionsstärke von 9 Einsatzkräften erforderlich. Müssen spezielle Ausrüstung oder Einsatzmittel zum Einsatz gebracht werden, ergeben sich die Funktionsstärken aus der Feuerwehrdienstvorschrift 500.

Die konkrete erforderliche Funktionsstärke für die Hilfsfrist 1 und 2 richtet sich nach dem Schutzzielszenario sowie der der Örtlichkeit zugeordneten Gefährdungsstufe (siehe dazu Kapitel „Gefährdungsanalyse“).

Erreichungsgrad

Unter „Erreichungsgrad“ wird der prozentuale Anteil der Einsätze verstanden, bei dem die Kriterien „Hilfsfrist“ und „Funktionsstärke“ eingehalten werden. Ein Erreichungsgrad von z.B. 90% bedeutet, dass in 9 von 10 Einsätzen die Kriterien eingehalten und in einem Einsatz die Erreichung verfehlt wurde. Der Erreichungsgrad ist Gegenstand eines politischen Beschlusses. Die Gesamtkosten zur Vorhaltung der Feuerwehr stehen im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Erreichungsgrad. Aus fachlicher Sicht wird für Großstädte vergleichbarer Größe derzeit ein Erreichungsgrad von mindestens 90 % als Zielsetzung für erforderlich angesehen.

Schutzzieldefinition

Mit Umsetzung des Brandschutzbedarfsplanes aus dem Jahr 2013 hat der Rat der Universitätsstadt Siegen unter Berücksichtigung der Schutzzieldefinition der AGBF Bund für das Schadensereignis „*Kritischer Wohnungsbrand*“ die Hilfsfrist und den Erreichungsgrad der Feuerwehr folgendermaßen festgelegt:

Hilfsfrist 1

- Eintreffen von 9 Funktionen innerhalb von 8 Minuten mit Löschfahrzeug und Drehleiter
- Zielerreichungsgrad 80%

Hilfsfrist 2

- Eintreffen von weiteren 6 Funktionen in weiteren 5 Minuten mit einem weiteren Löschfahrzeug
- Zielerreichungsgrad 90%

Für die Schutzzielszenarien der Technischen Hilfeleistung wurden die Hilfsfrist und der Erreichungsgrad folgendermaßen festgelegt:

Hilfsfrist

- Eintreffen von 6 Funktionen mit einem Tanklöschfahrzeug und einem Rüstwagen innerhalb von 12 Minuten
- Zielerreichungsgrad 80%

6.3. Zielerreichung

Zur Berechnung der Zielerreichung wurden die für die Hilfsfrist relevanten Einsätze ab dem 01.01.2015 bis zum Jahr 2020 ausgewertet. Als Zahlengrundlage für die Statistik wurden die Rohdaten aus dem Einsatzleitsystem der Kreisleitstelle Siegen-Wittgenstein verwendet. Bei dieser Analyse werden die tatsächlich durchgeführten Einsätze hinsichtlich Hilfsfrist und Funktionsstärke ausgewertet. Der daraus resultierende Zielerreichungsgrad in Prozent berücksichtigt dabei nicht den Umstand wieviel Prozent der städtischen Einwohnerinnen und Einwohner innerhalb des Zielerreichungsgrades versorgt wurden. Der durchschnittliche Zielerreichungsgrad nach dieser Systematik lag im Betrachtungszeitraum bei der Hilfsfrist 1 in 8 Minuten und 9 Funktionen bei 61% und bei der Hilfsfrist 2 mit weiteren 6 Funktionen nach weiteren 5 Minuten bei 81%. Damit liegen beide Ergebnisse deutlich unter dem geforderten Erreichungsgrad von 80 bzw. 90 %.

Jahr	Schutzziel 1 in%	Schutzziel 2 in %
2015	62	75
2016	71	88
2017	50	75
2018	60	81
2019	59	65
Ø 2015 - 2019	60,4	76,8
2020 Covid 19 Pandemie	56	85

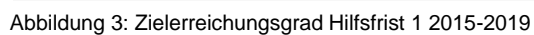
Tabelle 11: Zielerreichungsgrad 2015-2019

Um die Ursachen für das Verfehlen des Erreichungsgrades analysieren zu können, wurde mit Unterstützung der Arbeitsgruppe 4/2 Vermessung und Geoinformation der Universitätsstadt Siegen Werte ermittelt, welche die Erreichbarkeit von Gebieten der Universitätsstadt Siegen und deren Einwohnerinnen und Einwohner berücksichtigen, ohne dabei auf Einsatzdaten des Einsatzleitsystems zurückzugreifen.

Zur Ermittlung dieser Werte wurden die Ausrückezeiten der Haupt- und Ehrenamtlichen Einheiten sowie deren Funktionsstärken berücksichtigt. Mittels einer Software und der bekannten Parameter der Feuerwehrstandorte hinsichtlich Ausrückezeiten und Funktionsstärke konnte nun die Strecke ermittelt werden, die in der verbleibenden Fahrzeit bis zum Erreichen der Hilfsfrist 1 und Hilfsfrist 2 überwunden werden kann. Die daraus entstehenden Isochronen stellen die Bereiche des Stadtgebietes dar, in denen die Schutzziele Hilfsfrist 1 und 2 eingehalten werden können. Mit Hilfe dieser Methode lässt sich somit auch die tatsächliche Anzahl an Einwohnerinnen und Einwohner ermitteln die unter Einhaltung des der Schutzziele erreicht werden können.

Die folgende Darstellung mit den aktuellen Funktionsstärken der Feuerwehrstandorte (werktags von 16:00 - 07:00 Uhr sowie an Wochenenden und Feiertagen) sowie unter Berücksichtigung der Hauptamtlichen Wache (7 Funktionen) macht deutlich, dass derzeit 66.506 Einwohnerinnen und

Der so ermittelte Wert von 62,7% Erreichungsgrad der Hilfsfrist 1 sowie der aus den realen Einsätzen ermittelte Wert von 60,4% macht deutlich, dass sowohl geografisch als auch auf die Einwohnerinnen und Einwohner der Universitätsstadt Siegen bezogen, das Erreichen der Schutzziele deutlich verfehlt wird.



Um das definierte Schutzziel (Hilfsfrist 1 und Hilfsfrist 2) erreichen zu können, sind zwei Kriterien ausschlaggebend:

- Geografie der Einsatzstelle
- Funktionsstärke der alarmierten Einsatzkräfte

Geografie der Einsatzstelle

Die Universitätsstadt Siegen besteht, neben einem dicht besiedelten Innenstadtbereich, aus weiteren einzelnen, dichteren Wohnbebauungen sowie aus Stadtteilen mit dorfähnlichem Charakter. Diese Bereiche liegen, wegen der großflächigen Ausdehnung der Universitätsstadt Siegen, zum Teil sehr weit entfernt.

Bei sämtlichen Schutzziel relevanten Einsätzen der Feuerwehr Siegen werden sowohl die örtlich zuständigen Einheiten der freiwilligen Standorte sowie die Hauptamtliche Wache alarmiert. Dabei kommt negativ zum Tragen, dass besonders die von der Hauptamtlichen Wachen weiter entfernten Stadtteile nicht zeitgerecht von dieser erreicht werden können. Die Folge ist, dass die im Schutzziel definierte Hilfsfrist 1 nicht erreicht wird, da die sieben Funktionen der Hauptamtlichen Wache erst nach Ablauf der gewünschten 8 Minuten eintreffen. Die Ursache für das nicht Erreichen des Schutzzieles aus der Geografie der Einsatzstelle ist, die Vorhaltung einer Hauptamtlichen Feuer- und Rettungswache in einem räumlich ausgedehnten Stadtgebiet unter einer gleichzeitigen nachlassenden Verfügbarkeit von ehrenamtlichen Einsatzkräften in manchen Standorten der freiwilligen Einheiten (bedingt durch Faktoren wie: dezentrale Arbeitsplätze und damit verringerte Tageserreichbarkeit, verändertes Freizeitverhalten, verfügbare Qualifikationen wie beispielsweise Atemschutzgeräteträger). Die Schaffung von Gewerbegebieten, die allesamt im Außenbereichen liegen, beeinflusst weiterhin negativ die Abdeckung des Stadtgebietes in einer Hilfsfrist.

Funktionsstärke der alarmierten Einsatzkräfte

Neben der oben genannten Ursache für das Verfehlen des Schutzzieles, speziell in den dörflich geprägten Stadtteilen der Universitätsstadt Siegen, kommt eine weitere Ursache zum Tragen: Selbst weniger weit entfernte Einsatzstellen erreichen das Schutzziel und die wichtige Hilfsfrist 1 nur dann, wenn auch zu „ungünstigen“ Einsatzzeiten der freiwilligen Einheiten (Faktoren für nachlassende Verfügbarkeit ehrenamtlicher Einsatzkräfte s.o.) diese ausreichend schnell und in erforderlicher Stärke die Einsatzstelle erreichen. Anderenfalls wird, trotz eines schnellen Eintreffens der Hauptamtlichen Wache mit sieben Funktionen, das Schutzziel und die Hilfsfrist 1 nicht erreicht.

6.4. Schutzzielvereinbarung 2022

Auf Grundlage, der im Jahr 2016 in Nordrhein-Westfalen veröffentlichten „Handreichung zur Brandschutzbedarfsplanung für kommunale Entscheidungsträger“ sowie deren „Anlagen zur Brandschutzbedarfsplanung für kommunale Entscheidungsträger“, wird die Schutzzielvereinbarung dahingehend angepasst. Insbesondere kommen, auf Grundlagen der Gefährdungsbeurteilung des Stadtgebietes (siehe „Gefährdungsanalyse“), je nach Einsatzort unterschiedliche Schutzzielvereinbarungen zum Tragen.

Für das Ereignis „*Kritischer Wohnungsbrand in einem dörflich geprägten Stadtteil*“ (max. Gebäude der Gebäudeklasse 2) werden die Hilfsfrist und der Erreichungsgrad der Feuerwehr folgendermaßen festgelegt:

Hilfsfrist 1

- Eintreffen von 6 Funktionen mit davon 4 Atemschutzgeräteträgern innerhalb von 10 Minuten
- Zielerreichungsgrad 90%

Hilfsfrist 2

- Eintreffen von weiteren 6 Funktionen mit davon 2 Atemschutzgeräteträgern in weiteren 5 Minuten
- Zielerreichungsgrad 90%

Für die Schutzzielszenarien der „*Technischen Hilfeleistung in einem dörflich geprägten Stadtteil*“ werden die Hilfsfrist und der Erreichungsgrad der Feuerwehr folgendermaßen festgelegt:

Hilfsfrist 1

- Eintreffen von 6 Funktionen innerhalb von 10 Minuten
- Zielerreichungsgrad 90%

Hilfsfrist 2

- Eintreffen von 3 weiteren Funktionen in weiteren 5 Minuten
- Zielerreichungsgrad 90%

Für die Schutzzielszenarien der „*Technischen Hilfeleistung*“ werden die Hilfsfrist und der Erreichungsgrad der Feuerwehr folgendermaßen festgelegt:

Hilfsfrist 1

- Eintreffen von 6 Funktionen innerhalb von 8 Minuten
- Zielerreichungsgrad 90%

Hilfsfrist 2

- Eintreffen von 3 weiteren Funktionen in weiteren 5 Minuten
- Zielerreichungsgrad 90%

Handlungsbedarf

Derzeit werden die vorgegebenen Hilfsfristen nicht in den geforderten 90% der Einsätze erreicht. Um hier eine Verbesserung zu erhalten, werden in erster Linie mögliche organisatorische und technische Möglichkeiten durchgeführt. Hierzu zählen u.a.:

- Erhöhung der Funktionsstärke der Hauptamtlichen Wache auf 9 Funktionen (schon in Umsetzung durch Laufbahnausbildungslehrgang 1.2, Umsetzung ab 01.2023)
- Überprüfung von Möglichkeiten zur Optimierung von Fahrtrouten und des Systems „Ampelschaltung“
- Die Einbindung, der im Tagesdienst eingesetzten Beamten mit einer feuerwehrtechnischen Ausbildung oder feuerwehrtechnischer Grundausbildungslehrgänge zur Besetzung eines zusätzlichen Löschfahrzeuges bei Paralleleinsätzen während der regulären Arbeitszeit
- Strukturanalyse der Feuerwehr Siegen und Erstellung eines Strategiepapiers „Feuerwehr Siegen 2035“
- Einrichtung Planstelle „Brandschutzaufklärung“ im Bereich Feuerschutz und Rettungsdienst
- Einrichtung der Funktion „Führungsassistent“ des Einsatzführungsdienstes (B-Dienst)

Überprüfung des Handlungsbedarfes

Mit Hilfe erwähnter Isochronen-Karten lässt sich die Umsetzung einer Funktionsstärke von 9 Funktionen, unter gleichen Bedingungen der ehrenamtlichen Einheiten, simulieren. Bei der Simulation mit 9 Funktionen der Hauptamtlichen Wache werden dann 93221 Einwohner der Universitätsstadt Siegen innerhalb der Hilfsfrist 1 erreicht. Das entspricht einem Erreichungsgrad der Hilfsfrist 1 von 91,36 %. Durch die Erhöhung der Funktionsstärke der Hauptamtlichen Wache auf 9 Funktionen werden absolut 29243 Einwohnerinnen und Einwohner der Universitätsstadt Siegen mehr in der Hilfsfrist 1 erreicht als unter den vorherrschenden Bedingungen.

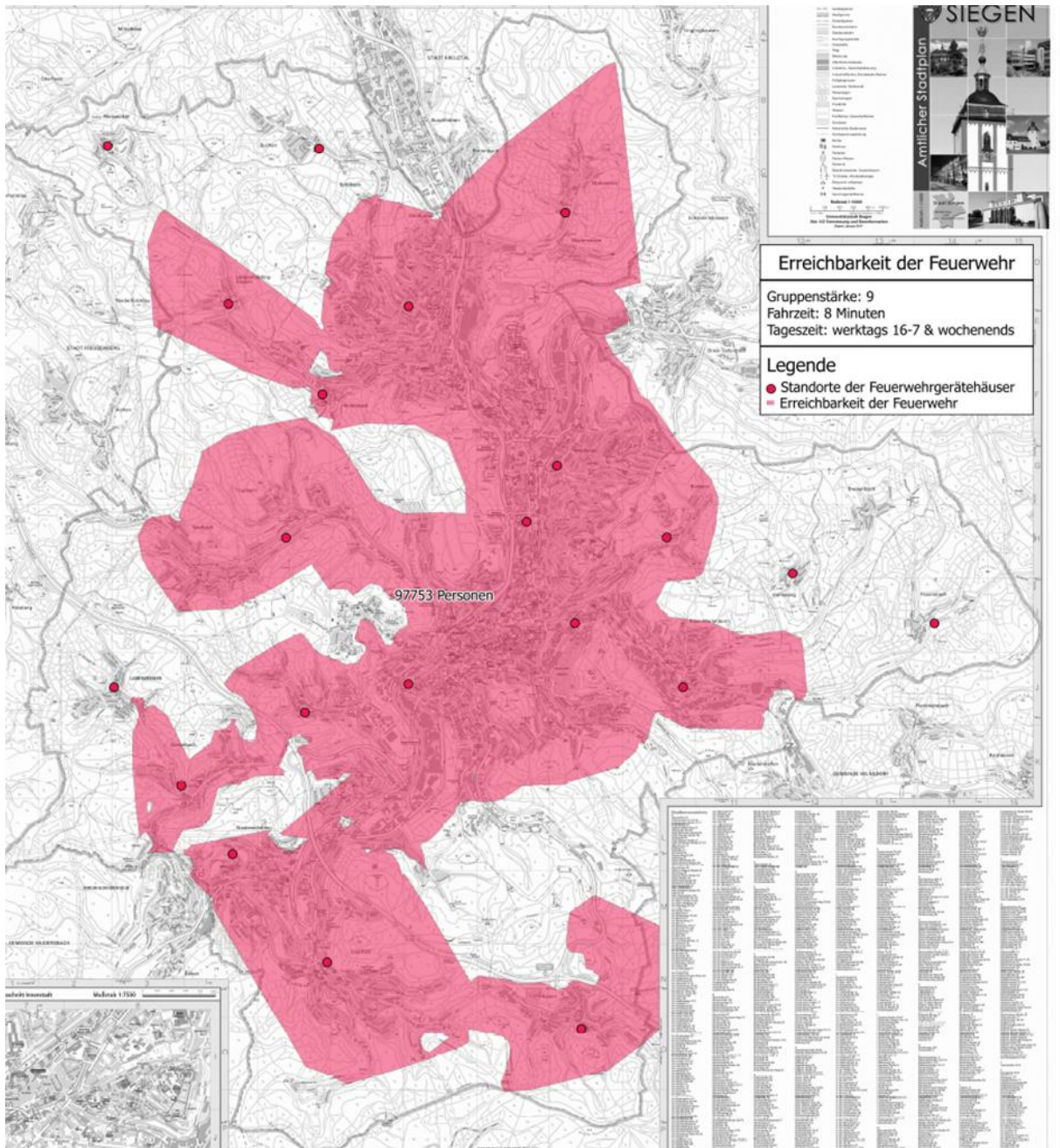


Abbildung 4: Erreichung der Hilfsfrist 1 mit 9 Funktionen der Hauptamtlichen Wache

Nicht erreichbare Gebiete innerhalb der Schutzziele

Bedingt durch die Standortstruktur der ehrenamtlichen Einheiten der Feuerwehr Siegen sowie die Tatsache, dass die Hauptamtliche Wache nur über einen (einzigen) Standort verfügt, ergeben sich

zwangsläufig Gebiete, die ohne einen Eingriff in diese Grundstruktur nicht innerhalb der Schutzziele erreicht werden können. Dies sollte den Anstoß dazu geben, die gegenwärtige Struktur der Feuerwehr Siegen hinsichtlich ihrer Zukunftsfähigkeit zu überprüfen und daraus ein Strategiepapier „Feuerwehr Siegen 2035“ zu entwickeln. Dieses muss, neben Aspekten wie der Flächenausdehnung der Universitätsstadt Siegen, auch die langfristigen, neuen, Gefahren im Zusammenhang mit der Klimakrise berücksichtigen.

Kurz- und mittelfristig lassen sich Verbesserungen der Erreichung von Schutzzielen in diesen Gebieten erreichen, indem z.B. verkehrslenkende und –steuernde Eingriffe eingeleitet werden sowie organisatorische Maßnahmen in betroffenen Betrieben und Einrichtungen umgesetzt werden. Die nötige Anleitung und Erläuterung von Maßnahmen und Vorgehensweisen muss durch eine neu zu besetzende Planstelle im Bereich Feuerschutz und Rettungsdienst realisiert werden. Die Übersicht über die Stadtteile und den Straßen, in denen die Schutzziele nicht erreicht werden können ist in Anlage (2.) hinterlegt.

Die Eingriffe und verkehrslenkenden Anpassungen betreffen im Besonderen den gesamten Bereich „Fischbacherberg“. Eine Verbesserung der Erreichbarkeit könnte erzielt werden, indem die Anfahrt über die Tiergartenstraße zukünftig hindernisfreier und damit schneller erfolgen würde. Dies kann realisiert werden, indem der gesamte Bereich durch Halte- und Parkverbote frei und nicht eingeeengt gehalten wird. Durch die Feuerwehr schaltbare Ampelanlagen (Kreuzung Tiergartenstraße/ Freudenberger Straße) können zudem ein zügiges Überfahren von Kreuzungen gewährleisten, was anderenfalls zu erheblichen Zeitverlusten durch das komplette Abbremsen eines Löschzuges verursacht wird. Weitere verkehrstechnische Maßnahme würde auch die Anfahrt für die Löschgruppe Hain ins oben genannte Einsatzgebiet verkürzen. Die Möglichkeit entgegen der Einbahnstraße der Sperrung des Brüderwegs im Bereich des Gasthauses Peun und der damit möglichen Umkehrung der Einbahnstraßenregelung in diesem Bereich, würde die Anfahrt in den Bereich rund um das St. Marienkrankenhaus um annähernd drei Minuten verkürzen. Alternativ wäre dieser Zustand auch durch eine, wie schon oben erwähnte, Ampelsteuerung mit Feuerwehrzugriff möglich.

Die in den Maßnahmen schon angesprochene Zukunftsstudie „Feuerwehr Siegen 2035“ muss in diesem Zusammenhang besonders betrachten, inwieweit die Vorhaltung nur einer hauptamtlich besetzten Feuerwache auf die Stadtfläche und Einwohnerinnen und Einwohner bezogen noch vertretbar erscheint. Kurzfristig müssen Einwohnerinnen und Einwohner, Einrichtungen und Betriebe dieser in dem Schutzziel nicht zu erreichenden Betriebe über konkrete Maßnahmen und Möglichkeiten der Selbsthilfe aufgeklärt werden. Dies sind zum einen die technischen Maßnahmen wie Rauchwarnmelder, wie auch geeignete Maßnahmen zur Rettung von Personen bis zum Eintreffen der Feuerwehr. Dies muss durch personelle Maßnahmen in Form von Planstellenanteilen im Bereich der Brandschutzaufklärung sichergestellt werden.

Neben der Betrachtung der Schutzziele hinsichtlich Zeit (Hilfsfrist) und Funktionsstärke kommt der Geschwindigkeit und der Effektivität eingeleiteter Maßnahmen nach Eintreffen der Feuerwehr eine große Bedeutung zu. Schnelle und effektive Maßnahmen der Feuerwehr beruhen auf einer gründlichen und möglichst umfassenden Erkundung sowie einer zielgerichteten Befehlsgabe des Einsatzleiters an nachgeordnete Führungsebenen. Insbesondere die Erkundung unterliegt zukünftig der Nutzung verschiedener digitaler Medien und Unterlagen. Die Sichtung und Auswertung erfolgt regelmäßig schon auf der Anfahrt des Einsatzleiters. Dieser wird bei der Feuerwehr Siegen durch den Einsatzführungsdienst (B-Dienst) von der Hauptamtlichen Wache sichergestellt. Vor dem Hintergrund einer Optimierung der Einleitung erster Maßnahmen an der Einsatzstelle, benötigt der Einsatzführungsdienst eine Führungsunterstützung in Form eines Fahrers und Führungsassistenten, der

dem Einsatzleiter schon auf der Anfahrt den nötigen Freiraum verschafft, genannte Maßnahmen einzuleiten.

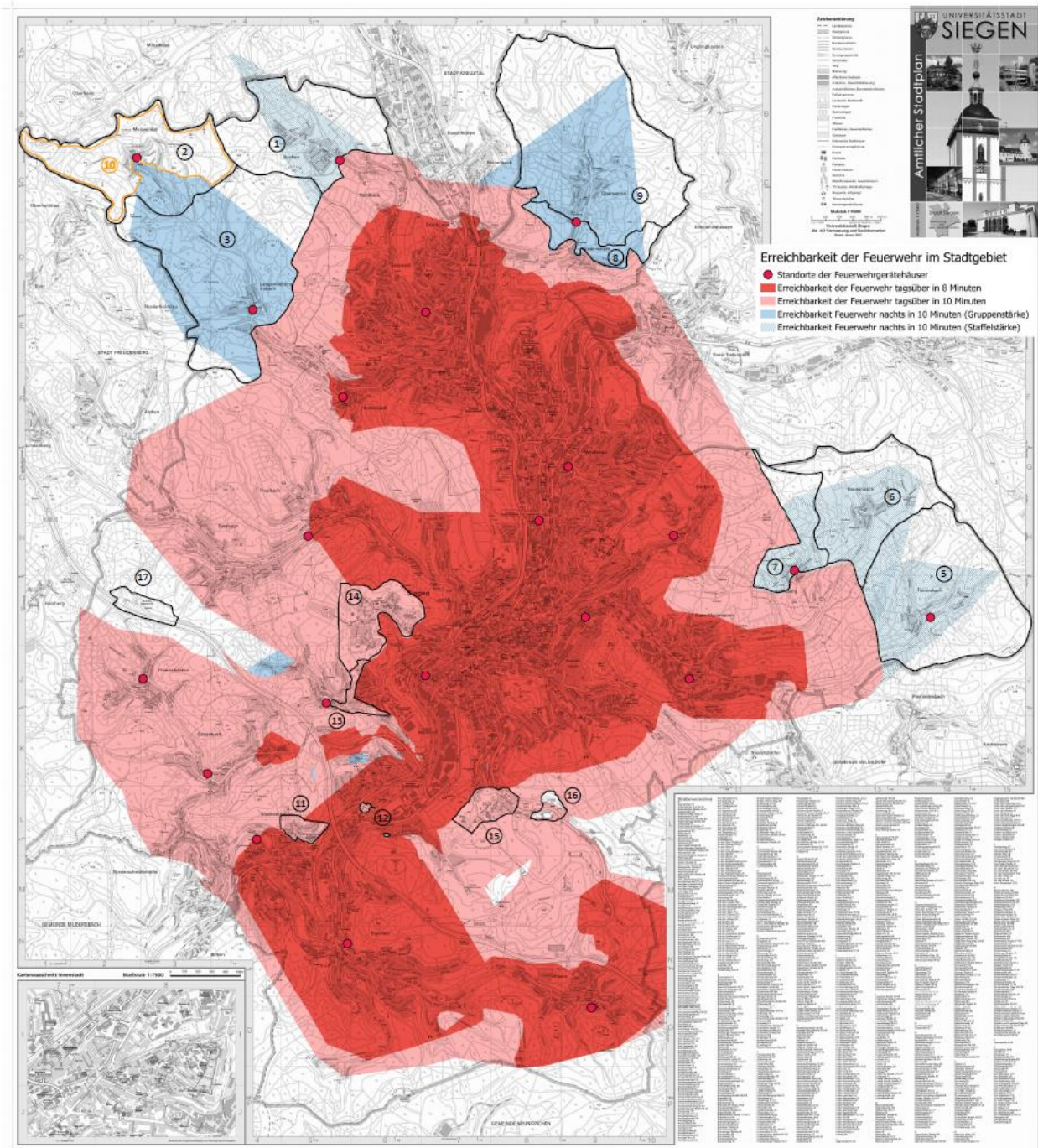


Abbildung 5: Übersicht Erreichbarkeit der verschiedenen Schutzziele

7. Struktur der Feuerwehr Siegen

7.1. Einsatzdienst

Die Feuerwehr der Universitätsstadt Siegen, bestehend aus der Hauptamtlichen Feuer- und Rettungswache sowie den Einheiten der Freiwilligen Feuerwehr, versieht den Einsatzdienst auf Grundlage des BHKG. Um die Gefahrenabwehr durchführen zu können, hält die Feuerwehr Siegen die im Brandschutzbedarfsplan vorgegebenen Funktionsstärken sowie die notwendigen Einsatzmittel vor. Diese verteilen sich im Stadtgebiet Siegen auf 20 Gerätehäuser der Freiwilligen Feuerwehr sowie auf die Feuer- und Rettungswache Siegen.

Neben der Ausstattung für die Brandbekämpfung und die technische Hilfeleistung werden für besondere und umfangreiche Einsätze verschiedene Sonderfahrzeuge und Abrollbehälter zentral auf der Feuer- und Rettungswache Siegen durch den Kreis Siegen-Wittgenstein vorgehalten, die sowohl durch Haupt- als auch ehrenamtliche Einsatzkräfte der Feuerwehr Siegen besetzt werden.

Der Einsatzführungsdienst der Feuerwehr Siegen besteht aus den Funktionen des A- und B- Dienstes, die rund um die Uhr vorgehalten werden. Während der A- Dienst seine Funktion auf Abruf aus der Freizeit sicherstellt, versieht der B- Dienst seinen Einsatzdienst im 24h-Dienst auf der Feuer- und Rettungswache Siegen. Bei größeren Einsatzlagen steht dem Einsatzleiter die Einsatzleitung der Feuerwehr Siegen zur Verfügung, die ihn bei den zu treffenden Maßnahmen zuarbeitet und unterstützt. Diese Führungsgruppe der Feuerwehr Siegen besteht aus allen Beamtinnen und Beamten des höheren und gehobenen feuerwehrtechnischen Dienstes sowie allen Ehrenamtlichen Führungskräften mit der Qualifikation Verbandsführer. Alle Beamten des Einsatzführungsdienstes sind, wie die Leitung der Feuerwehr Siegen auch, als bestellte Einsatzleiter der Universitätsstadt Siegen ernannt. Die Führungsgruppe nimmt im Bedarfsfall die Aufgaben einer Gesamteinsatzleitung wahr.

7.2. Feuerschutz und Rettungsdienst, Hauptamtliche Wache

Derzeit werden hauptamtlich 7 Funktionen (an Werktagen von 7:00 Uhr bis 16:00 Uhr 9 Funktionen) für den Brandschutz und die Hilfeleistung auf der Feuer- und Rettungswache Siegen vorgehalten (inklusive Einsatzführungsdienst B). Mit Abschluss des 2021 begonnenen Ausbildungslehrgangs wird ab 01.01.2023 die 24h- Funktionsstärke auf 9 Funktionen dem mangelnden Erreichungsgrad angepasst.

IST	PAF ⁶	Gesamt	SOLL	PAF	Gesamt
-----	------------------	--------	------	-----	--------

Tagesdienst:

Abteilungsleiter FSRD
stellv. Abteilungsleiter FSRD
Vorbeugender Brandschutz
Einsatzplanung u. -vorbereitung
Technik, Beschaffung
Technik RD/ mobile Datenerfassung
QM Rettungsdienst /
Bevölkerungsschutz/Kommunikation
Öffentlichkeitsarbeit/ PSU
Ausbildung Feuerwehr
Ausbildung Rettungsdienst
Sonderfahrzeuge/Wassertrupp/Technik
/zbV. Ehrenamt
Atenschutzwerkstatt

1	1	1	1	1	1
1	1	1	1	1	1
4	1	4	4	1	4
1	1	1	1	1	1
1	1	1	1	1	1
1	1	1	1	1	1
1	1	1	1	1	1
1	1	1	1	1	1
1	1	1	1	1	1
2	1	2	2	1	2
2	1	2	2	1	2
2	1	2	2	1	2

⁶ Personalausfallfaktor "PAF"

Gesamt

18		18	18		18
----	--	----	----	--	----

Wachabteilung:

Funktionen Brandschutz:

Einsatzführungsdienst⁷

Führer LF

Maschinist HLF

Angriffstruppführer HLF

Angriffstruppmann HLF

Wasserstruppführer HLF

Wasserstruppmann HLF

Führer DLK

Maschinist DLK

Gesamt

1			1		
1	5	5	1	5	5
1	5	5	1	5	5
1	5	5	1	5	5
1	5	5	1	5	5
			1	5	5
			1	5	5
1	5	5	1	5	5
1	5	5	1	5	5
7		30	9		40

Funktionen Rettungsdienst:

RTW 1

RTW 2

RTW 3

RTW 4

NEF

RTH

Gesamt

2	5	10	2	5	10
2	5	10	2	5	10
2	5	10	2	5	10
2	5	10	2	5	10
1	5	5	1	5	5
0,5	5	2,5	0,5	5	2,5
9,5		47,5	9,5		47,5

Funktionen Tagesdienst gesamt

Funktionen Wachabteilung gesamt

18	1	18	18	1	18
15,5	5	77,5	17,5	5	87,5
33,5		95,5			105,5

Verwaltung:

Haushaltsangelegenheiten

Abrechnung RD / Lehrgänge IDF

Geschäftszimmer Freiwillige Feuerwehr

Allgemeine Verwaltung

Gesamt

1			1		
1			1		
1			1		
0,5			0,5		
3,5			3,5		

Handlungsbedarf

Auf Grundlage der Auswertung des Erreichungsgrades der Schutzziele der Universitätsstadt Siegen ergeben sich im Bereich der Hauptamtlichen Wache folgende Maßnahmen:

⁷ Der Einsatzführungsdienst wird anteilig von allen Kolleginnen und Kollegen des gehobenen Dienstes im 24 Std. Dienst durchgeführt

- Erhöhung der Funktionsstärke von 7 auf 9 Funktionen im 24h- Dienst (Umsetzung erfolgt zum 01.01.2023)
- Einführung der Funktion „Führungsassistent“ des Einsatzführungsdienstes B im 24h- Dienst zur Sicherstellung einer effektiven Erkundung und schnell eingeleiteter Erstmaßnahmen. Damit geht eine perspektivische Funktionsstärkenerhöhung auf 10 Funktionen einher.

7.3. Einsatzleitung und Einsatzführungsdienste

Die Einsatzleitung bei Einsätzen der Feuerwehr Siegen nach BHKG wird durch die Einsatzführungsdienste sichergestellt. Hierbei wird zwischen dem Einsatzführungsdienst A und B unterschieden. Neben den erwähnten Schutzzielel kennzeichnet eine leistungsfähige Feuerwehr, dass strategische Entscheidungen in Einsatzleitungen vorbereitet und durch die verschiedenen Führungsebenen umgesetzt werden. Besonders bei größeren und sehr dynamischen Einsatzlagen erscheint eine Anpassung der Abläufe unumgänglich.

Einsatzführungsdienst A:

Diese Funktion wird durch den Leiter der Feuerwehr Siegen und seine Stellvertreter im Einsatzfall aus der Freizeit wahrgenommen. Der A- Dienst nimmt in seiner Funktion die Gesamteinsatzleitung der Universitätsstadt Siegen wahr. Alarmiert wird der A- Dienst zu allen Einsatzstellen ab einem Kräfteansatz von mehr als zwei Löschzügen, besonderen Einsatzstichworten wie Massenanfall von Verletzten sowie bei Sonderlagen (z.B. Bombenfund) und auf Anforderung von Kreisleitstelle und dem Einsatzführungsdienst B). Des Weiteren übernimmt der A- Dienst alle parallelen Einsätze, bei denen der Einsatzführungsdienst B gebunden ist.

Einsatzführungsdienst B:

Diese Funktion wird durch Beamte des höheren und gehobenen feuerwehrtechnischen Dienstes der Hauptamtlichen Wache der Feuerwehr Siegen im 24h- Dienst wahrgenommen. Dabei rückt dieser bei allen Einsatzstichworten ab Brandmeldeanlage aufsteigend als Einsatzleiter zusammen mit den Haupt- und ehrenamtlichen Einsatzkräften aus. Bei Ereignissen, bei denen die Einsatzleitung durch den A- Dienst wahrgenommen wird, übernimmt der Einsatzführungsdienst B die Aufgaben eines Einsatzabschnittsleiters.

Einsatzleitung:

Zur Unterstützung steht dem Einsatzführungsdienst A und B bei größeren Einsatzlagen die Einsatzleitung der Feuerwehr Siegen zur Verfügung. Diese setzt sich aus allen Beamten des höheren und gehobenen feuerwehrtechnischen Dienstes sowie allen Führungskräften der freiwilligen Einheiten mit der Qualifikation „Verbandsführer“ zusammen. Diese Führungsgruppe wird im Bedarfsfall aus der Freizeit alarmiert und besetzt die Sachgebiete in einer Einsatzleitung nach Feuerwehrdienstvorschrift 100(FwDV 100).

Handlungsbedarf

- Erweiterung des Personenkreises zur Besetzung des Einsatzführungsdienstes A durch geeignete Haupt- und ehrenamtliche Führungskräfte (Sicherstellung der Funktion über 24h ehrenamtlich mit derzeit 3 Personen nicht mehr darstellbar)

- Einführung der Funktion „Führungsassistent“ des Einsatzführungsdienstes B im 24h- Dienst zur Sicherstellung einer effektiven Erkundung und schnell eingeleiteter Erstmaßnahmen (siehe oben).
- Einführung der Funktion „Lagedienst“ durch Beamte des höheren oder gehobenen feuerwehrtechnischen Dienstes als Rufbereitschaft zur Sicherstellung einer schnellen und sofortigen rückwärtigen Führungsunterstützung des Einsatzführungsdienstes A und B bei größeren Einsatzlagen.
- Erweiterung der technischen Ausstattung der Einsatzleitung im Bereich Datenaustausch und Stabssoftware

7.4. Sachgebiet Technik

Die Arbeitsgruppe Technik des Bereiches Feuerschutz und Rettungsdienst führt alle Beschaffungen im Bereich der Fahrzeug- und Gerätetechnik sowie im Bereich der Einsatzbekleidung und Uniformen durch. Besonders in diesem Arbeitsbereich müssen die in Zukunft auf die Feuerwehren zukommenden Einsatzgefahren berücksichtigt und geplant werden. Bedingt durch sich veränderte Einsatzlagen (Klimatische Einflüsse und geringere Personalverfügbarkeit) ergeben sich im Bereich der Technik und Einsatzbekleidung Handlungsbedarfe.

Handlungsbedarf:

- Mitarbeit bei der Erstellung des Konzeptes „Feuerwehr Siegen 2035“ im Bereich Fahrzeuge und Technik
- Erstellung eines Logistikkonzeptes zur Versorgung von Einsatzstellen hinsichtlich Material und Ausstattung sowie Verpflegung und Hygiene
- Beschaffung neuer Einsatzbekleidung die, neben dem Schutz gegen Flammen und Wärme bei der Innenbrandbekämpfung, Bedarfe hinsichtlich Szenarien wie Wald- und Vegetationsbrände und Technische Hilfeleistung erfüllt

7.5. Feuerschutz und Rettungsdienst, Freiwillige Feuerwehr

Die Freiwillige Feuerwehr der Universitätsstadt Siegen ist die größte Feuerwehr im Kreis Siegen-Wittgenstein und besteht derzeit aus 12 Brandschutzbezirken mit ca. 600 aktiven Kameradinnen und Kameraden, der Jugend- und Kinderfeuerwehr Siegen sowie der Ehrenabteilung. Zusätzlich zu den insgesamt 20 Einheiten (innerhalb der 12 Brandschutzbezirke) betreibt die Feuerwehr Siegen folgende Facheinheiten (Anlage 3):

- Facheinheit ABC
- Facheinheit Spezielle Rettung aus Höhen und Tiefen
- Facheinheit Rettungshunde Ortungstechnik

Facheinheit ABC

Die Facheinheit ABC setzt sich personell aus verschiedenen Einheiten der Feuerwehr Siegen zusammen. Für die besonderen Einsätze im Bereich von atomaren-, biologischen- und chemischen Gefahren werden Spezialkräfte benötigt, die in dieser Facheinheit zusammengefasst werden. Einsatzkräfte dieser Facheinheit werden mit einem eigenen Übungsplan neben ihren originären Tätigkeiten in den jeweiligen Stammeinheiten tätig.

Facheinheit Spezielle Rettung aus Höhen und Tiefen (SRHT)

Die Facheinheit SRHT setzt sich aus derzeit 13 Einsatzkräften des Haupt- und Ehrenamtes der Feuerwehr Siegen zusammen. Die speziell für dieses Einsatzspektrum ausgebildeten Einsatzkräfte werden bei Einsatzlagen alarmiert, bei denen Personen und Tiere aus Höhen und Tiefen gerettet, Einsatzkräfte in Absturz gefährdeten Bereichen gesichert, Baugerüste, Hausdächer etc. bei Unwettern gesichert sowie der Rettungsdienst beim Transport von Patientinnen und Patienten unterstützt werden muss. Die Facheinheit SRHT übernimmt die aufgeführten Aufgaben ebenfalls im Rahmen der überörtlichen Hilfeleistung. Die Facheinheit ist zukünftig durch die gezielte Ausbildung weiterer Einsatzkräfte zu erweitern.

Facheinheit Rettungshunde Ortungstechnik (RHOT)

Die seit 2013 bestehende Facheinheit RHOT rettet Menschen in Not durch den Einsatz speziell ausgebildeter und geschulter Hunde. Zum Einsatz kommen dabei Hunde, die entweder als Flächensuch- oder Personenspürhunde ausgebildet wurden. Nach einer zwei- bis dreijährigen Ausbildung schließt diese mit einer Prüfung nach den Grundsätzen der Prüfungsordnung des Deutschen Feuerwehrverbandes ab. Die Leistungsfähigkeit der Hunde muss in einem zweijährigen Rhythmus nachgewiesen werden. Die Einsatzkräfte der Facheinheit RHOT versehen ihren ehrenamtlichen Dienst neben ihrem Einsatzdienst in Einheiten der Feuerwehr Siegen.

Jugendfeuerwehr Siegen

Die Jugendfeuerwehr Siegen besteht derzeit aus 162 Mitgliedern. Damit fallen die Mitgliederzahlen in den vergangenen drei Jahren um ca. 15 %, wobei die Ursachen in der Covid-19-Pandemie zu erkennen sind, da die wichtigen Übungs-, Freizeit und Werbeaktivitäten allesamt ausfallen mussten. Die große Bedeutsamkeit dieser Entwicklung liegt darin, dass über 70% der Mitglieder für die Einsatzabteilung perspektivisch aus Mitgliedern der Jugendfeuerwehr rekrutiert werden (Anlage 4.).

Kinderfeuerwehr Siegen

Die Kinderfeuerwehr besteht derzeit aus 65 Mädchen und Jungen. Auch hier ist, insbesondere durch die Covid-19-Pandemie, ein leichter Rückgang der Beteiligungen zu verzeichnen (Anlage 5.). Die Gründung weiterer Kinderfeuerwehren ist unbedingt anzustreben und zu forcieren.

Freiwillige Feuerwehr und Ehrenamt

In Städten und Gemeinden werden demographische und soziale Umbrüche und Entwicklungen zu einem sehr frühen Zeitpunkt spürbar. Die Sicherung von Grundbedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger, wie zum Beispiel der Feuer- und Katastrophenschutz, werden in Bundesrepublik Deutschland größtenteils ehrenamtlich sichergestellt. Jedoch spüren die damit beauftragten Kommunen immer deutlicher, dass durch die demographische Entwicklung der Gesellschaft sowie sozial-gesellschaftlich wirkenden Faktoren, die nötigen Mitgliederzahlen im Bereich Feuer- und Katastrophenschutz nicht mehr sicher erreicht werden können. Fehlende ehrenamtliche Einsatzkräfte können zwar durch hauptamtliche Feuerwehrbeamtinnen und –beamten kompensiert werden, perspektivisch treten aber im Bereich der Hauptamtlichen Kräfte die gleichen Faktoren der demographischen Entwicklung auf. Weiterhin ist besonders für kleinere und mittlere Kommunen, die komplette Sicherstellung des Feuerschutzes durch

Hauptamtliche Kräfte kaum finanzierbar. Eine Simulationsrechnung der Feuerwehr Siegen aus dem Jahr 2012 hat ergeben, dass für die Sicherstellung des Feuerschutzes für die Universitätsstadt Siegen durch ausschließlich Hauptamtliche Kräfte sowie den dafür benötigten Feuerwachen, Kosten von ca. 120 € pro Haushalt und Monat entstehen würden. Vor diesem Hintergrund erscheinen Maßnahmen gerechtfertigt, so lange wie mögliche die demographischen Auswirkungen auf das Haupt- und vor allem auf das Ehrenamt so gering wie möglich zu halten und das bestehende System der Feuerwehr Siegen in seiner Form zu erhalten. Hochrechnungen, die in Zusammenarbeit mit der Universität Siegen durchgeführt wurden ergaben, dass spätestens ab dem Jahr 2020 die altersbedingten Abgänge, unter Berücksichtigung der derzeitigen Mitgliederentwicklung, nicht mehr ersetzt werden können. Diese Prognose hat sich leider in großen Teilen bewahrheitet.

Handlungsbedarf

- Feuerwehrprämie in Höhe von 100 € pro Jahr (ab einer Zugehörigkeit von 5 Jahren) (seit 2013 umgesetzt)
- Erhöhung der Aufwandsentschädigung für Einsatz- und Übungsdienste (schon umgesetzt)
- Einführung einer Pauschale für die Kameradschaftspflege (schon umgesetzt)
- Entlastung der ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen von Verwaltungs- und Administrationsarbeiten sowie Nicht-einsatzspezifischen Tätigkeiten durch Einbindung des städtischen Winterdienstes und der Grünflächenpflege an Feuerwehrgerätehäusern
- Einrichtung einer Planstelle im Bereich FSRD Brandschutzerziehung- und Aufklärung zur Gewinnung von Mitgliedern der Kinder- und Jugendfeuerwehr und Einsatzabteilung durch Schul- und Kindergartenprojekte (Kinder- und Jugendfeuerwehr als Zukunft der Einsatzabteilung)
- Möglichkeiten der persönlichen Entwicklung im Bereich des Ehrenamtes sichtbar machen durch die Beschaffung von Feuerwehruniformen für alle Feuerwehrangehörigen ab dem Eintritt in die Feuerwehr (Feuerwehruniform NRW)
- Einmal jährlicher „Abend der Feuerwehr“ mit Rahmenprogramm und allen anstehenden Beförderungen der Feuerwehr Siegen (Öffentliche Beförderungen)
- Weiterer Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit, besonders im Bereich Social Media unter Beteiligung von Experten (Mitgliedergewinnung)
- Einbeziehung der Mitgliedergewinnung in die Zukunftsstudie „Feuerwehr Siegen 2035“ insbesondere unter Berücksichtigung zukünftiger sozio-ökonomischer Fragestellungen, dem demographischen Wandel und veränderter Lebenswirklichkeiten (Mobilität, Arbeitsverhältnisse)

8. Standorte der Feuerwehr Siegen

Feuer- und Rettungswache Siegen

Die im Jahr 2010 in Betrieb genommene Feuer- und Rettungswache Siegen berücksichtigt den Bedarf an Flächen aus dem Jahr 2006. Die in der Zwischenzeit nötigen personellen Anpassungen sowie die Vorhaltung immer mehr Fahrzeuge, lässt keine weiteren Entwicklungsmöglichkeiten zu. Die Nutzung der Räume der Kreisleitstelle Siegen-Wittgenstein erscheinen perspektivisch möglich (Umzug der Leitstelle in ein eigenes Gebäude), muss aber mindestens bis zur Umsetzung kompensiert werden.

Handlungsbedarf:

- Schaffung neuer Büro- und Besprechungsräume durch „Containerlösungen“ im Bereich der Feuer- und Rettungswache Siegen und Schaffung zusätzlicher Büro- und Besprechungsräume in der neu zu errichtenden Rettungswache Süd in Niederschelden
- Machbarkeitsprüfung zur Verlagerung einzelner Sachgebiete und/ oder Fahrzeugen in andere Liegenschaften, zur Raumgewinnung der für den Einsatz notwendigen Flächen

Feuerwehrgerätehaus Sohlbach/Buchen

Der Standort des Gerätehauses ist hinsichtlich seiner Lage einsatztaktisch nicht zu bemängeln. Bei dem Gerätehaus handelt es sich jedoch um ein Altgebäude, bei dem weder einer Geschlechtertrennung noch ein Betrieb unter Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften möglich ist (Bewegungsflächen zu klein). Bei dem Schulungsraum handelt es sich um einen ehemaligen Schul-Pavillon, der auf einem sanierungsbedürftigen Holzbalkenlager aufgebaut ist.

Handlungsbedarf:

- Neubau eines Feuerwehrgerätehauses Sohlbach/Buchen an gleicher Stelle nach den Grundsätzen einer gesicherten Infrastruktur (z.B. Notstromversorgung und Hochwasserschutz)

Feuerwehrgerätehaus Geisweid

Der Standort des Gerätehauses ist hinsichtlich seiner Lage einsatztaktisch nicht zu bemängeln. Der Gebäudezustand ist dem Gebrauch angemessen.

Handlungsbedarf:

- Übliche Instandhaltungsarbeiten

Feuerwehrgerätehaus Setzen

Der Standort des Gerätehauses ist hinsichtlich seiner Lage einsatztaktisch nicht zu bemängeln. Innerhalb des Gerätehauses fehlt eine Trennung zwischen der Fahrzeughalle und dem Spind-Bereich mit der Einsatzbekleidung der Einsatzkräfte.

Handlungsbedarf:

- Anbau des Feuerwehrgerätehauses Setzen auf der Südseite als Umkleide- und Spind- Raum, getrennt von der Wagenhalle der Einsatzfahrzeuge

Feuerwehrgerätehäuser Langenholdinghausen und Birlenbach

Die Standorte der Gerätehäuser sind hinsichtlich ihrer Lage einsatztaktisch zu bemängeln. Bedingt durch die räumliche Nähe sowie der seit vielen Jahren praktizierten, gemeinsamen Übungsdienste, erscheint das Betreiben von zwei, auch baulich alten Gerätehäusern, nicht zukunftsfähig.

Handlungsbedarf:

- Neubau eines gemeinsamen Feuerwehrgerätehauses der Einheiten Langeholdinghausen und Birlenbach (Beispiel Feuerwehrgerätehaus Alchetal) im Bereich Langenholdinghausen nach den Grundsätzen gesicherter Infrastruktur (z.B. Notstromversorgung und Hochwasserschutz)

Feuerwehrgerätehaus Meiswinkel

Der Standort des Gerätehauses ist hinsichtlich seiner Lage einsatztaktisch nicht zu bemängeln. Die bestehende Infrastruktur lässt eine Geschlechtertrennung im Bereich der Sozialräume nicht zu.

Handlungsbedarf:

- Anbau neuer Sozialräume an das bestehende Feuerwehrgerätehaus um die Geschlechtertrennung zu gewährleisten.

Feuerwehrgerätehaus Weidenau

Der Standort des Gerätehauses ist hinsichtlich seiner Lage einsatztaktisch nicht zu bemängeln. Die bestehende Fahrzeughalle mit seinen Bewegungsflächen entspricht nicht den gültigen Unfallverhütungsvorschriften. Durch die bestehende Gebäudestruktur lässt sich diese Situation durch Umbaumaßnahmen nicht beheben.

Handlungsbedarf:

- Abriss des bestehenden Feuerwehrgerätehauses Weidenau unter Nutzung der Garagen und Büroflächen des Bauhofes Weidenau bis zur Errichtung eines neuen Feuerwehrgerätehauses Weidenau an gleicher Stelle.
- Neubau des Feuerwehrgerätehauses Weidenau an gleicher Stelle nach den Grundsätzen einer gesicherten Infrastruktur (z.B. Notstromversorgung und Hochwasserschutz)

Feuerwehrgerätehaus Bürbach

Der Standort des Gerätehauses ist hinsichtlich seiner Lage einsatztaktisch nicht zu bemängeln.

Handlungsbedarf:

- Übliche Instandhaltungsarbeiten

Feuerwehrgerätehaus Hammerhütte

Der Standort des Gerätehauses ist hinsichtlich seiner Lage einsatztaktisch zu bemängeln. Neben einer ungünstigen Verkehrsanbindung für Feuerwehrangehörige im Einsatzfall, fehlen dem Gerätehaus Parkplätze und Freiflächen für Fahrzeugpflege und Einsatzübungen. Geschlechtergetrennte Umkleide- und Sozialbereiche sind nicht vorhanden. Bei einer schon durchgeführten Machbarkeitsstudie hinsichtlich einer Zusammenlegung der Feuerwehrgerätehäuser Hammerhütte und Hain konnte allerdings kein besser geeigneter Standort im Einzugsbereich ermittelt werden. Eine weitere Nutzung des Standortes

Hammerhütte ist damit alternativlos, womit dieser an die aktuellen Anforderungen angepasst werden muss. Als Folge dient dieser Standort der Erfüllung des Schutzzieles 2 der Universitätsstadt Siegen.

Handlungsbedarf:

- Umbau der angrenzenden Halle (Lager der Kulturabteilung) zum Gerätehaus Hammerhütte zu geschlechtergetrennten Umkleide- und Sozialräumen

Feuerwehrgerätehaus Hain

Der Standort des Gerätehauses ist hinsichtlich seiner Lage einsatztaktisch nicht zu bemängeln. Im Außenbereich lässt der Standort die nötigen Freiflächen zum Parken für Einsatzkräfte vermissen. Geschlechtergetrennte Umkleide- und Sozialbereiche sind nicht vorhanden.

Handlungsbedarf:

- Aufstockung des vorhandenen Baukörpers und Verlagerung des Schulungsraumes in das neu entstandene Obergeschoss
- Umbau des „alten“ Schulungsraumes im Erdgeschoss zu geschlechtergetrennten Umkleide- und Sozialräumen

Feuerwehrgerätehaus Alchetal

Der Standort des Gerätehauses ist hinsichtlich seiner Lage einsatztaktisch nicht zu bemängeln.

Handlungsbedarf:

- Keine

Feuerwehrgerätehaus Feuersbach

Der Standort des Gerätehauses ist hinsichtlich seiner Lage einsatztaktisch nicht zu bemängeln.

Handlungsbedarf:

- Keine

Feuerwehrgerätehaus Volnsberg

Der Standort des Gerätehauses ist hinsichtlich seiner Lage einsatztaktisch nicht zu bemängeln. Durch die zu geringen Abmessungen der Fahrzeughalle besteht dort eine Erhöhte Unfallgefahr (z.B. durch Quetschungen). Die vorhandene Fahrzeughalle entspricht nicht den gültigen Vorschriften zur Unfallverhütung.

Handlungsbedarf:

- Linksseitiger Anbau einer neuen Fahrzeuggarage mit den erforderlichen Maßen

- Umbau der vorhandenen Fahrzeughalle als Erweiterung geschlechtergetrennter Umkleide- und Sozialbereiche

Feuerwehrgerätehaus Kaan-Marienborn

Der Standort des Gerätehauses ist hinsichtlich seiner Lage einsatztaktisch nicht zu bemängeln.

Handlungsbedarf:

- Ausstattung des Gebäudes nach den Grundsätzen gesicherter Infrastruktur (z.B. Notstromversorgung und Hochwasserschutz)

Feuerwehrgerätehaus Oberschelden

Der Standort des Gerätehauses ist hinsichtlich seiner Lage einsatztaktisch nicht zu bemängeln. Geschlechtergetrennte Umkleide- und Sozialbereiche sind nicht vorhanden.

Handlungsbedarf

- Anbau des Bestandsgebäudes als Erweiterung mit geschlechtergetrennten Umkleide- und Sozialbereichen (Bauarbeiten seit Januar 2022 begonnen)

Feuerwehrgerätehaus Gosenbach

Der Standort des Gerätehauses ist hinsichtlich seiner Lage einsatztaktisch nicht zu bemängeln. Die Zufahrt über eine verkehrsberuhigte Zone erschwert allerdings ein zeitgerechtes Ausrücken. Geschlechtergetrennte Umkleide- und Sozialbereiche sind nicht vorhanden.

Handlungsbedarf

- Anbau des Bestandsgebäudes an der Süd-Ost-Seite als Erweiterung mit geschlechtergetrennten Umkleide- und Sozialbereichen
- In Ermangelung verkehrstechnisch geeigneter Grundstücke im Bereich des Ortskerns Gosenbach erscheint der derzeitige Standort alternativlos

Feuerwehrgerätehaus Eisern

Der Standort des Gerätehauses ist hinsichtlich seiner Lage einsatztaktisch nicht zu bemängeln.

Handlungsbedarf

- Keine

Feuerwehrgerätehaus Eiserfeld

Der Standort des Gerätehauses ist hinsichtlich seiner Lage einsatztaktisch nicht zu bemängeln. Das im Jahr 1960 erbaute Feuerwehrgerätehaus ist sanierungsbedürftig und den aktuellen Erfordernissen anzupassen. Geschlechtergetrennte Umkleide- und Sozialbereiche sind nicht vorhanden.

Handlungsbedarf

- Sanierung des Bestandgebäudes und Umbau hin zu geschlechtergetrennten Umkleide- und Sozialbereichen.
- Ausstattung des Gebäudes nach den Grundsätzen gesicherter Infrastruktur (z.B. Notstromversorgung und Hochwasserschutz)

Feuerwehrgerätehaus Achenbach

Der Standort des Gerätehauses ist hinsichtlich seiner Lage einsatztaktisch nicht zu bemängeln. Der in einem Pavillon genutzte Schulungsraum ist sanierungsbedürftig.

Handlungsbedarf

- Abriss des vorhandenen Pavillons als Schulungsraum
- Neubau eines neuen Schulungsraumes an gleicher Stelle

Feuerwehrgerätehaus Niederschelden

Der Standort des Gerätehauses ist hinsichtlich seiner Lage einsatztaktisch nicht zu bemängeln.

Handlungsbedarf

- Keine

9. Großeinsatzstellen, Katastrophen

Die menschenverursachte Klimakrise beeinflusst zunehmend das Einsatzgeschehen sowie die Einsatzarten. Neben der Anzahl verändern sich zunehmend auch die Gefahren durch die spürbaren, klimatischen Veränderungen. Wald- und Vegetationsbrände in Verbindung mit Wasserknappheit sowie im Gegensatz dazu Starkregenereignisse mit Überschwemmungen prägen zunehmend das Einsatzgeschehen der Feuerwehr Siegen. Dabei muss zukünftig im Rahmen der Einsatzleitungen- und -dienste die Warnung der Bevölkerung, Information der Bevölkerung sowie die Krisenkommunikation im Fokus stehen. Hierzu baut die Universitätsstadt Siegen das bestehende Sirenenwarnnetz stetig weiter aus und erneuert Bestandssirenen durch leistungsfähigere, elektronische Sirenen. Parallel dazu konnte die Feuerwehr Siegen ein Waldbrandflächen-Kataster entwickeln, was Einsatzleitungen die Orientierung bei Wald- und Vegetationsbränden erleichtert.

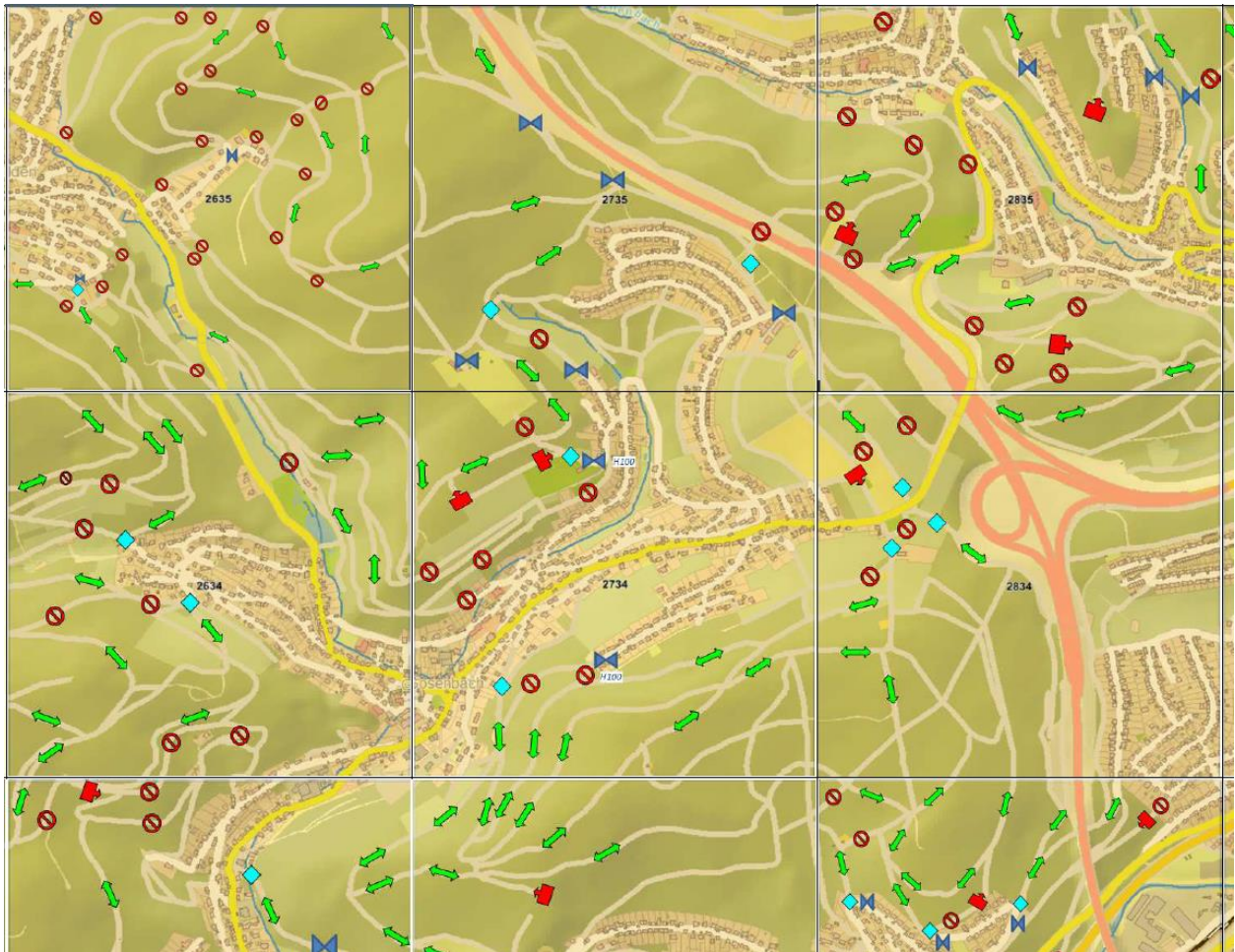


Abbildung 6: Waldbrand-Kataster

Neben klimatisch bedingten Einsatzszenarien kommen, bedingt durch anhaltende weltweite Krisen, Ausfälle und Engpässe in der kritischen Infrastruktur zum Tragen (z.B. flächendeckende Stromausfälle). Um hier im Bereich von Feuerschutz und Rettungsdienst adäquat Hilfe leisten zu können, sind umfangreiche Vorplanungen und Recherchen anzustellen, dessen Ergebnisse in Datenbanken verfügbar gehalten werden müssen. Bei dieser gesamtstädtischen Betrachtungsweise müssen Schnittstellen zu benachbarten Fachabteilungen der Gefahrenabwehr bedacht werden.

Karte-Siegen SW (Süd-West)

Waldwege-Zustand und Taktik-Karte für Waldbrandeinsätze									
	Befahrbar bevorzugt mit Geländefahrzeugen Nur im Einbahnverkehr (Doppelpfeile wegen je nach Festlegung der Zufahrt durch den Einsatzleiter)								
	!!! NICHT befahrbar !!! (Es handelt sich um Fußwege, stark bewachsen)								
	Befahrbar jedoch Sackgasse								
	Zufahrtstelle ins Waldgebiet oder Ausfahrt aus dem Waldgebiet (Festlegung durch den Einsatzleiter) Bei der Zufahrt ist hier der vorgeplante Bereitstellungsplatz für Wasserträgerfahrzeuge (TLF,)								
	Waldzufahrtsnummer / Bereitstellungsplatznummer								
	Taugliche Löschwasserentnahmestelle								

Abbildung 7: Legende Waldbrand-Kataster

Handlungsbedarf

- Weiterer, kontinuierlicher Ausbau des Sirennennetzes zur Warnung der Bevölkerung
- Information und Aufklärung der Bevölkerung durch Planstelle FSRD „Brandschutzerziehung- und aufklärung“
- Schaffung gemeinsamer Planstellenanteile in Ordnungsamt und FSRD „Erstellung und Planung Gefahren-Kataster“
- Weitere Bedarfe decken sich mit schon genannten Bedarfen im Text

10. Zusammenfassung aller Handlungsbedarfe des Brandschutzbedarfsplanes

10.1. Gebäude

- Anbau des Feuerwehrgerätehauses Volnsberg
- Abriss und Neubau des Feuerwehrgerätehauses Weidenau an gleicher Stelle
- Anbau des Feuerwehrgerätehauses Hammerhütte
- Aufstockung des Feuerwehrgerätehauses Hain
- Neubau des Feuerwehrgerätehauses Sohlbach- Buchen
- Anbau und Renovierung des Feuerwehrgerätehauses Gosenbach
- Anbau des Feuerwehrgerätehauses Meiswinkel
- Anbau des Feuerwehrgerätehauses Setzen
- Neubau eines gemeinsamen Feuerwehrgerätehauses Langenholdinghausen/ Birlenbach
- Neubau des Schulungsraumes am Feuerwehrgeräthaus Achenbach
- Sanierung und Renovierung des Feuerwehrgerätehauses Eiserfeld
- Erweiterung der FRW Siegen um Büro-, Lager- und Spindfläche

10.2. Organisatorisch

- Überprüfung von Möglichkeiten zur Optimierung von Fahrtrouten und des Systems „Ampelschaltung“.
- Die Einbindung der im Tagesdienst eingesetzten Beamten mit einer feuerwehrtechnischen Ausbildung oder feuerwehrtechnischer Grundausbildungslehrgänge zur Besetzung eines zusätzlichen Löschfahrzeuges während der regulären Arbeitszeit zur Verbesserung der Hilfsfristen bei Paralleleinsätzen.
- Strukturanalyse der Feuerwehr Siegen und Erstellung eines Strategiepapiers „Feuerwehr Siegen 2035“
- Feuerwehrprämie in Höhe von 100 € pro Jahr (ab einer Zugehörigkeit von 5 Jahren) (seit 2013 umgesetzt)
- Erhöhung der Aufwandsentschädigung für Einsatz- und Übungsdienste (schon umgesetzt)
- Einführung einer Pauschale für die Kameradschaftspflege (schon umgesetzt)
- Entlastung der Ehrenamtlicher Feuerwehrangehöriger von Verwaltungs- und Administrationsarbeiten sowie Nicht-einsatzspezifischen Tätigkeiten durch Vergabe des Winterdienstes und Grünflächenpflege an Feuerwehrgerätehäusern
- Einmal jährlicher „Abend der Feuerwehr“ mit Rahmenprogramm und allen anstehenden Beförderungen der Feuerwehr Siegen (Öffentliche Beförderungen)
- Weiterer Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit, besonders im Bereich Social Media unter Beteiligung von Experten (Mitgliedergewinnung)

10.3. Personal

- Erhöhung der Funktionsstärke der Hauptamtlichen Wache auf 9 Funktionen (schon in Umsetzung durch Laufbahnausbildungslehrgang 1.2, Umsetzung ab 01.2023)
- Einrichtung Planstelle „Brandschutzaufklärung“ im Bereich Feuerschutz und Rettungsdienst
- Einrichtung der Funktion „Führungsassistent“ des Einsatzführungsdienstes (B-Dienst)
- Erweiterung des Personenkreises zur Besetzung des Einsatzführungsdienstes A durch geeignete Haupt- und ehrenamtliche Führungskräfte (Sicherstellung der Funktion über 24h ehrenamtlich mit derzeit 3 Personen nicht mehr darstellbar)
- Einführung der Funktion „Lagedienst“ durch Beamte des höheren oder gehobenen feuerwehrtechnischen Dienstes als Rufbereitschaft zur Sicherstellung einer schnellen und sofortigen rückwärtigen Führungsunterstützung des Einsatzführungsdienstes A und B bei größeren Einsatzlagen.

10.4. Technik

- Erweiterung der technischen Ausstattung der Einsatzleitung im Bereich Datenaustausch und Stabssoftware auch in Verbindung mit dem Stab für außergewöhnliche Ereignisse der Universitätsstadt Siegen.
- Mitarbeit bei der Erstellung des Konzeptes „Feuerwehr Siegen 2035“ im Bereich Fahrzeuge und Technik
- Anpassung des geplanten Fahrzeugbeschaffungsprogrammes (Anlage 6.) nach Fertigstellung des Konzeptes „Feuerwehr Siegen 2035“
- Erstellung eines Logistik- Konzeptes zur Versorgung von Einsatzstellen hinsichtlich Material und Ausstattung sowie Verpflegung und Hygiene

- Beschaffung neuer Einsatzbekleidung die, neben dem Schutz gegen Flammen und Wärme bei der Innenbrandbekämpfung, Bedarfe hinsichtlich Szenarien wie Wald- und Vegetationsbrände und Technische Hilfeleistung erfüllt
- Beschaffung von Feuerwehruniformen für alle Feuerwehrangehörigen ab dem Eintritt in die Feuerwehr (Feuerwehruniform NRW)

11. Anlagen

1. Gesamtauswertung Planquadrate hinsichtlich der Beurteilungsklassen

Planquadrat	Brandschutz	Technische Hilfe	ABC-Gefahren
2433	-	-	-
2435	-	-	-
2442	-	TH-I	ABC 1
2443	Brand 1	TH-I	ABC 1
2533	Brand 1	TH-I	-
2534	Brand 1	TH-I	ABC 1
2535	Brand 1	TH-I	ABC 1
2536	Brand 1	TH-II	ABC 2
2537	Brand 1	TH-II	ABC 2
2538	Brand 1	TH-II	ABC 2
2541	-	-	-
2542	Brand 1	TH-I	ABC 1
2543	Brand 1	TH-I	ABC 1
2633	Brand 1	TH-I	ABC 1
2634	Brand 1	TH-I	ABC 1
2635	Brand 1	TH-I	ABC 1
2636	Brand 1	TH-II	ABC 2
2637	Brand 1	TH-II	ABC 2
2638	Brand 1	TH-I	ABC 1
2639	-	-	-
2640	Brand 1	TH-I	ABC 1
2641	Brand 1	TH-I	ABC 1
2642	Brand 1	TH-I	ABC 1
2643	Brand 1	TH-I	ABC 1
2729	-	-	-
2730	-	-	-
2731	-	-	-
2732	Brand 1	TH-II	ABC 2
2733	Brand 1	TH-II	ABC 2
2734	Brand 1	TH-I	ABC 3
2735	Brand 1	TH-II	ABC 2
2736	Brand 1	TH-I	ABC 1
2737	Brand 1	TH-II	ABC 1
2738	Brand 1	TH-I	ABC 1
2739	-	-	-
2740	Brand 1	TH-I	ABC 1
2741	Brand 1	TH-I	ABC 1
2742	Brand 1	TH-I	ABC 1
2743	Brand 1	TH-I	ABC 1

2744	-	TH-I	ABC 1
2829	Brand 1	TH-I	ABC 1
2830	Brand 1	TH-I	ABC 2
2831	Brand 1	TH-II	ABC 2
2832	Brand 4	TH-II	ABC 2
2833	Brand 4	TH-III	ABC 2
2834	Brand 1	TH-III	ABC 2
2835	Brand 1	TH-III	ABC 2
2836	Brand 1	TH-I	ABC 1
2837	Brand 1	TH-II	ABC 1
2838	Brand 1	TH-II	ABC 1
2839	Brand 1	TH-II	ABC 1
2840	Brand 2	TH-II	ABC 1
2841	Brand 1	TH-I	ABC 1
2842	Brand 1	TH-I	ABC 1
2843	Brand 1	TH-I	ABC 1
2844	-	-	-
2929	-	-	-
2930	Brand 1	TH-I	ABC 1
2931	Brand 1	TH-II	ABC 2
2932	Brand 1	TH-III	ABC 2
2933	Brand 4	TH-III	ABC 2
2934	Brand 2	TH-II	ABC 2
2935	Brand 4	TH-II	ABC 2
2936	Brand 4	TH-I	ABC 1
2937	Brand 1	TH-II	ABC 1
2938	Brand 1	TH-II	ABC 2
2939	Brand 1	TH-II	ABC 1
2940	Brand 4	TH-II	ABC 2
2941	Brand 2	TH-II	ABC 2
2942	Brand 1	TH-I	ABC 1
2943	Brand 1	TH-I	ABC 1
3029	-	-	-
3030	Brand 1	TH-I	ABC 1
3031	Brand 1	TH-II	ABC 3
3032	Brand 1	TH-III	ABC 2
3033	Brand 4	TH-I	ABC 2
3034	Brand 4	TH-II	ABC 2
3035	Brand 4	TH-II	ABC 2
3036	Brand 4	TH-III	ABC 3
3037	Brand 2	TH-II	ABC 2
3038	Brand 1	TH-I	ABC 1
3039	Brand 4	TH-II	ABC 2

3040	Brand 4	TH-II	ABC 2
3041	Brand 4	TH-III	ABC 4
3042	Brand 1	TH-II	ABC 2
3129	-	TH-I	-
3130	Brand 1	TH-I	ABC 1
3131	Brand 1	TH-III	ABC 3
3132	Brand 1	TH-I	ABC 1
3133	Brand 1	TH-II	ABC 2
3134	Brand 1	TH-I	ABC 2
3135	Brand 4	TH-II	ABC 2
3136	Brand 4	TH-II	ABC 3
3137	Brand 4	TH-II	ABC 3
3138	Brand 4	TH-II	ABC 3
3139	Brand 4	TH-II	ABC 3
3140	Brand 2	TH-II	ABC 2
3141	Brand 1	TH-II	ABC 2
3142	Brand 1	TH-I	ABC 1
3143	Brand 1	TH-II	ABC 1
3144	-	-	-
3229	-	-	-
3230	Brand 1	TH-I	ABC 1
3231	Brand 1	TH-III	ABC 3
3232	Brand 1	TH-II	ABC 2
3233	Brand 1	TH-II	ABC 3
3234	Brand 1	TH-I	ABC 1
3235	Brand 2	TH-II	ABC 2
3236	Brand 4	TH-II	ABC 2
3237	Brand 2	TH-II	ABC 2
3238	Brand 4	TH-I	ABC 1
3239	Brand 4	TH-II	ABC 4
3240	Brand 4	TH-II	ABC 4
3241	Brand 1	TH-II	ABC 2
3242	Brand 1	TH-II	ABC 2
3243	Brand 1	TH-II	ABC 1
3244	-	TH-I	ABC 1
3329	-	TH-I	-
3330	Brand 1	TH-I	ABC 1
3331	-	TH-III	ABC 3
3332	-	-	-
3333	Brand 1	TH-I	-
3334	Brand 1	TH-II	ABC 2
3335	Brand 4	TH-II	ABC 2
3336	Brand 2	TH-II	ABC 2

3337	Brand 1	TH-I	ABC 1
3338	Brand 1	TH-I	ABC 1
3339	Brand 3	TH-II	ABC 1
3341	-	-	-
3342	Brand 1	TH-I	-
3343	-	-	-
3434	-	-	-
3435	Brand 1	TH-II	ABC 2
3436	Brand 1	TH-II	ABC 2
3437	Brand 1	TH-I	-
3438	Brand 1	TH-I	-
3439	-	-	-
3534	Brand 1	TH-II	ABC 2
3535	Brand 1	TH-II	ABC 3
3536	Brand 1	TH-II	ABC 2
3537	Brand 1	TH-II	ABC 2
3538	-	-	-
3635	-	TH-II	ABC 2
3636	Brand 1	TH-II	ABC 2
3637	Brand 1	TH-II	ABC 2
3638	Brand 1	TH-II	ABC 2
3639	-	-	-
3735	-	-	-
3736	Brand 1	TH-II	ABC 2
3737	-	TH-I	-
3738	Brand 1	TH-I	-
3836	-	-	-
3837	-	TH-II	ABC 2

2. Übersicht über die Stadtteile und den Straßen, in denen die Schutzziele nicht erreicht werden können

- Quadranten, die tagsüber nicht mit 6 Funktionen innerhalb 10 Minuten erreicht werden können. (Schutzzielszenario Brand 1)

Siegen-Buchen: 756 Einwohnerinnen und Einwohner

Am Hochwald
Am Hohen Feld
Am Wiesenhang
Buchener Straße
Grüner Weg
Heesstraße
Im Gartenfeld
Im Struthwald
Kohlenbergstraße

Meisenweg
Moosweg
Pappelweg
Schwalbenweg
Taubenweg
Teichweg
Waidmannsweg
Wasserweg
Zum Schulwald

Siegen-Meisdorf: 625 Einwohnerinnen und Einwohner

Am Heiligen
Berghofstraße
Halsenbachstraße
Heestelstraße
Hof Halsenbach
Hof Heckseifen
Im Altengarten
Im Gäßchen
Mühlchenstraße
Richelsbachstraße
Rothenhain
Schwarzenbachstraße
Sonnenwinkel
Über den Höfen
Vor den Birken
Weiherdammstraße
Zum Wäldchen
Schützenplatz
Löwenhof
Bauernhof

Siegen-Langendinghausen: 678 Einwohnerinnen und Einwohner

Am Altenberg
Am Kirrberg
Auf dem Bruch
Fußfeld
Hof Altenberg
Holdinghauser Straße
Holzklaustraße
Iderbachstrasse
Olper Straße
Weidekamp
Zinnwald

Siegen-Niederschelden: 145 Einwohnerinnen und Einwohner

Am Eisernen Keil
Am Rosengarten (ohne Wohnbebauung)
Grube Henriette

Siegen-Feuersbach: 393 Einwohnerinnen und Einwohner

Dammweg
Dählchen
Deuzer Straße
Heidehofweg
Henkelwehr
Käner Straße
Kirlestraße
Lüsbergstraße
Rizenbergstraße
Stürbergstraße
Weberstrasse

Siegen-Breitenbach: 338 Einwohnerinnen und Einwohner

Am Steinwald
Assbergstraße
Auf dem Tillmes
Breitenbacher Straße
Bremerlingweg
Haselwiese
Im Schockhain
Im Steingarten
In der Feuersbach
Löhchenswald
Netphener Straße
Rebhuhnweg
Schnepfenweg

Siegen-Volnsberg: 184 Einwohnerinnen und Einwohner

Am Hasengarten
Am Hümburg
Birkenhof
Eichhörnchenweg
Hinterste Gärten
Lohhain
Quellenweg
Rabenhainstraße
Rotdornweg
Sonnenhof

Siegen-Niedersetzen: 199 Einwohnerinnen und Einwohner

Glabacher Ecke
In der Burbach
Schützenwiese
Tannenwald

Siegen-Obersetzen: 849 Einwohnerinnen und Einwohner

An der Setze
Breitenbruch
Bruchstraße
Buschhütter Straße
Eschgarten
Grubenwiese
Hofacker
Kastenweg
Kirchwiese
Kredenbacher Weg
Löhstraße
Setzetalstraße
Sonnenstraße
Steimelstraße
Unglinghäuser Straße
Unterm Steimel
Wollsbachstraße

- Quadranten, die nachts nicht mit 6 Funktionen innerhalb 10 Minuten erreicht werden können.
(Schutzzielszenario Brand 1)

Siegen-Meismwinkel: 489 Einwohnerinnen und Einwohner

Am Heiligen
Berghofstraße
Halsenbachstraße
Heestalstraße
Hof Halsenbach
Hof Heckseifen
Im Altengarten
Im Gäßchen
Richelsbachstraße
Rothenhain
Schwarzenbachstraße
Sonnenwinkel
Über den Höfen
Vor den Birken
Weiherdammstraße
Zum Wäldchen

- Quadranten, die nicht mit 9 Funktionen innerhalb 8 Minuten erreicht werden können.
(Schutzzielszenario Brand 3 und 4)

Siegen-Niederschelden: 280 Einwohnerinnen und Einwohner

Zur schönen Aussicht
Morgenröthe
Felsenbachstraße
Haspelweg
In der Felsenbach
Talblick

Siegen-Eiserfeld: 68 Einwohnerinnen und Einwohner

Goldammerweg
Flußbergstraße
Hengsbach

Siegen-Achenbach: 382 Einwohnerinnen und Einwohner

Hubacher Weg
Achenbacher Furt
Am Wischert
Küstriner Straße

Siegen-Fischbacher Berg: 2916 Einwohnerinnen und Einwohner

Allensteiner Straße
Bresslauer Straße
Elbinger Straße
Glatzer Straße
Gleiwitzer Straße
Graudenzener Straße
Grünberger Straße
Gubener Straße
Görlitzer Platz
Hirschberger Straße
Kolberger Straße
Königsberger Straße
Kösliner Straße
Laubaner Straße
Liegnitzer Straße
Schweriner Straße
Sorauer Straße
Stargarder Straße
Thüringer Straße

Tilsiter Straße
Ypernstraße

Siegen-Rosterberg: 576 Einwohnerinnen und Einwohner

Hengsbachstraße
Wichernstraße
Rosterstraße
Radschläfe
Virchowstraße
In der Minnerbach

Bereiche in Quadranten im 10 Minuten Radius, die nicht innerhalb des Schutzziels erreicht werden können.

Siegen-Leimbachtal

In der Leimbach
Martinshardt
Gewerbegebiet

Bundesautobahn BAB 45

Raststätte Siegerland Ost

3. Funktionsplan Freiwillige Feuerwehr

Brandschutzbezirke ALLE	
-------------------------	--

Aktive Wehr	Personal		AGT	
	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	507		225	
Weiblich	54		12	
Gesamt	561	762	237	306

Anzahl Atemschutzgeräte	
IST*	SOLL
148	118

*inkl.
Reservegeräte

Qualifikationen	FB V		F IV		GF Basis (F III)		TF	
	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	16		29		96		222	
Weiblich	1		0		2		8	
Gesamt	17	18	29	12	98	72	230	276

Zusatzausbildung	ABC I		ABC II		F Ausbilder		Maschinist	
	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	157		13		44		275	
Weiblich	7		2		0		8	
Gesamt	164	150	15	17	44	28	283	105

Führerschein	Klasse B		Klasse C		Klasse CE	
	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	404		150		153	
Weiblich	46		5		3	
Gesamt	450	48	155	111	156	3

Mitglieder	Aktive Wehr	Ehrenabteilung	Unterstützungs- abteilung	Gesamt
Männlich	507	187	3	725
Weiblich	54	2	9	67
Gesamt	561	189	12	792

Fahrzeuge	Gruppen- besatzung (1/8)	Staffel- besatzung (1/5)	Trupp- besatzung (1/2)	sonstige Besatzung (1/1)
Anzahl	22	2	11	19

Fahrzeuge	bis 3,5 t	bis 7,5 t	> 7,5 t	Anhängefahrzeuge
Anzahl	16	8	29	1

Brandschutzbezirk 2 (Geisweid, Sohlbach-Buchen)

Aktive Wehr Löschzug 2	Personal		AGT	
	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	57		28	
Weiblich	7		2	
Gesamt	64	87	30	36

Anzahl Atemschutzgeräte	
IST*	SOLL
15	12

*inkl.
Reservegeräte

Qualifikationen	FB V	F IV		GF Basis (F III)		TF	
	IST	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	3	5		8		16	
Weiblich	0	0		0		1	
Gesamt	3	5	3	8	6	17	30

Zusatzausbildung	ABC I	ABC II	F Ausbilder		Maschinist	
	IST	IST	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	11	9	7		40	
Weiblich	2	0	0		0	
Gesamt	13	9	7	3	40	12

Führerschein	Klasse B		Klasse C		Klasse CE	
	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	22		13		19	
Weiblich	7		0		0	
Gesamt	29	3	13	12	19	3

Mitglieder	Aktive Wehr	Ehrenabteilung	Unterstützungs- abteilung	Gesamt
Männlich	57	22	2	81
Weiblich	7	0	2	9
Gesamt	64	22	4	90

Fahrzeuge	Gruppen- besatzung (1/8)	Staffel- besatzung (1/5)	Trupp- besatzung (1/2)	sonstige Besatzung (1/1)
Anzahl	2	0	3	1

Fahrzeuge	bis 3,5 t	bis 7,5 t	> 7,5 t	Anhängefahrzeuge
Anzahl	1	2	3	1

Einheit Geisweid

Aktive Wehr SGN 8	Personal		AGT	
	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	35		14	
Weiblich	4		2	
Gesamt	39	60	16	24

Anzahl Atemschutzgeräte	
IST*	SOLL
11	8

*inkl.
Reservegeräte

Qualifikationen	FB V	F IV		GF Basis (F III)		TF	
	IST	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	3	5		4		9	
Weiblich	0	0		0		1	
Gesamt	3	5	0	4	3	10	21

Zusatzausbildung	ABC I	ABC II	F Ausbilder		Maschinist	
	IST	IST	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	10	7	6		27	
Weiblich	2	0	0		0	
Gesamt	10	7	6	1	27	9

Führerschein	Klasse B		Klasse C		Klasse CE	
	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	12		10		11	
Weiblich	4		0		0	
Gesamt	16	3	10	9	11	3

Mitglieder	Aktive Wehr	Ehrenabteilung	Unterstützungs- abteilung	Gesamt
Männlich	35	16	2	53
Weiblich	4	0	2	6
Gesamt	39	16	4	59

Fahrzeuge	Gruppen- besatzung (1/8)	Staffel- besatzung (1/5)	Trupp- besatzung (1/2)	sonstige Besatzung (1/1)
Anzahl	1	0	3	1

Fahrzeuge	bis 3,5 t	bis 7,5 t	> 7,5 t	Anhängefahrzeuge
Anzahl	1	1	3	1

Einheit Sohlbach-Buchen

Aktive Wehr SGN 20	Personal		AGT	
	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	22		14	
Weiblich	3		0	
Gesamt	25	27	14	12

Anzahl Atemschutzgeräte	
IST*	SOLL
4	4

*inkl.
Reservegeräte

Qualifikationen	FB V	F IV		GF Basis (F III)		TF	
	IST	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	0	0		4		7	
Weiblich	0	0		0		0	
Gesamt	0	0	0	4	3	7	9

Zusatzausbildung	ABC I	ABC II	F Ausbilder		Maschinist	
	IST	IST	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	1	2	1		13	
Weiblich	0	0	0		0	
Gesamt	1	2	1	1	13	3

Führerschein	Klasse B		Klasse C		Klasse CE	
	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	10		3		8	
Weiblich	3		0		0	
Gesamt	13	0	3	3	8	0

Mitglieder	Aktive Wehr	Ehrenabteilung	Unterstützungsabteilung	Gesamt
Männlich	22	6	0	28
Weiblich	3	0	0	3
Gesamt	25	6	0	31

Fahrzeuge	Gruppenbesatzung (1/8)	Staffelbesatzung (1/5)	Truppbesatzung (1/2)	sonstige Besatzung (1/1)
Anzahl	1	0	0	0

Fahrzeuge	bis 3,5 t	bis 7,5 t	> 7,5 t	Anhängefahrzeuge
Anzahl	0	1	0	0

Brandschutzbezirk 3 (Setzen)

Aktive Wehr SGN 19	Personal		AGT	
	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	19		12	
Weiblich	1		0	
Gesamt	20	42	12	18

Anzahl Atemschutzgeräte	
IST*	SOLL
6+2	6

*inkl.
Reservegeräte

Qualifikationen	FB V	F IV		GF Basis (F III)		TF	
	IST	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	1	1		8		3	
Weiblich	0	0		0		0	
Gesamt	1	1	0	8	3	3	15

Zusatzausbildung	ABC I	ABC II	F Ausbilder		Maschinist	
	IST	IST	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	4	3	4		11	
Weiblich	0	0	0		0	
Gesamt	4	3	4	1	11	6

Führerschein	Klasse B		Klasse C		Klasse CE	
	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	19		12		12	
Weiblich	0		0		0	
Gesamt	19	3	12	6	12	0

Mitglieder	Aktive Wehr	Ehrenabteilung	Unterstützungs- abteilung	Gesamt
Männlich	19	12	0	31
Weiblich	1	0	0	1
Gesamt	20	12	0	32

Fahrzeuge	Gruppen- besatzung (1/8)	Staffel- besatzung (1/5)	Trupp- besatzung (1/2)	sonstige Besatzung (1/1)
Anzahl	1	0	1	1

Fahrzeuge	bis 3,5 t	bis 7,5 t	> 7,5 t	Anhängefahrzeuge
Anzahl	1	0	2	0

Brandschutzbezirk 4 (Langenholdinghausen, Birlenbach, Meiswinkel)

Aktive Wehr Löschzug 4	Personal		AGT	
	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	37		22	
Weiblich	3		1	
Gesamt	40	90	23	36

Anzahl Atemschutzgeräte	
IST*	SOLL
16	16

*inkl.
Reservegeräte

Qualifikationen	FB V	F IV		GF Basis (F III)		TF	
	IST	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	1	3		11		13	
Weiblich	0	0		0		1	
Gesamt	1	3	3	11	9	14	36

Zusatzausbildung	ABC I	ABC II	F Ausbilder		Maschinist	
	IST	IST	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	22	0	12		24	
Weiblich	1	0	0		1	
Gesamt	23	0	12	4	25	15

Führerschein	Klasse B		Klasse C		Klasse CE	
	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	19		15		3	
Weiblich	2		1		0	
Gesamt	21	3	16	15	3	0

Mitglieder	Aktive Wehr	Ehrenabteilung	Unterstützungs- abteilung	Gesamt
Männlich	37	26	0	63
Weiblich	3	0	0	3
Gesamt	40	26	0	66

Fahrzeuge	Gruppen- besatzung (1/8)	Staffel- besatzung (1/5)	Trupp- besatzung (1/2)	sonstige Besatzung (1/1)
Anzahl	2	1	2	0

Fahrzeuge	bis 3,5 t	bis 7,5 t	> 7,5 t	Anhängefahrzeuge
Anzahl	1	2	3	0

Einheit Birlenbach

Aktive Wehr SGN 3	Personal		AGT	
	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	12		4	
Weiblich	1		0	
Gesamt	13	36	4	12

Anzahl Atemschutzgeräte	
IST*	SOLL
4	4

*inkl.
Reservegeräte

Qualifikationen	FB V	F IV		GF Basis (F III)		TF	
	IST	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	0	1		2		3	
Weiblich	0	0		0		0	
Gesamt	0	1	0	2	3	3	15

Zusatzausbildung	ABC I	ABC II	F Ausbilder		Maschinist	
	IST	IST	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	3	0	2		5	
Weiblich	0	0	0		0	
Gesamt	3	0	2	1	5	6

Führerschein	Klasse B		Klasse C		Klasse CE	
	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	10		2		1	
Weiblich	1		0		0	
Gesamt	11	3	2	6	1	0

Mitglieder	Aktive Wehr	Ehrenabteilung	Unterstützungs- abteilung	Gesamt
Männlich	12	9	0	21
Weiblich	1	0	0	1
Gesamt	13	9	0	22

Fahrzeuge	Gruppen- besatzung (1/8)	Staffel- besatzung (1/5)	Trupp- besatzung (1/2)	sonstige Besatzung (1/1)
Anzahl	1	0	1	0

Fahrzeuge	bis 3,5 t	bis 7,5 t	> 7,5 t	Anhängefahrzeuge
Anzahl	1	2	0	0

Einheit Langenholdinghausen

Aktive Wehr SGN 13	Personal		AGT	
	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	17		12	
Weiblich	2		1	
Gesamt	19	36	13	12

Anzahl Atemschutzgeräte	
IST*	SOLL
6	6

*inkl.
Reservegeräte

Qualifikationen	FB V	F IV		GF Basis (F III)		TF	
	IST	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	1	1		5		8	
Weiblich	0	0		0		1	
Gesamt	1	1	0	5	3	9	15

Zusatzausbildung	ABC I	ABC II	F Ausbilder		Maschinist	
	IST	IST	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	13	0	6		12	
Weiblich	1	0	0		1	
Gesamt	14	0	6	1	13	6

Führerschein	Klasse B		Klasse C		Klasse CE	
	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	4		10		2	
Weiblich	1		1		0	
Gesamt	5	0	11	6	2	0

Mitglieder	Aktive Wehr	Ehrenabteilung	Unterstützungs- abteilung	Gesamt
Männlich	17	10	0	27
Weiblich	2	0	0	2
Gesamt	19	10	0	29

Fahrzeuge	Gruppen- besatzung (1/8)	Staffel- besatzung (1/5)	Trupp- besatzung (1/2)	sonstige Besatzung (1/1)
Anzahl	1	0	1	0

Fahrzeuge	bis 3,5 t	bis 7,5 t	> 7,5 t	Anhängefahrzeuge
Anzahl	0	0	2	0

Einheit Meiswinkel

Aktive Wehr SGN 14	Personal		AGT	
	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	8		6	
Weiblich	0		0	
Gesamt	8	18	6	12

Anzahl Atemschutzgeräte	
IST*	SOLL
4	4

*inkl.
Reservegeräte

Qualifikationen	FB V	F IV		GF Basis (F III)		TF	
	IST	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	1	1		4		2	
Weiblich	0	0		0		0	
Gesamt	1	1	0	4	3	2	6

Zusatzausbildung	ABC I	ABC II	F Ausbilder		Maschinist	
	IST	IST	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	6	0	4		7	
Weiblich	0	0	0		0	
Gesamt	6	0	4	1	7	3

Führerschein	Klasse B		Klasse C		Klasse CE	
	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	5		3		0	
Weiblich	0		0		0	
Gesamt	5	0	3	3	0	0

Mitglieder	Aktive Wehr	Ehrenabteilung	Unterstützungsabteilung	Gesamt
Männlich	8	7	0	15
Weiblich	0	0	0	0
Gesamt	8	7	0	15

Fahrzeuge	Gruppenbesatzung (1/8)	Staffelbesatzung (1/5)	Truppbesatzung (1/2)	sonstige Besatzung (1/1)
Anzahl	0	1	0	0

Fahrzeuge	bis 3,5 t	bis 7,5 t	> 7,5 t	Anhängefahrzeuge
Anzahl	0	0	1	0

Brandschutzbezirk 5 (Weidenau)

Aktive Wehr SGN 22	Personal		AGT	
	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	33		17	
Weiblich	3		0	
Gesamt	36	42	17	18

Anzahl Atemschutzgeräte	
IST*	SOLL
8	6

*inkl.
Reservegeräte

Qualifikationen	FB V	F IV		GF Basis (F III)		TF	
	IST	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	2	3		5		13	
Weiblich	0	0		1		1	
Gesamt	2	3	0	6	3	14	15

Zusatzausbildung	ABC I	ABC II	F Ausbilder		Maschinist	
	IST	IST	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	8	0	3		17	
Weiblich	1	0	0		2	
Gesamt	9	0	3	1	19	6

Führerschein	Klasse B		Klasse C		Klasse CE	
	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	33		0		14	
Weiblich	3		0		1	
Gesamt	36	3	0	9	15	0

Mitglieder	Aktive Wehr	Ehrenabteilung	Unterstützungs- abteilung	Gesamt
Männlich	33	13	0	46
Weiblich	3	0	0	3
Gesamt	36	13	0	49

Fahrzeuge	Gruppen- besatzung (1/8)	Staffel- besatzung (1/5)	Trupp- besatzung (1/2)	sonstige Besatzung (1/1)
Anzahl	1	0	1	1

Fahrzeuge	bis 3,5 t	bis 7,5 t	> 7,5 t	Anhängefahrzeuge
Anzahl	1	1	2	0

Brandschutzbezirk 6 (Bürbach, Hain, Hammerhütte)

Aktive Wehr Löschzug 6	Personal		AGT	
	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	82		32	
Weiblich	6		2	
Gesamt	88	96	34	36

Anzahl Atemschutzgeräte	
IST*	SOLL
26	20

*inkl.
Reservegeräte

Qualifikationen	FB V	F IV		GF Basis (F III)		TF	
	IST	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	2	2		20		44	
Weiblich	1	0		0		0	
Gesamt	3	2	3	20	15	44	45

Zusatzausbildung	ABC I	ABC II	F Ausbilder		Maschinist	
	IST	IST	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	30	3	2		53	
Weiblich	0	2	0		1	
Gesamt	30	5	2	6	54	15

Führerschein	Klasse B		Klasse C		Klasse CE	
	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	75		26		20	
Weiblich	3		1		0	
Gesamt	78	9	27	15	20	0

Mitglieder	Aktive Wehr	Ehrenabteilung	Unterstützungs- abteilung	Gesamt
Männlich	82	17	0	99
Weiblich	6	1	0	7
Gesamt	88	18	0	106

Fahrzeuge	Gruppen- besatzung (1/8)	Staffel- besatzung (1/5)	Trupp- besatzung (1/2)	sonstige Besatzung (1/1)
Anzahl	3+1 Reserve	0	1	1

Fahrzeuge	bis 3,5 t	bis 7,5 t	> 7,5 t	Anhängefahrzeuge
Anzahl	3	1	4	0

Einheit Bürbach

Aktive Wehr SGN 4	Personal		AGT	
	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	33		14	
Weiblich	0		0	
Gesamt	33	36	14	12

Anzahl Atemschutzgeräte	
IST*	SOLL
6	4

*inkl.
Reservegeräte

Qualifikationen	FB V	F IV		GF Basis (F III)		TF	
	IST	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	1	0		7		16	
Weiblich	0	0		0		0	
Gesamt	1	0	0	7	3	16	9

Zusatzausbildung	ABC I	ABC II	F Ausbilder		Maschinist	
	IST	IST	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	4	1	0		18	
Weiblich	0	0	0		0	
Gesamt	4	1	0	1	18	3

Führerschein	Klasse B		Klasse C		Klasse CE	
	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	29		0		14	
Weiblich	0		0		0	
Gesamt	29	3	0	3	14	0

Mitglieder	Aktive Wehr	Ehrenabteilung	Unterstützungs- abteilung	Gesamt
Männlich	33	10	0	43
Weiblich	0	0	0	0
Gesamt	33	10	0	43

Fahrzeuge	Gruppen- besatzung (1/8)	Staffel- besatzung (1/5)	Trupp- besatzung (1/2)	sonstige Besatzung (1/1)
Anzahl	1	0	1	0

Fahrzeuge	bis 3,5 t	bis 7,5 t	> 7,5 t	Anhängefahrzeuge
Anzahl	1	0	1	0

Einheit Hain

Aktive Wehr SGN 10	Personal		AGT	
	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	27		8	
Weiblich	4		1	
Gesamt	31	27	9	12

Anzahl Atemschutzgeräte	
IST*	SOLL
10	8

*inkl.
Reservegeräte

Qualifikationen	FB V	F IV		GF Basis (F III)		TF	
	IST	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	1	1		9		11	
Weiblich	0	0		0		0	
Gesamt	1	1	0	9	6	11	18

Zusatzausbildung	ABC I	ABC II	F Ausbilder		Maschinist	
	IST	IST	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	12	2	1		20	
Weiblich	0	1	0		0	
Gesamt	12	3	1	2	20	6

Führerschein	Klasse B		Klasse C		Klasse CE	
	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	25		13		2	
Weiblich	1		1		0	
Gesamt	26	3	14	6	2	0

Mitglieder	Aktive Wehr	Ehrenabteilung	Unterstützungsabteilung	Gesamt
Männlich	27	3	0	30
Weiblich	4	1	0	5
Gesamt	31	4	0	35

Fahrzeuge	Gruppenbesatzung (1/8)	Staffelbesatzung (1/5)	Truppbesatzung (1/2)	sonstige Besatzung (1/1)
Anzahl	1+1 Reserve	0	0	0

Fahrzeuge	bis 3,5 t	bis 7,5 t	> 7,5 t	Anhängefahrzeuge
Anzahl	1	1	1	0

Einheit Hammerhütte

Aktive Wehr SGN 11	Personal		AGT	
	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	22		10	
Weiblich	2		1	
Gesamt	24	33	11	12

Anzahl Atemschutzgeräte	
IST*	SOLL
10	8

*inkl.
Reservegeräte

Qualifikationen	FB V	F IV		GF Basis (F III)		TF	
	IST	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	0	1		4		17	
Weiblich	1	0		0		0	
Gesamt	1	1	0	4	6	17	18

Zusatzausbildung	ABC I	ABC II	F Ausbilder		Maschinist	
	IST	IST	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	14	0	1		15	
Weiblich	0	1	0		1	
Gesamt	14	1	1	2	16	6

Führerschein	Klasse B		Klasse C		Klasse CE	
	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	21		13		4	
Weiblich	2		0		0	
Gesamt	23	3	13	6	4	0

Mitglieder	Aktive Wehr	Ehrenabteilung	Unterstützungs- abteilung	Gesamt
Männlich	22	4	0	26
Weiblich	2	0	0	2
Gesamt	24	4	0	28

Fahrzeuge	Gruppen- besatzung (1/8)	Staffel- besatzung (1/5)	Trupp- besatzung (1/2)	sonstige Besatzung (1/1)
Anzahl	1	0	0	1

Fahrzeuge	bis 3,5 t	bis 7,5 t	> 7,5 t	Anhängefahrzeuge
Anzahl	1	0	2	0

Brandschutzbezirk 7 (Alchetal)

Aktive Wehr SGN 18	Personal		AGT	
	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	38		14	
Weiblich	4		2	
Gesamt	42	54	16	18

Anzahl Atemschutzgeräte	
IST*	SOLL
8	6

*inkl.
Reservegeräte

Qualifikationen	FB V	F IV		GF Basis (F III)		TF	
	IST	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	1	2		4		20	
Weiblich	0	0		0		0	
Gesamt	1	2	0	4	3	20	15

Zusatzausbildung	ABC I	ABC II	F Ausbilder		Maschinist	
	IST	IST	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	4	1	3		17	
Weiblich	0	0	0		0	
Gesamt	4	1	3	1	17	6

Führerschein	Klasse B		Klasse C		Klasse CE	
	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	24		9		9	
Weiblich	5		0		0	
Gesamt	29	3	9	6	9	0

Mitglieder	Aktive Wehr	Ehrenabteilung	Unterstützungs- abteilung	Gesamt
Männlich	38	28	1	67
Weiblich	4	0	3	7
Gesamt	42	28	4	74

Fahrzeuge	Gruppen- besatzung (1/8)	Staffel- besatzung (1/5)	Trupp- besatzung (1/2)	sonstige Besatzung (1/1)
Anzahl	1	1(GW-L NRW)	1	0

Fahrzeuge	bis 3,5 t	bis 7,5 t	> 7,5 t	Anhängefahrzeuge
Anzahl	1	0	2	0

Brandschutzbezirk 8 (Kaan-Marienborn, Volnsberg, Feuersbach)

Aktive Wehr Löschzug 8	Personal		AGT	
	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	61		33	
Weiblich	11		2	
Gesamt	72	117	35	48

Anzahl Atemschutzgeräte	
IST*	SOLL
20	16

*inkl.
Reservegeräte

Qualifikationen	FB V	F IV		GF Basis (F III)		TF	
	IST	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	1	4		11		23	
Weiblich	0	0		0		1	
Gesamt	1	4	3	11	12	24	36

Zusatzausbildung	ABC I	ABC II	F Ausbilder		Maschinist	
	IST	IST	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	7	0	2		25	
Weiblich	1	0	0		0	
Gesamt	8	0	2	5	25	12

Führerschein	Klasse B		Klasse C		Klasse CE	
	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	51		6		21	
Weiblich	6		0		0	
Gesamt	57	6	6	12	21	0

Mitglieder	Aktive Wehr	Ehrenabteilung	Unterstützungs- abteilung	Gesamt
Männlich	61	14	0	75
Weiblich	11	1	0	12
Gesamt	72	15	0	87

Fahrzeuge	Gruppen- besatzung (1/8)	Staffel- besatzung (1/5)	Trupp- besatzung (1/2)	sonstige Besatzung (1/1)
Anzahl	4	0	0	2

Fahrzeuge	bis 3,5 t	bis 7,5 t	> 7,5 t	Anhängefahrzeuge
Anzahl	2	1	3	0

Einheit Feuersbach

Aktive Wehr SGN 7	Personal		AGT	
	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	17		14	
Weiblich	2		1	
Gesamt	19	27	15	12

Anzahl Atemschutzgeräte	
IST*	SOLL
6	4

*inkl.
Reservegeräte

Qualifikationen	FB V	F IV		GF Basis (F III)		TF	
	IST	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	0	1		5		5	
Weiblich	0	0		0		0	
Gesamt	0	1	0	5	3	5	9

Zusatzausbildung	ABC I	ABC II	F Ausbilder		Maschinist	
	IST	IST	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	0	0	2		8	
Weiblich	0	0	0		0	
Gesamt	0	0	2	1	8	3

Führerschein	Klasse B		Klasse C		Klasse CE	
	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	12		2		4	
Weiblich	0		0		0	
Gesamt	12	3	2	3	4	0

Mitglieder	Aktive Wehr	Ehrenabteilung	Unterstützungs- abteilung	Gesamt
Männlich	17	8	0	25
Weiblich	2	0	0	2
Gesamt	19	8	0	27

Fahrzeuge	Gruppen- besatzung (1/8)	Staffel- besatzung (1/5)	Trupp- besatzung (1/2)	sonstige Besatzung (1/1)
Anzahl	1	0	0	0

Fahrzeuge	bis 3,5 t	bis 7,5 t	> 7,5 t	Anhängefahrzeuge
Anzahl	1	0	1	0

Einheit Kaan-Marienborn

Aktive Wehr SGN 12	Personal		AGT	
	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	29		12	
Weiblich	5		0	
Gesamt	34	63	12	24

Anzahl Atemschutzgeräte	
IST*	SOLL
10	8

*inkl.
Reservegeräte

Qualifikationen	FB V	F IV		GF Basis (F III)		TF	
	IST	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	1	1		3		11	
Weiblich	0	0		0		0	
Gesamt	1	1	0	3	6	11	18

Zusatzausbildung	ABC I	ABC II	F Ausbilder		Maschinist	
	IST	IST	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	4	0	0		12	
Weiblich	0	0	0		0	
Gesamt	4	0	0	2	12	6

Führerschein	Klasse B		Klasse C		Klasse CE	
	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	29		3		13	
Weiblich	2		0		0	
Gesamt	31	3	3	6	13	0

Mitglieder	Aktive Wehr	Ehrenabteilung	Unterstützungs- abteilung	Gesamt
Männlich	29	3	0	32
Weiblich	5	1	0	6
Gesamt	34	4	0	38

Fahrzeuge	Gruppen- besatzung (1/8)	Staffel- besatzung (1/5)	Trupp- besatzung (1/2)	sonstige Besatzung (1/1)
Anzahl	2	0	1	0

Fahrzeuge	bis 3,5 t	bis 7,5 t	> 7,5 t	Anhängefahrzeuge
Anzahl	1	0	2	0

Einheit Volnsberg

Aktive Wehr SGN 21	Personal		AGT	
	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	15		7	
Weiblich	4		1	
Gesamt	19	27	8	12

Anzahl Atemschutzgeräte	
IST*	SOLL
4	4

*inkl.
Reservegeräte

Qualifikationen	FB V	F IV		GF Basis (F III)		TF	
	IST	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	0	2		3		7	
Weiblich	0	0		0		1	
Gesamt	0	2	0	3	3	8	9

Zusatzausbildung	ABC I	ABC II	F Ausbilder		Maschinist	
	IST	IST	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	3	0	0		5	
Weiblich	1	0	0		0	
Gesamt	4	0	0	1	5	3

Führerschein	Klasse B		Klasse C		Klasse CE	
	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	10		1		4	
Weiblich	4		0		0	
Gesamt	14	0	1	3	4	0

Mitglieder	Aktive Wehr	Ehrenabteilung	Unterstützungs- abteilung	Gesamt
Männlich	15	3	0	18
Weiblich	4	0	0	4
Gesamt	19	3	0	22

Fahrzeuge	Gruppen- besatzung (1/8)	Staffel- besatzung (1/5)	Trupp- besatzung (1/2)	sonstige Besatzung (1/1)
Anzahl	1	0	0	0

Fahrzeuge	bis 3,5 t	bis 7,5 t	> 7,5 t	Anhängefahrzeuge
Anzahl	0	1	0	0

Brandschutzbezirk 9 (Gosenbach, Oberschelden)

Aktive Wehr Löschzug 9	Personal		AGT	
	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	50		22	
Weiblich	6		0	
Gesamt	56	63	22	24

Anzahl Atemschutzgeräte	
IST*	SOLL
10	8

*inkl.
Reservegeräte

Qualifikationen	FB V	F IV		GF Basis (F III)		TF	
	IST	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	2	1		9		26	
Weiblich	0	0		0		2	
Gesamt	2	1	0	9	6	28	18

Zusatzausbildung	ABC I	ABC II	F Ausbilder		Maschinist	
	IST	IST	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	20	2	3		22	
Weiblich	1	0	0		1	
Gesamt	21	2	3	2	23	6

Führerschein	Klasse B		Klasse C		Klasse CE	
	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	53		29		17	
Weiblich	5		1		0	
Gesamt	58	6	30	6	17	0

Mitglieder	Aktive Wehr	Ehrenabteilung	Unterstützungs- abteilung	Gesamt
Männlich	50	15	0	69
Weiblich	6	0	0	5
Gesamt	56	15	0	74

Fahrzeuge	Gruppen- besatzung (1/8)	Staffel- besatzung (1/5)	Trupp- besatzung (1/2)	sonstige Besatzung (1/1)
Anzahl	2	0	1	0

Fahrzeuge	bis 3,5 t	bis 7,5 t	> 7,5 t	Anhängefahrzeuge
Anzahl	2	0	2	0

Einheit Gosenbach

Aktive Wehr SGN 9	Personal		AGT	
	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	24		12	
Weiblich	2		0	
Gesamt	26	27	12	12

Anzahl Atemschutzgeräte	
IST*	SOLL
6	4

*inkl.
Reservegeräte

Qualifikationen	FB V	F IV		GF Basis (F III)		TF	
	IST	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	1	1		4		14	
Weiblich	0	0		0		1	
Gesamt	1	1	0	4	3	15	9

Zusatzausbildung	ABC I	ABC II	F Ausbilder		Maschinist	
	IST	IST	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	14	2	2		11	
Weiblich	0	0	0		1	
Gesamt	14	2	2	1	12	3

Führerschein	Klasse B		Klasse C		Klasse CE	
	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	26		14		10	
Weiblich	1		1		0	
Gesamt	27	3	15	3	10	0

Mitglieder	Aktive Wehr	Ehrenabteilung	Unterstützungs- abteilung	Gesamt
Männlich	24	10	0	34
Weiblich	2	0	0	2
Gesamt	26	10	0	36

Fahrzeuge	Gruppen- besatzung (1/8)	Staffel- besatzung (1/5)	Trupp- besatzung (1/2)	sonstige Besatzung (1/1)
Anzahl	1	0	0	0

Fahrzeuge	bis 3,5 t	bis 7,5 t	> 7,5 t	Anhängefahrzeuge
Anzahl	1	0	1	0

Einheit Oberschelden

Aktive Wehr SGN 17	Personal		AGT	
	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	26		10	
Weiblich	4		0	
Gesamt	30	36	10	12

Anzahl Atemschutzgeräte	
IST*	SOLL
4	4

*inkl.
Reservegeräte

Qualifikationen	FB V	F IV		GF Basis (F III)		TF	
	IST	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	1	0		5		12	
Weiblich	0	0		0		1	
Gesamt	1	0	0	5	3	13	9

Zusatzausbildung	ABC I	ABC II	F Ausbilder		Maschinist	
	IST	IST	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	6	0	1		11	
Weiblich	1	0	0		0	
Gesamt	7	0	1	1	11	3

Führerschein	Klasse B		Klasse C		Klasse CE	
	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	27		15		7	
Weiblich	4		0		0	
Gesamt	31	3	15	3	7	0

Mitglieder	Aktive Wehr	Ehrenabteilung	Unterstützungs- abteilung	Gesamt
Männlich	26	5	0	31
Weiblich	4	0	0	4
Gesamt	30	5	0	35

Fahrzeuge	Gruppen- besatzung (1/8)	Staffel- besatzung (1/5)	Trupp- besatzung (1/2)	sonstige Besatzung (1/1)
Anzahl	1	0	1	0

Fahrzeuge	bis 3,5 t	bis 7,5 t	> 7,5 t	Anhängefahrzeuge
Anzahl	1	0	1	0

Brandschutzbezirk 10 (Eisern)

Aktive Wehr SGN 6	Personal		AGT	
	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	40		18	
Weiblich	2		0	
Gesamt	42	51	18	18

Anzahl Atemschutzgeräte	
IST*	SOLL
10	10

*inkl.
Reservegeräte

Qualifikationen	FB V	F IV		GF Basis (F III)		TF	
	IST	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	2	2		4		21	
Weiblich	0	0		0		0	
Gesamt	2	2	0	4	6	21	21

Zusatzausbildung	ABC I	ABC II	F Ausbilder		Maschinist	
	IST	IST	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	17	0	1		23	
Weiblich	0	0	0		1	
Gesamt	17	0	1	2	24	9

Führerschein	Klasse B		Klasse C		Klasse CE	
	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	39		22		20	
Weiblich	2		0		0	
Gesamt	41	3	22	9	20	0

Mitglieder	Aktive Wehr	Ehrenabteilung	Unterstützungs- abteilung	Gesamt
Männlich	40	0	1	41
Weiblich	2	0	0	2
Gesamt	42	0	1	43

Fahrzeuge	Gruppen- besatzung (1/8)	Staffel- besatzung (1/5)	Trupp- besatzung (1/2)	sonstige Besatzung (1/1)
Anzahl	1	1	1	0

Fahrzeuge	bis 3,5 t	bis 7,5 t	> 7,5 t	Anhängefahrzeuge
Anzahl	1	0	3	0

Brandschutzbezirk 11 (Eiserfeld)

Aktive Wehr SGN 5	Personal		AGT	
	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	42		15	
Weiblich	7		3	
Gesamt	49	57	18	24

Anzahl Atemschutzgeräte	
IST*	SOLL
11	8

*inkl.
Reservegeräte

Qualifikationen	FB V	F IV		GF Basis (F III)		TF	
	IST	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	2	3		8		15	
Weiblich	0	0		1		3	
Gesamt	2	3	0	9	3	18	21

Zusatzausbildung	ABC I	ABC II	F Ausbilder		Maschinist	
	IST	IST	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	17	1	6		20	
Weiblich	1	0	0		0	
Gesamt	18	1	6	1	20	9

Führerschein	Klasse B		Klasse C		Klasse CE	
	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	35		0		18	
Weiblich	5		0		2	
Gesamt	40	3	0	12	20	0

Mitglieder	Aktive Wehr	Ehrenabteilung	Unterstützungs- abteilung	Gesamt
Männlich	42	21	0	63
Weiblich	7	0	2	9
Gesamt	49	21	2	72

Fahrzeuge	Gruppen- besatzung (1/8)	Staffel- besatzung (1/5)	Trupp- besatzung (1/2)	sonstige Besatzung (1/1)
Anzahl	1	0	2	2

Fahrzeuge	bis 3,5 t	bis 7,5 t	> 7,5 t	Anhängefahrzeuge
Anzahl	1	1	3	0

Brandschutzbezirk 13 (Achenbach)

Aktive Wehr SGN 2	Personal		AGT	
	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	26		7	
Weiblich	0		0	
Gesamt	26	27	7	12

Anzahl Atemschutzgeräte	
IST*	SOLL
6	4

*inkl.
Reservegeräte

Qualifikationen	FB V	F IV		GF Basis (F III)		TF	
	IST	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	0	1		7		7	
Weiblich	0	0		0		0	
Gesamt	0	1	0	7	3	7	9

Zusatzausbildung	ABC I	ABC II	F Ausbilder		Maschinist	
	IST	IST	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	4	1	0		15	
Weiblich	0	0	0		0	
Gesamt	4	1	0	1	15	3

Führerschein	Klasse B		Klasse C		Klasse CE	
	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	10		8		7	
Weiblich	2		0		0	
Gesamt	12	3	8	3	7	0

Mitglieder	Aktive Wehr	Ehrenabteilung	Unterstützungsabteilung	Gesamt
Männlich	26	11	0	37
Weiblich	0	0	3	3
Gesamt	26	11	3	40

Fahrzeuge	Gruppenbesatzung (1/8)	Staffelbesatzung (1/5)	Truppbesatzung (1/2)	sonstige Besatzung (1/1)
Anzahl	1+1 Reserve	0	0	0

Fahrzeuge	bis 3,5 t	bis 7,5 t	> 7,5 t	Anhängefahrzeuge
Anzahl	1	0	1	0

Brandschutzbezirk 14 (Niederschelden)

Aktive Wehr SGN 15	Personal		AGT	
	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	22		5	
Weiblich	4		0	
Gesamt	26	36	5	18

Anzahl Atemschutzgeräte	
IST*	SOLL
8	6

*inkl.
Reservegeräte

Qualifikationen	FB V	F IV		GF Basis (F III)		TF	
	IST	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	1	2		2		15	
Weiblich	0	0		0		0	
Gesamt	1	2	0	2	3	15	15

Zusatzausbildung	ABC I	ABC II	F Ausbilder		Maschinist	
	IST	IST	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	5	0	2		12	
Weiblich	0	0	0		1	
Gesamt	5	0	2	1	13	6

Führerschein	Klasse B		Klasse C		Klasse CE	
	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL
Männlich	20		13		0	
Weiblich	2		1		0	
Gesamt	32	3	14	6	0	0

Mitglieder	Aktive Wehr	Ehrenabteilung	Unterstützungs- abteilung	Gesamt
Männlich	22	10	0	32
Weiblich	4	0	0	4
Gesamt	26	10	0	36

Fahrzeuge	Gruppen- besatzung (1/8)	Staffel- besatzung (1/5)	Trupp- besatzung (1/2)	sonstige Besatzung (1/1)
Anzahl	1	0	1	0

Fahrzeuge	bis 3,5 t	bis 7,5 t	> 7,5 t	Anhängenfahrzeug e
Anzahl	1	0	2	0

Zur Soll-Stärken Berechnung gelten folgende Grundlagen:

(Die planerische Reserve von 200 % stellen ein Optimum dar, was in der Realität über alle Funktionen kaum realisierbar erscheint)

Personal (FM)	Das Personal ergibt sich aus den vorhandenen Sitzplätze in den Fahrzeugen - Gruppenfahrzeuge 9FM - Staffelfahrzeuge 6 FM - Truppfahrzeuge 3 FM - Logistikfahrzeuge, Sonstige 2 FM	+ 200% Reserve
Atenschutz-geräteträger (AGT)	Als Grundlage dient die FwDv3 und FwDv7 die für jeden Trupp unter Atemschutz (Angriffstrupp) einen Sicherheitstrupp vorschreibt. Somit werden für jedes Löschgruppenfahrzeug 4 AGT benötigt. Truppfahrzeuge (meist Tanklöschfahrzeuge) sind mit 2 AGT zu besetzen, da diese zur Unterstützung bzw. Erweiterung eines Löschgruppenfahrzeuges oder bei Wald- und Vegetationsbränden eingesetzt werden.	+ 200% Reserve
Truppführer (TF)	Jeder Trupp ist mit mindestens einem TF zu besetzen.	+ 200% Reserve
Gruppenführer (GF Basis / F III)	Jedes Gruppen- und Staffelfahrzeug ist mit einer Führungskraft (Gruppenführer) zu besetzen.	+ 200% Reserve

Zugführer (F IV)	Zum Führen von mehr als zwei Gruppen (>18 FM) ist ein Zugführer einzusetzen (FwDv 100). Wenn mehrere Einheiten einen gemeinsamen Löschzug bilden, wird die Soll-Stärke der Zugführer für den gesamten Löschzug ermittelt (ohne Logistik und Transport).	+ 200% Reserve
-------------------------	---	----------------

Verbandsführer (FB IV)	Zum Führen von mehr als zwei Zügen ist ein Verbandsführer einzusetzen. Dies ist bei großen Schadenereignissen erforderlich. Eine rein rechnerisch ermittelte Soll-Stärke ist nicht realistisch. Daher ist die Qualifikation FB V, die als Verbandsführer, Abschnitsleiter und im Führungsstab eingesetzt werden kann, eine Führungsstaffel (6 FM) für die Soll-Stärke ausreichend.	+ 200% Reserve
-------------------------------	--	----------------

ABC-Ausbildung Der ABC-Zug wird aus den verschiedenen Einheiten zusammen gesetzt und wird in der Gesamtübersicht ALLE dargestellt. Die Ermittlung der Soll-Stärke erfolgt auf Grundlage der FwDv 500 sowie dem ABC-Schutz-Konzept NRW.		
ABC I	Für die Gefahrenabwehr	1 Zug (22 FM)
	Für Dekon und Logistik	1 Zug (22 FM)
	Führung	1 Staffel (6 FM)
		Gesamt 50 FM
		+ 200% Reserve
ABC II	Pro ABC I Gruppe ist eine ABC II Ausbildung notwendig. (Rechnung: Gesamt ABC I / 9)	
		+ 200% Reserve

F Ausbilder	Es soll ein Drittel der Führungskräfte (Soll) als F-Ausbilder geschult sein. (Rechnung: GF Basis + F IV + FB V / 3)	
--------------------	---	--

Maschinist	Jedes Feuerwehrlöschfahrzeug muß von einem Maschinisten bedient werden.	+ 200% Reserve
Führerschein	Je nach zul. Gesamtgewicht der Feuerwehrfahrzeuge ist eine entsprechende Führerscheinklasse notwendig.	+ 200% Reserve

4. Mitglieder Jugendfeuerwehr

Mitglieder Berichtsjahr (Vorjahr)	M	W	D	Gesamt
Anzahl Betreuer	56	9	0	65
Anzahl Mitglieder	130	32	0	162
Anzahl Zugang Neu	36	13	0	49
Anzahl Zugang andere Organisation	2	0	0	2
Anzahl Zugang aus Kinderfeuerwehr	16	4	0	20
Anzahl Abgang in die Einsatzabteilung	12	1	0	13
Anzahl Abgang sonstige	16	5	0	21
	davon Grund: Wohnortwechsel			1
	davon Grund: Interesse an JF verloren			13
	davon Grund: Belastung durch Schule			7
	davon Grund: Berufsausbildung			0
	davon Grund: Verweis bzw. Ausschluss aus der JF			0
	davon Grund: möchte keine Übernahme in EA			0
Altersstruktur	M	W	D	Gesamt
Anzahl mit Alter unter 5 Jahre	0	0	0	0
Anzahl mit Alter 5 Jahre	0	0	0	0
Anzahl mit Alter 6 Jahre	0	0	0	0
Anzahl mit Alter 7 Jahre	0	0	0	0
Anzahl mit Alter 8 Jahre	0	0	0	0
Anzahl mit Alter 9 Jahre	1	0	0	1
Anzahl mit Alter 10 Jahre	21	8	0	29
Anzahl mit Alter 11 Jahre	16	3	0	19
Anzahl mit Alter 12 Jahre	21	4	0	25
Anzahl mit Alter 13 Jahre	17	6	0	23
Anzahl mit Alter 14 Jahre	8	6	0	14
Anzahl mit Alter 15 Jahre	15	3	0	18
Anzahl mit Alter 16 Jahre	18	1	0	19
Anzahl mit Alter 17 Jahre	12	1	0	13
Anzahl mit Alter 18 Jahre	1	0	0	1
Anzahl mit Alter über 18 Jahre	0	0	0	0
In der Einsatzabteilung	M	W	D	Gesamt
Anzahl der unter 27 jährigen	122	20	0	142

Aktivitäten	JA	NEIN
Teilnahme am Gemeinschaftsleben	9	2
Teilnahme an externen Bildungsveranstaltungen	6	5
Teilnahme an internen Bildungsveranstaltungen der JF	8	3
Aktivitäten: internationale Jugendarbeit	4	7
Aktivitäten: Natur / Umweltschutz	5	6
Aktivitäten: aktive Mitgliederwerbung	10	1
Aktivitäten: an der Schule/Kindergärten	8	3
Wettbewerbe: Jugendflamme	5	6
Wettbewerbe: Bundeswettbewerb	0	11
Wettbewerbe: Leistungsspage	3	8
Wettbewerbe: CTIF	0	11
Wettbewerbe: landesspezifischer Wettbewerb	0	11
Sonstiges: JF hat mehr Interessierte, als sie aufnehmen kann	0	11
Sonstiges: JF hat Nachwuchssorgen	11	0
Sonstiges: JF hat zu wenig Betreuer	2	9
Sonstiges: JF hat einen eigenen Sprecher	9	2
Teilnahme am Gemeinschaftsleben	1	

Aktivitäten Anzahl	Anzahl	Gruppenabend Dauer (h)	Vor- /Nachb. Dauer (h)	Gesamt Dauer (h)
Anzahl Gruppenabende pro Jahr	158	253	124	377
feuerwehrtechnische Ausbildung	82	131	64	196
Wettbewerbstraining	30	48	24	72
Spiele und Kreatives	27	43	21	64
mit anderem Verein oder Gruppe	3	5	2	7
Sport	5	8	4	12
Erste Hilfe und Prävention	11	18	9	26
Sonstiges	20	32	16	48

durchschn. Dauer	Dauer (min)
je Gruppenabend	96.14
Vorbereitung/Nachbereitung je Gruppenabend	47.05

durchschn. Anzahl	Anzahl	Dauer (h)
der Betreuer je Gruppenabend	3.68	9

Anzahl Tagesveranstaltungen pro Jahr	Anzahl
Sonderveranstaltungen	7

Anzahl der Stunden für sonstige Arbeit	Anzahl
--	--------

5. Kinderfeuerwehr

Jahresstatistik KF

2021

Stichtag 15. Januar des Folgejahres

Jahr

Kinderfeuerwehr Siegen

	Berichtsjahr		
	Vorjahr		Anzahl aller Jugendbetreuer
Anzahl der KF-Standorte	4	7	Anzahl aller Jugendbetreuer
Anzahl der KF-Gruppen	7		

Vorjahr	Berichtsjahr
16	16

Gesamtzahlen der Mitglieder

	Jungen	Mädchen	gesamt
am 31.12. des Vorjahres	58	20	78
		10	19
Zugänge Neuaufnahmen	9	0	0
Zugänge aus anderen KF	0		
		30	97
Zwischensumme	67		
		4	19
übernommen in die JF	15	3	13
aus KF ausgetreten	10		
		23	65
am 31.12. des Berichtsjahres	42		

Alter der Mitglieder

< 6	Anzahl
6	0
7	11
8	13
9	20
10	18
11	2
12	1
	0

Anzahl am 31.12.

65

Austrittsgründe

Austrittsgründe	Anzahl
Wohnortwechsel	0
anderer Verein	6
stärkere andere Interessen	0
keine Lust mehr	4
kein Interesse an Übernahme	2
durch Ausschluss	0
sonstiges	1
gesamt:	13

6. Fahrzeugliste 2022

Typ	Kennz.	Baujahr	gepl. Neubesch.	Gewicht	Zustand optisch	Zustand technisch	Löschwasser-tank	Rettungs-geräte	Atemschutz-geräte	Ersatzbeschaffung
ZUG 1										
FW-A	SI - OW1000	Aug 94		2,0t	mittel	sehr gut	nein	nein	keine	nach Zustand
LF 8/6	SI - 2825	Mrz 94	2013	7,5t	mittel	schlecht	600	nein	keine	Umbau für Brandschutz-erziehung
TLF 16/25	SI-2288	Sep 95	2014	12,0t	mittel	mittel	2500	nein	2+2	nein
Krad	SI-FW 77	Mrz 19	2035		neu	neu	nein	nein	nein	nein
Pkw	SI - 0282	Apr 06	2010	2,22t	mittel	mittel	nein	nein	keine	nein
PTLF 24/50	SI - 0246	Mrz 03	2025	19t	mittel	mittel	5000	nein	2	2025
KdoW	SI- FW 1111	Okt 19	2029							2029
KdoW	SI - FW 1112	Nov 07	2013		schlecht	schlecht	nein	nein	keine	keine
HLF	SI-FW 1441	Jul 19	2039	18t	sehr gut	sehr gut	2000	ja	4+2	2039
ELW1	SI-FW 1041	Nov 10	2020	3,1t	mittel	mittel	nein	nein	keine	2020
ELW 1	SI-FW 1042	Aug 22	2032	3,2t	neu	neu				2032
MTW	SI-FW 4716	Apr 10	2022		mittel	mittel	nein	nein	keine	VB Fahrzeug 2022
KdoW	SI-FW 247 E	Sep 20	2033		sehr gut	sehr gut	nein	nein	nein	Wasserstoff
KdoW	SI-FW 347E	Jan 21	2026		sehr gut	sehr gut	nein	nein	keine	Werbefahrzeug 01/2026
MTF	SI-PU 9112	Mrz 18	2030	3,0t	sehr gut	sehr gut				2030
MTF	SI-JF 9112	Nov 17	2030	3,0t	sehr gut	sehr gut				2030
WLF	SI LR 5659		Kreis	26,0t	mittel	mittel	nein	nein	keine	Kreis
ABG	SI LR 5659		Kreis							Kreis
WLF	SI LR 5660	Dez 14	Kreis	26,0t	mittel	mittel	nein	nein	keine	Kreis
ABA	SI LR 5660		Kreis							Kreis
GWL 1 ABS	SI - FW 1591	Mrz 10	2022	5,0t	mittel	mittel	nein	nein	nein	2022
GWL	SI-FW 5901	Sep 16	2035	4,7t	mittel	mittel	nein	nein	nein	Höhenrettung
DLK	SI-FW 1321	2020	2035	18t	sehr gut	sehr gut	nein	nein	2	2035
ZUG 2										
MLF	SI- FW 4202	Jun 16	2031	7,2t	sehr gut	sehr gut	1000	nein	3+1	2031
TLF 3000	SI- FW 2302	Aug 20	2035	14t	sehr gut	sehr gut	3000	nein		2035
MZF	SI- 2909	Mai 98	Konzept 2035	7,5t	mittel	mittel	nein	nein	keine	Konzept 2035
ELW1	SI- FW 1102	Jan 08	2023	3,5t	mittel	mittel	nein	nein	keine	2023
DL	SI- FW 1331	Apr 12	2032	18t	sehr gut	sehr gut	nein	nein	1+2	2032
HLF 20/16	SI- FW 4402	Mai 10	2030	16,0t	mittel	mittel	2000	2	2+2	2030
Notstroman h.	NRW-8-1286	Nov 19	Land	10t						

Typ	Kennz.	Baujahr	gepl. Neubesch.	Gewicht	Zustand optisch	Zustand techn.	Löschwasser-tank	Rettungs-geräte	Atemschutz-geräte	Ersatzbeschaffung
ZUG 3										
TLF 16/24	SI-2290	Dez 96	Konzept 2035	9,5t	mittel	mittel	2400	keine	4	Konzept 2035
MLF	SI- FW 3042	Mai 15	2030	7,2t	sehr gut	sehr gut	1000	keine	3+1	2030
MTW	SI- FW 1903	Jul 05	2025	3,0t	mittel	mittel	nein	nein	keine	2025
ZUG 4										
MLF	SI-2350	Okt 03	2023	10,5t	mittel	mittel	1000	nein	2+2	2023
SW 2000	NRW-8-1550	Jun 16	Bund	12t	sehr gut	sehr gut	nein	nein	nein	
LF 10/6	SI- S 4400	Mai 07	2027	11t	sehr gut	sehr gut	1050	2	2+2	2027
MTW	SI- FW 4019	Jul 13	2028	3,5t	sehr gut	mittel	nein	nein	keine	2028
TLF 8/18	SI- 2062	Jan 80	Konzept 2035	7,5t	mittel	mittel	1800	nein	2	Konzept 2035
MLF	SI- FW 4213	Jun 14	2029	7,0t	sehr gut	sehr gut	800	nein	3+1	2029
ZUG 5										
TLF 3000	SI- FW 2305	Aug 20	2035	14t	sehr gut	sehr gut	3000	nein		2035
HLF 20/16	SI- FW 1461	Dez 10	2025	16t	mittel	schlecht	2000	2	2+2	Jul 05
ELW1	SI- 0275	Mrz 05	2025	3,5t	mittel	mittel	nein	nein	keine	2025
MZF	SI- 2980	Apr 98	Konzept 2035	7,5t	mittel	mittel	nein	nein	nein	Konzept 2035
ZUG 6										
LF 20/16	SI - 2793	Nov 06	2026	14,0t	sehr gut	sehr gut	2400	2	2+2	2026
MTW	SI -FW 1196	Apr 09	2029	3,5t	mittel	mittel	nein	nein	keine	2029
GW Wald	SI - 2347	Okt 01	Konzept 2035	9,0t	schlecht	schlecht	2400	nein	2	Konzept 2035
ELW1	SI - 0274	Mrz 05	2025	3,5t	mittel	mittel	nein	nein	keine	2024
LF 10	SI - FW 4206	Mrz 14	Mrz 34	13,1t	mittel	mittel	1500	nein	4+2	2034
LF 10	SI - FW 4261	Mrz 14	Mrz 34	13,1t	mittel	sehr gut	1500	nein	4+2	2034
MLF	SI FW 4262	Mai 15	2035 Altstadt	7,2 t	sehr gut	sehr gut	1000	nein	3+1	2035
KdoW	SI-FW 1196	Apr 09	Keine		gut	ausreichend	nein	nein	nein	Keine
ZUG 7										
LF 10	SI - FW 4207	Mrz 14	Mrz 34	13,1t	sehr gut	sehr gut	1500	2	2+2	2034
TLF 3.000	SI - FW 2107	Aug 15	2035	14t	sehr gut	sehr gut	3000	nein	2	2035
LOG 2	NRW 8-1321	Jun 20	Land	18t	sehr gut	sehr gut	nein	nein	nein	Land
MTW	SI - FW 1107	Jan 08	2028	3,5t	mittel	sehr gut	nein	nein	keine	2028

Typ	Kennz.	Baujahr	gepl. Neubesch. h.	Gewicht	Zustand optisch	Zustand techn.	Löschwasser-tank	Rettungs-geräte	Atemschutz-geräte	Ersatzbeschaffung
ZUG 8										
MLF	SI - FW 4208	Jun 16	2036	7,2t	sehr gut	sehr gut	1000	nein	3+1	2036
KAT-S	SI-LR 1128	Dez 18	Kreis	14 t	neu	neu	1000	nein	2+2	Kreis
HLF 20	SI-FW 4408	Mrz 17	2037	16,0t	sehr gut	sehr gut	2000	2	2+2	TLF2037
MTW	SI-FW 1908	Jul 13	2028	3,5t	sehr gut	sehr gut	nein	nein	keine	2028
LF 10	SI-FW 4108	Okt 17	2037	15,0t	sehr gut	sehr gut	1200	nein	2+4	2037
MTW	SI-FW 1008	Mai 06	2026	3,5t	mittel	sehr gut	nein	nein	keine	2026
ZUG 9										
LF 24	SI - 0242	Mai 00	2024	16,0t	sehr gut	sehr gut	2400	2	2+2	2024
ELW1	SI-FW 1109	Jan 08	2023	3,5t	mittel	mittel	nein	nein	keine	2023
LF 10/6	SI-2284	Dez 04	2021	8,6t	mittel	schlecht	1000	2	2+2	2021
MTW	SI-FW 1909	Feb 14	2029	3,5t	sehr gut	sehr gut	nein	sehr gut	keine	2029
ZUG 10										
MTW	SI-FW 1019	Feb 15	2030	3,5t	sehr gut	sehr gut	nein	nein	keine	2030
HLF 10	SI-2431	Dez 04	2021	8,6t	schlecht	schlecht	1000	2	2+2	2022
TLF 20/25	SI-FW 2110	Mai 10	2030	14,0t	sehr gut	sehr gut	2400	nein	4	2030
ZUG 11										
TLF 16/24	SI-2370	Mai 03	2023	9,8t	mittel	mittel	2400	nein	2	2023
ELW1	SI-FW 1104	Aug 17	2037	3,5	sehr gut	sehr gut	nein	nein	keine	2037
MZF	SI-2724	Feb 98	Konzept 2035	7,5t	sehr gut	sehr gut	nein	nein	keine	Konzept 2035
HLF 20/16	SI-FW 4411	Jan 08	2028	15,0t	sehr gut	sehr gut	1600	2	3+2	2028
DLK 23/12	SI FW 3311	Feb 16	2036	16 t	sehr gut	sehr gut	nein	nein	2	2036
MTW	SI-FW 160	Apr 17	2022	3,1 t	sehr gut	sehr gut	nein	nein	keine	Werbefahrzeug 12/2022
ZUG 12										
Erkundung sf.	NRW-8-1124	Jun 02	Land	3,5t	mittel	mittel	nein	nein	keine	Land
Erkundung sf.	NRW-8-1788		Bund		sehr gut	mittel	nein	nein	keine	Bund
DMF	SI-FW 108	Nov 79	Erhaltung	13,0t	mittel	mittel	nein	nein	keine	Keine
Kdow	SI-2150	Sep 88	keine	2,3t	mittel	mittel	nein	nein	keine	Keine
ZUG 13										
TLF 16/25 Res.	SI-2941	Sep 04	2024	13,5t	mittel	mittel	3000	2	2+2	2024
MTW	SI-2515	Aug 02	2026	2,8t	mittel	mittel	nein	nein	keine	GW Hundestaffel 2026
LF 10/6	SI - 2443	Aug 05	2025	8,6t	mittel	mittel	1000	nein	4	2025
ZUG 14										
LF 10/6	SI-FW 4214	Nov 10	2030	11t	sehr gut	sehr gut	1000	2	3+2	2030
TW	SI-FW 1914	Jul 13	2033	3,5t	sehr gut	sehr gut	nein	nein	keine	2033
TLF 8/18	SI-2160	Jun 87	Konzept 2035	7,5t	mittel	mittel	1800	nein	4	Konzept 2035

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4 Siegen, 21.10.2022
Bereich: Stadtentwicklung und -planung und Liegenschaften
Bearbeitet von: Thomas Daschke, Marlene Krippendorf, Patrick Schneider

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Bauausschuss	30.11.2022
Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften	01.12.2022
Haupt- und Finanzausschuss	07.12.2022
Rat	21.12.2022

Kurzbezeichnung:

Beauftragung eines Städtebaulichen Masterplans Innenentwicklung Siegen als städtebauliches Entwicklungskonzept

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, einen **städtebaulichen Masterplan Innenentwicklung Siegen** für die Gesamtstadt erarbeiten zu lassen und die dafür erforderlichen vorbereitenden Maßnahmen durchzuführen.
2. Für **stadtentwicklungspolitisch wichtige Grundstücke** (Schlüsselgrundstücke), die im Laufe des obigen Prozesses identifiziert werden, sollen vertiefende Testentwürfe erarbeitet werden.
3. Das Konzept soll als städtebauliches Entwicklungskonzept der Stadt Siegen gem. § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB beschlossen werden, um als Entwicklungskonzept zur Stärkung der Innenentwicklung (gemäß § 176a BauGB) im Kontext des Baulandmobilisierungsgesetzes Anwendung zu finden.

Sachverhalt / Begründung:

Die Nachfrage nach Grundstücken für die unterschiedlichen Entwicklungen in nahezu allen Stadtteilen Siegens macht es erforderlich, sich damit auseinanderzusetzen, wie entsprechende Angebote geschaffen werden können, die dem Leitbild "Innenentwicklung vor Außenentwicklung" Rechnung tragen. Die bauliche Aktivierung von Innenentwicklungspotenzialen ist eine Möglichkeit, mit der weitere positive Synergien einhergehen:

- bestehende Infrastrukturen werden optimiert genutzt,
- Quartiere verjüngen sich und neue Angebote können entstehen,
- Quartiere können eine Aufwertung durch die Schließung von Baulücken erfahren.

Damit dies gelingt, sollten je nach Lage des Innenentwicklungspotenzials Vorgaben, Maßgaben oder auch Testentwürfe entwickelt werden, die bezogen auf die jeweilige Umgebung aufzeigen, welche städtebauliche Entwicklung eine solche Aufwertung des Quartiers herbeiführen kann. Es geht darum, die städtebaulichen und gestalterischen Anforderungen an die Umsetzung von Bauvorhaben in strategisch wichtigen Bereichen rechtzeitig vorzugeben, bevor externe Vorhabenträger Bauvorhaben initiieren, die solche Anforderungen nicht in städtischem Sinne berücksichtigen.

Im Einzelfall kann es zur Konkretisierung, Umsetzung und Bekräftigung zielführend sein, auf die bestehenden Instrumente des Allgemeinen und Besonderen Städtebaurechts zurückgreifen zu können. Daher soll das Konzept als städtebauliches Entwicklungskonzept gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB beschlossen werden.

Aufbau, Inhalte und prozessbegleitenden Bausteine des städtebaulichen Masterplans Innenentwicklung Siegen:**I. Schwerpunkt Analyse der Stadtraumtypen und Identifikation der faktischen Innenentwicklungspotenziale**

Bekanntermaßen liegt eine hohe Nachfrage an Wohnraum und für andere Nutzungen in Siegen und seinen Stadtteilen vor, die mit der „üblichen“ Baugebietsentwicklung im Außenbereich alleine nicht befriedigt werden kann. Im Sinne des nachhaltigen Umgangs mit Ressourcen sollten Baugebietsentwicklungen "auf der grünen Wiese" grundsätzlich nur zurückhaltend bzw. sofern eine Erforderlichkeit besteht, genutzt werden.

Somit gilt es, den Fokus auf die im bebauten Umfeld liegenden unbebauten und untergenutzten Grundstücke zu richten und entsprechende Potenzialflächen zu identifizieren. Solche Innenentwicklungsflächen sind in der Regel planungsrechtlich einfacher zu überplanen, jedoch fehlt zurzeit ein Gesamtüberblick, eine Vorstellung der städtebaulichen Strukturen und ein darauf aufbauender Handlungsleitfaden. Hierdurch kann insbesondere die Aktivierung der privaten Grundstücke erfolgreich angestoßen werden.

Durch das Inkrafttreten des Baulandmobilisierungsgesetzes und der damit einhergehenden Einführung des Städtebaulichen Entwicklungskonzepts nach § 176a BauGB¹, verbunden mit dem ohnehin schon verankerten Vorrang der Innenentwicklung, ist nun ein neuer Anstoß gegeben, um die Ermittlung und Bewertung der Innenentwicklungspotenziale vorzunehmen. Somit wird eine konzeptionelle Grundlage geschaffen, um die Instrumente des Allgemeinen und des Besonderen Städtebaurechts anwenden zu können.

Zur Ermittlung einer Datenbasis für alle weiteren konzeptionellen Überlegungen ist zunächst eine stadtweite Bestandsaufnahme verschiedenster potenzieller Nachverdichtungsmöglichkeiten erforderlich.

Aufgrund dieser umfangreichen Erfassung und Konzepterarbeitung soll ein solches städtebauliches Entwicklungskonzept extern beauftragt werden.

Das Konzept soll im Ergebnis

- den Umfang aktivierbarer (Wohnbau)Flächenpotenziale im bestehenden Siedlungsgefüge aufzeigen,
- allgemeine Strategien zur Umsetzung in Verbindung mit den städtebaulichen Instrumenten (Ziele, Strategie und Handlungsfelder) entwickeln,
- stadtentwicklungspolitisch wichtige Bereiche/Grundstücke (Schlüsselgrundstücke, die im Schwerpunkt 0. weiter vertieft werden) konzeptionell herausstellen.

¹Zitiert aus: Muster-Einführungserlass zum Gesetz zur Mobilisierung von Bauland (Baulandmobilisierungsgesetz) (BauGBÄndG 2021 - Mustererlass), beschlossen durch die Fachkommission Städtebau am 14./30. September 2021, geändert am 24. März 2022

Das Städtebauliche Entwicklungskonzept nach § 176a soll die Entwicklung und bauliche Nutzbarmachung ungenutzter Grundstücke und die Schließung von Baulücken auch bei unzusammenhängend im Gemeindegebiet verteilt liegenden Grundstücken erleichtern. Dies können etwa Brachflächen, Gebäudeleerstand, Baulücken oder untergenutzte Grundstücke sein. Damit sollen in einer gesamthaften Betrachtung eines Gebietes, auf das sich das Innenentwicklungskonzept bezieht, Flächen leichter einer neuen Entwicklung zur Deckung eines dringenden Wohnbedarfs zugeführt werden.

Bereits nach bisheriger Rechtslage kann die Gemeinde hierzu ein städtebauliches Entwicklungskonzept im Sinne von § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB beschließen, das Aussagen zum räumlichen Geltungsbereich, den Zielen und zur Umsetzung von Maßnahmen zur Innenentwicklung enthält. Die ausdrückliche Einfügung von § 176a soll die Gemeinden zu einem speziell der Innenentwicklung gewidmeten Entwicklungskonzept ermutigen, das bei der Anwendung einer Reihe von städtebaulichen Instrumenten genutzt werden kann. Das Innenentwicklungskonzept kann gemäß § 176a Abs. 3 auch zum Bestandteil der Begründung eines Bebauungsplans gemacht werden. Zur Umsetzung der Maßnahmen zur Innenentwicklung soll die Gemeinde gegebenenfalls auch von den bestehenden Instrumenten des Allgemeinen und Besonderen Städtebaurechts Gebrauch machen können. In diesem Fall kann das städtebauliche Entwicklungskonzept als Begründungshilfe für die Erforderlichkeit der jeweils anzuwendenden Maßnahmen herangezogen werden:

- Bei Abschluss von städtebaulichen Verträgen mit den betroffenen Grundstückseigentümern;
 - Bei der Prüfung, ob zur Verwirklichung der Ziele die Ausübung von Vorkaufsrechten in Betracht kommt; In diesem Fall kann das Innenentwicklungskonzept zur Begründung der Vorkaufsrechte herangezogen werden;
 - Bei der Prüfung, ob eventuell der Erlass eines oder mehrerer Baugebote in Betracht kommt. In diesem Fall kann das Innenentwicklungskonzept zur Begründung der Baugebote herangezogen werden;
 - Als Begründung zur Festlegung einer Gebietskulisse, in der Städtebauförderungsmittel eingesetzt werden können.
-

II. Schwerpunkt Gestaltungs- und Nutzungskonzeption für Schlüsselgrundstücke

Insbesondere bei Innenstadtgrundstücken, bei Stadteingangs- und Kuppenlagenbereichen sowie stadtintegrierten (solitären) großen Gewerbegrundstücken wird es sich um Schlüsselgrundstücke handeln, deren Entwicklungspotenzial derzeit nicht ausgeschöpft wird, weil diese entweder untergenutzt, nur gering verdichtet bebaut oder durch auffällige Gebäude geprägt sind. In logischer Konsequenz der seit vielen Jahren betriebenen Aktivitäten zur Aufwertung der Gesamtstadt, des Images und der Innenstadt durch öffentliche und private

Stadtentwicklungsmaßnahmen ist es nur folgerichtig, den Fokus auf solche Grundstücke und Bereiche zu legen und Entwicklungsimpulse durch Verwaltung, Politik und eine öffentliche Debatte zu initiieren.

Für die jeweiligen im Konzept zu erarbeitenden Bereiche sind auf Basis einer Bestandsaufnahme individuelle Nutzungskonzepte und stadtbildbezogene Testentwürfe, die mindestens zwei Gestaltungs- und Nutzungsmöglichkeiten aufzeigen, zu erstellen. Diese dienen zur Initiierung von Gesprächen mit den Grundstückseigentümern sowie in weiteren Schritten als Grundlage für die Aufstellung von Bebauungsplänen und für städtebauliche Verträge. Eine Einbindung des Beirates für Stadtgestaltung ist gewährleistet. Der Nachverdichtung im Bestand ist der Vorrang vor Abriss und Neubau einzuräumen. Einzelne Nutzungs- und Gestaltungsvorschläge können auch die Empfehlung beinhalten, eine Freiflächenentwicklung anzugehen, um stadtklimatische Qualitäten zu schaffen, aber auch um öffentlich nutzbare Aufenthaltbereiche bereitzustellen.

III. Bausteine, die prozessbegleitend durch die Verwaltung in Abstimmung mit dem Auftragnehmer erarbeitet werden

a. Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation

Zur Akzeptanzschaffung und zur Erzielung der gewünschten Anstoßwirkung insbesondere im Hinblick auf die Aktivierung der Innenentwicklungspotenziale ist am Ende des I. Masterplanschwerpunkts eine öffentliche Berichterstattung und Kommunikationsinitiative, verbunden mit Beratungsangeboten, eminent. Informelle Formate wie Quartiersgespräche oder Runde Tische zur Information können flankierend für die Schlüsselgrundstücke eingesetzt werden und Netzwerkbildung initiieren.

b. Kooperationspartner aktivieren und einbinden

Damit der Masterplanstrategie, insbesondere im Schwerpunktbereich II, breit getragen zur Umsetzung verholfen werden kann, sind in den Erarbeitungsprozess gesellschaftliche, wirtschaftliche und politisch Aktive sowie Partner einzubinden. Bei der Ansprache der Partner sind Synergieeffekte für beide Seiten ausschlaggebend für die Mitwirkungsbereitschaft.

Folgende Partner sind denkbar:

- KEG, KSG
- zivilgesellschaftliche Initiativen
- IHK, HWK
- Vereine oder Genossenschaften
- Bauwirtschaft
- Banken
- Unternehmen, die Mitarbeiterbindung in den Fokus genommen haben und auf gute Stadtentwicklung und Wohnangebote angewiesen sind.

c. Unterstützungsformate erarbeiten und etablieren

Da die fokussierten Flächen in der Regel privaten Akteuren gehören, ist es zentral, dass Anreize und Hilfestellungen seitens der Stadt aber auch durch die Akteure initiiert werden, um der Innenentwicklung zu dem im Prozess erarbeiteten Ergebnis zu verhelfen. Dazu kann gehören,

- kommunale Förderprogramme (zum Beispiel revolvierende Fonds, Fassadenprogramm) als Anreiz zur Immobilienentwicklung zu entwickeln und gezielte Beratungsangebote (in Kooperation z. B. mit hiesigen Architekten) anzubieten,
- aktive kommunale Grundstückspolitik unter anderem durch Bevorratung (soweit finanziell möglich) zu betreiben, um Grundstücke anschließend durch Konzeptausarbeitung auf den Markt zu bringen.

Umsetzungsfahrplan

Die Gesamtkosten für den städtebaulichen Masterplan Innenentwicklung der Stadt Siegen werden derzeit mit ca. 180.000 € kalkuliert, die auf die Projektlaufzeit wie folgt aufzuteilen sind:

Für das Haushaltsjahr 2023 wäre 40.000 €, für die Jahre 2024 und 2025 werden jeweils 70.000 € vorgesehen. Anvisiert wird eine Erarbeitungszeit von 1,5 Jahren, sodass mit HH-Genehmigung im Frühjahr 2023 unmittelbar mit der Ausschreibung begonnen würde, sodass die Bearbeitung bestenfalls im Sommer 2023 starten könnte und mit einem Abschluss im Frühjahr 2025 zu rechnen wäre.

Sobald die politische Legitimation für die hier skizzierte Vorgehensweise erfolgt ist, würde das Leistungsverzeichnis erarbeitet und das Vergabeverfahren nach HH-Genehmigung begonnen. Die Verwaltung stellt sich die Vorgehensweise so vor, dass drei bis vier geeignete Büros die Gelegenheit bekommen, ein Angebot zu unterbreiten, in dem die Herangehensweisen für die Aufgabenstellung zu erläutern sind, die Bürogemeinschaften mit unterschiedlichen Fachkompetenzen beispielsweise Architektur, Freiraumplanung, Stadtplanung zu benennen sind und die Kosten. Die Verwaltung wird anhand einer Matrix sowohl den konzeptionellen als auch den wirtschaftlichen Aspekt entsprechend bewerten.

Abarbeitungsfahrplan

1. Grundsatzbeschluss zur Beauftragung des städtebaulichen Masterplans Innenentwicklung der Stadt Siegen
2. Erarbeitung der Leistungsbeschreibung und der Bewertungsmatrix
3. Ausschreibung der Aufgabenstellung nach Genehmigung des HH 2023
4. Auswertung der Angebote nach Submission anhand vorab festgelegter Kriterien (Bewertungsmatrix)
5. Beauftragung des ausgewählten Büros mit der Erstellung und Prozessbegleitung des städtebaulichen Masterplans Innenentwicklung der Stadt Siegen
6. Bearbeitungszeit 18 Monate

Der städtebauliche Masterplan Innenentwicklung Siegen soll für die nächsten Jahre

- als Entwicklungskonzept bei der Aufstellung oder Änderung von Bebauungsplänen berücksichtigt werden,
- bei der Genehmigung von Bauvorhaben gemäß § 34 BauGB als Beurteilungsgrundlage hinsichtlich des Einfügens zu Grunde gelegt werden,

- die Anwendung rechtlicher Instrumente zur Beschleunigung der Innenentwicklung begründen.

Die Verwaltung wäre durch das beschlossene Konzept und den formulierten Maßgaben legitimiert, die Zielsetzungen und Empfehlungen im Rahmen des Verwaltungshandelns und -entscheidens gegenüber Privaten einzufordern. Es wird daher empfohlen, die Verwaltung mit der Erstellung des Konzeptes zu beauftragen.

Mit Blick auf die sich verändernden Rahmenbedingungen ist ein solches Konzept turnusmäßig zu evaluieren und fortzuschreiben.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
180.000€	-			

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input checked="" type="checkbox"/> im Ergebnisplan 2023 (HH-Entwurf)	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 2023: 40.000 € 2024: 70.000 € 2025: 70.000 €	Kostenträger/ Investitionscode 09020100 Sachkonto 5291000
--	--	-------------------------------	---	---

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz Dadurch, dass Innenentwicklungspotenziale aktiviert werden, reduziert sich der Bedarf an neuen Bauflächen außerhalb des bestehenden Siedlungszusammenhangs, bestehende Infrastrukturen werden besser ausgenutzt.			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

In Vertretung

gez.

Henrik Schumann
Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4
Bereich: Stadtplanung
Bearbeitet von: Herrn Kapitza, Herrn Stahl

Siegen, 02.11.2022

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Bauausschuss	30.11.2022
Haupt- und Finanzausschuss	07.12.2022
Rat	21.12.2022

Kurzbezeichnung:

106. Änderung des Flächennutzungsplans und Bebauungsplan Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg" im Stadtteil Siegen (Feststellungs- und Satzungsbeschluss)

- hier:
- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
 - Zusammenfassende Prüfung und Beschluss der Abwägung aller im Planverfahren eingegangenen Anregungen und Hinweise
 - Beschluss der 106. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP-Änderung) der Stadt Siegen
 - Beschluss des Bebauungsplans Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg"

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

- die im Verfahren zur 106. FNP-Änderung und zum Bebauungsplan Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg" eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 3) entsprechend der Anlage 4 zu behandeln. Die Anlagen sind Bestandteil der Beschlussfassung;
- die 106. FNP-Änderung in der Fassung vom 29.09.2022 (Anlage 5) samt Begründung, Umweltbericht und artenschutzrechtlichem Fachbeitrag (Anlagen 6, 9 und 10);
- den Bebauungsplan Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg" (Anlage 7) in der Fassung vom 11.10.2022 als Satzung samt Begründung und Umweltbericht (Anlagen 8 und 9).

Sachverhalt / Begründung:

Die Geltungsbereiche der FNP-Änderung und des Bebauungsplanes sind identisch und liegen in der Gemarkung Siegen, Flur 12, Flurstück 12, östlich des Siegener Stadtteils Gosenbach

sowie der Siegener Straße (Landesstraße 533), südwestlich der Bundesautobahn (BAB) 45. Sie haben jeweils eine Größe von ca. 0,9 ha.

Die 106. FNP-Änderung wird durchgeführt, damit der Bebauungsplan gemäß § 8 Abs. 2 BauGB aus dem FNP entwickelt werden kann. Aktuell ist das Plangebiet als „Fläche für Landwirtschaft“ ausgewiesen; entsprechend der geplanten Nutzung soll es zukünftig als „Sonderbaufläche“ dargestellt werden.

Ziel des Bebauungsplanes Nr. 457 ist die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage (PV-Anlage) zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien. Die Leistung der PV-Anlage soll maximal 749 kWp betragen und ca. 2.500 bis 2.800 Module umfassen. Der Bebauungsplan und die Realisierung der Freiflächen-PV-Anlage tragen dazu bei, die Förderung der erneuerbaren Energien auf lokaler Ebene umzusetzen. So wird ein Beitrag geleistet, die Ziele des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), des Klimaschutzgesetzes NRW sowie die Klimaschutzziele der Stadt Siegen zur Ausweitung der alternativen Energien zu erreichen.

Das Plangebiet des Bebauungsplanes wird hinsichtlich der Art der baulichen Nutzung zum Großteil als „Sonstiges Sondergebiet“ gemäß § 11 BauNVO mit der Zweckbestimmung „PV-Freiflächenanlage“ festgesetzt. Ein kleiner Bereich des Plangebietes an der Siegener Straße wird als „private Grünfläche“ festgesetzt. Die überbaubare Fläche wird durch eine Baugrenze und eine Grundflächenzahl von 0,6 festgesetzt. Entgegen der Grundflächenzahl wird die aufgeständerte PV-Anlage tatsächlich nur einen Bruchteil des Bodens versiegeln, planungsrechtlich ist diese bodennahe Überdeckung jedoch als überbaubare Grundfläche zu betrachten. Die Erschließung der Fläche erfolgt über die im südlichen Bereich festgesetzten Straßenverkehrsfläche.

Zur Ermittlung und Bewertung der Umweltbelange wurde eine Umweltprüfung, die in einem Umweltbericht mündet sowie eine Artenschutzprüfung Stufe 1 (ASP I) durch ein externes Fachbüro durchgeführt. Die Ergebnisse liegen der Planung in der Begründung als gesonderter Teil bei.

Verfahren der Planaufstellung

Im März 2021 hat der Bauausschuss einen Konzeptionsbeschluss zum o.g. B-Plan gefasst (siehe Vorlage 232/2021). Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) wurden im August 2021 durchgeführt. Es wurden Anregungen vorgebracht, u.a. von Naturschutzverbänden, vom Naturschutzbeirat und der Autobahn GmbH, die entweder in der Begründung erörtert oder der weiteren Planung berücksichtigt wurden, also im Entwurf zur öffentlichen Auslegung. Ebenfalls erfolgt ist die landesplanerische Beteiligung gemäß § 34 Abs. 1 und 5 Landesplanungsgesetz NRW, wobei seitens der Bezirksregierung Arnsberg, als zuständige Regionalplanungsbehörde, keine landesplanerischen Bedenken gegenüber der Planung vorgebracht wurden. Aus der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden und sonstigen TÖB gingen keine relevanten Anpassungen hervor. Es wurden zum Satzungsplan lediglich redaktionelle Anpassungen bzw. Klarstellungen in den Planunterlagen vorgenommen.

In der Zwischenzeit ist seitens der SVB der Bauantrag zur Errichtung der PV-Anlage gemäß § 33 BauGB (Zulässigkeit von Vorhaben während der Planaufstellung) gestellt worden, der mittlerweile genehmigt wurde. Die FNP-Änderung wird nach dem Feststellungs- und Satzungsbeschluss der Bezirksregierung Arnsberg zur Genehmigung vorgelegt. Hiernach wird die FNP-Änderung wirksam und der Bebauungsplan erlangt anschließend nach erfolgter Bekanntmachung des Beschlusses Rechtskraft.

Entsprechend des Grundsatzbeschlusses zur Errichtung von PV-Freiflächenanlagen im Stadtgebiet Siegen als Klimaschutzmaßnahme (Vorlage 23/2020) wurde die Bauleitplanung als kooperatives Verfahren mit dem Vorhabenträger (Siegener Versorgungsbetriebe GmbH) und unter Heranziehung eines externen Landschaftsplanungsbüros durchgeführt. Der Vorhabenträger trug die Kosten für die erforderlichen Gutachten. Die Stadt übernahm die Sach- und Personalkosten für das Bauleitplanverfahren. Weitere Einzelheiten sind den Anlagen zu entnehmen.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input checked="" type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz Die Errichtung einer PV-Freiflächen-Anlage leistet durch die Stromherstellung einen erheblichen Beitrag zur CO ² -Reduktion. Die Errichtung der PV-Module Flächen führt nur zu einer marginalen Versiegelung des Bodens, die PV-Module selbst überdecken den Boden nur. So bleibt der Boden größtenteils in seinem naturnahen Zustand erhalten.			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) Weitere Informationen zu den Auswirkungen der Planung, zu Handlungsoptionen und zur Klimarelevanz befinden sich in den Anlagen zum Bebauungsplan und zur Flächennutzungsplanänderung und in den Anlagen zur Vorlage.			

Im Auftrag

gez.

Henrik Schumann
 Stadtbaurat

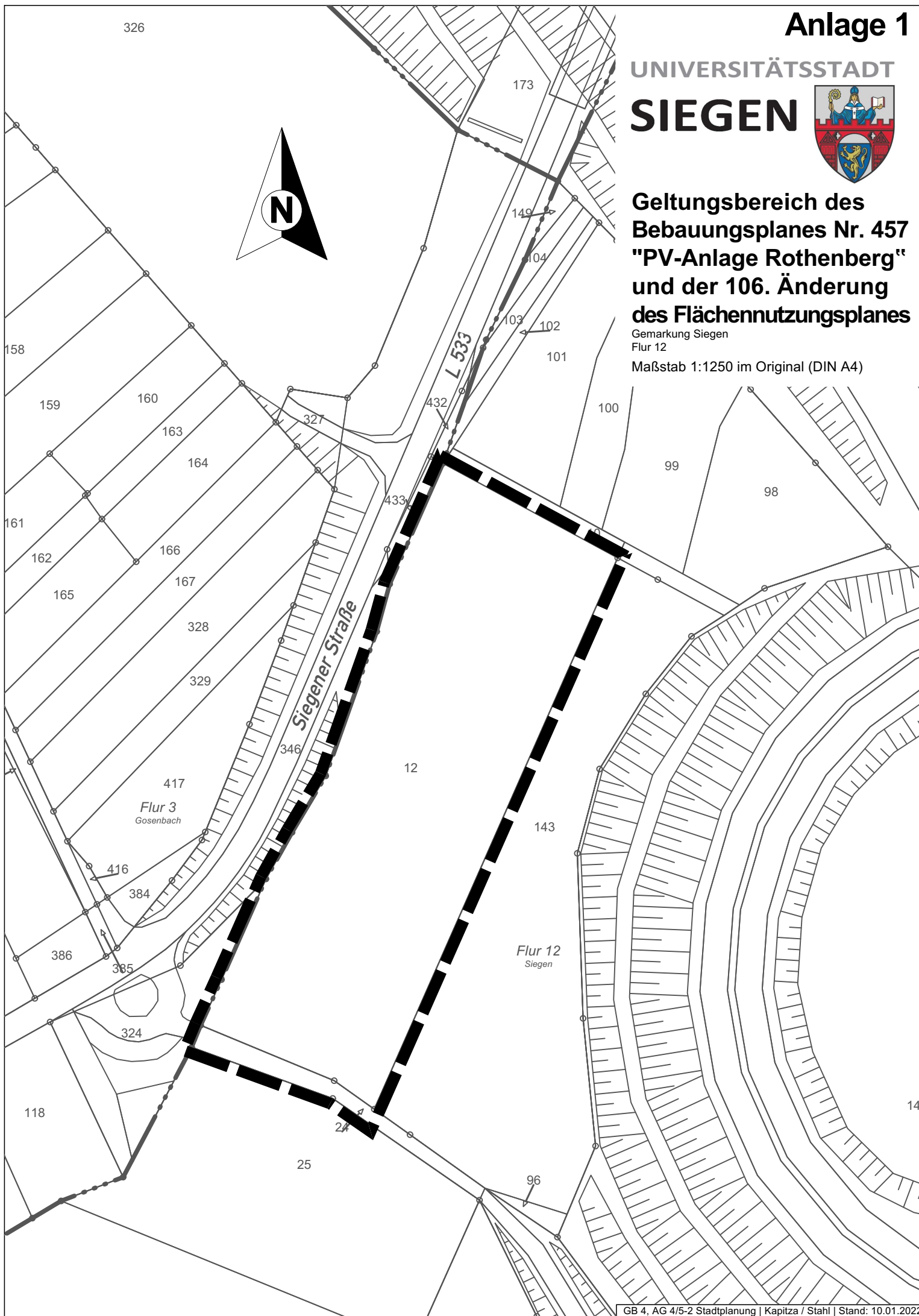
Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Übersichtsplan zum B-Plan / FNP](#)
2. [Liste der beteiligten Behörden und TöB](#)
3. [abgegebene Stellungnahmen zu den Planverfahren](#)
4. [Abwägungsvorschlag FNP und B-Plan](#)
5. [FNP-Planzeichnung](#)
6. [Begründung zur FNP-Änderung](#)
7. [Planzeichnung B-Plan](#)
8. [Begründung zum B-Plan](#)
9. [Umweltbericht zum B-Plan und FNP](#)
10. [Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag zum B-Plan und FNP](#)
11. [Namens- und Adressenliste zu den Anlagen 3 und 4](#)

Gemarkung Siegen
Flur 12

Maßstab 1:1250 im Original (DIN A4)



BPlan Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg" TöB - Stellungnahmen gem. § 4 Abs. 1 BauGB			
Stellungnahme angefordert von		Antwort	
Behörde / TöB	Abteilung	Datum	
Bezirksregierung Arnsberg	Abteilung 6 Bergbau und Energie in NRW	11.08.2021	Mit Anregung
Die Autobahn GmbH des Bundes	Niederlassung Westfalen	26.08.2021 03.09.2021	Mit Anregung
Kreis Siegen – Wittgenstein	FS 63 Bauen, Wohnen und Immissionsschutz	13.09.2021 13.09.2021	Mit Anregung
Landesbetrieb Straßenbau NRW (Straßen.NRW)	Regionalniederlassung Südwestfalen Abteilung 4 - Betrieb und Verkehr / Anbau, Recht -	01.09.2021	Mit Anregung
Landesbetrieb Wald und Holz NRW	Regionalforstamt Siegen-Wittgenstein	13.08.2021	Mit Anregung
Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	LNU NRW e.V.	11.09.2021	Mit Anregung
Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	NABU Siegen-Wittgenstein e.V.	17.08.2021 08.09.2021	Mit Anregung
Landwirtschaftskammer NRW	Kreisstelle Hochsauerland, Olpe, Siegen-Wittgenstein	30.08.2021	Mit Anregung
PLEdoc	Gesellschaft für Dokumentationserstellung und -pflege	09.08.2021	Mit Anregung
Landschaftsverband Westfalen-Lippe	Archäologie für Westfalen - Außenstelle Olpe -	09.08.2021	Ohne Anregung
Siegener Versorgungsbetriebe GmbH		23.08.2021	Ohne Anregung
Unitymedia NRW GmbH	Abteilung: Zentrale Planung	01.09.2021	Ohne Anregung
Wasserverband Siegen - Wittgenstein	Leitungsauskunft	04.08.2021	Ohne Anregung
Westnetz GmbH	Regionalzentrum Sieg	04.08.2021	Ohne Anregung
Air Liquide Deutschland GmbH	Fernleitungen		Keine Antwort erhalten
Deutsche Telekom Technik GmbH	Niederlassung West - PTI 33 -		Keine Antwort erhalten
Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	Bund Siegen-Wittgenstein e.V.		Keine Antwort erhalten
Landschaftsverband Westfalen-Lippe	Referat 14 Städtebau und Landschaftskultur		Keine Antwort erhalten

BPlan Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg" Öffentlichkeitsbeteiligung - Stellungnahme gem. § 3 Abs. 1 BauGB		
Stellungnahme abgegeben von		
	Datum	
Bürger 1	08.08.2021	Mit Anregung

BPlan Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg" TöB - Stellungnahmen gem. § 4 Abs. 2 BauGB			
Stellungnahme angefordert von		Antwort	
Behörde / TöB	Abteilung	Datum	
Die Autobahn GmbH des Bundes	Niederlassung Westfalen	25.04.2022	Mit Anregung
Kreis Siegen – Wittgenstein	FS 63 Bauen, Wohnen und Immissionsschutz	20.04.2022	Mit Anregung
Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	NABU Siegen-Wittgenstein e.V.	07.04.2022 22.04.2022	Mit Anregung
Landwirtschaftskammer NRW	Kreisstelle Hochsauerland, Olpe, Siegen-Wittgenstein	29.04.2022	Mit Anregung
PLEdoc	Gesellschaft für Dokumentationserstellung und -pflege	04.04.2022	Mit Anregung
Landesbetrieb Straßenbau NRW (Straßen.NRW)	Regionalniederlassung Südwestfalen Abteilung 4 - Betrieb und Verkehr / Anbau, Recht -	26.04.2022	Ohne Anregung
Landschaftsverband Westfalen-Lippe	Archäologie für Westfalen - Außenstelle Olpe -	24.03.2022	Ohne Anregung
Wasserverband Siegen - Wittgenstein	Leitungsauskunft	11.03.2022	Ohne Anregung
Air Liquide Deutschland GmbH	Fernleitungen		Keine Antwort erhalten
Bezirksregierung Arnsberg	Abteilung 6 Bergbau und Energie in NRW		Keine Antwort erhalten
Deutsche Telekom Technik GmbH	Niederlassung West - PTI 33 -		Keine Antwort erhalten
Landesbetrieb Wald und Holz NRW	Regionalforstamt Siegen-Wittgenstein		Keine Antwort erhalten
Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	Bund Siegen-Wittgenstein e.V.		Keine Antwort erhalten
Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	LNU NRW e.V.		Keine Antwort erhalten
Landschaftsverband Westfalen-Lippe	Referat 14 Städtebau und Landschaftskultur		Keine Antwort erhalten
Siegener Versorgungsbetriebe GmbH			Keine Antwort erhalten
Unitymedia NRW GmbH	Abteilung: Zentrale Planung		Keine Antwort erhalten
Westnetz GmbH	Regionalzentrum Sieg		Keine Antwort erhalten

BPlan Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg" Öffentlichkeitsbeteiligung - Stellungnahme gem. § 3 (2) BauGB vom 21.03 - 29.04.2022		
Stellungnahme abgegeben von		Datum
Keine Stellungnahme wurde abgegeben		

Bebauungsplan Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ 106. Änderung des Flächennutzungsplans

der Universitätsstadt Siegen
im Stadtteil Siegen

Stellungnahmen

aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger
öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 und 2 BauGB und der
Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 und Abs. 2 BauGB



Bezirksregierung Arnsberg • Postfach • 44025 Dortmund
Stadt Siegen
AG Stadtplanung
Lindenplatz 7
57078 Siegen

**Abteilung 6 Bergbau
Und Energie in NRW**

Datum: 11. August 2021
Seite 1 von 2

Aktenzeichen:
65.52.1-2021-522
bei Antwort bitte angeben

Auskunft erteilt:
Herr Schneider
peter.schneider@bra.nrw.de
Telefon: 02931/82-3685
Fax: 02931/82-3624

Dienstgebäude:
Goebenstraße 25
44135 Dortmund

Bebauungsplan Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ und die 106. FNP-Änderung im Parallelverfahren

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Ihr Schreiben vom 04.08.2021

Sehr geehrter Herr Kapitz,

zu den bergbaulichen Verhältnissen im Bebauungsplanbereich erhalten
Sie folgende Hinweise:

Die Planfläche liegt über den auf Eisenerz verliehenen inzwischen erloschenen Bergwerksfeldern „Lina I“ und „Wilhelmshöhe I“. Die letzte Eigentümerin der ehemaligen Bergbauberechtigungen ist nicht mehr erreichbar. Ein Rechtsnachfolger ist nicht bekannt.

Bergbau hat nach den hier vorliegenden Unterlagen im Plangebiet nicht stattgefunden.

Aus bergbehördlicher Sicht sind daher Bedenken oder Anregungen nicht mitzuteilen.

Hauptsitz / Lieferadresse:
Seibertzstr. 1, 59821 Arnsberg

Telefon: 02931 82-0

poststelle@bra.nrw.de
www.bra.nrw.de

Servicezeiten:
Mo-Do 08:30 – 12:00 Uhr
13:30 – 16:00 Uhr
Fr 08:30 – 14:00 Uhr

Landeshauptkasse NRW
bei der Helaba:
IBAN:
DE59 3005 0000 0001 6835 15
BIC: WELADED

Umsatzsteuer ID:
DE123878675

Informationen zur Verarbeitung
Ihrer Daten finden Sie auf der
folgenden Internetseite:
[https://www.bra.nrw.de/themen/d/
/datenschutz/](https://www.bra.nrw.de/themen/d/datenschutz/)



Bearbeitungshinweis:

Abteilung 6 Bergbau
und Energie in NRW

Seite 2 von 2

Diese Stellungnahme wurde bezüglich der bergbaulichen Verhältnisse auf Grundlage des aktuellen Kenntnisstandes erarbeitet. Die Bezirksregierung Arnsberg hat die zugrunde liegenden Daten mit der zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben erforderlichen Sorgfalt erhoben und zusammengestellt. Die fortschreitende Auswertung und Überprüfung der vorhandenen Unterlagen sowie neue Erkenntnisse können zur Folge haben, dass es im Zeitverlauf zu abweichenden Informationsgrundlagen auch in Bezug auf den hier geprüften Vorhabens- oder Planbereich kommt. Eine Gewähr für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Genauigkeit der Daten kann insoweit nicht übernommen werden. Soweit Sie als berechtigte öffentliche Stelle Zugang zur Behördenversion des Fachinformationssystems „Gefährdungspotenziale des Untergrundes in NRW“ (FIS GDU) besitzen, haben Sie hierdurch die Möglichkeit, den jeweils aktuellen Stand der hiesigen Erkenntnisse zur bergbaulichen Situation zu überprüfen. Details über die Zugangs- und Informationsmöglichkeiten dieses Auskunftssystems finden Sie auf der Homepage der Bezirksregierung Arnsberg (www.bra.nrw.de) mithilfe des Suchbegriffs „Behördenversion GDU“. Dort wird auch die Möglichkeit erläutert, die Daten neben der Anwendung ebenfalls als Web Map Service (WMS) zu nutzen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Peter Schneider

Die Autobahn GmbH des Bundes · Otto-Krafft-Platz 8 · 59065 Hamm (Westf.)

Universitätsstadt Siegen
Rathaus Geisweid
Arbeitsgruppe 4/5-2 Stadtplanung
Lindenplatz 7
57078 Siegen

**Die Autobahn GmbH
des Bundes**
Niederlassung Westfalen

Otto-Krafft-Platz 8
59065 Hamm

Anbau/Sondernutzung/
Planungen Dritter/Recht

Markus Quinkert

T 02381 912 - 443
F 02381 912 - 319
M 0162 23 98 306

markus.quinkert@autobahn.de
www.autobahn.de

Hamm, 26.08.2021

**Bebauungsplan Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg" und 106. FNP-Änderung
hier: frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB**

Ihre Mail vom 04.08.2021

Sehr geehrter Herr Kapitza,

das hier in Rede stehende Plangebiet befindet sich neben der Anschlussstelle der Bundesautobahn (BAB) A45. Aufgrund Lage, innerhalb der Anbaubeschränkung, ist das Fernstraßen-Bundesamt (FBA) anbaurechtlich im Verfahren zu beteiligen. Die Beteiligung erfolgt -intern- zwischen der Autobahn GmbH des Bundes (AdB), hier vertreten durch die Niederlassung Westfalen und dem FBA. Eine gesonderte Stellungnahme des FBA erfolgt somit nicht.

In Abstimmung mit dem FBA wird, seitens des Straßenbaulastträgers, zu o.g. Bauleitplanverfahren wie folgt Stellung genommen:

- Es wird um Eintragung der Anbauverbots- und Anbaubeschränkungszone (40 Meter / 100 Meter ab befestigtem Fahrbahnrand) gebeten.
- Es wird vorsorglich darauf hingewiesen, dass Innerhalb der Anbauverbotszone nach § 9 Abs. 1 Bundesfernstraßengesetz (FStrG) ein generelles Verbot von Hochbauten besteht. Das Bauvorhaben ist ein Hochbau im Sinne des FStrG und darf dort grundsätzlich nicht errichtet werden. Ausnahmetatbestände des Abs. 8 FStrG liegen hier nicht vor. Daher müssen die geplante PVA-Freiflächenanlage sowie weitere Hochbauten (Trafo etc.) einen Mindestabstand von 40 m zur BAB A45 aufweisen.

Geschäftsführung
Stephan Krenz (Vorsitzender)
Gunther Adler
Anne Rethmann

Aufsichtsratsvorsitz
Dr. Gerhard Schulz

Sitz
Berlin
AG Charlottenburg HRB
200131 B

Steuernummer
30/260/50246

Bankverbindung
Uni Credit Bank IBAN
DE10 1002 0890 0028 704895 BIC
HYVEDEMM488

- Da PVA-Freiflächenanlagen i.d.R. Richtung Süden ausgerichtet werden, kann eine Blendung der Verkehrsteilnehmer auf der BAB Anschlussstelle nicht ausgeschlossen werden. Daher ist ein Nachweis vorzulegen. Erst nach Vorlage dieses Blendgutachtens kann eine Einschätzung der Zustimmungsfähigkeit der PV-Anlage in der Anbaubeschränkungszone erfolgen.
- Es ist zu beachten, dass Werbeanlagen jeder Art, weder auf Straßengebiet noch innerhalb der Anbauverbotszone errichtet oder angebracht werden dürfen. In der Anbaubeschränkungszone bedürfen Anträge der Zustimmung des FBA. Dies gilt auch für Schilder bauausführender Firmen.
- Es ist zu beachten, dass anfallendes Oberflächenwasser nicht der BAB-Straßenentwässerung zugeleitet werden darf.
- Es wird vorsorglich darauf hingewiesen, dass der -gem. EEG 2021- vorgegebene und mindestens 15 m breite Naturschutz-Korridor außerhalb der Anbauverbotszone anzuordnen ist.
- Aufgrund der Nähe zur L 533 ist auch der Landesbetrieb Straßenbau NRW an diesem Verfahren zu beteiligen.

Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



i.A. Anna Bensch
Geschäftsbereichsleiterin
Personal u. Recht



i.A. Markus Quinkert
Sachbearbeiter

Von: [Quinkert, Markus](#)
An: [Stahl, Philipp](#)
Thema: Ihre Anfrage vom 02.09.21 bzgl. Blendgutachten
Datum: Freitag, 3. September 2021 13:09:12

**Bebauungsplan Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg" und 106. FNP-Änderung
hier: frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem.
§ 4 (1) BauGB**

**Unsere Stellungnahme vom 26.08.2021
Ihre telefonische Anfrage vom 02.09.2021**

Sehr geehrter Herr Stahl,

Ihrer Anfrage vom 02.09.21 entsprechend können wir Ihnen mitteilen, dass die Autobahn GmbH des Bundes -NL Westfalen-, sowie das Fernstraßenbundesamt einen Nachweis zur Beurteilung der Blendfreiheit benötigen. Sollte eine Blendung des BAB-Verkehrs bereits durch die örtlichen Verhältnisse ausgeschlossen sein, so ist ein zusätzliches Blendgutachten nicht erforderlich.

Wir möchten Sie daher bitten, die Örtlichkeit dahingehend zu überprüfen, d.h., Höhenverhältnisse Standort PV- Flächenanlage zu Fahrbahn der BAB-Anschlussstelle, sowie evtl. vorhandener Sichtschutz (Bewuchs). Die Untersuchungsergebnisse sind uns dann, in geeigneter Weise (textlich, ggfls. auch zeichnerisch), im Rahmen des weiteren Beteiligungsverfahrens zur Verfügung zu stellen.

Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
i.A.
Markus Quinkert

Die Autobahn GmbH des Bundes
Niederlassung Westfalen
Otto-Krafft-Platz 8 · 59065 Hamm

Markus Quinkert
Recht - Planungen Dritter
M +49 162 23 98 306
T +49 2381 912 443
F +49 2381 912 370
markus.quinkert@autobahn.de
www.autobahn.de

Geschäftsführung Stephan Krenz (Vorsitzender) ·
Gunther Adler · Anne Rethmann
Aufsichtsratsvorsitz Dr. Michael Güntner
Sitz Berlin · AG Charlottenburg · HRB 200131 B

Die Autobahn GmbH des Bundes

Rechtsform GmbH
Sitz Friedrichstr. 71, 10117 Berlin · AG Charlottenburg · HRB 200131 B
Geschäftsführung Stephan Krenz, Gunther Adler, Anne Rethmann
Aufsichtsratsvorsitzender Dr. Michael Güntner

Vertraulichkeitshinweis

Diese Nachricht und jeder etwaig uebermittelte Anhang beinhalten vertrauliche Informationen und sind nur fuer die Personen oder Unternehmen bestimmt, an welche sie tatsaechlich gerichtet sind. Sollten Sie nicht der bestimmungsgemaesse Empfaenger sein, weisen wir Sie darauf hin, dass die Verbreitung, das (auch teilweise) Kopieren sowie der Gebrauch der empfangenen E-Mail und der darin enthaltenen Informationen verboten sind und gegebenenfalls Schadensersatzpflichten ausloesen koennen. Sollten Sie diese Nachricht aufgrund eines Uebermittlungsfehlers erhalten haben, bitten wir Sie, den Absender unverzueglich hiervon in Kenntnis zu setzen.

Sicherheitswarnung: Bitte beachten Sie, dass das Internet kein sicheres Kommunikationsmedium ist. Obwohl wir im Rahmen unseres Qualitaetsmanagements und der gebotenen Sorgfalt Schritte eingeleitet haben, um einen Computervirenbefall weitestgehend zu verhindern, koennen wir wegen der Natur des Internet das Risiko eines Computervirenbefalls dieser E-Mail nicht ausschliessen.

Confidentiality note

This notice and any attachments which are transmitted contain confidential information and are intended only for the persons or companies to whom they are actually addressed. If you are not the intended recipient, please note that the distribution, copying (even partial) and use of the received e-mail and the information contained in the e-mail are prohibited and may result in a possible liability for damages. Should you have received this message due to a transmission error, we ask you to inform the sender immediately.

Safety warning: Please note that the Internet is not a safe means of communication or form of media. Although we are continuously increasing our due care of preventing virus attacks as a part of our Quality Management, we are not able to fully prevent virus attacks as a result of the nature of the Internet.

Hinweis zur Datenverarbeitung / Link to data protection policy:

<https://www.autobahn.de/datenschutz>



**Kreis
Siegen-Wittgenstein
Der Landrat**

Postanschrift: Kreis Siegen-Wittgenstein • 57069 Siegen

Stadt Siegen
Postfach 10 03 52
57003 Siegen

Bauamt

Dienstgebäude:
Koblenzer Straße 73
57072 Siegen

Ihre Ansprechpartnerin:

Johanna Denker
Zimmer: 822
Telefon: 0271 333-1841
Telefax: 0271 333-291924
E-Mail: j.denker@siegen-wittgenstein.de
toeb@siegen-wittgenstein.de

13. September 2021

Mein Zeichen:
61.72.10

Ihr Zeichen:

**Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 "PV-Anlage
Rothenberg" der Stadt Siegen im Stadtteil Siegen
Beteiligung des Kreises Siegen-Wittgenstein als Träger
öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB**

Servicezeiten:
montags-freitags
jeweils 7.30 bis 12.00 Uhr
und 13.00 bis 15.00 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter Bezug auf Ihr Schreiben vom 04.08.21 wird zu der oben
genannten städtebaulichen Maßnahme als

Untere Wasserbehörde
Untere Abfallwirtschaftsbehörde
Untere Bodenschutzbehörde
Untere Naturschutzbehörde
Fachgebiet Immissionsschutz

wie folgt Stellung genommen:

1. Stellungnahme der Unteren Wasserbehörde

Die Umsetzung der Planung wird im Hinblick auf das Schutz-
gut Wasser keine relevanten Auswirkungen haben.

Oberirdische Gewässer sind im Plangebiet nicht vorhanden
und es fällt kein häusliches Abwasser an.

Die neu zu versiegelnde Fläche wird sich auf einen kleinen
Bereich des Versorgungsgebäudes beschränken. Aufgrund
der Bauweise der Solarkollektoren wird das Niederschlags-
wasser weiterhin im Plangebiet versickern. Eine nachhaltige
Beeinträchtigung der Grundwasserneubildung ist nicht zu er-
warten.

Durch das geplante Vorhaben wird nicht in das Grundwasser
eingegriffen. Auch nachteilige stoffliche Einträge in das
Grundwasser sind durch die geplante Nutzung auszuschlie-
ßen.

Zentrale:
Telefon: 0271 333-0
Telefax: 0271 333-2500

www.siegen-wittgenstein.de
post@siegen-wittgenstein.de
post@siegen-wittgenstein.de-mail.de

Bushaltestellen:
Kochs Ecke und Kreishaus
Hbf. ca. 10 Minuten Fußweg

Bankverbindung:
Sparkasse Siegen
IBAN:
DE54 4605 0001 0000 0100 90
SWIFT/BIC:
WELADED1SIE

Volksbank in Südwestfalen eG
IBAN:
DE69 4476 1534 0755 0005 01
SWIFT/BIC:
GENODEM1NRD

Umsatzsteuer-Nr.
342/5894/0610

Auf folgenden wasserrechtlichen Sachverhalt wird hingewiesen:

Die gezielte Einleitung von Niederschlagswasser in ein Gewässer (Grundwasser oder Oberflächenflächengewässer) bedarf der wasserrechtlichen Erlaubnis gemäß § 10 Wasserhaushaltsgesetz (WHG). Ausgenommen hiervon bleibt die Einleitung von Niederschlagswasser über die belebte Bodenzone, soweit für die Versickerung keine technischen Hilfsmittel, wie beispielsweise Mulden oder Rigolen, verwendet werden.

Die Erteilung der wasserrechtlichen Erlaubnis fällt in die Zuständigkeit der unteren Wasserbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein.

2. Stellungnahme der Unteren Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde

Aus abfall- und bodenschutzrechtlicher Sicht bestehen gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ der Stadt Siegen keine Bedenken. Anregungen und Hinweise werden von hier nicht gegeben.

3. Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde

Hinsichtlich der bisher im Rahmen der Aufstellungsplanung erarbeiteten Unterlagen sind folgende Hinweise zu geben:

1. Der Artenschutzrechtliche Fachbeitrag (Büro Mestermann - Stand 07/21) legt eine Zaunanlage mit einer Bodenfreiheit von 20 cm zu Grunde, aufgrund dessen bei Umsetzung der Planung auch weiterhin eine hinreichende Durchgängigkeit des Raumes für die Tierwelt bzw. eine Erreichbarkeit auch des Anlagenbereiches gewährleistet sei.

Der Bebauungsplan selbst setzt jedoch für die erforderliche Zaunanlage eine Bodenfreiheit von 10 cm fest [vgl. Planurkunde, textl. Festsetzung b), Ziff. 5]. Die o.g. gutachterliche Bewertung bedarf daher einer Anpassung des Prüfansatzes und einer Nachbearbeitung bezüglich der Durchgängigkeit.

Im Übrigen wird die Durchgängigkeit der Zaunanlage unter Bezugnahme auf Mittel- und Großsäuger positiv bewertet. Dieses erscheint aus fachbehördlicher Sicht jedoch fraglich, denn zumindest für Rehwild etc. erscheinen 10 cm (bzw. 20 cm) Bodenfreiheit zu gering.

2. Inwiefern die nur einmalige Ortsbegehung am 20.05.21 für eine hinreichende Bewertung artenschutzfachlicher und –rechtlicher Aspekte ausreichend war ist anhand der Unterlagen zumindest abschließend nicht zu beurteilen. Die für derartige Arbeiten wesentlichen äußeren Faktoren, wie v.a. die Witterungsbedingungen sowie auch die investierte Dauer bzw. die Tageszeiten sind nicht erläutert.

3. Anmerkungen zur ökologischen Flächenwertbilanzierung (Umweltbericht Büro Mestermann – Stand 07/21 - Ziff. 4.3.2 - Tab. 5) sowie bezüglich der Planfestsetzungen und -hinweise

- Ein ermittelter ökologischer Kompensationsbedarf in Höhe von 5.314 Punkten für eine Bebauungsplanung, welche ca. 5.900 qm überbaubare Fläche auf zuvor als Wirtschaftsgrünland genutzter Fläche darstellt, ergibt eine ökologische Abwertung des Planbereiches um 0,9 Punkte. Tab. 5 ist trotz einer wesentlichen Flächenüberdeckung durch die Anlagenmodule ein ökologischer Gesamtwertverlust in Höhe von rechnerisch lediglich 12,5 % zu entnehmen.

Diese rein rechnerisch nur geringe Abwertung resultiert zum einen aus der für die Bilanzierung zu Grunde gelegten Grundflächenzahl von 0,35, welche nach Ansicht der Unteren Naturschutzbehörde nicht die tatsächlich durch Beschattung sowie Niederschlagsentzug tangierten Flächenanteile, bei Errichtung der Module, wiedergibt.

Zum anderen ist die Einordnung der von den Modulen überdeckten Fläche als artenreiche Mähwiese mit 3 ökologischen Wertpunkten/qm, aufgrund der entstehenden Beschattung und dauerhafter Verhinderung von direkten Niederschlagseinträgen, nicht nachvollziehbar.

Im Übrigen ist zudem nicht zu erkennen, dass die gemäß Umweltbericht und -prüfung anerkannte Beeinträchtigung des Landschaftsbildes in die Bilanzierung des Eingriffs in Natur und Landschaft sowie die Kompensationsbedarfsermittlung einfließt.

- Die ökologische Plan-Bilanzierung legt für die nicht von den PV-Modulen überdeckten Bereiche (= Teilflächen der überbaubaren Bereiche) „artenreiche Mähwiese, Magerwiese, -weide“ zu Grunde und weist 5 Punkte/qm zu.

Im Widerspruch zu diesem Ansatz erlauben die Planfestsetzungen hingegen für die überbaubaren Flächen der Anlage Schotterrasenwegen und -flächen [vgl. Planurkunde, Buchst. b), textl. Festsetzungen, Ziff. 1.].

- Ziff. 4. unter Buchst. b) der textlichen Planfestsetzungen beschreibt die erforderliche Nutzung einer zugleich nicht näher definierten „Fläche“ als eine „ein- bis zweischürige Extensivwiese“.

Um welche Fläche es sich hierbei genau handelt geht aus der Beschreibung nicht hervor bzw. inwiefern evtl. die im 3. Absatz der Festsetzung angesprochene „Extensivwiese zwischen den Modultisch-Reihen“ gemeint ist (deren temporäre Nutzung als unbefestigte Wege zu Pflege- und Wartungszwecken erlaubt sein soll und welches dann der im 1. Absatz der Festsetzung beschriebenen Pflege entgegenstehen würde) geht aus der Festsetzung nicht hervor.

Die Hinweise der Planurkunde bedürfen a) einer Ergänzung hinsichtlich der zu berücksichtigenden Verbotsbestimmungen gem. § 39 (5) Nr. 2 BNatSchG bzw. § 44 BNatSchG sowie b) einer Erläuterung von Maßnahmen, welche im Falle von sich bei Umsetzung der Planinhalte ggfs. abzeichnenden artenschutzrechtlichen Verbotstatbeständen zu ergreifen sind.

4. Stellungnahme des Fachgebietes Immissionsschutz

Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht bestehen gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ der Stadt Siegen keine Bedenken.

Es wird aus der Sicht des Immissionsschutzes folgende Anregung vorgebracht:

- Die Module der PV-Anlage sollten aus Gründen des Blendschutzes reflektionsarm sein.

5. Sonstige Anmerkungen und Hinweise

B-Plan-Entwurf

Die Aussagen zur nicht überbaubaren Flächen sollten konsequenterweise unter den textlichen Festsetzungen getroffen werden. Ebenso sollte in der Zeichenerklärung zwischen überbaubarer und nicht überbaubarer Fläche differenziert werden. Die Farbdarstellung der Grünfläche fehlt und könnte ggf. um die Festsetzung Fläche zum Erhalt von Bäumen und Sträuchern ergänzt werden (einschließlich textlicher Festsetzung).

Begründung

Bezüglich der planerischen Rechtfertigung sowie der bestehenden planungsrechtlichen Rahmenbedingungen, sollte in der Begründung auch auf die Aussagen in den Grundsätzen und Zielen des Landesentwicklungsplanes NRW und des Regionalplanes (Entwurf) bezüglich der Solarenergienutzung (insbesondere die Aussagen zu Freiflächenanlagen) eingegangen werden. Daneben werden auch im Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) Vorgaben zu Freiflächenanlagen gemacht, die in der Begründung zur Aussagekraft, beispielsweise mit Blick auf die Lage im BAB Randbereich, beitragen können.

Da die Ursprungsdarstellung Fläche für die Landwirtschaft und nicht Grünfläche ist, muss die Begründung an den entsprechenden Stellen angepasst werden.

In Pkt. 2.2. lautet die Rechtsgrundlage bezüglich der Anpassung der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung § 34 LPlG NRW (nicht § 32).

Die GRZ ist im Plan (0,35) anders festgesetzt als in der Begründung (0,8) erläutert.

Umweltbericht

Die Aussagen unter 1.1 (Inhalte und Ziele der Bauleitpläne) müssten aufgrund der o.g. erforderlichen Korrekturen entspr. angepasst werden.

Laut Umweltbericht ist folgende Flächennutzung geplant:

Von den 8.920 m² Fläche werden bis zu 2.494 m² von den Solarmodulen überdeckt. Insgesamt werden 488 m² für Versorgungsanlagen bzw. als Straßenverkehrsfläche versiegelt. Weitere 1.305 m² dienen der randlichen Eingrünung. 4.633 m² werden als extensiv genutztes Grünland genutzt.

Die v.g. Zahlen spiegeln sich auch in der Eingriffs- Ausgleichsbilanzierung wieder. Es wird empfohlen, anstelle der GRZ eine max. bebaubare Grundfläche (m²) festzusetzen. Ggf. würde sich auch ein vorhabenbezogener Bebauungsplan anbieten. Da nur eine Teilfläche des Flurstücks 12 (Flur 12, Gemarkung Siegen) als SO-Gebiet festgesetzt ist, kann nach § 19 Abs. 3 Satz 1 BauNVO* auch nur dieser Bereich für die Ermittlung der zulässigen Grundfläche herangezogen werden, da die private Grünfläche und die Fläche für Versorgungsanlagen nicht zum Bauland gehören.

**Für die Ermittlung der zulässigen Grundfläche ist die Fläche des Baugrundstücks maßgebend, die im Bauland und hinter der im Bebauungsplan festgesetzten Straßenbegrenzungslinie liegt.*

Bei einer festgesetzten GRZ von 0,35 für das SO-Gebiet (7.127 m²) ergibt dies eine Fläche von 2.494,45 m² was lediglich dem von den Solarmodulen überdeckten Bereich (2.494 m²) entspricht. Hinzu kommen Flächen für Wechselrichter, Trafo als auch die geschotterten Wege und Wende-möglichkeiten (s. Begründung). Wobei diese je nach Lage der Anlage innerhalb des SO-Gebietes unterschiedlich ausfallen können. Die in der Bilanzierung angegebenen weiteren versiegelten Flächen von 488 m² liegen überwiegend außerhalb des SO-Gebietes, so dass die sonstigen Bereiche die auf die GRZ angerechnet werden sollen nicht mit bilanziert sind.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Dieter Niwar



Kreis Siegen-Wittgenstein Der Landrat

Postanschrift: Kreis Siegen-Wittgenstein • 57069 Siegen

Stadt Siegen
Postfach 10 03 52
57003 Siegen

Bauamt

Dienstgebäude:
Koblenzer Straße 73
57072 Siegen

Ihre Ansprechpartnerin:

Johanna Denker
Zimmer: 822
Telefon: 0271 333-1841
Telefax: 0271 333-291924
E-Mail: j.denker@siegen-wittgenstein.de
toeb@siegen-wittgenstein.de

13. September 2021

Mein Zeichen:
61.72.10

Ihr Zeichen:

106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen (Bereich PV-Anlage Rothenberg) Beteiligung des Kreises Siegen-Wittgenstein als Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB

Servicezeiten:
montags-freitags
jeweils 7.30 bis 12.00 Uhr
und 13.00 bis 15.00 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter Bezug auf Ihr Schreiben vom 04.08.21 wird zu der oben
genannten städtebaulichen Maßnahme als

Untere Wasserbehörde
Untere Abfallwirtschaftsbehörde
Untere Bodenschutzbehörde
Untere Naturschutzbehörde
Fachgebiet Immissionsschutz

wie folgt Stellung genommen:

1. Stellungnahme der Unteren Wasserbehörde

Die Umsetzung der Planung wird im Hinblick auf das Schutz-
gut Wasser keine relevanten Auswirkungen haben.

Oberirdische Gewässer sind im Plangebiet nicht vorhanden
und es fällt kein häusliches Abwasser an.

Die neu zu versiegelnde Fläche wird sich auf einen kleinen
Bereich des Versorgungsgebäudes beschränken. Aufgrund
der Bauweise der Solarkollektoren wird das Niederschlags-
wasser weiterhin im Plangebiet versickern. Eine nachhaltige
Beeinträchtigung der Grundwasserneubildung ist nicht zu er-
warten.

Durch das geplante Vorhaben wird nicht in das Grundwasser
eingegriffen. Auch nachteilige stoffliche Einträge in das
Grundwasser sind durch die geplante Nutzung auszuschlie-
ßen.

Zentrale:
Telefon: 0271 333-0
Telefax: 0271 333-2500

www.siegen-wittgenstein.de
post@siegen-wittgenstein.de
post@siegen-wittgenstein.de-mail.de

Bushaltestellen:
Kochs Ecke und Kreishaus
Hbf. ca. 10 Minuten Fußweg

Bankverbindung:
Sparkasse Siegen
IBAN:
DE54 4605 0001 0000 0100 90
SWIFT/BIC:
WELADED1SIE

Volksbank in Südwestfalen eG
IBAN:
DE69 4476 1534 0755 0005 01
SWIFT/BIC:
GENODEM1NRD

Umsatzsteuer-Nr.
342/5894/0610

Auf folgenden wasserrechtlichen Sachverhalt wird hingewiesen:

Die gezielte Einleitung von Niederschlagswasser in ein Gewässer (Grundwasser oder Oberflächenflächengewässer) bedarf der wasserrechtlichen Erlaubnis gemäß § 10 Wasserhaushaltsgesetz (WHG). Ausgenommen hiervon bleibt die Einleitung von Niederschlagswasser über die belebte Bodenzone, soweit für die Versickerung keine technischen Hilfsmittel, wie beispielsweise Mulden oder Rigolen, verwendet werden.

Die Erteilung der wasserrechtlichen Erlaubnis fällt in die Zuständigkeit der unteren Wasserbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein.

2. Stellungnahme der Unteren Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde

Aus abfall- und bodenschutzrechtlicher Sicht bestehen gegen die 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen im Bereich „PV-Anlage Rothenberg“ keine Bedenken. Anregungen und Hinweise werden von hier nicht gegeben.

3. Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde

In Anbetracht des entstehenden Verlustes von Freiraumflächen sowie der Betroffenheit des Landschaftsschutzgebietes Siegen sind zum aktuellen Zeitpunkt folgende Hinweise vorzubringen:

1. Der Umweltbericht ordnet die Errichtung einer PV-Anlage in der beabsichtigen Art und Lage als Beeinträchtigung des Landschaftsbildes ein, welches die Planung in Verbindung mit dem Verlust von Biotopwerten auf die Ebene der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung hebt.

Diesem entsprechend ist eine Berücksichtigung des naturschutzrechtlichen Vermeidungsgebotes nach § 13 u. § 15 (1) BNatSchG erforderlich (Pflicht des Verursachers zur Unterlassung vermeidbarer Beeinträchtigungen). Somit wäre die Unvermeidbarkeit der vorgesehenen Planänderung zur Umsetzung der kommunalen Klimaschutzziele zu prüfen und darzulegen.

Dies gilt auch vor dem Hintergrund, dass sich überschlägig betrachtet, insbesondere im bebauten Stadtgebiet, zahlreiche Strukturen, wie etwa große öffentliche Flachdachbauten (Turnhallen etc.), für die Nutzung als PV-Standorte anbieten könnten und dadurch die Inanspruchnahme von u.a. der landwirtschaftlichen Produktion und der Erholung dienender Freiraumbereiche vermieden werden könnte.

Der Umweltbericht greift unter Ziff. 5 den Aspekt anderweitiger Planungsmöglichkeiten auf. Dieses jedoch nicht in der aus fachbehördlicher Sicht gebotenen Tiefe, da lediglich ausgeführt wird, dass bei einem Verzicht auf die Planung die Ausweitung alternativer Energien an anderer Stelle geschaffen werden müssen. Inwiefern bzw. welche Gründe bei einer Inanspruchnahme von alternativen Standorten tatsächlich entgegenstehen wird hingegen nicht dargelegt.

2. Der vorgesehene Änderungsbereich befindet sich vollumfänglich im Geltungsbereich des über den Landschaftsplan Siegen ausgewiesenen Landschaftsschutzgebietes Siegen.

Entsprechend § 20 (4) LNatSchG NRW treten der Umsetzung von Inhalten des derzeit im Parallelverfahren befindlichen Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ entgegenstehende Bestimmungen des Landschaftsplanes Siegen (u.a. Bauverbot im Bereich des Landschaftsschutzgebietes) nur dann mit einer Rechtskraft des Bebauungsplanes außer Kraft, wenn die Untere Naturschutzbehörde im Zuge des zugehörigen Flächennutzungsplanverfahrens einer entsprechenden Darstellungsänderung nicht widersprochen hat. Inwiefern seitens der Unteren Naturschutzbehörde im weiteren Verfahrensablauf eine Zustimmung zur beabsichtigten 106. Änderung des FNP der Stadt Siegen (mit der Folge des Verzichts auf die Möglichkeit des fachbehördlichen Widerspruchs) möglich sein wird ist somit insbesondere von einer hinreichenden Beachtung des unter Pkt. 1. genannten bundesgesetzlichen Vermeidungsgebotes abhängig zu machen. Jedenfalls sind anhand der bisher

zur Verfügung gestellten Planungsunterlagen die erforderlichen Zustimmungsvoraussetzungen noch nicht erfüllt.

3. Südöstlich an den Änderungsbereich angrenzend, wurden seitens der Stadt Siegen vor bereits einiger Zeit Wildkirschen entlang der Grundstücksgrenze von Flurstück 143 gepflanzt. Diese Anpflanzung steht als Kompensation im Zusammenhang mit einer Waldumwandlungsmaßnahme und unterliegt dem Schutz nach § 39 LNatSchG NRW als gesetzlich geschützter Landschaftsbestandteil.
Es wird auf diese Anpflanzung hingewiesen, da sie über den Tagesverlauf und im Hinblick auf zukünftiges Höhenwachstum evtl. zu einer relevanten Beschattung der PV-Module führen könnte.

4. Stellungnahme des Fachgebietes Immissionsschutz

Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht bestehen gegen die 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen im Bereich „PV-Anlage Rothenberg“ keine Bedenken.

Es wird aus Sicht des Immissionsschutzes folgende Anmerkung vorgebracht:

- Die Module der PV-Anlage sollten aus Gründen des Blendschutzes reflektionsarm sein.

5. Sonstige Anmerkungen und Hinweise

FNP-Ausschnitt

Die Darstellungen des Bestandsplans stimmen nicht mit dem Original-FNP der Stadt Siegen überein. Der gesamte mit einem Punktraster hinterlegte Bereich ist im Original als Fläche für die Landwirtschaft gekennzeichnet. Daneben verlaufen die Abgrenzungen zwischen der Wohnbaufläche und der Fläche für die Landwirtschaft südlich der L 533 anders.

Ein FNP enthält keine Festsetzungen nach § 9 BauGB sondern lediglich Darstellungen nach § 5 BauGB.

Die Sonderbaufläche sollte auch im FNP näher definiert werden (s. § 11 Abs. 2, Satz 1 BauVO) und die Planzeichenerklärung sollte alle im Planausschnitt verwendeten Darstellungen erläutern.

Begründung

Bezüglich der planerischen Rechtfertigung sowie der bestehenden planungsrechtlichen Rahmenbedingungen, sollte in der Begründung auch auf die Aussagen in den Grundsätzen und Zielen des Landesentwicklungsplanes NRW und des Regionalplanes (Entwurf) bezüglich der Solarenergienutzung (insbesondere die Aussagen zu Freiflächenanlagen) eingegangen werden. Daneben werden auch im Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) Vorgaben zu Freiflächenanlagen gemacht, die in der Begründung zur Aussagekraft, beispielsweise mit Blick auf die Lage im BAB Randbereich, beitragen können.

Da die Ursprungsdarstellung Fläche für die Landwirtschaft und nicht Grünfläche ist, muss die Begründung an den entsprechenden Stellen angepasst werden.

In Pkt. 2.2. lautet die Rechtsgrundlage bezüglich der Anpassung der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung § 34 LPlG NRW (nicht § 32).

Bezüglich der Aussagen unter Pkt. 3.4. wäre eine Aussage zum Netzanschlusspunkt hilfreich, damit nachvollziehbar ist, wie und wo die Stromeinspeisung erfolgt.

Da es sich um das FNP-Änderungsverfahren handelt sollte die unter Pkt. 4 gemachte Zeichenerklärung zur Abgrenzung „Grenze des Änderungsbereiches“ lauten.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Dieter Niwar

Universitätsstadt Siegen

03. 09. 2021 08 / 00

Gb..... Abtl. 413

Nr. 4 § 4 Abs. 1 BauGB

Straßen.NRW.

Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen

Regionalniederlassung Südwestfalen

Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen

Regionalniederlassung Südwestfalen

Postfach 1164 · 57235 Netphen

Universitätsstadt Siegen

Postfach 10 03 52
57003 Siegen



Kontakt: Georg Schumann

Telefon: 0271/3372-269

e-mail: georg.schumann@strassen.nrw.de

e-mail: zur Online-Beteiligung an Bauleitplanverfahren

plan3.hs.si@strassen.nrw.de

Zeichen: 54.02.09 / 16.19 - 47 / SW / 4402

Datum: 01.09.2021

**Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ der Stadt Siegen,
im Parallelverfahren zur 106. Änderung des Flächennutzungsplanes;**

Ihr Schreiben (per e-mail) vom 04.08.2021, Az.: - ohne -



Sehr geehrte Damen und Herren,

im Beteiligungsverfahren gem. § 4 (1) BauGB nehme ich für den Landesbetrieb Straßenbau
Nordrhein-Westfalen zu den o.g. Bauleitplanungen im Einzelnen wie folgt Stellung:

zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr 457 „PV-Anlage Rothenberg“

Gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ und somit
Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung einer durch die Siegener
Versorgungsbetriebe zu betreibende „Freiflächen-Photovoltaikanlage“ bestehen meinerseits nur
dann kein Bedenken, wenn nachfolgend aufgeführte Punkte Beachtung finden:

Weder aus den Planunterlagen noch aus der Begründung zum Bebauungsplan ist zu er-
sehen, wie die verkehrliche Erschließung der Sonderbaufläche vorgenommen werden
soll. Die überbaubare SO-Fläche liegt - *getrennt durch eine private Grünfläche* - entlang
eines Abschnittes der freien Strecke einer klassifizierten Straße (Landesstraße Nr. 533
(Abschnitt 2)).

Zufahrten zu freien Strecken klassifizierter Straßen sollen - *nach ständiger Rechtspre-
chung* - auf ein unbedingt notwendiges Maß begrenzt bleiben.

Ich gehe somit davon aus, dass seitens der Stadt angedacht ist, die Zufahrt zu der An-
lage über die südlich der geplanten Anlage vorhandene Buswende und den an diese an-
schließenden städtischen Wirtschaftsweg vorzusehen.

Der Buswendplatz ist in Stat. 1,330 an die L 533 (Abschnitt 2) angebunden.

- bitte wenden -

Straßen.NRW-Betriebsitz · Postfach 10 16 53 · 45816 Gelsenkirchen ·
Telefon: 0209/3808-0
Internet: www.strassen.nrw.de · E-Mail: kontakt@strassen.nrw.de

Landesbank Hessen-Thüringen
IBAN: DE20300500000004005815 BIC: WELADED3
Steuernummer: 319/5922/5316

Regionalniederlassung Südwestfalen

Untere Industriestr. 20 · 57250 Netphen
Postfach 1164 · 57235 Netphen
Telefon: 0271/3372-0
kontakt.ml.sw@strassen.nrw.de

Die weiter nördlich im Zuge der Landesstraße - etwa in Stat. 1,480 vorhandene Zuwegung zu der dort vorhandenen Mobilfunkanlage - darf über dies hinaus nicht der verkehrlichen Erschließung der Photovoltaik-Anlage dienen.

Damit eine anderslautende Stellungnahme meinerseits verfasst werden kann, bitte ich im weiteren Verfahren um Erläuterung und Darstellung der verkehrlichen Erschließung des Planbereiches.

zur 106. Änderung des Flächennutzungsplan

Gegen die 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen und somit Umwandlung einer „Grünfläche“ in eine „Sonderbaufläche“ mit der Zweckbestimmung „Photovoltaik-Anlage“ bestehen meinerseits nur dann keine Bedenken, wenn die oben in der Stellungnahme zur Aufstellung des Bebauungsplanes „PV-Anlage Rothenberg“ - die verkehrliche Erschließung betreffenden Punkte - Beachtung finden.

In der Begründung zur 106. Flächennutzungsplanänderung - *hier unter Punkt 3.4. „Erschließung und Versorgung“* - ist ausgesagt, dass die äußere Erschließung des Plangebietes über die Siegener Straße (L 533) gesichert ist.

Diese Aussage kann vor hier aus so nicht nachvollzogen werden.

Wie oben in der Stellungnahme zum Bebauungsplan bereits erwähnt, sollen Zufahrten zu freien Strecken klassifizierter Straßen auf ein unbedingt notwendiges Maß begrenzt bleiben. Auch hier bitte ich im weiteren Verfahren um Erläuterung und Darstellung der verkehrlichen Erschließung des Änderungsbereiches und um entsprechende Klarstellung in der Begründung.

Bei der Offenlegung der Bauleitplanungen bitte ich um Zusendung der jeweiligen Planunterlagen in 1-facher Ausfertigung für meinen Dienstgebrauch.

Das Inkrafttreten der Bauleitpläne bitte ich mir zu gegebener Zeit bekannt zu geben.

Nach Inkrafttreten bitte ich um Zusendung einer Fassung des rechtskräftigen Bebauungsplanes nebst einer Ausschnitts Kopie des wirksamen Flächennutzungsplanes mit eingearbeiteter Änderung in je 1-facher Ausfertigung für meinen Dienstgebrauch.

Verpflichtungen des Landesbetriebes Straßenbau Nordrhein-Westfalen zur Durchführung geplanter Maßnahmen oder zu einer finanziellen Beteiligung können aus dieser Stellungnahme nicht hergeleitet werden.

Mit freundlichen Grüßen

i.A.

Georg Schumann



Regionalforstamt Siegen-Wittgenstein
Vormwalder Straße 9, 57271 Hilchenbach

Stadt Siegen
Arbeitsgruppe 4/5-2 Stadtplanung
Rathaus Geisweid
Lindenplatz 7
57078 Siegen

Per Mail: stadtplanung@siegen.de

13.08.2021
Seite 1 von 2

Aktenzeichen
310-11-02.001 sa-hei
bei Antwort bitte angeben

Herr Sandner
FG Hoheit
Telefon 02733/89 44-28
Mobil 0171/587 14 64
Telefax 02733/89 44-60
thomas.sandner@wald-und-
holz.nrw.de

**Bebauungsplan Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ und 106. FNP-
Änderung
Ihre Email vom 04.08.2021**



Sehr geehrte Damen und Herren,

gegen die Planungen im oben genannten Bebauungsplan sowie die Änderung des FNP bestehen seitens des Landesbetriebes Wald und Holz NRW grundsätzlich keine Bedenken, da kein Wald direkt betroffen ist. Allerdings grenzt im Südosten der Fläche die Abt. 31 A1 des Stadtwaldes Siegen direkt an. Dieser Laubholzbestand schirmt die „Gosenbacher Höhe“ gegen die Autobahn ab, er erfüllt Lärm- und Klimaschutzfunktionen.

Bankverbindung
HELABA
Konto :4 011 912
BLZ :300 500 00
IBAN: DE10 3005 0000 0004
0119 12
BIC/SWIFT: WELA DE DD

Ust.-Id.-Nr. DE 814373933
Steuer-Nr. 337/5914/3348

Vom Wald gehen, besonders bei extremen Wetterereignissen, Gefahren für die Photovoltaikanlage aus, ebenso wie von der Anlage eine Brandgefahr für den Wald ausgehen kann.

Es wird empfohlen, den angrenzenden Waldbesitzer, die Stadt Siegen, durch eine Haftungsverzichts- und Freistellungsvereinbarung von möglicher Haftung betreffend der vom angrenzenden Wald ausgehenden Gefahren und von der Verkehrssicherungspflicht zu entbinden.

Mit dem Städtischen Brandschutzbeauftragten sollte ein Brandschutzkonzept abgestimmt werden. Weiterhin sollte die Erreichbarkeit der Waldfläche, insbesondere für die Feuerwehr dauerhaft gewährleistet sein.

Mit freundlichen Grüßen

i. A.

gez. Sandner

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Regionalforstamt Siegen-
Wittgenstein
Vormwalder Straße 9
57271 Hilchenbach
Telefon 02733 8944-0
Telefax 02733 8944-60
Siegen-Wittgenstein@wald-
und-holz.nrw.de
www.wald-und-holz.nrw.de



Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt
Nordrhein-Westfalen e.V.



Siegen – Wittgenstein Jochen Niemand Südstr. 30 57250 Netphen
Fon und Fax 02737- 93225 Mail jo-nie@t-online.de

Netphen, den 11. Sept 2021

Stadtplanung Siegen

**WG: BPlan Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg" und 106. FNP-Änd.
- frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger
öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB**

Sehr geehrte Damen und Herren ,

die LNU hat keine Einwände zu der Errichtung der Anlage und schließt
sich den Schreiben von Michael Düben an .

Es ist wichtig, erneuerbare Energie zu erzeugen. Speziell die Fotovoltaikanlagen
eignen sich hierbei sehr gut an insbesondere auf den Flächen die vom Borkenkäfer
befallen sind und der Wald nicht mehr vorhanden ist.

Es ergeben sich geringere Konflikte zu den Naturschutzgütern

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Jochen Niemand', is located at the bottom left of the page.

Jochen . Niemand

NABU

NABU-Siegen-Wittgenstein · Am Buchholz 1 · 57319 Bad Berleburg

Rathaus Geisweid
Lindenplatz 7
57078 Siegen
Z.Hd. Herrn Sebastian Kapitza 4/5-2 AG
Stadtplanung

Kreisverband Siegen-
Wittgenstein e.V.

Michael Düben

Am Buchholz 1
57319 Bad Berleburg

Tel.: 02751/5512

e-mail: michael.dueben@gmx.de

Bad Berleburg, 17.08. 2021

**Betr.: Bebauungsplan Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ und 106. FNP-Änderung
Ihre Mail vom 4.8.21**

**Hier: Beteiligung der Träger öffentlicher Belange, NABU Siegen-Wittgenstein
Labü: SI-505/21**

Sehr geehrte Damen und Herren

Das Vorhaben soll im gültigen Landschaftsschutzgebiet (LSG) der Stadt Siegen verwirklicht werden. Der Gutachter vermeidet es leider, zu prüfen, ob die Planung mit dem Sinn und Zweck dieses LSG übereinstimmt oder der LSG-Verordnung sogar widerspricht.

Der im Planbereich vorhandenen Trampelpfad deutet durchaus auf eine Nutzung zur Erholung hin, von der geplanten Anlage können störende Lichtreflexe ausgehen und das Empfinden des Landschaftsbildes kann gestört werden.

So fehlt im Gutachten die genaue Betrachtung, von wo überall und wie stark die PV-Anlagen zu sehen sind. **Es ist daher unbedingt noch zu prüfen werden ob, um das Vorhaben zu verwirklichen, eine Befreiung oder Ausnahme vom Landschaftsschutz beantragt werden muss.**

Das Plangebiet ist Teil einer Biotopverbundfläche. Da hier die gesamte Planfläche eingezäunt werden soll, muss gutachterlich noch genauer geprüft werden, ob dennoch ein Biotopverbund weiterhin möglich ist. Laut artenschutzrechtlichem Fachbeitrag gibt es hier die Auflage, dass die Einfriedung einen Mindestabstand von 20 cm zur Bodenkante aufweisen muss. Diese Auflage muss auch im eigentlichen B-Plan aufgeführt werden!

Als Schutzzweck für diese Biotopverbundflächen werden Rotmilan und Raubwürger genannt. Durch das Planvorhaben geht eindeutig notwendiger Lebensraum dieser Vogelarten verloren. Auch dies müsste noch eingehender untersucht werden.

Zwar ist der artenschutzrechtliche Fachbeitrag viele Seiten lang, **die eigentlichen artenschutzrechtlichen Untersuchungen fallen aber leider sehr knapp und unbefriedigend aus.** Es ist schon verwunderlich, dass für dieses bezahlte Gutachten nur eine Ortsbegehung stattgefunden hat. So kann der Gutachter keine einzige Art nennen, die er

tatsächlich im Plangebiet angetroffen hat. Die hier vorhandene Mähwiese nennt er zwar "artenreich", im Gutachten wird aber keine einzige Pflanzenart genannt. Auch wenn hier keine streng geschützten Arten wachsen, ist die Artenzusammensetzung durchaus von Bedeutung für die Beurteilung.

Im Zeichen des Klimawandels ist es durchaus wichtig, erneuerbare Energie zu erzeugen. Speziell die Fotovoltaik eignet sich hierbei sehr gut, da sie häufig auch geringere Konflikte zu Naturschutzgütern bewirkt.

Laut vielen Untersuchungen gibt es allerdings speziell in Städten wie **auch in Siegen sehr viele schon versiegelte Flächen, die sich für die Erzeugung von regenerativem Strom mittels PV-Anlagen eignen**. Deshalb sollte wirklich überlegt werden, ob man hier eine Freifläche zur Bebauung nutzt. Freiflächen sind in Siegen ein knappes Gut, auch wird hier wieder eine Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen! Zumindest sollte eine Regelung aufgenommen werden, die besagt, dass bei Beendigung der Nutzung der Fläche zur Erzeugung regenerativer Energie mittels PV-Anlagen ein Rückbau erfolgen und die ursprüngliche Grünlandfläche wieder hergestellt werden muss.

Laut Umweltbericht Seite 21 ist ja nur eine temporäre Nutzung vorgesehen. Diese Aussage findet sich allerdings in den anderen Unterlagen nicht wieder.

Die artenschutzrechtlich für notwendig erachteten Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen des artenschutzrechtlichen Fachbeitrages müssen noch textlich in den eigentlichen B-Plan aufgenommen werden!

Mit freundlichem Gruß

Michael Düben



NABU-Siegen-Wittgenstein Am Buchholz 1· 57319 Bad Berleburg

An
Herrn Arno Wied
Dezernent für Bauen und Umwelt
Kreis Siegen-Wittgenstein
Koblenzer Str. 73

57072 Siegen

Kreisverband Siegen-Wittgenstein

1. Vorsitzende

Prof. Dr. Klaudia Witte
Kirchwiese 12
57078 Siegen

Tel.: 0271/ 2385184

e-mail: witte@biologie.uni-siegen.de

Siegen, den 8.09.2021

Stellungnahme zur 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen - Darstellung einer Son-der-baufläche „PV-Anlagen Rothenberg“ (i.V.m. Neuauflistung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“)

Sehr geehrter Herr Wied, sehr geehrter Herr Bätzel,

hiermit nehme ich Stellung zur obengenannten Maßnahme. Grundlage meiner Stellungnahme sind die mir über das Kreistagsinformationssystem zur Verfügung gestellten Unterlagen. Der Artenschutzrechtliche Fachbeitrag wurde vom Büro für Landschaftsplanung, Brackhüttenweg 1, 59581 Warstein-Hirschberg erstellt.

Im Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag werden die Auswirkungen einer PV-Anlage auf die Fledermäuse leider völlig falsch eingestuft. Durch die Abdeckung der Grünlandfläche durch die PV-Module ist die Fläche kein ergiebiges Jagdgebiet mehr für Fledermäuse. Lediglich fliegenden Insekten könnten noch erjagt werden, wobei klar sein wird, dass das Vorkommen an Fluginsekten nach Aufstellung der Anlage auf dieser Fläche geringer sein wird als jetzt. Die Jagd nach Mist- oder Laufkäfern wird hier nicht mehr möglich sein.

Unter Punkt 6.2, S. 19 schreibt der Verfasser:

Im Rahmen der Artenschutzprüfung ist eine ausreichende Ermittlung und Bestandsaufnahme der im Untersuchungsraum vorkommenden Tier- und Pflanzenarten erforderlich. Im Regelfall bedarf es einer Gesamtschau, die sich auf eine Auswertung vorhandener Erkenntnisse (z. B. Datenbanken) und bei Bedarf auch methodisch beanstandungsfreie Erfassungen vor Ort gründet.

Der Verfasser war jedoch nur an einem einzigen Termin, am 20. Mai 2021, tagsüber vor Ort. Aufgrund der Witterungslage in diesem Frühjahr war die Entwicklung der Vegetation etwa 10-14 Tage hinter der normalen Entwicklung zurück. Das heißt, eine Vegetationsaufnahme war an dem Termin nicht möglich. Daher wundert es auch nicht, dass keine Artenliste vorgelegt wurde. Dieser Termin ist zudem viel zu früh im Jahr, um planungsrelevante Arten, wie z. B. den Dunklen Wiesenknopf-Ameisenbläuling (*Maculinea nausithous*) anzutreffen, denn seine Flugzeit ist von Mitte Juni bis Mitte August. Auch kann im Mai noch nicht der für die Entwicklung des Dunklen Wiesenknopf-Ameisenbläuling wichtige Große Wiesenknopf (*Sanguisorba officinalis*) erkannt werden. Es ist jedoch nicht unwahrscheinlich, dass sowohl diese Pflanze als auch der Bläuling auf dieser Fläche vorkommen. Denn die Recherche zu dieser Fläche ergab, dass:

Das Plangebiet liegt im Bereich der Biotopverbundfläche VB-A-5113-012 „Nördlicher Giebelwald“. Des Weiteren liegen etwa 340 m östlich des Plangebietes die Biotopverbundflächen VB-A-5113-016 „Siegtal zwischen Deuz und Siegen“ sowie VB-A-5015-022 „Siegtal“.

Es werden der Dunkle Wiesenknopf-Ameisenbläuling sowie Rotmilan und Raubwürger als planungsrelevante Arten genannt (LANUV 2021A).

Auf S. 26 kommt der Verfasser daher zu dem Schluss:

Schutzgebiete und schutzwürdige Bereiche

Die Auswertung der Schutzgebiete bzw. schutzwürdigen Bereiche ergab Hinweise zum Vorkommen von Rotmilan, Raubwürger und Dunklem Wiesenknopf-Ameisenbläuling.

Auf S. 27 schreibt der Verfasser jedoch:

werden auch Weg- und Straßenböschungen sowie Säume besiedelt. Voraussetzung für das Vorkommen des Bläulings ist der Große Wiesenknopf als Futter- und Eiablagepflanze sowie Kolonien von Knotenameisen für die Aufzucht der Raupen. Ein Vorkommen des Großen Wiesenknopf wurde bei der Begehung nicht bestätigt.

Eine artenschutzrechtliche Betroffenheit für die folgende Schmetterlingsart gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG wird somit voraussichtlich ausgeschlossen:

- Dunkler Wiesenknopf Ameisenbläuling

Diese Schlussfolgerung ist aus vielerlei Hinsicht unseriös. Ersten fand nur eine Begehung statt, was den Richtlinien einer artenschutzrechtlichen Prüfung nicht genügt. Zweitens konnte der Ameisenbläuling nicht beobachtet werden, da die Begehung für diese Art zum falschen Zeitpunkt stattfand.

Ebenso kommt der Gutachter zu dem Schluss:

Besonders geschützte Pflanzenarten

Besonders geschützte Pflanzenarten kommen im Untersuchungsgebiet nicht vor. Dementsprechend ergibt sich keine Relevanz des § 44 Abs. 1 Nr. 4 BNatSchG, wonach es verboten ist, wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören.

Wie oben beschrieben konnte am 20.5. keine Vegetationsaufnahme stattfinden. Dies gilt insbesondere für den Großen Wiesenknopf. Es sei denn, es ist ein Spezialist, der alle Pflanzen anhand der vegetativen Teile eindeutig bestimmen kann.

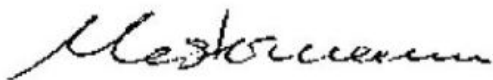
Außerdem fehlt ein Monitoring der Fledermäuse, was in der Dämmerung bzw. nachts stattfinden muss.

Trotz der vielen Mängel, die dieses Gutachten aufweist, kommt der Verfasser zu dem klaren Ergebnis, dass

Ergebnis

Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ in Verbindung mit der 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen hat keine artenschutzrechtlichen Auswirkungen auf die genannten planungsrelevanten Arten. Eine vertiefende Prüfung der Verbotstatbestände gemäß Stufe II ist demnach nicht durchzuführen.

Warstein-Hirschberg, Juli 2021



Bertram Mestermann

Dipl.-Ing. Landschaftsarchitekt

Dies ist fatal, denn viele EntscheidungsträgerInnen lesen leider nicht das gesamte Gutachten und ihnen fehlt die Fachkompetenz falsch gezogene Schlüsse zu erkennen. Aber sie legen auf Grundlage dieses Fachbeitrages die weiteren Schritte im Verfahren fest.

Das Gutachten ist unseriös und ist für das Planungsvorhaben in keiner Weise brauchbar.

Um die juristisch notwendigen Schritte im Rahmen dieses Planungsvorhabens zu gewährleisten, ist eine ASP I, die den Zeitraum April – Ende August umfasst, absolut notwendig.



Prof. Dr. Klaudia Witte

1. Vorsitzende des Beirates der UNB

Landwirtschaftskammer NRW · Dünnefeldweg 13 · 59872 Meschede

Universitätsstadt Siegen
Der Bürgermeister
Arbeitsgruppe 4/5-2 Stadtplanung
Herrn Kapitza
Lindenplatz 7
57078 Siegen



Kreisstelle

☐ Hochsauerland

Mail: meschede@lwk.nrw.de

☐ Olpe

Mail: olpe@lwk.nrw.de

☒ Siegen-Wittgenstein

Mail: siegen@lwk.nrw.de

Dünnefeldweg 13

59872 Meschede

Tel. 0291 9915-0, Fax -33

www.landwirtschaftskammer.de

Auskunft erteilt: Frau Stratmann

Durchwahl: 69

Mail: janina.stratmann@lwk.nrw.de

Meschede 30.08.2021

BPlan Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ und 106. FNP-Änderung

Hier: Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung

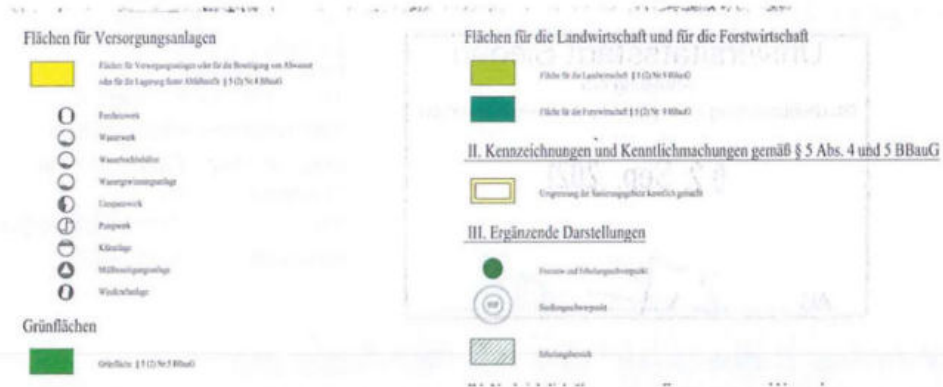
Sehr geehrte Damen und Herren,

die Ausweisung von Sondergebieten mit der Zweckbestimmung „PV-Anlage“ ist aus landwirtschaftlicher Sicht grundsätzlich abzulehnen. Eine Überplanung landwirtschaftlicher Nutzflächen durch Photovoltaikanlagen entzieht diese dauerhaft der Lebensmittelproduktion, da eine landwirtschaftliche Nutzung unterhalb der Anlage nur noch mit erheblichen Einschränkungen oder gar nicht möglich ist.

Aus agrarstruktureller Sicht ist das Aufstellen von Freiflächen-Photovoltaikanlagen sehr kritisch zu sehen, da neben dem allgemein sehr hohen Flächenverbrauch an landwirtschaftlicher Nutzfläche weitere Flächen in Anspruch genommen werden, obwohl sehr viele Dach- und Fassadenflächen insbesondere in Industriegebieten hinsichtlich Photovoltaikanlagen ungenutzt sind. Dies widerspricht einer effizienten Ausnutzung der begrenzten Ressource Fläche. Darüber hinaus führt die Ausweisung solcher Sondergebiete zur erheblichen Erhöhung von Flächenpreisen, da durch die Aufstellung von Photovoltaikanlagen eine höhere Wertschöpfung auf der Fläche ermöglicht wird. Langfristig führt eine solche Entwicklung zu existenzbedrohenden Situationen für landwirtschaftliche Betriebe. Folglich kann die immer wichtiger werdende regionale Erzeugung von Lebensmitteln nicht sichergestellt werden.

Hinsichtlich zu erbringender Kompensationsmaßnahmen wird darauf hingewiesen, dass zur Umsetzung der Maßnahmen keine weiteren landwirtschaftlichen Flächen außerhalb des Planungsraums in Anspruch zu nehmen sind.

Wir weisen darauf hin, dass die betroffene Fläche im auf der Internetseite unter dem Link <https://www.siegen.de/fileadmin/cms/pdf/BauenUndWohnen/Bauleitplanung/FlaechennutzungsplanFebruar2018.pdf> zur Verfügung stehenden Flächennutzungsplan nicht als „Grünfläche“ ausgewiesen ist, sondern es sich um eine „Fläche für die Landwirtschaft“ handelt:



Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Stratmann

Stratmann

Netzauskunft

PLEdoc GmbH □ Postfach 12 02 55 □ 45312 Essen

Telefon 0201/36 59 - 0
E-Mail netzauskunft@pledoc.de

Universitätsstadt Siegen
AG 4/5-2 Stadtplanung
Sebastian Kapitza
Lindenplatz 7
57078 Siegen

zuständig Christine Pietrowski
Durchwahl 0201/3659-460

Ihr Zeichen	Ihre Nachricht vom	Anfrage an	unser Zeichen	Datum
	04.08.2021	PLEdoc	20210800738	09.08.2021

BPlan Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg" und 106. FNP-Änd. in diesem Bereich der Stadt Siegen
Hier: Frühzeitige Öffentlichkeitsunterrichtung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB

Tabelle der betroffenen Anlagen:

Eigentümer	Leitungstyp	Status	Leitungsnr.	Blatt	Schutzstreifen m	Beauftragter
GasLINE	LWL-KSR-Anlage	in Betrieb	GLT_112_101	10	2	Maintenance Management Center (MMC) 0201/3642-17866 https://einweisung.mmc-portal.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

von der Open Grid Europe GmbH (OGE), Essen und der GasLINE GmbH & Co. KG, Straelen, sind wir mit der Wahrnehmung ihrer Interessen im Rahmen der Bearbeitung von Fremdplanungsanfragen und öffentlich-rechtlichen Verfahren beauftragt.

Die auf Ihrer Internetseite zur Einsicht gestellten Entwurfsunterlagen zu dem angezeigten Bauleitverfahren haben wir ausgewertet.

Innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans / Flächennutzungsplans verläuft die eingangs aufgeführte Kabelschutzrohranlage mit einliegenden Lichtwellenleiterkabeln (nachfolgend KSR-Anlage genannt) in einem 2 m breiten Schutzstreifen (1 m beiderseits der Leitungssachse).

Wir haben den Verlauf der KSR-Anlage in den Entwurfsplan zum Bebauungsplan / Flächennutzungsplan graphisch übernommen und entsprechend beschriftet.

Für eine exakte Übernahme des Verlaufs der KSR-Anlage in die Plangrundlage des Bebauungsplanes / Flächennutzungsplanes überlassen wir Ihnen den betreffenden Bestandsplan. Die Darstellung der KSR-Anlage ist in den beigefügten Unterlagen nach bestem Wissen erfolgt. Gleichwohl ist die Möglichkeit einer Abweichung im Einzelfall nicht ausgeschlossen.

Flächennutzungsplan

Wir gehen davon aus, dass der Bestandsschutz der KSR-Anlage gewährleistet ist und durch die vorgesehenen Festsetzungen und Ausweisungen des Flächennutzungsplans sich keinerlei Nachteile für den Bestand und den Betrieb der Anlage sowie keinerlei Einschränkungen und Behinderungen bei der Ausübung der für die Sicherheit der Versorgung notwendigen Arbeiten, wie Überwachung, Wartung, Reparatur usw. ergeben.

Bebauungsplan

Der Schutzstreifenbereich muss aus sicherheits- und überwachungstechnischen Gründen von Bebauungen oder sonstigen Einwirkungen, die den Bestand bzw. den Betrieb der KSR-Anlage beeinträchtigen oder gefährden, freigehalten werden. Dies bedeutet, dass die Errichtung von Modulen und der zugehörigen Bauwerke (z. B. Trafostation) innerhalb des Schutzstreifenbereichs nicht zulässig ist. Die Baugrenzen sind den Schutzstreifenbegrenzungslinien anzupassen.

Vor Baubeginn muss grundsätzlich eine örtliche Leitungskennzeichnung durch den eingangs genannten Beauftragten erfolgen, damit der Schutzstreifenbereich tatsächlich von unzulässigen Be- und Überbauungen frei bleibt.

Bei der Planung von Zaunanlagen ist zu beachten, dass bei querenden Zaunfeldern die Pfosten nicht direkt über der KSR-Anlage eingebracht werden dürfen. In diesem Zusammenhang weisen wir darauf hin, dass die Zugänglichkeit der KSR-Anlage zu Reparatur- und Wartungszwecken jederzeit gewährleistet sein muss.

Die Ausweisung privater/öffentlicher Verkehrswege im Schutzstreifen ist grundsätzlich möglich. Verkehrswege innerhalb des Schutzstreifenbereiches sind mit einer Leitungsüberdeckung von größer/gleich 1,0 m auszulegen. Detaillierte Planunterlagen sind uns zur Prüfung und abschließenden Stellungnahme vorzulegen.

Bäume, Hecken und tiefwurzelnde Sträucher dürfen grundsätzlich nur außerhalb des Schutzstreifenbereiches angepflanzt werden.

Weitere Anregungen entnehmen Sie bitte dem Merkblatt der GasLINE „Berücksichtigung von unterirdischen Kabelschutzrohranlagen mit einliegenden Lichtwellenleiterkabeln bei der Aufstellung von Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen“.

Hinsichtlich der Maßnahmen zum Ausgleich und zum Ersatz der Eingriffsfolgen entnehmen wir den Unterlagen, dass die Kompensationsmaßnahmen erst im weiteren Verfahren festgelegt werden.

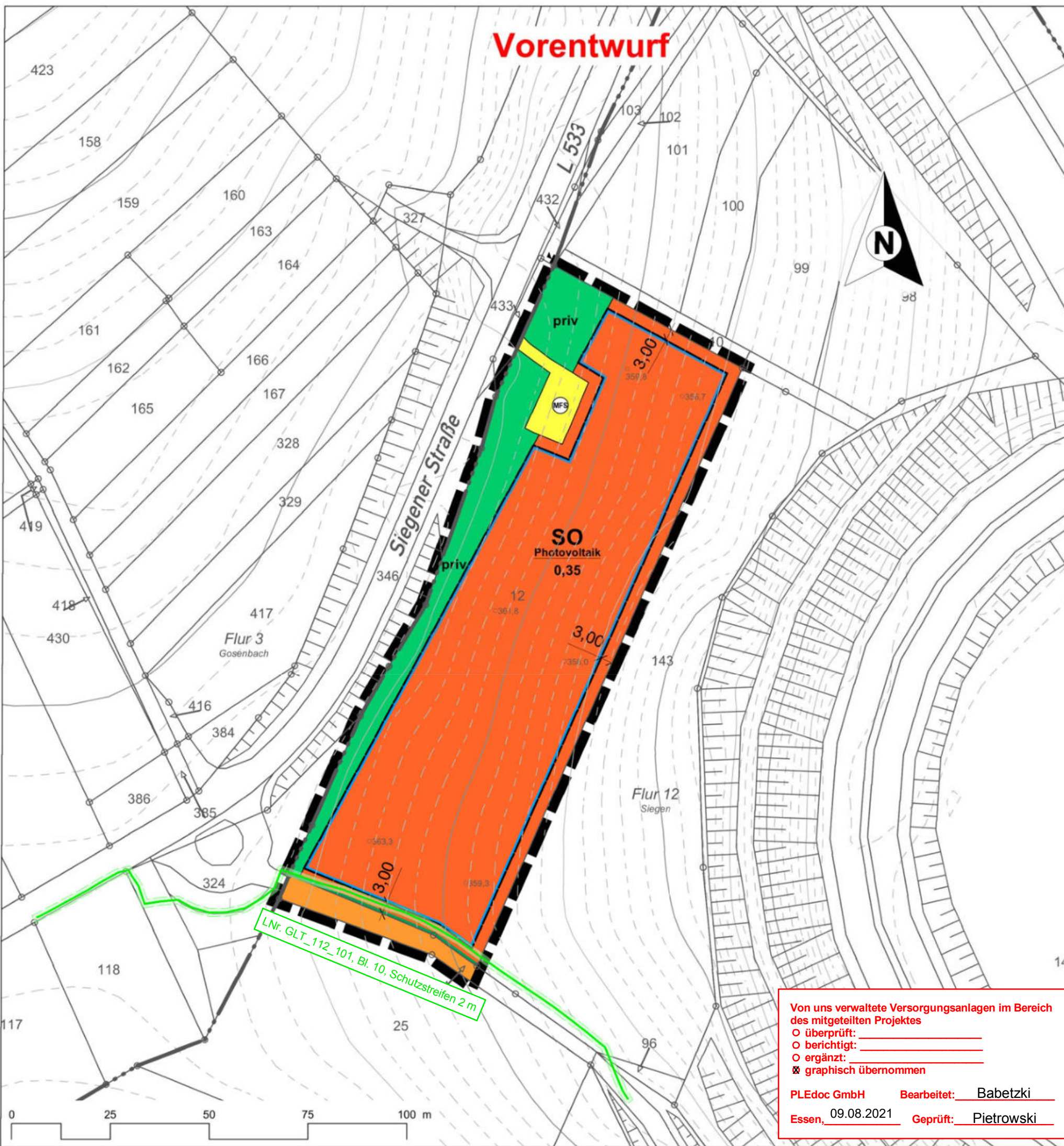
Wir weisen darauf hin, dass durch die Festsetzung planexterner Ausgleichsflächen eine Betroffenheit von uns verwalteter Versorgungseinrichtungen nicht auszuschließen ist. Wir bitten um Mitteilung der planexternen Flächen bzw. um weitere Beteiligung an diesem Verfahren.

Abschließend teilen wir Ihnen mit, dass im Geltungsbereich der hier angezeigten Bauleitpläne keine von uns verwalteten Versorgungsanlagen der OGE vorhanden sind.

Mit freundlichen Grüßen
PLEdoc GmbH

- Dieses Schreiben ist ohne Unterschrift gültig -

Anlagen
Planunterlagen
Merkblatt



Vorentwurf

Festsetzungen und Planzeichenerklärung

a) Festsetzungen gemäß § 9 BauGB

- 1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, §§ 1 bis 12 BauNVO)
SO Sonstiges Sondergebiet
Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien, Zweckbestimmung Photovoltaik-Freiflächenanlage
- 2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 BauNVO)
0,35 Grundflächenzahl (GRZ)
- 3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO)
Baugrenze
Gebäude und Gebäudeteile dürfen die festgesetzte Baugrenze nicht überschreiten. Ein Vortreten von Gebäudeteilen in geringem Ausmaß kann zugelassen werden. Die Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO sind auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen nicht zulässig. Das gleiche gilt für bauliche Anlagen, soweit sie nach Landesrecht in den Abstandsflächen zulässig sind oder zugelassen werden können.
- 4. Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)
Straßenverkehrsfläche
Straßenbegrenzungslinie, Begrenzung sonstiger Verkehrsflächen
- 5. Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung sowie für Ablagerungen; Anlagen, Einrichtungen und sonstige Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken (§ 9 Abs. 1 Nr. 12, 14 und Abs. 6 BauGB)
Flächen für Versorgungsanlagen, u. ä.
MFS Mobilfunksendeanlage
- 6. Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)
priv Private Grünfläche
- 7. Sonstige Planzeichen (§ 9 Abs. 4, § 172 Abs. 1 BauGB)
Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes (§ 9 Abs. 7 BauGB)

b) Textliche Festsetzungen

- 1. Art der baulichen Nutzung gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB
Das Baugebiet wird gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 11 Abs. 2 BauNVO als sonstiges Sondergebiet (SO) für Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien mit der Zweckbestimmung „Photovoltaik-Freiflächenanlage“ ausgewiesen, das der Errichtung und dem Betrieb von photovoltaischen Anlagen dient.
Innerhalb der überbaubaren Flächen sind folgende Anlagen und Nutzungen allgemein zulässig:
- aufgeständerte Photovoltaik-Freiflächenanlagen in stationärer Bauweise mit Ramm- und Schraubfundamentierung,
- sämtliche für die betrieblichen Zwecke erforderliche Anlagenbestandteile und technische Infrastrukturen, wie z. B. Solarwechselrichter und Transformatoren.
Ausnahme: zulässig sind:
- wasserdurchlässige Schotterrasenwege mit maximal 3,50 m Breite für Wartungs-, Pflege- und Montagearbeiten
- wasserdurchlässige Schotterrasenflächen als Wendemöglichkeit an den Transformatoren bzw. zentral aufgestellten Wechselrichtern
- eine Verankerung der Modultische mit Betonfundamenten, wenn die oben genannte Art der Fundamentierung nicht machbar ist.
- 2. Maß der baulichen Nutzung
2.1 Die maximal zulässige Höhe der Kollektorflächen beträgt 3,00 m über der Geländeoberkante. Bezugspunkt ist das Gelände unmittelbar unterhalb des höchsten Punktes des jeweiligen Solarmoduls. Der Mindestabstand der Unterkante der Modultische zur Oberkante des Geländes beträgt 0,50 m.
2.2 Eine Überschreitung der GRZ durch Nebenanlagen entsprechend § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 19 Abs. 4 Satz 2 BauNVO ist nicht zulässig.
- 3. Nebenanlagen
Die Grundfläche der Solarwechselrichter, Transformator-Stationen sowie sonstige Nebenanlagen gem. § 14 BauNVO wird zur Minimierung der Versiegelung und der Eingriffe in den Boden auf das für den Betrieb der Anlage technisch erforderliche Maß begrenzt. Diese Nebenanlagen sind auf die Grundflächenzahl anzurechnen. Innerhalb der überbaubaren Flächen dürfen für den Betrieb erforderlichen Nebenanlagen wie Transformator-Stationen, nur mit einer maximalen Gebäudehöhe von 3,50 m über der Geländeoberfläche errichtet werden.
- 4. Begrünung
Die Fläche ist als ein- bis zweischürige Extensivwiese (Mähnd nach Ende der Grasblüte (ab ca. 15. Juni)) zu entwickeln und dauerhaft zu erhalten. Im Falle vorübergehender ackerbaulicher Nutzung ist die Fläche mittels regionaler Saatgutmischungen mit Gräsern und Kriechern zu bepflanzen und anzupflanzen.
Das anfallende Mähgut ist zu entsorgen. Aufkommende Gehölze sind zu entfernen. Biozid-, Düngereinsatz ist unzulässig.
Die temporäre Nutzung der Extensivwiese zwischen den Modultisch-Reihen als unbefestigte Wege zu Pflege- und Wartungszwecken ist zulässig.
- 5. Gestalterische Festsetzungen
Im Sondergebiet „Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energie, Zweckbestimmung Photovoltaik-Freiflächenanlage“ ist gem. § 9 Abs. 4 BauGB i. V. m. § 89 BauO NRW nur Zeitanlage inkl. Toranlage bis max. 2,00 m Höhe über der Geländeoberfläche zulässig. Der Zaun hat eine Bodenfreiheit von 10 cm für Kleintiere aufzuweisen.

c) Sonstige Darstellungen

- Vorhandene Gebäude
- Vorhandene Böschungen
- Flurstücksgrenzen
- 152 Flurstücksnummer
- Flurgrenze
- Flur 1 Flurnummer
- Höhenlinien im Bestand mit Höhenangaben über NN - 1-m-Linie
- Höhenlinien im Bestand mit Höhenangaben über NN - 5-m-Linie
- Höhenlinien im Bestand mit Höhenangaben über NN - 10-m-Linie
- Höhenpunkte in Meter über NN, z.B. 306,23

Präambel

Nach § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666) zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 29.09.2020 (GV. NRW. S. 916), der §§ 2 und 9 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14.06.2021 (BGBl. I S. 1802), in Verbindung mit der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14.06.2021 (BGBl. I S. 1802) und des § 89 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW 2018), in Kraft getreten am 04.08.2018 und am 01.01.2019 (GV. NRW. 2018 S. 421), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30.06.2021 (GV. NRW. S. 822) hat der Rat der Stadt Siegen am diesen Bebauungsplan gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Siegen,

Hinweise

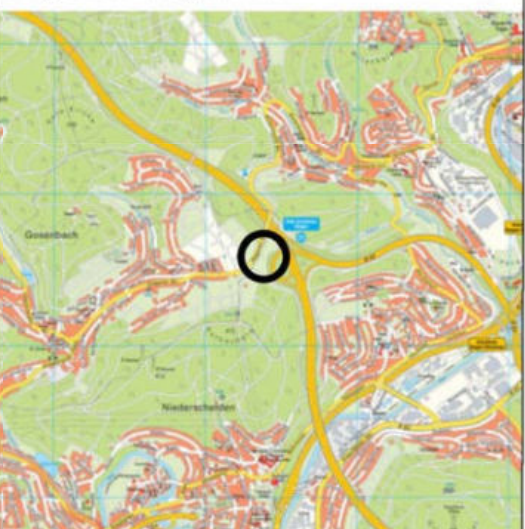
- 1. Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kultur- und / oder naturgeschichtliche Bodendenkmäler, d.h. Mauern, alte Gräben, Einzelfunde aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit, Höhlen und Spalten, aber auch Zeugnisse tierischen und / oder pflanzlichen Lebens aus erdgeschichtlicher Zeit) entdeckt werden.
Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Stadt Siegen als Unterer Denkmalbehörde und / oder der LWL-Archäologie für Westfalen, Außenstelle Olpe (Tel.: 02761/ 93750; Fax: 02761/ 937520) unverzüglich anzuzeigen und die Entdeckungsstelle mindestens drei Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten (§§ 15 und 16 Denkmalschutzgesetz NRW), falls diese nicht vorher von den Denkmalbehörden freigegeben wird. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe ist berechtigt, das Bodendenkmal zu bergen, auszuwerten und für wissenschaftliche Erforschung bis zu 6 Monaten in Besitz zu nehmen (§ 16 Abs. 4 DSchG NRW).
- 2. Das Plangebiet liegt außerhalb eines Bombenabwurfgebietes aus dem zweiten Weltkrieg. Eine unmittelbare Kampfmittelgefährdung ist nicht zu vermuten, aber auch nicht gänzlich auszuschließen. Insofern ist folgender Hinweis, auf den in der Baugenehmigung besonders hinzuweisen ist, vom Bauherren zu beachten: Weist bei Durchführung der Bauvorhaben der Endausbau auf eine außergewöhnliche Verfärbung hin oder werden verdächtige Gegenstände beobachtet, sind die Arbeiten sofort einzustellen und der Kampfmittelbeseitigungsdienst durch die Ordnungsbehörde oder Polizei zu verständigen.
- 3. Im Rahmen der Gebietserschließung wird eine baubegleitende Begutachtung hinsichtlich evtl. oberflächennahen Aktivitäten aus illegalen oder Uraltbergbau empfohlen. Funde sind der zuständigen Bergbaubehörde zu melden.
- 4. Die Photovoltaikanlage ist so zu errichten und zu betreiben, dass keine Belästigung durch Lichtmissionen, z. B. Blendwirkung in Bezug auf die angrenzende Siegener Straße, auftreten und eine Verkehrsfährdung vermieden wird.

Inkrafttreten

Die ortsübliche Bekanntmachung erfolgte am
Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.
Dieser Bebauungsplan wird mit Begründung und zusammenfassender Erklärung gemäß § 10 des BauGB vom Tage der ortsüblichen Bekanntmachung an in der Servicestelle der Abteilung Bauaufsicht der Stadt Siegen zu jedermanns Einsicht bereitgehalten sowie gemäß § 10a BauGB ergänzend auch in das Internet eingestellt und über ein zentrales Internetportal des Landes zugänglich gemacht werden.
Siegen,

20210800738

Lage des Plangebietes



Bebauungsplan Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“

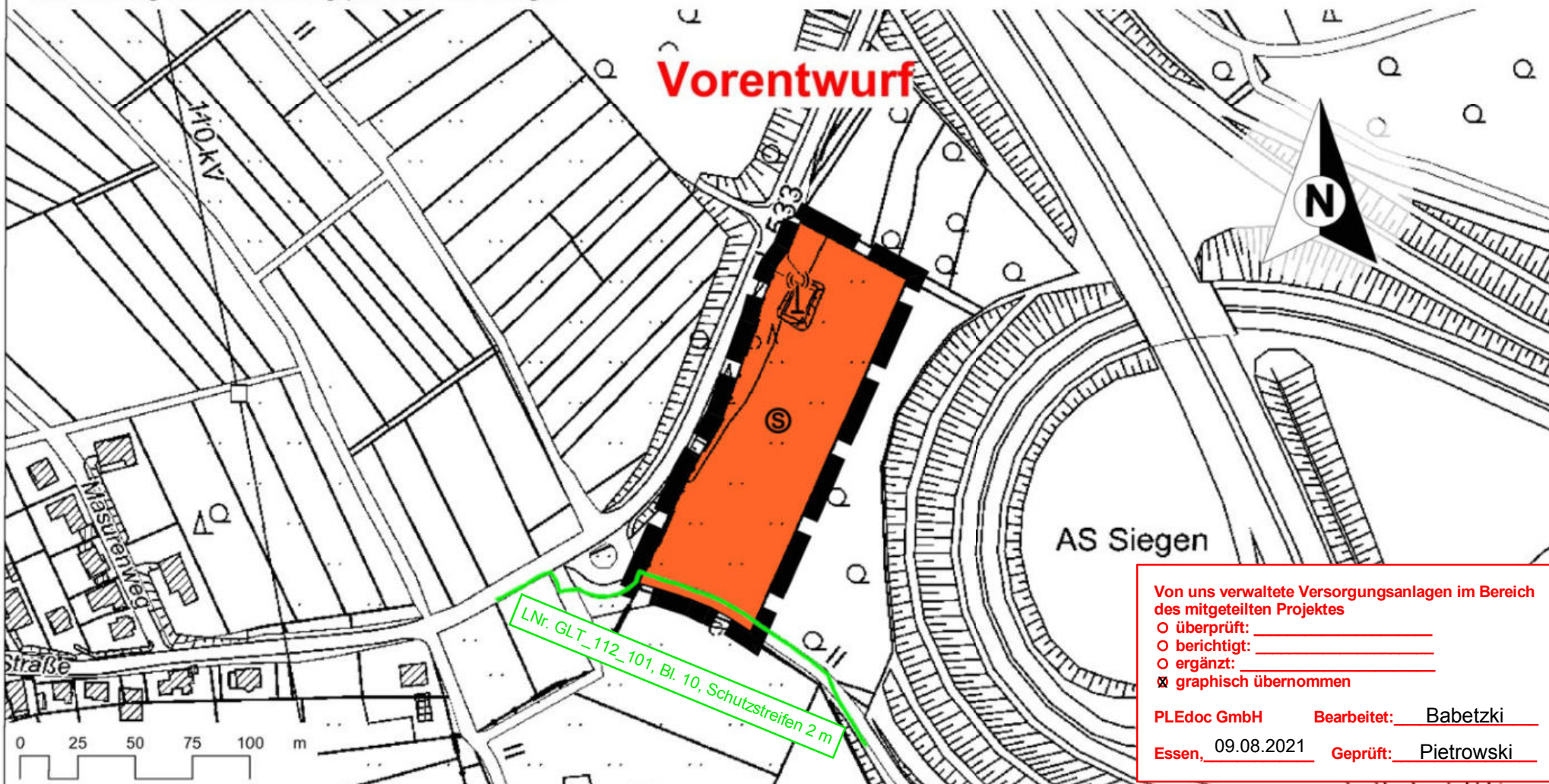
Gemarkung Siegen
Flur 12
Maßstab 1:1000 im Original (DIN A3)

Von uns verwaltete Versorgungsanlagen im Bereich des mitgeteilten Projektes
O überprüft: _____
O berichtigt: _____
O ergänzt: _____
X graphisch übernommen
PLEdoc GmbH Bearbeitet: Babetzki
Essen, 09.08.2021 Geprüft: Pietrowski

Ausschnitt aus dem gültigen Flächennutzungsplan der Stadt Siegen



106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen



Von uns verwaltete Versorgungsanlagen im Bereich des mitgeteilten Projektes
 O überprüft: _____
 O berichtigt: _____
 O ergänzt: _____
 X graphisch übernommen

PLEdoc GmbH Bearbeitet: Babetzki
 Essen, 09.08.2021 Geprüft: Pietrowski

Verfahren

Der Rat der Stadt Siegen hat am _____ gemäß § 2 (1) und § 1 (8) des BauGB
 die Aufstellung dieser Planänderung beschlossen, _____
 Der Aufstellungsbeschluss wurde am _____ ortsüblich bekanntgemacht.

Siegen, _____
 Der Bürgermeister
 I.A.

Der Rat der Stadt Siegen hat am _____ gemäß § 3 (2) des BauGB den Entwurf
 dieser Planänderung und seine öffentliche Auslegung beschlossen.

Siegen, _____
 Der Bürgermeister
 I.A.

Der Entwurf dieser Planänderung hat mit der Begründung gemäß § 3 (2) BauGB nach
 der ortsüblichen Bekanntmachung am _____ in der Zeit vom _____ bis _____
 in der Arbeitsgruppe Stadtplanung der Stadt Siegen öffentlich ausgelegt.

Siegen, _____
 Der Bürgermeister
 I.A.

Nach § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der
 Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW S. 666) zuletzt geändert
 durch Artikel 3 des Gesetzes vom 29.09.2020 (GV. NRW S. 916), der §§ 2 und 5 des
 Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017
 (BGBl. I S. 3634) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14.06.2021 (BGBl. I
 S. 1802), in Verbindung mit der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke
 (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786)
 zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14.06.2021 (BGBl. I S. 1802) hat der Rat
 der Stadt Siegen am _____ diese Planänderung mit Begründung als
 Flächennutzungsplanänderung beschlossen.

Siegen, _____
 Der Bürgermeister
 I.A.

Die Planänderung ist gemäß § 6 BauGB mit Verfügung vom _____
 Geschäftszeichen: _____ genehmigt worden.

Amsberg, _____
 Die Bezirksregierung
 I.A.

Diese mit Verfügung vom _____ genehmigte Änderung des
 Flächennutzungsplanes wird gemäß § 6 Abs. 5 BauGB vom Tage der ortsüblichen
 Bekanntmachung in der Servicestelle der Abteilung Bauaufsicht der Stadt Siegen zu
 jedermanns Einsicht bereitgehalten.

Siegen, _____
 Der Bürgermeister
 I.A.

Die ortsübliche Bekanntmachung erfolgte am _____

Festsetzungen und Planzeichenerklärung

a) Festsetzungen gemäß § 9 BauGB

1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, §§ 1 bis 12 BauNVO)

 Sonderbaufläche

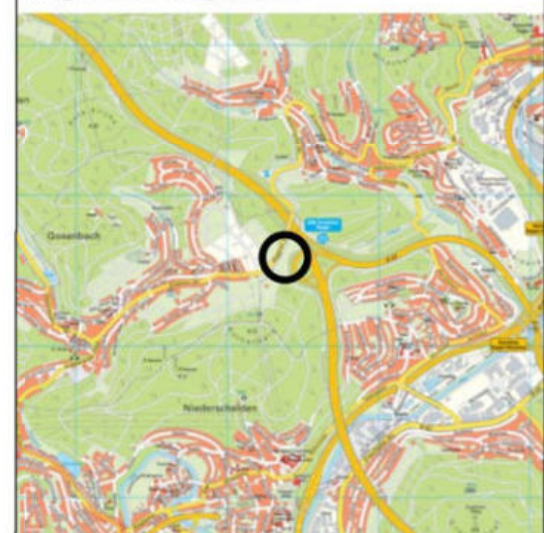
2. Sonstige Planzeichen (§ 9 Abs. 6, § 172 Abs. 1 BauGB)

 Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes (§ 9 Abs. 7 BauGB)

 Mobilfunksendeanlage

20210800738

Lage des Plangebietes

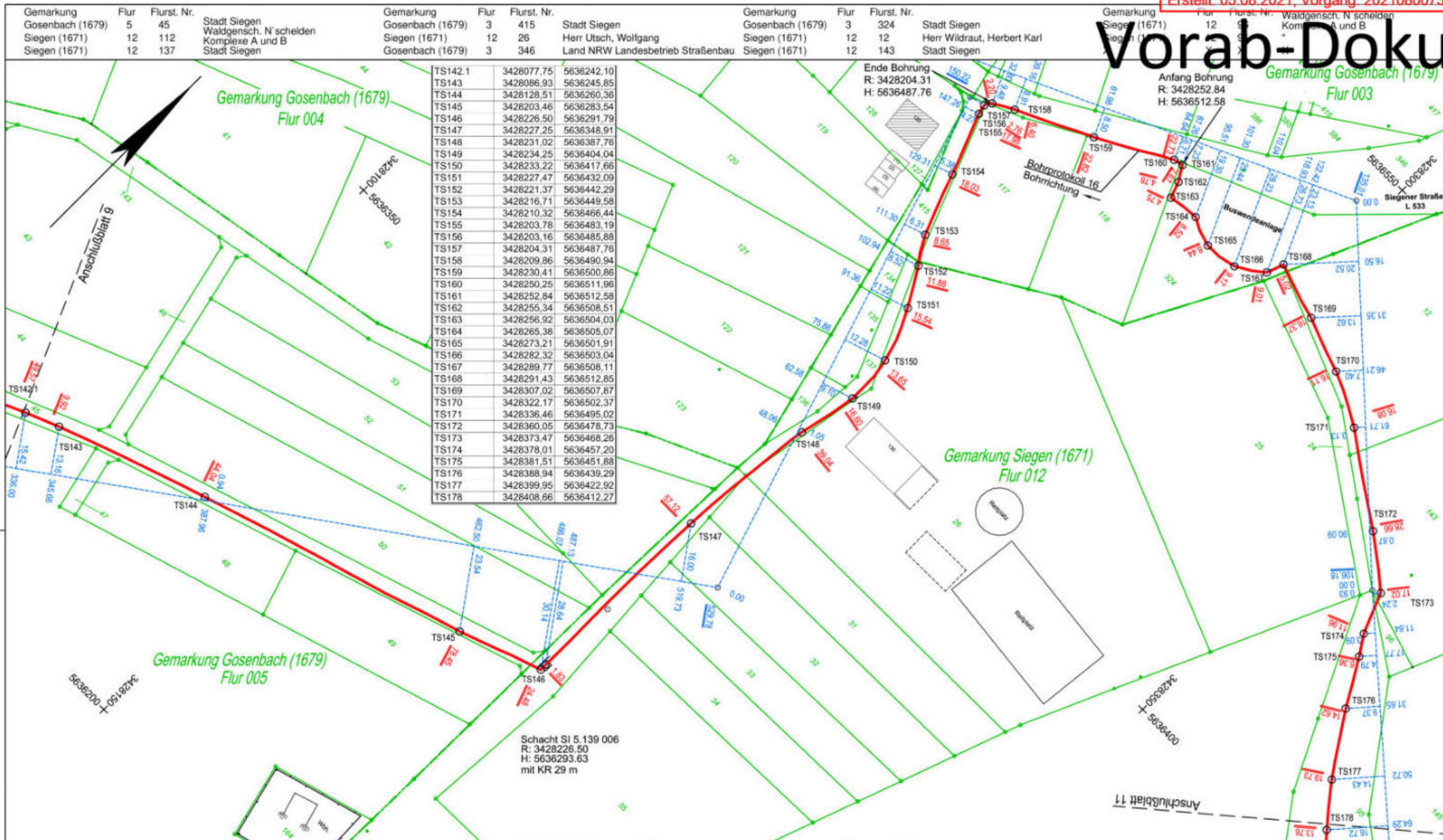


106. Änderung des Flächennutzungsplanes

Gemarkung Siegen
 Flur 12

Maßstab 1:2500 im Original (DIN A3)

Vorab-Doku



Die Regeldeckung der KSR-Anlage beträgt 1,0 m.
Abweichungen siehe Bestandsplan.

- KSR-Anlage
 - Anschluss KSR-Anlage
 - Kabelabzweigmuffe
 - Kabelverbindungsmuffe
 - Kabelring
 - ⊗ Schacht mit KAM
 - ⊗ Schacht mit KM
 - ⊗ Schacht mit KR
 - ⊗ Schacht
 - ⊗ EB-Grube
- Achtung: Symbole sind nicht maßstabgetreu!

Plan-Berichtigungen			
Rev.	Grund	Angekl.	Gepr.
10			
09			
08			
07			
06			
05			
04			
03			
02			
01	X	X	X

INGENIEURBÜRO STEIN
Welterstraße 57
D-57072 Siegen
Telefon: (0271) 59453-4 Telefax: (0271) 59453-99

Bestandslageplan

im Auftrag der



KSR - Anlage	Stadtanbindung Siegen-Nord / 14_025_V001_NB01
Gemarkung	Gosenbach, Siegen
Gemeinde	Gosenbach, Siegen
Kreis	Siegen-Wittgenstein
Vermessungsamt, Gen. Nr.	Katasteramt Siegen
Katastergrundlage	Digitaler Katasterplan
Koordinatensystem	Gauß-Krüger-Koordinatensystem
Schutzstreifenbreite	2,00 m
Herstellung des Planes	Ingenieurbüro Andreas Stein GmbH, Welterstr. 57, 57072 Siegen

Anschluß Blatt: 11

Achtung!

2 x KSR DN 40 PEHD
Die Plandarstellung der Versorgungsanlage ist nach bestem Wissen erstellt. Gleichwohl ist die Möglichkeit einer Abweichung im Einzelfall nicht ausgeschlossen. Um Gefahren und Schäden zu vermeiden, erfordern örtliche Arbeiten ein vorsichtiges Vorgehen. Der Bestandsplan wird systembedingt auf das Format DIN A 3 angepasst. Die Längen und Höhen entsprechen daher nicht den im Plan angegebenen Maßstab. Die Zahlenwerte sind demgemäß anzuhalten.

Gegeben: 19.05.16 St



GasLINE
Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher
Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG

Merkblatt

Berücksichtigung von unterirdischen Kabelschutzrohranlagen mit einliegenden Lichtwellenleiterkabeln bei der Aufstellung von Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen

Allgemeines

Kabelschutzrohr (KSR)-anlagen mit einliegenden Lichtwellenleiter(LWL)-kabeln werden von Telekommunikationsgesellschaften zur Errichtung und zum Betrieb von Telekommunikationsübertragungswegen benutzt.

Die Erdüberdeckung der KSR-Anlage beträgt in der Regel mindestens 1 m, bei Bohrungen größtenteils erheblich mehr, im Bereich von befestigten Flächen ca. 60 cm bis 80 cm. In Einzelfällen kann die aktuelle Deckung aus verschiedenen Gründen auch geringer oder größer sein. Dies gilt selbst dann, wenn im Stempel des Bestandsplanes eine Regelverlegetiefe von 1,0 m angegeben ist.

Die KSR-Anlagen mit ihren innenliegenden LWL-Kabeln sind überwiegend entlang von Versorgungsleitungen unter Nutzung der gesetzlichen Bestimmungen der §§ 68, 69, 76 TKG verlegt. Die Versorgungsleitungen sind grundsätzlich durch beschränkte persönliche Dienstbarkeiten der §§ 1090 ff. BGB oder Gestattungsverträge gesichert.

Sogenannte Solotrassen sind i.d.R. ebenfalls durch beschränkte persönliche Dienstbarkeiten oder Gestattungsverträge mit einem Schutzstreifen von in der Regel 1 m bis 2 m Breite gesichert.

Im beiderseitigen Interesse sind wir bzw. der Technische Verwalter* der GasLINE bereits bei der Planung über alle Maßnahmen und Vorhaben im Bereich des Schutzstreifens zu unterrichten, damit erforderliche Schutzmaßnahmen rechtzeitig vereinbart werden können.

Berühren die Flächennutzungs- und Bebauungspläne oder die sich hieraus ergebenden Folgemaßnahmen den Schutzstreifen, so sind zur Vermeidung unzulässiger Einwirkungen folgende Punkte zu beachten:

1. Wir empfehlen, die KSR-Anlage mit Schutzstreifen nach § 5 Abs. 4 bzw. § 9 Abs. 6 BauGB nachrichtlich in die Bauleitpläne zu übernehmen oder sonst an geeigneter Stelle zu beschreiben und zeichnerisch darzustellen.

Lagepläne werden bei Bedarf zur Verfügung gestellt oder die KSR-Anlage(n) von der PLEdoc GmbH, in eine Kopie des Flächennutzungsplanes bzw. Bebauungsplanes nachrichtlich übernommen.

2. Nicht zulässig sind innerhalb des Schutzstreifens zum Beispiel:
- die Errichtung von Gebäuden aller Art
 - die Einleitung von Oberflächenwasser / aggressiver Abwässer,
 - sonstige Einwirkungen, die den Bestand oder den Betrieb der Leitung gefährden oder beeinträchtigen.

Nur mit unserer besonderen Zustimmung und Einhaltung unserer Auflagen sind statthaft

- die Freilegung unserer KSR-Anlage,
- Niveauänderung im Schutzstreifen,
- der Neubau von kreuzenden oder parallel führenden Straßen, Wegen, Kanälen, Rohrleitungen, Kabeln, Freileitungen und Gleisanlagen sowie
- die Durchführung sonstiger Baumaßnahmen, sofern eine Leitungsbeeinflussung nicht ausgeschlossen werden kann.

3. Der Schutzstreifen kann landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzt werden. Anpflanzungen von Bäumen und tiefwurzelnden Sträuchern, insbesondere bei Ausgleichsmaßnahmen im Rahmen der Kompensation, sind zum Schutz der KSR-Anlage grundsätzlich außerhalb des Schutzstreifens zu planen.

Bauausführung

Rechtzeitig vor Beginn der Arbeiten muss der Unternehmer der GasLINE bzw. dem Technischen Verwalter der GasLINE den bevorstehenden Arbeitsbeginn anzeigen und einen Termin zur vorherigen Ortseinweisung vereinbaren.



GasLINE
Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher
Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG

Zuständigkeitsbereich der
GasLINE CP Customer Projects GmbH Paesmühle
Paesmühlenweg 8–12
47638 Straelen

Phone: + 49 2834 7032-0
Fax: +49 2834 7032-1747

www.gasline.de

Stand Januar 2018

LWL-Archäologie für Westfalen - In der Wüste 4 - 57462 Olpe

Servicezeiten: Montag-Donnerstag 08:30 - 12:30 Uhr, 14:00 - 15:30 Uhr
Freitag 08:30 - 12:30 Uhr

Stadt Siegen
Amt für Städtebau
Postfach 10 03 52

Ansprechpartnerin:
Melanie Röring B.A.

Tel.: 02761 9375-42
Fax: 02761 937520
E-Mail: melanie.roering@lwl.org

57003 Siegen

Az.: 3355rö21.eml

Olpe, 09.08.2021

BPlan Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ und 106. FNP-Änd.

Ihr Schreiben vom 04.08.2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Übersendung der o.g. Planunterlagen bedanken wir uns.

Wir verweisen auf den im Bebauungsplan genannten Punkt „1. Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler...“.

Ansonsten bestehen unsererseits keine Bedenken.

Im Auftrag

gez.

Prof. Dr. Michael Baales
(Leiter der Außenstelle)

f. d. R.

M. Röring B.A.

Von: [Loth, Armin](#)
An: [Stadtplanung, Siegen](#)
Thema: BP457 Rothenberg - frühzeitige Beteiligung
Datum: Montag, 23. August 2021 11:21:20

Sehr geehrter Damen und Herren,

seitens der Siegener Versorgungsbetriebe bestehen keine Bedenken.

Mit freundlichen Grüßen

=====

Dipl.-Ing. (FH) Armin Loth
Handlungsbevollmächtigter
Abteilungsleiter Planung
Siegener Versorgungsbetriebe GmbH
Morleystraße 29-37
57072 Siegen

Tel.: 0271 / 3307-204
E-Mail: Dipl.-Ing.Armin.Loth@svb-siegen.de
www.svb-siegen.de

=====

Geschäftsführer:
Thomas Mehrer
Aufsichtsratsvorsitzender:
Frank Weber

Sitz der Gesellschaft: Siegen
Register-Nr.: HRB 1438
USt.-IdNr.: DE126569515

Vodafone NRW GmbH, Postfach 10 20 28, 34020 Kassel

Universitätsstadt Siegen - Der Bürgermeister
Herr Sebastian Kapitza
Arbeitsgruppe 4/5-2 ▪ Stadtplanung
Rathaus Geisweid / Lindenplatz 7
57078 Siegen

Bearbeiter(in): Frau Schröder
Abteilung: Order Entry
Direktwahl: +49 561 7818-153
E-Mail: ZentralePlanungND@unitymedia.de
Vorgangsnummer: EG-35090

Seite 1/1

Datum
01.09.2021

BPlan Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg" und 106. FNP-Änd.

Sehr geehrter Herr Kapitza,

vielen Dank für Ihre Informationen.

Gegen die o. a. Planung haben wir keine Einwände.

Eigene Arbeiten oder Mitverlegungen sind nicht geplant.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Bitte geben Sie dabei immer unsere obenstehende Vorgangsnummer an.

Bitte beachten Sie:

Bei einer Stellungnahme, z.B. wegen Umverlegung, Mitverlegung, Baufeldfreimachung, etc. oder eine Koordinierung/Abstimmung zum weiteren Vorgehen, dass Vodafone und Unitymedia trotz der Fusion hier noch separat Stellung nehmen. Demnach gelten weiterhin die bisherigen Kommunikationswege. Wir bitten dies für die nächsten Monate zu bedenken und zu entschuldigen.

Freundliche Grüße

Order Entry Vodafone

Vodafone NRW GmbH

Aachener Str. 746-750, 50933 Köln, Postanschrift: Zentrale Planung, Postfach 10 20 28, 34020 Kassel
vodafone.de

Geschäftsführung: Dr. Johannes Ametsreiter (Vorsitzender), Anna Dimitrova, Bettina Karsch, Andreas Laukenmann, Gerhard Mack, Alexander Saul
Handelsregister: Amtsgericht Köln, HRB 55984, Sitz der Gesellschaft: Köln, USt-ID DE 813 243 353

Von: [Göttert, Regine](#)
An: [Stadtplanung, Siegen](#)
Thema: BP 457 PV-Anlage Rothenberg - frühzeitige TöB - Wasserverband Siegen-Wittgenstein - Göttert
Datum: Mittwoch, 4. August 2021 13:14:44
Anlagen: [image001.png](#)
[image002.png](#)
[image003.jpg](#)
[image004.png](#)

Siegen, Bebauungsplan Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“

Ihr Zeichen:

Ihr Datum: 4. August 2021

Unser Zeichen: 1-1-14 / T10

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Anfrage.

In dem angezeigten Bereich in Siegen, Flur 12, Flurstück 12 sind keine Versorgungsleitungen des Wasserverbandes Siegen-Wittgenstein betroffen.

Wenn Sie Fragen haben, rufen Sie mich bitte an.

Freundliche Grüße vom Wasserverband

Regine Göttert

Technische Abteilung

Wasserverband Siegen-Wittgenstein
Einheitsstraße 23
57076 Siegen
Telefon +49 271 7096-47
Telefax +49 271 71098
r.goettert@wvs.nrw
www.wvs.nrw



Bitte denken Sie an die Umwelt - müssen Sie diese E-Mail wirklich ausdrucken?

Von: Kapitza, Sebastian [mailto:S.Kapitza@siegen.de]

Gesendet: Mittwoch, 4. August 2021 10:35

An: Kapitza, Sebastian <S.Kapitza@siegen.de>

Betreff: BPlan Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg" und 106. FNP-Änd. - frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Stadt Siegen beabsichtigt den Bebauungsplan Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ und die 106. FNP-Änderung im Parallelverfahren aufzustellen.

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung einer durch die SVB GmbH betriebene Freiflächen-Photovoltaikanlage zur Erzeugung von Strom aus Sonnenenergie und Einspeisung in das örtliche Stromversorgungsnetz geschaffen werden.

Der Bebauungsplan wird im Normalverfahren durchgeführt, d. h. unter Anwendung der frühzeitigen Öffentlichkeits- sowie Behördenbeteiligung und Durchführung einer Umweltprüfung. Eingriffe in Boden, Natur und Landschaft sind mit der Planung verbunden, wodurch ein Ausgleich gemäß Ausgleichsregelung nach Bundesnaturschutzgesetz notwendig ist. Ebenfalls werden mögliche artenschutzrechtlich relevante Inhalte geprüft. Die Flächennutzungsplanänderung Nr. 106 im Parallelverfahren ist erforderlich, um den Bebauungsplan aus dem Flächennutzungsplan entwickeln zu können.

Sollten Sie über Informationen verfügen, die für die Ermittlung und Bewertung des Abwägungsmaterials für die Planung zweckdienlich sind, so stellen Sie diese bitte zur Verfügung. Geben Sie außerdem Aufschluss über von Ihnen beabsichtigte oder bereits eingeleitete Planungen oder sonstige Maßnahmen sowie über deren zeitliche Abwicklung, soweit diese für die Planung von Belang sein könnten.

Ihre Stellungnahme bitte ich bis zum **03.09.2021** abzugeben.

Falls Sie keine Anregungen bzw. Hinweise vorbringen oder die Planung berührende Planungen oder sonstigen Maßnahme beabsichtigen, so bitte ich um Fehlanzeige.

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme bzw. Fehlanzeige möglichst digital an: stadtplanung@siegen.de

Postalisch bitte an: Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7, 57078 Siegen, 4/5-2 AG Stadtplanung.

Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können gemäß § 4a Abs. 6 BauGB unberücksichtigt bleiben.

Die frühzeitige Öffentlichkeitsunterrichtung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB findet in der Zeit vom 09.08. bis 27.08.2021 als Veröffentlichung im Internet gemäß § 3 Abs. 1 PlanSIG statt.

Die Beteiligungsunterlagen können Sie unter folgendem Link ab sofort bis zum Ende der Beteiligungsfrist herunterladen:

www.siegen.de/bauleitplanungbeteiligung41

Die Unterlagen sind ohne Zugangsbeschränkung verfügbar. Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Sebastian Kapitza

UNIVERSITÄTSSTADT SIEGEN

Der Bürgermeister

Arbeitsgruppe 4/5-2 • Stadtplanung

Rathaus Geisweid / Lindenplatz 7 • 57078 Siegen

Telefon: (0271) 404-3288 • Telefax: (0271) 40436-3288

Von: [Achenbach, Uwe](#)
An: [Stadtplanung, Siegen](#)
Cc: [Kapitza, Sebastian](#)
Thema: BP 457 PV-Anlage Rothenberg - frühzeitige TöB - Westnetz GmbH - Achenbach
Datum: Mittwoch, 4. August 2021 13:23:06
Anlagen: [image005.png](#)
[image006.png](#)
[image007.jpg](#)
[image008.png](#)

Sehr geehrte Damen und Herren,

als zuständiger Netzbetreiber sind wir seit geraumer Zeit über die Planungen der SVB, eine Freiflächen-Photovoltaikanlage zur Erzeugung von Strom aus Sonnenenergie und Einspeisung in das örtliche Stromversorgungsnetz zu schaffen, unterrichtet.

Die Lage der PV-Anlage und des daraus resultierenden Netzanknüpfungspunktes der erforderlichen Transformatorenstation ist im Wesentlichen mit uns bereits abgestimmt. Insofern haben wir zu dem Vorhaben keine Bedenken oder Einwände vorzubringen.

Mit freundlichen Grüßen
Uwe Achenbach

Westnetz GmbH
Regionalzentrum Sieg
Netzplaner Strom Team Siegen
Friedrichstraße 60, 57072 Siegen
T intern 753-2394
T extern +49(0)271/584-2394
M+49(0)162 / 284 60 51

Geschäftsführung: Diddo Diddens, Dr. Jürgen Grönnert, Dr. Stefan Küppers,
Sitz der Gesellschaft: Dortmund
Eingetragen beim Amtsgericht Dortmund
Handelsregister-Nr. HRB 30872
UST.-IdNR. DE 325265170

Von: Kapitza, Sebastian <S.Kapitza@siegen.de>

Gesendet: Mittwoch, 4. August 2021 10:35

An: Kapitza, Sebastian <S.Kapitza@siegen.de>

Betreff: [EXT] BPlan Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg" und 106. FNP-Änd. - frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB

This message is from an EXTERNAL SENDER - be CAUTIOUS , particularly with links and attachments

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Stadt Siegen beabsichtigt den Bebauungsplan Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ und die 106. FNP-Änderung im Parallelverfahren aufzustellen.

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung einer durch die SVB GmbH betriebene Freiflächen-Photovoltaikanlage zur Erzeugung von Strom aus Sonnenenergie und Einspeisung in das örtliche Stromversorgungsnetz geschaffen werden.

Der Bebauungsplan wird im Normalverfahren durchgeführt, d. h. unter Anwendung der frühzeitigen Öffentlichkeits- sowie Behördenbeteiligung und Durchführung einer Umweltprüfung. Eingriffe in Boden, Natur und Landschaft sind mit der Planung verbunden, wodurch ein Ausgleich gemäß Ausgleichsregelung nach Bundesnaturschutzgesetz notwendig ist. Ebenfalls werden mögliche artenschutzrechtlich relevante Inhalte geprüft. Die Flächennutzungsplanänderung Nr. 106 im Parallelverfahren ist erforderlich, um den Bebauungsplan aus dem Flächennutzungsplan entwickeln zu können.

Sollten Sie über Informationen verfügen, die für die Ermittlung und Bewertung des Abwägungsmaterials für die Planung zweckdienlich sind, so stellen Sie diese bitte zur Verfügung. Geben Sie außerdem Aufschluss über von Ihnen beabsichtigte oder bereits eingeleitete Planungen oder sonstige Maßnahmen sowie über deren zeitliche Abwicklung, soweit diese für die Planung von Belang sein könnten.

Ihre Stellungnahme bitte ich bis zum **03.09.2021** abzugeben.

Falls Sie keine Anregungen bzw. Hinweise vorbringen oder die Planung berührende Planungen oder sonstigen Maßnahme beabsichtigen, so bitte ich um Fehlanzeige.

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme bzw. Fehlanzeige möglichst digital an: stadtplanung@siegen.de

Postalisch bitte an: Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7, 57078 Siegen, 4/5-2 AG Stadtplanung.

Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können gemäß § 4a Abs. 6 BauGB unberücksichtigt bleiben.

Die frühzeitige Öffentlichkeitsunterrichtung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB findet in der Zeit vom 09.08. bis 27.08.2021 als Veröffentlichung im Internet gemäß § 3 Abs. 1 PlanSIG statt.

Die Beteiligungsunterlagen können Sie unter folgendem Link ab sofort bis zum Ende der Beteiligungsfrist herunterladen:

www.siegen.de/bauleitplanungbeteiligung41

Die Unterlagen sind ohne Zugangsbeschränkung verfügbar. Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Sebastian Kapitza

UNIVERSITÄTSSTADT SIEGEN

Der Bürgermeister

Arbeitsgruppe 4/5-2 • Stadtplanung

Rathaus Geisweid / Lindenplatz 7 • 57078 Siegen

Telefon: (0271) 404-3288 • Telefax: (0271) 40436-3288

Von: [REDACTED]
An: [Stadtplanung, Siegen](#)
Thema: PV-Anlage Rothenberg
Datum: Sonntag, 8. August 2021 21:52:24

[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

Sehr geehrte Damen und Herrn,
die Errichtung der Pv-Anlage auf dem Wiesengelände am Rothenberg dürfte meiner Meinung nach nicht genehmigt werden, weil dort die Anlage die landwirtschaftliche Nutzung zur Gewinnung von Tierfutter (Heu) verhindert ferner muß die Fläche eingezäunt werden und es müssen Baumaßnahmen zur Einspeisung des von der Anlage produzierten Stroms gebaut werden , des weiteren hat das Gelände nicht die optimale Ausrichtung zur Sonne . nach meiner Meinung verfolgt die SVB

damit eine Darstellung als grünes Unternehmen und möchte mit dem Bau staatliche Förderungen abgreifen . von meinem Balkon habe ich das Industriegebiet Marienhütte im Blick und sehe auf die bis Abends von der Sonne beschienenen Hallendächer ,warum baut die SVB als angeblich nachhaltiges Unternehmen die PV Anlage nicht auf diese Dächer.

MfG

Gesendet von [Mail](#) für Windows 10

**Die Autobahn GmbH
des Bundes**

Niederlassung Westfalen

Außenstelle Bochum

Philippstraße 3
44803 Bochum

T: +49 173 1643043

E: olaf.raabe@autobahn.de
www.autobahn.de

Az.: **Planung Dritter-457-Sie**

Die Autobahn GmbH des Bundes · NL Westfalen · Philippstraße 3 · 44803 Bochum

Stadt Siegen
Arbeitsgruppe 4/5-2 - Stadtplanung
Lindenplatz 7
57078 Siegen

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
--, 11.03.2022

Unser Zeichen, unsere Nachricht vom
---, ---

Name, Durchwahl
Herr Raabe, -519

Datum
25.04.2022

Bauleitplanung - Beteiligung nach § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)
hier: Bebauungsplan Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ und 106. Änderung des
Flächennutzungsplanes

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Kapitza,

der Bebauungsplan Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ sowie die dazugehörige Flächennutzungsplanänderung liegen anbaurechtlich im Einwirkungsbereich der A 45 und der Anschlussstelle Siegen.

Zusätzlich tangiert der Geltungsbereich des Bebauungsplanes die Ausbauabsichten der Autobahn GmbH im Bereich der A 45.

Aufgrund dieser Konstellation sind für den Bebauungsplan und die Flächennutzungsplanänderung die nachstehenden Auflagen und Anpassungen zu berücksichtigen.

- Das im Flächennutzungsplan dargestellte Sondergebiet mit der Zweckbestimmung Photovoltaik-Freiflächenanlage ist entsprechend der Bebauungsplanausweisung anzupassen. Die im Bebauungsplan ausgewiesene Grünfläche ist auch im Flächennutzungsplan darzustellen, um auch in diesem Plan eine eindeutige Abgrenzung der vorgesehenen unterschiedlichen Nutzung zu verdeutlichen.
- Durch die auf der eigentlichen Photovoltaikfläche geplanten Module dürfen die Verkehrsteilnehmer auf der A 45, einschließlich der Anschlussstelle Siegen, keiner Blendungswirkung oder Ablenkung als Folge von Reflexionen ausgesetzt werden. Im Zweifelsfall ist die verkehrliche

Geschäftsführung

Stephan Krenz (Vorsitzender)
Gunther Adler
Anne Rethmann

Aufsichtsratsvorsitz

Dr. Michael Güntner

Sitz

Berlin
AG Charlottenburg
HRB 200131 B

Steuernummer

30/260/50246

Bankverbindung

UniCredit Bank
IBAN
DE10 1002 0890 0028 7048 95
BIC HYVEDEMM488

Unbedenklichkeit der gesamten Anlage durch ein Gutachten nachzuweisen oder alternativ ein lückenloser und ausreichender Sichtschutz in Form eines Zaunes oder einer dauergrünen Hecke vorzusehen.

- Das Fernstraßen-Bundesamt und die Autobahn GmbH sind im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens zu beteiligen.
- Gemäß § 9 Absatz 2 Fernstraßengesetz bedürfen bauliche Anlagen der Zustimmung des Fernstraßen-Bundesamtes, wenn sie längs der Bundesautobahnen in einer Entfernung bis zu 100 m, gemessen vom äußeren Rand der Fahrbahn, errichtet, erheblich geändert oder anders genutzt werden sollen. Auf- und Abfahrtsarme der Anschlussstellen sind Bestandteile der Autobahn. In diesem Zusammenhang ist im Bebauungsplan auch die 100 m - Anbaubeschränkungszone im Bereich der Verbindungsrampen der Anschlussstelle Siegen zeichnerisch darzustellen.
- Der im Bebauungsplan ausgewiesene private Gehölzstreifen wird am westlichen Rand durch den geplanten Brückenneubau im Zuge der L 533 und der damit verbundenen Trassenanpassung tangiert. Bei einer Neubepflanzung der Fläche sind die überplanten Randbereiche freizuhalten. Ich rege daher an, die Fläche um die betroffenen Bereiche zu verringern. Die voraussichtliche Überschneidung mit dem privaten Gehölzstreifen ist aus der angefügten Anlage zu entnehmen. Ein baubedingter Streifen von ca. 2 m ist zusätzlich zu berücksichtigen.
- Dauerhafte oder temporäre Werbeanlagen sowie Baustellenschilder, die von der Autobahn oder von den Verbindungsrampen eingesehen werden können, bedürfen der straßenrechtlichen Zustimmung durch das Fernstraßen-Bundesamt.
- Die oben angeführten Anmerkungen zur Anbaubeschränkung und zu den Werbeanlagen sind als textliche Hinweise in die Bauleitplanung zu übernehmen.

Freundliche Grüße

gez.:

Anna Katharina Bensch
(Geschäftsbereichsleiterin)

gez.:

Olaf Raabe
(Sachbearbeiter)

AS
Siegen

This technical drawing illustrates a road intersection. A main road runs vertically, with a flyover structure crossing over it. A green buffer strip, labeled 'Ausfädelungstreifen', is shown along the side of the road. The drawing includes various road markings, such as dashed lines for lane boundaries and solid lines for the road edge. A building is depicted on the left side of the road. The drawing is oriented with a north arrow pointing towards the top-left. The scale is indicated as approximately 1:1,000.

Ausfädelungstreifen
 $L_A = 250\text{m}$

$\sim 1:1000$



**Kreis
Siegen-Wittgenstein
Der Landrat**

Postanschrift: Kreis Siegen-Wittgenstein • 57069 Siegen

Stadt Siegen
Lindenplatz 7
57078 Siegen

Bauamt

Dienstgebäude:
Koblenzer Straße 73
57072 Siegen

Ihre Ansprechpartnerin:

Johanna Denker
Zimmer: 822
Telefon: 0271 333-1841
Telefax: 0271 333-291924
E-Mail: j.denker@siegen-wittgenstein.de
toeb@siegen-wittgenstein.de

20. April 2022

Mein Zeichen:
61.72.10

Ihr Zeichen:

Servicezeiten:
montags-freitags
jeweils 7.30 bis 12.00 Uhr
und 13.00 bis 15.00 Uhr

**Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 "Photovoltaik-Anlage Rothenberg" der Stadt Siegen im Stadtteil Gosenbach im Parallelverfahren mit der 106. Änderung des Flächennutzungsplanes
Beteiligung des Kreises Siegen-Wittgenstein als Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB**

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter Bezug auf Ihr Schreiben vom 11.03.2022 wird zu der oben genannten städtebaulichen Maßnahme als

Untere Wasserbehörde
Untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde
Untere Naturschutzbehörde
Untere Immissionsschutzbehörde

wie folgt Stellung genommen:

1. Stellungnahme der Unteren Wasserbehörde

Aus wasserrechtlicher Sicht bestehen gegen das geplante Vorhaben keine Bedenken.

Im Vergleich zur letzten Entwurfsfassung sind die aktualisierten Vorgaben zur Beschränkung der versiegelten Fläche der Nebenanlagen sowie der Verzicht auf Schotterrasenflächen für Wartungswege und Wendeflächen zu begrüßen, da sie zu einer Minimierung der Versiegelung beitragen.

2. Stellungnahme der Unteren Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde

Aus abfallwirtschafts- und bodenschutzrechtlicher Sicht bestehen gegen das geplante Vorhaben keine Bedenken, sofern die im Umweltbericht zur Aufstellung des B-Planes 457 auf

Zentrale:
Telefon: 0271 333-0
Telefax: 0271 333-2500

www.siegen-wittgenstein.de
post@siegen-wittgenstein.de
post@siegen-wittgenstein.de-mail.de

Bushaltestellen:
Kochs Ecke und Kreishaus
Hbf. ca. 10 Minuten Fußweg

Bankverbindung:
Sparkasse Siegen
IBAN:
DE54 4605 0001 0000 0100 90
SWIFT/BIC:
WELADED1SIE

Volksbank in Südwestfalen eG
IBAN:
DE69 4476 1534 0755 0005 01
SWIFT/BIC:
GENODEM1NRD

Umsatzsteuer-Nr.
342/5894/0610

den Seiten 33/34 beschriebenen Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen zur Vermeidung und zum Ausgleich nachteiliger Umweltauswirkungen im Hinblick auf das „Schutzgut Boden“ zur Anwendung kommen.

3. Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde

Aus naturschutzrechtlicher Sicht bestehen gegen das geplante Vorhaben keine grundsätzlichen Bedenken. Zu den aktuellen Planunterlagen wird jedoch folgender Überarbeitungsbedarf gesehen:

Zur 106. Änderung des Flächennutzungsplanes:

1. Um die naturschutzrechtlichen Rahmenbedingungen entsprechend vollständig darzustellen, ist eine Ergänzung des Begründungsentwurfes unter Ziff. 2.3 auf S. 8 wünschenswert: Es fehlt gem. § 20 (4) LNatSchG NRW die Bedingung, dass die Verbotsbestimmungen des Landschaftsplanes Siegen für das Landschaftsschutzgebiet Siegen bei Rechtskraft des Bebauungsplanes nur zurücktreten, sofern im Flächennutzungsplanverfahren seitens des Kreises als Träger der Landschaftsplanung nicht widersprochen wurde.

Zur Aufstellung Bebauungsplan Nr. 457 „Photovoltaikanlage Rothenberg“:

2. Der Entwurf der Begründung bedarf unter Ziff. 2.4 hinsichtlich der naturschutzrechtlichen Rahmenbedingungen der gleichen Ergänzung wie die Begründung des FNPs (siehe Punkt 1.).
3. Der Artenschutzrechtliche Fachbeitrag formuliert auf Seite 15 (Ziff. 6.2 / letzter Absatz) eine unklare Anmerkung bzgl. faunistischer Untersuchungen und Unterer Naturschutzbehörde und der Beitrag bedarf diesbezüglich einer Überarbeitung.
4. Der Artenschutzrechtliche Fachbeitrag formuliert unter Ziff. 6.3.1 in verbindlicher Form Maßnahmen, welche erforderlich sind um das Eintreten artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände zu vermeiden. In der Zusammenfassung unter Ziff. 7.0 des Fachbeitrages (sowie im Ergebnis auch in allen weiteren Unterlagen) werden die gleichen Maßnahmen hingegen in widersprüchlicher Weise im Konjunktiv formuliert, welches einen im Artenschutzrecht allerdings nicht vorhandenen Abwägungsspielraum suggeriert.
5. Im Übrigen wird unter gleicher Ziff. 6.3.1 des Fachbeitrages wie folgt formuliert: *„Das Eintreten unvermeidbarer Beeinträchtigungen wird durch die Einhaltung der folgenden Vermeidungsmaßnahmen sichergestellt.“*

Sofern jedoch unvermeidbare Beeinträchtigungen von Arten oder Habitaten entstehen, so sind diese i.S. des § 44 BNatSchG durch geeignete Maßnahmen des Artenschutzes zu kompensieren. Dieses wiederum ergibt sich allerdings aus den Planungsunterlagen bisher nicht.

6. Vorgesehen ist u.a. lt. Umweltbericht eine Kompensation des bilanzierten ökologischen Biotopwertverlustes in Höhe von 13.154 Punkten mittels Inanspruchnahme eines bei der Unteren Naturschutzbehörde geführten Ökokontos. Aus den Planungsunterlagen sollte hervorgehen, um welches Ökokonto es sich genau handelt. Außerdem wird empfohlen, sich für das weitere Vorgehen mit der uNB in Verbindung zu setzen.

4. Stellungnahme der Unteren Immissionsschutzbehörde

Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht bestehen gegen das geplante Vorhaben keine Bedenken. Anmerkungen und Hinweise werden nicht gegeben.

5. Sonstige Anmerkungen und Hinweise

1. Im Entwurf des Flächennutzungsplanes fehlt die Darstellung des Erholungsbereiches.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag



Ramona Plaschke

NABU

NABU-Siegen-Wittgenstein · Am Buchholz 1 · 57319 Bad Berleburg

Rathaus Geisweid
Lindenplatz 7
57078 Siegen
4/5-2AG Stadtplanung

Kreisverband Siegen-
Wittgenstein e.V.

Michael Düben
Am Buchholz 1
57319 Bad Berleburg

Tel.: 02751/5512
e-mail: michael.dueben@gmx.de
Bad Berleburg, 07.04.2022

Sebastian Capitza

Betr.: BPlan Nr 457 „PV-Anlage Rothenberg“

Ihr Schreiben vom 11.3.2022; Ihr Zeichen stadtplanung@siegen.de

Hier: Beteiligung der Träger öffentlicher Belange, NABU Siegen-Wittgenstein
Labü: SI-505/21

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Kreis Siegen-Wittgenstein ist der walddreichste Kreis Deutschlands, teilweise haben wir hier Waldanteile von 70 %. Dies bedeutet: Offenlandbereiche zur Produktion von Lebensmitteln durch die Landwirtschaft und als Lebensraum für viele Arten ist relativ knapp.

Durch die Nutzung dieser knappen Offenlandbereiche zur Etablierung von Solarparks soll angeblich, wie in diesem Fall, eine weitere landwirtschaftliche Nutzung beschränkt möglich sein. Auch wenn Landwirte Ausgleichszahlungen erhalten, werden Landwirte, wenn immer weitere Solarparks eingerichtet werden, versuchen, diese Produktionsverluste durch Intensivierung der Bearbeitung anderer Flächen zu kompensieren. Dies bedeutet dann eventuell Einsatz von Pestiziden und Herbiziden sowie noch größere Düngemengen, was wiederum zu einer Gefahr für unser Grund- und Trinkwasser führt.

Landwirte werden weniger bereit sein, Flächen entsprechend dem Vertragsnaturschutz extensiv zu bewirtschaften, so dass der Natur- und Artenschutz schwere Rückschläge erfahren könnte.

Schon jetzt wird ja wegen des Krieges in der Ukraine und der Ernährung der Weltbevölkerung darüber diskutiert, Brachflächen und ökologisch wertvolle Flächen zu intensivieren um genügend Nahrungsmittel herzustellen.

Eine Nutzung immer mehr landwirtschaftlicher Flächen zur Gewinnung von Solarenergie verschärft diesen Effekt gewaltig und auch der Natur- und Artenschutz leidet darunter.

Wie sollen z.B. Greifvögel und Eulen auf einem mit Solarpaneelen ausgestatteten Gebiet Mäuse jagen, um überleben zu können?

Dabei ist die Nutzung der Offenlandbereiche zur Erzeugung von erneuerbaren Energien nicht notwendig, da es genügend Alternativen gibt. Laut ZDF heute werden in Deutschland noch nicht einmal 10 % der nach Süden ausgerichteten zur Erzeugung von Strom durch Sonnenenergie geeigneten Dachflächen mit Paneelen genutzt.

Überall, so auch in Siegen, gibt es großflächig versiegelte Flächen, wie z.B. Parkplätze und große Dächer von Industriehallen in Gewerbegebieten, die sich zur Nutzung durch Fotovoltaik anbieten. Speziell in den Gewerbegebieten könnte der Strom dann sofort ohne große Leitungsverluste genutzt werden.

Die Nutzung von Offenlandflächen zur Installation von Fotovoltaikanlagen ist sicherlich die preisgünstige Möglichkeit, Sonnenstrom zu erzeugen. Dies bedeutet, dass hier am einfachsten auch das meiste Geld verdient werden kann.

Um die Folgen des Klimawandels zu beherrschen, sollte allerdings nicht das größte Profitstreben, sondern die Vernunft zur Anwendung kommen. Es kann nicht sein, dass wir immer mehr Naturraum nutzen und versiegeln in Zeiten einer weltweiten Biodiversitätskrise mit ungeheurem Artensterben. **Da es also sinnvolle, naturschonende Alternativen gibt, lehnen wir diese Planungen ab.**

Mit freundlichem Gruß

Michael Düben



NABU-Siegen-Wittgenstein Kirchweg 17 57271 Hilchenbach

An
Herrn Sebastian Kapitza
4/5-2AG Stadtplanung
Rathaus Geisweid
Lindenplatz 7
57078 Siegen

Kreisverband Siegen-Wittgenstein

1. Vorsitzende

Prof. Dr. Klaudia Witte
Kirchwiese 12
57078 Siegen

Tel.: 0271/ 2385184

e-mail: witte@biologie.uni-siegen.de

Siegen, den 22.04.2022

Sehr geehrter Herr Kapitza,

in ihrer Mail vom 11. März 2022 baten Sie mich um eine Stellungnahme zum BPlan Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg" im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange § 4 (2) BauGB. Mit diesem Schreiben lege ich Ihnen meine Stellungnahme als 1. Vorsitzende des NABU KV Siegen-Wittgenstein vor.

Die Stadt Siegen plant auf einer Fläche des offenen Grünlandes eine PV-Anlage, die Teil einer wichtigen Biotopverbundfläche ist. Daher ist der Artenschutzrechtliche Fachbeitrag von großer Bedeutung. Dieser Fachbeitrag wurde von Herrn Mestermann, Büro für Landschaftsplanung durchgeführt. Auf S. 5 des Berichts schreibt Herr Mestermann: „Im Rahmen der Artenschutzprüfung ist eine ausreichende Ermittlung und Bestandsaufnahme der im Untersuchungsraum vorkommenden Tier- und Pflanzenarten erforderlich. Im Regelfall bedarf es einer Gesamtschau, die sich auf eine Auswertung vorhandener Erkenntnisse (z. B. Datenbanken) und bei Bedarf auch methodisch beanstandungsfreie Erfassungen vor Ort gründet.“

Der Verfasser war jedoch nur an einem **einzigen Termin, am 20. Mai 2021**, tagsüber vor Ort. Aufgrund der Witterungslage im Frühjahr 2021 war die Entwicklung der Vegetation etwa 10-14 Tage hinter der normalen Entwicklung zurück. Das heißt, eine Vegetationsaufnahme war an dem Termin nicht möglich. Daher wundert es auch nicht, dass keine Artenliste vorgelegt wurde. Dieser Termin ist zudem viel zu früh im Jahr, um planungsrelevante Arten, wie z. B. den Dunklen Wiesenknopf-Ameisenbläuling (*Maculinea nausithous*) anzutreffen, denn seine Flugzeit ist von Mitte Juli bis Mitte August. Auch kann im Mai noch nicht der für die Entwicklung des Dunklen Wiesenknopf-Ameisenbläuling wichtige Große Wiesenknopf (*Sanguisorba officinalis*) erkannt werden. Es ist jedoch nicht unwahrscheinlich, dass sowohl diese Pflanze als auch der Bläuling auf dieser Fläche vorkommen. Denn die Recherche zu dieser Fläche ergab, dass „Das Plangebiet liegt im Bereich der Biotopverbundfläche VB-A-5113-012 „Nördlicher Giebelwald“. Des Weiteren liegen etwa 340 m östlich des Plangebietes die Biotopverbundflächen VB-A-5113-016 „Siegtal zwischen Deuz und Siegen“ sowie VB-A-5015-022

„Siegtal“. Es werden der Dunkle Wiesenknopf-Ameisenbläuling sowie Rotmilan und Raubwürger als planungsrelevante Arten genannt (LANUV 2021A).“ (S. 21).

Auf S. 26 kommt daher Herr Mestermann zu dem Schluss, dass „die Auswertung der Schutzgebiete bzw. schutzwürdigen Bereiche Hinweise zum Vorkommen von Rotmilan, Raubwürger und Dunklem Wiesenknopf-Ameisenbläuling [ergab].

Danach gleicht Herr Mestermann die Daten seiner einzigen Begehung am 20.5.2022 mit den Daten des LANUV ab. Ab hier wird der Bericht unseriös. Herr Mestermann kommt auf Grundlage seiner einzigen Begehung am 20.5.2021 zu dem Schluss, dass „eine artenschutzrechtliche Betroffenheit für die folgende Schmetterlingsart gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG wird somit voraussichtlich ausgeschlossen:

- Dunkler Wiesenknopf Ameisenbläuling.“

Diese Schlussfolgerung ist aus vielerlei Hinsicht unseriös. Ersten fand nur eine Begehung statt, was den Richtlinien einer artenschutzrechtlichen Prüfung nicht genügt. Zweitens konnte der Ameisenbläuling nicht beobachtet werden, da die Begehung für diese Art zum falschen Zeitpunkt stattfand. Auch ist es im Mai noch nicht möglich, die Rosettenblätter des Großen Wiesenknopfs zu finden. Interessanterweise unterscheiden sich die beiden mir vorliegenden Fachbeiträge von Herrn Mestermann in diesem Punkt. Der eine Fachbeitrag (vom Juli 2021) wurde mir im September 2021 zur Verfügung gestellt, der zweite (von Januar 2022) im März 2022 auf dem Portal der Stadt Siegen (vergleiche jeweils S. 28).

Ebenso kommt der Gutachter zu dem Schluss hinsichtlich **besonders geschützter Pflanzenarten**: „Die Landschaftsinformationssammlung NRW führt keine Fundorte von geschützten Pflanzen und auch keine Hinweise zu gesetzlich geschützten Biotopen auf. Bei der Kartierung Ende Mai 2021 wurden ebenfalls keine Hinweise auf geschützte Pflanzenarten erbracht.“

Wie oben beschrieben konnte am 20.5.21 keine Vegetationsaufnahme stattfinden. Dies gilt insbesondere für den Großen Wiesenknopf. Es sei denn, es ist ein Spezialist, der alle Pflanzen anhand der vegetativen Teile eindeutig bestimmen kann.

Außerdem fehlt ein Monitoring der Fledermäuse, was in der Dämmerung bzw. nachts stattfinden muss und ein Vogelmonitoring, das an mehreren Tagen früh morgens hätte stattfinden müssen.

Als Schutzzweck für diese Biotopverbundflächen werden Rotmilan und Raubwürger genannt. Durch das Planvorhaben geht eindeutig notwendiger Lebensraum dieser Vogelarten verloren.

Im Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag werden die Auswirkungen einer PV-Anlage auf die Fledermäuse leider völlig falsch eingestuft. Durch die Abdeckung der Grünlandfläche durch die PV-Module ist die Fläche kein ergiebiges Jagdgebiet mehr für Fledermäuse. Lediglich fliegenden Insekten könnten noch erjagt werden, wobei klar sein wird, dass das Vorkommen an Fluginsekten nach Aufstellung der Anlage auf dieser Fläche geringer sein wird als jetzt. Die Jagd nach Mist- oder Laufkäfern wird hier nicht mehr möglich sein.

Das Plangebiet ist Teil einer Biotopverbundfläche. Da hier die gesamte Planfläche eingezäunt werden soll, muss gutachterlich noch genauer geprüft werden, ob dennoch ein Biotopverbund weiterhin möglich ist. Laut artenschutzrechtlichem Fachbeitrag gibt es hier die Auflage, dass die Einfriedung einen Mindestabstand von 20 cm zur Bodenkante aufweisen muss. Diese Auflage muss auch im eigentlichen B-Plan aufgeführt werden.

Trotz der vielen Mängel, die dieses Gutachten aufweist, kommt der Verfasser zu dem klaren Ergebnis: „Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ in Verbindung mit der 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen hat keine artenschutzrechtlichen Auswirkungen auf die genannten planungsrelevanten Arten. Eine vertiefende Prüfung der Verbotstatbestände gemäß Stufe II ist demnach nicht durchzuführen.“

Dieser Aussage widerspreche ich hiermit und fordere eine ASP Stufe II, die alle planungsrelevanten Arten im Rahmen eines Monitorings umfasst und erfasst.

Ferner bleibt völlig offen, wie sich die Umzäunung der Anlage auf den Wildwechsel und auf die Zerschneidung von Territorien kleiner Säuger auswirkt. Wildwechsle.

Ich begrüße es sehr, dass sich die Universitätsstadt Siegen den Erneuerbaren Energien öffnet und Solarenergie nutzen will. Allerdings sollte dies nicht zum Nachteil des Natur- und Artenschutzes sein.

Die **Universitätsstadt Essen** geht andere Wege. In der folgenden Abbildung 1 sehen Sie eine komplette Hausfront mit PV-Modulen. Auch die Stadt Siegen hat ein hohes Potential Häuserwände und bereits verbaute Flächen (Gewerbegebiete, Parkhausdächer etc.) für PV-Anlagen zu nutzen. Da ist nur Kreativität gefragt. Da im Stadtgebiet und in den Gewerbegebieten Alternativen für PV-Anlagen vorhanden sind, lehne ich eine PV-Anlage im Biotopverbundsystem Rothenburg ab.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Klaudia Witte



Abb. 1. Hausfront mit PV-Modulen eines Hochhauses in Essen. (Foto: K. Witte)

Landwirtschaftskammer NRW · Dünnefeldweg 13 · 59872 Meschede

Universitätsstadt Siegen
Der Bürgermeister
Arbeitsgruppe 4/5-2 Stadtplanung
Herrn Kapitza
Lindenplatz 7
57078 Siegen

Kreisstelle

☐ Hochsauerland

Mail: meschede@lwk.nrw.de

☐ Olpe

Mail: olpe@lwk.nrw.de

☒ Siegen-Wittgenstein

Mail: siegen@lwk.nrw.de

Dünnefeldweg 13

59872 Meschede

Tel. 0291 9915-0, Fax -33

www.landwirtschaftskammer.de

Auskunft erteilt: Frau Stratmann

Durchwahl: 69

Mail: janina.stratmann@lwk.nrw.de

Meschede 29.04.2022

BPlan Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ und 106. FNP-Änderung

Hier: Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Ausweisung von Sondergebieten mit der Zweckbestimmung „PV-Anlage“ ist aus landwirtschaftlicher Sicht grundsätzlich abzulehnen. Eine Überplanung landwirtschaftlicher Nutzflächen durch Photovoltaikanlagen entzieht diese dauerhaft der Lebensmittelproduktion, da eine landwirtschaftliche Nutzung unterhalb der Anlage nur noch mit erheblichen Einschränkungen oder gar nicht möglich ist.

Auch in vorliegendem Fall wird die Grünlandfläche entgegen der Darstellung auf S.16 der Begründung zu o.g. FNP-Änderung sowie S.17 der Begründung zu o.g. Bebauungsplanaufstellung zur Lebensmittelproduktion genutzt, da auch die Futtermittelerzeugung für landwirtschaftliche Nutztiere Teil der Lebensmittelproduktion ist.

Eines der Hauptziele der Agrarpolitik bzw. der Landwirtschaft ist die Bereitstellung von sicheren und ausreichenden Nahrungsmitteln, um vor dem Hintergrund des steigenden weltweiten Bedarfs und starker Marktschwankungen zur Ernährungssicherheit beizutragen. Gerade in den letzten Wochen hat das Thema der Ernährungssicherheit durch den Russland-Ukraine-Krieg wieder an Bedeutung gewonnen und wird auch in den nächsten Jahren weiter ein bedeutendes Thema bleiben. Die Abhängigkeit von russischen Energielieferungen und die Verknappung von Sonnenblumenöl und Weizen auf den Weltmärkten belegen die Bedeutung einer lokalen, regionalen und nachhaltigen Lebensmittelproduktion. Während die Landwirtschaft jedoch auf landwirtschaftliche Nutzflächen zur Lebensmittelproduktion angewiesen ist, kann die Energieproduktion mittels Photovoltaikanlagen auch auf anderen Flächen erfolgen.

Bezüglich des Kapitels 5.0 „Anderweitige Planungsmöglichkeiten und Null-Variante“ des Umweltberichts weisen wir darauf hin, dass es zahlreiche Planungsalternativen, z.B. durch Realisierung des Projektes auf bereits vorbelasteten, versiegelten Flächen gibt. Diese anderweitigen Planungsmöglichkeiten wurden im Umweltbericht nicht in Betracht gezogen. Der Umweltbericht ist daher aus landwirtschaftlich-fachbehördlicher Sicht nicht vollständig und entspricht nicht den Anforderungen des § 2 Abs. 4 BauGB.

Eine sorgfältige und detaillierte Alternativflächenprüfung ist auch aufgrund des § 1a BauGB vorgeschrieben. Dort heißt es, dass mit Grund und Boden sparsam umgegangen werden soll. Zur Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen sind die Möglichkeiten der Entwicklung der Gemeinde insbesondere durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und andere Maßnahmen der Innenentwicklung zu nutzen [...]. Landwirtschaftlich, als Wald oder für Wohnzwecke genutzte Flächen sollen nur im notwendigen Umfang umgenutzt werden. [...] Die Notwendigkeit der Umwandlung landwirtschaftlich [...] genutzter Flächen soll begründet werden; dabei sollen Ermittlungen zu den Möglichkeiten der Innenentwicklung zugrunde gelegt werden, zu denen insbesondere Brachflächen, Gebäudeleerstand, Baulücken und andere Nachverdichtungsmöglichkeiten zählen können.

Aus landwirtschaftlich-fachbehördlicher Sicht ist im Falle von Photovoltaikanlagen daher erst dann von einer notwendigen Umwandlung landwirtschaftlicher Flächen auszugehen, wenn bereits sämtliche im Stadt-/ oder Gemeindegebiet liegenden Potenzialflächen für die solare Energiegewinnung genutzt werden. Dazu sind nicht nur die im Stadt-/ Gemeindegebiet liegenden nicht-landwirtschaftlichen Freiflächen (Böschungen, Halden, Steinbrüche, Brach- und Konversionsflächen etc.) sondern in Anlehnung an § 1a BauGB auch bereits versiegelte Flächen (Dachflächen, Parkplätze etc.) zu berücksichtigen.

Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit Alternativflächen hat aus meiner Sicht nicht stattgefunden. Dies kann nicht allein dadurch begründet werden, dass auf Freiflächen eine größere und effizientere Stromerzeugung als auf Dachflächenanlagen möglich ist, da dies eine sehr einseitige Betrachtung des Nutzungskonflikts darstellt und keine anderweitigen Belange Berücksichtigung finden. Das Solarkataster des LANUV weist noch zahlreiche Potenzialflächen auf bereits versiegelten Flächen aus.

Die Photovoltaikanlage soll nur vorübergehend an besagter Stelle betrieben werden. Zudem hat die Photovoltaikanlage positive Umweltwirkungen (CO₂-neutrale Energieproduktion). Darüber hinaus soll die Errichtung laut S. 28f. des Umweltberichts positive Auswirkungen auf den Umweltzustand der Fläche haben. Es wird daher gefordert, dass auf Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen aufgrund der beschriebenen Umweltleistungen grundsätzlich verzichtet wird.

Die im Rahmen des Umweltberichts angefertigte Ausgleichbilanzierung kann aus landwirtschaftlich-fachbehördlicher Sicht nicht nachvollzogen werden. Die in Abbildung 17 des Umweltberichts dargestellten Bereiche 3.5* werden als Artenreiche Mähwiese im

Bereich der PV-Anlage mit dem Wertfaktor „2“ berücksichtigt. Die Flächen dürften einem extensiv genutzten Grünland in der Regel in nichts nachstehen und daher mindestens ein Wertfaktor von 5 angesetzt werden. Ganz im Gegenteil müsste laut der Darstellung des Umweltberichts u.a. auf S. 28f. sowie S.33f eher ein deutlich höherer Wertfaktor angenommen werden. Letzteres gilt auch für die Bereiche 3.5. Die vorgenommenen Abschläge hinsichtlich der Bereiche 3.5* erscheinen willkürlich sowie zu Aussagen des Umweltberichts widersprüchlich und ohne fachlichen Hintergrund gewählt zu sein. Andernfalls sollte in einem städtebaulichen Vertrag nach § 11 BauGB festgehalten werden, dass die Anlage so errichtet wird und die Flächen unter und zwischen den Modulen so bewirtschaftet werden, dass für die Bereiche 3.5* mindestens 5 Werteinheiten erzielt werden können.

Die überschüssigen ökologischen Werteinheiten sind einem Ökokonto gutzuschreiben und vorrangig vor der weiteren Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Nutzflächen für Ausgleichsmaßnahmen zu nutzen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Stratmann

Netzauskunft

PLEdoc GmbH □ Postfach 12 02 55 □ 45312 Essen

Telefon 0201/36 59 - 0
E-Mail netzauskunft@pledoc.de

Universitätsstadt Siegen
AG 4/5-2 Stadtplanung
Sebastian Kapitza
Lindenplatz 7
57078 Siegen

zuständig Christine Pietrowski
Durchwahl 0201/3659-460

Ihr Zeichen	Ihre Nachricht vom	Anfrage an	unser Zeichen	Datum
	11.03.2022	PLEdoc	20220305493	04.04.2022

Bebauungsplan Nr. 457 "Photovoltaik-Anlage Rothenberg" und 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen
Hier: Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Absatz 2 BauGB

Tabelle der betroffenen Anlagen:

Eigentümer	Leitungstyp	Status	Leitungsnr.	Blatt	Schutzstreifen m	Beauftragter
GasLINE	LWL-KSR-Anlage	in Betrieb	GLT_112_101	10	2	Maintenance Management Center (MMC) 0201/3642-17866 https://einweisung.mmc-portal.de

Bezug: unser Schreiben 20210800738 an Sie vom 09.08.2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

von der Open Grid Europe GmbH (OGE), Essen und der GasLINE GmbH & Co. KG, Straelen, sind wir mit der Wahrnehmung ihrer Interessen im Rahmen der Bearbeitung von Fremdplanungsanfragen und öffentlich-rechtlichen Verfahren beauftragt.

Mit unserem Bezugsschreiben haben wir Ihnen im Rahmen der frühzeitige Öffentlichkeitsunterrichtung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB eine Stellungnahme angefertigt. Die dort genannten Auflagen / Hinweise haben nach wie vor Gültigkeit und sind zu beachten.

Mit freundlichen Grüßen
PLEdoc GmbH

- Dieses Schreiben ist ohne Unterschrift gültig -

Geschäftsführer: Marc-André Wegener

PLEdoc GmbH • Gladbecker Straße 404 • 45326 Essen
Telefon: 0201 / 36 59-0 • Telefax 0201/ 36 59-163 • E-Mail: info@pledoc.de • Internet: www.pledoc.de
Amtsgericht Essen - Handelsregister B 9864 • USt-IdNr. DE 170738401
IBAN: DE83 3604 0039 0120 8115 00 • SWIFT: COBA DE FF 360

Zertifiziert nach
DIN EN ISO 9001
Zertifikatsnummer
SQ-9001 AU 6020





Regionalniederlassung Südwestfalen

Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen
Regionalniederlassung Südwestfalen
Postfach 1164 · 57235 Netphen

Universitätsstadt Siegen

Postfach 10 03 52
57003 Siegen



Kontakt: Georg Schumann
Telefon: 0271/3372-269
e-mail: georg.schumann@strassen.nrw.de
e-mail: zur Online-Beteiligung an Bauleitplanverfahren
plan3.hs.si@strassen.nrw.de
Zeichen: 54.02.09 / 16.19 - 47 / SW / 4402
Datum: 26.04.2022

**Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“,
im Parallelverfahren zur 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen;**

- Ihr Schreiben (per e-mail) vom 11.03.2022, Az.: - ohne -
- Meine Stellungnahme vom 01.09.2021, Az.: - w.o. -

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu den o.a. Bauleitplanungen der Stadt Siegen (*Bebauungsplan Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“* sowie *106. Änderung des Flächennutzungsplanes*) habe ich zuletzt mit Schreiben vom 01.09.2021 Stellung bezogen.

Im Beteiligungsverfahren zur öffentlichen Auslegung gem. § 3 (2) BauGB nehme ich für den Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen hierzu nunmehr wie folgt Stellung:

zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr 457 „PV-Anlage Rothenberg“

Gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“, somit Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung einer durch die Siegener Versorgungsbetriebe zu betreibende „Freiflächen-Photovoltaikanlage“ bestehen meinerseits keine grundsätzlichen Bedenken mehr.

Laut Punkt 3.2. **Maß der baulichen Nutzung - Unterpunkt Erschließung** - erfolgt die verkehrliche Erschließung der PV-Anlage ausschließlich über die südlich der Anlage vorhandene Buswende, welche in Stat. ~ 1,330 bereits verkehrsgerecht an die Landesstraße Nr. 533 angebunden ist.

Die besagte Buswende liegt noch im freien Streckenzug der Landesstraße allerdings innerhalb der per Ortstafel „verkehrsrechtlich“ festgesetzten Ortsdurchfahrt.

Die verkehrliche Erschließung der Anlage kann somit als gesichert angesehen werden.

- bitte wenden

Straßen.NRW-Betriebsitz · Postfach 10 16 53 · 45816 Gelsenkirchen ·
Telefon: 0209/3808-0
Internet: www.strassen.nrw.de · E-Mail: kontakt@strassen.nrw.de

Landesbank Hessen-Thüringen
IBAN: DE2030050000004005815 BIC: WELADED3
Steuernummer: 319/5922/5316

Regionalniederlassung Südwestfalen

Untere Industriestr. 20 · 57250 Netphen
Postfach 1164 · 57235 Netphen
Telefon: 0271/3372-0
kontakt.rml.sw@strassen.nrw.de

Ich weise allerdings weiter darauf hin, dass - *nach ständiger Rechtsprechung* - Zufahrten zu freien Strecken klassifizierter Straßen auf ein unbedingt notwendiges Maß begrenzt bleiben sollen.

Über die o.a. Zuwegung (Buswende) hinaus dürfen keine weiteren Zufahrten oder Zugänge an die Landesstraße vorgesehen bzw. angelegt werden.

Hier insbesondere die im nördlich Bereich der Anlage im Zuge der Landesstraße - etwa in Stat. 1,480 - vorhandene Zuwegung zu der dort vorhandenen Mobilfunkanlage darf nicht der verkehrlichen Erschließung der Photovoltaik-Anlage dienen.

zur 106. Änderung des Flächennutzungsplan

Gegen die 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen und somit Umwandlung einer „Grünfläche“ in eine „Sonderbaufläche“ mit der Zweckbestimmung „Photovoltaik-Anlage“ bestehen meinerseits dann keine grundsätzlichen Bedenken mehr, wenn die weiter oben, in Bezug auf die verkehrliche Erschließung angesprochenen Punkte Beachtung finden.

Das Inkrafttreten der Bauleitpläne bitte ich mir zu gegebener Zeit bekannt zu geben.

Nach Inkrafttreten bitte ich um Zusendung einer Fassung des rechtskräftigen Bebauungsplanes nebst einer Ausschnitts Kopie des wirksamen Flächennutzungsplanes mit eingearbeiteter Änderung in je 1-facher Ausfertigung für meinen Dienstgebrauch.

Verpflichtungen des Landesbetriebes Straßenbau Nordrhein-Westfalen zur Durchführung geplanter Maßnahmen oder zu einer finanziellen Beteiligung können aus dieser Stellungnahme nicht hergeleitet werden.

Mit freundlichen Grüßen

i.A.


Georg Schumann

LWL-Archäologie für Westfalen - In der Wüste 4 - 57462 Olpe

Stadt Siegen
Amt für Städtebau
Postfach 10 03 52

57003 Siegen

Servicezeiten:

Mo.-Do. 8.30 - 12.30 Uhr, 14.00 - 15.30 Uhr

Freitag 8.30 - 12.30 Uhr

Ansprechpartnerin:
Melanie Röring B.A.
Planbearbeitung
Tel.: 02761 9375-42
Fax: 02761 937520
E-Mail: melanie.roering@lwl.org

Az.: 1336rö22.eml
Olpe, 24.03.2022

BPlan Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg"
Ihr Schreiben vom 11.03.2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Übersendung der o.g. Planunterlagen bedanken wir uns.

Gegen die o.g. Planung bestehen aus Sicht der Archäologischen Denkmalpflege keine Bedenken.

Im Auftrag
gez.

Prof. Dr. Michael Baales
(Leiter der Außenstelle)

f. d. R.

Melanie Röring B.A.

Von: [Götttert, Regine](#)
An: [Stadtplanung, Siegen](#)
Thema: [extern] Bebauungsplan Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg" - WVS NICHT BETROFFEN
Datum: Montag, 14. März 2022 12:21:21

Bebauungsplan Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg"; Siegen, Flur 12 Flurstück 12

Ihr Zeichen:

Ihr Datum: 11. März 2022

Unser Zeichen: 1-1-14 / T10

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Anfrage.

In dem angezeigten Bereich in Siegen, Flur 12, Flurstücke 12 sind **keine** Versorgungsleitungen des Wasserverbandes Siegen-Wittgenstein betroffen.

Wenn Sie Fragen haben, rufen Sie mich bitte an.

Freundliche Grüße vom Wasserverband

Regine Götttert

Technische Abteilung

Wasserverband Siegen-Wittgenstein
Einheitsstraße 23
57076 Siegen
Telefon +49 271 7096-47
Telefax +49 271 71098
r.goetttert@wvs.nrw
www.wvs.nrw



Bitte denken Sie an die Umwelt - müssen Sie diese E-Mail wirklich ausdrucken?

Bebauungsplan Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“

106 Änderung des Flächennutzungsplanes

Anlage 4

Abwägung

Darstellung und Auswertung der im Verfahren vorgebrachten Belange aus

- der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie § 4 Abs. 2 BauGB)
- der Beteiligung der Öffentlichkeit (gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie § 3 Abs. 2 BauGB)

Die einzelnen Stellungnahmen sind mit ihrem Inhalt der Anlage 3 zu entnehmen.

Vorbemerkung

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit für den Bebauungsplan und der Flächennutzungsplanänderung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB fand in der Zeit vom 09.08.2021 bis 27.08.2021 statt. Ein Bürger hat innerhalb des Zeitraumes eine Stellungnahme abgegeben. Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB wurde in der Zeit vom 04.08.2021 bis 03.09.2021 durchgeführt. Die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB fand vom 21.03.2022 bis 29.04.2022. Hierbei wurde keine Stellungnahme abgegeben. Die Beteiligung der TÖB gemäß § 4 Abs. 2 BauGB fand vom 11.03.2022 bis 29.04.2022 statt.

Sachverhalte / Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange

gem. § 4 Abs. 1 BauGB

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
1.	11.08.2021	Bezirksregierung Arnsberg Abt. 6 Bergbau und Energie NRW	Keine Bedenken oder Anregungen Die Planfläche liegt über den auf Eisenerz verliehenen inzwischen erloschenen Bergwerksfeldern „Lina I“ und „Wilhelmshöhe I“. Bergbau hat nach den hier vorliegenden Unterlagen im Plangebiet nicht stattgefunden.	Beschlussempfehlung entfällt
2.	26.08.2021	Die Autobahn GmbH des Bundes	<p>1. Die Eintragung der Anbauverbots- und Anbaubeschränkungszone wurde gefordert</p> <p>2. Die PV-Anlage sowie weitere Hochbauten müssen einen Mindestabstand von 40 m zur BAB A45 aufweisen.</p> <p>3. Eine Blendung der Verkehrsteilnehmer auf der BAB Anschlussstelle kann nicht ausgeschlossen werden. Daher ist ein Nachweis vorzulegen</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt Die Anbauverbot- und Anbaubeschränkungszone wurde im Bebauungsplan eingetragen.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Der Mindestabstand wird im B-Plan eingehalten.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Aufgrund des Höhenunterschiedes zwischen dem Flurstück und der BAB 45, des Geländegefälles und des Laubbaum- und Strauchbestandes kann davon ausgegangen werden, dass blendreduzierende Maßnahmen nicht notwendig sind. Eine Blendwirkung kann durch die am östlichen Rand des Flurstücks gegebenen Baum-</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
				<p>/Strauchbestände ausgeschlossen werden, was durch deren hohe Dichte ebenso für die Wintermonate gilt. Für den Fall, dass die vorhandenen Laub- und Strauchbestände nicht mehr vorhanden wären, verhindert die Höhenlage des Flurstücks eine Blendwirkung der PV-Anlage auf den Verkehr der BAB 45. Der Verkehr auf der nördlich entlang des Flurstücks verlaufenden L 533 (Siegener Straße) wird durch die Neigung und die südwestliche Ausrichtung der Anlage ebenfalls nicht geblendet.</p>
			<p>4. Werbeanlagen jeder Art dürfen weder auf Straßengebiet noch innerhalb der Anbauverbotszone errichtet oder angebracht werden. In der Anbaubeschränkungszone bedürfen Anträge der Zustimmung des Fernstraßen-Bundesamtes (FBA). Dies gilt auch für Schilder bauausführenden Firmen.</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt Entsprechender Hinweis wurde im Bebauungsplan aufgenommen.</p>
			<p>5. Anfallendes Oberflächenwasser ist nicht der BAB-Straßenentwässerung zuzuleiten</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt Entsprechender Hinweis wurde im Begründung aufgenommen.</p>
			<p>6. Es wird darauf hingewiesen, dass der gem. EEG 2021 vorgegebene und mindestens 15 m breite Naturschutz-Korridor außerhalb der Anbauverbotszone anzuordnen ist.</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt Ein von der EEG 2021 geforderte min. 15 m breiter Korridor zwischen der PV-Freifläche und dem äußeren Fahrbahnrand ist vorhanden.</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
	03.09.2021 (Mail)	Die Autobahn GmbH des Bundes	<p>7. Aufgrund der Nähe zur L 533 ist auch der Landesbetrieb Straßenbau NRW an diesem Verfahren zu beteiligen.</p> <p>1. Die Autobahn GmbH sowie das Fernstraßenbundesamt benötigen einen Nachweis zur Beurteilung der Blendfreiheit. Sollte eine Blendung durch örtliche Verhältnisse ausgeschlossen sein, so ist ein zusätzliches Blendgutachten nicht erforderlich.</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt Der Landesbetrieb Straßenbau NRW wurde bereits beteiligt.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Aufgrund des Höhenunterschiedes zwischen dem Flurstück und der BAB 45, des Geländegefälles und des Laubbaum- und Strauchbestandes kann davon ausgegangen werden, dass blendreduzierende Maßnahmen nicht notwendig sind. Eine Blendwirkung kann durch die am östlichen Rand des Flurstücks gegebenen Baum-/Strauchbestände ausgeschlossen werden, was durch deren hohe Dichte ebenso für die Wintermonate gilt. Für den Fall, dass die vorhandenen Laub- und Strauchbestände nicht mehr vorhanden wären, verhindert die Höhenlage des Flurstücks eine Blendwirkung der PV-Anlage auf den Verkehr der BAB 45. Der Verkehr auf der nördlich entlang des Flurstücks verlaufenden L 533 (Siegener Straße) wird durch die Neigung und die südwestliche Ausrichtung der Anlage ebenfalls nicht geblendet.</p>
3.	13.09.2021	Kreis Siegen-Wittgenstein 1. Untere Wasserbehörde) (Stellungnahmen zum B-Plan und FNP)	Die Umsetzung der Planung wird im Hinblick auf das Schutzgut Wasser keine relevanten Auswirkungen haben.	Beschlussempfehlung entfällt

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
		2. Untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde (Stellungnahmen zum B-Plan und FNP)	Keine Anregungen oder Bedenken	Beschlussempfehlung entfällt
		3. Untere Naturschutzbehörde (Stellungnahme zum B-Plan)	<p>1. Die Bodenfreiheit der Zaunanlage von 20 cm wird positiv bewertet. Für Rehwild erscheinen 20 cm Bodenfreiheit allerdings zu gering.</p> <p>2. Inwiefern nur einmalige Ortsbegehung für eine hinreichende Bewertung artenschutzfachlicher und –rechtlicher Aspekte ausreichend war ist anhand der Unterlagen nicht abschließend zu beurteilen. Die äußeren Faktoren, wie z.B. die Witterungsbedingungen, Dauer und Tageszeiten wurden nicht genannt.</p>	<p>Der Anregung wird gefolgt Es wird eine Zaunanlage mit einer Bodenfreiheit von 20 cm festgesetzt. Diese ermöglicht es Mittelsäugern auf diese Fläche zu gelangen. Für Großsäuger ist eine Zugänglichkeit nicht gegeben, jedoch stehen in der näheren Umgebung weitere Grünflächen zur Verfügung. Eine Zugänglichkeit dieser Flächen für Großsäuger ist weiterhin über die an das Plangebiet angrenzenden Waldbestände möglich.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Die Potenzial-Analyse erfolgt durch eine fachkundige Beurteilung der Flächen/Strukturen bezüglich ihres Lebensraumpotenzials durch in der Regel einmalige örtliche Begehung („faunistisch kundige Übersichtsbegehung“, vgl. ALBRECHT et al. 2014). Faunistische und floristische Erfassungen wurden von der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein für das Bauleitplanverfahren nicht gefordert. Der artenschutzrechtliche Fachbeitrag ist daher als worst-case-Betrachtung durchgeführt worden. Die äußeren Faktoren der Ortsbegehung</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			3. Anmerkungen zur ökologischen Flächenbilanzierung.	wurden im Umweltbericht und dem Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag ergänzt. Beschlussempfehlung entfällt Die Bilanzierung wurde auf die GRZ 0,6 angepasst. Beeinträchtigung Landschaftsbild wurde verbal argumentativ erläutert und nicht in die Bewertung mit aufgenommen, da keine erhebliche Beeinträchtigung entstehen sind.
			4. Die Planurkunde bedarf der Hinweise über Berücksichtigung der Verbotsbestimmungen und der Abzeichnung der artenschutzrechtlichen Verbotsbestände.	Beschlussempfehlung entfällt Die entsprechenden Hinweise wurden im Bebauungsplan aufgenommen.
		3. Untere Naturschutzbehörde (Stellungnahme zum FNP)	1. Die Berücksichtigung des naturschutzrechtlichen Vermeidungsgebotes zur Umsetzung der kommunalen Klimaschutzziele ist zu prüfen. Dies gilt auch vor dem Hintergrund, dass sich z.B. große öffentliche Flachdachgebäude für die Nutzung als PV-Standorte anbieten und dadurch die Inanspruchnahme der Landwirtschaftsflächen und Erholung dienender Freiraumbereiche vermieden werden könnten.	Beschlussempfehlung entfällt Der Rat der Stadt Siegen am 26.02.2020 den Beschluss gefasst, die Kapazitäten der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien kurzfristig im Stadtgebiet auszubauen. Die Verwaltung wurde diesbezüglich beauftragt, geeignete Flächen im Stadtgebiet unter Berücksichtigung ökologischer und städtebaulicher Aspekte für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen zu prüfen. Daraufhin hat der Rat der Stadt Siegen am 15.12.2020 beschlossen, eine Potenzialflächenanalyse für die Errichtung von PV-Freiflächenanlagen im Stadtgebiet Siegen zu erstellen und die notwendigen, sich aus der Analyse ergebenden Bauleitplanverfahren selbst durchzuführen

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
				<p>Das vom kommunalen Vorhabenträger SVB in Siegen-Gosenbach am Rothenberg verfolgte Projekt ist als wichtiger Impuls für die Umsetzung der Energiewende in der Region einzuordnen. Es stellt einen ersten maßgeblichen kommunalen Baustein zum Aufbau von Kapazitäten zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien im Stadtgebiet Siegen dar. Der zu beschreitende Ausbaupfad in der Stadt Siegen wird zukünftig sowohl die Umsetzung von Freiflächen- als auch Dachflächenanlagen bedingen. Im Vergleich zu Dachflächenanlagen führen Freiflächenanlagen in der Regel zu einer deutlich größeren und effizienteren Stromerzeugung als Dachflächenanlagen. Da sich die potenziellen Freiflächen in den beschriebenen Förderkulissen in peripheren und damit netztechnisch weniger stark beanspruchten Gebieten befinden, ist zudem hervorzuheben, dass die notwendige Netzanschlusskapazität dort überwiegend vorhanden ist. Hingegen ist bei vergleichbar großen Projekten auf Dachflächen häufig festzustellen, dass entweder die Netzanschlusskapazität oder die notwendigen Traglasten der Dächer nicht gegeben sind.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Die Ergänzung zur Betroffenheit des Landschaftsschutzgebietes im Umweltbericht</p>
			2. Der vorgesehene Änderungsbereich befindet sich im Geltungsbereich des über den Landschaftsplan Siegen ausgewiesenen	

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			<p>Landschaftsschutzgebietes Siegen. Entsprechend der Umsetzung der Inhalten des im Parallelverfahren befindlichen Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ können entgegenstehende Bestimmungen des Landschaftsplanes nur dann mit einer Rechtskraft des Bebauungsplanes außer Kraft gesetzt werden, wenn die Untere Naturschutzbehörde im Zuge des zugehörigen Flächennutzungsplanverfahrens eine entsprechenden Darstellung nicht widersprochen hat. Die Voraussetzung für eine Zustimmung ist anhand der bisher gelieferten Daten noch nicht erfüllt.</p>	<p>sowie die Erläuterung des Schutzzwecks zum LSG werden entsprechend noch ergänzt.</p>
			<p>3. Es wird darauf hingewiesen, dass Südöstlich an den Änderungsbereich angrenzend, seitens der Stadt Siegen vor bereits einiger Zeit Wildkirschen entlang der Grundstücksgrenze von Flurstück 143 gepflanzt wurden. Diese Anpflanzung steht als Kompensation im Zusammenhang mit einer Waldumwandlungsmaßnahme und unterliegt dem Schutz nach § 39 LNatSchG NRW als gesetzlich geschützter Landschaftsbestandteil.</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt Der Hinweis wird zum Kenntnis genommen</p>
		4. Fachgebiet Immissionsschutz (Stellungnahme zum B-Plan und FNP)	<p>Keine Bedenken</p> <p>Anregung: die Module der PV-Anlage sollten aus Gründen des Blendschutzes reflektionsarm sein.</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Aufgrund des Höhenunterschiedes zwischen dem Flurstück und der BAB 45, des</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
				<p>Geländegefälles und des Laubbaum- und Strauchbestandes kann davon ausgegangen werden, dass blendreduzierende Maßnahmen nicht notwendig sind. Eine Blendwirkung kann durch die am östlichen Rand des Flurstücks gegebenen Baum-/Strauchbestände ausgeschlossen werden, was durch deren hohe Dichte ebenso für die Wintermonate gilt. Für den Fall, dass die vorhandenen Laub- und Strauchbestände nicht mehr vorhanden wären, verhindert die Höhenlage des Flurstücks eine Blendwirkung der PV-Anlage auf den Verkehr der BAB 45. Der Verkehr auf der nördlich entlang des Flurstücks verlaufenden L 533 (Siegener Straße) wird durch die Neigung und die südwestliche Ausrichtung der Anlage ebenfalls nicht geblendet.</p>
		5. Sonstige Anmerkungen und Hinweise zum B-Plan	<p>1. Die Aussagen zur nicht überbaubaren Flächen sollten konsequenterweise unter den textlichen Festsetzungen getroffen werden. Ebenso sollte in der Zeichenerklärung zwischen überbaubarer und nicht überbaubarer Fläche differenziert werden. Die Farbdarstellung der Grünfläche fehlt und könnte ggf. um die Festsetzung Fläche zum Erhalt von Bäumen und Sträuchern ergänzt werden (einschließlich textlicher Festsetzung).</p> <p>2. In der Begründung sollten Aussagen zu den Grundsätzen und Zielen des</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt Die Aussage zur nicht überbaubaren Flächen wurde aus dem Bebauungsplan rausgenommen. Die Überbaubare Fläche befindet sich innerhalb der Abgrenzung der Baugrenze und ist gemäß PlanZV im Plan dargestellt. Weiterer Hinweis wurde im Bebauungsplan aufgenommen.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Entsprechende Textbausteine wurden in die</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			Landesentwicklungsplanes und des regionalplanes bezüglich der Solarenergienutzung eingegangen werden.	Begründung eingefügt.
			3. Da die Ursprungsdarstellung Fläche für die Landwirtschaft und nicht Grünfläche ist, muss die Begründung an den entsprechenden Stellen angepasst werden.	Beschlussempfehlung entfällt Die Fläche ist in der Begründung bereits als „Fläche für die Landwirtschaft“ ausgewiesen worden.
			4. Verkehrte Rechtsgrundlage verwendet.	Beschlussempfehlung entfällt Die Rechtsgrundlage wurde angepasst.
			5. Unterschiedliche GRZ in B-Plan und Begründung festgesetzt.	Beschlussempfehlung entfällt Die GRZ wurde in B-Plan sowie in der Begründung mit 0,6 festgesetzt.
			6. Verschiedene Hinweise zum Umweltbericht	Beschlussempfehlung entfällt Die Hinweise wurden im Umweltbericht entsprechend angepasst bzw. ergänzt.
		5. Sonstige Anmerkungen und Hinweise zum FNP	1. Die Darstellung des Bestandsplans (Grünfläche) stimmt nicht mit dem Original-FNP (Fläche für Landwirtschaft) überein.	Beschlussempfehlung entfällt Die Fläche ist bereits als „Fläche für die Landwirtschaft“ ausgewiesen worden. Die standardmäßige Einstellung des Zeichenprogramms benutzte für die beiden Flächendarstellungen die gleiche Farbe. Um die beiden Flächeninhalte besser unterscheiden zu können wurde die Darstellungsfarbe der „Fläche für die Landwirtschaft“ nachträglich manuell geändert und an die Planzeichenverordnung angepasst.

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			2. Die Abgrenzungen zwischen der Wohnbaufläche und der Fläche für die Landwirtschaft südlich der L 533 verläuft anders.	Beschlussempfehlung entfällt Die im Bestandsplan dargestellten Flächen beinhalten bereits die 62. Änderung Nr. 3 „Gosenbach Schrenkerfeld“ und die 62. Änderung Nr. 5 „Gosenbach Am Stein Teil B“ die im Original-FNP noch nicht dargestellt waren.
			3. Ein FNP enthält keine Festsetzungen nach § 9 BauGB sondern lediglich Darstellungen nach § 5 BauGB.	Beschlussempfehlung entfällt Die FNP-Änderung wurde entsprechend geändert.
			4. Die Sonderbaufläche sollte auch im FNP näher definiert werden und die Planzeichen-erklärung sollte alle im Planausschnitt verwendeten Darstellungen erläutern.	Beschlussempfehlung entfällt Die Hinweise wurden in die FNP-Änderung eingearbeitet.
			5. In der Begründung sollten Aussagen zu den Grundsätzen und Zielen des Landesentwicklungsplanes und des regionalplanes bezüglich der Solarenergienutzung eingegangen werden.	Beschlussempfehlung entfällt Entsprechende Textbausteine wurden in die Begründung eingefügt.
			6. Da die Ursprungsdarstellung Fläche für die Landwirtschaft und nicht Grünfläche ist, muss die Begründung an den entsprechenden Stellen angepasst werden.	Beschlussempfehlung entfällt Die Fläche ist in der Begründung bereits als „Fläche für die Landwirtschaft“ ausgewiesen worden.
			7. Verkehrte Rechtsgrundlage verwendet.	Beschlussempfehlung entfällt Die Rechtsgrundlage wurde angepasst.
			8. Eine Aussage zum Netzanschlusspunkt würde als Hilfreich empfunden.	Beschlussempfehlung entfällt Der Netzanschlusspunkt der PV-Anlage

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			9. Da es sich um ein FNP-Änderungsbereich handelt sollte in Planerklärung der Zeichen zur Abgrenzung „Grenze des Änderungsbereiches“ lauten.	<p>befindet sich in der Höhe der Mobilfunksendeanlage an der Siegener Straße 120</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Der Hinweis wurde befolgt</p>
4.	01.09.2021	Landesbetrieb Straßenbau NRW	Gegen den Bebauungsplan bzw. Flächennutzungsplanänderung werden keine Bedenken vorgebracht soweit die verkehrliche Erschließung nicht über eine Zufahrt zu freien Strecke der klassifizierten Straße (L 533) erfolgt.	<p>Beschlussempfehlung entfällt Die verkehrliche Erschließung der geplanten Anlage erfolgt über den südlich der Sonderbaufläche vorhandenen Wirtschaftsweg, der über die vorhandene Buswende an die Siegener Straße (L533) mündet. Eine entsprechende Festsetzung bzw. Darstellung wurde in den Bebauungsplan vorgenommen.</p>
5.	13.08.2021	Landesbetrieb Wald und Holz NRW	<p>Keine Bedenken. Auf die Brandgefahr ausgehend von PV-Anlage sowie vom Wald wurde hingewiesen. Es wird empfohlen den Waldbesitzer (Stadt Siegen) durch eine Haftverzichtvereinbarung von möglicher Haftung betreffend der vom angrenzenden Wald ausgehenden Gefahren von der Verkehrssicherungspflicht zu entbinden. Mit dem Brandschutzbeauftragten sollte ein Brandschutzkonzept abgestimmt werden.</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt In einem gesonderten Vertrag mit der Stadt Siegen wird ein Haftungsverzicht seitens der SVB vereinbart werden.</p> <p>Eine Abstimmung mit der Feuerwehr hat stattgefunden und wird im Rahmen des</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			Die Erreichbarkeit der Waldfläche besonders für die Feuerwehr ist dauerhaft zu gewährleisten.	Bauantragverfahrens konkretisiert. Die Erreichbarkeit des Waldes ist gewährleistet.
6.	11.09.2021	Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt NRW	Keine Einwände zu der Errichtung der Anlage. Es ist wichtig, erneuerbare Energie zu erzeugen. Speziell die Photovoltaikanlagen eignen sich hierbei sehr gut an insbesondere auf den Flächen die vom Borkenkäfer befallen sind und der Wald nicht mehr vorhanden ist	Beschlussempfehlung entfällt Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
7.	17.08.2021	NABU Kreisverband Siegen-Wittgenstein e.V.	1. Das Vorhaben soll in gültigen Landschaftsschutzgebiet (LSG) der Stadt Siegen verwirklicht werden. Es soll noch überprüft werden, ob die Planung mit dem Sinn und Zweck dieses LSG übereinstimmt oder ihn widerspricht. 2. Der im Planbereich vorhandenen Trampelpfad deutet durchaus auf eine Nutzung zur Erholung hin, von der geplanten Anlage können störende Lichtreflexe ausgehen und das Empfinden des Landschaftsbildes kann gestört werden.	Beschlussempfehlung entfällt Entsprechend § 20 (4) LNatSchG NRW treten bei der Umsetzung von Inhalten des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ entgegenstehende Bestimmungen des Landschaftsplanes Siegen (u. a. Bauverbot im Bereich des Landschaftsschutzgebietes) außer Kraft. Beschlussempfehlung entfällt Der Pfad endet im nördlich gelegenen Wald. In diesem Bereich befanden sich zum Zeitpunkt der Ortsbegehung Ablagerungen von Müll, sodass eine Nutzung des Pfades zur Erholungsnutzung nicht angenommen wird. Eine Störung der Erholungsnutzung durch Lichtreflexe wird daher nicht angenommen.

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
				Auch auf dem angrenzenden, asphaltierten Wirtschaftsweg sind durch die Ausrichtung der Module keine nennenswerten Lichtreflexe anzunehmen, sodass das Empfinden des Landschaftsbildes nicht erheblich beeinträchtigt wird.
			3. Im Gutachten fehlt die genaue Betrachtung, von wo überall und wie stark die PV-Anlagen zu sehen sind. Es ist daher unbedingt noch zu prüfen ob, um das Vorhaben zu verwirklichen, eine Befreiung oder Ausnahme vom Landschaftsschutz beantragt werden muss.	Beschlussempfehlung entfällt Durch die vorgesehene Eingrünung ist eine Sichtbarkeit von der „Siegener Straße“ zukünftig nicht gegeben. Lediglich von dem angrenzenden Wirtschaftsweg ist eine Sichtbarkeit aus dem Nahbereich gegeben. In südliche Richtung befindet sich ein Gehölzbestand, sodass hier die PV-Module sichtverschattet liegen. Eine Fernwirkung der PV-Anlage ergibt sich damit nicht. Eine erhebliche Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch die PV-Anlage entsteht nicht.
			4. Das Plangebiet ist Teil einer Biotopverbundfläche. Da hier die gesamte Planfläche eingezäunt werden soll, muss gutachterlich noch genauer geprüft werden, ob dennoch ein Biotopverbund weiterhin möglich ist.	Beschlussempfehlung entfällt Die Biotopverbundfläche umfasst den „Nördlichen Giebelwald“. Neben dem Plangebiet selbst sind hier insbesondere die umliegenden Waldbestände Teil der Biotopverbundfläche. Der Verbund dieser Waldflächen bleibt weiterhin bestehen.
			5. Die Auflage des Mindestabstandes der Einfriedung von einem Mindestabstand von 20 cm zur Bodenkante soll im Bebauungsplan aufgeführt werden.	Der Anregung wird gefolgt Im Bebauungsplan wird die Bodenfreiheit der Zaunanlage von 20 cm festgesetzt.

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			<p>6. Durch das Planvorhaben geht der eindeutig notwendige Lebensraum von Rotmilan und Raubwürger verloren. Dies soll noch eingehender untersucht werden.</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt Der Rotmilan kommt im Siegerland nahezu flächendeckend vor. Der nächste bekannte Brutstandort ist vom Plangebiet ca. 3,5 km entfernt in Richtung Oberschelden. Aufgrund der geringen Größe des Plangebietes (weniger als 0,9 ha) und der guten Verfügbarkeit von weiteren ausgedehnten Offenlandflächen in den Stadtteilen Gosenbach und vor allem Oberschelden, wird das Grünland im Plangebiet nicht als essentielles Nahrungshabitat eingestuft. Ein temporärer Verlust kann kompensiert werden. Der Raubwürger ist im Siegerland nur ein sehr seltener Brutvogel und kommt im Stadtgebiet von Siegen nicht mehr vor. Im Siegerland gehören große Kahlschlags- und Windwurfflächen zu seinen bedeutendsten Habitaten. Dadurch ist die Aussage unzutreffend, dass der Raubwürger durch das Planvorhaben Lebensraum verliert. Weitergehende Untersuchungen sind somit für diese beiden Vogelarten nicht notwendig.</p>
			<p>7. Die artenschutzrechtlichen Untersuchungen sind sehr knapp gefasst und fallen unbefriedigend aus. Bemängelt wird auch, dass nur eine Ortsbegehung stattgefunden hat und hier keine Tier- und Pflanzenarten genannt wurden. Es wird hingewiesen, dass auch wenn im Gebiet keine streng geschützten Pflanzenarten</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt Laut des Leitfadens „Methodenhandbuch zur Artenschutzprüfung in NRW – Bestandserfassung und Monitoring“ von Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW“ erfolgt die Potenzial-Analyse durch eine</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			<p>wachsen, die Artenzusammensetzung durchaus von Bedeutung für die Beurteilung wäre.</p> <p>8. Im Zeichen des Klimawandels ist es durchaus wichtig, erneuerbare Energie zu erzeugen. Speziell die Photovoltaik eignet sich hierbei sehr gut, da sie häufig auch geringere Konflikte zu Naturschutzgütern bewirkt. Laut vielen Untersuchungen gibt es allerdings speziell in Städten wie auch in Siegen sehr viele schon versiegelte Flächen, die sich für die Erzeugung von regenerativem Strom mittels PV-Anlagen eignen. Deshalb sollte wirklich überlegt werden, ob man hier eine Freifläche zur Bebauung nutzt. Freiflächen sind in Siegen ein knappes Gut, auch wird hier wieder eine Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen!</p>	<p>fachkundliche Beurteilung der Flächen / Strukturen bezüglich ihres Lebensraumpotenzials durch in der Regel einmalige örtliche Begehung. Eine faunistische Untersuchung wurde bislang von der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein nicht gefordert. Da der Artenschutzrechtliche Fachbeitrag als Worts-Case-Szenario durchgeführt wurde, ist diese aus fachgutachterlicher Sicht auch entbehrlich. Im Umweltbericht / Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag zur Artenzusammensetzung der Mähwiese wurde ergänzt.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt In Siegen wurde diese Zielsetzung vom Rat in einem Grundsatzbeschluss am 26.02.2020 gefasst, wonach erneuerbare Energien kurzfristig im Stadtgebiet ausgebaut werden sollen. Die Verwaltung wurde diesbezüglich beauftragt Flächen im Stadtgebiet unter Berücksichtigung ökologischer und städtebaulicher Aspekte für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen zu prüfen. Daraufhin hat der Rat der Stadt Siegen am 15.12.2020 beschlossen eine Potenzialflächenanalyse für die Errichtung von PV-Freiflächenanlagen im Stadtgebiet Siegen zu erstellen und die notwendigen, sich aus der Analyse ergebenden Bauleitplanverfahren selbst durchzuführen. Die Flächenkonkurrenz zwischen Freiflächen-</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
				<p>PV- Anlagen und landwirtschaftlichen Böden ist nicht unkritisch, da für die Dauer des Betriebs der Anlage landwirtschaftliche Flächen die der Nahrungsmittel- oder Futterproduktion dienen, entfallen. Gleichwohl handelt es sich bei dieser Fläche um gering bis mittel ertragreiche Böden. Darüber hinaus wird die Fläche nicht als Ackerstandort, sondern als extensiv genutztes Grünland bewirtschaftet, also keiner Lebensmittelproduktion dient. Im Kontext der o.g. Zielsetzung überwiegt daher die langfristige Nutzung der Fläche zur Erzeugung von Solarstrom als zur Futtermittelproduktion.</p> <p>Alternative Möglichkeiten, die der Nutzung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage entsprechen, bildet die Nutzung anderweitiger Dachflächen, wie bei Gewerbe- oder Wohnhäusern. Jedoch erfordert diese Nutzungsart den Zugriff sowie die technische Voraussetzungen (u.a. Statik, Netzanschluss) auf eine Vielzahl von Objekten. Dies kann selbst durch einen Vorhabenträger, wie der SVB, die als Initiator in Siegen und der Region bei der Energiewende auftritt, nicht oder nur mit einem unverhältnismäßigem Aufwand betrieben werden.</p> <p>Der Anregung wird gefolgt Eine Rückbauverpflichtung soll ohne konkrete Zeitvorgabe, sondern nach</p>
			9. Nach Beendigung der Nutzung der Fläche zur Erzeugung regenerativen Energie mittels PV-Anlage sollte ein Rückbau erfolgen und	

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			die ursprüngliche Grünfläche wieder hergestellt werden.	Nutzungsende, in einem städtebaulichen Vertrag vereinbart werden.
			10. Die Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen des artenschutzrechtlichen Fachbeitrages müssen noch textlich in den eigentlichen B-Plan aufgenommen werden	Der Anregung wird gefolgt Die Vermeidungsmaßnahmen wurden als Hinweise im Bebauungsplan aufgenommen.
08.09.2021		NABU Kreisverband Siegen-Wittgenstein e.V.	<p>1. Im Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag werden die Auswirkungen der PV-Anlage auf die Fledermäuse leider völlig falsch eingestuft. Durch die Abdeckung der Grünlandfläche durch die PV-Module ist die Fläche kein ergiebiges Jagdhabitat mehr für Fledermäuse. Lediglich fliegende Insekten können noch erjagt werden, wobei klar sein wird, dass das Vorkommen an Fluginsekten nach Aufstellung der Anlage auf dieser Fläche geringer sein wird als jetzt. Die Jagd nach Mist- oder Laufkäufern wird nicht mehr möglich sein.</p> <p>2. Der Verfasser war im Rahmen der Artenschutzprüfung nur an einem einzigen Termin, am 20. Mai 2021, tagsüber vor Ort. Aufgrund der Witterungslage in diesem Frühjahr war die Entwicklung der Vegetation etwa 10-14 Tage hinter der normalen Entwicklung zurück. Das heißt, eine Vegetationsaufnahme war an dem Termin nicht möglich. Daher wundert es auch nicht, dass keine Artenliste vorgelegt wurde. Dieser</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt Fledermäuse nutzen das Plangebiet ausschließlich als Nahrungshabitat, dieses ist jedoch nicht als essenziell einzustufen, da im Umfeld weitere Offenlandflächen zur Verfügung stehen. Zudem steht das Plangebiet als Jagdhabitat für Fluginsekten weiter zur Verfügung. Durch die weiter vorgesehene, extensive Bewirtschaftung des Grünlandes wird sich das Nahrungsangebot nicht wesentlich verschlechtern.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Faunistische und floristische Erfassungen wurden von der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein für das Bauleitplanverfahren nicht gefordert. Der artenschutzrechtliche Fachbeitrag ist daher als worst-case-Betrachtung durchgeführt worden. Auch wenn die Vegetationsentwicklung 2021 bis zu 14 Tage hinter der normalen</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			<p>Termin ist zudem viel zu früh im Jahr, um planungsrelevante Arten, wie z. B. den Dunklen Wiesenknopf- Ameisenbläuling anzutreffen, denn seine Flugzeit ist von Mitte Juni bis Mitte August. Auch kann im Mai noch nicht der für die Entwicklung des Dunklen Wiesenknopf-Ameisenbläuling wichtige Große Wiesenknopf erkannt werden. Es ist jedoch nicht unwahrscheinlich, dass sowohl diese Pflanze als auch der Bläuling auf dieser Fläche vorkommen.</p> <p>Diese Schlussfolgerung ist aus vielerlei Hinsicht unseriös. Erstens fand nur eine Begehung statt, was den Richtlinien einer artenschutzrechtlichen Prüfung nicht genügt. Zweitens konnte der Ameisenbläuling nicht beobachtet werden, da die Begehung für diese Art zum falschen Zeitpunkt stattfand.</p> <p>Wie oben beschrieben, konnte am 20.5 keine Vegetationsaufnahme stattfinden. Dies gilt insbesondere für den Großen Wiesenknopf. Es sei denn, es ist ein Spezialist, der alle Pflanzen anhand der vegetativen Merkmale eindeutig bestimmen kann.</p>	<p>Entwicklung zurücklag, konnte eine Vielfalt von krautigen Arten und Gräsern festgestellt werden. Beispielhaft werden Arten im Gutachten ergänzt, eine Artenliste ist nicht zwingender Bestandteil eines Artenschutzrechtlichen Fachbeitrags oder eines Umweltberichtes.</p> <p>In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass die Landschaftsinformationssammlung NRW keine Fundorte von geschützten Pflanzen aufführt und auch keine Hinweise zu gesetzlich geschützten Biotopen vorliegen. Auch wenn die Ortsbegehung für die Feststellung des Großen Wiesenknopfs zu früh gewesen sein mag, ist ein Vorkommen der Art auf dem Grünland als unwahrscheinlich einzustufen. Der Große Wiesenknopf ist eine typische Art der wechselfeuchten Nasswiesen und Moorwiesen.</p> <p>Sofern faunistische Untersuchungen durchgeführt werden, ist eine einmalige Begehung nicht ausreichend. Im vorliegenden Fall wurde aufgrund der absehbaren Wirkungen des Vorhabens (nur geringe Versiegelung, im Wesentlichen nur eine Überschattung von Flächen bei gleichzeitigem Erhalt von artenreichem Grünland) eine faunistische Untersuchung auch seitens der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein für nicht erforderlich gehalten,</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			<p>3. Es fehlt ein Monitoring der Fledermäuse, was in der Dämmerung bzw. nachts stattfinden muss.</p> <p>4. Dies ist fatal, denn viele Entscheidungsträger lesen leider nicht das gesamte Gutachten und ihnen fehlt die Fachkompetenz falsch gezogene Schlüsse zu erkennen. Aber sie legen auf Grundlage dieses Fachbeitrags die weiteren Schritte im Verfahren fest. Das Gutachten ist unseriös und ist für das Planungsvorhaben in keiner Weise brauchbar. Um die juristisch notwendigen Schritte im Rahmen dieses Planungsvorhabens zu gewährleisten, ist eine ASP I, die den Zeitraum April bis Ende August umfasst, absolut notwendig.</p>	<p>weshalb eine einmalige Ortsbegehung zu einer Einschätzung der allgemeinen Lebensraumeignung und einer Konfliktanalyse in Form einer worst-case-Betrachtung durchgeführt wurde.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Für Fledermäuse gehen keine Fortpflanzungs- und Ruhestätten durch das Vorhaben verloren, da weder Gehölze noch Gebäude betroffen sind. Grundsätzlich stellt das Plangebiet ein potenzielles Nahrungshabitat für Fledermäuse aus den angrenzenden Wald- und Gehölzbeständen dar. Dieses Nahrungshabitat bleibt jedoch zum einen erhalten und bildet zudem kein essenzielles Nahrungshabitat. Vor diesem Hintergrund erscheint ein Monitoring von Fledermäusen nicht notwendig, da sich keine Betroffenheiten ergeben.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Eine faunistische Untersuchung wurde seitens der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen- Wittgenstein für nicht erforderlich gehalten, weshalb eine einmalige Ortsbegehung zu einer Einschätzung der allgemeinen Lebensraumeignung und einer Konfliktanalyse in Form einer worstcase-Betrachtung durchgeführt wurde.</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
8.	30.08.2021	Landwirtschaftskammer NRW	1. Eine Überplanung landwirtschaftlicher Nutzflächen durch Photovoltaikanlagen entzieht diese dauerhaft der Lebensmittelproduktion und ist grundsätzlich abzulehnen.	<p>Beschlussempfehlung entfällt</p> <p>In Siegen wurde diese Zielsetzung vom Rat in einem Grundsatzbeschluss am 26.02.2020 gefasst, wonach erneuerbare Energien kurzfristig im Stadtgebiet ausgebaut werden sollen. Die Verwaltung wurde diesbezüglich beauftragt Flächen im Stadtgebiet unter Berücksichtigung ökologischer und städtebaulicher Aspekte für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen zu prüfen. Daraufhin hat der Rat der Stadt Siegen am 15.12.2020 beschlossen eine Potenzialflächenanalyse für die Errichtung von PV-Freiflächenanlagen im Stadtgebiet Siegen zu erstellen und die notwendigen, sich aus der Analyse ergebenden Bauleitplanverfahren selbst durchzuführen.</p> <p>Die Flächenkonkurrenz zwischen Freiflächen-PV- Anlagen und landwirtschaftlichen Böden ist nicht unkritisch, da für die Dauer des Betriebs der Anlage landwirtschaftliche Flächen die der Nahrungsmittel- oder Futterproduktion dienen, entfallen. Gleichwohl handelt es sich bei dieser Fläche um gering bis mittel ertragreiche Böden. Darüber hinaus wird die Fläche nicht als Ackerstandort, sondern als extensiv genutztes Grünland bewirtschaftet, also keiner Lebensmittelproduktion dient. Im Kontext der o.g. Zielsetzung überwiegt daher die langfristige Nutzung der Fläche zur Erzeugung von Solarstrom als zur</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
				Futtermittelproduktion.
			2. Aus agrarstruktureller Sicht ist das Aufstellen von Freiflächen-Photovoltaikanlagen aufgrund des hohen Flächenverbrauchs kritisch zu sehen.	Beschlussempfehlung entfällt Es handelt sich im vorliegenden Fall um eine verhältnismäßig kleine und zusätzlich extensiv genutzte landwirtschaftliche Fläche von etwa 0,9 ha Größe. Ein erheblicher Entzug von landwirtschaftlicher Nutzfläche ergibt sich somit durch die Aufstellung des Bebauungsplanes nicht.
			3. Ineffiziente Ausnutzung der begrenzten Ressourcen durch Inanspruchnahme der Dach- und Fassadenflächen in Industriegebieten.	Beschlussempfehlung entfällt Die Nutzung der Dach und Fassadenflächen in Industriegebieten als Photovoltaikanlage erfordert den Zugriff sowie die technische Voraussetzungen (u.a. Statik, Netzanschluss) auf eine Vielzahl von Objekten. Dies kann selbst durch einen Vorhabenträger, wie der SVB, die als Initiator in Siegen und der Region bei der Energiewende auftritt, nicht oder nur mit einem unverhältnismäßigem Aufwand betrieben werden.
			4 Die zu erbringende Kompensationsmaßnahmen sollen keine weiteren landwirtschaftlichen Flächen außerhalb des Planungsraums in Anspruch nehmen.	Beschlussempfehlung entfällt Für die Kompensationsmaßnahmen werden keine weiteren landwirtschaftlichen Flächen beansprucht. Der Ausgleich erfolgt durch eine Entfichtungsmaßnahme.
			5. Die im gültigen Flächennutzungsplan betroffene Fläche ist nicht als „Grünfläche“ sondern als „Fläche für die Landwirtschaft“	Beschlussempfehlung entfällt Die Fläche ist bereits als „Fläche für die Landwirtschaft“ ausgewiesen worden. Die

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			ausgewiesen.	standardmäßige Einstellung des Zeichenprogramms benutzte für die beiden Flächendarstellungen die gleiche Farbe. Um die beiden Flächeninhalte besser unterscheiden zu können wurde die Darstellungsfarbe der „Fläche für die Landwirtschaft“ nachträglich manuell geändert und an die Planzeichenverordnung angepasst.
9.	09.08.2021	PLEdoc	<p>Innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans / Flächennutzungsplans verläuft eine Kabelschutzrohranlage mit einliegenden Lichtwellenleiterkabeln (nachfolgend KSR-Anlage genannt) in einem 2 m breiten Schutzstreifen (1 m beiderseits der Leitungsachse). Der Schutzstreifenbereich muss aus sicherheits- und überwachungstechnischen Gründen von Bebauungen oder sonstigen Einwirkungen, die den Bestand bzw. den Betrieb der KSR-Anlage beeinträchtigen oder gefährden, freigehalten werden. Dies bedeutet, dass die Errichtung von Modulen und der zugehörigen Bauwerke (z. B. Trafostation) innerhalb des Schutzstreifenbereichs nicht zulässig ist. Die Baugrenzen sind den Schutzstreifenbegrenzungslinien anzupassen. Vor Baubeginn muss grundsätzlich eine örtliche Leitungskennzeichnung durch den eingangs genannten Beauftragten erfolgen,</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt Die Lage der KSR-Anlage ist im Bebauungsplan dargestellt worden. Entsprechender Hinweis ist in den Bebauungsplan aufgenommen worden.</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			<p>damit der Schutzstreifenbereich tatsächlich von unzulässigen Be- und Überbauungen frei bleibt. Bei der Planung von Zaunanlagen ist zu beachten, dass bei querenden Zaunfeldern die Pfosten nicht direkt über der KSR-Anlage eingebracht werden dürfen. In diesem Zusammenhang weisen wir darauf hin, dass die Zugänglichkeit der KSR-Anlage zu Reparatur- und Wartungszwecken jederzeit gewährleistet sein muss. Die Ausweisung privater/öffentlicher Verkehrswege im Schutzstreifen ist grundsätzlich möglich. Verkehrswege innerhalb des Schutzstreifenbereiches sind mit einer Leitungsüberdeckung von größer/gleich 1,0 m auszulegen. Detaillierte Planunterlagen sind uns zur Prüfung und abschließenden Stellungnahme vorzulegen. Bäume, Hecken und tiefwurzelnde Sträucher dürfen grundsätzlich nur außerhalb des Schutzstreifenbereiches angepflanzt werden. Die der KSR-Anlage ist in den beigefügten Unterlagen dargestellt.</p>	

Sachverhalte / Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
1.	08.08.2021	Bürger	<p>1. Die Errichtung der PV-Anlage dürfte nach Meinung des Bürgers auf dem Wiesengelände am Rothenberg nicht genehmigt werden, weil dort die Anlage die Landwirtschaftliche Nutzung zur Gewinnung von Tierfutter verhindert.</p> <p>2. Ferner muss die Fläche eingezäunt werden und es müssten Baumaßnahmen zur Einspeisung des von der Anlage produzierten Stroms gebaut werden.</p> <p>3. Des Weiteren hat das Gelände nicht optimale Ausrichtung zur Sonne.</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt Die Fläche wird als extensiv genutztes Grünland bewirtschaftet, weshalb die Tierfutterproduktion eingeschränkt ist.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Es wird eine Zaunanlage mit einer Bodenfreiheit von 20 cm festgesetzt. Diese ermöglicht es Mittelsäugern auf diese Fläche zu gelangen. Für Großsäuger ist eine Zugänglichkeit nicht gegeben, jedoch stehen in der näheren Umgebung weitere Grünflächen zur Verfügung. Eine Zugänglichkeit dieser Flächen für Großsäuger ist weiterhin über die an das Plangebiet angrenzenden Waldbestände möglich. Um die Eingriffe in den Boden auf ein Minimum zu begrenzen und einen leichten Rückbau der Anlagen zu ermöglichen, sind nur aufgeständerte Anlagen mit Ramm- und Schraubfundamentierungen in stationärer Bauweise zulässig.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Durch die Unterkonstruktion werden die Solarzellen schräg angeordnet damit die Sonneneinstrahlung optimal ausgenutzt</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
				werden kann.
			4. Nach Meinung des Bürgers verfolgt die SVB die Darstellung als grünes Unternehmen und möchte mit dem Bau staatliche Förderungen abgreifen.	Beschlussempfehlung entfällt Durch aufstellen der PV-Anlage können laut Gesetz staatliche Fördermitteln genutzt werden.
			5. Im Industriegebiet Marienhütte gibt es bis abends von der Sonne beschienen Hallendächer die der SVB für die PV-Anlage nutzen könnte.	Beschlussempfehlung entfällt Die Nutzung der Dach und Fassadenflächen in Industriegebieten als Photovoltaikanlage erfordert den Zugriff sowie die technische Voraussetzungen (u.a. Statik, Netzanschluss) auf eine Vielzahl von Objekten. Dies kann selbst durch einen Vorhabenträger, wie der SVB, die als Initiator in Siegen und der Region bei der Energiewende auftritt, nicht oder nur mit einem unverhältnismäßigem Aufwand betrieben werden.

Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
1.	25.04.2022	Die Autobahn GmbH des Bundes	<p>1. Die Darstellungen der Flächen im FNP und im Bebauungsplan sind anzugleichen</p> <p>2. Durch die auf der eigentlichen Photovoltaikfläche geplanten Module dürfen die Verkehrsteilnehmer auf der A 45, einschließlich der Anschlussstelle Siegen, keiner Blendungswirkung oder Ablenkung als Folge von Reflexionen ausgesetzt werden.</p> <p>3. Das Fernstraßen-Bundesamt und die Autobahn GmbH sind im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens zu beteiligen</p> <p>4. Bauliche Anlagen in einer Entfernung von 100 m von der BAB bedürfen einer Zustimmung des Fernstraßen-Bundesamtes. In diesem Zusammenhang ist im</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt Die Darstellung der Flächen im FNP ist gem. BauGB gegenüber dem Bebauungsplan ausreichend detailliert abgebildet worden.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Aufgrund des Höhenunterschiedes zwischen dem Flurstück und der BAB 45, des Geländegefälles und des Laubbaum- und Strauchbestandes kann davon ausgegangen werden, dass blendreduzierende Maßnahmen nicht notwendig sind. Eine Blendwirkung kann durch die am östlichen Rand des Flurstücks gegebenen Baum-/Strauchbestände ausgeschlossen werden, was durch deren hohe Dichte ebenso für die Wintermonate gilt.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Das Fernstraßen-Bundesamt und die Autobahn GmbH werden zu gegebener Zeit bei dem Baugenehmigungsverfahren beteiligt.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Eine Anbaubeschränkungszone im Bereich der Verbindungsrampe wurde im Bebauungsplan zeichnerisch dargestellt.</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			<p>Bebauungsplan auch die 100 m - Anbaubeschränkungszone im Bereich der Verbindungsrampen der Anschlussstelle Siegen zeichnerisch darzustellen</p> <p>5. Der im Bebauungsplan ausgewiesene private Gehölzstreifen wird am westlichen Rand durch den geplanten Brückenneubau im Zuge der L 533 und der damit verbundenen Trassenanpassung tangiert. Bei einer Neubepflanzung der Fläche sind die überplanten Randbereiche freizuhalten.</p> <p>6. Werbeanlagen und Bauschilder die von der Autobahn oder von den Verbindungsrampen eingesehen werden können, bedürfen der straßenrechtlichen Zustimmung. Ein entsprechender textlicher Hinweis ist in die Bauleitplanung zu übernehmen.</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt Die Tangierte Fläche ist als private Grünfläche mit Bindung für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen und Sträucher festgesetzt. Die betroffene Fläche kann zum späteren Zeitpunkt der genaueren Straßenplanung angepasst werden.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Ein entsprechender Hinweis wurde bereits in den Bebauungsplan aufgenommen.</p>
2.	20.04.2022	<p>Kreis Siegen-Wittgenstein</p> <p>1. Untere Wasserbehörde</p> <p>2. Untere Abfallwirtschaft- und Bodenschutzbehörde</p>	<p>Keine Bedenken Die Beschränkung der versiegelten Fläche und der Verzicht auf Schotterrasenflächen für Wartungswege und Wendefläche ist zu begrüßen.</p> <p>Keine Bedenken Die im Umweltbericht beschriebenen Vermeidungs- und</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			Verminderungsmaßnahmen zur Vermeidung und zum Ausgleich nachteiliger Umweltauswirkungen sollen angewendet werden.	
		3. Untere Naturschutzbehörde	Keine grundsätzliche Bedenken	Beschlussempfehlung entfällt
			Es ist wünschenswert einen Hinweis in die Begründung des FNP sowie des BPlanes aufzunehmen, dass die Verbotsbestimmungen des Landschaftsplanes Siegen für das Landschaftsschutzgebiet Siegen bei Rechtskraft des Bebauungsplanes nur zurücktreten, sofern im Flächennutzungsplanverfahren seitens des Kreises als Träger der Landschaftsplanung nicht widersprochen wurde.	Beschlussempfehlung entfällt Der Hinweis wurde in die Begründung des FNP sowie des BPlanes aufgenommen
			Im Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag (Seite 15, Ziffer 6.2 / letzte Absatz) ist eine unklare Anmerkung bzgl. faunistischer Untersuchung	Beschlussempfehlung entfällt Die artenschutzrechtliche Beurteilung wird als worst-case-Szenario durchgeführt.
			In der Zusammenfassung des Artenschutzrechtlichen Fachbeitrages (Ziffer 7.0) werden die Maßnahmen, die erforderlich sind um das Eintreten artenschutzrechtlicher Verbotsbestände zu vermeiden im Konjunktiv formuliert, welches einen im Artenschutzrecht allerdings nicht vorhandenen Abwägungsspielraum suggeriert.	Beschlussempfehlung entfällt Die Formulierung im Konjunktiv wurde aus den Maßnahmen im artenschutzrechtlichen Fachbeitrag entfernt.

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			In den Planunterlagen werden keine Maßnahmen des Artenschutzes die Beeinträchtigungen von Arten oder Habitaten kompensiert.	Beschlussempfehlung entfällt Bei Einhaltung der allgemeinen Vermeidungsmaßnahmen werden keine Beeinträchtigungen von Arten oder deren Fortpflanzungs- und Ruhestätten entstehen. Die Formulierung wurde im Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag entsprechend angepasst.
			Aus den Planunterlagen sollte es hervorgehen um welches Ökokonto es sich bei den Kompensationsmaßnahmen handelt. Es wird empfohlen sich für das weitere Vorgehen mit der uNB in Verbindung zu setzen.	Beschlussempfehlung entfällt Zur Kompensation wird das Ökokonto von der Stadt Siegen bekannten Zivilperson herangezogen. Auf dem Grundstück Gemarkung Richstein, Flur 10, Flurstück 14 wurde eine Entfichtung durchgeführt. Zur Inanspruchnahme des Ökokontos fanden Abstimmungen zwischen dem Vorhabenträger und der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein statt.
		4. Untere Immissionsschutzbehörde	Keine Bedenken	Beschlussempfehlung entfällt
		5. Sonstige Anmerkungen und Hinweise	Im Entwurf des Flächennutzungsplanes fehlt die Darstellung des Erholungsbereiches	Beschlussempfehlung entfällt Die Fläche des Erholungsbereiches befindet sich außerhalb der zu Änderten Fläche. Bei der Offenlage (gem. § 3 Abs. 2 BauGB) wurde die besagte Fläche richtig dargestellt. Nur bei der Beteiligung der TöB wurde die Darstellung des Erholungsbereiches irrtümlicherweise nicht dargestellt.

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
3.	07.04.2022	NABU Kreisverband Siegen-Wittgenstein	<p>Die Planung wird abgelehnt Durch den hohen Waldanteil im Kreis Siegen-Wittgenstein von 70% ist der Offenlandbereich zur Produktion von Lebensmitteln und als Lebensraum für viele Arten relativ knapp.</p> <p>Durch die Nutzung der knappen Offenlandbereiche durch Solarparks verringern sich auch die landwirtschaftlich genutzten Flächen. Diese Produktionsverluste werden von den Landwirten durch Intensivierung der Bearbeitung anderen Flächen versucht zu kompensieren. Dies bedeutet dann eventuell höhere Einsatz von Pestiziden und Herbiziden sowie noch größere Düngemengen, was wiederum zu einer Gefahr für unser Grund- und Trinkwasser führt.</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt Für Offenlandarten ist die Vorhabensfläche aufgrund der Nähe zur BAB 45 sowie der Landesstraße und der daraus resultierenden Flucht- und Effektdistanzen nicht als Fortpflanzungs- und Ruhestätte für störungsanfällige geeignet. Beim Plangebiet handelt es sich daher für diese Arten ausschließlich um ein Nahrungshabitat, das nicht als essenziell einzustufen ist, da im Umfeld weitere Offenlandflächen zur Verfügung stehen. Für die häufigen und weit verbreiteten Arten bleibt eine grundsätzliche Eignung, auch bei Vorhandensein der Photovoltaik-Module erhalten.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Die Flächenkonkurrenz zwischen Freiflächen-PV- Anlagen und landwirtschaftlichen Böden ist nicht unkritisch, da für die Dauer des Betriebs der Anlage landwirtschaftliche Flächen die der Nahrungsmittel- oder Futterproduktion dienen, entfallen. Gleichwohl handelt es sich bei dieser Fläche um gering bis mittel ertragreiche Böden. Darüber hinaus wird die Fläche nicht als Ackerstandort, sondern als extensiv genutztes Grünland bewirtschaftet, also keiner Lebensmittelproduktion dient. Im Kontext der o.g. Zielsetzung überwiegt daher die langfristige Nutzung der Fläche zur Erzeugung von Solarstrom als zur</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			<p>Wie sollen z.B. Greifvögel und Eulen auf einem mit Solarpaneelen ausgestatteten Gebiet Mäuse jagen, um überleben zu können?</p> <p>Die Nutzung der Offenlandbereiche zur Erzeugung von erneuerbaren Energien ist nicht notwendig, da es genügend Alternativen gibt. Es werden noch nicht einmal 10% der nach Süden ausgerichteten zur Erzeugung von Strom durch Sonnenenergie geeigneten Dachflächen mit Paneelen genutzt. Dafür würden sich versiegelte Flächen, wie z.B. Parkplätze und große Dächer von Industriehallen in Gewerbegebieten anbieten.</p>	<p>Futtermittelproduktion.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Aufgrund der geringen Größe des Plangebietes (weniger als 0,9 ha) und der guten Verfügbarkeit von weiteren ausgedehnten Offenlandflächen in den Stadtteilen Gosenbach und vor allem Oberschelden, wird das Grünland im Plangebiet nicht als essentielles Nahrungshabitat für Greifvögel und Eulen eingestuft. Ein temporärer Verlust kann kompensiert werden. Zudem steht das Plangebiet als Jagdhabitat für Fluginsekten weiter zur Verfügung.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Alternative Möglichkeiten, die der Nutzung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage entsprechen, bildet die Nutzung anderweitiger Dachflächen, wie bei Gewerbe- oder Wohnhäusern. Jedoch erfordert diese Nutzungsart den Zugriff sowie die technische Voraussetzungen (u.a. Statik, Netzanschluss) auf eine Vielzahl von Objekten. Dies kann selbst durch einen Vorhabenträger, wie der SVB, die als Initiator in Siegen und der Region bei der Energiewende auftritt, nicht oder nur mit einem unverhältnismäßigem Aufwand betrieben werden.</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
	22.04.2022		<p>Der Verfasser war im Rahmen der Artenschutzprüfung nur an einem einzigen Termin, am 20. Mai 2021, tagsüber vor Ort. Aufgrund der Witterungslage in diesem Frühjahr war die Entwicklung der Vegetation etwa 10-14 Tage hinter der normalen Entwicklung zurück. Das heißt, eine Vegetationsaufnahme war an dem Termin nicht möglich. Daher wundert es auch nicht, dass keine Artenliste vorgelegt wurde. Dieser Termin ist zudem viel zu früh im Jahr, um planungsrelevante Arten, wie z. B. den Dunklen Wiesenknopf- Ameisenbläuling anzutreffen, denn seine Flugzeit ist von Mitte Juni bis Mitte August. Auch kann im Mai noch nicht der für die Entwicklung des Dunklen Wiesenknopf-Ameisenbläuling wichtige Große Wiesenknopf erkannt werden. Es ist jedoch nicht unwahrscheinlich, dass sowohl diese Pflanze als auch der Bläuling auf dieser Fläche vorkommen</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt</p> <p>Faunistische und floristische Erfassungen wurden von der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein für das Bauleitplanverfahren nicht gefordert. Der artenschutzrechtliche Fachbeitrag ist daher als worst-case-Betrachtung durchgeführt worden. Auch wenn die Vegetationsentwicklung 2021 bis zu 14 Tage hinter der normalen Entwicklung zurücklag, konnte eine Vielfalt von krautigen Arten und Gräsern festgestellt werden. Beispielhaft werden Arten im Gutachten ergänzt, eine Artenliste ist nicht zwingender Bestandteil eines Artenschutzrechtlichen Fachbeitrags oder eines Umweltberichtes. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass die Landschaftsinformationssammlung NRW keine Fundorte von geschützten Pflanzen aufführt und auch keine Hinweise zu gesetzlich geschützten Biotopen vorliegen. Auch wenn die Ortsbegehung für die Feststellung des Großen Wiesenknopfs zu früh gewesen sein mag, ist ein Vorkommen der Art auf dem Grünland als unwahrscheinlich einzustufen. Der Große Wiesenknopf ist eine typische Art der wechselfeuchten Nasswiesen und Moorwiesen. Sofern faunistische Untersuchungen durchgeführt werden, ist eine einmalige Begehung nicht ausreichend. Im vorliegenden Fall wurde aufgrund der</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
				<p>absehbaren Wirkungen des Vorhabens (nur geringe Versiegelung, im Wesentlichen nur eine Überschattung von Flächen bei gleichzeitigem Erhalt von artenreichem Grünland) eine faunistische Untersuchung auch seitens der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein für nicht erforderlich gehalten, weshalb eine einmalige Ortsbegehung zu einer Einschätzung der allgemeinen Lebensraumeignung und einer Konfliktanalyse in Form einer worst-case-Betrachtung durchgeführt wurde.</p>
			Es fehlt ein Monitoring der Fledermäuse, was in der Dämmerung bzw. nachts stattfinden muss.	<p>Beschlussempfehlung entfällt</p> <p>Für Fledermäuse gehen keine Fortpflanzungs- und Ruhestätten durch das Vorhaben verloren, da weder Gehölze noch Gebäude betroffen sind. Grundsätzlich stellt das Plangebiet ein potenzielles Nahrungshabitat für Fledermäuse aus den angrenzenden Wald- und Gehölzbeständen dar. Dieses Nahrungshabitat bleibt jedoch zum einen erhalten und bildet zudem kein essenzielles Nahrungshabitat. Vor diesem Hintergrund erscheint ein Monitoring von Fledermäusen nicht notwendig, da sich keine Betroffenheiten ergeben.</p>
			Es fehlt auch ein Vogelmonitoring, das an mehreren Tagen früh morgens hätte stattfinden muss.	<p>Beschlussempfehlung entfällt</p> <p>Eine faunistische Untersuchung wurde auch seitens der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein für nicht</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			<p>erforderlich gehalten, weshalb eine einmalige Ortsbegehung zu einer Einschätzung der allgemeinen Lebensraumeignung und einer Konfliktanalyse in Form einer worst-case-Betrachtung durchgeführt wurde.</p> <p>Als Schutzzweck für diese Biotopverbundflächen werden Rotmilan und Raubwürger genannt. Durch das Planvorhaben geht eindeutig notwendiger Lebensraum dieser Vogelarten verloren.</p> <p>Im Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag werden die Auswirkungen einer PV-Anlage</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt Der Rotmilan kommt im Siegerland nahezu flächendeckend vor. Der nächste bekannte Brutstandort ist vom Plangebiet ca. 3,5 km entfernt in Richtung Oberschelden. Aufgrund der geringen Größe des Plangebietes (weniger als 0,9 ha) und der guten Verfügbarkeit von weiteren ausgedehnten Offenlandflächen in den Stadtteilen Gosenbach und vor allem Oberschelden, wird das Grünland im Plangebiet nicht als essentielles Nahrungshabitat eingestuft. Ein temporärer Verlust kann kompensiert werden. Der Raubwürger ist im Siegerland nur ein sehr seltener Brutvogel und kommt im Stadtgebiet von Siegen nicht mehr vor. Im Siegerland gehören große Kahlschlags- und Windwurfflächen zu seinen bedeutendsten Habitaten. Dadurch ist die Aussage unzutreffend, dass der Raubwürger durch das Planvorhaben Lebensraum verliert. Weitergehende Untersuchungen sind somit für diese beiden Vogelarten nicht notwendig.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Das Jagdhabitat für Fledermäuse ist nicht als</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			<p>auf die Fledermäuse leider völlig falsch eingestuft. Durch die Abdeckung der Grünlandfläche durch die PV-Module ist die Fläche kein ergiebiges Jagdgebiet mehr für Fledermäuse. Lediglich fliegenden Insekten könnten noch erjagt werden, wobei klar sein wird, dass das Vorkommen an Fluginsekten nach Aufstellung der Anlage auf dieser Fläche geringer sein wird als jetzt. Die Jagd nach Mist- oder Laufkäfern wird hier nicht mehr möglich sein.</p> <p>Das Plangebiet ist Teil einer Biotopverbundfläche. Da hier die gesamte Planfläche eingezäunt werden soll, muss gutachterlich noch genauer geprüft werden, ob dennoch ein Biotopverbund weiterhin möglich ist. Laut artenschutzrechtlichem Fachbeitrag gibt es hier die Auflage, dass die Einfriedung einen Mindestabstand von 20 cm zur Bodenkante aufweisen muss. Diese Auflage muss auch im eigentlichen B-Plan aufgeführt werden.</p> <p>Der Aussage aus dem Umweltbericht, bezüglich der nicht durchzuführenden vertiefende Prüfung der Verbotstatbestände gem. Stufe II, wird widersprochen und gefordert, dass eine ASP Stufe II alle planungsrelevanten Arten im Rahmen eines Monitorings umfasst und erfasst.</p>	<p>essenziell einzustufen, da im Umfeld weitere Offenlandflächen zur Verfügung stehen. Zudem steht das Plangebiet als Jagdhabitat für Fluginsekten weiter zur Verfügung, es geht also als Nahrungshabitat nicht vollständig verloren.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Biotopverbundfläche VB-A-5113-012 umfasst den „Nördlichen Giebelwald“. Neben dem Plangebiet selbst sind hier insbesondere die umliegenden Waldbestände Teil der Biotopverbundfläche. Der Verbund dieser Waldflächen bleibt weiterhin bestehen.</p> <p>Eine entsprechende Festsetzung befindet sich bereits im Bebauungsplan unter den textlichen Festsetzungen im Punkt 5 „Gestalterische Festsetzungen“</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Die fachgutachterliche Einschätzung der Stufe I – Vorprüfung des Artenspektrums mit einer worst-case-Betrachtung kommt zu dem Ergebnis, dass keine artenschutzrechtlichen Auswirkungen durch das Planvorhaben entstehen werden. Eine vertiefende Prüfung</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			<p>Ferner bleibt völlig offen, wie sich die Umzäunung der Anlage auf den Wildwechsel und auf die Zerschneidung von Territorien kleiner Säuger auswirkt. Wildwechsel.</p> <p>Auch die Stadt Siegen hat ein hohes Potential Häuserwände und bereits verbaute Flächen (Gewerbegebiete, Parkhausdächer etc.) für PV-Anlagen zu nutzen. Da ist nur Kreativität gefragt. Da im Stadtgebiet und in den Gewerbegebieten Alternativen für PV-Anlagen vorhanden sind, lehne ich eine PV-Anlage im Biotopverbundsystem Rothenburg</p>	<p>der Verbotstatbestände gemäß Stufe II ist demnach nicht durchzuführen. Faunistische Erfassungen wurden auch von der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein nicht gefordert.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Die Nutzung der Dach und Fassadenflächen in Industriegebieten als Photovoltaikanlage erfordert den Zugriff sowie die technische Voraussetzungen (u.a. Statik, Netzanschluss) auf eine Vielzahl von Objekten. Dies kann selbst durch einen Vorhabenträger, wie der SVB, die als Initiator in Siegen und der Region bei der Energiewende auftritt, nicht oder nur mit einem unverhältnismäßigem Aufwand betrieben werden.</p>
4.	29.04.2022	Landwirtschaftskammer NRW	<p>Eine Überplanung landwirtschaftlicher Nutzflächen durch Photovoltaikanlagen entzieht diese dauerhaft der Lebensmittelproduktion und ist grundsätzlich abzulehnen.</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt In Siegen wurde diese Zielsetzung vom Rat in einem Grundsatzbeschluss am 26.02.2020 gefasst, wonach erneuerbare Energien kurzfristig im Stadtgebiet ausgebaut werden sollen. Die Verwaltung wurde diesbezüglich beauftragt Flächen im Stadtgebiet unter Berücksichtigung ökologischer und städtebaulicher Aspekte für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen zu prüfen. Daraufhin hat der Rat der Stadt Siegen am 15.12.2020 beschlossen eine Potenzialflächenanalyse für die Errichtung von PV-Freiflächenanlagen im</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
				<p>Stadtgebiet Siegen zu erstellen und die notwendigen, sich aus der Analyse ergebenden Bauleitplanverfahren selbst durchzuführen.</p> <p>Die Flächenkonkurrenz zwischen Freiflächen-PV- Anlagen und landwirtschaftlichen Böden ist nicht unkritisch, da für die Dauer des Betriebs der Anlage landwirtschaftliche Flächen die der Nahrungsmittel- oder Futterproduktion dienen, entfallen. Gleichwohl handelt es sich bei dieser Fläche um gering bis mittel ertragreiche Böden. Darüber hinaus wird die Fläche nicht als Ackerstandort, sondern als extensiv genutztes Grünland bewirtschaftet, also keiner Lebensmittelproduktion dient. Im Kontext der o.g. Zielsetzung überwiegt daher die langfristige Nutzung der Fläche zur Erzeugung von Solarstrom als zur Futtermittelproduktion.</p>
			<p>In vorliegendem Fall wird die Grünlandfläche entgegen der Darstellung auf S.16 der Begründung zu o.g. FNP-Änderung sowie S.17 der Begründung zu o.g. Bebauungsplanaufstellung zur Lebensmittelproduktion genutzt, da auch die Futtermittelerzeugung für landwirtschaftliche Nutztiere Teil der Lebensmittelproduktion ist. Die Bereitstellung von Nahrungsmitteln ist eines der Hauptziele der Agrarpolitik. Durch die aktuelle Politische Lage hat das Thema</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt</p> <p>Die Flächenkonkurrenz zwischen Freiflächen-PV- Anlagen und landwirtschaftlichen Böden ist nicht unkritisch, da für die Dauer des Betriebs der Anlage landwirtschaftliche Flächen die der Nahrungsmittel- oder Futterproduktion dienen, entfallen. Gleichwohl handelt es sich bei dieser Fläche um gering bis mittel ertragreiche Böden. Darüber hinaus wird die Fläche nicht als Ackerstandort, sondern als extensiv genutztes Grünland bewirtschaftet, also</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			<p>der Ernährungssicherheit an Bedeutung gewonnen. Die Verknappung von Sonnenblumenöl und Weizen auf den Weltmärkten belegen die Bedeutung einer lokalen, regionalen und nachhaltigen Lebensmittelproduktion. Anders als die Landwirtschaft, kann die Energieproduktion mittels Photovoltaikanlagen auch auf anderen Flächen erfolgen.</p>	<p>keiner Lebensmittelproduktion dient. Im Kontext der o.g. Zielsetzung überwiegt daher die langfristige Nutzung der Fläche zur Erzeugung von Solarstrom als zur Futtermittelproduktion.</p>
			<p>Bezüglich des Kapitels 5.0 „Anderweitige Planungsmöglichkeiten und Null-Variante“ des Umweltberichts weisen wir darauf hin, dass es zahlreiche Planungsalternativen, z.B. durch Realisierung des Projektes auf bereits vorbelasteten, versiegelten Flächen gibt. Diese anderweitigen Planungsmöglichkeiten wurden im Umweltbericht nicht in Betracht gezogen. Der Umweltbericht ist daher aus landwirtschaftlich-fachbehördlicher Sicht nicht vollständig und entspricht nicht den Anforderungen des § 2 Abs. 4 BauGB.</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt Anderweitige Planungsmöglichkeiten wurden im Umweltbericht ergänzt.</p>
			<p>Eine sorgfältige und detaillierte Alternativflächenprüfung ist auch aufgrund des § 1a BauGB vorgeschrieben. Dort heißt es, dass mit Grund und Boden sparsam umgegangen werden soll. Die Notwendigkeit der Umwandlung landwirtschaftlich [...] genutzter Flächen soll begründet werden; dabei sollen Ermittlungen zu den Möglichkeiten der Innenentwicklung zugrunde gelegt werden, zu denen</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt Alternative Möglichkeiten, die der Nutzung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage entsprechen, bildet die Nutzung anderweitiger Dachflächen, wie bei Gewerbe- oder Wohnhäusern. Jedoch erfordert diese Nutzungsart den Zugriff sowie die technische Voraussetzungen (u.a. Statik, Netzanschluss) auf eine Vielzahl von Objekten. Dies kann selbst durch einen</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			<p>insbesondere Brachflächen, Gebäudeleerstand, Baulücken und andere Nachverdichtungsmöglichkeiten zählen können.</p> <p>Aus landwirtschaftlich-fachbehördlicher Sicht ist im Falle von Photovoltaikanlagen erst dann von einer notwendigen Umwandlung landwirtschaftlicher Flächen auszugehen, wenn bereits sämtliche im Stadtgebiet liegenden Potenzialflächen für die solare Energiegewinnung genutzt werden. Dazu sind nicht nur die im Stadtgebiet liegenden nicht-landwirtschaftlichen Freiflächen (Böschungen, Halden, Steinbrüche, Brach- und Konversionsflächen etc.) sondern in Anlehnung an § 1a BauGB auch bereits versiegelte Flächen (Dachflächen, Parkplätze etc.) zu berücksichtigen.</p> <p>Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit Alternativflächen hat aus meiner Sicht nicht stattgefunden. Dies kann nicht allein dadurch begründet werden, dass auf Freiflächen eine größere und effizientere Stromerzeugung als auf Dachflächenanlagen möglich ist, da dies eine sehr einseitige Betrachtung des Nutzungskonflikts darstellt und keine anderweitigen Belange Berücksichtigung finden. Das Solarkataster des LANUV weist noch zahlreiche Potenzialflächen auf bereits versiegelten Flächen aus.</p>	<p>Vorhabenträger, wie der SVB, die als Initiator in Siegen und der Region bei der Energiewende auftritt, nicht oder nur mit einem unverhältnismäßigem Aufwand betrieben werden. Die Planungsalternativen wurden umfangreich in den Begründungen behandelt.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt</p> <p>Da sich die potenziellen Freiflächen in peripheren und damit netztechnisch weniger stark beanspruchten Gebieten befinden, ist außer effizienteren Stromerzeugung auch zudem hervorzuheben, dass die notwendige Netzanschlusskapazität dort überwiegend vorhanden ist. Hingegen ist bei vergleichbar großen Projekten auf Dachflächen häufig festzustellen, dass entweder die Netzanschlusskapazität oder die notwendigen Traglasten der Dächer nicht gegeben sind.</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			<p>Die Photovoltaikanlage soll nur vorübergehend an besagter Stelle betrieben werden. Zudem hat die Photovoltaikanlage positive Umweltwirkungen (CO₂-neutrale Energieproduktion). Darüber hinaus soll die Errichtung laut S. 28f. des Umweltberichts positive Auswirkungen auf den Umweltzustand der Fläche haben. Es wird daher gefordert, dass auf Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen aufgrund der beschriebenen Umweltleistungen grundsätzlich verzichtet wird.</p> <p>Die im Rahmen des Umweltberichts angefertigte Ausgleichbilanzierung kann aus landwirtschaftlich-fachbehördlicher Sicht nicht nachvollzogen werden. Die in Abbildung 17 des Umweltberichts dargestellten Bereiche 3.5* werden als Artenreiche Mähwiese im Bereich der PV-Anlage mit dem Wertfaktor „2“ berücksichtigt. Die Flächen dürften einem extensiv genutzten Grünland in der Regel in nichts nachstehen und daher mindestens ein Wertfaktor von 5 angesetzt werden. Ganz im Gegenteil müsste laut der Darstellung des Umweltberichts u.a. auf S. 28f. sowie S.33f eher ein deutlich höherer Wertfaktor angenommen werden. Letzteres gilt auch für die Bereiche 3.5. Die vorgenommenen Abschlüsse hinsichtlich der Bereiche 3.5* erscheinen willkürlich sowie zu Aussagen des Umweltberichts widersprüchlich und ohne</p>	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt Auf der besagten Seite des Umweltberichtes werden keine positiven Auswirkungen auf den Umweltzustand der Fläche behandelt. Die Forderung auf Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zu verzichten kann nicht gefolgt werden, da laut Gesetzestextes die Eingriffe in die Umwelt ausgeglichen werden müssen.</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt Die Wertpunkte für die Eingriffsbewertung wurden mit der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein abgestimmt und spiegeln einerseits den Erhalt des Grünlandes, andererseits aber auch die Überdeckung mit Solarmodulen wider.</p>

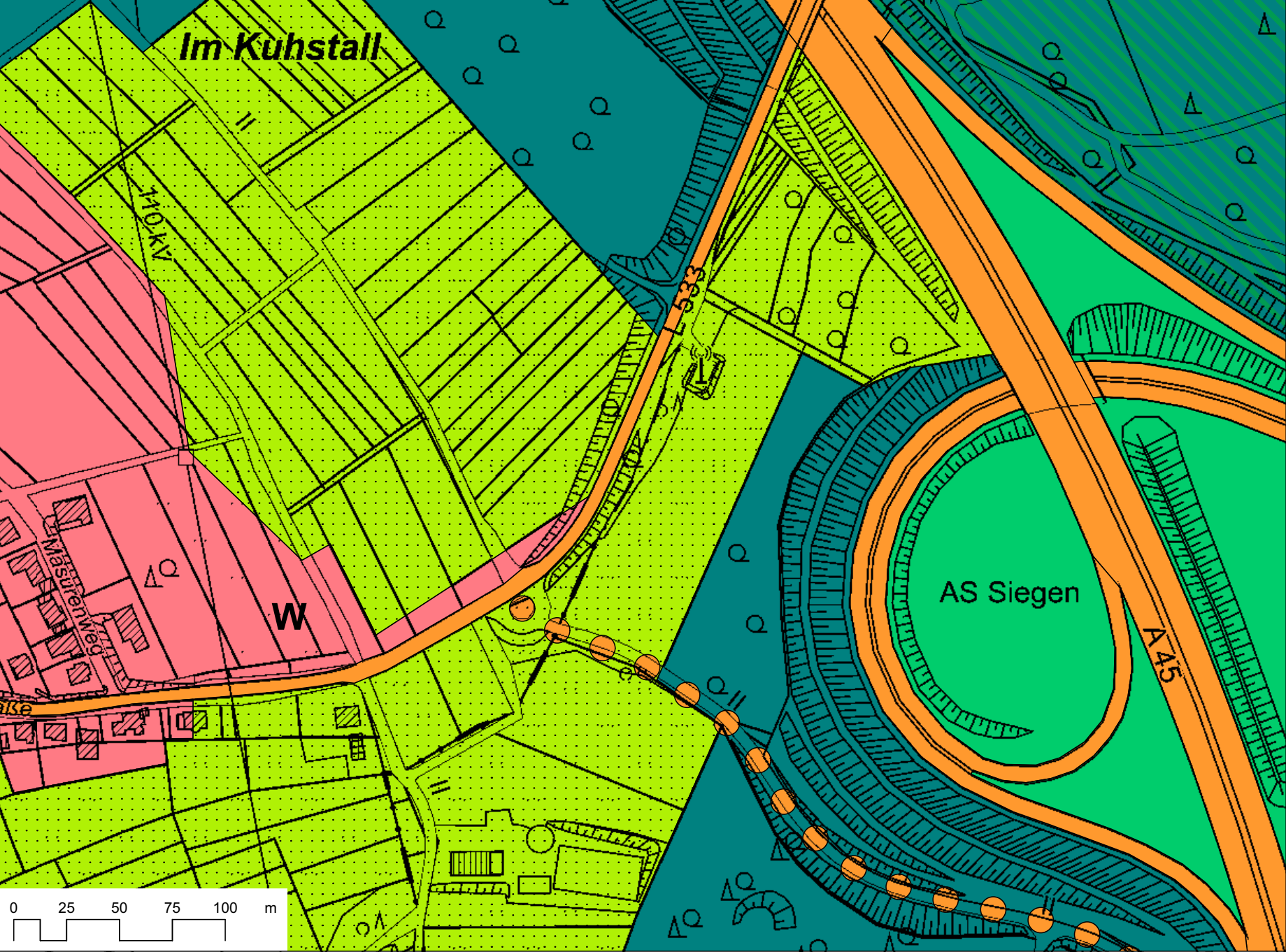
Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			<p>fachlichen Hintergrund gewählt zu sein. Andernfalls sollte in einem städtebaulichen Vertrag nach § 11 BauGB festgehalten werden, dass die Anlage so errichtet wird und die Flächen unter und zwischen den Modulen so bewirtschaftet werden, dass für die Bereiche 3.5* mindestens 5 Werteinheiten erzielt werden können.</p> <p>Die überschüssigen ökologischen Werteinheiten sind einem Ökokonto gutzuschreiben und vorrangig vor der weiteren Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Nutzflächen für Ausgleichsmaßnahmen zu nutzen.</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt Ein Überschuss von Biotopwertpunkten entsteht durch das Vorhaben nicht.</p>
5.	04.04.2022 und 09.08.2021	PLEdoc	<p>Innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans / Flächennutzungsplans verläuft die eingangs aufgeführte Kabelschutzrohranlage mit einliegenden Lichtwellenleiterkabeln (nachfolgend KSR-Anlage genannt) in einem 2 m breiten Schutzstreifen (1 m beiderseits der Leitungssachse).</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass durch die Festsetzung planexterner Ausgleichsflächen eine Betroffenheit von uns verwalteter Versorgungseinrichtungen nicht auszuschließen ist. Wir bitten um Mitteilung der planexternen Flächen bzw. um weitere</p>	<p>Beschlussempfehlung entfällt Die Leitungstrasse der KSR-Anlage tangiert marginal die im BPlan festgesetzten Bauflächen. Die Leitung wird im Bebauungsplan als „sonstige Darstellung“ übernommen. Zusätzlich wird ein Hinweis mit den zu beachteten Sicherheits- und baulichen Hinweisen aufgenommen</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen</p>

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung
			<p>Beteiligung an diesem Verfahren.</p> <p>Abschließend teilen wir Ihnen mit, dass im Geltungsbereich der hier angezeigten Bauleitpläne keine von uns verwalteten Versorgungsanlagen der OGE vorhanden sind.</p>	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen
6.	26.04.2022	Landesbetrieb Straßen NRW	<p>Keine grundsätzliche Bedenken</p> <p>Über die Zuwegung (Buswende) hinaus dürfen keine weiteren Zufahrten oder Zugänge an die Landesstraße vorgesehen werden bzw. angelegt werden. Hier insbesondere die im nördlichen Bereich der Anlage im Zuge der Landesstraße – etwa in Stat. 1,480 – vorhandene Zuwegung zu der dort vorhandenen Mobilfunkanlage darf nicht der verkehrlichen Erschließung der Photovoltaik-Anlage dienen.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen</p> <p>Beschlussempfehlung entfällt An der nördlichen Begrenzung der PV-Anlage ist ein „Bereich ohne Ein- und Ausfahrt“ festgesetzt worden. Nur im südlichen Bereich der PV-Fläche ist im Bebauungsplan der „Einfahrtbereich“ festgesetzt worden. Somit kann die Fläche nur über die Zuwegung (Buswende) erschlossen werden.</p>

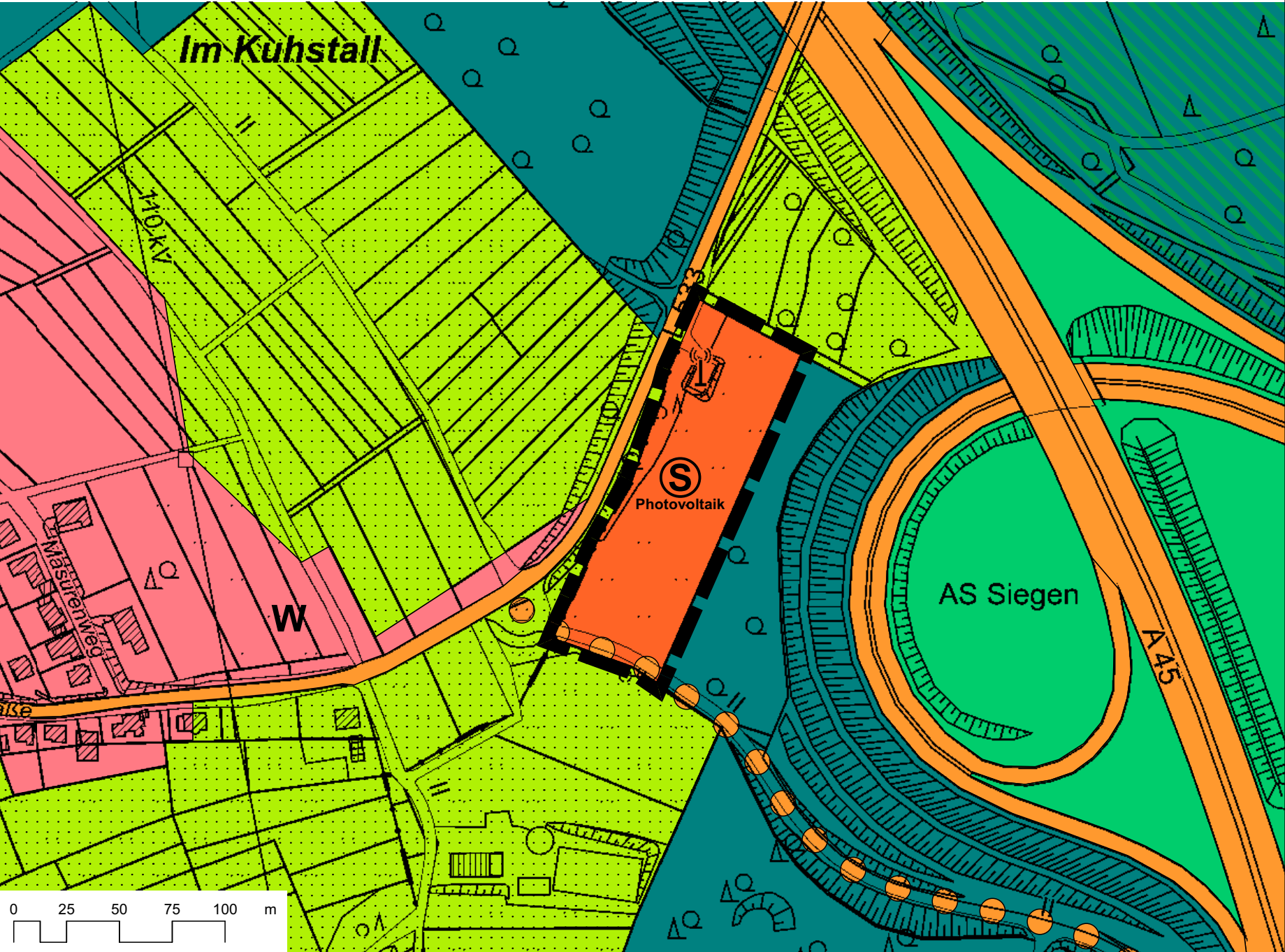
Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB

Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahme	Abwägung

Ausschnitt aus dem gültigen Flächennutzungsplan der Stadt Siegen



106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen



Verfahren

Plankonzeption

Für die städtebauliche Planung:

Gesehen:

AGL Stadtplanung

AbtL Stadtentwicklung, -planung
und Liegenschaften

Siegen,

In Vertretung

Stadtbourat

Aufstellungsbeschluss (gemäß § 2 Abs. 1 BauGB)

Der Rat der Stadt Siegen hat am 02.03.2022 die Aufstellung dieser Planänderung beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 12.03.2022 ortsüblich bekanntgemacht.

Siegen,

Der Bürgermeister
I.A.

Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (gemäß § 3 Abs. 1 BauGB)

Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung wurde am 07.08.2021 ortsüblich bekanntgemacht und vom 09.08.2021 bis zum 27.08.2021 durchgeführt. Die Unterlagen lagen bei der Arbeitsgruppe Stadtplanung zur Einsicht und Erörterung bereit und wurden zudem im Internet bereitgestellt.

Siegen,

Der Bürgermeister
I.A.

Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (gemäß § 4 Abs. 1 BauGB)

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) wurden im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung mit Schreiben vom 04.08.2021 zur Abgabe ihre Stellungnahmen bis zum 03.09.2021 aufgefordert.

Siegen,

Der Bürgermeister
I.A.

Beteiligung der Öffentlichkeit / öffentliche Auslegung (gemäß § 3 Abs. 2 BauGB)

Der Rat der Stadt Siegen hat am 02.03.2022 den Entwurf dieser Planänderung und seine öffentliche Auslegung beschlossen. Der Entwurf der Planänderung hat mit der Begründung nach der ortsüblichen Bekanntmachung am 12.03.2022 in der Zeit vom 21.03.2022 bis zum 29.04.2022 bei der Arbeitsgruppe Stadtplanung der Stadt Siegen öffentlich ausgelegen. Zudem wurden die Unterlagen im Internet bereitgestellt.

Siegen,

Der Bürgermeister
I.A.

Beteiligung der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange (gemäß § 4 Abs. 2 BauGB)

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 11.03.2022 zur Abgabe ihrer Stellungnahme bis zum 29.04.2022 aufgefordert (ggf. und über die öffentliche Auslegung informiert).

Siegen,

Der Bürgermeister
I.A.

Feststellungsbeschluss

Nach § 7 der **Gemeindeordnung** für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW S. 666) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13.04.2022 (GV.NRW. S. 490), der §§ 2 und 5 des **Baugesetzbuches** (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 26.04.2022 (BGBl. I S. 674), in Verbindung mit der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (**BauNVO**) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14.06.2021 (BGBl. I S. 1802) hat der Rat der Stadt Siegen am die Flächennutzungsplanänderung beschlossen.

Siegen,

.....
Bürgermeister

.....
Schriftführer(in)

Genehmigung

Die Planänderung ist gemäß § 6 BauGB mit Verfügung vom
Geschäftszeichen: genehmigt worden.

Arnsberg,

Die Bezirksregierung
I.A.

Bekanntmachung / Inkrafttreten des FNP-Änderung

Die mit Verfügung vom genehmigte Änderung des Flächennutzungsplanes ist am ortsüblich bekanntgemacht worden. Die Planänderung wird gemäß § 6 Abs. 5 BauGB vom Tage der ortsüblichen Bekanntmachung in der Servicestelle Bauberatung der Abteilung Bauaufsicht der Stadt Siegen zu jedermanns Einsicht bereitgehalten sowie gemäß § 10a BauGB ergänzend auch in das Internet eingestellt und über ein zentrales Internetportal des Landes zugänglich gemacht.

Festsetzungen und Planzeichenerklärung

1. Darstellungen gemäß § 5 BauGB



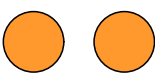
Wohnbauflächen



Sonderbauflächen
Zweckbestimmung: Photovoltaik-Freiflächenanlage



Straßenverkehrsflächen



Straßenverkehrsfläche Neuplanung



Grünflächen



Fläche für die Landwirtschaft



Fläche für Wald



Grenze des Änderungsbereiches

2. Sonstige Planzeichen

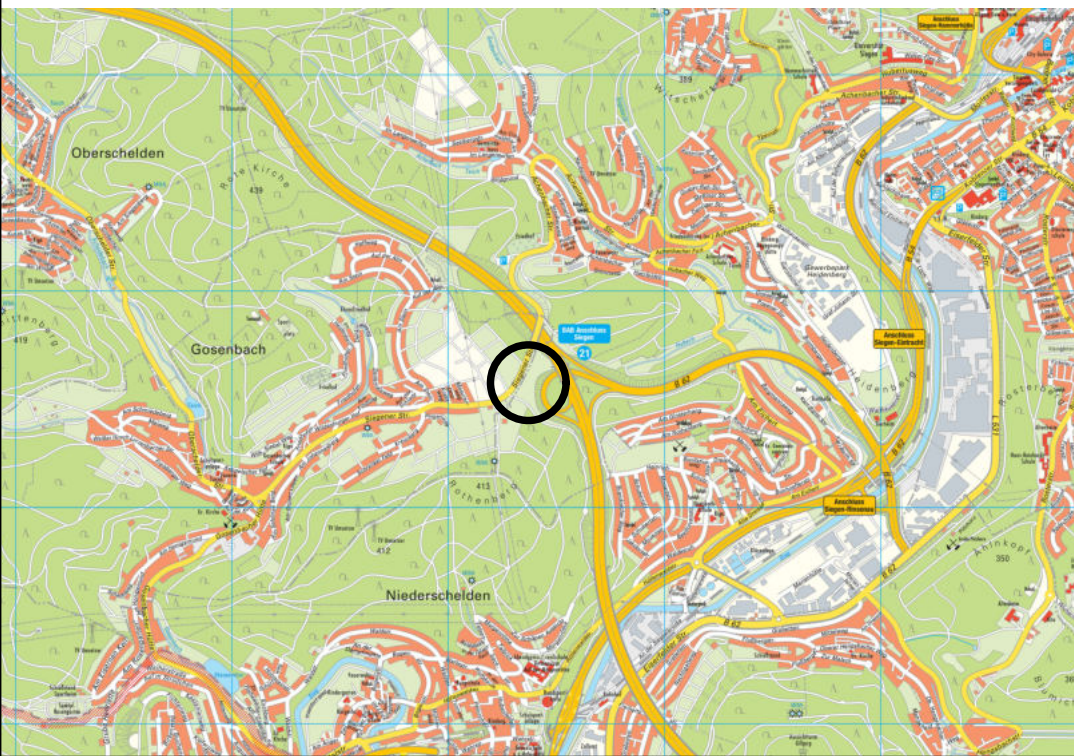


Erholungsbereich



Mobilfunksendeanlage

Lage des Plangebietes



106. Änderung des Flächennutzungsplanes

Gemarkung Siegen
Flur 12

Maßstab 1:2500 im Original (760x390)

Begründung
zur
106. Änderung des Flächennutzungsplanes
der Stadt Siegen

Bereich „PV-Anlage Rothenberg“ im Stadtteil Siegen



Universitätsstadt Siegen
AG Stadtplanung

Stand: 25.07.2022

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	i
Abbildungsverzeichnis	ii
1. Einführung	1
1.1. Lage und Abgrenzung des Plangebiets	1
1.2. Anlass und Erfordernis der Flächennutzungsplanänderung	2
1.3. Verfahren	2
2. Planungsrecht	4
2.1. Regionalplan	5
2.2. Flächennutzungsplan	6
2.3. Naturschutzfachliche Pläne und Richtlinien	7
3. Vorgesehene Nutzungsänderung und Flächenbilanz	9
3.1. Aktuelle Nutzung	9
3.2. Geplante Nutzung	9
3.3. Neudarstellung des FNP im Änderungsbereich	10
3.4. Erschließung und Versorgung	11
3.5. Flächenbilanz	11
3.6. Auswirkungen der Planänderung	11
4. Planinhalte und Festsetzungen	12
5. Anpassung an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung	13
6. Umweltbelange	14
6.1. Umweltbericht	14
6.2. Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag	14
6.3. Kompensation des Eingriffs	14
6.4. Planungsalternativen	15
7. Rechtsgrundlagen	17

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Geltungsbereich der 106. FNP-Änderung	1
Abbildung 2: Räumliche Einordnung im Stadtgebiet	2
Abbildung 3: Regionalplan-Teilabschnitt "Oberbereich Siegen" – Ausschnitt	6
Abbildung 4: Regionalplan-Teilabschnitt "Oberbereich Siegen" – Ausschnitt Plangebiet Neuaufstellung	6
Abbildung 5: FNP (Ausschnitt Plangebiet)	7
Abbildung 6: Geplante 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen	10
Abbildung 7: 106. Änderung des Flächennutzungsplans	12
Abbildung 8: Legende zur 106. Änderung des Flächennutzungsplanes	13

Bei Abbildungen ohne Quellenangabe ist die Quelle die Stadt Siegen.

1. Einführung

Im Zusammenhang mit der 106. Änderung des Flächennutzungsplanes wurde auch die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg" beschlossen, dessen Aufstellungsverfahren parallel zum Verfahren zur 106. Änderung des Flächennutzungsplanes durchgeführt wird. Die Änderung des Flächennutzungsplanes bildet die Voraussetzung für die Aufstellung des Bebauungsplanes, der die wesentlichen Belange nach dem Baugesetzbuch und insbesondere die umweltrelevanten Aspekte berücksichtigt und für die Umsetzung bestimmt. Zur Realisierung der genannten städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen ist die Änderung des Flächennutzungsplanes, der seit 1980 wirksam ist, erforderlich.

1.1. Lage und Abgrenzung des Plangebiets

Der ca. 0,9 ha große Planbereich des Bebauungsplanes Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg" und der 106. FNP-Änderung liegt in der Gemarkung Siegen, Flur 12, Flurstück 12 und tlw. Flurstück 24, östlich des Stadtteils Gosenbach, südlichwestlich der A 45.

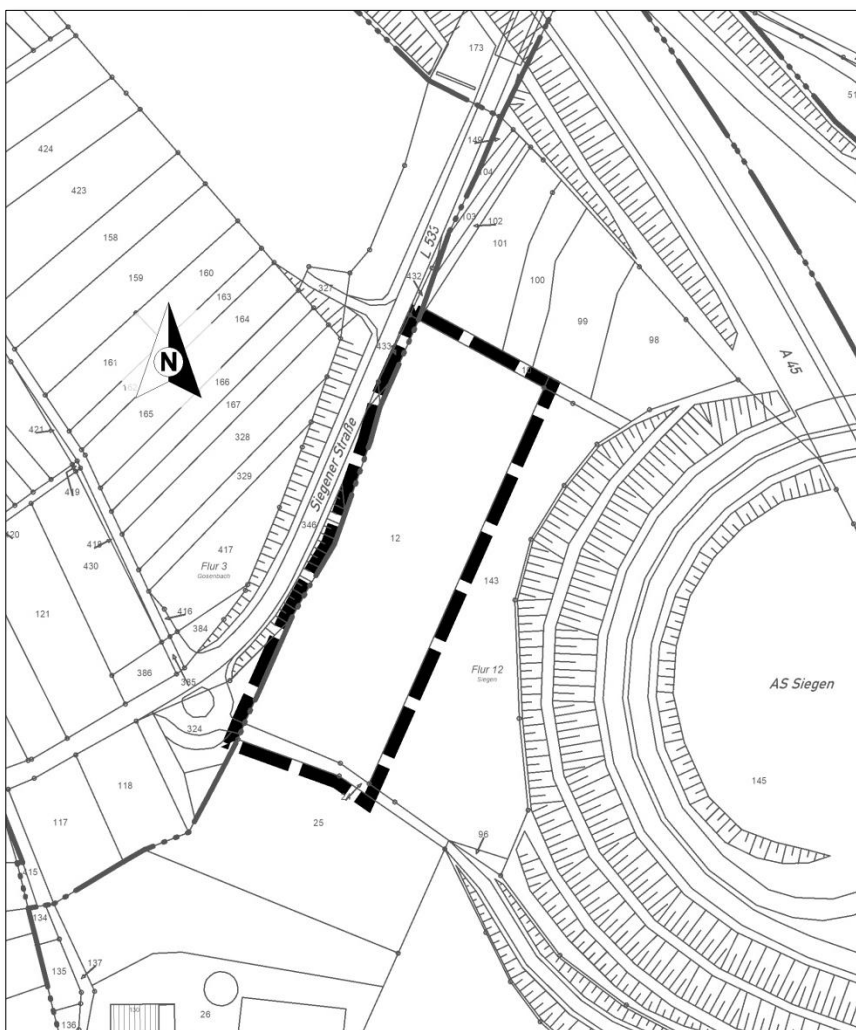


Abbildung 1: Geltungsbereich der 106. FNP-Änderung

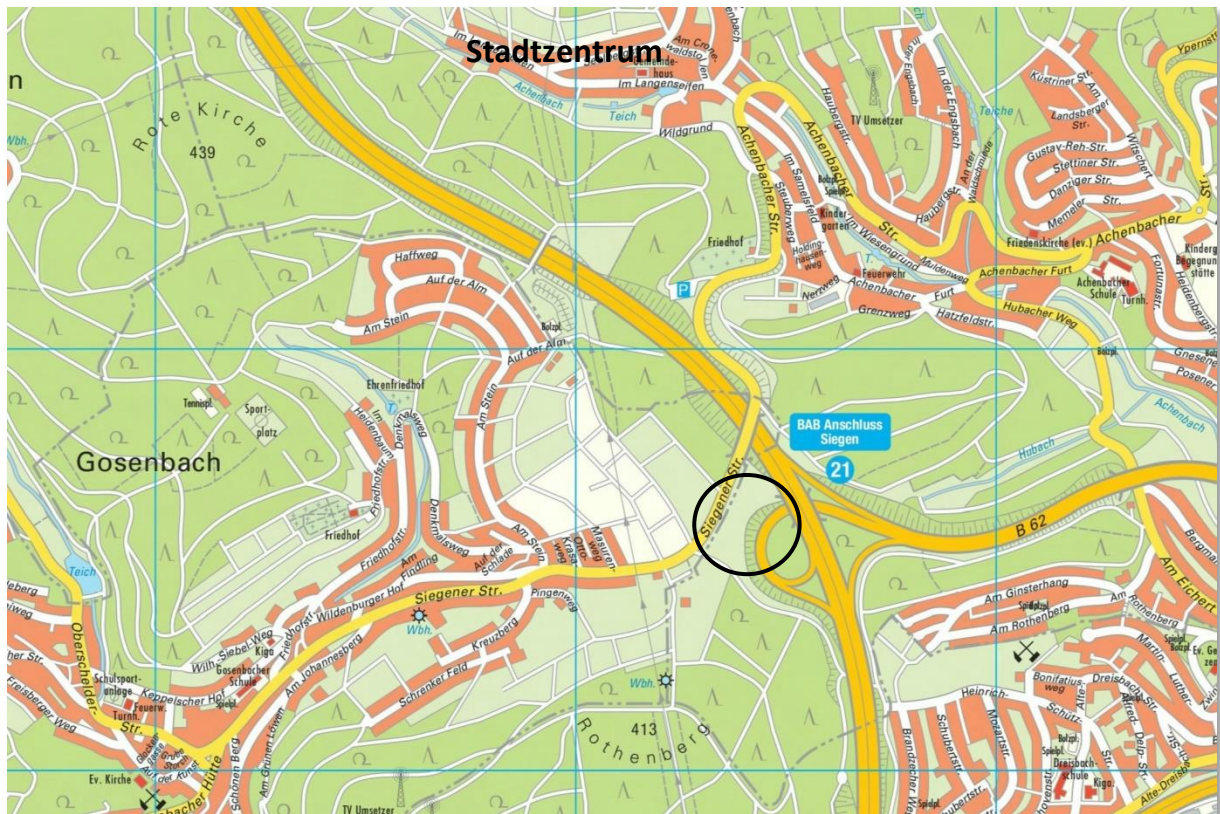


Abbildung 2: Räumliche Einordnung im Stadtgebiet

1.2. Anlass und Erfordernis der Flächennutzungsplanänderung

Die 106. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitätsstadt Siegen wird notwendig, da die Stadt Siegen plant auf dem Änderungsbereich eine PV-Anlage zu errichten. Im wirk-samen Flächennutzungsplan (FNP) der Stadt Siegen ist der Bereich als „Fläche für die Land-wirtschaft“ dargestellt. Damit entsprechen die Planungsziele bzw. die vorgesehenen Festset-zungen des Bebauungsplans nicht den Darstellung des FNP und somit auch nicht dem Entwicklungsgebot des § 8 Abs.2 BauGB, wonach Bebauungspläne aus dem Flächennut-zungsplan zu entwickeln sind. Eine Änderung des Flächennutzungsplans ist daher erforder-lich. Die erforderliche 106. Änderung des FNP wird im Parallelverfahren betrieben.

1.3. Verfahren

Die Errichtung von Freiflächen-PV-Anlagen ist an diesem Standort, der im Außenbereich liegt, nicht zulässig. Freiflächen-PV-Anlagen sind nur im unbeplanten Innenbereich nach § 34 BauGB oder im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes nach § 30 BauGB zulässig. Daher ist zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung die Aufstellung eines Bebauungsplanes erforderlich. Am 10.03.2021 haben der Bauausschuss und am 11.03.2021 der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften einen Konzeptionsbeschluss gefasst und die Verwaltung damit beauftragt, die Aufstellung des Bebauungsplanes vorzubereiten.

Der Bebauungsplan wird im Normalverfahren durchgeführt, d. h. unter Anwendung der frühzeitigen Öffentlichkeits- sowie Behördenbeteiligung und Durchführung einer Umwelt-

prüfung (gemäß §§ 2 Abs. 4 i. V. m. § 1 Abs. 6 Nr. 7 und 1a BauGB). Eingriffe in Boden, Natur und Landschaft sind mit der Planung verbunden, wodurch ein Ausgleich notwendig wird. Die Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung ergab ein Defizit in der Betrachtung der Bestands- zur Planungssituation von 13.154 Ökopunkten. Zum Ausgleich der mit dem geplanten Vorhaben einhergehenden Beeinträchtigungen von Natur ist im Zuge der Umsetzung der Kompensationsmaßnahmen eine Biotopwertverbesserung um insgesamt 13.154 Biotopwertpunkte erforderlich. Im Plangebiet ist kein bzw. nur eine geringfügiger Ausgleich möglich, daher wird der Eingriff durch 13.000 Ökopunkte des Ökokontos des Kreises Siegen-Wittgenstein erbracht (siehe Umweltbericht). Ebenfalls wurden mögliche artenschutzrechtlich relevante Inhalte geprüft. Eine artenschutzrechtliche Betroffenheit gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG wird unter Berücksichtigung der im Bebauungsplan beschriebenen Vermeidungsmaßnahmen ausgeschlossen (siehe artenschutzrechtlicher Fachbeitrag).

Der Bebauungsplan kann aufgrund abweichender Festsetzungen nicht gem. § 8 (2) BauGB aus dem wirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Siegen (FNP) entwickelt werden, sodass eine Flächennutzungsplanänderung erforderlich ist. Der Flächennutzungsplan der Stadt Siegen wird daher im Parallelverfahren gem. § 8 (3) BauGB als 106. Änderung entsprechend der angestrebten Nutzung „Sondergebiet PV-Anlage“ angepasst.

Öffentlichkeitsbeteiligung und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit für den Bebauungsplan und der Flächennutzungsplanänderung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB fand in der Zeit vom 09.08.2021 bis 27.08.2021 statt. Ein Bürger hat innerhalb des Zeitraumes eine Stellungnahme abgegeben.

Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB wurde in der Zeit vom 09.08.2021 bis 03.09.2021 durchgeführt. Seitens der Naturschutzverbände, des Kreises Siegen-Wittgenstein und der Autobahn GmbH wurden Anregungen, u.a. zur Blendwirkung der PV-Module (Ebene Bebauungsplan), zum gemeinsamen Umweltbericht und zur Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung vorgebracht. Diese wurden in die in der weiteren Planung berücksichtigt bzw. in den Entwurf zur öffentlichen Auslegung eingearbeitet.

Ebenfalls erfolgt ist die landesplanerische Beteiligung gemäß § 34 Abs. 1 LPlG NRW, wonach keine landesplanerischen Bedenken gegenüber der beabsichtigten Planung bestehen.

Der Rat der Stadt Siegen hat am 02.03.2022 die Aufstellung der 106. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNPs) und des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ und dessen öffentliche Auslegung beschlossen.

In der Zeit vom 21.03.2022 bis 29.04.2022 haben die beiden Pläne gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen. Es sind keine weiteren Stellungnahmen von Bürgern eingegangen. Im selben Zeitraum hat die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB stattgefunden.

2. Planungsrecht

Raumordnung und Landesplanung

Raumordnung

Das System der räumlichen Planung in Deutschland ist durch einen mehrstufigen hierarchischen Aufbau gekennzeichnet. Die höchste Planungsebene bildet die Raumordnung, welche im Raumordnungsgesetz (ROG) auf Bundesebene die mit Leitbildern, Zielen, Grundsätzen und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung festlegt. Nach § 1 Abs. 4 des Baugesetzbuches sind dabei Bauleitpläne, d.h. auch Bebauungspläne, an die Ziele der Raumordnung anzupassen. Das ROG wird auf der jeweiligen Landesebene konkretisiert, in Nordrhein-Westfalen durch den Landesentwicklungsplan (LEP NRW) auf Grundlage des Landesplanungsgesetzes (LPIG NRW).

Landesentwicklungsplan (LEP NRW)

In Nordrhein-Westfalen werden die abstrakten Aussagen des ROG im Landesentwicklungsplan (LEP) ausgearbeitet und räumlich konkretisiert. Der LEP legt die mittel- und langfristigen strategischen Ziele zur räumlichen Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen, anhand übergreifender Festlegungen, Festlegungen für bestimmte Sachbereiche sowie die zeichnerischen Festlegungen. Sie sind in der nachgeordneten Regional-, Bauleit- und Fachplanung zu beachten bzw. zu berücksichtigen.

Die Stadt Siegen wird im LEP NRW hinsichtlich der zentralörtlichen Gliederung als Oberzentrum und siedlungsräumlichen Grundstruktur als solitäres Verdichtungsgebiet deklariert.

Die Belange der Raumordnung sind auf der Ebene der Landesplanung im Landesentwicklungsplan 2017 des Landes Nordrhein-Westfalen (LEP) geregelt. Der LEP fordert in Grundsatz 10.1-1 eine nachhaltige Energieversorgung in Nordrhein-Westfalen. So soll in allen Teilen des Landes „den räumlichen Erfordernissen einer Energieversorgung Rechnung getragen werden, die sich am Vorrang und den Potenzialen der erneuerbaren Energien orientiert.“ Es wird gefordert, dass vorrangig erneuerbare Energieträger eingesetzt und die räumlichen Voraussetzungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, die Erhöhung der Energieeffizienz und eine sparsame Energienutzung geschaffen werden.

Standorte für die raumbedeutsame Nutzung von Solarenergie müssen bestimmte Anforderungen erfüllen und mit der im Regionalplan festgelegten Schutz- und Nutzfunktion vereinbar sein. Als raumbedeutsam gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 6 ROG gelten im Falle der Freiflächenphotovoltaik Flächen ab 3 ha.

Konkret werden zum Thema Solarenergie unter dem Ziel 10.2-5 folgende Anforderungen an die Standorte für die Nutzung erneuerbarer Energien gestellt, die größtenteils mit der EEG-Flächenkulisse übereinstimmen:

10.2-5 Ziel Solarenergienutzung

Die Inanspruchnahme von Flächen für die raumbedeutsame Nutzung der Solarenergie ist möglich, wenn der Standort mit der Schutz- und Nutzfunktion der jeweiligen Festlegung im Regionalplan vereinbar ist und es sich um

- die Wiedernutzung von gewerblichen, bergbaulichen, verkehrlichen oder wohnungsbaulichen
- Brachflächen oder baulich geprägten militärischen Konversionsflächen,
- Aufschüttungen oder
- Standorte entlang von Bundesfernstraßen oder Schienenwegen mit überregionaler Bedeutung
- handelt.

In den Erläuterungen wird zudem konkretisiert, dass die Nutzung der Solarenergie auf und an vorhandenen baulichen Anlagen der Errichtung von großflächigen Solarenergieanlagen auf Freiflächen (Freiflächen-Solarenergieanlagen) vorzuziehen ist.

Daher dürfen Standorte für Freiflächen-Solarenergieanlagen nur ausnahmsweise im Freiraum festgelegt werden. Die Standortanforderungen tragen den Belangen des Freiraumschutzes und des Landschaftsbildes Rechnung und leisten einen Beitrag zu einer nachhaltigen Flächeninanspruchnahme. Im Gegensatz zu Windenergieanlagen und privilegierten energetischen Biomasseanlagen sind Freiflächen-Solarenergieanlagen nicht bauplanungsrechtlich privilegiert. Für eine Freiflächen-Solarenergieanlage, die im Außenbereich als selbständige Anlage errichtet werden soll, ist ein Bebauungsplan aufzustellen, der an die textlichen und zeichnerischen Festlegungen der landesplanerischen Vorgaben und der Regionalpläne, die für das Planungsgebiet bestehen, anzupassen ist.

2.1. Regionalplan

Der Regionalplan legt die regionalen Ziele der Raumordnung für die Entwicklung der Region und für alle raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen fest. Wesentliche Grundlage ist der Landesentwicklungsplan. Die Regionalplanung ist zum einen an die Vorgaben des Landesentwicklungsplans gebunden, zum anderen trifft sie Planaussagen für die kommunale Bauleitplanung. Sie ist damit die planerische Mittelungsebene zwischen Land und Kommune.

Die Stadt Siegen liegt im Geltungsbereich des Regionalplans Arnsberg, Teilabschnitt „Oberbereich Siegen“ (Kreise Olpe und Siegen-Wittgenstein).

Im gültigen Regionalplan ist das Plangebiet „Allgemeiner Freiraum und Agrarbereich“ und als „Waldbereich“ festgelegt (siehe **Abbildung 3**: Regionalplan-Teilabschnitt "Oberbereich Siegen" – Ausschnitt (Quelle: Regionalplan Arnsberg, 2008)).

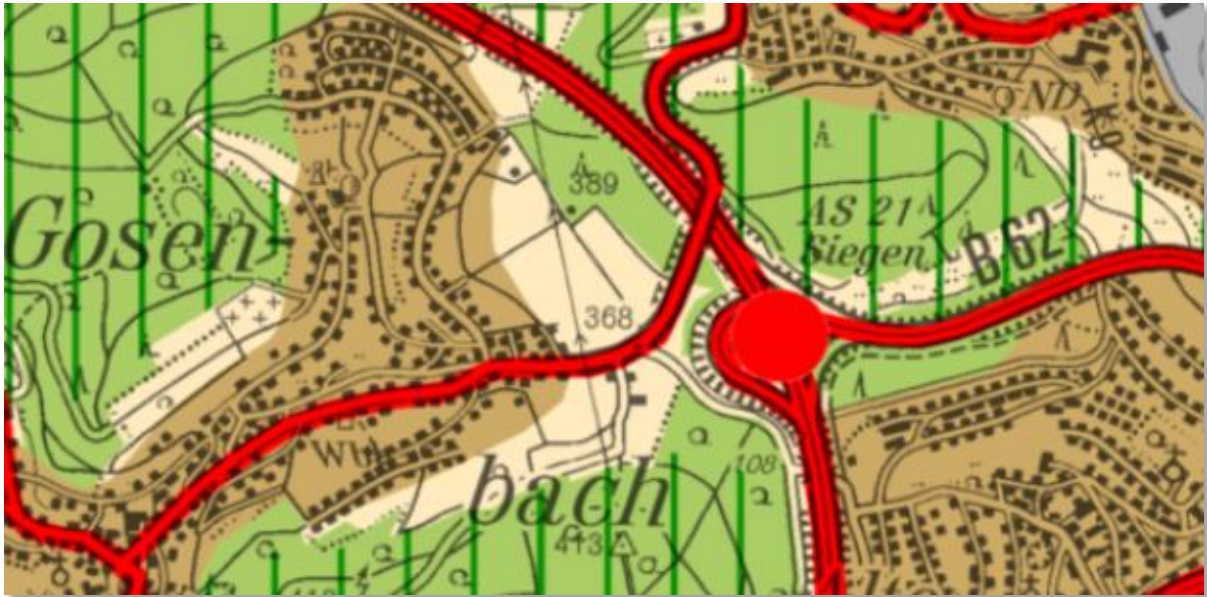


Abbildung 3: Regionalplan-Teilabschnitt "Oberbereich Siegen" – Ausschnitt (Quelle: Regionalplan Arnsberg, 2008)

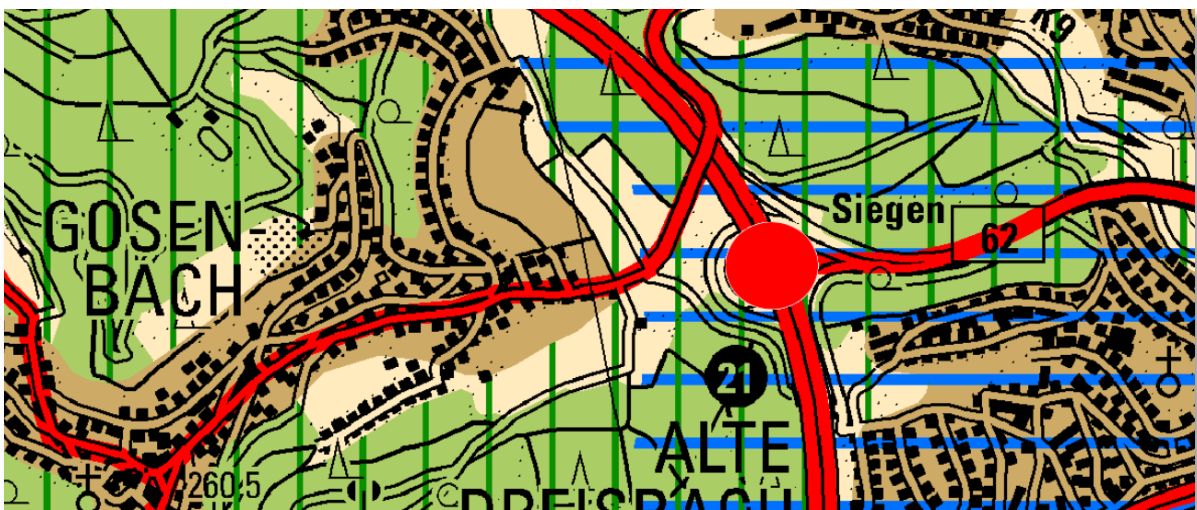


Abbildung 4: Regionalplan-Teilabschnitt "Oberbereich Siegen" – Ausschnitt Plangebiet Neuaufstellung (Quelle: Regionalplan Arnsberg, in Neuaufstellung)

2.2. Flächennutzungsplan

Der Flächennutzungsplan (FNP) als "vorbereitender Bauleitplan" stellt die Grundzüge der Art der Bodennutzung für das gesamte Stadtgebiet dar. Neben der Festlegung der Nutzungsart für bereits bebaute Gebiete (Gewerbe, Wohnen, Verkehr, Gemeinbedarf, Erholung, Landwirtschaft) werden im Flächennutzungsplan auch potentielle Siedlungserweiterungen dargestellt. Der FNP ist gemäß § 1 (4) Baugesetzbuch (BauGB) an die Ziele der Raumordnung anzupassen.

Im wirksamen Flächennutzungsplan (FNP) der Stadt Siegen ist der Bereich als „Fläche für die Landwirtschaft“ dargestellt. Damit entsprechen die Planungsziele bzw. die vorgesehenen

Festsetzungen des Bebauungsplans nicht den Darstellung des FNP und somit auch nicht dem Entwicklungsgebot des § 8 Abs.2 BauGB, wonach Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln sind. Eine Änderung des Flächennutzungsplans ist daher erforderlich. Die erforderliche 106. Änderung des FNP wird im Parallelverfahren betrieben.

Die Bezirksregierung Arnsberg (Bezirksplanungsbehörde) hat mit Verfügung vombestätigt, dass die Änderung Nr. 106 an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung gemäß § 34 LPlG NRW angepasst ist.

Nach Wirksamwerden der 106. Änderung des FNP gilt somit der Bebauungsplan als aus dem FNP entwickelt.



Abbildung 5: FNP (Ausschnitt Plangebiet)

Das Plangebiet ist aktuell planungsrechtlich dem Außenbereich nach § 35 BauGB zuzuordnen. Für die Freiflächen PV-Anlage besteht am vorgesehenen Standort weder nach den §§ 30 und 31 noch nach den §§ 33 bis 35 Baugesetzbuch (BauGB) derzeit eine planungsrechtliche Zulässigkeit. Daher ist zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung parallel die Aufstellung eines Bebauungsplanes erforderlich.

2.3. Naturschutzfachliche Pläne und Richtlinien

Landschaftsplan / Landschaftsschutzgebiete

Das Plangebiet befindet sich im Geltungsbereich des Landschaftsplanes Siegen. Für das Plangebiet ist der flächendeckende Landschaftsschutz festgesetzt. Die Ausweisung des Landschaftsschutzgebietes „Siegen“ dient der Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der Sicherung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit des Landschaftsbildes sowie

der Bewahrung des im Interesse des Erholungsverkehrs überregional bedeutsamen Gebietes. In der Entwicklungskarte wird das Entwicklungsziel 1 „Erhaltung“ dargestellt.

Entsprechend § 20 (4) LNatSchG NRW treten mit der Umsetzung von Inhalten Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ entgegenstehende Bestimmungen des Landschaftsplanes Siegen (u. a. Bauverbot im Bereich des Landschaftsschutzgebietes) mit einer Rechtskraft des Bebauungsplanes außer Kraft, sofern im Flächennutzungsplanverfahren seitens des Kreises als Träger der Landschaftsplanung nicht widersprochen wurde.

Geschützte Biotope nach § 30 Bundesnaturschutzgesetz

Nach § 30 BNatSchG sowie nach § 42 LNatSchG NRW werden bestimmte Teile von Natur und Landschaft, die eine besondere Bedeutung als Biotope haben, gesetzlich geschützt. Handlungen, die zu einer Zerstörung oder sonstigen erheblichen Beeinträchtigung dieser Biotope führen können, sind verboten.

Gesetzlich geschützte Biotope befinden sich nicht im Bereich des Plangebietes, sind jedoch in der näheren Umgebung vorhanden. Das gesetzlich geschützte Biotop „BT-4113-676-8“ liegt etwa 360 m östlich des Plangebietes und umfasst bachbegleitende Feuchtbrachen.

Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie

Natura 2000-Gebiete befinden sich im Plangebiet und der näheren Umgebung nicht.

Weitere Informationen befinden sich im gemeinsamen Umweltbericht zur FNP-Änderung und zum Bebauungsplan Nr. 457.

3. Vorgesehene Nutzungsänderung und Flächenbilanz

3.1. Aktuelle Nutzung

Bei der im Plangebiet befindlichen Fläche handelte es sich hauptsächlich um landwirtschaftliche Flächen. Im südlichen Bereich ist eine Straßenverkehrsfläche als Neuplanung dargestellt. Nach Rücksprache mit der Regionalniederlassung Südwestfalen des Landesbetrieb Straßenbau NRWs und der Abteilung Straße und Verkehr der Stadt Siegen ist die im Flächennutzungsplan von 1980 dargestellte Ortsumgehung bzw. eine Planung zum einer Verbindungsstraße zwischen Gosenbach und Eiserfeld nicht bekannt. Eine Beeinträchtigung der geplanten PV-Anlage wäre auch bei einer evtl. Planung in Zukunft nicht gegeben, daher wird die Darstellung auch im südlichen Bereich in die 106. FNP-Änderung „nachrichtlich“ übernommen.

3.2. Geplante Nutzung

Für den Planbereich der 106. Flächennutzungsplanänderung werden die Darstellungen auf Grundlage der Erfordernisse des Bebauungsplanes angepasst.

Die Planung sieht vor eine Photovoltaik Freiflächenanlage zu errichten. Die vorhandene Mobilfunkanlage sowie die parallel zur Siegener Straße vorhandene Grünfläche bewachsen mit Bäumen und Büschen sollen erhalten bleiben.

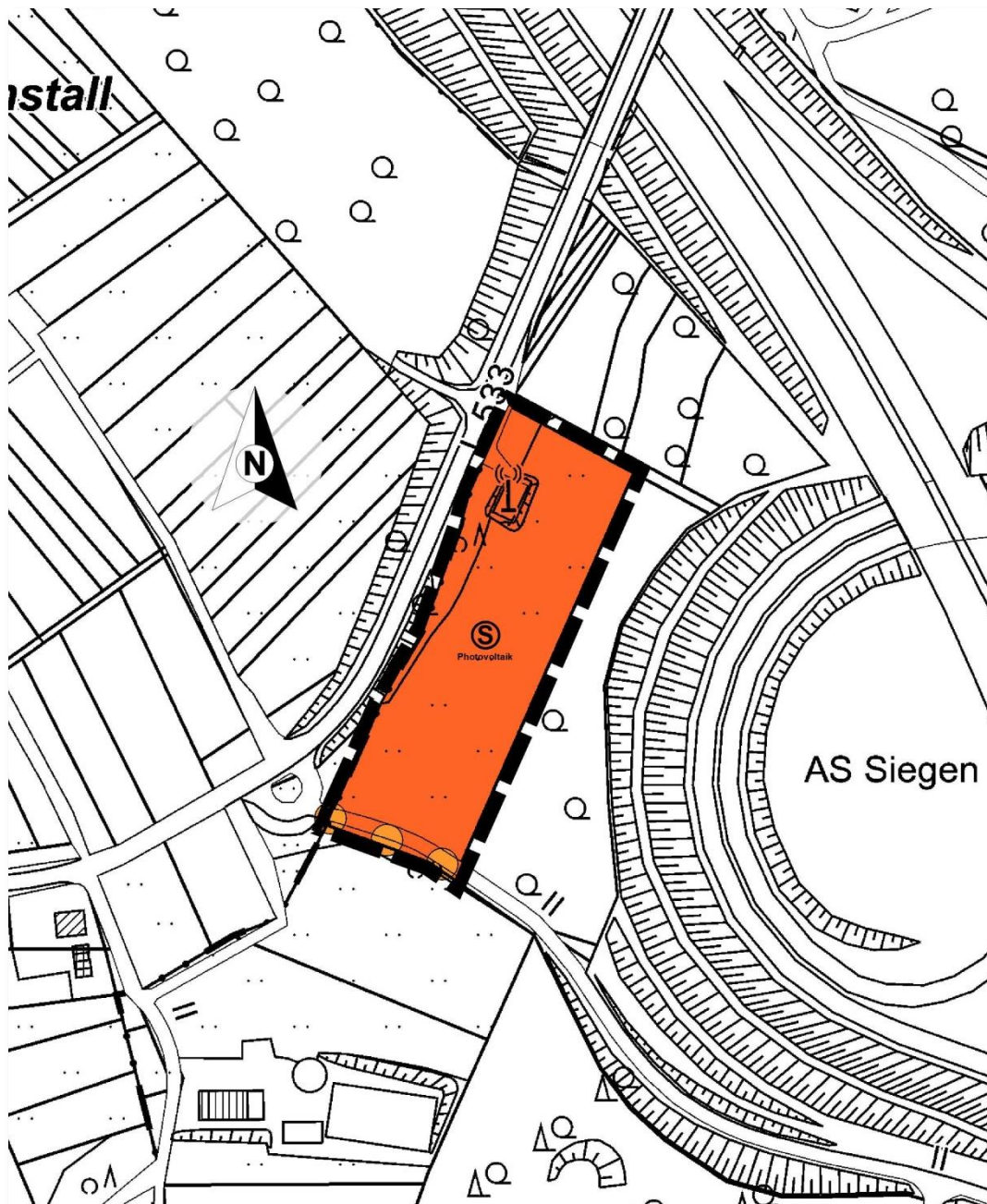


Abbildung 6: Geplante 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen

3.3. Neudarstellung des FNP im Änderungsbereich

Mit der 106. Planänderung wird das Gebiet entsprechend der neuen Nutzung als Sonderbaufläche dargestellt. Anders als im geplanten Bebauungsplan sollen auch der Bereich um die Mobilfunkanlage, der parallel zur Siegener Straße verlaufender Grünstreifen sowie die südlich im Plangebiet vorgesehene Straßenverkehrsfläche ebenfalls als eine Sonderbaufläche in der FNP-Änderung dargestellt werden.

3.4. Erschließung und Versorgung

Die äußere Erschließung des Plangebietes erfolgt über den im südlichen Bereich vorhandenen städtischen Wirtschaftsweg der über die Buswende an die Siegener Straße (L 533) mündet.

Ver- und Entsorgung

Aufgrund der Art der geplanten Nutzung des Geländers ist eine Ver- bzw Entsorgung nicht notwendig. Das Grundstück wird Abwassertechnisch ebenfalls nicht erschlossen. Das anfallende Niederschlagswasser wird vor Ort versickert.

3.5. Flächenbilanz

Mit der 106. Planänderung wird das Gebiet entsprechend der neuen Nutzung als Sondergebietsfläche dargestellt. Im Einzelnen ergibt sich folgende Flächenbilanz:

Darstellung	Fläche FNP alt	nach Änderung FNP
Fläche für die Landwirtschaft	0,89 ha	--
Sondergebietsfläche	--	0,89 ha
Gesamtfläche	0,89 ha	0,89 ha

3.6. Auswirkungen der Planänderung

Diese 106. Flächennutzungsplanänderung beschreibt in Grundzügen für das Plangebiet „... die sich aus der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung ergebende Art der Bodennutzung nach den voraussehbaren Bedürfnissen der Gemeinde...“ gemäß § 5 BauGB. Die Planungshoheit besitzt die Kommune. Die frühzeitige Bürgerbeteiligung bei der Aufstellung des FNP trägt zur Wahrung dieses kommunalen Privilegs bei. Für die Verwaltung und Behörden stellt der FNP ein verbindliches Planungsinstrument dar, das für die konkrete Bodennutzung vorbereitend den Rahmen setzt. Dabei erzeugt der FNP als öffentlicher Belang keine Auswirkungen auf die Nutzung einzelner Grundstücke, d.h., es ergeben sich keine unmittelbaren Rechte und Pflichten für den Bürger oder gegenüber Dritten - diese Regelungen treffen erst auf den aus dem FNP abgeleiteten Bebauungsplan zu.

4. Planinhalte und Festsetzungen

Neudarstellung des FNP im Änderungsbereich

Der gesamte Geltungsbereich der Flächennutzungsplanänderung besteht aus der Darstellung „Sonderbaufläche“. Der daraus zu entwickelnde Bebauungsplan mit seinen detaillierten Festsetzungen kann als aus dem FNP entwickelt bezeichnet werden.



Abbildung 7: 106. Änderung des Flächennutzungsplans

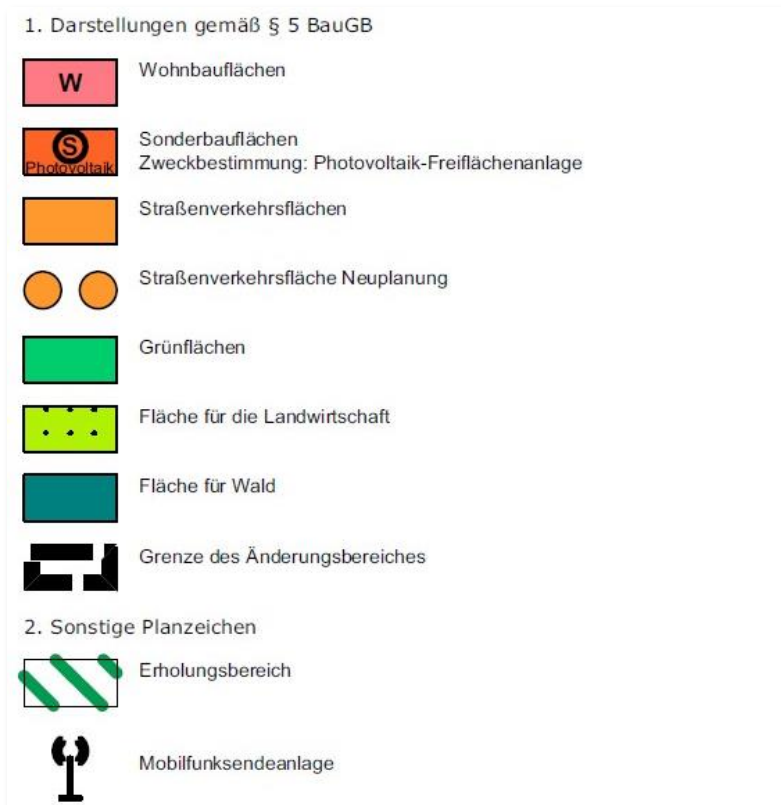


Abbildung 8: Legende zur 106. Änderung des Flächennutzungsplans

5. Anpassung an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung

Mit Schreiben vom 16.03.2021 wurde ein Verfahren zur landesplanerischen Anpassung der gemeindlichen Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung gemäß § 34 Landesplanungsgesetz NRW durchgeführt. Die Bezirksregierung Arnsberg teilte mit Bescheid vom 19.04.2021 mit, dass für die Anpassung gem. § 34 Abs. 1 LPLG NRW eine Vereinbarkeit mit den Erfordernissen der Raumordnung in Aussicht gestellt wird.

Die Bezirksregierung Arnsberg (Bezirksplanungsbehörde) hat mit Verfügung vom 21.02.2022 bestätigt, dass die Änderung Nr. 106 an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung gemäß § 34 LPLG NRW angepasst ist.

6. Umweltbelange

Der Begründung zur 106. Flächennutzungsplanänderung liegen als gesonderter Teil der Umweltbericht und die Artenschutzprüfung bei.

6.1. Umweltbericht

Der Umweltbericht für den Bebauungsplan und die Flächennutzungsplanänderung kommt zu folgendem Ergebnis: Zusammenfassend wird deutlich, dass es durch die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ in Verbindung mit der 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen zur Überschirmung von Flächen kommen wird, die derzeit als Extensivgrünland genutzt werden. Die Überschirmung führt zu einer unterschiedlich starken Beschattung und Wasserversorgung dieser Flächen. Die veränderten Standortbedingungen werden unterschiedliche Artenzusammensetzungen der Vegetation bedingen, was auch Einfluss auf die Lebensraumeignung der Flächen für die Fauna hat. Weiterhin gehen mit der Anlage der Solarmodule geringfügige mikroklimatische Veränderungen sowie geringe Versiegelungen des Bodens einher. Aufgrund der Kleinflächigkeit und der Geringfügigkeit der beschriebenen Veränderungen werden jedoch keine erheblichen Beeinträchtigungen für die im Umweltbericht untersuchten und genannten Schutzgüter erwartet.

6.2. Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag

Im Zusammenhang mit dem Vorhaben und der Aufstellung des Bebauungsplanes und der FNP-Änderung wurde im Rahmen einer Artenschutzprüfung untersucht, ob gemäß § 44 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) eine unzulässige Betroffenheit von artenschutzrechtlich relevanten Arten eintreten kann.

Als Ergebnis der Artenschutzprüfung wurde festgestellt, dass die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ in Verbindung mit der 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen keine artenschutzrechtlichen Auswirkungen auf die genannten planungsrelevanten Arten hat. Eine vertiefende Prüfung der Verbotstatbestände gemäß Stufe II ist demnach nicht durchzuführen.

6.3. Kompensation des Eingriffs

Nach § 18 BNatSchG ist bei Eingriffen in Natur und Landschaft auf Grund einer Bauleitplanung über Vermeidung, Ausgleich und den Ersatz (Verursacherpflichten nach § 15 BNatSchG) nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zu entscheiden (§ 1a Abs. 3 i. V. m. § 135a BauGB).

Da auf der Ebene dieses Flächennutzungsplanes entscheidende Informationen zu den genauen Eingriffsräumen und dem Maß der baulichen Nutzung fehlen, muss die Eingriffsregelung abschließend im Rahmen der im Parallelverfahren aufzustellenden BPlan bearbeitet werden. Hier sind folgende Punkte zu bearbeiten:

- Eingriffsräume und Bestandsbewertung
- Herleitung der Eingriffe
- Auswirkungen des Eingriffs auf die Schutzgüter und Vermeidungsmaßnahmen
- Bilanzierung des Resteingriffs
- Kompensation.

Die Ermittlung der Biotopwertpunkte im Plangebiet des BPlanes vor dem Eingriff ergibt einen Bestandswert von 42.486 Biotopwertpunkten. Für den Zustand nach Realisierung der Planung errechnet sich der Planwert auf 29.332 Biotopwertpunkte. Zum Ausgleich der mit dem geplanten Vorhaben einhergehenden Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft ist demnach im Zuge der Umsetzung der Kompensationsmaßnahmen eine Biotopwertverbesserung um insgesamt 13.154 Biotopwertpunkte erforderlich.

Für unvermeidbare Beeinträchtigungen durch bauliche Nutzung, insbesondere durch den Entzug von Lebensräumen, werden mit dem Bebauungsplan Maßnahmen zur Kompensation festgesetzt. Da sich aber innerhalb des Bebauungsplanes derzeit keine sinnvollen Maßnahmen zur Kompensation ergeben, ist es seitens des Gesetzgebers möglich, die Kompensationspflicht durch den Einsatz von innerhalb des Kreises frei verfügbaren, sogenannten Ökopunkten zu erfüllen.

Zur Kompensation des Eingriffes wird daher das Ökokonto bei der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein belastet. Mit dem Einbringen von 13.000 Ökopunkten, kann der Eingriff in Natur und Landschaft für den Bereich als kompensiert bezeichnet werden.

Die dort gutgeschriebenen Maßnahmen stehen im räumlichen und sachlichen Zusammenhang mit dem Plangebiet. Die Untere Naturschutzbehörde überwacht die entsprechenden Buchungen auf dem betroffenen Ökokonto.

6.4. Planungsalternativen

In der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden wurde vorgeschlagen, als Alternative zu Freiflächen-PV-Anlagen, vorhandene Dachfläche im Stadtgebiet für den Ausbau von PV-Anlagen zu nutzen. Folgende Argumente sprechen für den Bau der PV-Anlage am Rothenberg:

Im Interesse des Klima- und Umweltschutzes und zur Entwicklung einer nachhaltigen Energieversorgung zielt die Energiepolitik in Deutschland auf den konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien. Dieser Zielsetzung folgend hat der Rat der Stadt Siegen am 26.02.2020 den Beschluss gefasst, die Kapazitäten der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien kurzfristig im Stadtgebiet auszubauen. Die Verwaltung wurde diesbezüglich beauftragt, geeignete Flächen im Stadtgebiet unter Berücksichtigung ökologischer und städtebaulicher Aspekte für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen zu prüfen. Daraufhin hat der Rat der Stadt Siegen am 15.12.2020 beschlossen, eine Potenzialflächenanalyse für die Errichtung von PV-Freiflächenanlagen im Stadtgebiet Siegen zu erstellen und die notwendigen, sich aus der

Analyse ergebenden Bauleitplanverfahren selbst durchzuführen. Im aktuellen Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) werden Förderkulissen für die Errichtung von PV-Freiflächenanlagen definiert. Hierbei handelt es sich um Flächen mit einem Abstand von bis zu 200 Metern entlang von Autobahnen oder Schienenwegen sowie um bereits versiegelte Deponien und Konversionsflächen (= Brachflächen). Ökologisch sensible Flächen sollen grundsätzlich geschützt werden. Vorbelastete oder in ihrem ökologischen Wert beeinträchtigte Flächen sind zu bevorzugen. Aus einer Potenzialstudie des LANUV „Erneuerbare Energien NRW“ geht für das Siegener Stadtgebiet ein differenziertes Bild hervor. Potenzielle Flächen, wie aktuell un- bzw. untergenutzte Gewerbeflächen entfallen, da diese seitens der Stadt für eine gewerbliche Nutzung priorisiert sind. Weitere mögliche Flächen sind Deponieflächen (Fludersbach, Haardter Berg) oder Randstreifen von Bahntrassen und Bundesautobahnen. Aufbauend auf den Parametern der Studie erarbeitet die Stadt Siegen aktuell die eigene stadtweite Analyse. Der in Siegen-Gosenbach am Rothenberg relevanten Fläche wird eine gute Eignung attestiert. Die biologische Vielfalt auf dieser Fläche ist als eher gering einzustufen, für die klimatische Bedeutung und die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes gilt das in ähnlicher Weise. Die Fläche gilt durch die unmittelbare Nähe an die Landesstraße als sehr gut erschlossen.

Unter landwirtschaftlichen Gesichtspunkten ist zu betonen, dass es sich bei dieser Fläche um einen Standort mit geringer bis mittlerer Ertragskraft handelt. Die Fläche wird daher auch nicht als Ackerstandort, sondern als extensiv genutztes Grünland bewirtschaftet. Sie dient keiner Lebensmittelproduktion. Im Kontext der o.g. Zielsetzung überwiegt daher die langfristige Nutzung der Fläche zur Erzeugung von Solarstrom als zur Futtermittelproduktion. Außerdem hervorzuheben sind die positiven Aspekte, die sich aus der Errichtung der PV-Anlage für den Boden ergeben. Neben einer Nitratreduktion, die sich positiv auf den Grundwasserhaushalt auswirkt, ist zudem eine Aktivierung des Bodenlebens durch höhere mikrobiologische Aktivitäten sowie eine Dämpfung der Nährstoffdynamik zu erwarten. Somit können positive Regenerationseffekte auf der Fläche wirken, von denen bei einem späteren Rückbau der Anlage die Landwirtschaft profitieren kann. Solarparks bzw. PV-Freiflächenanlagen können zudem signifikant und dauerhaft positiv auf die Biodiversität einwirken. Die Flächeninanspruchnahme durch die PV-Anlage kann zu einer Erhöhung der Artenvielfalt führen. Solarparks fördern als eine Art Biodiversitätsinseln die Artenvielfalt im Vergleich zur umgebenden Landschaft (Bundesverband Neue Energiewirtschaft (2019), Solarparks - Gewinne für die Biodiversität).

Das vom kommunalen Vorhabenträger SVB in Siegen-Gosenbach am Rothenberg verfolgte Projekt ist als wichtiger Impuls für die Umsetzung der Energiewende in der Region einzuordnen. Es stellt einen ersten maßgeblichen kommunalen Baustein zum Aufbau von Kapazitäten zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien im Stadtgebiet Siegen dar. Der zu beschreitende Ausbaupfad in der Stadt Siegen wird zukünftig sowohl die Umsetzung von Freiflächen- als auch Dachflächenanlagen bedingen. Im Vergleich zu Dachflächenanlagen führen Freiflächenanlagen in der Regel zu einer deutlich größeren und effizienteren Stromerzeugung als Dachflächenanlagen. Da sich die potenziellen Freiflächen in den beschriebenen Förderkulissen in peripheren und damit netztechnisch weniger stark beanspruchten Gebieten befinden,

ist zudem hervorzuheben, dass die notwendige Netzanschlusskapazität dort überwiegend vorhanden ist. Hingegen ist bei vergleichbar großen Projekten auf Dachflächen häufig festzustellen, dass entweder die Netzanschlusskapazität oder die notwendigen Traglasten der Dächer nicht gegeben sind.

7. Rechtsgrundlagen

Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13.04.2022 (GV.NRW. S. 490)

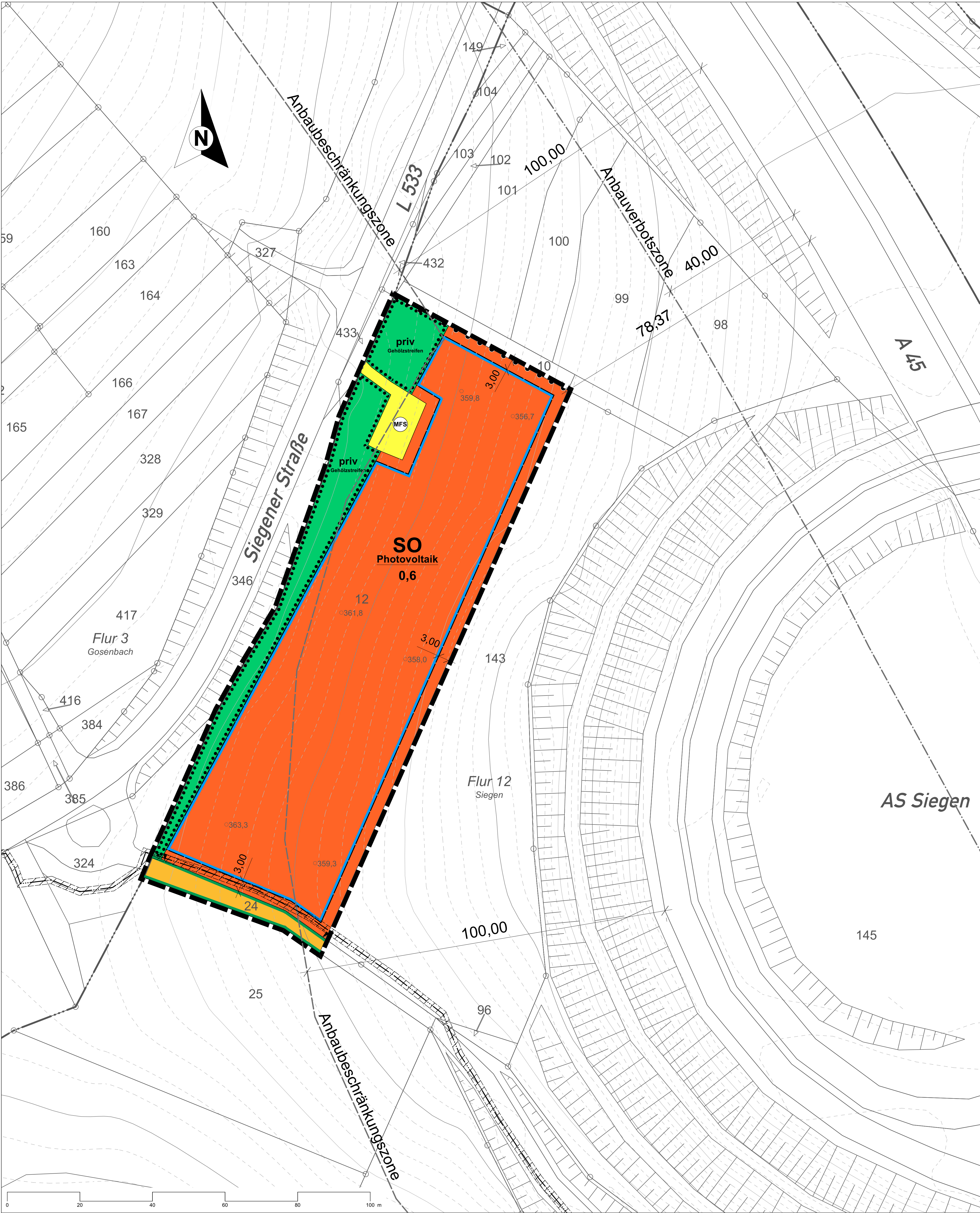
Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW 2018) In Kraft getreten am 04.08.2018 und am 01.01.2019 (GV. NRW. 2018 S. 421), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14.09.2021 (GV. NRW. S. 1086)

Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 26.04.2022 (BGBl. I S. 674)

Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14.06.2021 (BGBl. I S. 1802)

Planzeichenverordnung (PlanZV) Bekanntmachung vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14.06.2021 (BGBl. I S. 1802)

Siegen, 25.07.2022



Verfahren

Geographische Eindeutigkeit
Die Planungsunterlage entspricht den Anforderungen des § 1 der Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung 1990 - PlanzV 90) vom 18.12.1990 (BGBl 1991 I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 04.05.2017 (BGBl I S. 1057). Die Festlegung der städtebaulichen Planung ist geometrisch eindeutig.

Siegen, Vermessung und Geoinformation

Städtischer Obervermessungsrat

Plankonzeption
Für die städtebauliche Planung:

Gesehen: AGL Stadtplanung

AbtL Stadtentwicklung, -planung und Liegenschaften

Siegen, In Vertretung

Stadtbaurat

Aufstellungsbeschluss (gemäß § 2 Abs. 1 BauGB)
Der Rat der Stadt Siegen hat am 02.03.2022 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg" beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 12.03.2022 ortsüblich bekanntgemacht.

Siegen, Der Bürgermeister I.A.

Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (gemäß § 3 Abs. 1 BauGB)
Der frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung wurde am 07.08.2021 ortsüblich bekanntgemacht und vom 09.08.2021 bis zum 27.08.2021 durchgeführt. Die Unterlagen lagen bei der Arbeitsgruppe Stadtplanung zur Einsicht und Erörterung bereit und wurden zudem im Internet bereitgestellt.

Siegen, Der Bürgermeister I.A.

Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (gemäß § 4 Abs. 1 BauGB)
Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) wurden im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung mit Schreiben vom 04.08.2021 zur Abgabe ihre Stellungnahmen bis zum 03.09.2021 aufgefordert.

Siegen, Der Bürgermeister I.A.

Beteiligung der Öffentlichkeit / öffentliche Auslegung (gemäß § 3 Abs. 2 BauGB)
Der Rat der Stadt Siegen hat am 02.03.2022 den Entwurf dieses Bebauungsplans und seine öffentliche Auslegung beschlossen. Der Entwurf des Bebauungsplans hat mit der Begründung nach der ortsüblichen Bekanntmachung am 12.03.2022 in der Zeit vom 21.03.2022 bis zum 29.04.2022 bei der Arbeitsgruppe Stadtplanung der Stadt Siegen öffentlich ausgelegt. Zudem wurden die Unterlagen im Internet bereitgestellt.

Siegen, Der Bürgermeister I.A.

Beteiligung der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange (gemäß § 4 Abs. 2 BauGB)
Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 11.03.2022 zur Abgabe ihrer Stellungnahme bis zum 29.04.2022 aufgefordert und über die öffentliche Auslegung informiert.

Siegen, Der Bürgermeister I.A.

Bekanntmachung / Inkrafttreten des Bebauungsplanes (gemäß § 10 Abs. 3 BauGB)
Der Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan ist am ortsüblich bekanntgemacht worden. Der Bebauungsplan Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg" tritt mit dieser Bekanntmachung in Kraft und wird mit Begründung und zusammenfassender Erklärung gemäß § 10 des BauGB vom Tage der ortsüblichen Bekanntmachung an in der Servicestelle Bauberatung der Abteilung Bauaufsicht der Stadt Siegen zu jedermanns Einsicht bereit gehalten sowie gemäß § 10a BauGB ergänzend auch in das Internet eingestellt und über ein zentrales Internetportal des Landes zugänglich gemacht.

Präambel

Satzungsbeschluss
Nach § 7 der **Gemeindeordnung** für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW S. 666) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13.04.2022 (GV.NRW.S. 490), der §§ 2 und 9 des **Baugesetzbuches** (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 26.04.2022 (BGBl. I S. 674), in Verbindung mit der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (**BauNVO**) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14.06.2021 (BGBl. I S. 1802) und des § 89 der **Bauordnung** für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW 2018), in Kraft getreten am 04.08.2018 und am 01.01.2019 (GV. NRW. 2018 S. 421), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14.09.2021 (GV. NRW. S. 1086) hat der Rat der Stadt Siegen am diesen Bebauungsplan gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Siegen,

..... Bürgermeister
..... Schriftführer(in)

Festsetzungen und Planzeichenerklärung
a) Festsetzungen gemäß § 9 BauGB

- Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, §§ 1 bis 11 BauNVO)
SO Photovoltaik Sonstiges Sondergebiet Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien, Zweckbestimmung Photovoltaik-Freiflächenanlage
- Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 BauNVO)
0,6 Grundflächenzahl (GRZ)
- Bauweise, Baulinien, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO)
Baugrenze
- Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)
Straßenverkehrsfläche
Straßenbegrenzungslinie, Begrenzung sonstiger Verkehrsflächen
- Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasser-beseitigung sowie für Ablagerungen; Anlagen, Einrichtungen und sonstige Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken (§ 9 Abs. 1 Nr. 12, 14 und Abs. 6 BauGB)
Flächen für Versorgungsanlagen, u. ä.
Mobilfunksendeanlage
- Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)
priv Grünstreifen Private Grünfläche Zweckbestimmung: Gehölzstreifen
- Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB)
Fläche mit Bindung für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen und Sträuchern
- Sonstige Planzeichen (§ 9 Abs. 6, § 172 Abs. 1 BauGB)
Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes (§ 9 Abs. 7 BauGB)

b) Textliche Festsetzungen

- Art der baulichen Nutzung gem. § 9 Abs. 1 Nr.1 BauGB

Das Baugebiet wird gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 11 Abs. 2 BauNVO als sonstiges Sondergebiet (SO) für Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien mit der Zweckbestimmung „Photovoltaik-Freiflächenanlage“ ausgewiesen, das der Errichtung und dem Betrieb von photovoltaischen Anlagen dient.

Innerhalb der überbaubaren Flächen sind folgende Anlagen und Nutzungen allgemein zulässig:
- aufgeständerte Photovoltaik-Freiflächenanlagen,
- sämtliche für die betrieblichen Zwecke erforderliche Anlagenbestandteile und technische Infrastrukturen, wie z. B. Solarwechselrichter und Transformatoren.

- Maß der baulichen Nutzung

Die maximal zulässige Höhe der PV-Module beträgt 3,00 m über der natürlichen Geländeoberfläche. Bezugspunkt ist die natürliche Geländeoberfläche unmittelbar unterhalb des höchsten Punktes des jeweiligen PV-Moduls. Der Mindestabstand der Unterkante der PV-Module zur natürlichen Geländeoberfläche beträgt 0,50 m.

- Nebenanlagen

Die Grundfläche der Solarwechselrichter, Transformer-Stationen sowie sonstige Nebenanlagen gem. § 14 BauNVO wird zur Minimierung der Versiegelung und der Eingriffe in den Boden auf das für den Betrieb der Anlage technisch erforderliche Maß begrenzt. Innerhalb der überbaubaren Flächen dürfen für den Betrieb erforderlichen Nebenanlagen wie Transformer-Stationen, nur mit einer maximalen Gebäudehöhe von 3,50 m über der natürlichen Geländeoberfläche errichtet werden.

- Begrünung

Die Fläche ist als ein- bis zweischürige Extensivwiese (Mahd nach Ende der Grasblüte - 15. Juni) zu entwickeln und dauerhaft zu erhalten. Im Falle vorheriger ackerbaulicher Nutzung ist die Fläche mittels regionaler Saatgutmischungen mit Gräsern und Kräutern herzurichten und anzusäen. Das anfallende Mahdgut ist zu entsorgen. Aufkommende Gehölze sind zu entfernen. Biozid-, Düngereinsatz ist unzulässig.

- Gestalterische Festsetzungen

Im Sondergebiet "Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energie, Zweckbestimmung Photovoltaik-Freiflächenanlage" ist gem. § 9 Abs. 4 BauGB i. V. m. § 89 BauO NRW nur eine Zaunanlage bis max. 2,00 m Höhe über der natürlichen Geländeoberfläche zulässig. Die Zaunanlage hat eine Bodenfreiheit von 20 cm für Kleintiere aufzuweisen.

c) Sonstige Darstellungen

- Kabelschutzrohranlage mit einliegenden Lichtwellenleiterkabel (KSR-Anlage) mit einem 2 m breiten Schutzstreifen**
- Anbaubeschränkungszone
- Anbauverbotszone
- Vorhandene Gebäude
- Vorhandene Böschungen
- Flurstücksgrenzen
- 152 Flurstücksnummer
- Flurgrenze
- Flur 1** Flurnummer
- Höhenlinien im Bestand mit Höhenangaben über NHN - 1-m-Linie
- Höhenlinien im Bestand mit Höhenangaben über NHN - 5-m-Linie
- Höhenlinien im Bestand mit Höhenangaben über NHN - 10-m-Linie
- Höhenpunkte in Meter über NHN. z.B. 306,23

Hinweise

- Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kultur- und / oder naturgeschichtliche Bodenfunde, d.h. Mauern, alte Gräben, Einzelfunde aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit, Höhlen und Spalten, aber auch Zeugnisse tierischen und / oder pflanzlichen Lebens aus erdgeschichtlicher Zeit) entdeckt werden.
Die Entdeckung von Bodendenkmälern für die Stadt Siegen als Unterer Denkmalbehörde und / oder der LWL-Archäologie für Westfalen, Außenstelle Olpe (Tel.: 02761/ 93750; Fax: 02761/ 937520) unverzüglich anzuzeigen und die Entdeckungsstätte mindestens drei Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten (§§ 15 und 16 Denkmalschutzgesetz NRW), falls diese nicht vorher von den Denkmalbehörden freigegeben wird. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe ist berechtigt, das Bodendenkmal zu bergen, auszuwerten und für wissenschaftliche Erforschung bis zu 6 Monaten in Besitz zu nehmen (§ 16 Abs. 4 DSchG NRW).
- Das Plangebiet liegt außerhalb eines Bombenabwurfgebietes aus dem zweiten Weltkrieg. Eine unmittelbare Kampfmittelgefährdung ist nicht zu vermuten, aber auch nicht gänzlich auszuschließen. Insofern ist folgender Hinweis, auf den in der Baugenehmigung besonders hinzuweisen ist, vom Bauherren zu beachten: Weist bei Durchführung der Bauvorhaben der Erdaushub auf eine außergewöhnliche Verfärbung hin oder werden verdächtige Gegenstände beobachtet, sind die Arbeiten sofort einzustellen und der Kampfmittelbeseitigungsdienst durch die Ordnungsbehörde oder Polizei zu verständigen.
- Nach den vorliegenden Unterlagen ist innerhalb der Planfläche kein einwirkungsrelevanter Bergbau dokumentiert. Unabhängig davon ist aber im gesamten Stadtgebiet von Siegen immer mit unbekanntem Uraltbergbau zu rechnen. Daher ist bei Auftreten von Relikten des Bergbaus (Uraltbergbau) die Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung 6 unter Telefon 02931 / 82 - 0 unverzüglich zu unterrichten und deren Weisungen Folge zu leisten.
- Die Photovoltaikanlage ist so zu errichten und zu betreiben, dass keine Belästigung durch Lichtimmissionen, z. B. Blendwirkung in Bezug auf die angrenzende BAB A45 und die Siegener Straße, auftreten und eine Verkehrsgefährdung vermieden wird.
- Zur Vermeidung der Verbotstatbestände sollte eine Begrenzung der Inanspruchnahme von Vegetationsbeständen auf Zeiten außerhalb der Brutzeit (1. März bis 30. September) erfolgen. Räumungsmaßnahmen sämtlicher Vegetationsflächen sollten dementsprechend nur zwischen dem 1. Oktober und dem 28. Februar durchgeführt werden. Im Falle nicht vermeidbarer Flächenbeanspruchungen außerhalb dieses Zeitraums muss vor der Inanspruchnahme der Vegetationsflächen durch eine umweltfachliche Baubegleitung überprüft werden, ob die Flächen frei von einer Quartiernutzung durch Vögel sind. Sind die Flächen frei von einer Quartiernutzung durch Vögel, können die Räumungsmaßnahmen der Vegetationsflächen durchgeführt werden. Sollten die Vegetationsflächen als Brutstandort genutzt werden, darf die Flächeninanspruchnahme erst nach dem Ende der Brutzeit erfolgen. Die Aktivitäten der Baumaßnahmen (Baustelleneinrichtung, Erdarbeiten, Materiallagerung etc.) sollen auf die zukünftig versiegelten Bereiche beschränkt werden. Damit kann sichergestellt werden, dass zu erhaltende Gehölzbestände und Vegetationsbestände der näheren Umgebung vor Beeinträchtigung geschützt sind und auch weiterhin eine Funktion als Lebensraum übernehmen können. Besonders geschützte Pflanzenarten kommen im Untersuchungsgebiet nicht vor. Dementsprechend ergibt sich keine Relevanz des § 44 Abs. 1 Nr. 4 BNatSchG, wonach es verboten ist, wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören.
- Hinweis der Autobahn GmbH
Werbeanlagen jeder Art dürfen weder auf dem Straßengebiet (BAB A45) noch innerhalb der Anbauverbotszone errichtet oder angebracht werden. In der Anbaubeschränkungszone bedürfen Anträge der Zustimmung des Fernstraßen-Bundesamtes (FBA). Dies gilt auch für Schilder bauausführenden Firmen.
- Hinweis zur Kabelschutzrohranlage mit einliegenden Lichtwellenleiterkabeln (KSR-Anlage)
Innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans verläuft eine Kabelschutzrohranlage mit einliegenden Lichtwellenleiterkabeln (nachfolgend KSR-Anlage genannt) in einem 2 m breiten Schutzstreifen (1 m beiderseits der Leitungssache). Der Schutzstreifenbereich muss aus sicherheits- und überwachungstechnischen Gründen von Bebauungen oder sonstigen Einwirkungen, die den Bestand bzw. den Betrieb der KSR-Anlage beeinträchtigen oder gefährden, freigehalten werden. Dies bedeutet, dass die Errichtung von Modulen und der zugehörigen Bauwerke (z. B. Trafostation) innerhalb des Schutzstreifenbereichs nicht zulässig ist. Vor Baubeginn muss grundsätzlich eine örtliche Kennzeichnung durch das Maintenance Management Center (0201/3642-17866 https://einweisung.mmcportal.de) erfolgen, damit der Schutzstreifenbereich tatsächlich von unzulässigen Be- und Überbauungen frei bleibt. Bei der Planung von Zaunanlagen ist zu beachten, dass bei querenden Zaunfeldern die Pfosten nicht direkt über der KSR-Anlage eingebracht werden dürfen. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass die Zugänglichkeit der KSR-Anlage zu Reparatur- und Wartungszwecken jederzeit gewährleistet sein muss. Die Ausweisung privater/öffentlicher Verkehrswege im Schutzstreifen ist grundsätzlich möglich. Verkehrswege innerhalb des Schutzstreifenbereichs sind mit einer Leitungsbüschung von größererlich 1,0 m auszuliegen. Detaillierte Planunterlagen sind der Maintenance Management Center zur Prüfung und abschließenden Stellungnahme vorzulegen. Bäume, Hecken und tiefwurzelnde Sträucher dürfen grundsätzlich nur außerhalb des Schutzstreifenbereiches angepflanzt werden.

Lage des Plangebietes



Bebauungsplan Nr. 457
"PV-Anlage Rothenberg"

Gemarkung Siegen
Flur 12

Maßstab 1:500 im Original (910x870)

Begründung
zum
Bebauungsplan Nr. 457
"PV-Anlage Rothenberg"
im Stadtteil Siegen



Universitätsstadt Siegen

AG Stadtplanung

Stand: 25.07.2022

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	i
Abbildungsverzeichnis	ii
1. Einführung	1
1.1. Lage und Abgrenzung des Plangebiets	1
1.2. Anlass und Erfordernis der Planaufstellung	2
1.3. Ziel und Zweck der Planung	3
1.4. Verfahren	3
2. Ausgangssituation	5
2.1. Stadträumliche Einbindung	5
2.2. Aktuelles Planungsrecht	6
3. Planinhalt und Festsetzungen	11
3.1. Art der baulichen Nutzung	11
3.2. Maß der baulichen Nutzung	12
4. Umweltbelange	14
4.1. Umweltbericht	14
4.2. Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag	15
4.3. Kompensationsmaßnahmen	15
5. Planungsalternativen	17
6. Städtebauliche Kenndaten	19
6.1. Kosten und Finanzierung	19
7. Rechtsgrundlagen	20

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 457	1
Abbildung 2: Luftbild mit dem Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 457	2
Abbildung 3: Gesamtstädtische Einbindung und Lage des Bebauungsplanes Nr. 457	5
Abbildung 4: Schrägluftbild	5
Abbildung 5: Regionalplan (Ausschnitt Plangebiet)	7
Abbildung 6: Regionalplan (Ausschnitt Plangebiet Neuaufstellung)	8
Abbildung 7: FNP (Ausschnitt aus dem wirksamen Flächennutzungsplan)	9
Abbildung 8: 106. Änderung des Flächennutzungsplanes	9
Abbildung 9: Bebauungsplan	11
Abbildung 10: Beispiel für die Anordnung der PV-Module	12

Bei Abbildungen ohne Quellenangabe ist die Quelle die Stadt Siegen.

1. Einführung

1.1. Lage und Abgrenzung des Plangebiets

Der ca. 0,9 ha große Planbereich des Bebauungsplanes Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg" liegt in der Gemarkung Siegen, Flur 12, Flurstück 12 und tlw. Flurstück 24, östlich des Siegener Stadtteils Gosenbach, südwestlich der A 45.

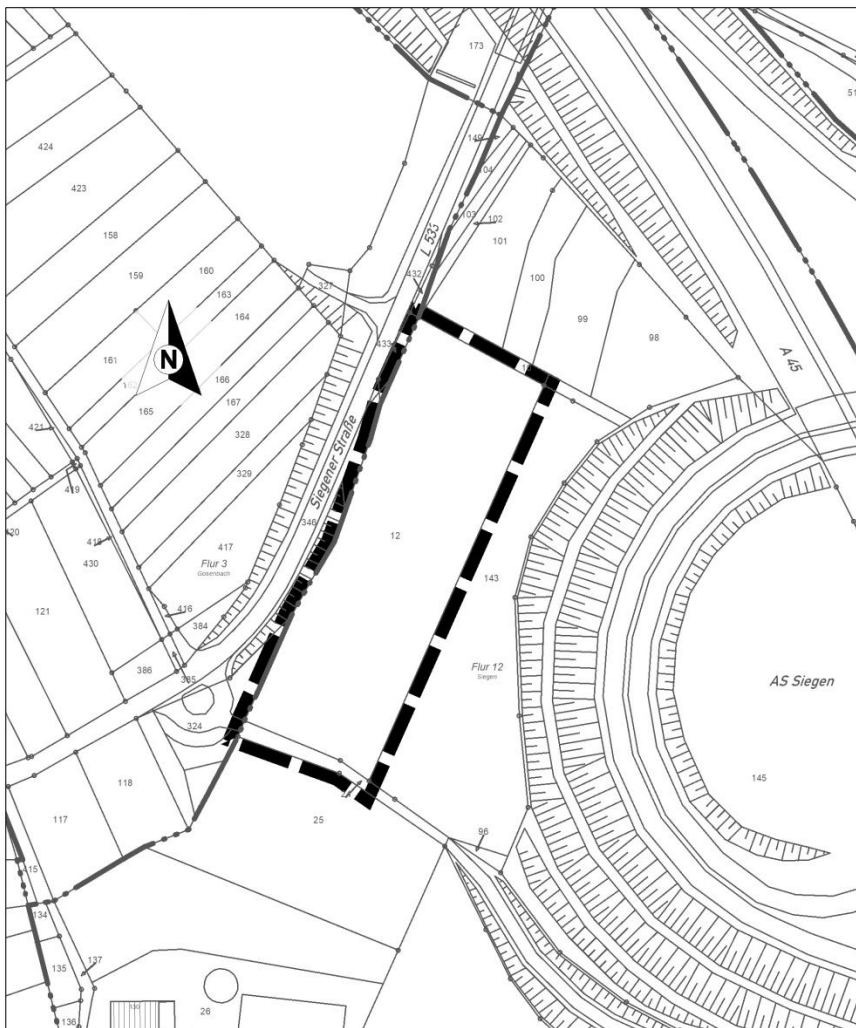


Abbildung 1: Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 457



Abbildung 2: Luftbild mit dem Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 457

1.2. Anlass und Erfordernis der Planaufstellung

Am 26.02.2020 hat der Rat einen Grundsatzbeschluss gefasst, mit dem Ziel erneuerbare Energien kurzfristig im Stadtgebiet auszubauen. Die Verwaltung wurde diesbezüglich beauftragt Flächen im Stadtgebiet unter Berücksichtigung ökologischer und städtebaulicher Aspekte für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen zu prüfen. Daraufhin hat der Rat der Stadt Siegen am 15.12.2020 beschlossen eine Potenzialflächenanalyse für die Errichtung von PV-Freiflächenanlagen im Stadtgebiet Siegen zu erstellen und die notwendigen, sich aus der Analyse ergebenden Bauleitplanverfahren selbst durchzuführen. Die Fläche am Rothenberg liegt innerhalb der Förderkulisse des EEG (hier: zwischen 15 und 200 m Abstand von der A 45) und stellt somit ohnehin eine Potenzialfläche der in Ausarbeitung befindlichen stadtweiten Potentialflächenanalyse dar. Aufgrund der günstigen Rahmenbedingungen und der zeitlichen und damit wirtschaftlichen Dimension, wurde am 10.03.2021 im Bauausschuss der

Konzeptionsbeschluss für den Bebauungsplan gefasst und gleichzeitig damit beschlossen, dass die Aufnahme der Planung noch vor der Fertigstellung der gesamstädtischen Potenzialanalyse erfolgen soll.

1.3. Ziel und Zweck der Planung

Ziel des Bebauungsplanes ist die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung einer durch die SVB GmbH betriebene PV-Anlage zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien und Einspeisung in das örtliche Stromversorgungsnetz. Die Leistung der PV-Anlage soll maximal 749 kWp betragen. Je nach technischer Umsetzung entspricht dies einer Anzahl von 2.500 bis 2.800 Modulen. Mit der Realisierung der Freiflächen PV-Anlage am Rothenberg soll ein Beitrag dazu geleistet werden, um die Ziele des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), des Klimaschutzgesetzes NRW sowie die Klimaschutzziele der Stadt Siegen zur Ausweitung der alternativen Energien zu erreichen. Der Bebauungsplan trägt dazu bei, die seit der Novellierung des BauGB im Jahr 2011 verankerten städtebaulichen Aufgaben wie den Klimaschutz und die Förderung der erneuerbaren Energien wahrzunehmen.

1.4. Verfahren

Die Errichtung von Freiflächen-PV-Anlagen ist an diesem Standort, der im Außenbereich liegt, nicht zulässig. Freiflächen-PV-Anlagen sind nur im unbeplanten Innenbereich nach § 34 BauGB oder im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes nach § 30 BauGB zulässig.

Daher ist zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung die Aufstellung eines Bebauungsplanes erforderlich. Am 10.03.2021 haben der Bauausschuss und am 11.03.2021 der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften einen Konzeptionsbeschluss gefasst und die Verwaltung damit beauftragt, die Aufstellung des Bebauungsplanes vorzubereiten.

Der Bebauungsplan wird im Normalverfahren durchgeführt, d. h. unter Anwendung der frühzeitigen Öffentlichkeits- sowie Behördenbeteiligung und Durchführung einer Umweltprüfung (gemäß §§ 2 Abs. 4 i. V. m. § 1 Abs. 6 Nr. 7 und 1a BauGB). Eingriffe in Boden, Natur und Landschaft sind mit der Planung verbunden, wodurch ein Ausgleich notwendig wird. Die Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung ergab ein Defizit in der Betrachtung der Bestands- zur Planungssituation von 13.154 Ökopunkten. Zum Ausgleich der mit dem geplanten Vorhaben einhergehenden Beeinträchtigungen von Natur ist im Zuge der Umsetzung der Kompensationsmaßnahmen eine Biotopwertverbesserung um insgesamt 13.154 Biotopwertpunkte erforderlich. Im Plangebiet ist kein bzw. nur ein geringfügiger Ausgleich möglich, daher wird der Eingriff durch 13.000 Ökopunkte des Ökokontos des Kreises Siegen-Wittgenstein erbracht (siehe Umweltbericht). Ebenfalls wurden mögliche artenschutzrechtlich relevante Inhalte geprüft. Eine artenschutzrechtliche Betroffenheit gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG wird unter Berücksichtigung der im Bebauungsplan beschriebenen Vermeidungsmaßnahmen ausgeschlossen (siehe artenschutzrechtlicher Fachbeitrag).

Der Bebauungsplan kann aufgrund abweichender Festsetzungen nicht gem. § 8 (2) BauGB aus dem wirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Siegen (FNP) entwickelt werden, sodass eine Flächennutzungsplanänderung erforderlich ist. Der Flächennutzungsplan der Stadt

Siegen wird daher im Parallelverfahren gem. § 8 (3) BauGB als 106. Änderung entsprechend der angestrebten Nutzung „Sondergebiet PV-Freiflächenanlage“ angepasst.

Öffentlichkeitsbeteiligung und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit für den Bebauungsplan und der Flächennutzungsplanänderung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB fand in der Zeit vom 09.08.2021 bis 27.08.2021 statt. Ein Bürger hat innerhalb des Zeitraumes eine Stellungnahme abgegeben.

Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB wurde in der Zeit vom 09.08.2021 bis 03.09.2021 durchgeführt. Seitens der Naturschutzverbände, des Kreises Siegen-Wittgenstein und der Autobahn GmbH wurden Anregungen, u.a. zur Blendwirkung der PV-Module, zum Umweltbericht und zur Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung vorgebracht. Diese wurden in die in der weiteren Planung berücksichtigt bzw. in den Entwurf zur öffentlichen Auslegung eingearbeitet.

Ebenfalls erfolgt ist die landesplanerische Beteiligung gemäß § 34 Abs. 1 LPlG NRW, wonach keine landesplanerischen Bedenken gegenüber der beabsichtigten Planung bestehen.

Der Rat der Stadt Siegen hat am 02.03.2022 die Aufstellung der 106. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNPs) und des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ und dessen öffentliche Auslegung beschlossen.

In der Zeit vom 21.03.2022 bis 29.04.2022 haben die beiden Pläne gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen. Es sind keine weiteren Stellungnahmen von Bürgern eingegangen. Im selben Zeitraum hat die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB stattgefunden.

2. Ausgangssituation

2.1. Stadträumliche Einbindung

Der ca. 0,9 ha große Planbereich liegt östlich des Stadtteils Gosenbach, südwestlich der A 45.



Abbildung 3: Gesamtstädtische Einbindung und Lage des Bebauungsplanes Nr. 457

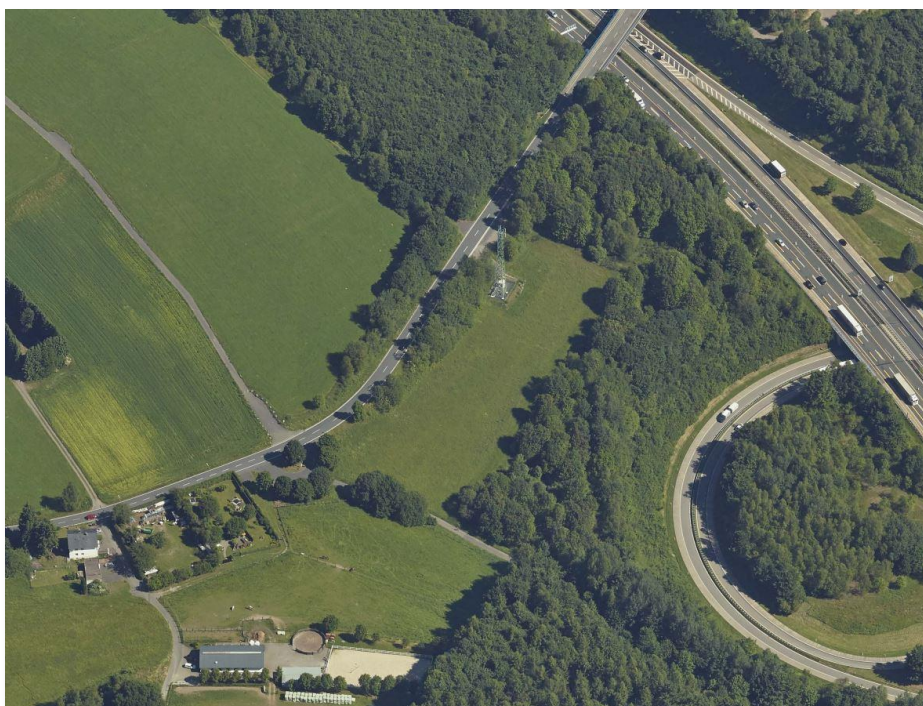


Abbildung 4: Schrägluftbild

2.2. Aktuelles Planungsrecht

Raumordnung und Landesplanung

Raumordnung

Das System der räumlichen Planung in Deutschland ist durch einen mehrstufigen hierarchischen Aufbau gekennzeichnet. Die höchste Planungsebene bildet die Raumordnung, welche im Raumordnungsgesetz (ROG) auf Bundesebene die mit Leitbildern, Zielen, Grundsätzen und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung festlegt. Nach § 1 Abs. 4 des Baugesetzbuches sind dabei Bauleitpläne, d.h. auch Bebauungspläne, an die Ziele der Raumordnung anzupassen. Das ROG wird auf der jeweiligen Landesebene konkretisiert, in Nordrhein-Westfalen durch den Landesentwicklungsplan (LEP NRW) auf Grundlage des Landesplanungsgesetzes (LPIG NRW).

Landesentwicklungsplan (LEP NRW)

Die Belange der Raumordnung sind auf der Ebene der Landesplanung im Landesentwicklungsplan 2017 des Landes Nordrhein-Westfalen (LEP) geregelt. Der LEP fordert in Grundsatz 10.1-1 eine nachhaltige Energieversorgung in Nordrhein-Westfalen. So soll in allen Teilen des Landes „den räumlichen Erfordernissen einer Energieversorgung Rechnung getragen werden, die sich am Vorrang und den Potenzialen der erneuerbaren Energien orientiert.“ Es wird gefordert, dass vorrangig erneuerbare Energieträger eingesetzt und die räumlichen Voraussetzungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, die Erhöhung der Energieeffizienz und eine sparsame Energienutzung geschaffen werden.

Standorte für die raumbedeutsame Nutzung von Solarenergie müssen bestimmte Anforderungen erfüllen und mit der im Regionalplan festgelegten Schutz- und Nutzfunktion vereinbar sein. Als raumbedeutsam gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 6 ROG gelten im Falle der Freiflächenphotovoltaik Flächen ab 3 ha.

Konkret werden zum Thema Solarenergie unter dem Ziel 10.2-5 folgende Anforderungen an die Standorte für die Nutzung erneuerbarer Energien gestellt, die größtenteils mit der EEG-Flächenkulisse übereinstimmen:

10.2-5 Ziel Solarenergienutzung

Die Inanspruchnahme von Flächen für die raumbedeutsame Nutzung der Solarenergie ist möglich, wenn der Standort mit der Schutz- und Nutzfunktion der jeweiligen Festlegung im Regionalplan vereinbar ist und es sich um

- die Wiedernutzung von gewerblichen, bergbaulichen, verkehrlichen oder wohnungsbaulichen
- Brachflächen oder baulich geprägten militärischen Konversionsflächen,
- Aufschüttungen oder
- Standorte entlang von Bundesfernstraßen oder Schienenwegen mit überregionaler Bedeutung

handelt.

In den Erläuterungen wird zudem konkretisiert, dass die Nutzung der Solarenergie auf und an vorhandenen baulichen Anlagen der Errichtung von großflächigen Solarenergieanlagen auf Freiflächen (Freiflächen-Solarenergieanlagen) vorzuziehen ist.

Daher dürfen Standorte für Freiflächen-Solarenergieanlagen nur ausnahmsweise im Freiraum festgelegt werden. Die Standortanforderungen tragen den Belangen des Freiraumschutzes und des Landschaftsbildes Rechnung und leisten einen Beitrag zu einer nachhaltigen Flächeninanspruchnahme. Im Gegensatz zu Windenergieanlagen und privilegierten energetischen Biomasseanlagen sind Freiflächen-Solarenergieanlagen nicht bauplanungsrechtlich privilegiert. Für eine Freiflächen-Solarenergieanlage, die im Außenbereich als selbständige Anlage errichtet werden soll, ist ein Bebauungsplan aufzustellen, der an die textlichen und zeichnerischen Festlegungen der landesplanerischen Vorgaben und der Regionalpläne, die für das Planungsgebiet bestehen, anzupassen ist.

Regionalplan

Der Regionalplan legt die regionalen Ziele der Raumordnung für die Entwicklung der Region und für alle raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen fest. Wesentliche Grundlage ist der Landesentwicklungsplan. Die Regionalplanung ist zum einen an die Vorgaben des Landesentwicklungsplans gebunden, zum anderen trifft sie Planaussagen für die kommunale Bauleitplanung. Sie ist damit die planerische Mittelungsebene zwischen Land und Kommune.

Die Stadt Siegen liegt im Geltungsbereich des Regionalplans Arnsberg, Teilabschnitt „Oberbereich Siegen“ (Kreise Olpe und Siegen-Wittgenstein).

Im gültigen Regionalplan ist das Plangebiet „Allgemeiner Freiraum und Agrarbereich“ und als „Waldbereich“ (im Randbereich) festgelegt.



Abbildung 5: Regionalplan (Ausschnitt Plangebiet)

In der Neuaufstellung des Regionalplans ist das Plangebiet als „Allgemeiner Freiraum und Agrarbereich“, als Bereich für „Grundwasser- und Gewässerschutz“ und als Bereich für den „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung“ festgelegt. Die Festsetzung „Waldbereich“ ist im Vergleich zum rechtskräftigen Regionalplan entfallen.

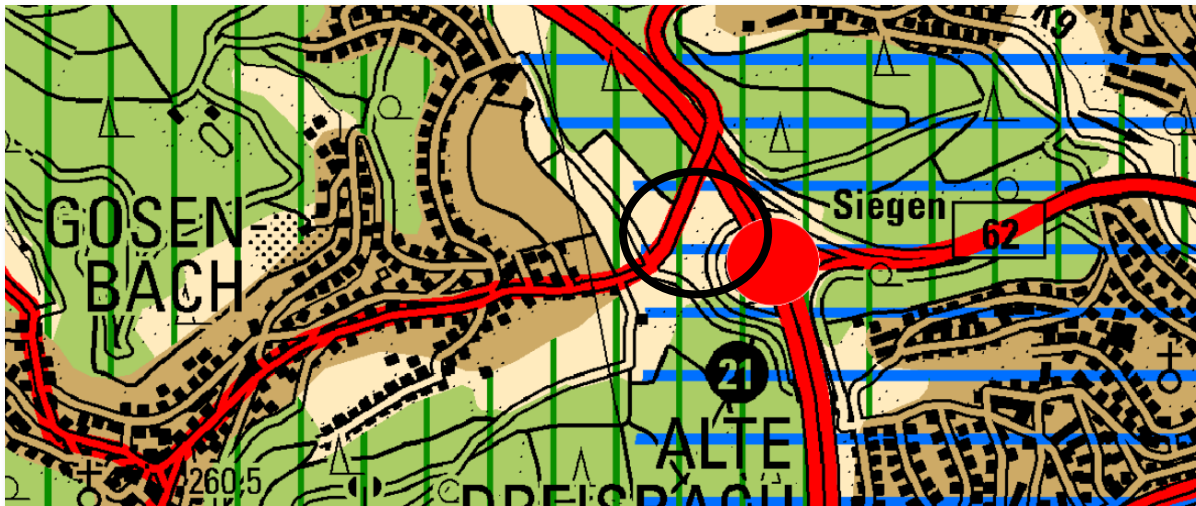


Abbildung 6: Regionalplan (Ausschnitt Plangebiet Neuaufstellung)

Das Verfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans wird derzeit durchgeführt. Durch den Erarbeitungsbeschluss vom 10. Dezember 2020 sind die in Aufstellung befindlichen Ziele gemäß § 3 Absatz 1 Nr. 4 ROG als sonstige Erfordernisse der Raumordnung zu werten. Diese sind gemäß § 4 Absatz 1 ROG seitens der nachgelagerten Planungsbehörden in Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen zu berücksichtigen.

Flächennutzungsplan

Der Flächennutzungsplan (FNP) als "vorbereitender Bauleitplan" stellt die Grundzüge der Art der Bodennutzung für das gesamte Stadtgebiet dar. Neben der Festlegung der Nutzungsart für bereits bebaute Gebiete (Gewerbe, Wohnen, Verkehr, Gemeinbedarf, Erholung, Landwirtschaft) werden im Flächennutzungsplan auch potentielle Siedlungserweiterungen dargestellt. Der FNP ist gemäß § 1 (4) Baugesetzbuch (BauGB) an die Ziele der Raumordnung anzupassen.

Im wirksamen Flächennutzungsplan (FNP) der Stadt Siegen ist der Bereich als Fläche für die Landwirtschaft dargestellt. Damit entsprechen die Planungsziele bzw. die vorgesehenen Festsetzungen des Bebauungsplans nicht den Darstellung des FNP und somit auch nicht dem Entwicklungsgebot des § 8 Abs.2 BauGB, wonach Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln sind. Eine Änderung des Flächennutzungsplans ist daher erforderlich. Die erforderliche 106. Änderung des FNP wird im Parallelverfahren betrieben.



Abbildung 7: FNP (Ausschnitt aus dem wirksamen Flächennutzungsplan)



Abbildung 8: 106. Änderung des Flächennutzungsplanes

Anpassung an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung

Mit Schreiben vom 16.03.2021 wurde ein Verfahren zur landesplanerischen Anpassung der gemeindlichen Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung gemäß § 34 Abs. 1 Landesplanungsgesetz NRW durchgeführt. Die Bezirksregierung Arnsberg teilte mit Bescheid vom 19.04.2021 mit, dass für die Anpassung gem. § 34 Abs. 1 LPLG NRW eine Vereinbarkeit mit den Erfordernissen der Raumordnung in Aussicht gestellt wird. Zeitgleich mit der öffentlichen Auslegung soll auch die Abfrage gem. § 34 Abs. 5 LPIG NRW gestellt werden.

Die Bezirksregierung Arnsberg (Bezirksplanungsbehörde) hat mit Verfügung vom 21.02.2022 bestätigt, dass die Änderung Nr. 106 an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung gemäß § 34 LPIG NRW angepasst ist.

Nach Wirksamwerden der 106. Änderung des FNP gilt somit der Bebauungsplan als aus dem FNP entwickelt.

2.4 Naturschutzfachliche Pläne und Richtlinien

Landschaftsplan / Landschaftsschutzgebiete

Das Plangebiet befindet sich im Geltungsbereich des Landschaftsplanes Siegen. Für das Plangebiet ist der flächendeckende Landschaftsschutz festgesetzt. Die Ausweisung des Landschaftsschutzgebietes „Siegen“ dient der Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der Sicherung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit des Landschaftsbildes sowie der Bewahrung des im Interesse des Erholungsverkehrs überregional bedeutsamen Gebietes. In der Entwicklungskarte wird das Entwicklungsziel 1 „Erhaltung“ dargestellt.

Entsprechend § 20 (4) LNatSchG NRW treten mit der Umsetzung von Inhalten Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ entgegenstehende Bestimmungen des Landschaftsplanes Siegen (u. a. Bauverbot im Bereich des Landschaftsschutzgebietes) mit einer Rechtskraft des Bebauungsplanes außer Kraft, sofern im Flächennutzungsplanverfahren seitens des Kreises als Träger der Landschaftsplanung nicht widersprochen wurde.

Geschützte Biotope nach § 30 Bundesnaturschutzgesetz

Nach § 30 BNatSchG sowie nach § 42 LNatSchG NRW werden bestimmte Teile von Natur und Landschaft, die eine besondere Bedeutung als Biotope haben, gesetzlich geschützt. Handlungen, die zu einer Zerstörung oder sonstigen erheblichen Beeinträchtigung dieser Biotope führen können, sind verboten.

Gesetzlich geschützte Biotope befinden sich nicht im Bereich des Plangebietes, sind jedoch in der näheren Umgebung vorhanden. Das gesetzlich geschützte Biotop BT-4113-676-8 liegt etwa 360 m östlich des Plangebietes und umfasst bachbegleitende Feuchtbrachen.

Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie

Natura 2000-Gebiete befinden sich weder im Plangebiet noch in der näheren Umgebung.

Weitere Informationen zu den einzelnen naturschutzfachlichen Plänen und Richtlinien befinden sich im gemeinsamen Umweltbericht zur FNP-Änderung und zum Bebauungsplan Nr. 457.

3. Planinhalt und Festsetzungen

3.1. Art der baulichen Nutzung

Art der baulichen Nutzung wird der geplanten Flächennutzung entsprechend als sonstiges Sondergebiet nach § 11 BauNVO für Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien mit der Zweckbestimmung „Photovoltaik“ festgesetzt.

Innerhalb der überbaubaren Fläche sind die Errichtung und der Betrieb von photovoltaischen Anlagen zulässig. Um die Versiegelung und die Eingriffe in den Boden auf ein Minimum zu begrenzen und einen leichten Rückbau der Anlagen zu ermöglichen, sind nur aufgeständerte Anlagen mit Ramm- und Schraubfundamentierungen in stationärer Bauweise zulässig. Zwischen der PV-Anlage und der Siegener Straße wird ein Streifen als private Grünfläche festgesetzt. Die darin befindliche Bäume und Sträucher sollen eine optische Abgrenzung zur PV-Anlage schaffen. Um einen dauerhaften Schutz des Grünstreifens zu gewährleisten wird die Fläche zusätzlich als Fläche mit Bindung und Erhaltung für Bepflanzungen festgesetzt.



Abbildung 9: Bebauungsplan

Abbildung 10 zeigt beispielhaft die Anordnung der einzelnen Module im Geltungsbereich. Nach Nutzungsende der Anlage ist der Vorhabenträger und Betreiber verpflichtet die Anlage rückzubauen. Ein Waldbestand stellt von Natur aus, insbesondere bei außergewöhnlichen Witterungsverhältnissen, eine potentielle Gefahrenquelle dar. Daher wird mit dem Eigentümer der östlich angrenzenden Waldflächen, der Stadt Siegen, ein Haftungsverzicht sowie eine Regelung zu den Sicherungspflichten abgeschlossen.



Abbildung 10: Beispiel für die Anordnung der PV-Module

3.2. Maß der baulichen Nutzung

Die überbaubare Fläche wird durch Baugrenzen festgesetzt.

Die Grundflächenzahl wird gemäß § 17 BauNVO für Sondergebiete auf 0,6 festgesetzt. Die tatsächlich versiegelte Fläche ist jedoch wesentlich geringer und wird durch die spezielle Konstruktionsweise der PV-Anlage nur punktuell wirksam. Für die Ermittlung der GRZ wird in Bezug auf die Photovoltaikanlagen die von den Solarmodulen überspannte Fläche zugrunde gelegt.

Die maximal zulässige Höhe der PV-Module beträgt 3,00 m über der natürlichen Geländeoberfläche. Bezugspunkt ist die natürliche Geländeoberfläche unmittelbar unterhalb des höchsten Punktes des jeweiligen PV-Moduls. Der Mindestabstand der Unterkante der PV-Module zur natürlichen Geländeoberfläche beträgt 0,50 m.

Mit der Höhenbegrenzung sollen negative Auswirkung auf das Landschaftsbild vermieden werden. Der Abstand der Unterkante der Modultische zur Oberkante des Geländes soll mindestens 0,50 m betragen, um eine geschlossene Vegetationsdecke unterhalb der Solarmodule sowie deren Mahd zu ermöglichen.

Nebenanlagen

Die Grundfläche der Solarwechselrichter, Transformer-Stationen sowie sonstigen Nebenanlagen gem. § 14 BauNVO wird zur Minimierung der Versiegelung und der Eingriffe in den Boden, auf das für den Betrieb der Anlage technisch erforderliche Maß begrenzt. Innerhalb der überbaubaren Flächen dürfen für den Betrieb erforderlichen Nebenanlagen, wie Transformer-Stationen, mit einer maximalen Gebäudehöhe von 3,50 m über der natürlichen Geländeoberfläche errichtet werden

Abwasser / Niederschlagwasser

Mit der Umsetzung eines Vorhabens im Rahmen der Aufstellung eines B-Planes besteht grundsätzlich die Pflicht zur abwassertechnischen Erschließung durch die Kommune. Dies ist hier im Zusammenhang mit der Sondernutzung eindeutig auszuschließen. Die beplante Fläche ist abwassertechnisch nicht erschlossen, bedarf aber auch keines Anschlusses. Eine (auch spätere) Erschließung ist nicht vorgesehen, weil aufgrund der geplanten Nutzung kein häusliches Abwasser anfällt und das Niederschlagwasser weiterhin im Plangebiet versickern kann. Aus dem Plangebiet wird der BAB-Straßenentwässerung kein Ab- oder Niederschlagswasser zugeleitet.

Werbeanlagen

Es ist zu beachten, dass in der Anbaubeschränkungszone Werbeanlagen jeder Art einer Zustimmung des Fernstraße-Bundesamtes bedürfen. Dies gilt auch für Schilder bauausführender Firmen.

Erschließung

Die verkehrliche Erschließung der geplanten Anlage erfolgt über den im südlichen Bereich vorhandenen städtischen Wirtschaftsweg, der über die Buswende an die Siegener Straße (L533) mündet.

Naturschutz-Korridor

Ein von der EEG 2021 geforderte mindestens 15 m breiter Korridor zwischen der PV-Anlage und dem äußeren Fahrbandrand der BAB wird eingehalten.

4. Umweltbelange

Der Begründung zum Bebauungsplan Nr. 457 liegen als gesonderter Teil der Umweltbericht und die Artenschutzprüfung bei.

4.1. Umweltbericht

Der Umweltbericht für den Bebauungsplan und die Flächennutzungsplanänderung kommt zu folgendem Ergebnis: Zusammenfassend wird deutlich, dass es durch die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ in Verbindung mit der 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen zur Überschirmung von Flächen kommen wird, die derzeit als Extensivgrünland genutzt werden. Die Überschirmung führt zu einer unterschiedlich starken Beschattung und Wasserversorgung dieser Flächen. Die veränderten Standortbedingungen werden unterschiedliche Artenzusammensetzungen der Vegetation bedingen, was auch Einfluss auf die Lebensraumeignung der Flächen für die Fauna hat. Weiterhin gehen mit der Anlage der Solarmodule geringfügige mikroklimatische Veränderungen sowie geringe Versiegelungen des Bodens einher. Aufgrund der Kleinflächigkeit und der Geringfügigkeit der beschriebenen Veränderungen werden jedoch keine erheblichen Beeinträchtigungen für die im Umweltbericht untersuchten und genannten Schutzgüter erwartet.

Blendwirkung der PV-Anlage

Die PV-Anlage wird aus folgenden Gründen keine Blendwirkung auf den Verkehr der BAB 45 und der L 533 auslösen:

Das Flurstück befindet sich auf einer Anhöhe von 357 bis 364 m ü. M. und liegt ca. 25 m oberhalb des Verlaufs der BAB 45. Es fällt im Osten ab und steigt im Süden und Nordwesten an. Des Weiteren ist es im Osten und Norden durch einen ca. 15 bis 50 m breiten Laubbaum- und Strauchbestand mit 3 bis 5 m hohen Bäumen/Sträuchern umsäumt

Es ist geplant die PV-Anlage mit einer Anlagendrehung von rund 28 Grad nach südwest auszurichten. Die Anlage soll eine Aufständigung mit einem besonders flachen und dadurch blendungshemmenden Neigungswinkel auszurichten. Die Anlage wird voraussichtlich mit blendungshemmenden, schwarzen Modulen der Marke JA Solar ausgestattet (JAM 60S10-345/PR).

Aufgrund des Höhenunterschiedes zwischen dem Flurstück und der BAB 45, des Geländegefälles und des laubbaum- und Strauchbestandes kann davon ausgegangen werden, dass blendreduzierende Maßnahmen nicht notwendig sind. Eine Blendwirkung kann durch die am östlichen Rand des Flurstücks gegebenen Baum-/Strauchbestände ausgeschlossen werden, was durch deren hohe Dichte ebenso für die Wintermonate gilt. Für den Fall, dass die vorhandenen Laub- und Strauchbestände nicht mehr vorhanden wären, verhindert die Höhenlage des Flurstücks eine Blendwirkung der PV-Anlage auf den Verkehr der BAB 45. Der Verkehr auf der nördlich entlang des Flurstücks verlaufenden L 533 (Siegener Straße) wird durch die Neigung und die südwestliche Ausrichtung der Anlage ebenfalls nicht geblendet. Eine Fernwirkung der PV-Anlage ergibt sich damit nicht. Eine erhebliche Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch die PV-Anlage entsteht nicht.

4.2. Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag

Im Zusammenhang mit dem Vorhaben und der Aufstellung des Bebauungsplanes und der FNP-Änderung ist im Rahmen einer Artenschutzprüfung zu untersuchen, ob gemäß § 44 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) eine unzulässige Betroffenheit von artenschutzrechtlich relevanten Arten eintreten kann.

Als Ergebnis der Artenschutzprüfung wurde festgestellt, dass die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ in Verbindung mit der 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen keine artenschutzrechtlichen Auswirkungen auf die genannten planungsrelevanten Arten hat. Eine vertiefende Prüfung der Verbotstatbestände gemäß Stufe II ist demnach nicht durchzuführen.

In der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange wurde geäußert, dass „durch das Vorhaben der Lebensraum von Rotmilan und Raubwürger verloren ginge und dies noch eingehender untersucht werden solle.“ Der Rotmilan kommt im Siegerland nahezu flächendeckend vor. Der nächste bekannte Brutstandort ist vom Plangebiet ca. 3,5 km entfernt in Richtung Oberschelden. Aufgrund der geringen Größe des Plangebietes (weniger als 0,9 ha) und der guten Verfügbarkeit von weiteren ausgedehnten Offenlandflächen in den Stadtteilen Gosenbach und vor allem Oberschelden, wird das Grünland im Plangebiet nicht als essentielles Nahrungshabitat eingestuft. Ein temporärer Verlust kann kompensiert werden. Der Raubwürger ist im Siegerland nur ein sehr seltener Brutvogel und kommt im Stadtgebiet von Siegen nicht mehr vor. Im Siegerland gehören große Kahlschlags- und Windwurfflächen zu seinen bedeutendsten Habitaten. Dadurch ist die Aussage unzutreffend, dass der Raubwürger durch das Planvorhaben Lebensraum verliert. Weitergehende Untersuchungen sind somit für diese beiden Vogelarten nicht notwendig.

4.3. Kompensationsmaßnahmen

Nach § 18 BNatSchG ist bei Eingriffen in Natur und Landschaft auf Grund einer Bauleitplanung über Vermeidung, Ausgleich und den Ersatz (Verursacherpflichten nach § 15 BNatSchG) nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zu entscheiden (§ 1a Abs. 3 i. V. m. § 135a BauGB).

Die Ermittlung der Biotopwertpunkte im Plangebiet vor dem Eingriff ergibt einen Bestandswert von 42.486 Biotopwertpunkten. Für den Zustand nach Realisierung der Planung errechnet sich der Planwert auf 29.332 Biotopwertpunkte. Zum Ausgleich der mit dem geplanten Vorhaben einhergehenden Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft ist demnach im Zuge der Umsetzung der Kompensationsmaßnahmen eine Biotopwertverbesserung um insgesamt 13.154 Biotopwertpunkte erforderlich.

Für unvermeidbare Beeinträchtigungen durch bauliche Nutzung, insbesondere durch den Entzug von Lebensräumen, werden mit dem Bebauungsplan Maßnahmen zur Kompensation festgesetzt. Da sich aber innerhalb des Bebauungsplanes derzeit keine sinnvollen Maßnahmen zur Kompensation ergeben, ist es seitens des Gesetzgebers möglich, die Kompensationspflicht durch den Einsatz von innerhalb des Landkreises frei verfügbaren, sogenannten Ökopunkten zu erfüllen.

Zur Kompensation des Eingriffes wird das Ökokonto bei der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein belastet. Mit dem Einbringen von 13.000 Punkte Ökopunkten kann der Eingriff in Natur und Landschaft für den Bereich als kompensiert bezeichnet werden.

Die dort gutgeschriebenen Maßnahmen stehen im räumlichen und sachlichen Zusammenhang mit dem Plangebiet. Die Untere Naturschutzbehörde überwacht die entsprechenden Buchungen auf dem betroffenen Ökokonto.

5. Planungsalternativen

In der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden wurde vorgeschlagen, als Alternative zu Freiflächen-PV-Anlagen, vorhandene Dachfläche im Stadtgebiet für den Ausbau von PV-Anlagen zu nutzen. Folgende Argumente sprechen für den Bau der PV-Anlage am Rothenberg:

Im Interesse des Klima- und Umweltschutzes und zur Entwicklung einer nachhaltigen Energieversorgung zielt die Energiepolitik in Deutschland auf den konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien. Dieser Zielsetzung folgend hat der Rat der Stadt Siegen am 26.02.2020 den Beschluss gefasst, die Kapazitäten der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien kurzfristig im Stadtgebiet auszubauen. Die Verwaltung wurde diesbezüglich beauftragt, geeignete Flächen im Stadtgebiet unter Berücksichtigung ökologischer und städtebaulicher Aspekte für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen zu prüfen. Daraufhin hat der Rat der Stadt Siegen am 15.12.2020 beschlossen, eine Potenzialflächenanalyse für die Errichtung von PV-Freiflächenanlagen im Stadtgebiet Siegen zu erstellen und die notwendigen, sich aus der Analyse ergebenden Bauleitplanverfahren selbst durchzuführen. Im aktuellen Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) werden Förderkulissen für die Errichtung von PV-Freiflächenanlagen definiert. Hierbei handelt es sich um Flächen mit einem Abstand von bis zu 200 Metern entlang von Autobahnen oder Schienenwegen sowie um bereits versiegelte Deponien und Konversionsflächen (= Brachflächen). Ökologisch sensible Flächen sollen grundsätzlich geschützt werden. Vorbelastete oder in ihrem ökologischen Wert beeinträchtigte Flächen sind zu bevorzugen. Aus einer Potenzialstudie des LANUV „Erneuerbare Energien NRW“ geht für das Siegener Stadtgebiet ein differenziertes Bild hervor. Potenzielle Flächen, wie aktuell un- bzw. untergenutzte Gewerbeflächen entfallen, da diese seitens der Stadt für eine gewerbliche Nutzung priorisiert sind. Weitere mögliche Flächen sind Deponieflächen (Fludersbach, Haardter Berg) oder Randstreifen von Bahntrassen und Bundesautobahnen. Aufbauend auf den Parametern der Studie erarbeitet die Stadt Siegen aktuell die eigene stadtweite Analyse. Der in Siegen-Gosenbach am Rothenberg relevanten Fläche wird eine gute Eignung attestiert. Die biologische Vielfalt auf dieser Fläche ist als eher gering einzustufen, für die klimatische Bedeutung und die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes gilt das in ähnlicher Weise. Die Fläche gilt durch die unmittelbare Nähe an die Landesstraße als sehr gut erschlossen.

Unter landwirtschaftlichen Gesichtspunkten ist zu betonen, dass es sich bei dieser Fläche um einen Standort mit geringer bis mittlerer Ertragskraft handelt. Die Fläche wird daher auch nicht als Ackerstandort, sondern als extensiv genutztes Grünland bewirtschaftet. Sie dient keiner Lebensmittelproduktion. Im Kontext der o.g. Zielsetzung überwiegt daher die langfristige Nutzung der Fläche zur Erzeugung von Solarstrom als zur Futtermittelproduktion. Außerdem hervorzuheben sind die positiven Aspekte, die sich aus der Errichtung der PV-Anlage für den Boden ergeben. Neben einer Nitratreduktion, die sich positiv auf den Grundwasserhaushalt auswirkt, ist zudem eine Aktivierung des Bodenlebens durch höhere mikrobiologische Aktivitäten sowie eine Dämpfung der Nährstoffdynamik zu erwarten. Somit können positive Regenerationseffekte auf der Fläche wirken, von denen bei einem späteren Rückbau der Anlage die Landwirtschaft profitieren kann. Solarparks bzw. PV-Freiflächenanlagen können zudem signifikant und dauerhaft positiv auf die Biodiversität einwirken. Die Flächeninanspruchnahme durch die PV-Anlage kann zu einer Erhöhung der Artenvielfalt führen. Solarparks fördern als eine Art Biodiversitätsinseln die Artenvielfalt im

Vergleich zur umgebenden Landschaft (Bundesverband Neue Energiewirtschaft (2019), Solarparks - Gewinne für die Biodiversität).

Das vom kommunalen Vorhabenträger SVB in Siegen-Gosenbach am Rothenberg verfolgte Projekt ist als wichtiger Impuls für die Umsetzung der Energiewende in der Region einzuordnen. Es stellt einen ersten maßgeblichen kommunalen Baustein zum Aufbau von Kapazitäten zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien im Stadtgebiet Siegen dar. Der zu beschreibende Ausbaupfad in der Stadt Siegen wird zukünftig sowohl die Umsetzung von Freiflächen- als auch Dachflächenanlagen bedingen. Im Vergleich zu Dachflächenanlagen führen Freiflächenanlagen in der Regel zu einer deutlich größeren und effizienteren Stromerzeugung als Dachflächenanlagen. Da sich die potenziellen Freiflächen in den beschriebenen Förderkulissen in peripheren und damit netztechnisch weniger stark beanspruchten Gebieten befinden, ist zudem hervorzuheben, dass die notwendige Netzanschlusskapazität dort überwiegend vorhanden ist. Hingegen ist bei vergleichbar großen Projekten auf Dachflächen häufig festzustellen, dass entweder die Netzanschlusskapazität oder die notwendigen Traglasten der Dächer nicht gegeben sind.

6. Städtebauliche Kenndaten

Flächenbilanzierung:

Sondergebietsfläche:	7127 m ²
Grünfläche:	1305 m ²
Straßenverkehrsfläche	279 m ²
Fläche für Versorgungsanlagen (Funkmast):	210 m ²

Plangebiet: **8921 m²**

Baufenster: 6285 m²

Überbaubare Fläche: 3771 m²

6.1. Kosten und Finanzierung

Nach dem Beschluss vom 10.03.2021 wird der Bebauungsplan durch die Stadt Siegen auf eigene Kosten aufgestellt. Der Vorhabenträger trägt die Kosten für die erforderlichen Gutachten und die Kompensation des Eingriffs.

7. Rechtsgrundlagen

Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13.04.2022 (GV.NRW. S. 490)

Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW 2018) In Kraft getreten am 04.08.2018 und am 01.01.2019 (GV. NRW. 2018 S. 421), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14.09.2021 (GV. NRW. S. 1086)

Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 26.04.2022 (BGBl. I S. 674)

Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14.06.2021 (BGBl. I S. 1802)

Planzeichenverordnung (PlanZV) Bekanntmachung vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14.06.2021 (BGBl. I S. 1802)

Siegen, 25.07.2022

Umweltbericht

zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457

„PV-Anlage Rothenberg“

in Verbindung mit der 106. Änderung

des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen

Bertram Mestermann

Büro für Landschaftsplanung



**Brackhüttenweg 1
59581 Warstein-Hirschberg**

**Tel. 02902-66031-0
info@mestermann-landschaftsplanung.de**

Umweltbericht

**zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“
in Verbindung mit der 106. Änderung des Flächennutzungsplanes
der Stadt Siegen**

Auftraggeber:
Siegener Versorgungsbetriebe GmbH
Morleystraße 29–37
57072 Siegen

Verfasser:
Bertram Mestermann
Büro für Landschaftsplanung
Brackhüttenweg 1
59581 Warstein-Hirschberg

Bearbeiter:
Nadine Faßbeck
M. Eng. Landschaftsarchitektur und Regionalentwicklung

Bertram Mestermann
Dipl.-Ing. Landschaftsarchitekt

Proj.-Nr. 2053

Warstein-Hirschberg, Mai 2022

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	I
Abbildungsverzeichnis	III
Tabellenverzeichnis	III
1.0 Einleitung	1
1.1 Kurzdarstellung des Inhalts und der wichtigsten Ziele der Bauleitpläne	2
1.2 Darstellung der in einschlägigen Fachgesetzen und Fachplänen festgelegten Ziele des Umweltschutzes und der Art der Berücksichtigung dieser Ziele	5
1.2.1 Fachgesetze	5
1.2.2 Fachpläne	5
2.0 Grundstruktur des Untersuchungsraums	6
2.1 Untersuchungsgebiet	6
2.2 Geografische und politische Lage	7
2.3 Naturschutzfachliche Planung	8
2.3.1 Natura 2000-Gebiete	8
2.3.2 Weitere Schutzgebiete und schutzwürdige Bereiche	8
3.0 Bestandsaufnahme und Prognose der Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung	13
3.1 Untersuchungsinhalte	13
3.2 Mögliche erhebliche Auswirkungen der Planung	14
3.3 Schutzgut Mensch und seine Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt ..	16
3.3.1 Schall- und Schadstoffimmissionen	16
3.3.2 Lichtemissionen	16
3.3.3 Erholung	17
3.4 Schutzgut Tiere	17
3.5 Schutzgut Pflanzen	19
3.6 Schutzgut Fläche	21
3.7 Schutzgut Boden	22
3.8 Schutzgut Wasser	23
3.8.1 Grundwasser	23
3.8.2 Oberflächengewässer	24
3.9 Schutzgut Klima und Luft	25
3.9.1 Anfälligkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels	25
3.10 Schutzgut Landschaft	26
3.11 Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter	27
3.12 Biologische Vielfalt	28
3.13 Wechselwirkungen	29
3.14 Art und Menge der erzeugten Abfälle	31
4.0 Maßnahmen zur Vermeidung und Ausgleich nachteiliger Umweltauswirkungen	32
4.1 Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung und Verringerung nachteiliger Umweltauswirkungen	32
4.1.1 Schutzgut Mensch und seine Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt	

Verzeichnisse

4.1.1.1	Schall- und Schadstoffemissionen.....	32
4.1.1.2	Lichtemissionen.....	32
4.1.1.3	Erholung.....	32
4.1.2	Schutzgut Tiere.....	32
4.1.3	Schutzgut Pflanzen.....	33
4.1.4	Schutzgut Fläche.....	33
4.1.5	Schutzgut Boden.....	33
4.1.6	Schutzgut Wasser.....	34
4.1.7	Schutzgut Klima und Luft.....	34
4.1.8	Schutzgut Landschaft.....	34
4.1.9	Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter.....	34
4.2	Vermeidung von Emissionen sowie sachgerechter Umgang mit Abfällen und Abwässern.....	34
4.3	Kompensationsmaßnahmen.....	34
4.3.1	Analyse der Eingriffsrelevanz des Vorhabens.....	34
4.3.2	Ermittlung des Kompensationsbedarfs.....	35
4.3.3	Nachweis des Kompensationsbedarfs.....	38
5.0	Anderweitige Planungsmöglichkeiten und Null-Variante.....	39
6.0	Weitere Auswirkungen des geplanten Vorhabens.....	41
6.1	Anfälligkeit für schwere Unfälle und Katastrophen.....	41
6.2	Kumulierung benachbarter Plangebiete.....	41
6.3	Auswirkungen auf Schutzgebiete und schutzwürdige Bereiche.....	41
7.0	Merkmale der verwendeten technischen Verfahren und Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Angaben.....	43
8.0	Geplante Maßnahmen zur Überwachung (Monitoring).....	44
9.0	Allgemein verständliche Zusammenfassung.....	45
	Quellenverzeichnis.....	51

Anhang 1 Relevante Ziele des Umweltschutzes in den Fachgesetzen und ihre Berücksichtigung

Verzeichnisse

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1	Lage des Plangebietes.....	1
Abb. 2	Auszug aus dem rechtskräftigen Flächennutzungsplan der Stadt Siegen.	2
Abb. 3	Auszug aus der Planzeichnung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ im Stadtteil Siegen.....	4
Abb. 4	Bestandssituation im Bereich des Plangebietes	6
Abb. 5	Blick zum Funkmast mit Nebenanlagen und teilversiegelten Flächen.....	7
Abb. 6	Böschung zum Funkmast mit Ginster sowie Gehölzbestand zur Straße.....	7
Abb. 7	Blick über das Grünland.	7
Abb. 8	Pfad im Osten des Plangebietes.	7
Abb. 9	Lage des Landschaftsschutzgebiete	9
Abb. 10	Lage der Biotopkatasterfläche.....	10
Abb. 11	Lage des gesetzlich geschützten Biotop	11
Abb. 12	Lage der Biotopverbundflächen.....	12
Abb. 13	Bestandssituation der Biotoptypen im Plangebiet.....	20
Abb. 14	Verteilung der Bodentypen im Bereich des Plangebietes	22
Abb. 15	Blick von der „Siegener Straße“ über das Plangebiet	26
Abb. 16	Bestandssituation im Bereich des Plangebietes	37
Abb. 17	Planungssituation im Bereich des Plangebietes	37

Tabellenverzeichnis

Tab. 1	Biotoptypen im Plangebiet des Bebauungsplanes und der näheren Umgebung.	19
Tab. 2	Übersicht über die Bodentypen im Bereich des Plangebietes.....	22
Tab. 3	Zusammenfassung der schutzgutbezogenen Wechselwirkungen.	29
Tab. 4	Kompensationswertermittlung für den Bebauungsplan Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ der Stadt Siegen.....	36

1.0 Einleitung

Ziel des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ in Verbindung mit der 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen ist die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung einer durch die SVB GmbH betriebenen Freiflächen-Photovoltaikanlage zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien und Einspeisung in das örtliche Stromversorgungsnetz. Die Leistung der PV-Anlage soll maximal 749 kWp betragen. Je nach technischer Umsetzung entspricht dies einer Anzahl von 2.500 bis 2.800 Modulen.

Der Bebauungsplan Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ kann aufgrund abweichender Festsetzungen nicht gem. § 8(2) BauGB aus dem wirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Siegen (FNP) entwickelt werden, sodass eine Flächennutzungsplanänderung erforderlich ist. Der Flächennutzungsplan der Stadt Siegen wird daher im Parallelverfahren gem. § 8(3) BauGB als 106. Änderung entsprechend der angestrebten Nutzung „Sondergebiet PV-Anlage“ angepasst (UNIVERSITÄTSSTADT SIEGEN 2022A).

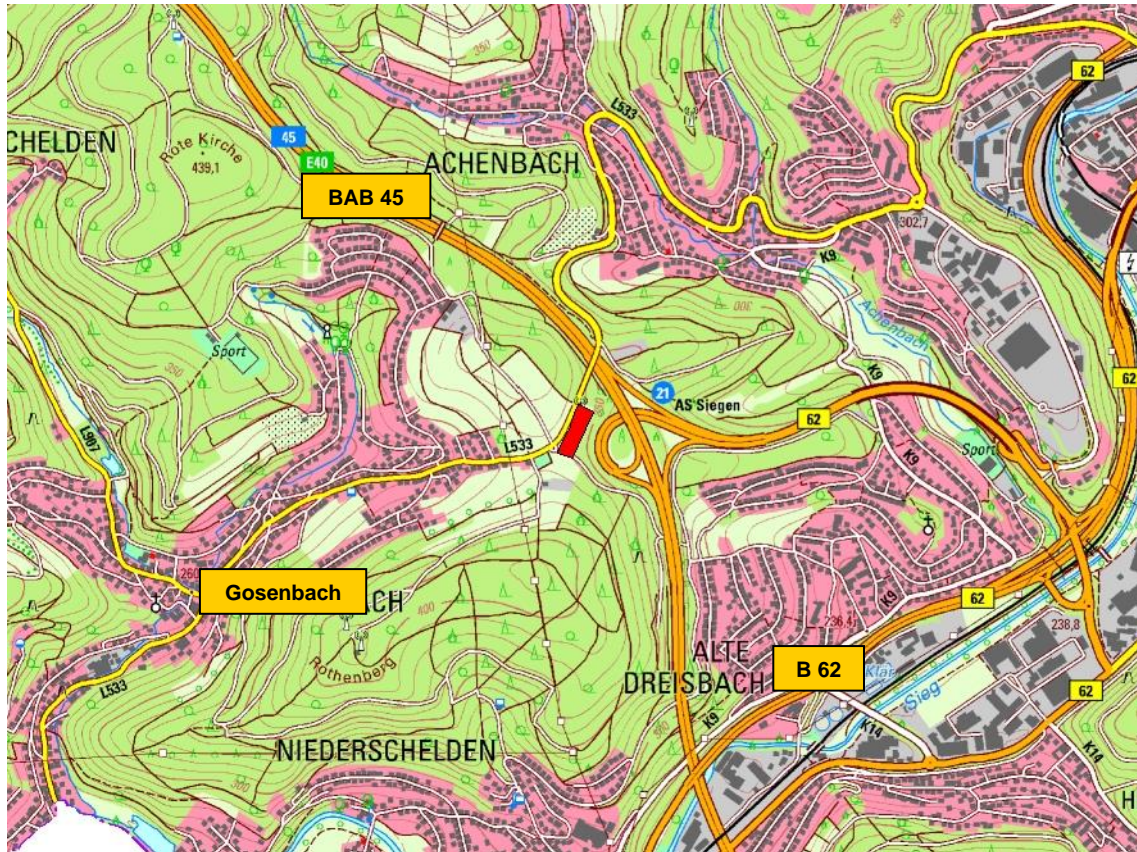


Abb. 1 Lage des Plangebietes (rote Fläche) auf Grundlage der Topografischen Karte 1:25.000.
Quelle: WMS-FEATURE 2022.

Basierend auf der aktuellen Rechtslage ist somit im Zuge der Bauleitplanung eine Umweltprüfung im Sinne des § 2 Abs. 4 Baugesetzbuch (BauGB) durchzuführen. Aufgabe der Umweltprüfung ist es, die zu erwartenden Umweltauswirkungen des Vorhabens darzustellen.

Einleitung

Die Ergebnisse der Umweltprüfung für die Aufstellung des Bebauungsplanes und die Änderung des Flächennutzungsplanes werden in dem hiermit vorgelegten Umweltbericht beschrieben und bewertet.

Der Umweltbericht bildet dabei gemäß § 2a BauGB einen Teil der Planbegründung und ist bei der Abwägung dementsprechend zu berücksichtigen. Im Rahmen des Verfahrens wird zudem ein Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag erstellt (MESTERMANN LANDSCHAFTSPLANUNG 2021).

1.1 Kurzdarstellung des Inhalts und der wichtigsten Ziele der Bauleitpläne

Nachfolgend werden die Lage sowie die wesentlichen Ziele der Bauleitpläne aufgeführt.

Lage des Plangebietes

Das ca. 0,9 ha große Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ sowie das damit identische Plangebiet der 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen liegt in der Gemarkung Siegen, Flur 12, Flurstück 12, östlich des Siegener Stadtteils Gosenbach, südlich der BAB 45. Des Weiteren wird auch eine Teilfläche des Flurstückes 24 einbezogen.

Flächennutzungsplan

Der rechtskräftige Flächennutzungsplan der Stadt Siegen stellt derzeit für das Plangebiet „Landwirtschaftliche Fläche“ dar. In seiner 106. Änderung wird der Flächennutzungsplan entsprechend der angestrebten Nutzung in „Sondergebiet PV-Anlage“ geändert.



Abb. 2 Auszug aus dem rechtskräftigen Flächennutzungsplan der Stadt Siegen. Quelle: UNIVERSITÄTSSTADT SIEGEN 2022A

Bebauungsplan

Art der baulichen Nutzung

Die Art der baulichen Nutzung wird der geplanten Flächennutzung entsprechend als sonstiges Sondergebiet nach § 11 BauNVO für Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien mit der Zweckbestimmung „Photovoltaik“ festgesetzt.

Innerhalb der überbaubaren Fläche sind die Errichtung und der Betrieb von photovoltaischen Anlagen zulässig. Um die Versiegelung und die Eingriffe in den Boden auf ein Minimum zu begrenzen und einen leichten Rückbau der Anlagen zu ermöglichen, sind nur aufgeständerte Anlagen in stationärer Bauweise zulässig.

Außerdem sind innerhalb der überbaubaren Flächen sämtliche für die betrieblichen Zwecke erforderlichen Anlagenbestandteile und technische Infrastrukturen, wie z. B. Solarwechselrichter zur Erzeugung einer Wechselspannung und Transformatoreinrichtungen, zulässig.

Maß der baulichen Nutzung

Die überbaubare Fläche wird durch Baugrenzen festgesetzt. Die Grundflächenzahl wird gemäß § 17 BauNVO für Sondergebiete auf 0,6 festgesetzt. Die tatsächlich versiegelte Fläche ist jedoch wesentlich geringer und nur punktuell wirksam. Für die Ermittlung der GRZ in Bezug auf die Photovoltaikanlagen wird die von den Solarmodulen überspannte Fläche zugrunde gelegt.

Die maximal zulässige Höhe der Kollektorflächen beträgt 3,00 m über der natürlichen Geländeoberfläche. Bezugspunkt ist das Gelände unmittelbar unterhalb des höchsten Punktes des jeweiligen Solarmoduls. Mit der Höhenbegrenzung sollen negative Auswirkung auf das Landschaftsbild vermieden werden. Der Abstand der Unterkante der Modultische zur Oberkante der natürlichen Geländeoberfläche muss mindestens 0,50 m betragen, um eine geschlossene Vegetationsdecke unterhalb der Solarmodule sowie deren Mahd zu ermöglichen.

Nebenanlagen

Die Grundfläche der Solarwechselrichter, Transformer-Stationen sowie sonstige Nebenanlagen gem. § 14 BauNVO wird zur Minimierung der Versiegelung und der Eingriffe in den Boden auf das für den Betrieb der Anlage technisch erforderliche Maß begrenzt.

Die maximal zulässige Höhe der PV-Module beträgt 3,00 m über der natürlichen Geländeoberfläche. Bezugspunkt ist die natürliche Geländeoberfläche unmittelbar unterhalb des höchsten Punktes des jeweiligen PV-Moduls. Der Mindestabstand der Unterkante der PV-Module zur natürlichen Geländeoberfläche beträgt 0,50 m.

Die vorstehenden Ausführungen wurden der Begründung zum Bebauungsplan entnommen (UNIVERSITÄTSSTADT SIEGEN 2022A).

Einleitung

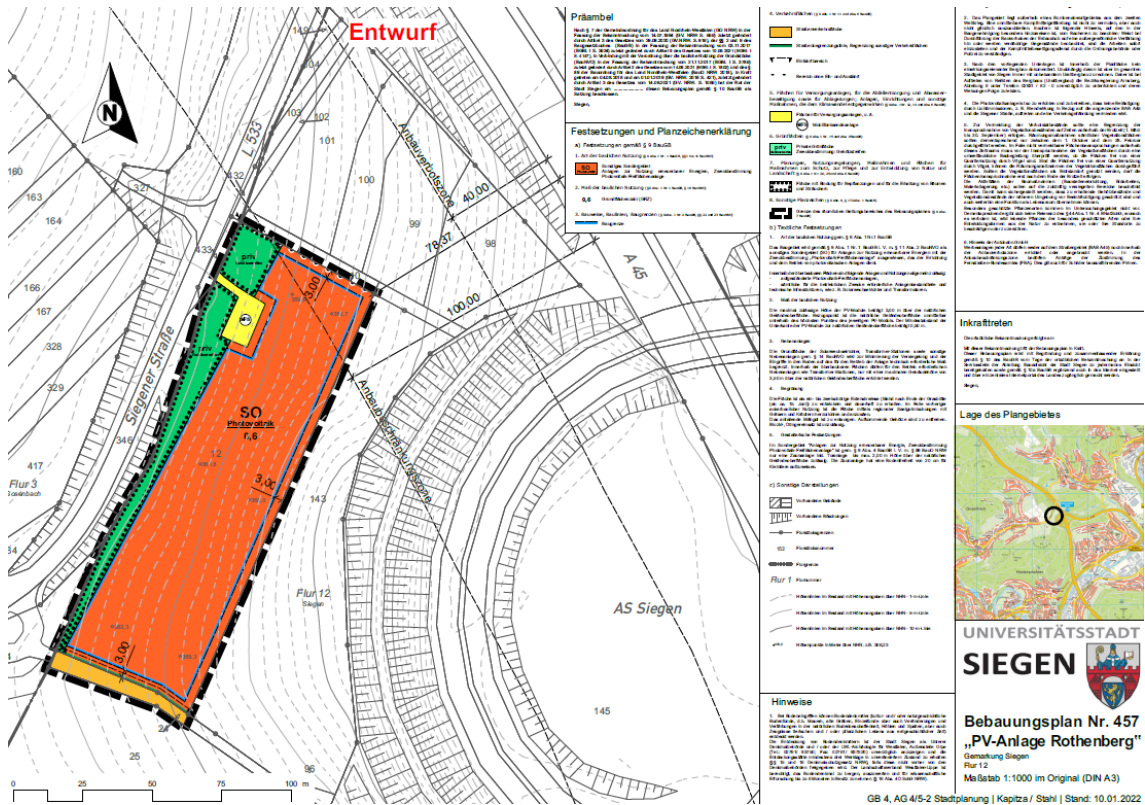


Abb. 3 Auszug aus der Planzeichnung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ im Stadtteil Siegen. Quelle: UNIVERSITÄTSSTADT SIEGEN 2022B

1.2 Darstellung der in einschlägigen Fachgesetzen und Fachplänen festgelegten Ziele des Umweltschutzes und der Art der Berücksichtigung dieser Ziele

1.2.1 Fachgesetze

Innerhalb der Fachgesetze sind für die Schutzgüter und Ziele allgemeine Grundsätze formuliert, die im Rahmen der Prüfung aller relevanten Schutzgüter Berücksichtigung finden müssen. Weil die Darstellung der einschlägigen Fachgesetze und ihrer Ziele ausgesprochen umfangreich ist, wird diese tabellarisch in Anhang 1 zum Umweltbericht aufgeführt.

1.2.2 Fachpläne

Regionalplan

Die Stadt Siegen liegt im Geltungsbereich des Regionalplans Arnsberg, Teilabschnitt „Oberbereich Siegen“ (Kreise Olpe und Siegen-Wittgenstein).

Im gültigen Regionalplan ist das Plangebiet „Allgemeiner Freiraum und Agrarbereich“ und als „Waldbereich“ festgelegt.

In der Neuaufstellung des Regionalplans ist das Plangebiet als „Allgemeiner Freiraum und Agrarbereich“, als Bereich für „Grundwasser- und Gewässerschutz“ und als Bereich für den „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung“ festgelegt (UNIVERSITÄTSSTADT SIEGEN 2022A).

Landschaftsplan

Das Plangebiet befindet sich im Geltungsbereich des Landschaftsplanes Siegen. Für das Plangebiet ist der flächendeckende Landschaftsschutz festgesetzt. Die Ausweisung des Landschaftsschutzgebietes „Siegen“ dient der Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der Sicherung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit des Landschaftsbildes sowie der Bewahrung des im Interesse des Erholungsverkehrs überregional bedeutsamen Gebietes. In der Entwicklungskarte wird das Entwicklungsziel 1 „Erhaltung“ dargestellt (KREIS SIEGEN- WITTGENSTEIN 2008).

2.0 Grundstruktur des Untersuchungsraums

2.1 Untersuchungsgebiet

Das Untersuchungsgebiet umfasst das Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ im Stadtteil Siegen und das damit identische Plangebiet der 106. Änderung des Flächennutzungsplanes. Weiterhin werden die angrenzenden Flächen schutzgutspezifisch in die Betrachtung einbezogen, sofern diese für die Aspekte der Umweltprüfung relevant sind.

Das Untersuchungsgebiet ist gekennzeichnet von seiner Lage östlich angrenzend an die „Siegener Straße“, in der Nähe der Anschlussstelle „Siegen“ der Bundesautobahn (BAB) 45. In der Umgebung des Plangebietes liegen einerseits landwirtschaftlich genutzte Offenlandflächen, andererseits auch Laubwald- und Gehölzbestände mit Amerikanischer Eiche und Vogelkirsche.

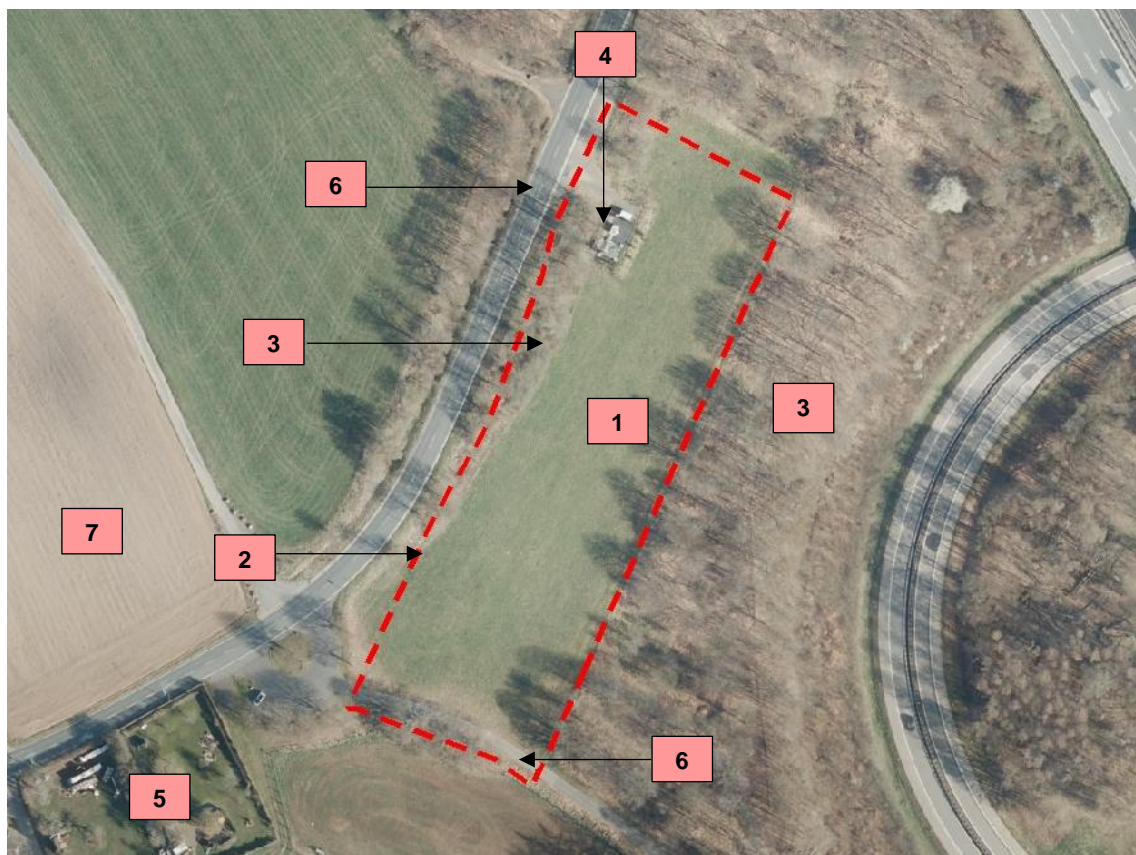


Abb. 4 Bestandssituation im Bereich des Plangebietes (rote Strichlinie) auf Grundlage des Luftbildes vom 19.06.2017.

- | | |
|---|--------------------------------|
| 1 = Grünland | 5 = Gärten |
| 2 = Säume | 6 = (Teil-)versiegelte Flächen |
| 3 = Gehölze | 7 = Acker |
| 4 = Gebäude (Funkmast mit Nebenanlagen) | |

Das Plangebiet wird überwiegend von einem artenreichen Grünland geprägt. Zur Straße hin befinden sich Gehölz- und Gebüschstrukturen, u. a. bestehend aus den Arten Vogelkirsche, Esche, Birke und Weißdorn. Im Übergang zum Grünland wachsen

Grundstruktur des Untersuchungsraums

zudem Saumstrukturen auf, die insbesondere an der Böschung zum Funkmast von Ginster bestanden sind.

Im nördlichen Bereich des Plangebietes liegen (teil-)versiegelte Flächen an einem Funkmast mit Nebenanlagen. An der östlichen Grenze des Plangebietes verläuft ein Pfad, an der südlichen Grenze ein versiegelter Wirtschaftsweg.



Abb. 5 Blick zum Funkmast mit Nebenanlagen und teilversiegelten Flächen.



Abb. 6 Böschung zum Funkmast mit Ginster sowie Gehölzbestand zur Straße.



Abb. 7 Blick über das Grünland.



Abb. 8 Pfad im Osten des Plangebietes.

2.2 Geografische und politische Lage

Das Plangebiet liegt im Südwesten der Universitätsstadt Siegen, angrenzend an den Stadtteil Gosenbach und zählt geografisch zum Siegerland.

2.3 Naturschutzfachliche Planung

Für die Aussagen zu Schutzgebieten und besonders geschützten Bereichen werden die Naturschutzinformationen des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (LANUV 2021A) herangezogen. Die Schutzgebiete werden in einem Radius von 500 m um das Plangebiet erfasst.

2.3.1 Natura 2000-Gebiete

Für bestimmte Lebensraumtypen und Arten, für deren Fortbestand nur in Europa Sorge getragen werden kann, müssen gemäß der sog. FFH-Richtlinie der EU „Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung“ ausgewiesen werden, um eine langfristig gute Überlebenssituation für diese Arten und Lebensräume zu gewährleisten. Diese FFH-Gebiete und die Vogelschutzgebiete, die gemäß der Vogelschutzrichtlinie der EU für europäische Vogelarten auszuweisen sind, werden zusammengefasst als Natura 2000-Gebiete bezeichnet.

Natura 2000-Gebiete befinden sich im Plangebiet und der näheren Umgebung nicht.

2.3.2 Weitere Schutzgebiete und schutzwürdige Bereiche

Naturschutzgebiete

Naturschutzgebiete sind nach den Vorschriften des BNatSchG „rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete, in denen ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft in ihrer Ganzheit oder in einzelnen Teilen erforderlich ist

1. zur Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung von Lebensstätten, Biotopen oder Lebensgemeinschaften bestimmter wildlebender Tier- und Pflanzenarten,
2. aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen oder landeskundlichen Gründen oder
3. wegen ihrer Seltenheit, besonderen Eigenart oder hervorragenden Schönheit.“

Naturschutzgebiete befinden sich im Plangebiet und der näheren Umgebung nicht (LANUV 2021A).

Landschaftsschutzgebiete

Ein Landschaftsschutzgebiet ist nach § 26 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) eine Gebietsschutzkategorie des Naturschutzrechts. Gegenüber Naturschutzgebieten zielen Schutzgebiete des Landschaftsschutzes auf das allgemeine Erscheinungsbild der Landschaft, sind oft großflächiger, Auflagen und Nutzungseinschränkungen hingegen meist geringer. Verboten sind insbesondere alle Handlungen, die den „Charakter“ des Gebiets verändern.

Das Plangebiet liegt sowie die nähere Umgebung liegen innerhalb des Landschaftsschutzgebietes LSG-5014-0001 „LSG Siegen“.

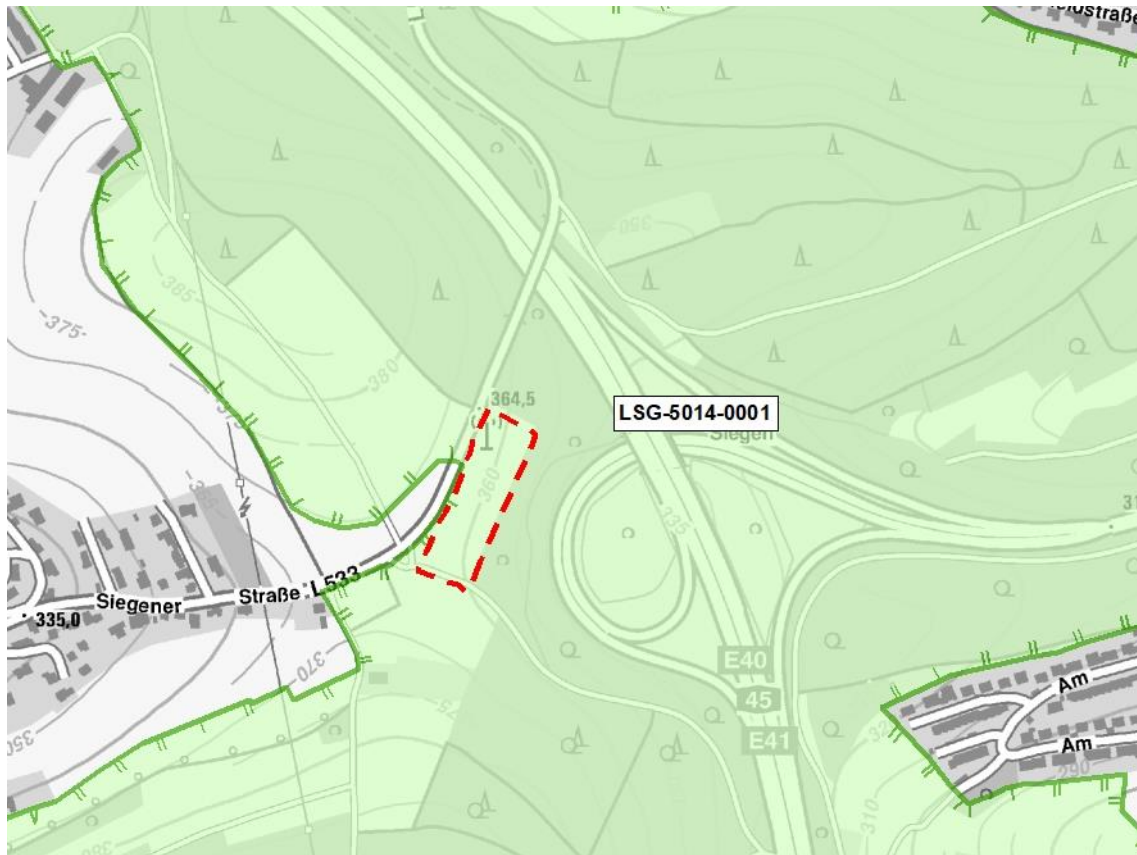


Abb. 9 Lage des Landschaftsschutzgebietes (grüne Flächen) zur Vorhabensfläche (rote Strichlinie) auf Grundlage der Topografischen Karte 1:10.000. Quelle: LANUV 2021A

LSG-5014-001 = LSG Siegen

Biotopkatasterflächen

Das Biotopkataster Nordrhein-Westfalens ist eine Datensammlung über Lebensräume für wildlebende Tiere und Pflanzen, die für den Arten- und Biotopschutz eine besondere Wertigkeit besitzen. Die Gebiete werden nach wissenschaftlichen Kriterien ausgewählt, in Karten erfasst und im Gelände überprüft sowie dokumentiert.

Im Bereich des Plangebietes befinden sich keine Biotopkatasterflächen. In der näheren Umgebung liegt die Biotopkatasterfläche BK-5113-058 „Wiesentäler Hubach und Alte Hubach“ in etwa 360 m östlicher Entfernung zum Plangebiet.



Abb. 10 Lage der Biotopkatasterfläche (grüne Schraffur) zur Vorhabensfläche (rote Strichlinie) auf Grundlage der Topografischen Karte 1:10.000. Quelle: LANUV 2021A

BK-5113-058 = Wiesentäler Hubach und Alte Hubach

Gesetzlich geschützte Biotope

Nach § 30 BNatSchG sowie nach § 42 LNatSchG NRW werden bestimmte Teile von Natur und Landschaft, die eine besondere Bedeutung als Biotope haben, gesetzlich geschützt. Handlungen, die zu einer Zerstörung oder sonstigen erheblichen Beeinträchtigung dieser Biotope führen können, sind verboten.

Gesetzlich geschützte Biotope befinden sich nicht im Bereich des Plangebietes, sind jedoch in der näheren Umgebung vorhanden. Das gesetzlich geschützte Biotop BT-4113-676-8 liegt etwa 360 m östlich des Plangebietes und umfasst bachbegleitende Feuchtbrachen.



Abb. 11 Lage des gesetzlich geschützten Biotops (magentafarbene Flächen) zur Vorhabensfläche (rote Strichlinie) auf Grundlage der Topografischen Karte 1:10.000. Quelle: LANUV 2021A

BT-5113-676-8 = Feuchtbrache

Biotopverbundflächen

Nach § 21 BNatSchG dient der Biotopverbund der dauerhaften Sicherung der Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen. Er soll außerdem zur Verbesserung des Zusammenhangs des Netzes „Natura 2000“ beitragen.

Das Plangebiet liegt im Bereich der Biotopverbundfläche VB-A-5113-012 „Nördlicher Giebelwald“. Neben dem Plangebiet selbst sind hier insbesondere die umliegenden Waldbestände Teil der Biotopverbundfläche. Des Weiteren liegen etwa 340 m östlich des Plangebietes die Biotopverbundflächen VB-A-5113-016 „Siegtal zwischen Deuz und Siegen“ sowie VB-A-5015-022 „Siegtal“ (LANUV 2021A).

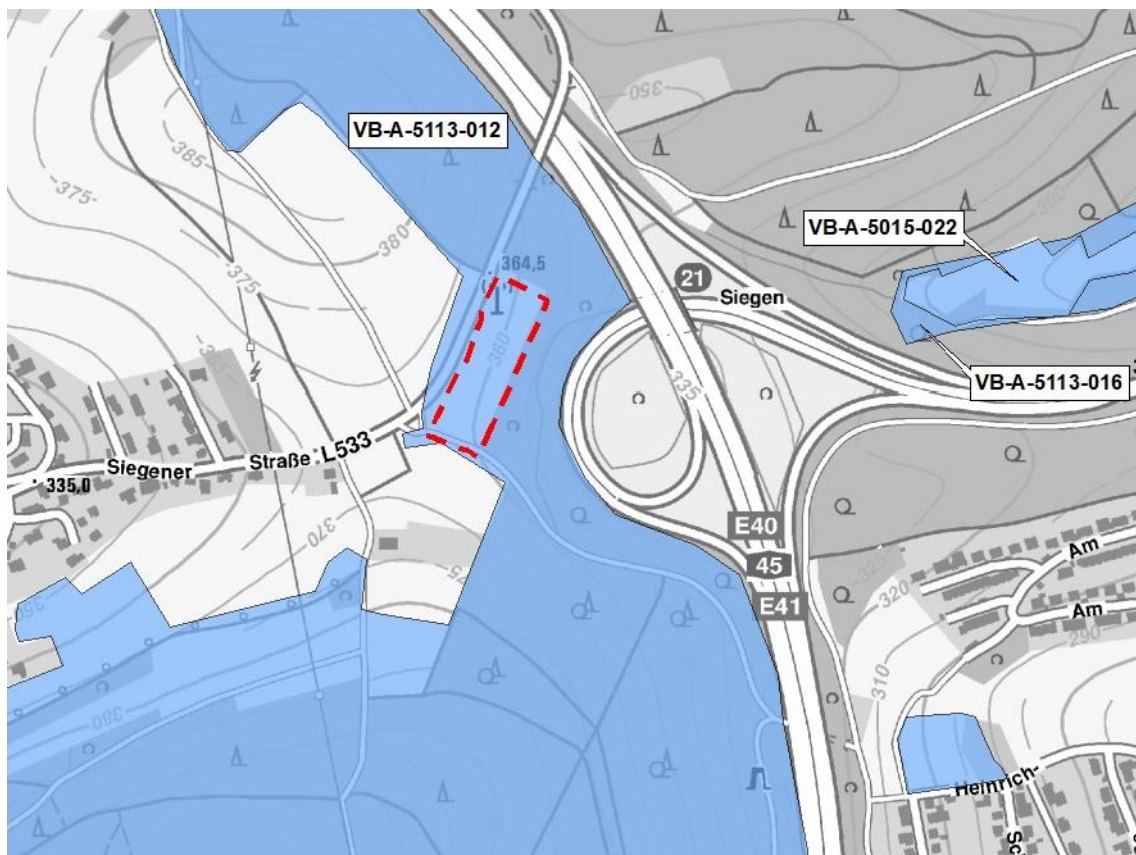


Abb. 12 Lage der Biotopverbundflächen (blaue Flächen) zur Vorhabensfläche (rote Strichlinie) auf Grundlage der Topographischen Karte 1:10.000. Quelle: LANUV 2021A

VB-5015-022 = Siegtal
VB-5113-012 = Nördlicher Giebelwald
VB-5113-016 = Siegtal zwischen Deuz und Siegen

3.0 Bestandsaufnahme und Prognose der Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung

3.1 Untersuchungsinhalte

Im Rahmen einer Bestandsermittlung wird im Folgenden die bestehende Umweltsituation im Untersuchungsgebiet ermittelt und bewertet. Dazu wurden die vorliegenden Informationen aus Datenbanken und aus der Literatur ausgewertet. Das Plangebiet des Bebauungsplanes und dessen Umfeld wurden am 20. Mai 2021 begangen. Im Zuge der Geländebegehung ist eine Biotoptypenkartierung angefertigt worden.

Gemäß den Vorgaben des § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB sind im Rahmen der Umweltprüfung die Auswirkungen auf folgende Schutzgüter zu prüfen:

- Menschen und seine Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt
- Tiere
- Pflanzen
- Fläche
- Boden
- Wasser
- Klima und Luft
- Landschaft
- Kultur- und sonstige Sachgüter
- Biologische Vielfalt und Wechselwirkungen

Ziel der Konfliktanalyse ist es, die mit dem geplanten Vorhaben verbundenen unvermeidbaren Beeinträchtigungen der Schutzgüter aufzuzeigen.

Dazu werden für jedes Schutzgut, für das potenzielle Beeinträchtigungen zu erwarten sind, zunächst die relevanten Wirkfaktoren beschrieben und die geplanten Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen benannt. Unter Berücksichtigung dieser Faktoren und vor dem Hintergrund der derzeitigen Situation der Schutzgüter werden abschließend die verbleibenden, unvermeidbaren Beeinträchtigungen abgeleitet.

Gegenstand einer qualifizierten Umweltprüfung ist die Betrachtung der Nullvariante und anderweitiger Planungsmöglichkeiten.

Mit dem Vorhaben können Eingriffe in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild verbunden sein. Diese Eingriffe werden gemäß §§ 14 und 15 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) analysiert, quantifiziert und, sofern erforderlich, durch geeignete Maßnahmen kompensiert.

Die artenschutzrechtlichen Aspekte des Vorhabens werden im Rahmen eines Artenschutzrechtlichen Fachbeitrages (MESTERMANN LANDSCHAFTSPLANUNG 2021) betrachtet.

3.2 Mögliche erhebliche Auswirkungen der Planung

Durch die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ in Verbindung mit der 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen werden landwirtschaftlich genutzte Flächen als sonstiges Sondergebiet für Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien mit der Zweckbestimmung „Photovoltaik“ festgesetzt.

Im Zusammenhang mit dem geplanten Vorhaben ergeben sich die folgenden Wirkungsschwerpunkte:

- Überbauung von Grünland durch Photovoltaik-Freiflächenmodule
- Versiegelung der Fläche im Bereich der Nebenanlagen

Vorhabensbedingt kann es zu folgenden Wirkungen kommen:

Baufeldfreimachung / Bauphase / Baustellenbetrieb

Baubedingt wird es zu temporären Störeffekten durch den Baubetrieb kommen. Zur Vorbereitung der Fläche wird die Vegetation im Bereich der geplanten Solaranlage entfernt. In den Bereichen, in denen keine Aufständigung der Solarmodule erfolgt, kann die Grasnarbe erhalten bleiben.

Flächeninanspruchnahme

Eine Flächenversiegelung erfolgt nur im Bereich des Versorgungsgebäudes. Infolge der Ramppfostengründung und der vorhandenen Infrastruktur wird das Vorhaben keine zusätzlichen Flächenversiegelungen nach sich ziehen.

Überdeckung von Boden durch die Modulflächen

Generell kann im Zusammenhang mit der Aufstellung von Solarmodulen durch die Reduzierung des einfallenden Sonnenlichts eine Veränderung der Vegetationsstruktur erfolgen. Bei Anlagenstandorten, die auf ehemals naturschutzfachlich weniger wertvollen Biotopen entstehen, sind gemäß BfN (2009) Auswirkungen der Beschattung auf die Lebensgemeinschaften anzunehmen. Diese sind jedoch naturschutzfachlich nicht bedeutsam und zwar unabhängig davon, ob es sich um eingesäte Flächen oder um Sukzessionsflächen handelt. Tierarten, die diese Flächen nach der Bauphase besiedeln (oder auf ihnen überdauern können), finden diesen aufgrund der Beschattungsverhältnisse strukturierten Lebensraum bereits so vor.

Ein Effekt der Überschildung ist die Veränderung der Niederschlagscharakteristik (Regen, Schnee, Tau) unterhalb der Module. Hier ist der natürliche Feuchtigkeitseintrag entsprechend reduziert. Die Geländeerhebungen im Rahmen der Untersuchungen des BfN (2009) erbrachten keine signifikanten Belege einer hierdurch verursachten Veränderung der Vegetation z. B. durch eine Häufung von Trockenzeigern. Trockenheitsbedingte Kahlstellen o. ä. wurden ebenfalls nicht beobachtet, da der Feuchtigkeitseintrag (z. B. durch von Wind verwehtem Regen oder Tau oder durch die Kapillarkraft des Bodens) ausreicht.

Bei Schneelagen können sich jedoch deutliche Unterschiede zwischen den überschilderten und den offenliegenden Flächen ergeben, die dann z. B. für einige Vogelar-

ten wertvolle Nahrungshabitate darstellen können. Gleichzeitig können durch den meist relativ gerichteten Ablauf des Regenwassers im Abtropfbereich kleinflächige Veränderungen der Vegetation auftreten.

Barrierewirkung / Zerschneidung

Durch die Einzäunung der Flächen kann es zum Lebensraumzug von Groß- und Mittelsäugetieren kommen. Infolge der extensiven Nutzung stellen die Flächen generell geeignete Nahrungsquellen für Säuger dar. Wie Beobachtungen zeigen, können Mittelsäuger auch kleine Durchlässe in der Umzäunung nutzen, um die Flächen zu besiedeln.

Da die Anlagenteile unbeweglich sind und Fledermäuse die Module mit ihrer Ultraschall-Ortung problemlos als Hindernis erkennen, wird ein Kollisionsrisiko für Fledermäuse für sehr unwahrscheinlich gehalten. Da keine nächtliche Beleuchtung vorgesehen ist, werden Störungen durch die Anlage auf Fledermäuse ebenfalls ausgeschlossen.

Visuelle Wirkungen (Silhouetteneffekt, optische Störungen)

Der Silhouetteneffekt ist maßgeblich von der Höhe der Anlagen, dem Landschaftsrelief und dem Vorhandensein von weiteren Vertikalstrukturen (z. B. Gehölze, Freileitungen, Gebäude) bestimmt. Mögliche Störungen von empfindlichen Arten (Wiesenvögel, rastende Wasservögel) sind laut einschlägigen Studien (z. B. BfN 2009) bei festinstallierten Modulen auf den Aufstellbereich und die unmittelbare Umgebung begrenzt; weit in die Nachbarschaft ausstrahlendes Meideverhalten von Arten ist nicht zu erwarten.

Grundsätzlich können die geplanten Bauwerke (Solarmodule) als Störelemente in dem ländlich geprägten Landschaftsraum wahrgenommen werden. Bei festinstallierten Anlagen können insbesondere die südlich gelegenen Bereiche durch Lichtreflexionen beeinträchtigt werden.

Licht (Lichtreflexe, Spiegelungen, Lichtspektrum)

Lichtreflexionen (Lichtblitze, Blendwirkung von hellen Flächen) könnten zu einer Beeinträchtigung von Tierlebensräumen oder einer Störung von Tieren und Menschen in der Nachbarschaft führen. Das Reflexionsverhalten ist dabei stark abhängig vom (geringen) Einfallswinkel des Lichts und tritt vor allem bei sehr tiefem Sonnenstand (morgens und abends) auf. Laut BfN (2009) können bei festinstallierten Anlagen die Bereiche südlich sowie bei tiefstehender Sonne westlich und östlich der Anlage geringfügig betroffen sein. Die qualitative Veränderung des reflektierten Lichtes kann theoretisch zu Auswirkungen auf das Orientierungsverhalten von Tieren führen. Hierbei kann es zu Verwechslungen von größeren Photovoltaikanlagen mit Wasserflächen kommen, was z. B. zu Landeversuchen und Kollisionen führen kann. Laut BfN (2009) sind diese Effekte für Solaranlagen weitgehend auszuschließen, da die Tiere die einzelnen Modulbestandteile erkennen und somit nicht als zusammenhängende Wasserfläche wahrnehmen.

Erwärmung von Modulen und Kabeln

Durch die Aufheizung der Oberflächen kann es bei größeren Solaranlagen zu einer Beeinflussung des lokalen Mikroklimas kommen. Laut einschlägigen Studien sind durch die Erwärmung der Module ausgelöste relevante Wirkungen auf Tierarten nicht zu erwarten.

3.3 Schutzgut Mensch und seine Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt

3.3.1 Schall- und Schadstoffimmissionen

Bestandsaufnahme und Bewertung

In den Übersichtskarten der amtlichen Umgebungslärmkartierung des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (MULNV 2021B) werden für das Plangebiet Lärmbelastungen zwischen 65 und 75 dB(A) durch den Straßenverkehr der nahe gelegenen BAB 45 sowie der L 533 dargestellt. Durch die Verkehre entstehen für das Plangebiet auch Schadstoffimmissionen.

Prognose der Entwicklung des Umweltzustands

Baubedingt kann es zu geringfügigen Lärmemissionen und stofflichen Belastungen kommen. Der Betrieb der Solaranlage wird zu keinen umweltrelevanten Schall- und Schadstoffemissionen führen.

Vorhabensbedingte umweltrelevante Schall- und Schadstoffemissionen sind durch die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ in Verbindung mit der 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen nicht zu erwarten. Eine Beeinträchtigung des Schutzgutes Menschen in Bezug auf Schall und Schadstoffemissionen ergibt sich nicht.

3.3.2 Lichtemissionen

Bestandsanalyse

Das Plangebiet ist von der Landesstraße L 533 grundsätzlich einsehbar, wird jedoch von Gehölzbestand eingegrünt.

Prognose der Entwicklung des Umweltzustands

Aufgrund des Höhenunterschiedes zwischen dem Flurstück und der BAB 45, des Geländegefälles und des Laubbaum- und Strauchbestandes kann davon ausgegangen werden, dass blendreduzierende Maßnahmen nicht notwendig sind. Eine Blendwirkung kann durch die am östlichen Rand des Flurstücks gegebenen Baum-/Strauchbestände ausgeschlossen werden, was durch deren hohe Dichte ebenso für die Wintermonate gilt. Für den Fall, dass die vorhandenen Laub- und Strauchbestände nicht mehr vorhanden wären, verhindert die Höhenlage des Flurstücks eine Blendwirkung der PV-Anlage auf den Verkehr der BAB 45. Der Verkehr auf der nördlich entlang des Flurstücks

verlaufenden L 533 (Siegener Straße) wird durch die Neigung und die südwestliche Ausrichtung der Anlage ebenfalls nicht geblendet.

Eine Betroffenheit des Schutzgutes „Menschen und seiner Gesundheit sowie der Bevölkerung insgesamt“ durch Lichtemissionen kann durch die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ in Verbindung mit der 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen ausgeschlossen werden.

3.3.3 Erholung

Bestandsaufnahme und Bewertung

Die Erholungseignung wird durch die Qualität des Landschaftsbildes bestimmt, die Erholungsnutzung ist abhängig von der Zugänglichkeit und Begehrbarkeit des Landschaftsraumes.

Das Plangebiet weist keine für die Erholungsnutzung relevante Infrastruktur auf. Der Pfad endet im nördlich des Plangebietes gelegenen Wald. In diesem Bereich befanden sich zum Zeitpunkt der Ortsbegehung Ablagerungen von Müll, sodass eine Nutzung des Pfades zur Erholungsnutzung nicht angenommen wird. Dem Plangebiet kann daher nur eine geringe Bedeutung für die Erholungsnutzung zugesprochen werden. Dies begründet sich insbesondere auch in der Lärmvorbelastung durch den Verkehr der BAB 45.

Prognose der Entwicklung des Umweltzustands

Durch die Einfriedung der Solaranlage sind die Flächen im Plangebiet nicht mehr zugänglich. Da diese jedoch keine für die Erholungsnutzung relevante Infrastruktur aufweisen, wird dies zu keinen Beeinträchtigungen der Erholungsnutzung führen.

Insgesamt sind durch die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ in Verbindung mit der 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen keine Beeinträchtigungen des Schutzgutes Menschen bezüglich der Erholungsfunktion zu erwarten.

3.4 Schutzgut Tiere

Die artenschutzrechtlichen Aspekte des Vorhabens wurden im Rahmen eines Artenschutzrechtlichem Fachbeitrages (MESTERMANN LANDSCHAFTSPLANUNG 2021) betrachtet. Im Folgenden werden die wesentlichen Aspekte zusammenfassend dargestellt.

Bestandsaufnahme und Bewertung

Die Ortsbegehung erfolgte am 20. Mai 2021 zwischen 8 und 13 Uhr bei Temperaturen zwischen 10 und 15 °C sowie heiterer bis sonniger Wetterlage und geringen Windgeschwindigkeiten.

Im Zusammenhang mit der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ werden Wirkungen auf die folgenden Lebensraumtypen entstehen können:

Bestandsaufnahme und Prognose der Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung

- Laubwälder
- Kleingehölze, Alleen, Bäume, Gebüsche, Hecken
- Äcker
- Gärten
- Gebäude
- Säume und Hochstaudenfluren
- Magerwiesen und -weiden
- Fettwiesen und -weiden

Nach der Ermittlung der bau-, anlage- und betriebsbedingten Wirkfaktoren des Vorhabens erfolgte die Auswertung des Fachinformationssystems „Geschützte Arten in Nordrhein-Westfalen“ (FIS) sowie der Landschafts- und Informationssammlung des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LINFOS).

Die Auswertung des Fachinformationssystems „Geschützte Arten in Nordrhein-Westfalen“ für das Messtischblatt 5113 „Freudenberg“, Quadrant 2 erbringt Hinweise auf das Vorkommen von 38 Arten (acht Säugetierarten und 30 Vogelarten), die als planungsrelevant eingestuft sind. Planungsrelevante Pflanzenarten werden nicht benannt.

Zusätzlich gibt es Hinweise aus den Schutzgebieten auf das Vorkommen von Vogelarten und einer Schmetterlingsart, die im Messtischblatt nicht aufgeführt sind.

Im Rahmen der Ortsbegehung am 20. Mai 2021 erfolgte eine Plausibilitätskontrolle. Dabei wurde überprüft, ob die Arten der Artenliste am Planungsstandort bzw. im Untersuchungsgebiet hinsichtlich ihrer individuellen Lebensraumansprüche tatsächlich vorkommen bzw. vorkommen können und in welchem Umfang sie von dem geplanten Vorhaben betroffen sein könnten. Hinweise auf das Vorkommen von planungsrelevanten Arten im Plangebiet ergaben sich bei der Ortsbegehung nicht.

Prognose der Entwicklung des Umweltzustands

Eine artenschutzrechtliche Betroffenheit gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG der häufigen und verbreiteten Vogelarten wird unter Berücksichtigung der nachstehenden Vermeidungsmaßnahmen ausgeschlossen:

Zur Vermeidung der Verbotstatbestände ist eine Begrenzung der Inanspruchnahme von Vegetationsbeständen auf Zeiten außerhalb der Brutzeit (1. März bis 30. September) notwendig. Räumungsmaßnahmen sämtlicher Vegetationsflächen sind dementsprechend nur zwischen dem 1. Oktober und dem 28. Februar durchzuführen. Im Falle nicht vermeidbarer Flächenbeanspruchungen außerhalb dieses Zeitraumes ist durch eine umweltfachliche Baubegleitung sicherzustellen, dass bei der Entfernung von Vegetationsbeständen oder des Oberbodens die Flächen frei von einer Quartiernutzung durch Vögel sind.

Die Aktivitäten der Baumaßnahmen (Baustelleneinrichtung, Erdarbeiten, Materiallagerung etc.) sind auf zukünftig versiegelte Bereiche zu beschränken. Damit wird sichergestellt, dass zu erhaltende Gehölz- und Vegetationsbestände der näheren Umgebung

vor Beeinträchtigung geschützt sind und auch weiterhin eine Funktion als Lebensraum übernehmen können.

Besonders geschützte Pflanzenarten kommen im Untersuchungsgebiet nicht vor. Dementsprechend ergibt sich keine Relevanz des § 44 Abs. 1 Nr. 4 BNatSchG, wonach es verboten ist, wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören.

Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ in Verbindung mit der 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen hat keine artenschutzrechtlichen Auswirkungen auf die genannten planungsrelevanten Arten. Eine vertiefende Prüfung der Verbotstatbestände gemäß Stufe II ist demnach nicht durchzuführen (MESTERMANN LANDSCHAFTSPLANUNG 2021).

3.5 Schutzgut Pflanzen

Bestandsaufnahme und Bewertung

Das Plangebiet des Bebauungsplanes sowie die angrenzenden Bereiche wurden am 20. Mai 2021 begangen und deren Biotoptypen erfasst. Die angetroffenen Biotoptypen sind nach der Numerischen Bewertung von Biotoptypen für die Bauleitplanung in NRW (LANUV 2008) klassifiziert.

Besonders geschützte Pflanzenarten kommen im Untersuchungsgebiet nicht vor, auch wenn das Grünland als artenreich eingestuft wird. Zu den vorkommenden Arten zählen z. B. Spitzwegerich, Hahnenfuß, Löwenzahn (nur in den Randbereichen) sowie Rot-schwingel. Dementsprechend ergibt sich keine Relevanz des § 44 Abs. 1 Nr. 4 BNatSchG, wonach es verboten ist, wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören.

Südöstlich an das Plangebiet angrenzend wurden seitens der Stadt Siegen Vogelkirschen im Zusammenhang mit einer Waldumwandlung angepflanzt. Die Anpflanzung unterliegt dem Schutz nach § 39 LNatSchG NRW als gesetzlich geschützter Landschaftsbestandteil.

Im Plangebiet und der näheren Umgebung finden sich die folgenden Biotoptypen:

Tab. 1 Biotoptypen im Plangebiet des Bebauungsplanes und der näheren Umgebung.

Code	Biotoptyp	Vorkommen	
		P	U
1.1	Versiegelte Fläche (Gebäude, Straßen, Wege, engfugiges Pflaster, Mauern etc.)	●	●
1.3	Teilversiegelte oder unversiegelte Betriebsflächen (wassergebundene Decken, Schotter-, Kies-, Sandflächen), Rasengittersteine, Rasenfugenpflaster	●	●
2.2	Straßenbegleitgrün, Straßenböschungen ohne Gehölzbestand	●	●
2.3	Straßenbegleitgrün, Straßenböschungen mit Gehölzbestand		●

Bestandsaufnahme und Prognose der Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung

Code	Biotoptyp	Vorkommen	
		P	U
2.4	Wegraine, Säume ohne Gehölze	●	●
3.5	Artenreiche Mähwiese, Magerwiese, -weide,	●	●
6.2	Wald, Waldrand, Feldgehölz mit lebensraumtypischen Baumarten-Anteilen 50 < 70 %, geringes bis mittleres Baumholz (BHD > 14–49 cm)		●
7.2	Hecke, Wallhecke, Gehölzstreifen, Ufergehölz, Gebüsch mit lebensraumtypischen Gehölzanteilen ≥ 50 %	●	●

Das Plangebiet weist insgesamt eine mittlere Bedeutung auf.



Abb. 13 Bestandssituation der Biototypen im Plangebiet (rote Strichlinie) und im Radius von 25 m (blaue Strichlinie) auf Grundlage des Luftbildes und der Ortsbegehung.

Prognose der Entwicklung des Umweltzustands

Im Zusammenhang mit dem Vorhaben wird es im Bereich der geplanten Photovoltaikanlage zu einer Veränderung der Nutzungs- und Standortbedingungen kommen.

Die Überschirmung der Flächen durch die Module wird zu einer Verschattung der Vegetation führen. Aufgrund der Aufstellhöhe bleibt diese Fläche jedoch als Vegetationsstandort erhalten. Weiterhin können die veränderten Niederschläge zu einem oberflächlichen Austrocknen der Böden führen. Aufgrund der Kapillarkräfte des Bodens ist die Wasserversorgung weiterhin gewährleistet. Infolge des weitgehend ebenen Geländes

des wird die Erosionsgefahr durch ablaufendes Niederschlagswasser als gering eingestuft.

Bedingt durch die vorgesehene extensive Bewirtschaftung der Fläche werden voraussichtlich mäßig nährstoffarme Wiesenbestände entstehen, die aufgrund der unterschiedlichen Standortbedingungen ein heterogenes Vegetationsmosaik aufweisen werden. Gehölzbestände werden nicht entfernt. Auch die an das Plangebiet angrenzenden Gehölzbestände mit Vogelkirsche sind vom Vorhaben nicht betroffen.

Insgesamt sind durch die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ in Verbindung mit der 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen keine erheblichen Beeinträchtigungen des Schutzgutes Pflanzen zu erwarten.

3.6 Schutzgut Fläche

Bestandsaufnahme und Bewertung

Unter dem Schutzgut Fläche wird der Aspekt des flächensparenden Bauens betrachtet. Dabei steht der qualitative Flächenbegriff stärker im Vordergrund als der quantitative, der schwerpunktmäßig unter dem Schutzgut Boden zu beurteilen ist. Mit dem Instrument der Bauleitplanung soll dafür gesorgt werden, dass die Bodenversiegelung auf das für das Vorhaben notwendige Maß begrenzt wird. Hierbei werden die Gesichtspunkte Nutzungsumwandlung, Zerschneidung und Versiegelung berücksichtigt.

Der Geltungsbereich des Plangebietes umfasst 8.920 m² und wird in einem Umfang von 292 m² von (teil-)versiegelten Flächen eingenommen. Die überwiegenden Flächen stellen sich als Grünland dar (7.079 m²). Die weiteren Flächen werden von Gehölzbeständen (1.070 m²) und Säumen (479 m²) geprägt.

Prognose der Entwicklung des Umweltzustands

Von den 8.920 m² Fläche werden bis zu 2.494 m² von den Solarmodulen überdeckt. Insgesamt werden 488 m² für Versorgungsanlagen bzw. als Straßenverkehrsfläche versiegelt. Weitere 1.305 m² dienen der randlichen Eingrünung. 4.633 m² werden als extensiv genutztes Grünland genutzt.

Bei der Errichtung der PV-Freiflächenanlagen handelt es sich um eine temporäre Inanspruchnahme, da im Zuge des Rückbaus nach Nutzungsende der Anlage die ursprünglich anstehenden Strukturen kurzfristig wiederhergestellt werden können. In der Regel haben Solarmodule eine Lebensdauer von 20–40 Jahren. Danach erfolgt der Rückbau der Anlagen und die Fläche steht wieder der landwirtschaftlichen Nutzung zur Verfügung. Somit handelt es sich lediglich um einen temporären Eingriff in das Schutzgut Fläche, der reversibel ist.

Es handelt sich im vorliegenden Fall um eine verhältnismäßig kleine und zusätzlich extensiv genutzte landwirtschaftliche Fläche von etwa 0,9 ha Größe. Ein erheblicher Entzug von landwirtschaftlicher Nutzfläche ergibt sich somit durch die Aufstellung des Bebauungsplanes nicht.

Eine Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Nutzflächen für die Kompensation der Eingriffe in Natur und Landschaft kann im vorliegenden Fall vermieden werden.

Insgesamt sind durch die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ in Verbindung mit der 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen keine Beeinträchtigungen des Schutzgutes Fläche zu erwarten.

3.7 Schutzgut Boden

Bestandsaufnahme und Bewertung

Im Bereich des Plangebietes stehen gemäß Bodenkarte Braunerden an, deren Eigenschaften in der folgenden Tabelle dokumentiert sind. Es sind mit Ausnahme der Flächen im Bereich des Funkmastes natürliche Bodenverhältnisse anzunehmen. Alle natürlichen Böden erfüllen vielfältige, allgemeine Funktionen im Naturhaushalt, u. a. als Puffer- und Filterkörper, Lebensraum von Mikroorganismen und als Teil des Ökosystems mit seinen vielfältigen Stoffkreisläufen.

Die Verteilung der Bodentypen ist der nachfolgenden Abbildung zu entnehmen.



Abb. 14 Verteilung der Bodentypen im Bereich des Plangebietes (rote Strichlinie) auf Grundlage der Topografischen Karte 1:5.000. Quelle: WMS-FEATURE 2021.

Tab. 2 Übersicht über die Bodentypen im Bereich des Plangebietes.

Bodeneinheit	B32i	B34j
Bodentyp	Braunerde	Braunerde
Bodenartengruppe des Oberbodens	schluffiger Lehm	schluffiger Lehm
Grundwasserstufe	Stufe 0, ohne Grundwasser	Stufe 0, ohne Grundwasser
Wertzahlen der Bodenschätzung	20 bis 45, gering	35 bis 30, mittel

Bestandsaufnahme und Prognose der Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung

Bodeneinheit	B32i	B34j
Erodierbarkeit des Oberbodens	0,37, hoch	0,43, hoch
Schutzwürdigkeit des Bodens	nicht bewertet	schutzwürdig
Bodenfunktion	-	Wasserspeicher im 2-Meter-Raum mit hoher Funktionserfüllung als Regulations- und Kühlungsfunktion
Verdichtungsempfindlichkeit	mittel	mittel

Den teils als schutzwürdig eingestuft und im gesamten Plangebiet natürlichen Böden kommt eine hohe Bedeutung zu.

Altlasten

Es sind keine Altlasten bekannt. Sollten sich bei Bodeneingriffen Hinweise auf eine Belastung des Bodens, der Bodenluft oder des Grundwassers ergeben, ist die Untere Abfallbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein unverzüglich zu informieren.

Prognose der Entwicklung des Umweltzustands

Infolge der Ramppfostengründung wird es nur im Bereich des Versorgungsgebäudes zu einer Neuversiegelung von Böden kommen. Die Überschirmung von Flächen kann zu einem oberflächlichen Austrocknen der Böden unterhalb der Solarmodule führen.

Bei der Photovoltaikanlage ist aufgrund des Aufbaues der Modultische sichergestellt, dass es zu keinen Wasseransammlungen kommt, die etwa den Wasserhaushalt stören würden oder auch Erosion verursachen könnten. Wasser läuft nicht gesammelt an der Unterkante ab, sondern fließt unter jedem Modul ab und gelangt so gleichmäßig auf die Fläche verteilt, ohne Störung des Wasserhaushaltes, in den Boden.

Es sind somit durch die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ in Verbindung mit der 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen geringe, aber keine erheblichen Beeinträchtigungen des Schutzgutes Boden zu erwarten.

3.8 Schutzgut Wasser

3.8.1 Grundwasser

Bestandsaufnahme und Bewertung

Das Plangebiet liegt in einem „Gebiet ohne nennenswerte Grundwasservorkommen über Locker- und Festgesteinen“ (GEOLOGISCHES LANDESAMT NORDRHEIN-WESTFALEN 1980). Das Plangebiet befindet sich innerhalb des Grundwasserkörpers 272_17 „Rechtsrheinisches Schiefergebirge – Sieg“. „Der Grundwasserkörper ist Teil des nördlichen Raumes "Rheinisches Schiefergebirge“. Hierbei handelt sich um gefaltete und geschieferte Gesteine (Ton- und Schluffsteine, Grauwacken, paläozoische Basalte, Quarzite und Sandsteine, Kalksteinbänke). Die Gesteine des Rheinischen Schiefergebirges sind überwiegend schlecht durchlässige Kluftgrundwasserleiter. Es handelt sich um Grundwassermangelgebiete. Bessere Durchlässigkeiten weisen lokal vorkommende Quarzite, Sandsteine, Kalksteinbänke oder paläozoische Vulkanite (Durchläs-

Bestandsaufnahme und Prognose der Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung

sigkeitsklasse 4) auf, die zur Grundwassergewinnung genutzt werden. Das Rheinische Schiefergebirge ist ein Erosionsgebiet, es sind nur gering mächtige oder unbedeutende Deckschichten ausgebildet. Die Grundwasserleiter und -geringleiter haben überwiegend silikatische Gesteinsbeschaffenheit. Die paläozoischen Gesteine bestehen aus gefalteten marinen Sedimenten und Vulkaniten des Kambriums bis Oberkarbons. Das Grundwasser bewegt sich als Kluftgrundwasser auf offenen Trennfugen und Klüften. Durchlässig sind vor allem tektonisch beanspruchte Bereiche. Das Grundwasser in den Festgesteinen wird im allgemeinen [sic!] aus den überlagernden Boden- und Hangschuttdecken gespeist. Die Aufnahmefähigkeit der Spalten, Störungen und Klüfte des Festgesteins ist meist wesentlich geringer als das Wasserangebot, sodass der verbleibende unterirdische Abfluss über Quellen, Sickerungen und Nassstellen an die Gewässer abgegeben wird. Mit geringem Flächenanteil des Grundwasserkörpers sind insbesondere in der Talaue der Sieg quartäre Lockergesteine mit anzutreffen. Als Porengrundwasserleiter bestehen diese Lockergesteine überwiegend aus groben [sic] Sand und Kies, in die Feinsande, Schluffe und Tone eingelagert sind. Sie besitzen eine hohe Durchlässig- und Ergiebigkeit. Das Grundwasser dieser Lockergesteine stammt überwiegend aus versickernden Niederschlägen. Darüber hinaus fließen dem Grundwasserleiter in engeren Tallagen Wassermengen von den Hängen zu.“ (MULNV 2021A).

Sowohl der mengenmäßige als auch der chemische Zustand des Grundwasserkörpers wird gemäß MULNV (2021A) mit „gut“ bewertet“.

Prognose der Entwicklung des Umweltzustands

Durch das geplante Vorhaben wird nicht in das Grundwasser eingegriffen. Vorhabensbedingte stoffliche Einträge in das Grundwasser sind ebenfalls nicht zu erwarten.

Da vorhabensbedingt nur im Bereich des Versorgungsgebäudes eine kleine Teilfläche versiegelt wird und das Niederschlagswasser im Plangebiet weiterhin versickern kann, sind auch keine nachteiligen Wirkungen auf die Grundwasserneubildungsrate zu erwarten.

Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ in Verbindung mit der 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen wird zu keinen Beeinträchtigungen des Grundwassers führen, nachhaltige Wirkungen auf das Teil- schutzgut Grundwasser ergeben sich daher nicht.

3.8.2 Oberflächengewässer

Bestandsaufnahme und Bewertung

Das Plangebiet befindet sich nicht in einem Überschwemmungs- oder Trinkwasser- schutzgebiet. Im Plangebiet und der näheren Umgebung befinden sich auch keine Oberflächengewässer.

Prognose der Entwicklung des Umweltzustands

Beeinträchtigungen von Oberflächengewässern ergeben sich durch die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 547 „PV-Anlage Rothenberg“ in Verbindung mit der 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen nicht.

3.9 Schutzgut Klima und Luft

Bestandsaufnahme und Bewertung

Das Plangebiet kann aufgrund seiner Struktur und der landwirtschaftlichen Nutzung dem Freiflächen-Klimatop zugeordnet werden. Dieses ist durch eine flache Luftfeuchtekurve und eine starke Tag-/Nachttemperaturamplitude charakterisiert. Im Zusammenhang mit den umgebenden offenen landwirtschaftlichen Flächen stellen diese Bereiche nächtliche Kaltluftbildungsflächen dar.

Prognose der Entwicklung des Umweltzustands

Während der Bauphase kann es ggf. zu temporären Belastungseffekten durch Schadstoffemissionen (Staub, Emissionen der Baufahrzeuge) kommen.

Die Solarmodule werden – ähnlich einer Wolkendecke – eine langsamere Abkühlung in den Nachstunden bedingen. Infolgedessen wird es im geringen Umfang zu einer Reduzierung der Kaltluftproduktion im Bereich der Solarmodule kommen. Durch die Aufheizung der Moduloberflächen bei hoher Sonneneinstrahlung erwärmen sich die darüber liegenden Luftschichten. Dies kann zur Ausbildung von kleinflächigen Wärmeinseln führen. Die Zwischenflächen der Module könnten weiterhin als Kaltluftbildungsflächen fungieren. Eine Behinderung von kleinflächigen Luftbewegungen ist aufgrund der Höhe der Module nicht zu erwarten. Wegen der geringen Flächengröße des Vorhabens werden sich die beschriebenen mikroklimatischen Veränderungen auf die Planungsfläche beschränken und keine relevanten Auswirkungen auf das Umfeld haben.

Von der geplanten Solaranlage sind keine Immissionsbelastungen zu erwarten. Grundsätzlich ergeben sich durch die Nutzung erneuerbarer Energien wie der Stromerzeugung aus Sonnenenergie positive Effekte auf das Schutzgut Klima.

Beeinträchtigungen des Schutzgutes Klima/Luft ergeben sich daher durch die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ in Verbindung mit der 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen nicht.

3.9.1 Anfälligkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels

Die Anfälligkeit des Bauvorhabens gegenüber den Folgen des Klimawandels, wie etwa Extremwetterlagen, lässt sich grundsätzlich als eher gering einstufen. Vielmehr trägt der Betrieb der Solaranlage dazu bei, den Ausstoß von Kohlenstoffdioxid zu verringern und damit den Klimaschutz zu fördern.

3.10 Schutzgut Landschaft

Bestandsaufnahme und Bewertung

Unter dem Schutzgut Landschaft werden die Landschaftsgestalt und das Landschaftsbild betrachtet.

Das Plangebiet ist gekennzeichnet von seiner Lage im Siegerland, östlich angrenzend an die „Siegener Straße“, in der Nähe der Anschlussstelle „Siegen“ der Bundesautobahn (BAB) 45. In der Umgebung des Plangebietes liegen einerseits landwirtschaftlich genutzte Offenlandflächen, andererseits auch Laubwald- und Gehölzbestände. Das Plangebiet stellt mit seinen an die Straße grenzenden Gehölzstrukturen sowie der Artenvielfalt eine Strukturanreicherung der Landschaft dar.

Das Relief in der Umgebung des Plangebietes stellt sich als typisch für Mittelgebirge dar. Das Gelände fällt von etwa 365 m ü. NHN im westlichen Bereich auf 355 m ü. NHN im östlichen Bereich ab.

Vom Plangebiet aus sind aufgrund der umgebenden Laubwald- und Gehölzbestände nur Blickbeziehungen im Nahbereich möglich. Von der „Siegener Straße“ aus bestehen hingegen auch Blickbeziehungen über die Gehölze hinweg über das Siegerland in östliche Richtung.



Abb. 15 Blick von der „Siegener Straße“ über das Plangebiet in nordöstliche Richtung.

Prognose der Entwicklung des Umweltzustands

Generell führen in der Landschaft sichtbare Solaranlagen zu einer Veränderung des Landschaftsbildes. Da es sich um landschaftsfremde Objekte handelt, ist hierbei grundsätzlich von einer Beeinträchtigung des Landschaftsbildes auszugehen.

Der Bebauungsplan ermöglicht die Anlage von fest installierten Modultischen. Die geplante PV-Freiflächenanlage wird auf einem nach Osten abfallenden Gelände, in den Modulreihen allerdings weitestgehend ebenem Gelände installiert und wird von einem Betrachter daher als lineares Element wahrgenommen.

Die geplante PV-Freiflächenanlage kann infolge ihrer Silhouettenwirkung grundsätzlich als Störelement in dem insgesamt ländlich geprägten Landschaftsraum wahrgenommen werden. Im Hinblick auf Störungen durch Lichtreflexionen weisen auf unbeweglichen Konstruktionen installierte Solaranlagen vor allem bei Beobachtungspunkten in südlicher Richtung eine Wirkintensität auf, da von hier aus Moduloberflächen und die Tragkonstruktion sichtbar sind und der größte Teil des reflektierenden Lichts in diese Richtung abstrahlt. Durch die vorgesehene Eingrünung ist eine Sichtbarkeit von der „Siegener Straße“ zukünftig nicht gegeben. In südliche Richtung befindet sich ein Gehölzbestand, sodass hier die PV-Module sichtbar verschattet liegen. Eine Fernwirkung der PV-Anlage ergibt sich damit nicht. Eine erhebliche Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch die PV-Anlage entsteht nicht.

Beeinträchtigungen durch Blendwirkungen für Erholungssuchende sind daher als vernachlässigbar einzustufen.

Akustische Beeinträchtigungen sowie Auswirkungen durch elektrische oder magnetische Strahlungen sind nicht zu erwarten.

Für das Schutzgut Landschaft ergeben sich nur geringe Beeinträchtigungen durch die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ in Verbindung mit der 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen.

3.11 Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter

Bestandsaufnahme und Bewertung

Kulturgütern kommt als Zeugen menschlicher und naturhistorischer Entwicklung eine hohe gesellschaftliche Bedeutung zu. Ihr Wert besteht insbesondere in ihrer historischen Aussage und ihrem Bildungswert im Rahmen der Traditionspflege. Sie stellen gleichzeitig wichtige Elemente unserer Kulturlandschaft mit z. T. erheblicher emotionaler Wirkung dar.

Das Plangebiet zählt zur Kulturlandschaft „Siegerland“ und ist als landesbedeutsamer Kulturlandschaftsbereich 31.01 „Siegen und Umgebung“ dargestellt. Das zentrale Siegerland bietet vom archäologischen Standpunkt her zahlreiche wichtige Aspekte zur Siedlungsgeschichte Südwestfalens (LWL & LVR 2007).

Vorkommen von Kulturgütern sowie sonstigen Sachgütern, z. B. in Form von Bodendenkmälern, sind nicht vollständig ausgeschlossen, jedoch als unwahrscheinlich einzu-

stufen. Das Plangebiet weist eine mittlere Bedeutung für Kulturgüter und sonstige Sachgüter auf.

Prognose der Entwicklung des Umweltzustands

Durch die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV Anlage Rothenberg“ in Verbindung mit der 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen sind keine Beeinträchtigungen des Schutzgutes Kulturgüter und sonstige Sachgüter zu erwarten.

3.12 Biologische Vielfalt

Der Begriff der biologischen Vielfalt oder Biodiversität steht als Sammelbegriff für die Gesamtheit der Lebensformen auf allen Organisationsebenen, von den Arten bis hin zu den Ökosystemen.

Bestandsaufnahme und Bewertung

Die biologische Vielfalt im Plangebiet ist als mittel zu bezeichnen (vgl. Kap. 3.4 und 3.5).

Prognose der Entwicklung des Umweltzustands

Durch BNE 2019 wurden Untersuchungen zur floristischen und faunistischen Artenvielfalt in Solarparks durchgeführt mit dem Ziel, Herauszustellen, ob und in welchem Umfang Solarparks einen Beitrag zur Biodiversität leisten können.

BNE 2019 kommt zu folgendem Ergebnis:

- „Eine Flächeninanspruchnahme von Flächen für Solarparks ist grundsätzlich positiv zu sehen, da sie neben dem Klimaschutzbeitrag durch die Erzeugung erneuerbarer Energie gleichzeitig zu einer Flächenaufwertung im Sinne der Erhaltung der biologischen Vielfalt führen kann.
- Die Flächeninanspruchnahme durch die Anlagen kann bei naturverträglicher Ausgestaltung zu einem deutlich positiven Effekt auf die Artenvielfalt führen.
- Eine wesentliche Ursache für die teilweise arten- und individuenreiche Besiedlung von Solarparks mit Arten aus unterschiedlichen Tiergruppen ist die dauerhaft extensive Nutzung oder Pflege des Grünlandes in den Reihenzwischenräumen. Dies unterscheidet diese Standorte deutlich von intensiv landwirtschaftlich genutzten Standorten oder Standorten zur Energiegewinnung aus Biomasse.
- Solarparks können die Artenvielfalt im Vergleich zur umgebenden Landschaft fördern. Dies ist mit den vorliegenden Unterlagen für Tagfalter, Heuschrecken und Brutvögel belegt. [...]
- Die Auswertung der Unterlagen zeigt auch einen möglichen Trend im Unterschied der Bedeutung kleiner Anlagen im Vergleich zu großflächigen Anlagen: Während kleinere Anlage als Trittsteinbiotope wirken und damit Habitatkorridore erhalten oder wieder herstellen können, können große Anlagen - bei ent-

sprechender Unterhaltung - ausreichend große Habitate ausbilden, die den Erhalt oder den Aufbau von Populationen z. B. von Zauneidechsen oder Brutvögeln ermöglichen. [...]“ (BNE 2019).

Insgesamt sind durch die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ in Verbindung mit der 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen keine erheblichen Beeinträchtigungen der biologischen Vielfalt zu erwarten. Es werden sich im Gegenteil durch die vorgesehene, extensive Nutzung des Plangebietes wie oben beschrieben, eher positive Effekte für die Artenvielfalt ergeben.

3.13 Wechselwirkungen

Bestandsaufnahme und Bewertung

Zwischen den Schutzgütern im Untersuchungsgebiet bestehen komplexe Wechselwirkungen, da diese im Naturhaushalt und funktional in einem Wirkungsgefüge miteinander verbunden sind. Die schutzgutbezogene Beschreibung und Bewertung des Naturhaushaltes im Untersuchungsgebiet berücksichtigt vielfältige Aspekte der funktionalen Beziehungen zu anderen Schutzgütern. Somit werden über den schutzgutbezogenen Ansatz die ökosystemaren Wechselwirkungen prinzipiell miterfasst. Eine Zusammenfassung dieser möglichen schutzgutbezogenen Wechselwirkungen zeigt die nachstehende Tabelle.

Tab. 3 Zusammenfassung der schutzgutbezogenen Wechselwirkungen.

Schutzgut/Schutzgutfunktion	Wechselwirkungen mit anderen Schutzgütern
Natura 2000-Gebiete <ul style="list-style-type: none"> - FFH-Gebiete - Vogelschutzgebiete 	<ul style="list-style-type: none"> - Wiederherstellung der biologischen Vielfalt - Schutz von Lebensraumtypen - Artenschutz
Menschen und seine Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt <ul style="list-style-type: none"> - Immissionsschutz - Erholung 	<ul style="list-style-type: none"> - Der Mensch greift über seine Nutzungsansprüche bzw. die Wohn-, Wohnumfeldfunktion sowie die Erholungsfunktion in ökosystemare Zusammenhänge ein. Es ergibt sich eine Betroffenheit aller Schutzgüter.
Pflanzen <ul style="list-style-type: none"> - Biotopfunktion - Biotopkomplexfunktion 	<ul style="list-style-type: none"> - Abhängigkeit der Vegetation von den Standorteigenschaften Boden, Klima, Wasser, Menschen - Pflanzen als Schadstoffakzeptor im Hinblick auf die Wirkpfade Pflanzen-Mensch, Pflanzen-Tiere
Tiere <ul style="list-style-type: none"> - Lebensraumfunktion 	<ul style="list-style-type: none"> - Abhängigkeit der Tierwelt von der Lebensraumausstattung (Vegetation, Biotopvernetzung, Boden, Klima, Wasser) - Spezifische Tierarten als Indikator für die Lebensraumfunktion von Biotoptypen

Bestandsaufnahme und Prognose der Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung

Schutzgut/Schutzgutfunktion	Wechselwirkungen mit anderen Schutzgütern
Fläche <ul style="list-style-type: none"> - Erholung - Biotopfunktion - Lebensraumfunktion - Biotopentwicklungs-potenzial - Wasserhaushalt - Regional- und Geländeklima - Landschaftsbild 	<ul style="list-style-type: none"> - Betroffenheit von Mensch, Pflanzen, Tiere, Klima, Boden, Wasser und Landschaft bei Nutzungsumwandlung, Versiegelung und Zerschneidung der Fläche
Boden <ul style="list-style-type: none"> - Biotopentwicklungspotenzial - Landwirtschaftliche Ertragsfähigkeit - Schutzwürdigkeit von Böden, abgebildet über die natürlichen Bodenfunktionen und die Archivfunktion 	<ul style="list-style-type: none"> - Ökologische Bodeneigenschaften, abhängig von den geologischen, geomorphologischen, hydrogeologischen, vegetationskundlichen und klimatischen Verhältnissen - Boden als Lebensraum für Tiere und Pflanzen - Boden als Schadstofftransportmedium im Hinblick auf Wirkpfade Boden-Pflanzen, Boden-Wasser, Boden-Mensch, Boden-Tiere - Boden in seiner Bedeutung für den Landschaftswasserhaushalt (Grundwasserneubildung, Retentionsfunktion, Grundwasserschutz)
Wasser <ul style="list-style-type: none"> - Bedeutung im Landschaftswasserhaushalt - Lebensraumfunktion der Gewässer und Quellen - Potenzielle Gefährdung gegenüber Verschmutzung - Potenzielle Gefährdung gegenüber einer Absenkung 	<ul style="list-style-type: none"> - Abhängigkeit der Grundwasserneubildung von klimatischen, boden- und vegetationskundlichen bzw. nutzungsbezogenen Faktoren - Oberflächennahes Grundwasser in der Bedeutung als Faktor der Bodenentwicklung und als Standortfaktor für Biotope, Pflanzen und Tiere - Grundwasser als Transportmedium für Schadstoffe im Wirkgefüge Wasser-Mensch - Selbstreinigungskraft des Gewässers abhängig vom ökologischen Zustand - Gewässer als Lebensraum für Tiere und Pflanzen
Klima und Luft <ul style="list-style-type: none"> - Regionalklima - Geländeklima - Klimatische Ausgleichsfunktion - Lufthygienische Ausgleichsfunktion 	<ul style="list-style-type: none"> - Geländeklima in seiner klimaphysiologischen Bedeutung für den Menschen - Geländeklima als Standortfaktor für Vegetation und Tierwelt - Abhängigkeit von Relief und Vegetation/Nutzung - Lufthygienische Situation für den Menschen - Bedeutung von Vegetationsflächen für die lufthygienische Ausgleichsfunktion - Luft als Transportmedium im Hinblick auf Wirkgefüge Luft-Pflanze, Luft-Mensch
Landschaft <ul style="list-style-type: none"> - Landschaftsgestalt - Landschaftsbild 	<ul style="list-style-type: none"> - Abhängigkeit der Landschaftsgestalt und des Landschaftsbildes von Landschaftsfaktoren wie Relief, Vegetation, Gewässer, Leit- und Orientierungsfunktion für Tiere
Kultur- und sonstige Sachgüter <ul style="list-style-type: none"> - Kulturelemente - Kulturlandschaften 	<ul style="list-style-type: none"> - Historischer Zeugniswert als wertgebender Faktor der Landschaftsgestalt und des Landschaftsbildes

Prognose der Entwicklung des Umweltzustands

Durch die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ in Verbindung mit der 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen wird es zur Überschirmung von Flächen kommen, die derzeit als Grünland genutzt werden. Die Überschirmung führt zu einer unterschiedlich starken Beschattung und Wasserversorgung dieser Flächen. Die veränderten Standortbedingungen werden unterschiedliche Artenzusammensetzungen der Vegetation bedingen, was auch Einfluss auf die Lebensraumeignung der Flächen für die Fauna hat. Weiterhin gehen mit der Anlage der Solarmodule geringfügige mikroklimatische Veränderungen sowie geringe Versiegelungen des Bodens einher. Aufgrund der Kleinflächigkeit und der Geringfügigkeit der beschriebenen Veränderungen haben die Wirkungen für die Bewertung der Wechselwirkungen keine Relevanz.

3.14 Art und Menge der erzeugten Abfälle

Durch das geplante Vorhaben fallen betriebsbedingt keine Abfälle an. Im Falle eines Rückbaus der Anlage müssen die Photovoltaik-Module ordnungsgemäß entsorgt werden. Das Gelände kann nach dem Rückbau wieder als landwirtschaftliche Fläche genutzt werden.

4.0 Maßnahmen zur Vermeidung und Ausgleich nachteiliger Umweltauswirkungen

4.1 Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung und Verringerung nachteiliger Umweltauswirkungen

4.1.1 Schutzgut Mensch und seine Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt

4.1.1.1 Schall- und Schadstoffemissionen

Beeinträchtigungen durch Schall- oder Schadstoffemissionen sind vorhabensbedingt nicht zu erwarten, weshalb sich kein Bedarf an Vermeidungs- oder Minderungsmaßnahmen ergibt.

4.1.1.2 Lichtemissionen

Vorhabensbedingt sind keine relevanten Beeinträchtigungen durch Lichtemissionen zu erwarten, weshalb sich kein Bedarf an Vermeidungs- oder Minderungsmaßnahmen ergibt.

4.1.1.3 Erholung

Es sind keine relevanten Beeinträchtigungen des Teilschutzgutes Erholung zu erwarten. Ein Bedarf an weiteren Maßnahmen ergibt sich nicht.

4.1.2 Schutzgut Tiere

Es gelten folgende Hinweise zu allgemeinen Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen zum Schutzgut Tiere.

- Zur Vermeidung der Verbotstatbestände ist eine Begrenzung der Inanspruchnahme von Vegetationsbeständen auf Zeiten außerhalb der Brutzeit (1. März bis 30. September) notwendig. Räumungsmaßnahmen sämtlicher Vegetationsflächen sind dementsprechend nur zwischen dem 1. Oktober und dem 28. Februar durchzuführen. Im Falle nicht vermeidbarer Flächenbeanspruchungen außerhalb dieses Zeitraumes ist durch eine umweltfachliche Baubegleitung sicherzustellen, dass bei der Entfernung von Vegetationsbeständen oder des Oberbodens die Flächen frei von einer Quartiernutzung durch Vögel sind.
- Die Aktivitäten der Baumaßnahmen (Baustelleneinrichtung, Erdarbeiten, Materiallagerung etc.) sind auf zukünftig versiegelte Bereiche zu beschränken. Damit wird sichergestellt, dass zu erhaltende Gehölz- und Vegetationsbestände der näheren Umgebung vor Beeinträchtigung geschützt sind und auch weiterhin eine Funktion als Lebensraum übernehmen können.

4.1.3 Schutzgut Pflanzen

Die Aktivitäten der Baumaßnahmen (Baustelleneinrichtung, Erdarbeiten, Materiallagerung) sollten auf das Plangebiet und die zukünftig befestigten oder überbauten Flächen beschränkt bleiben. Die Waldbestände im Plangebiet, die erhalten bleiben, sind während der Baumaßnahmen zu schützen. Weiterhin ist die DIN 18920 Vegetationstechnik im Landschaftsbau – Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen – zu beachten. Im Besonderen ist dafür Sorge zu tragen, dass im Bereich von Kronentraufen zzgl. 1,50 m

- keine Baufahrzeuge oder -maschinen fahren oder geparkt werden
- nichts gelagert wird
- keine Abgrabungen oder Verdichtungen vorgenommen werden.

Die im Bebauungsplan getroffenen Festsetzungen zu Grünflächen sind umzusetzen.

Die Pflege bzw. Bewirtschaftung der Anlagenfläche kann durch Mahd oder Beweidung bzw. eine Kombination beider Nutzungsformen erfolgen. Es ist eine extensive Bewirtschaftung vorgesehen:

- keine Ausbringung von Gülle, Jauche und sonstigen Düngemitteln
- kein Einsatz von Pflanzenschutzmitteln
- extensive Beweidung, vorzugsweise Hühelhaltung oder ein- bis zweimalige, abschnittsweise Mahd/Jahr mit Abfuhr des Mähgutes

4.1.4 Schutzgut Fläche

Mit dem geplanten Vorhaben findet keine signifikante Flächeninanspruchnahme statt. Die Errichtung der Photovoltaikanlage stellt eine temporäre Flächeninanspruchnahme dar, die ursprünglich anstehenden Strukturen könnten kurzfristig wiederhergestellt werden. Ein Bedarf an Vermeidungs- oder Minderungsmaßnahmen ergibt sich nicht.

4.1.5 Schutzgut Boden

Infolge der Ramppfostengründung wird es nur im Bereich des Versorgungsgebäudes zu einer Neuversiegelung von Böden kommen. Eine Beeinträchtigung natürlicher Böden in den Randbereichen des Plangebietes wird zuverlässig verhindert, indem im Rahmen der Bautätigkeit die begleitenden Maßnahmen im Umfeld (z. B. Baustelleneinrichtung, Materiallagerung, Materialtransport) auf die Planungsfläche und die zukünftig befestigten oder überbauten Flächen beschränkt werden. Es gelten grundsätzlich die DIN 18300 (Erdarbeiten) sowie die DIN 18915 (Bodenarbeiten).

Des Weiteren sind folgende Aspekte zu beachten:

- Die Baumaßnahme hat so zu erfolgen, dass Böden außerhalb des Plangebietes nicht beansprucht und in ihren natürlichen Funktionen nicht beeinträchtigt werden.
- Für die Verlegung der Kabelstränge hat ein fachgerechter und getrennter Aus- und Wiedereinbau von Ober- und Unterboden zu erfolgen.

Maßnahmen zur Vermeidung und Ausgleich nachteiliger Umweltauswirkungen

- Vermeidung der Verdichtung des Bodens durch eine bodenschonende Bearbeitung (u. a. Reduzierung der Radlasten).
- Beschränkung der Bautätigkeiten auf Zeiten mit trockener Witterung und geringer Bodenfeuchte
- Kurze Erschließungswege, Errichtung bodenschonender Baustraßen

4.1.6 Schutzgut Wasser

Durch das Vorhaben wird nicht dauerhaft in das Grundwasser eingegriffen. Oberflächengewässer werden durch die Planung nicht tangiert. Die folgenden Maßnahmen sind bei der Durchführung der Bauarbeiten zu beachten:

- Vermeidung der Lagerung wassergefährdender Stoffe (Schmier-, Treibstoffe, Reinigungsmittel, Farben, Lösungsmittel, Dichtungsmaterialien etc.) außerhalb versiegelter Flächen
- Gewährleistung der Dichtheit aller Behälter und Leitungen mit wassergefährdenden Flüssigkeiten bei Baumaschinen und -fahrzeugen

4.1.7 Schutzgut Klima und Luft

Mit dem geplanten Vorhaben sind keine signifikanten lokal- oder regionalklimatischen Veränderungen verbunden. Ein Bedarf an Vermeidungs- oder Minderungsmaßnahmen ergibt sich nicht.

4.1.8 Schutzgut Landschaft

Mit dem geplanten Vorhaben sind keine maßgeblichen Veränderungen der Landschaftsgestalt und des Landschaftsbildes verbunden.

Die im Bebauungsplan getroffenen Festsetzungen zu Grünflächen sind umzusetzen.

4.1.9 Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter

Eine Beeinträchtigung von Kulturgütern und sonstigen Sachgütern findet nicht statt. Ein Bedarf an Vermeidungs- oder Minderungsmaßnahmen ergibt sich nicht.

4.2 Vermeidung von Emissionen sowie sachgerechter Umgang mit Abfällen und Abwässern

Vorhabensbedingt fallen keine Abfälle sowie Abwässer an. Da ausgehend von der Solaranlage keine relevanten Blendwirkungen zu erwarten sind, ergibt sich kein Vermeidungsbedarf bezüglich der Lichtemissionen.

4.3 Kompensationsmaßnahmen

4.3.1 Analyse der Eingriffsrelevanz des Vorhabens

Der Bestand im Plangebiet sowie die zu erwartenden Wirkungen des Vorhabens auf die Umweltschutzgüter wurden in den vorangegangenen Abschnitten detailliert beschrieben. Entsprechend der rechtlichen Vorgaben sind die nach Realisierung der ebenfalls beschriebenen Minderungsmaßnahmen verbleibenden Eingriffe in den Natur-

haushalt oder das Landschaftsbild auszugleichen oder in sonstiger Weise zu kompensieren. „Eingriffe in Natur und Landschaft im Sinne dieses Gesetzes sind Veränderungen der Gestalt oder Nutzung von Grundflächen oder Veränderungen des mit der belebten Bodenschicht in Verbindung stehenden Grundwasserspiegels, die die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts oder das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen können“ (§ 14 Abs. 1 BNatSchG).

4.3.2 Ermittlung des Kompensationsbedarfs

Methodik

Die Eingriffsbilanzierung erfolgt nach der Numerischen Bewertung von Biotoptypen für die Bauleitplanung in NRW (LANUV 2008).

Das Bewertungsverfahren beruht auf einer Gegenüberstellung der Bestandssituation mit der Planungssituation. Grundlage für die Eingriffsbewertung ist dabei der Zustand von Natur und Landschaft zum Zeitpunkt der Bestandsaufnahme.

Es wird zunächst der Biotopwert vor der Bebauung ermittelt (Bestandswert). Im Anschluss daran erfolgt die Berechnung des Planwertes nach erfolgter Bebauung. Die Berechnung des Bestands- und des Planwertes basiert auf der folgenden Formel:

Fläche x Wertfaktor der Biotoptypen = Einzelflächenwert in Biotoppunkten

Aus der Differenz der Biotoppunkte im Bestand und nach der Realisierung des Vorhabens ergibt sich der Bedarf an entsprechenden Kompensationsflächen, die um diesen Differenzbetrag durch geeignete landschaftsökologische Maßnahmen aufzuwerten sind.

Berechnung

In den nachfolgenden Abbildungen sind die Biotope im Bereich des Plangebietes für die Bestands- und die Planungssituation dargestellt. Die Quantifizierung des Eingriffs erfolgt in Tabelle 4.

Grundlage für die Bewertung der Bestandssituation ist die Ortsbegehung vom 20. Mai 2021. Die Planungssituation wird auf Grundlage der geplanten Festsetzungen des Bebauungsplanes bewertet.

Die bauliche Nutzung der Fläche orientiert sich an den aktuellen technischen und baulichen Standards für Freiflächenphotovoltaikanlagen. Die Anlage ist als unbewegliche Großflächenfreianlage vorgesehen. Durch eine aufgeständerte Bauweise der Solarmodule und ihre Anordnung in nach Ost-West ausgerichteten Modulreihen ist bei minimaler Flächenversiegelung (< 1 %) mit einer "Überbauung" und Beschattung auf max. 50 % der bebaubaren Fläche zu rechnen.

In Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein wird für die geplante PV-Anlage mit einer GRZ von 0,6 der Code 3.5* mit 2 Biotopwertpunkten/m² angesetzt. Damit wird einerseits der Reduzierung der Wertigkeit der Bestandsfläche durch Überschattung Rechnung getragen, andererseits aber der Erhalt des Grünlandes mit seiner extensiven Bewirtschaftung bewertet.

Maßnahmen zur Vermeidung und Ausgleich nachteiliger Umweltauswirkungen

Tab. 4 Kompensationswertermittlung für den Bebauungsplan Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ der Stadt Siegen.

Flächenanteile Bestand				
Code	Biotoptyp	Fläche in m²	Wert- faktor	Biotop- punkte
1.1	Versiegelte Flächen (Gebäude, Straßen, Wege, engfugiges Pflaster, Mauern etc.)	195	0	0
1.3	Teilversiegelte oder unversiegelte Betriebsflächen, (wassergebundene Decken, Schotter-, Kies-, Sandflä- chen), Rasengittersteine, Rasenfugenpflaster	97	1	97
2.2	Straßenbegleitgrün, Straßenböschungen ohne Ge- hölzbestand	136	2	272
2.4	Wegraine, Säume ohne Gehölze	343	4	1.372
3.5	Artenreiche Mähwiese, Magerwiese, -weide,	7.079	5	35.395
7.2	Hecke, Wallhecke, Gehölzstreifen, Ufergehölz, Ge- büsch mit lrt. Gehölzanteilen ≥ 50 %	1.070	5	5.350
	Summe:	8.920		42.486
Flächenanteile Planung				
Code	Biotoptyp	Fläche in m²	Wert- faktor	Biotop- punkte
1.1	Versiegelte Flächen (Gebäude, Straßen, Wege, engfugiges Pflaster, Mauern etc.)	488	0	0
3.5*	Artenreiche Mähwiese im Bereich der PV-Anlage	4.276	2	8.552
3.5	Artenreiche Mähwiese, Magerwiese, -weide	2.851	5	14.255
7.2	Hecke, Wallhecke, Gehölzstreifen, Ufergehölz, Ge- büsch mit lebensraumtypischen Gehölzanteilen ≥ 50 %	1.305	5	6.525
	Summe:	8.920		29.332
Differenz der Biotoppunkte vor und nach Umsetzung des Vorhabens				
42.486 – 29.332 = - 13.154				

Maßnahmen zur Vermeidung und Ausgleich nachteiliger Umweltauswirkungen



Abb. 16 Bestandssituation im Bereich des Plangebietes (rote Strichlinie) auf Grundlage des Luftbildes.



Abb. 17 Planungssituation im Bereich des Plangebietes (rote Strichlinie) auf Grundlage des Luftbildes.

Maßnahmen zur Vermeidung und Ausgleich nachteiliger Umweltauswirkungen

Die Ermittlung der Biotopwertpunkte im Plangebiet vor dem Eingriff ergibt einen Bestandwert von 42.486 Biotopwertpunkten. Für den Zustand nach Realisierung der Planung errechnet sich der Planwert auf 29.332 Biotopwertpunkte. Zum Ausgleich der mit dem geplanten Vorhaben einhergehenden Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft ist demnach im Zuge der Umsetzung der Kompensationsmaßnahmen eine Biotopwertverbesserung um insgesamt 13.154 Biotopwertpunkte erforderlich.

4.3.3 Nachweis des Kompensationsbedarfs

Zum Ausgleich der durch die Aufstellung des Bebauungsplanes ermöglichten Eingriffe ist die Inanspruchnahme eines beim Kreis Siegen-Wittgenstein geführten Ökokontos vorgesehen.

Dazu wird das Ökokonto von Frau Ulrike Vogel herangezogen. Auf dem Grundstück Gemarkung Richstein, Flur 10, Flurstück 14 wurde eine Entfichtung durchgeführt.

Zur Inanspruchnahme des Ökokontos fanden Abstimmungen zwischen dem Vorhabenträger und der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein statt.

5.0 Anderweitige Planungsmöglichkeiten und Null-Variante

Das Baugesetzbuch (Anlage 1 zu § 2 Abs. 4 und § 2a) fordert die Betrachtung der Null-Variante sowie „anderweitiger Planungsmöglichkeiten, wobei die Ziele und der räumliche Geltungsbereich des Bauleitplanes zu berücksichtigen sind“.

Anderweitige Planungsmöglichkeiten

Mit der Realisierung der Freiflächen PV-Anlage soll ein Beitrag dazu geleistet werden, um die Ziele des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), des Klimaschutzgesetzes NRW sowie die Klimaschutzziele der Stadt Siegen zur Ausweitung der alternativen Energien zu erreichen. Der Bebauungsplan trägt dazu bei, die seit der Novellierung des BauGB im Jahr 2011 verankerten städtebaulichen Aufgaben wie den Klimaschutz und die Förderung der erneuerbaren Energien wahrzunehmen (UNIVERSITÄTSSTADT SIEGEN 2022A).

Im aktuellen Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) werden Förderkulissen für die Errichtung von PV-Freiflächenanlagen definiert. Hierbei handelt es sich um Flächen mit einem Abstand von bis zu 200 Metern entlang von Autobahnen oder Schienenwegen sowie um bereits versiegelte Deponien und Konversionsflächen (= Brachflächen). Ökologisch sensible Flächen sollen grundsätzlich geschützt werden. Vorbelastete oder in ihrem ökologischen Wert beeinträchtigte Flächen sind zu bevorzugen. Aus einer Potenzialstudie des LANUV „Erneuerbare Energien NRW“ geht für das Siegener Stadtgebiet ein differenziertes Bild hervor. Potenzielle Flächen, wie aktuell un- bzw. untergenutzte Gewerbeflächen entfallen, da diese seitens der Stadt für eine gewerbliche Nutzung priorisiert sind. Weitere mögliche Flächen sind Deponieflächen (Fludersbach, Haardter Berg) oder Randstreifen von Bahntrassen und Bundesautobahnen. Aufbauend auf den Parametern der Studie erarbeitet die Stadt Siegen aktuell die eigene stadtweite Analyse. Der in Siegen-Gosenbach am Rothenberg relevanten Fläche wird eine gute Eignung attestiert. Die Fläche gilt durch die unmittelbare Nähe an die Landesstraße als sehr gut erschlossen.

Unter landwirtschaftlichen Gesichtspunkten ist zu betonen, dass es sich bei dieser Fläche um einen Standort mit geringer bis mittlerer Ertragskraft handelt. Die Fläche wird daher auch nicht als Ackerstandort, sondern als extensiv genutztes Grünland bewirtschaftet. Sie dient keiner Lebensmittelproduktion. Im Kontext der o. g. Zielsetzung überwiegt daher die langfristige Nutzung der Fläche zur Erzeugung von Solarstrom als zur Futtermittelproduktion.

Außerdem hervorzuheben sind die positiven Aspekte, die sich aus der Errichtung der PV-Anlage für den Boden ergeben. Neben einer Nitratreduktion, die sich positiv auf den Grundwasserhaushalt auswirkt, ist zudem eine Aktivierung des Bodenlebens durch höhere mikrobiologische Aktivitäten sowie eine Dämpfung der Nährstoffdynamik zu erwarten. Somit können positive Regenerationseffekte auf der Fläche wirken, von denen, bei einem späteren Rückbau der Anlage, die Landwirtschaft profitieren kann.

Das vom kommunalen Vorhabenträger SVB in Siegen-Gosenbach am Rothenberg verfolgte Projekt ist als wichtiger Impuls für die Umsetzung der Energiewende in der Region einzuordnen. Es stellt einen ersten maßgeblichen kommunalen Baustein zum Auf-

Anderweitige Planungsmöglichkeiten und Null-Variante

bau von Kapazitäten zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien im Stadtgebiet Siegen dar. Der zu beschreitende Ausbaupfad in der Stadt Siegen wird zukünftig sowohl die Umsetzung von Freiflächen- als auch Dachflächenanlagen bedingen. Im Vergleich zu Dachflächenanlagen führen Freiflächenanlagen in der Regel zu einer deutlich größeren und effizienteren Stromerzeugung als Dachflächenanlagen. Da sich die potenziellen Freiflächen in den beschriebenen Förderkulissen in peripheren und damit netztechnisch weniger stark beanspruchten Gebieten befinden, ist zudem hervorzuheben, dass die notwendige Netzanschlusskapazität dort überwiegend vorhanden ist. Hingegen ist bei vergleichbar großen Projekten auf Dachflächen häufig festzustellen, dass entweder die Netzanschlusskapazität oder die notwendigen Traglasten der Dächer nicht gegeben sind.

Vor dem Hintergrund der genannten Zielsetzung und unter Berücksichtigung der vorhandenen Strukturen im Plangebiet und der Umgebung wird ein Verzicht auf das Vorhaben (Null-Variante) der Zielsetzung des Vorhabensträgers nicht gerecht. Aufgrund der vorhandenen Infrastruktur ist das Vorhaben einfach zu realisieren. Bei einem Vorhabensverzicht könnte die aktuelle Bestandssituation mittelfristig erhalten werden. Gleichwohl müsste die Ausweitung der alternativen Energien an anderer Stelle geschaffen werden.

Null-Variante

Bei Nichtdurchführung des Bauleitplanverfahrens wird die Fläche weiter einer landwirtschaftlichen Nutzung unterliegen. Erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die umweltrelevanten Schutzgüter sind bei Nichtdurchführung nicht zu erwarten.

6.0 Weitere Auswirkungen des geplanten Vorhabens

6.1 Anfälligkeit für schwere Unfälle und Katastrophen

Eine Anfälligkeit der nach dem Bebauungsplan zulässigen Vorhaben für schwere Unfälle oder Katastrophen ist nach derzeitigem Kenntnisstand nicht vorhanden. Erhebliche nachteilige Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen, Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima, Landschaft, Biologische Vielfalt, Natura 2000-Gebiete, Mensch, Gesundheit, Bevölkerung sowie kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter durch schwere Unfälle oder Katastrophen sind derzeit nicht abzusehen.

Brandfall

Es besteht keine Brandgefahr seitens der Photovoltaikmodule sowie deren Gestelle. Eine Brandlast geht vornehmlich vom innerhalb der Transformatoren befindlichen Öl aus. Hierfür ist Wasser als Löschmedium ungeeignet. Da die Brandgefahr der übrigen Anlagenteile gering ist und die Ausbreitung eines Brandes auf die Freiflächen somit nicht zu erwarten ist, kann der Transformator im Falle eines Brandes kontrolliert abbrennen.

Wassergefährdende Stoffe

Ein Umgang mit wassergefährdenden Stoffen findet in der Anlage ebenfalls nicht statt.

Störfallbetriebe

In der unmittelbaren Umgebung des Plangebietes befinden sich nach derzeitigem Kenntnisstand keine Betriebsbereiche nach Störfall-Verordnung.

6.2 Kumulierung benachbarter Plangebiete

In der näheren Umgebung des Plangebietes befinden sich derzeit keine Bauleitplanverfahren im Änderungs- oder Aufstellungsverfahren. Kumulierende Wirkungen sind somit ausgeschlossen.

6.3 Auswirkungen auf Schutzgebiete und schutzwürdige Bereiche

Das Plangebiet befindet sich im Bereich des großflächigen Landschaftsschutzgebietes „Siegen“. Die Ausweisung des Landschaftsschutzgebietes dient der Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der Sicherung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit des Landschaftsbildes sowie der Bewahrung des im Interesse des Erholungsverkehrs überregional bedeutsamen Gebietes.

Auch wenn die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes sowie die Sicherung der Vielfalt durch die Errichtung einer PV-Anlage erhalten bleibt, sind mit dem Vorhaben Auswirkungen, wenn auch nicht erheblich, auf die Eigenart und Schönheit des Landschaftsbildes verbunden. Eine Einschränkung der Erholungseignung ergibt sich nicht.

Dennoch steht das Vorhaben den Verboten des Landschaftsschutzgebiets entgegen. Entsprechend § 20 (4) LNatSchG NRW treten der Umsetzung von Inhalten Bau-

Weitere Auswirkungen des geplanten Vorhabens

ungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ entgegenstehende Bestimmungen des Landschaftsplanes Siegen (u. a. Bauverbot im Bereich des Landschaftsschutzgebietes) mit einer Rechtskraft des Bebauungsplanes außer Kraft.

Nach Nutzungsende besteht eine Rückbauverpflichtung, sodass die ursprünglich anstehenden Strukturen kurzfristig wiederhergestellt werden können. Somit handelt es sich um eine temporäre Betroffenheit des Landschaftsschutzgebietes.

Die Biotopverbundfläche VB-A-5113-012 umfasst den „Nördlichen Giebelwald“. Neben dem Plangebiet selbst sind hier insbesondere die umliegenden Waldbestände Teil der Biotopverbundfläche. Der Verbund dieser Waldflächen bleibt weiterhin bestehen.

7.0 Merkmale der verwendeten technischen Verfahren und Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Angaben

Die wichtigsten Maßnahmen und Verfahren zur Untersuchung bzw. Abschätzung der Auswirkungen des Vorhabens bilden:

- der Artenschutzrechtliche Fachbeitrag zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ in Verbindung mit der 106. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Siegen (MESTERMANN LANDSCHAFTSPANUNG 2021),
- die Begründung zum Bebauungsplan Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ der Stadt Siegen (Universitätsstadt Siegen 2022A) und
- die Planzeichnung zum Bebauungsplan 457 „PV-Anlage Rothenberg“ (Universitätsstadt Siegen 2022B),
- die Begründung zur 106. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Siegen (Universitätsstadt Siegen 2022C) sowie
- die Planzeichnung zur 106. Änderung des Flächennutzungsplans (Universitätsstadt Siegen 2022D).

Für die Bearbeitung des Umweltberichtes liegen Planungsgrundlagen und Daten vor, sodass die Empfindlichkeiten der Schutzgüter gegenüber den Auswirkungen des geplanten Vorhabens planungsbezogen beurteilt werden können.

Das für die Umweltprüfung zur Verfügung stehende Abwägungsmaterial zur Beurteilung und Abschätzung der zu erwartenden Umweltfolgen basiert auf den zum heutigen Zeitpunkt vorliegenden Daten und wird als ausreichend betrachtet.

8.0 Geplante Maßnahmen zur Überwachung (Monitoring)

In der Anlage zu § 2 Abs. 4 und § 2a Baugesetzbuch (BauGB) wird die Beschreibung geplanter Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen Auswirkungen im Zusammenhang mit dem Vorhaben der Bebauung auf die Umwelt gefordert.

Gemäß § 4c BauGB erfolgt die Überwachung der erheblichen Umweltauswirkungen, die auf Grund der Bauleitpläne eintreten, durch die Stadt Siegen. Dadurch sollen insbesondere unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen frühzeitig ermittelt werden, um in der Lage zu sein, geeignete Maßnahmen zur Abhilfe zu ergreifen.

Hinsichtlich der Einhaltung der im Bebauungsplan vorgesehenen Festsetzungen ist ein Monitoring erforderlich. Dabei ist die sachgerechte Durchführung und Umsetzung der Vermeidungs- und Kompensationsmaßnahmen zu prüfen.

Die Stadt Siegen ist dafür zuständig, dies innerhalb eines Zeitraumes von 3 Jahren nach Aufstellung des Bebauungsplans zu kontrollieren und zu dokumentieren.

Der Betreiber der Solaranlage ist dazu verpflichtet, der Betriebsanleitung für die Photovoltaikanlage, die vom jeweiligen Hersteller zur Verfügung gestellt wird, zu folgen.

Des Weiteren ist der Betreiber verpflichtet, die in Kap. 4.1.3 genannten Maßnahmen zur Bewirtschaftung der Fläche umzusetzen.

9.0 Allgemein verständliche Zusammenfassung

Einleitung

Ziel des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ in Verbindung mit der 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen ist die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung einer durch die SVB GmbH betriebene Freiflächen-Photovoltaikanlage zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien und Einspeisung in das örtliche Stromversorgungsnetz. Die Leistung der PV-Anlage soll maximal 749 kWp betragen. Je nach technischer Umsetzung entspricht dies einer Anzahl von 2.500 bis 2.800 Modulen.

Der Bebauungsplan kann aufgrund abweichender Festsetzungen nicht gem. § 8(2) BauGB aus dem wirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Siegen (FNP) entwickelt werden, sodass eine Flächennutzungsplanänderung erforderlich ist. Der Flächennutzungsplan der Stadt Siegen wird daher im Parallelverfahren gem. § 8(3) BauGB als 106. Änderung entsprechend der angestrebten Nutzung „Sondergebiet PV-Anlage“ angepasst.

Die Ergebnisse der Umweltprüfung für die Aufstellung des Bebauungsplanes und die Änderung des Flächennutzungsplanes werden in dem hiermit vorgelegten Umweltbericht beschrieben und bewertet. Der Umweltbericht bildet dabei gemäß § 2a BauGB einen Teil der Planbegründung und ist bei der Abwägung dementsprechend zu berücksichtigen. Im Rahmen des Verfahrens wird zudem ein Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag erstellt.

Das ca. 0,9 ha große Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ sowie das damit identische Plangebiet der 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen liegt in der Gemarkung Siegen, Flur 12, Flurstück 12, östlich des Siegener Stadtteils Gosenbach, südlich der BAB 45. Des Weiteren wird auch eine Teilfläche des Flurstückes 24 einbezogen.

Die Stadt Siegen liegt im Geltungsbereich des Regionalplans Arnsberg, Teilabschnitt „Oberbereich Siegen“. Im gültigen Regionalplan ist das Plangebiet „Allgemeiner Freiraum und Agrarbereich“ und als „Waldbereich“ festgelegt.

Das Plangebiet befindet sich im Geltungsbereich des Landschaftsplanes Siegen. Für das Plangebiet ist der flächendeckende Landschaftsschutz festgesetzt. In der Entwicklungskarte wird das Entwicklungsziel 1 „Erhaltung“ dargestellt.

Grundstruktur des Untersuchungsgebiets

Das Untersuchungsgebiet ist gekennzeichnet von seiner Lage östlich angrenzend an die „Siegener Straße“, in der Nähe der Anschlussstelle „Siegen“ der Bundesautobahn (BAB) 45. In der Umgebung des Plangebietes liegen einerseits landwirtschaftlich genutzte Offenlandflächen, andererseits auch Laubwald- und Gehölzbestände mit Amerikanischer Eiche und Vogelkirsche.

Das Plangebiet selbst wird überwiegend von einem artenreichen Grünland geprägt. Zur Straße hin befinden sich Gehölz- und Gebüschstrukturen, u. a. bestehend aus den Ar-

Allgemein verständliche Zusammenfassung

ten Vogelkirsche, Esche, Birke und Weißdorn. Im Übergang zum Grünland wachsen zudem Saumstrukturen auf, die insbesondere an der Böschung zum Funkmast von Ginster bestanden sind.

Im nördlichen Bereich des Plangebietes liegen (teil-)versiegelte Fläche an einem Funkmast mit Nebenanlagen. An der östlichen Grenze des Plangebietes verläuft ein Pfad.

Neben der Lage im Landschaftsschutzgebiet ist auch die Lage innerhalb einer Biotopverbundfläche zu erwähnen.

Bestandsaufnahme und Prognose der Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Gemäß den Vorgaben des § 1 Abs. 6 BauGB sind im Rahmen der Umweltprüfung die Auswirkungen auf folgende Schutzgüter zu prüfen:

- Menschen und seine Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt
- Tiere
- Pflanzen
- Fläche
- Boden
- Wasser
- Klima und Luft
- Landschaft
- Kulturgüter und sonstige Sachgüter
- Biologische Vielfalt und Wechselwirkungen

Zusammenfassend wird deutlich, dass es durch die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ in Verbindung mit der 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen zur Überschirmung von Flächen kommen wird, die derzeit als Extensivgrünland genutzt werden. Die Überschirmung führt zu einer unterschiedlich starken Beschattung und Wasserversorgung dieser Flächen. Die veränderten Standortbedingungen werden unterschiedliche Artenzusammensetzungen der Vegetation bedingen, was auch Einfluss auf die Lebensraumeignung der Flächen für die Fauna hat. Weiterhin gehen mit der Anlage der Solarmodule geringfügige mikroklimatische Veränderungen sowie geringe Versiegelungen des Bodens einher. Aufgrund der Kleinflächigkeit und der Geringfügigkeit der beschriebenen Veränderungen werden jedoch keine erheblichen Beeinträchtigungen für die genannten Schutzgüter erwartet.

Maßnahmen zur Vermeidung und zum Ausgleich nachteiliger

Zur Vermeidung und zum Ausgleich nachteiliger Umweltauswirkungen wurden folgende Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen beschrieben:

Schutzgut Tiere

- Zur Vermeidung der Verbotstatbestände ist eine Begrenzung der Inanspruchnahme von Vegetationsbeständen auf Zeiten außerhalb der Brutzeit (1. März bis 30. September) notwendig. Räumungsmaßnahmen sämtlicher Vegetations-

Allgemein verständliche Zusammenfassung

flächen sind dementsprechend nur zwischen dem 1. Oktober und dem 28. Februar durchzuführen. Im Falle nicht vermeidbarer Flächenbeanspruchungen außerhalb dieses Zeitraumes ist durch eine umweltfachliche Baubegleitung sicherzustellen, dass bei der Entfernung von Vegetationsbeständen oder des Oberbodens die Flächen frei von einer Quartiernutzung durch Vögel sind.

- Die Aktivitäten der Baumaßnahmen (Baustelleneinrichtung, Erdarbeiten, Materiallagerung etc.) sind auf zukünftig versiegelte Bereiche zu beschränken. Damit wird sichergestellt, dass zu erhaltende Gehölz- und Vegetationsbestände der näheren Umgebung vor Beeinträchtigung geschützt sind und auch weiterhin eine Funktion als Lebensraum übernehmen können.

Schutzgut Pflanzen

Die Aktivitäten der Baumaßnahmen (Baustelleneinrichtung, Erdarbeiten, Materiallagerung) sollten auf das Plangebiet und die zukünftig befestigten oder überbauten Flächen beschränkt bleiben. Die Waldbestände im Plangebiet, die erhalten bleiben, sind während der Baumaßnahmen zu schützen. Weiterhin ist die DIN 18920 Vegetationstechnik im Landschaftsbau – Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen – zu beachten. Im Besonderen ist dafür Sorge zu tragen, dass im Bereich von Kronentraufen zzgl. 1,50 m

- keine Baufahrzeuge oder -maschinen fahren oder geparkt werden
- nichts gelagert wird
- keine Abgrabungen oder Verdichtungen vorgenommen werden.

Die im Bebauungsplan getroffenen Festsetzungen zu Grünflächen sind umzusetzen.

Die Pflege bzw. Bewirtschaftung der Anlagenfläche kann durch Mahd oder Beweidung bzw. eine Kombination beider Nutzungsformen erfolgen. Es ist eine extensive Bewirtschaftung vorgesehen:

- keine Ausbringung von Gülle, Jauche und sonstigen Düngemitteln
- kein Einsatz von Pflanzenschutzmitteln
- extensive Beweidung, vorzugsweise Hühelhaltung oder ein- bis zweimalige, abschnittsweise Mahd/Jahr mit Abfuhr des Mähgutes

Schutzgut Boden

Infolge der Ramppfostengründung wird es nur im Bereich des Versorgungsgebäudes zu einer Neuversiegelung von Böden kommen. Eine Beeinträchtigung natürlicher Böden in den Randbereichen des Plangebietes wird zuverlässig verhindert, indem im Rahmen der Bautätigkeit die begleitenden Maßnahmen im Umfeld (z. B. Baustelleneinrichtung, Materiallagerung, Materialtransport) auf die Planungsfläche und die zukünftig befestigten oder überbauten Flächen beschränkt werden. Es gelten grundsätzlich die DIN 18300 (Erdarbeiten) sowie die DIN 18915 (Bodenarbeiten).

Des Weiteren sind folgende Aspekte zu beachten:

Allgemein verständliche Zusammenfassung

- Die Baumaßnahme hat so zu erfolgen, dass Böden außerhalb des Plangebietes nicht beansprucht und in ihren natürlichen Funktionen nicht beeinträchtigt werden.
- Für die Verlegung der Kabelstränge hat ein fachgerechter und getrennter Aus- und Wiedereinbau von Ober- und Unterboden zu erfolgen.
- Vermeidung der Verdichtung des Bodens durch eine bodenschonende Bearbeitung (u. a. Reduzierung der Radlasten).
- Beschränkung der Bautätigkeiten auf Zeiten trockener Witterung und geringer Bodenfeuchte
- Kurze Erschließungswege, Errichtung bodenschonender Baustraßen

Schutzgut Wasser

- Vermeidung der Lagerung wassergefährdender Stoffe (Schmier-, Treibstoffe, Reinigungsmittel, Farben, Lösungsmittel, Dichtungsmaterialien etc.) außerhalb versiegelter Flächen
- Gewährleistung der Dichtheit aller Behälter und Leitungen mit wassergefährdenden Flüssigkeiten bei Baumaschinen und -fahrzeugen

Kompensationsmaßnahmen

Die Ermittlung der Biotopwertpunkte im Plangebiet vor dem Eingriff ergibt einen Bestandwert von 42.486 Biotopwertpunkten. Für den Zustand nach Realisierung der Planung errechnet sich der Planwert auf 29.332 Biotopwertpunkte. Zum Ausgleich der mit dem geplanten Vorhaben einhergehenden Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft ist demnach im Zuge der Umsetzung der Kompensationsmaßnahmen eine Biotopwertverbesserung um insgesamt 13.154 Biotopwertpunkte erforderlich.

Zum Ausgleich der durch die Aufstellung des Bebauungsplanes ermöglichten Eingriffe ist die Inanspruchnahme eines beim Kreis Siegen-Wittgenstein geführten Ökokontos vorgesehen.

Dazu wird das Ökokonto von Frau Ulrike Vogel herangezogen. Auf dem Grundstück Gemarkung Richstein, Flur 10, Flurstück 14 wurde eine Entfichtung durchgeführt.

Zur Inanspruchnahme des Ökokontos fanden Abstimmungen zwischen dem Vorhabenträger und der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein statt.

Anderweitige Planungsmöglichkeiten

Mit der Realisierung der Freiflächen PV-Anlage soll ein Beitrag dazu geleistet werden, um die Ziele des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), des Klimaschutzgesetzes NRW sowie die Klimaschutzziele der Stadt Siegen zur Ausweitung der alternativen Energien zu erreichen. Der Bebauungsplan trägt dazu bei, die seit der Novellierung des BauGB im Jahr 2011 verankerten städtebaulichen Aufgaben wie den Klimaschutz und die Förderung der erneuerbaren Energien wahrzunehmen.

Vor dem Hintergrund der genannten Zielsetzung und unter Berücksichtigung der vorhandenen Strukturen im Plangebiet und der Umgebung wird ein Verzicht auf das Vor-

Allgemein verständliche Zusammenfassung

haben (Null-Variante) der Zielsetzung des Vorhabensträgers nicht gerecht. Aufgrund der vorhandenen Infrastruktur ist das Vorhaben einfach zu realisieren. Bei einem Vorhabenverzicht könnte die aktuelle Bestandssituation mittelfristig erhalten werden. Gleichwohl müsste die Ausweitung der alternativen Energien an anderer Stelle geschaffen werden.

Weitere Auswirkungen des geplanten Vorhabens

Eine Anfälligkeit der nach dem Bebauungsplan zulässigen Vorhaben für schwere Unfälle oder Katastrophen ist nach derzeitigem Kenntnisstand nicht vorhanden.

Es besteht keine Brandgefahr seitens der Photovoltaikmodule sowie deren Gestelle. Eine Brandlast geht vornehmlich vom innerhalb der Transformatoren befindlichen Öl aus. Hierfür ist Wasser als Löschmedium ungeeignet. Da die Brandgefahr der übrigen Anlagenteile gering ist und die Ausbreitung eines Brandes auf die Freiflächen somit nicht zu erwarten ist, kann der Transformator im Falle eines Brandes kontrolliert abbrennen.

Ein Umgang mit wassergefährdenden Stoffen findet in der Anlage ebenfalls nicht statt.

In der unmittelbaren Umgebung des Plangebietes befinden sich nach derzeitigem Kenntnisstand keine Betriebsbereiche nach Störfall-Verordnung.

In der näheren Umgebung des Plangebietes befinden sich derzeit keine Bauleitplanverfahren im Änderungs- oder Aufstellungsverfahren. Kumulierende Wirkungen sind somit ausgeschlossen.

Merkmale der verwendeten technischen Verfahren und Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Angaben

Das für die Umweltprüfung zur Verfügung stehende Abwägungsmaterial zur Beurteilung und Abschätzung der zu erwartenden Umweltfolgen basiert auf den zum heutigen Zeitpunkt vorliegenden Daten und wird als ausreichend betrachtet.

Geplante Maßnahmen zur Überwachung (Monitoring)

Gemäß § 4c BauGB erfolgt die Überwachung der erheblichen Umweltauswirkungen, die auf Grund der Bauleitpläne eintreten, durch die Stadt Siegen. Dadurch sollen insbesondere unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen frühzeitig ermittelt werden, um in der Lage zu sein, geeignete Maßnahmen zur Abhilfe zu ergreifen.

Hinsichtlich der Einhaltung der im Bebauungsplan vorgesehenen Festsetzungen ist ein Monitoring erforderlich. Dabei ist die sachgerechte Durchführung und Umsetzung der Vermeidungs- und Kompensationsmaßnahmen zu prüfen.

Die Stadt Siegen ist dafür zuständig, dies innerhalb eines Zeitraumes von 3 Jahren nach Aufstellung des Bebauungsplans zu kontrollieren und zu dokumentieren.

Der Betreiber der Solaranlage ist dazu verpflichtet, der Betriebsanleitung für die Photovoltaikanlage, die vom jeweiligen Hersteller zur Verfügung gestellt wird, zu folgen.

Allgemein verständliche Zusammenfassung

Des Weiteren ist der Betreiber verpflichtet, die in Kap. 4.1.3 genannten Maßnahmen zur Bewirtschaftung der Fläche umzusetzen.

Warstein-Hirschberg, Mai 2022

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Mestermann', written in a cursive style.

Bertram Mestermann

Dipl.-Ing. Landschaftsarchitekt

Quellenverzeichnis

- ARGE MONITORING PV-ANLAGEN (2007): Leitfaden zur Berücksichtigung von Umweltbelangen bei der Planung von PV-Anlagen. Hannover.
- BNE (2019): Bundesverband Neue Energiewirtschaft (bne) e.V.: Solarparks – Gewinne für die Biodiversität. Berlin.
- GD NRW (2003): Geologischer Dienst NRW. Informationssystem Bodenkarte BK50 – Auskunftssystem BK50 - Karte der schutzwürdigen Böden. Krefeld.
- GEOLOGISCHES LANDESAMT NORDRHEIN-WESTFALEN (1980): Karte der Grundwasserlandschaften in Nordrhein-Westfalen. Krefeld.
- KREIS SIEGEN-WITTGENSTEIN (2008): Landschaftsplan Siegen. Siegen.
- LANUV (2008): Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen. Numerische Bewertung von Biotoptypen für die Bauleitplanung in NRW. Recklinghausen.
- LANUV (2021A): Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen. @LINFOS – Landschaftsinformationssammlung, Düsseldorf. (WWW-Seite) http://www.gis6.nrw.de/osirisweb/ASC_Frame/portal.jsp (letzter Zugriff am 07.05.2021).
- LANUV (2021B): Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen. Geschützte Arten in Nordrhein-Westfalen. (WWW-Seite) <https://artenschutz.naturschutzinformationen.nrw.de/artenschutz/de/arten/blatt/liste/51132> (letzter Zugriff am 04.05.2021).
- LANUV (2021C): Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen, Fachinformationssystem Klimaanpassung. (WWW-Seite) <http://www.klimaanpassung-karte.nrw.de/index.html?feld=Analyse¶m=Klimatopkarte> (letzter Zugriff: 26.06.2021).
- LWL & LVR (2007): Landschaftsverband Westfalen-Lippe & Landschaftsverband Rheinland. Kulturlandschaftlicher Fachbeitrag zur Landesplanung in Nordrhein-Westfalen. Münster und Köln.
- MESTERMANN LANDSCHAFTSPLANUNG (2021): Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ in Verbindung mit der 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen. Warstein-Hirschberg.
- MUNLV (2021A): Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW. Fachinformationssystem ELWAS. (WWW-Seite): <http://www.elwasweb.nrw.de/elwas-web/index.jsf> (letzter Zugriff: 26.05.2021)
- MULNV (2021B): Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW. Umgebungslärm in NRW. (WWW-Seite) <https://www.umgebungs-laerm-kartierung.nrw.de/> letzter Zugriff: 17.05.2021)

Quellenverzeichnis

UNIVERSITÄTSSTADT SIEGEN (2022A): Begründung zum Bebauungsplan Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ im Stadtteil Siegen. Entwurf. Stand 10.01.2022. Siegen.

UNIVERSITÄTSSTADT SIEGEN (2022B): Planzeichnung zum Bebauungsplan Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ im Stadtteil Siegen. Entwurf. Stand 10.01.2022. Siegen.

UNIVERSITÄTSSTADT SIEGEN (2022C): Begründung zur 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen. Siegen.

UNIVERSITÄTSSTADT SIEGEN (2022D): Planzeichnung zur 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen. Siegen.

WMS-FEATURE (2021): bereitgestellt durch: IT.NRW. Bodenkarte für den geologischen Dienst <http://www.wms.nrw.de/gd/bk050?> (letzter Zugriff: 26.05.2021)

WMS-FEATURE (2022): bereitgestellt durch: Geodienste NRW. Digitale topographische Karte http://www.wms.nrw.de/geobasis/wms_nw_dtk? (letzter Zugriff: 10.01.2022)

Anhang 1

Relevante Ziele des Umweltschutzes in den Fachgesetzen und ihre Berücksichtigung

Anhang

Schutzgut	Quelle	Zielaussage
Tiere, Pflanzen	Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) § 1	Natur und Landschaft sind auf Grund ihres eigenen Wertes und als Grundlage für Leben und Gesundheit des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich nach Maßgabe der nachfolgenden Absätze so zu schützen, dass die biologische Vielfalt, die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes einschließlich der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter sowie die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft auf Dauer gesichert sind; der Schutz umfasst auch die Pflege, die Entwicklung und, soweit erforderlich, die Wiederherstellung von Natur und Landschaft (allgemeiner Grundsatz).
	BNatSchG § 44	[1] Es ist verboten, wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören, wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert, Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören, wild lebende Pflanzen oder besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören (Zugriffsverbote).
	Landesnaturschutzgesetz NW (LNatSchG) § 1	Die Regelungen, die neben dem Bundesnaturschutzgesetz gelten oder von diesem abweichen.
	Baugesetzbuch (BauGB) § 1 Abs. 6 Nr. 7	Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind insbesondere die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, zu berücksichtigen. Insbesondere a) die Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen ...
	BauGB § 1a Abs. 3	Die Vermeidung und der Ausgleich voraussichtlich erheblicher Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sowie der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes sind in der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB zu berücksichtigen.

Anhang

Schutzgut	Quelle	Zielaussage
Tiere, Pflanzen	Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) § 1 Abs. 1	Zweck dieses Gesetzes ist es, Menschen, Tiere und Pflanzen, den Boden, das Wasser, die Atmosphäre sowie Kultur- und sonstige Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen zu schützen und dem Entstehen schädlicher Umwelteinwirkungen vorzubeugen.
	Bundeswaldgesetz (BWaldG) § 1 Abs. 1	Wald ist wegen seines wirtschaftlichen Nutzens und wegen seiner Bedeutung für die Umwelt, insbesondere für die dauernde Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, das Klima, den Wasserhaushalt, die Reinhaltung der Luft, die Bodenfruchtbarkeit, das Landschaftsbild, die Agrar- und Infrastruktur und die Erholung der Bevölkerung zu erhalten, erforderlichenfalls zu mehren und seine ordnungsgemäße Bewirtschaftung nachhaltig zu sichern.
	Landesforstgesetz (LFoG) § 1a	Kennzeichen nachhaltiger Forstwirtschaft ist, dass die Betreuung von Waldflächen und ihrer Nutzung in einer Art und Weise erfolgt, dass die biologische Vielfalt, die Produktivität, die Verjüngungsfähigkeit, die Vitalität und die Fähigkeit, gegenwärtig und in Zukunft wichtige ökologische, wirtschaftliche und soziale Funktionen zu erfüllen, erhalten bleiben und anderen Ökosystemen kein Schaden zugefügt wird. Gemäß § 9 haben Träger öffentlicher Vorhaben die in ihren Auswirkungen Waldflächen betreffen können die Funktionen des Waldes angemessen zu berücksichtigen, die Forstbehörden bereits bei der Vorbereitung der Planung und Maßnahmen zu unterrichten und anzuhören.
	Wasserhaushaltsgesetz (WHG) § 1	Zweck dieses Gesetzes ist es, durch eine nachhaltige Gewässerbewirtschaftung die Gewässer als Bestandteil des Naturhaushalts, als Lebensgrundlage des Menschen, als Lebensraum für Tiere und Pflanzen sowie als nutzbares Gut zu schützen.
Boden	Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG) § 1	Zweck dieses Gesetzes ist es, nachhaltig die Funktionen des Bodens zu sichern oder wiederherzustellen. Hierzu sind schädliche Bodenveränderungen abzuwehren, der Boden und Altlasten sowie hierdurch verursachte Gewässer- verunreinigungen zu sanieren und Vorsorge gegen nachteilige Einwirkungen auf den Boden zu treffen. Bei Einwirkungen auf den Boden sollen Beeinträchtigungen seiner natürlichen Funktionen sowie seiner Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte so weit wie möglich vermieden werden.
	Landesbodenschutzgesetz (LBodSchG) § 1 Abs. 1	Mit Grund und Boden soll sparsam und schonend umgegangen werden, dabei sind Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen. Böden, welche die Bodenfunktionen nach § 2 Abs. 2 Nrn. 1 und 2 des Bundesbodenschutzgesetzes im besonderen Maße erfüllen (§ 12 Abs. 8 Satz 1 Bundesbodenschutz- und Altlastenverordnung), sind besonders zu schützen.

Anhang

Schutzgut	Quelle	Zielaussage
Boden	BauGB § 1a Abs. 2	Mit Grund und Boden soll sparsam und schonend umgegangen werden; dabei sind zur Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen die Möglichkeiten der Entwicklung der Gemeinde insbesondere durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und anderen Maßnahmen zur Innenentwicklung zu nutzen sowie Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen. Landwirtschaftlich, als Wald oder für Wohnzwecke genutzte Flächen sollen nur im notwendigen Umfang umgenutzt werden. Die Grundsätze nach den Sätzen 1 und 2 sind nach § 1 Abs. 7 in der Abwägung zu berücksichtigen.
Fläche	BauGB § 1a Abs. 2	siehe Boden
	LBodSchG § 1 Abs. 1	siehe Boden
Wasser	WHG § 1	Zweck dieses Gesetzes ist es, durch eine nachhaltige Gewässerbewirtschaftung die Gewässer als Bestandteil des Naturhaushaltes, als Lebensgrundlage des Menschen, als Lebensraum für Tiere und Pflanzen sowie als nutzbares Gut zu schützen.
	Landeswassergesetz (LWG)	Das Landeswassergesetz verweist bezüglich Leitbilder und Ziele auf das Wasserhaushaltsgesetz
	Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)	Ziele sind u. a.: Verbesserung der aquatischen Ökosysteme und der direkt damit zusammenhängenden Landökosysteme und Feuchtgebiete, Förderung einer nachhaltigen Wassernutzung, Schutz des Grundwassers vor Verschmutzungen, Maßnahmen zur schrittweisen Reduzierung von Emissionen.
	BauGB § 1 Abs. 6 Nr. 7a und 7e	Bei der Aufstellung von Bauleitplänen sind insbesondere die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere die Auswirkungen auf Wasser, die Vermeidung von Emissionen sowie der sachgerechte Umgang mit Abfall und Abwässern zu beachten.
	BNatSchG § 1 Abs. 3 Nr. 3	Zur dauerhaften Sicherung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts sind insbesondere Meeres- und Binnengewässer vor Beeinträchtigungen zu bewahren und ihre natürliche Selbstreinigungsfähigkeit und Dynamik zu erhalten; dies gilt insbesondere für natürliche und naturnahe Gewässer einschließlich ihrer Ufer, Auen und sonstigen Rückhalteflächen; Hochwasserschutz hat auch durch natürliche oder naturnahe Maßnahmen zu erfolgen; für den vorsorgenden Grundwasserschutz sowie für einen ausgeglichenen Niederschlags-Abflusshaushalt ist auch durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege Sorge zu tragen.

Anhang

Schutzgut	Quelle	Zielaussage
Luft	BlmSchG § 1 Abs. 1 und 2	Zweck dieses Gesetzes ist es, Menschen, Tiere und Pflanzen, den Boden, das Wasser, die Atmosphäre sowie Kultur- und sonstige Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen zu schützen und dem Entstehen schädlicher Umwelteinwirkungen vorzubeugen.
	TA Luft	Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen und der Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, um ein hohes Schutzniveau für die gesamte Umwelt insgesamt zu erreichen.
	GIRL (Geruchsimmissionsrichtlinie)	In der TA Luft wird die Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen durch Gerüche geregelt, sie enthält keine Vorschriften zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geruchsimmissionen. Daher sind bis zum Erlass entsprechender bundeseinheitlicher Verwaltungsvorschriften die in dieser Richtlinie beschriebenen Regelungen zu beachten, um sicherzustellen, dass bei der Beurteilung von Geruchsimmissionen und bei den daraus ggf. folgenden Anforderungen an Anlagen mit Geruchsemissionen im Interesse der Gleichbehandlung einheitliche Maßstäbe und Beurteilungsverfahren angewandt werden.
	22. und 23. BImSchV	siehe BImSchG.
	BauGB § 1 Abs. 6 Nr. 7a, auch Nr. 7h siehe Klima	Bei der Aufstellung von Bauleitplänen sind die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere die Auswirkungen auf Luft zu berücksichtigen.
Klima	BauGB § 1 Abs. 5	Die Bauleitpläne sollen dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln sowie den Klimaschutz und die Klimaanpassung, insbesondere auch in der Stadtentwicklung, zu fördern.
	BauGB § 1 Abs. 6 Nr. 7h	Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind insbesondere zu berücksichtigen: die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere die Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität in Gebieten, in denen die durch Rechtsverordnung zur Erfüllung von bindenden Beschlüssen der Europäischen Gemeinschaft festgelegten Immissionsgrenzwerte nicht überschritten werden.
	BauGB § 1a Abs. 5	Den Erfordernissen des Klimaschutzes soll sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, Rechnung getragen werden. Der Grundsatz nach Satz 1 ist in der Abwägung nach § 1 Abs. 7 zu berücksichtigen.

Anhang

Schutzgut	Quelle	Zielaussage
Landschaft	BNatSchG § 1	Natur und Landschaft sind auf Grund ihres eigenen Wertes und als Lebensgrundlage des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen ... zu schützen, zu pflegen und zu entwickeln und ggf. wieder herzustellen, zur dauerhaften Sicherung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie des Erholungswertes von Natur und Landschaft. Die charakteristischen Strukturen und Elemente einer Landschaft sind zu erhalten oder zu entwickeln. Schutz, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes als Lebensgrundlage des Menschen und als Voraussetzung für seine Erholung in Natur und Landschaft.
Biologische Vielfalt	Übereinkommen über die biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity, CBD)	Die Erhaltung der biologischen Vielfalt, die nachhaltige Nutzung ihrer Bestandteile, der gerechte Vorteilsausgleich aus der Nutzung der genetischen Ressourcen (Englisch: Access and Benefit Sharing, ABS). Mit diesen Zielen wird versucht, ökologische, ökonomische und soziale Aspekte beim Umgang mit biologischer Vielfalt in Einklang zu bringen.
	BImSchG § 1 Abs. 1	Zweck dieses Gesetzes ist es, Menschen, Tiere und Pflanzen, den Boden, das Wasser, die Atmosphäre sowie Kultur- und sonstige Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen zu schützen und dem Entstehen schädlicher Umwelteinwirkungen vorzubeugen.
	BWaldG § 1 Abs. 1	siehe oben
	Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt	Die biologische Vielfalt beinhaltet auch die innerartliche genetische Vielfalt sowie die Lebensräume der Organismen und die Ökosysteme. „Erhaltung der biologischen Vielfalt“ umfasst den „Schutz“ und die „nachhaltige Nutzung“. Basis des Übereinkommens über die biologische Vielfalt, und damit auch der vorliegenden nationalen Strategie, ist es, Schutz und Nutzung der Biodiversität stets aus ökologischer, ökonomischer und sozialer Sicht zu betrachten.
	BNatSchG § 1	siehe oben
	Gesetz über die Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden (Umweltschadensgesetz - USchadG)	Dieses Gesetz dient der Umsetzung der Richtlinie 2004/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Umwelthaftung zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden (ABl. EU Nr. L 143 S. 56). Im Sinne dieses Gesetzes sind 1. Umweltschäden: a) eine Schädigung von Arten und natürlichen Lebensräumen nach Maßgabe des § 19 des Bundesnaturschutzgesetzes, b) eine Schädigung der Gewässer nach Maßgabe des § 90 des Wasserhaushaltsgesetzes, c) eine Schädigung des Bodens durch eine Beeinträchtigung der Bodenfunktionen im Sinn des §2 Abs. 2 des Bundesbodenschutzgesetzes, die durch eine direkte oder indirekte Einbringung von Stoffen, Zubereitungen, Organismen oder Mikroorganismen auf, in oder unter den Boden hervorgerufen würde und Gefahren für die menschliche Gesundheit verursacht.

Anhang

Schutzgut	Quelle	Zielaussage
Biologische Vielfalt	BNatSchG § 19	<p>[1] Eine Schädigung von Arten und natürlichen Lebensräumen im Sinne des Umweltschadensgesetzes ist jeder Schaden, der erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Erreichung oder Beibehaltung des günstigen Erhaltungszustands dieser Lebensräume oder Arten hat.</p> <p>[2] Arten im Sinne des Absatzes 1 sind die Arten, die in</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Artikel 4 Absatz 2 oder Anhang I der Richtlinie 79/409/EWG oder 2. den Anhängen II und IV der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführt sind. <p>[3] Natürliche Lebensräume im Sinne des Absatzes 1 sind die</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Lebensräume der Arten, die in Artikel 4 Absatz 2 oder Anhang I der Richtlinie 79/409/EWG oder in Anhang II der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführt sind, 2. natürliche Lebensraumtypen von gemeinschaftlichem Interesse sowie 3. Fortpflanzungs- und Ruhestätten der in Anhang IV der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführten Arten. <p>[4] Hat eine verantwortliche Person nach dem Umweltschadensgesetz eine Schädigung geschützter Arten oder natürlicher Lebensräume verursacht, so trifft sie die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen gemäß Anhang II Nummer 1 der Richtlinie 2004/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Umwelthaftung zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden (ABl. L 143 vom 30.04.2004, S. 56), die durch die Richtlinie 2006/21/EG (ABl. L 102 vom 11.04.2006, S. 15) geändert worden ist.</p>
	BNatSchG § 44	siehe oben
	BauGB § 1 Abs. 6 Nr. 7	Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind insbesondere zu berücksichtigen: Die Auswirkungen auf die biologische Vielfalt.
Natura 2000 Gebiete	BauGB	siehe Tiere, Pflanzen
	BNatSchG	siehe Tiere, Pflanzen
	Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 (FFH-Richtlinie - FFH-RL)	Ziel ist es, zur Sicherung der Artenvielfalt durch die Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen im europäischen Gebiet der Mitgliedstaaten, für das der Vertrag Geltung hat, beizutragen.
	Richtlinie 79/409/EWG des Rates vom 02. April 1979 (Vogelschutzrichtlinie - VSchRL)	Die Vogelschutzrichtlinie untersagt das absichtliche Töten und Fangen der Vögel, das absichtliche Zerstören bzw. Beschädigen von Nestern und Eiern sowie die Entfernung von Nestern, das Sammeln und den Besitz von Eiern sowie absichtliche gravierende Störungen, vor allem zur Brutzeit.

Anhang

Schutzgut	Quelle	Zielaussage
Mensch und menschliche Gesundheit	BauGB	Bei der Aufstellung von Bauleitplänen sind insbesondere die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere die umweltbezogenen Auswirkungen auf den Menschen und seine Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt zu berücksichtigen.
	alle vorgenannten Fachgesetze	unter Berücksichtigung der Wechselwirkungen
Bevölkerung	BauGB	siehe Mensch und menschliche Gesundheit
	alle vorgenannten Fachgesetze	unter Berücksichtigung der Wechselwirkungen
Kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter	BauGB	Bei der Aufstellung von Bauleitplänen sind insbesondere die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere die Auswirkungen auf Kulturgüter und sonstige Sachgüter zu berücksichtigen.
	Denkmalschutzgesetz (DSchG)	Denkmäler sind zu schützen, zu pflegen, sinnvoll zu nutzen und wissenschaftlich zu erforschen. Sie sollen der Öffentlichkeit im Rahmen des Zumutbaren zugänglich gemacht werden.
Emissionen	BauGB, BImSchG, TA Luft, GfL, 22. u. 23. BImSchV	siehe Klima / Luft
	TA Lärm	Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche sowie der Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen durch Geräusche.
	16. BImSchV	Schutz der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Verkehrsgeräusche.
	DIN 18005	Nach § 1 Abs. 5 des Baugesetzbuches (BauGB) sind bei der Bauleitplanung u. a. die Belange des Umweltschutzes und damit, als Teil des Immissionsschutzes, auch der Schallschutz zu berücksichtigen. Nach § 50 des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) sind die für eine bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen auf die ausschließlich oder überwiegend dem Wohnen dienenden Gebiete sowie auf sonstige schutzbedürftige Gebiete soweit wie möglich vermieden werden. Nach diesen gesetzlichen Anforderungen ist es geboten, den Schallschutz soweit wie möglich zu berücksichtigen; er hat gegenüber anderen Belangen einen hohen Rang, jedoch keinen Vorrang.
Abfall und Abwässer	BauGB	Bei der Aufstellung von Bauleitplänen sind insbesondere die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere der sachgerechte Umgang mit Abfällen und Abwässern zu berücksichtigen.
	Kreislaufwirtschafts- (KrWG) / Landesabfallgesetz (LAbfG)	Förderung der Kreislaufwirtschaft zur Schonung der natürlichen Ressourcen und zur Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen.
	WHG, LWG	siehe Tiere, Pflanzen / Wasser

Anhang

Schutzgut	Quelle	Zielaussage
Erneuerbare Energien/ sparsame und effiziente Nutzung von Energie	BauGB	Bei der Aufstellung von Bauleitplänen sind insbesondere die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere die Nutzung erneuerbarer Energien sowie die sparsame und effiziente Nutzung von Energie zu berücksichtigen.
	Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare Energien-Gesetz - EEG)	[1] Zweck dieses Gesetzes ist es, insbesondere im Interesse des Klima und Umweltschutzes eine nachhaltige Entwicklung der Energieversorgung zu ermöglichen, die volkswirtschaftlichen Kosten der Energieversorgung auch durch die Einbeziehung langfristiger externer Effekte zu verringern, fossile Energieressourcen zu schonen und die Weiterentwicklung von Technologien zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien zu fördern.

Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag

**zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457
„PV-Anlage Rothenberg“
in Verbindung mit der 106. Änderung
des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen**

Bertram Mestermann

Büro für Landschaftsplanung



Brackhüttenweg 1
59581 Warstein-Hirschberg
Tel. 02902-66031-0
info@mestermann-landschaftsplanung.de

Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag

**zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457
„PV-Anlage Rothenberg“ in Verbindung mit der
106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen**

Auftraggeber:

Siegener Versorgungsbetriebe GmbH
Morleystraße 29–37
57072 Siegen

Verfasser:

Bertram Mestermann
Büro für Landschaftsplanung
Brackhüttenweg 1
59581 Warstein-Hirschberg

Bearbeiter:

Nadine Faßbeck
M. Eng. Landschaftsarchitektur und Regionalentwicklung

Bertram Mestermann
Dipl.-Ing. Landschaftsarchitekt

Proj.-Nr. 2053

Warstein-Hirschberg, Mai 2022

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	I
Abbildungsverzeichnis	II
Tabellenverzeichnis	II
1.0 Veranlassung und Aufgabenstellung	1
2.0 Rechtliche Grundlagen und Methodik	2
3.0 Vorhabensbeschreibung	6
4.0 Bestandssituation im Untersuchungsgebiet	9
5.0 Ermittlung der Wirkfaktoren	11
6.0 Stufe I – Vorprüfung des Artenspektrums	15
6.1 Festlegung des Untersuchungsrahmens	15
6.2 Ermittlung vorkommender Tier- und Pflanzenarten	15
6.2.1 Ortsbegehung	16
6.2.2 Auswertung von Hinweisen auf planungsrelevante Arten in Informationen zu Schutzgebieten und schutzwürdigen Bereichen	17
6.2.3 Auswertung der Landschaftsinformationssammlung „LINFOS“	22
6.2.4 Auswertung des Fachinformationssystems „Geschützte Arten in Nordrhein- Westfalen“	22
6.3 Konfliktanalyse und Ermittlung von Konfliktarten	25
6.3.1 Häufige und ungefährdete Tierarten	25
6.3.2 Planungsrelevante Arten	25
6.3.3 Zusammenfassende Betrachtung der Nichtkonfliktarten	27
6.4 Ergebnis der Stufe I und weitere Vorgehensweise	29
7.0 Zusammenfassung	30
Quellenverzeichnis	32

Verzeichnisse

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1	Lage des Plangebietes	1
Abb. 2	Auszug aus dem rechtskräftigen Flächennutzungsplan der Stadt Siegen.	6
Abb. 3	Auszug aus der Planzeichnung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ im Stadtteil Siegen.	8
Abb. 4	Bestandssituation im Bereich des Plangebietes	9
Abb. 5	Blick zum Funkmast mit Nebenanlagen und teilversiegelten Flächen.	10
Abb. 6	Böschung zum Funkmast mit Ginster sowie Gehölzbestand zur Straße.	10
Abb. 7	Blick über das Grünland.....	10
Abb. 8	Pfad im Osten des Plangebietes.	10
Abb. 9	Lage des Landschaftsschutzgebietes	18
Abb. 10	Lage der Biotopkatasterfläche.....	19
Abb. 11	Lage des gesetzlich geschützten Biotop	20
Abb. 12	Lage der Biotopverbundflächen	21

Tabellenverzeichnis

Tab. 1	Potenzielle Wirkfaktoren im Zusammenhang mit der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ im Stadtteil Siegen.....	14
Tab. 2	Übersicht über die im Rahmen des Artenschutzrechtlichen Fachbeitrages ausgewerteten Datenquellen.....	15
Tab. 3	Planungsrelevante Arten für das Messtischblatt 5113 „Freudenberg“	23
Tab. 4	Auflistung der für den Bereich der Planung dokumentierten planungsrelevanten Arten und Darstellung der Konfliktarten.	27

1.0 Veranlassung und Aufgabenstellung

Ziel des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ in Verbindung mit der 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen ist die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung einer durch die SVB GmbH betriebenen Freiflächen-Photovoltaikanlage zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien und Einspeisung in das örtliche Stromversorgungsnetz. Die Leistung der PV-Anlage soll maximal 749 kWp betragen. Je nach technischer Umsetzung entspricht dies einer Anzahl von 2.500 bis 2.800 Modulen.

Der Bebauungsplan Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ kann aufgrund abweichender Festsetzungen nicht gem. § 8 (2) BauGB aus dem wirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Siegen (FNP) entwickelt werden, sodass eine Flächennutzungsplanänderung erforderlich ist. Der Flächennutzungsplan der Stadt Siegen wird daher im Parallelverfahren gem. § 8(3) BauGB als 106. Änderung entsprechend der angestrebten Nutzung „Sondergebiet PV-Anlage“ angepasst (UNIVERSITÄTSSTADT SIEGEN 2022A).



Abb. 1 Lage des Plangebietes (rote Fläche) auf Grundlage der Topografischen Karte 1:25.000. Quelle: WMS-FEATURE 2022.

Im Zusammenhang mit dem Vorhaben ist im Rahmen einer Artenschutzprüfung zu untersuchen, ob gemäß § 44 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) eine unzulässige Betroffenheit von artenschutzrechtlich relevanten Arten eintreten kann. Der vorgelegte artenschutzrechtliche Fachbeitrag dient hierfür als fachliche Grundlage.

2.0 Rechtliche Grundlagen und Methodik

Notwendigkeit der Durchführung einer Artenschutzprüfung (Prüfungsveranlassung)

„Die Notwendigkeit zur Durchführung einer Artenschutzprüfung (ASP) im Rahmen von Planungsverfahren oder bei der Zulassung von Vorhaben ergibt sich aus den unmittelbar geltenden Regelungen der §§ 44 Abs. 1 BNatSchG i. V. m. §§ 44 Abs. 5 und 6 und 45 Abs. 7 BNatSchG. Damit sind die entsprechenden Artenschutzbestimmungen der FFH-RL (Art. 12, 13 und 16 FFH-RL) und der V-RL (Art. 5, 9 und 13 V-RL) in nationales Recht umgesetzt worden. Bei Zuwiderhandlungen gegen die Artenschutzbestimmungen sind §§ 69ff BNatSchG zu beachten“ (MKULNV 2016).

Vorhaben in diesem Zusammenhang sind:

1. nach § 15 BNatSchG i. V. m. § 30ff LNatSchG NRW zulässige Eingriffe in Natur und Landschaft. Mögliche Trägerverfahren sind in § 33 Abs. 1-3 LNatSchG NRW genannt (z. B. Erlaubnisse, Genehmigungen, Planfeststellungen).
2. nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zulässige Vorhaben (§§ 30, 33, 34, 35 BauGB).

„Die ordnungsgemäße land-, forst- und fischereiwirtschaftliche Bodennutzung sowie Unterhaltungs- und Pflegemaßnahmen sind keine Vorhaben im Sinne der VV-Artenschutz.“

Bei der ASP handelt es sich um eine eigenständige Prüfung, die nicht durch andere Prüfverfahren ersetzt werden kann (z. B. Umweltverträglichkeitsprüfung, FFH-Verträglichkeitsprüfung, Prüfung nach der Eingriffsregelung, Prüfung nach Umweltschadengesetz). Die ASP sollte soweit möglich mit den Prüfschritten anderer Verfahren verbunden werden“ (MKULNV 2016).

Prüfung der artenschutzrechtlichen Tatbestände (Prüfumfang)

„Bei einer ASP beschränkt sich der Prüfumfang auf die europäisch geschützten FFH-Anhang IV-Arten und die europäischen Vogelarten. Wenn in Natura 2000-Gebieten FFH-Arten betroffen sind, die zugleich in Anhang II und IV der FFH-RL aufgeführt sind, ist neben der FFH-Verträglichkeitsprüfung auch eine ASP durchzuführen. Dies gilt ebenso für europäische Vogelarten des Anhangs I und des Art. 4 Abs. 2 V-RL.“

Die „nur“ national besonders geschützten Arten sind nach Maßgabe des § 44 Abs. 5 Satz 5 BNatSchG von den artenschutzrechtlichen Verboten freigestellt und werden wie alle übrigen Arten grundsätzlich nur im Rahmen der Eingriffsregelung behandelt“ (MKULNV 2016).

Formale Konsequenzen (Verbotstatbestände)

Gemäß § 44 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) ist es verboten:

1. wildlebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
2. wildlebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderzeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,
3. Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wildlebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
4. wildlebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören.

Entsprechend § 45 Abs. 7 BNatSchG können die nach Landesrecht zuständigen Behörden im Einzelfall Ausnahmen von diesen Verboten zulassen.

Planungsrelevante Arten

„Planungsrelevante Arten sind eine naturschutzfachlich begründete Auswahl derjenigen geschützten Arten, die bei einer Artenschutzprüfung (ASP) im Sinne einer Art-für-Art-Betrachtung einzeln zu bearbeiten sind. Das LANUV bestimmt die für Nordrhein-Westfalen planungsrelevanten Arten nach einheitlichen naturschutzfachlichen Kriterien [...]“.

Der Begriff „planungsrelevante Arten“ ist weit zu verstehen. Er ist nicht nur auf die Anwendung in Planungsverfahren beschränkt, sondern bezieht sich auf die Anwendung in allen Planungs- und Zulassungsverfahren [...].

Die übrigen FFH-Anhang IV-Arten und europäischen Vogelarten sind entweder in Nordrhein-Westfalen ausgestorbene Arten, Irrgäste sowie sporadische Zuwanderer. Solche unsteten Vorkommen können bei der Entscheidung über die Zulässigkeit eines Vorhabens sinnvoller Weise keine Rolle spielen. Oder es handelt sich um Allerweltsarten mit einem landesweit günstigen Erhaltungszustand und einer großen Anpassungsfähigkeit. Im Regelfall kann bei diesen Arten davon ausgegangen werden, dass nicht gegen die Verbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG verstoßen wird (d. h. keine erhebliche Störung der lokalen Population, keine Beeinträchtigung der ökologischen Funktion ihrer Lebensstätten sowie keine unvermeidbaren Verletzungen oder Tötungen und kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko).

Die nicht im Sinne einer vertiefenden Art-für-Art-Betrachtung einzeln geprüften Arten sind im Rahmen des Planungs- oder Zulassungsverfahrens zu berücksichtigen. Das

Nichtvorliegen der Verbotstatbestände ist für diese Arten in geeigneter Weise in der ASP zu dokumentieren. [...]

Sofern ausnahmsweise die Möglichkeit besteht, dass die artenschutzrechtlichen Verbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG infolge des Vorhabens bei einer nicht planungsrelevanten Art erfüllt werden, wäre die Behandlung einer solchen Art im Planungs- oder Zulassungsverfahren geboten (z. B. bei Arten, die gemäß der Roten Liste im entsprechenden Naturraum bedroht sind, oder bei bedeutenden lokalen Populationen mit nennenswerten Beständen im Bereich des Plans/Vorhabens)“ (MKULNV 2016).

Methodik

Der Ablauf und die Inhalte einer Artenschutzprüfung umfassen die folgenden drei Stufen (MWEBWV 2010):

Stufe I: Vorprüfung (Artenspektrum, Wirkfaktoren)

In dieser Stufe wird durch eine überschlägige Prognose geklärt, ob und ggf. bei welchen Arten artenschutzrechtliche Konflikte auftreten können. Um dies beurteilen zu können, sind verfügbare Informationen zum betroffenen Artenspektrum einzuholen. Vor dem Hintergrund des Vorhabenstyps und der Örtlichkeit sind alle relevanten Wirkfaktoren des Vorhabens einzubeziehen. Nur wenn artenschutzrechtliche Konflikte möglich sind, ist für die betreffenden Arten eine vertiefende Art-für-Art-Betrachtung in Stufe II erforderlich.

Stufe II: Vertiefende Prüfung der Verbotstatbestände

Hier werden Vermeidungsmaßnahmen inklusive vorgezogener Ausgleichsmaßnahmen und ggf. ein Risikomanagement konzipiert. Anschließend wird geprüft, bei welchen Arten trotz dieser Maßnahmen gegen die artenschutzrechtlichen Verbote verstoßen wird. Sofern eine vorhabensspezifische Verletzung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände anzunehmen ist, ist ein Ausnahmeverfahren der Stufe III durchzuführen. In der Regel wird durch geeignete Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen das Eintreten der Verbotstatbestände verhindert. Damit ist die Durchführung der Stufe III der Artenschutzprüfung überwiegend nicht erforderlich.

Stufe III: Ausnahmeverfahren

In dieser Stufe wird geprüft, ob die drei Ausnahmevoraussetzungen (zwingende Gründe, Alternativlosigkeit, Erhaltungszustand) vorliegen und insofern eine Ausnahme von den Verboten zugelassen werden kann.

Die Untersuchung der artenschutzrechtlichen Relevanz der Planungen im Zusammenhang mit dem Vorhaben erfolgt entsprechend der Verwaltungsvorschrift zur Anwendung der nationalen Vorschriften zur Umsetzung der Richtlinie 92/43/EWG (FFH-RL) und 2009/147/EG (V-RL) zum Artenschutz bei Planungs- oder Zulassungsverfahren (VV-Artenschutz) (MKULNV 2016).

Rechtliche Grundlagen und Methodik

Im Rahmen der Artenschutzprüfung ist eine ausreichende Ermittlung und Bestandsaufnahme der im Untersuchungsraum vorkommenden Tier- und Pflanzenarten erforderlich. Im Regelfall bedarf es einer Gesamtschau, die sich auf eine Auswertung vorhandener Erkenntnisse (z. B. Datenbanken) und bei Bedarf auch methodisch beanstandungsfreie Erfassungen vor Ort gründet.

3.0 Vorhabensbeschreibung

Lage des Plangebietes

Das ca. 0,9 ha große Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ sowie das damit identische Plangebiet der 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen liegt in der Gemarkung Siegen, Flur 12, Flurstück 12, östlich des Siegener Stadtteils Gosenbach, südlich der BAB 45. Des Weiteren wird auch eine Teilfläche des Flurstückes 24 einbezogen.

Flächennutzungsplan

Der rechtskräftige Flächennutzungsplan der Stadt Siegen stellt derzeit für das Plangebiet „Fläche für Landwirtschaft“ dar. In seiner 106. Änderung wird der Flächennutzungsplan entsprechend der angestrebten Nutzung in „Sondergebiet PV-Anlage“ geändert.



Abb. 2 Auszug aus dem rechtskräftigen Flächennutzungsplan der Stadt Siegen. Quelle: UNIVERSITÄTSSTADT SIEGEN 2022A

Bebauungsplan

Art der baulichen Nutzung

Die Art der baulichen Nutzung wird, der geplanten Flächennutzung entsprechend, als sonstiges Sondergebiet nach § 11 BauNVO für Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien mit der Zweckbestimmung „Photovoltaik“ festgesetzt.

Innerhalb der überbaubaren Fläche sind die Errichtung und der Betrieb von photovoltaischen Anlagen zulässig. Um die Versiegelung und die Eingriffe in den Boden auf ein Minimum zu begrenzen und einen leichten Rückbau der Anlagen zu ermöglichen, sind nur aufgeständerte Anlagen in stationärer Bauweise zulässig.

Vorhabensbeschreibung

Außerdem sind innerhalb der überbaubaren Flächen sämtliche für die betrieblichen Zwecke erforderlichen Anlagenbestandteile und technische Infrastrukturen, wie z. B. Solarwechselrichter zur Erzeugung einer Wechselspannung und Transformatoreinrichtungen, zulässig.

Maß der baulichen Nutzung

Die überbaubare Fläche wird durch Baugrenzen festgesetzt. Die Grundflächenzahl wird gemäß § 17 BauNVO für Sondergebiete auf 0,6 festgesetzt. Die tatsächlich versiegelte Fläche ist jedoch wesentlich geringer und nur punktuell wirksam. Für die Ermittlung der GRZ in Bezug auf die Photovoltaikanlagen wird die von den Solarmodulen überspannte Fläche zugrunde gelegt.

Die maximal zulässige Höhe der Kollektorflächen beträgt 3,00 m über der natürlichen Geländeoberfläche. Bezugspunkt ist das Gelände unmittelbar unterhalb des höchsten Punktes des jeweiligen Solarmoduls. Mit der Höhenbegrenzung sollen negative Auswirkung auf das Landschaftsbild vermieden werden. Der Abstand der Unterkante der Modultische zur natürlichen Oberfläche muss mindestens 0,50 m betragen, um eine geschlossene Vegetationsdecke unterhalb der Solarmodule sowie deren Mahd zu ermöglichen.

Nebenanlagen

Die Grundfläche der Solarwechselrichter, Transformer-Stationen sowie sonstige Nebenanlagen gem. § 14 BauNVO wird zur Minimierung der Versiegelung und der Eingriffe in den Boden auf das für den Betrieb der Anlage technisch erforderliche Maß begrenzt.

Die maximal zulässige Höhe der PV-Module beträgt 3,00 m über der natürlichen Geländeoberfläche. Bezugspunkt ist die natürliche Geländeoberfläche unmittelbar unterhalb des höchsten Punktes des jeweiligen PV-Moduls. Der Mindestabstand der Unterkante der PV-Module zur natürlichen Geländeoberfläche beträgt 0,50 m.

Die vorstehenden Ausführungen wurden der Begründung zum Bebauungsplan entnommen (UNIVERSITÄTSSTADT SIEGEN 2022A).

Vorhabensbeschreibung

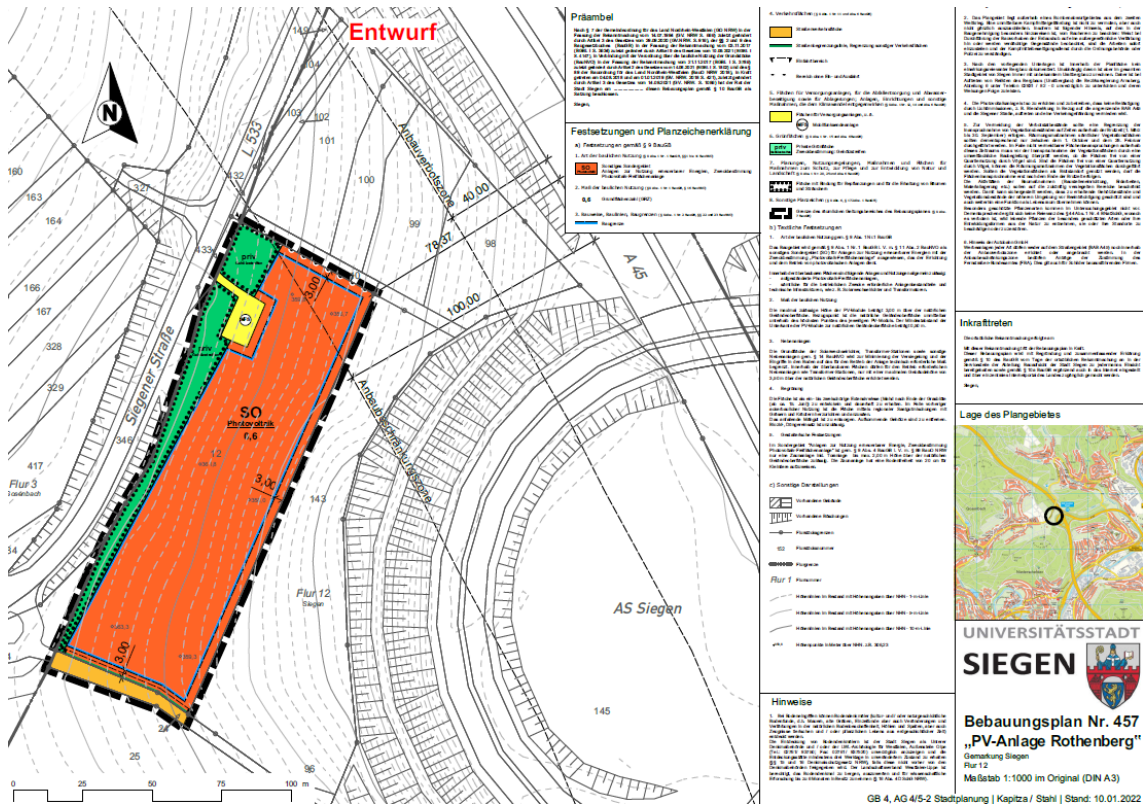


Abb. 3 Auszug aus der Planzeichnung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ im Stadtteil Siegen. Quelle: UNIVERSITÄTSSTADT SIEGEN 2022B

4.0 Bestandssituation im Untersuchungsgebiet

Das Untersuchungsgebiet umfasst das Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ im Stadtteil Siegen und das damit identische Plangebiet der 106. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie die nähere Umgebung, sofern diese für die Aspekte des Artenschutzes relevant sind.

Das Untersuchungsgebiet ist gekennzeichnet von seiner Lage östlich angrenzend an die „Siegener Straße“, in der Nähe der Anschlussstelle „Siegen“ der Bundesautobahn (BAB) 45. In der Umgebung des Plangebietes liegen einerseits landwirtschaftlich genutzte Offenlandflächen, andererseits auch Laubwald- und Gehölzbestände mit Amerikanischer Eiche und Vogelkirsche.

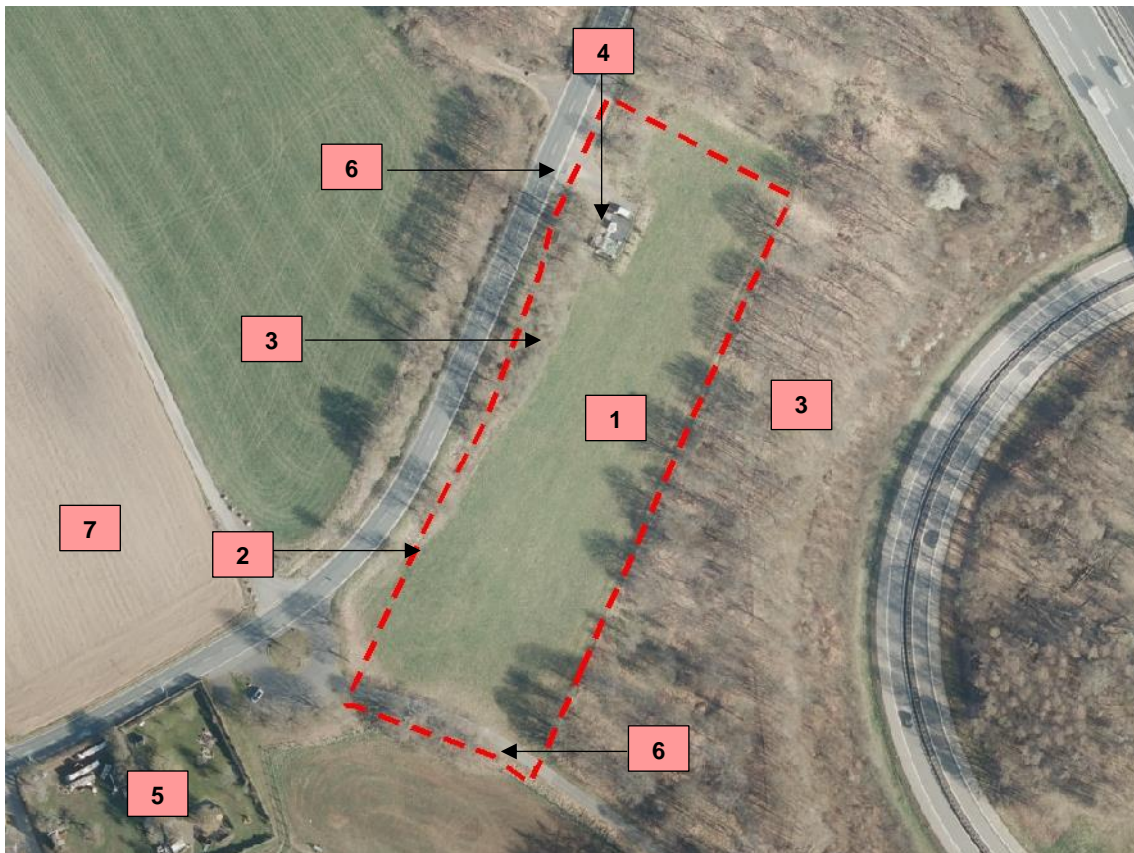


Abb. 4 Bestandssituation im Bereich des Plangebietes (rote Strichlinie) auf Grundlage des Luftbildes vom 19.06.2017.

1 = Grünland
2 = Säume
3 = Gehölze
4 = Gebäude (Funkmast mit Nebenanlagen)

5 = Gärten
6 = (Teil-)versiegelte Flächen
7 = Acker

Das Plangebiet wird überwiegend von einem artenreichen Grünland geprägt. Zur Straße hin befinden sich Gehölz- und Gebüschstrukturen, u. a. bestehend aus den Arten Vogelkirsche, Esche, Birke und Weißdorn. Im Übergang zum Grünland wachsen zudem Saumstrukturen auf, die insbesondere an der Böschung zum Funkmast von Ginster bestanden sind.

Bestandssituation im Untersuchungsgebiet

Im nördlichen Bereich des Plangebietes liegen (teil-)versiegelte Flächen an einem Funkmast mit Nebenanlagen. An der östlichen Grenze des Plangebietes verläuft ein Pfad, an der südlichen Grenze ein versiegelter Wirtschaftsweg.



Abb. 5 Blick zum Funkmast mit Nebenanlagen und teilversiegelten Flächen.



Abb. 6 Böschung zum Funkmast mit Ginster sowie Gehölzbestand zur Straße.



Abb. 7 Blick über das Grünland.



Abb. 8 Pfad im Osten des Plangebietes.

5.0 Ermittlung der Wirkfaktoren

Die potenzielle Betroffenheit planungsrelevanter Arten kann sich primär aus der mit dem Vorhaben einhergehenden Überbauung von Freiflächen sowie dem daraus resultierenden Verlust von Lebensraumstrukturen ergeben. Im Zuge der Baumaßnahmen kann es zu temporären akustischen und optischen Störungen kommen (Baustellenlärm, Bewegung der Baumaschinen). In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, dass bereits erhebliche Störwirkungen durch die in der Nähe des Plangebietes verlaufende BAB 45 bestehen.

Baubedingte Wirkfaktoren

Baubedingte Wirkfaktoren sind Wirkungen, die im Zusammenhang mit den Bauarbeiten auftreten können. Sie sind auf die Zeiten der Baumaßnahme beschränkt.

Baufeldfreimachung / Bauphase

Mit der Baufeldfreimachung findet eine Flächeninanspruchnahme mit dauerhafter Entfernung der vorhandenen Biotopstrukturen statt. Davon betroffen ist das Grünland im Bereich der Photovoltaikanlage. Gehölze werden nicht beansprucht.

In der Bauphase können Flächen beansprucht werden, die über die Planungsfläche hinausgehen (Einrichtung oder Nutzung von Lager- und Abstellflächen, Rangieren von Baufahrzeugen und -maschinen).

Baustellenbetrieb

Baumaßnahmen sind durch den Einsatz von Baufahrzeugen und -maschinen sowie das Baustellenpersonal mit akustischen und optischen Störwirkungen verbunden. Stoffliche Emissionen wie Staub und Abgase sind lediglich in einem geringen Umfang zu erwarten.

Insbesondere das Rammen der Metallständer erzeugt Lärm. Diese Wirkungen sind zeitlich auf die Bauphase sowie räumlich auf die nähere Umgebung des Plangebietes beschränkt und können zu einer temporären Störung der Tierwelt führen.

Anlage- und betriebsbedingte Wirkfaktoren

Flächeninanspruchnahme

Im Bereich der Solarmodule kommt es zu einer Überschirmung der derzeitigen Freiflächen mit Veränderungen des Lichteinfalls (Beschattung) und der Veränderung der Niederschläge bzw. des Bodenwasserhaushalts. Temporäre Flächenversiegelungen sind im Bereich der geplanten Nebenanlagen (z. B. Solarwechselrichter, Transformer-Stationen) zu erwarten.

Überdeckung von Boden durch die Modulflächen

Generell kann im Zusammenhang mit der Aufstellung von Photovoltaik-Freiflächenmodulen durch die Reduzierung des einfallenden Sonnenlichts eine Veränderung der Vegetationsstruktur erfolgen. Bei Anlagenstandorten, die auf ehemals naturschutzfachlich

Ermittlung der Wirkfaktoren

weniger wertvollen Biotopen entstehen, sind gemäß BfN (2009) Auswirkungen der Beschattung auf die Lebensgemeinschaften anzunehmen. Diese sind jedoch naturschutzfachlich nicht bedeutsam und zwar unabhängig davon, ob es sich um eingesäte Flächen oder um Sukzessionsflächen handelt. Tierarten, die diese Flächen nach der Bauphase besiedeln (oder auf ihnen überdauern können), finden den aufgrund der Beschattungsverhältnisse strukturierten Lebensraum bereits so vor.

Ein Effekt der Überschirmung ist die Veränderung der Niederschlagscharakteristik (Regen, Schnee, Tau) unterhalb der Module. Hier ist der natürliche Feuchtigkeitseintrag entsprechend reduziert. Die Geländeerhebungen im Rahmen der Untersuchungen des BfN (2009) erbrachten keine signifikanten Belege einer hierdurch verursachten Veränderung der Vegetation z. B. durch eine Häufung von Trockenzeigern. Trockenheitsbedingte Kahlstellen o. ä. wurden ebenfalls nicht beobachtet, da der Feuchtigkeitseintrag (z. B. durch von Wind verwehtem Regen oder Tau oder durch die Kapillarkraft des Bodens) ausreicht.

Bei Schneelagen können sich jedoch deutliche Unterschiede zwischen den überschirmten und den offen liegenden Flächen ergeben, die dann z. B. für einige Vogelarten wertvolle Nahrungshabitate darstellen können. Gleichzeitig können durch den meist relativ gerichteten Ablauf des Regenwassers im Abtropfbereich kleinflächige Veränderungen der Vegetation auftreten.

Barrierewirkung / Zerschneidung

Die Ergebnisse und Beobachtungen einschlägiger Untersuchungen (BfN 2009) weisen darauf hin, dass primär die von dem Baubetrieb ausgehenden Auswirkungen, insbesondere Lärm, Gerüche, nächtliche Lichtemissionen sowie die menschliche Aktivität allgemein, dazu führen, dass die Anlagenfläche in dieser Zeit von Mittel- und Großsäugern gemieden oder seltener aufgesucht wird. Nach Abschluss der Bauarbeiten scheinen die Module nach den bisherigen Beobachtungen keine abschreckende Wirkung zu haben. Da die Anlagen nach Fertigstellung nur gelegentlich gewartet oder kontrolliert werden und die Flächen aufgrund der extensiven Nutzung eine geeignete Nahrungsquelle für pflanzenfressende Säuger darstellen, geht die Studie davon aus, dass die Flächen mit der Zeit sogar eine hohe Wertigkeit für Mittel- und Großsäuger erreichen werden. Wie Beobachtungen zeigen, können Mittelsäuger auch kleine Durchlässe in der Umzäunung nutzen, um die Flächen zu besiedeln. Hierzu trägt die Auflage bei, dass die Einfriedung einen Mindestabstand von 20 cm zur Bodenkante aufweisen muss.

Diese Einfriedung ermöglicht es Mittelsäugern auf die Fläche des Plangebietes zu gelangen. Für Großsäuger ist eine Zugänglichkeit nicht gegeben, jedoch stehen in der näheren Umgebung weitere Grünlandflächen zur Verfügung. Eine Zugänglichkeit dieser Flächen für Großsäuger ist weiterhin über die an das Plangebiet angrenzenden Waldbestände möglich.

Da die Anlagenteile unbeweglich sind und Fledermäuse die Module mit ihrer Ultraschall-Ortung problemlos als Hindernis erkennen, wird ein Kollisionsrisiko für Fledermäuse für sehr unwahrscheinlich gehalten. Auch Störungen z. B. bei den Jagdflügen

Ermittlung der Wirkfaktoren

(etwa durch Emissionen der Module) sind nicht zu erwarten. Da keine nächtliche Beleuchtung vorgesehen ist, werden Störungen durch die Anlage für Fledermäuse ebenfalls ausgeschlossen. Das lokale Nahrungsangebot für Fledermäuse wird durch die weiterhin extensive Grünlandnutzung hinsichtlich der Fluginsekten erhalten bleiben.

Visuelle Wirkungen (Silhouetteneffekt, optische Störungen)

Der Silhouetteneffekt ist maßgeblich von der Höhe der Anlagen, dem Landschaftsrelief und dem Vorhandensein von weiteren Vertikalstrukturen (z. B. Gehölze, Freileitungen, Gebäude) bestimmt. Mögliche Störungen von empfindlichen Arten (Wiesenvögel, rastende Wasservögel) sind laut einschlägigen Studien (z. B. BfN 2009) bei festinstallierten Modulen auf den Aufstellbereich und die unmittelbare Umgebung begrenzt; weit in die Nachbarschaft ausstrahlendes Meideverhalten von Arten ist nicht zu erwarten.

Licht (Lichtreflexe, Spiegelungen, Lichtspektrum)

Lichtreflexionen (Lichtblitze, Blendwirkung von hellen Flächen) könnten zu einer Beeinträchtigung von Tierlebensräumen oder einer Störung von Tieren und Menschen in der Nachbarschaft führen. Das Reflexionsverhalten ist dabei stark abhängig vom (geringen) Einfallswinkel des Lichts und tritt vor allem bei sehr tiefem Sonnenstand (morgens und abends) auf. Laut BfN (2009) können bei festinstallierten Anlagen die Bereiche südlich sowie bei tiefstehender Sonne westlich und östlich der Anlage geringfügig betroffen sein.

Die qualitative Veränderung des reflektierten Lichtes kann theoretisch zu Auswirkungen auf das Orientierungsverhalten von Tieren führen. Hierbei kann es zu Verwechslungen von größeren Photovoltaikanlagen mit Wasserflächen kommen, was z. B. zu Landeversuchen und Kollisionen führen kann. Laut BfN (2009) sind diese Effekte für Solaranlagen weitgehend auszuschließen, da die Tiere die einzelnen Modulbestandteile erkennen und somit nicht als zusammenhängende Wasserfläche wahrnehmen.

Erwärmung

Bei Sonneneinstrahlung erwärmen sich die Module und können damit zu einer Beeinflussung des lokalen Mikroklimas führen. Laut einschlägigen Studien sind durch die Erwärmung der Module ausgelöste relevante Wirkungen auf Tierarten nicht zu erwarten.

In der folgenden Tabelle werden alle potenziellen Wirkungen des Vorhabens zusammengestellt:

Ermittlung der Wirkfaktoren

Tab. 1 Potenzielle Wirkfaktoren im Zusammenhang mit der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ im Stadtteil Siegen.

Maßnahme	Wirkfaktor	potenzielle Auswirkung im Sinne § 44 Abs. 1 BNatSchG
Baubedingt		
Bauarbeiten zur Bau- feldvorbereitung	Entfernung der anstehenden Biotopstrukturen (krautige/gra- sige Vegetation)	Töten von Tieren im Sinne § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG
	Lärmemissionen und stoffliche Emissionen durch den Baube- trieb	Störung der Tierwelt im Sinne § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG
Anlagebedingt		
Errichtung der Solar- module mittels Ramm- pfosten	nachhaltige Lebensraumverän- derung	Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im Sinne § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG
Einfriedung der Fläche	Barrierewirkung des Zaunes	Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im Sinne § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG
Betriebsbedingt		
Betrieb der Solaran- lage	Silhouettenwirkung der Module	Störung der Tierwelt im Sinne § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG
	Lichtreflexe / Spiegelungen / Änderung der Spektralverhal- ten des Lichtes	Störungen von Tieren Auswirkung auf Orientierung von Tieren Ggf. Kollisionseignisse mit den Solarmodulen

6.0 Stufe I – Vorprüfung des Artenspektrums

6.1 Festlegung des Untersuchungsrahmens

Das Untersuchungsgebiet umfasst das Plangebiet des Bebauungsplans Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ im Stadtteil Siegen mit den dort anstehenden Biotopstrukturen sowie deren vorhabenspezifisch relevante, nähere Umgebung.

Im Zuge der Auswertung des Fachinformationssystems „Geschützte Arten in Nordrhein-Westfalen“ (FIS) werden die Informationen über planungsrelevante Arten für alle potenziell betroffenen Lebensräume im gesamten Untersuchungsgebiet erhoben.

6.2 Ermittlung vorkommender Tier- und Pflanzenarten

Im Rahmen der Artenschutzprüfung ist eine ausreichende Ermittlung und Bestandsaufnahme der im Untersuchungsraum vorkommenden Tier- und Pflanzenarten erforderlich. Im Regelfall bedarf es einer Gesamtschau, die sich auf eine Auswertung vorhandener Erkenntnisse (z. B. Datenbanken) und bei Bedarf auch methodisch beanstandungsfreie Erfassungen vor Ort gründet.

Die Ergebnisse des vorliegenden Artenschutzrechtlichen Fachbeitrages basieren auf den folgenden Datenquellen:

Tab. 2 Übersicht über die im Rahmen des Artenschutzrechtlichen Fachbeitrages ausgewerteten Datenquellen.

Daten	Quelle
Ortsbegehung des Untersuchungsgebietes	Mestermann Büro für Landschaftsplanung 20. Mai 2021
Auswertung der Landschaftsinformationssammlung LINFOS Nordrhein-Westfalen	Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen. Landschaftsinformationssammlung (LANUV 2021A): http://linfos.api.naturschutzinformationen.nrw.de/atlinfos/de/atlinfos.extent
Auswertung des Fachinformationssystems „Geschützte Arten in Nordrhein-Westfalen“ (FIS)	Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen. Geschützte Arten in Nordrhein-Westfalen (LANUV 2021B): https://artenschutz.naturschutzinformationen.nrw.de/artenschutz/de/arten/blatt/liste/51132

Die artenschutzrechtliche Beurteilung wird als worst-case-Szenario durchgeführt.

6.2.1 Ortsbegehung

Im Zuge der Ortsbegehung am 20. Mai 2021 wurden die Strukturen im Plangebiet dahingehend untersucht, ob sich diese als Lebensraum für artenschutzrechtlich relevante Tierarten eignen. Dabei wurde auf das Vorkommen von Tierarten aller relevanten Artengruppen geachtet.

Die Ortsbegehung erfolgte am 20. Mai 2021 zwischen 8 und 13 Uhr bei Temperaturen zwischen 10 und 15 °C sowie heiterer bis sonniger Wetterlage und geringen Windgeschwindigkeiten.

Es wird überprüft, ob planungsrelevante Arten hinsichtlich ihrer individuellen Lebensraumansprüche tatsächlich vorkommen bzw. vorkommen können und in welchem Umfang sie von dem geplanten Vorhaben betroffen sein könnten.

Dazu erfolgen eine Einschätzung der generellen Lebensraumeignung sowie die Überprüfung, inwieweit im Gelände potenzielle Quartiere bestehen. Potenzielle Quartiere stellen Nistkästen, Nischen, Wandverkleidungen an Gebäuden oder Nester und Baumhöhlen an den Gehölzen dar.

In den Gehölzen innerhalb des Plangebietes wurden keine auffälligen Höhlungen, Stammrisse oder abstehende Rinde kartiert, so dass eine Eignung als Sommerquartier für Fledermäuse sowie als Brutstätte für Vögel nicht angenommen wird. Ebenfalls wurden keine Hoste oder Nester kartiert. Die Gehölze können jedoch eine Funktion als nichtessenzielle (Teil-)Nahrungshabitate sowie Ruhestätten und Versteckplätze übernehmen. Der Funkmast und seine Nebenanlagen stellen ebenfalls keine geeigneten Quartiere dar.

Die Offenlandflächen stellen grundsätzlich potenzielle Lebensräume für Offenlandarten dar. Im vorliegenden Fall ist dies jedoch, bedingt durch die Nähe des Plangebietes zur BAB 45 und den damit einhergehenden optischen und akustischen Störwirkungen, eingeschränkt. So können diese Flächen kaum eine Lebensraumfunktion als Fortpflanzungs- und Nahrungshabitat für störungsempfindliche Bodenbrüter übernehmen. Eine Funktion als nichtessenzielle (Teil-)Nahrungshabitate ist allerdings für diesen Lebensraumtyp gegeben.

Hinweise auf das Vorkommen von planungsrelevanten Arten im Plangebiet ergaben sich bei der Ortsbegehung nicht.

6.2.2 Auswertung von Hinweisen auf planungsrelevante Arten in Informationen zu Schutzgebieten und schutzwürdigen Bereichen

Die Auswertung von Hinweisen auf planungsrelevante Arten in Informationen zu Schutzgebieten und schutzwürdigen Bereichen erfolgt für die Vorhabensfläche sowie die Umgebung bis 500 m um das Plangebiet.

Natura 2000-Gebiete

Für bestimmte Lebensraumtypen und Arten, für deren Fortbestand nur in Europa Sorge getragen werden kann, müssen gemäß der sog. FFH-Richtlinie der EU „Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung“ ausgewiesen werden, um eine langfristig gute Überlebenssituation für diese Arten und Lebensräume zu gewährleisten. Diese FFH-Gebiete und die Vogelschutzgebiete, die gemäß der Vogelschutzrichtlinie der EU für europäische Vogelarten auszuweisen sind, werden zusammengefasst als Natura 2000-Gebiete bezeichnet.

Natura 2000-Gebiete befinden sich im Plangebiet und der näheren Umgebung nicht (LANUV 2021A).

Naturschutzgebiete

Naturschutzgebiete sind nach den Vorschriften des BNatSchG „rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete, in denen ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft in ihrer Ganzheit oder in einzelnen Teilen erforderlich ist

1. zur Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung von Lebensstätten, Biotopen oder Lebensgemeinschaften bestimmter wildlebender Tier- und Pflanzenarten,
2. aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen oder landeskundlichen Gründen oder
3. wegen ihrer Seltenheit, besonderen Eigenart oder hervorragenden Schönheit.“

Naturschutzgebiete befinden sich im Plangebiet und der näheren Umgebung nicht (LANUV 2021A).

Ein Landschaftsschutzgebiet ist nach § 26 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) eine Gebietsschutzkategorie des Naturschutzrechts. Gegenüber Naturschutzgebieten zielen Schutzgebiete des Landschaftsschutzes auf das allgemeine Erscheinungsbild der Landschaft, sind oft großflächiger, Auflagen und Nutzungseinschränkungen hingegen meist geringer. Verboten sind insbesondere alle Handlungen, die den „Charakter“ des Gebiets verändern.

Es werden keine Hinweise zum Vorkommen planungsrelevanter Arten gegeben (LANUV 2021A).



LSG-5014-001 = LSG Siegen

Biotopkatasterflächen

Das Biotopkataster Nordrhein-Westfalens ist eine Datensammlung über Lebensräume für wildlebende Tiere und Pflanzen, die für den Arten- und Biotopschutz eine besondere Wertigkeit besitzen. Die Gebiete werden nach wissenschaftlichen Kriterien ausgewählt, in Karten erfasst und im Gelände überprüft sowie dokumentiert.

Im Bereich des Plangebietes befinden sich keine Biotopkatasterflächen. In der näheren Umgebung liegt die Biotopkatasterfläche BK-5113-058 „Wiesentäler Hubach und Alte Hubach“ in etwa 360 m östlicher Entfernung zum Plangebiet.

Für die Biotopkatasterfläche wird kein Hinweis zum Vorkommen planungsrelevanter Arten gegeben (LANUV 2021A).



Abb. 10 Lage der Biotopkatasterfläche (grüne Schraffur) zur Vorhabensfläche (rote Strichlinie) auf Grundlage der Topografischen Karte 1:10.000. Quelle: LANUV 2021A.

BK-5113-058 = Wiesentäler Hubach und Alte Hubach

Gesetzlich geschützte Biotope

Nach § 30 BNatSchG sowie nach § 42 LNatSchG NRW werden bestimmte Teile von Natur und Landschaft, die eine besondere Bedeutung als Biotope haben, gesetzlich geschützt. Handlungen, die zu einer Zerstörung oder sonstigen erheblichen Beeinträchtigung dieser Biotope führen können, sind verboten.

Gesetzlich geschützte Biotope befinden sich nicht im Bereich des Plangebietes, sind jedoch in der näheren Umgebung vorhanden. Das gesetzlich geschützte Biotop BT-4113-676-8 liegt etwa 360 m östlich des Plangebietes und umfasst bachbegleitende Feuchtbrachen.

Hinweise zu planungsrelevanten Arten werden nicht gegeben (LANUV 2021A).



Abb. 11 Lage des gesetzlich geschützten Biotopes (magentafarbene Fläche) zur Vorhabensfläche (rote Strichlinie) auf Grundlage der Topografischen Karte 1:10.000. Quelle: LANUV 2021A.

BT-5113-676-8 = Feuchtbrache

Biotopverbundflächen

Nach § 21 BNatSchG dient der Biotopverbund der dauerhaften Sicherung der Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen. Er soll außerdem zur Verbesserung des Zusammenhangs des Netzes „Natura 2000“ beitragen.

Das Plangebiet liegt im Bereich der Biotopverbundfläche VB-A-5113-012 „Nördlicher Giebelwald“. Des Weiteren liegen etwa 340 m östlich des Plangebietes die Biotopverbundflächen VB-A-5113-016 „Siegtal zwischen Deuz und Siegen“ sowie VB-A-5015-022 „Siegtal“.

Es werden der Dunkle Wiesenknopf-Ameisenbläuling sowie Rotmilan und Raubwürger als planungsrelevante Arten genannt (LANUV 2021A).

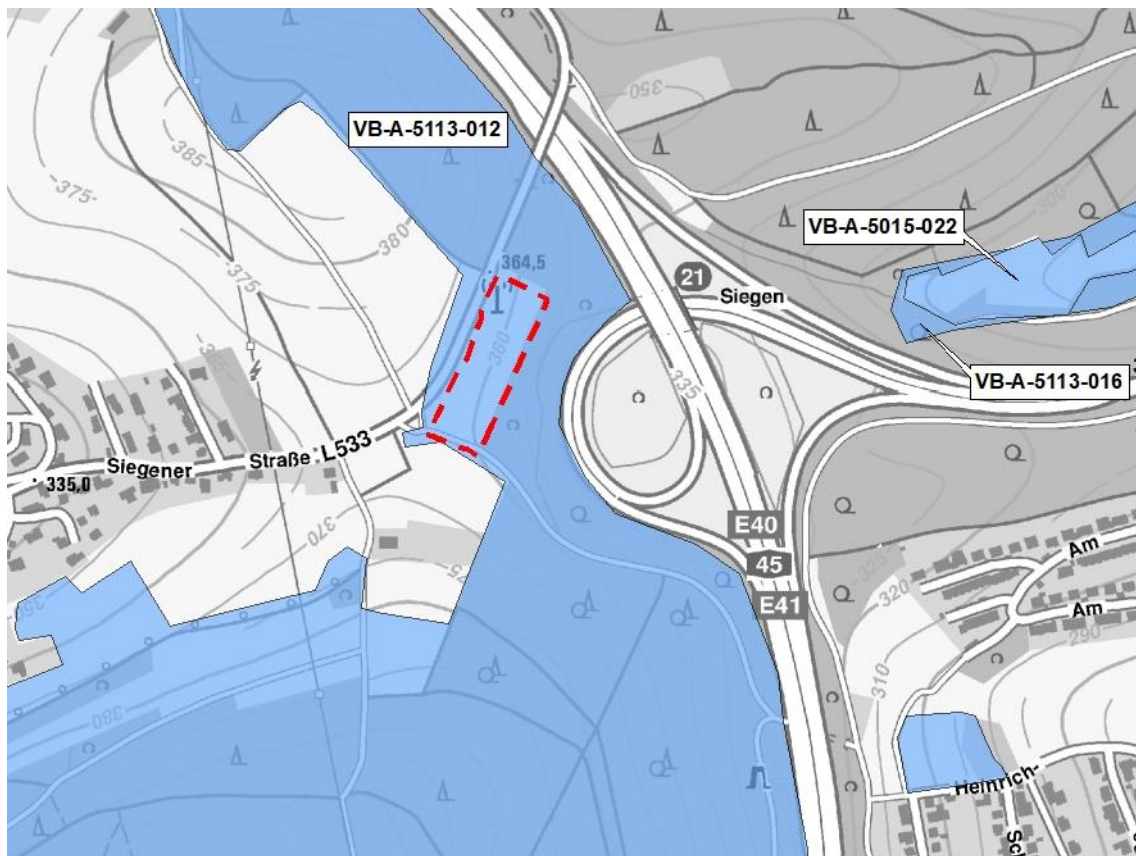


Abb. 12 Lage der Biotopverbundflächen (blaue Flächen) zur Vorhabensfläche (rote Strichlinie) auf Grundlage der Topografischen Karte 1:10.000. Quelle: LANUV 2021A.

VB-5015-022 = Siegtal
VB-5113-012 = Nördlicher Giebelwald
VB-5113-016 = Siegtal zwischen Deuz und Siegen

6.2.3 Auswertung der Landschaftsinformationssammlung „LINFOS“

Eine Abfrage der planungsrelevanten Arten in der Landschafts- und Informationssammlung des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LINFOS) ergab keine Hinweise zum Vorkommen von planungsrelevanten Arten über die in den Schutzgebieten und schutzwürdigen Bereichen genannten Arten.

6.2.4 Auswertung des Fachinformationssystems „Geschützte Arten in Nordrhein-Westfalen“

Das Plangebiet liegt im Bereich des Quadranten 2 des Messtischblattes 5113 „Freudenberg“. Für diesen Quadranten wurde im Fachinformationssystem „Geschützte Arten in Nordrhein-Westfalen“ (FIS) eine Abfrage der planungsrelevanten Arten für die im Untersuchungsgebiet anzutreffenden unmittelbar betroffenen sowie der angrenzenden Lebensraumtypen durchgeführt (LANUV 2021b). Da das Plangebiet als artenreiche Mähwiese einzustufen ist, werden sowohl die Lebensräume Magerwiese als auch Fettwiesen in die Betrachtung einbezogen.

- Laubwälder
- Kleingehölze, Bäume, Gebüsche, Hecken
- Äcker
- Säume und Hochstaudenfluren
- Gärten
- Magerwiesen
- Gebäude
- Fettwiesen

Für den Quadranten 2 des Messtischblattes 5113 „Freudenberg“ werden vom FIS für die im Untersuchungsgebiet vorkommenden Lebensräume insgesamt 38 Arten als planungsrelevant genannt (acht Säugetierarten und 30 Vogelarten). Planungsrelevante Pflanzenarten werden nicht genannt (LANUV 2021b).

Stufe I – Vorprüfung des Artenspektrums

Tab. 3 Planungsrelevante Arten für das Messtischblatt 5113 „Freudenberg“ (Quadrant 2) (LANUV 2021b) für die ausgewählten Lebensraumtypen. Unmittelbar betroffene Lebensraumtypen sind blau hinterlegt.

Art	Status	Erhaltungszustand in NRW (KON)	Laubwälder	Kleingehölze, Bäume, Gebüsche, Hecken	Äcker	Säume und Hochstaudenfluren	Gärten	Magerwiesen und -weiden	Gebäude	Fettwiesen und -weiden
Säugetiere										
Abendsegler	N	G	Na	Na	(Na)	(Na)	Na	(Na)	(Ru)	(Na)
Braunes Langohr	N	G	FoRu, Na	FoRu, Na		Na	Na	Na	FoRu	Na
Fransenfledermaus	N	G	Na	Na		(Na)	(Na)	(Na)	FoRu	(Na)
Großes Mausohr	N	U	Na	Na	(Na)		(Na)	Na	FoRu!	Na
Rauhautfledermaus	N	G	Na						FoRu	
Wasserfledermaus	N	G	Na	Na			Na	(Na)	FoRu	(Na)
Zweifarbfladermaus	N	G	(Na)	(Na)			Na	(Na)	FoRu	(Na)
Zwergfledermaus	N	G	Na	Na			Na	(Na)	FoRu!	(Na)
Vögel										
Baumfalke	N/B	U	(FoRu)	(FoRu)		(Na)				
Baumpieper	N/B	U-	(FoRu)	FoRu		(FoRu)		(FoRu)		
Bluthänfling	N/B	U		FoRu	Na	Na	(FoRu), (Na)	Na		
Eisvogel	N/B	G					(Na)			
Feldlerche	N/B	U-			FoRu!	FoRu		FoRu!		FoRu!
Gartenrotschwanz	N/B	U	FoRu	FoRu		(Na)	FoRu	(Na)	FoRu	(Na)
Girlitz	N/B	U				Na	FoRu!, Na			
Grauspecht	N/B	S	Na			Na		(Na)		(Na)
Habicht	N/B	G	(FoRu)	(FoRu), Na	(Na)		Na	(Na)		(Na)
Heidelerche	N/B	G				(FoRu)		(FoRu)		
Kleinspecht	N/B	G	Na	Na			Na	(Na)		(Na)

Stufe I – Vorprüfung des Artenspektrums

Art	Status	Erhaltungszustand in NRW (KON)	Laubwälder	Kleingehölze, Bäume, Gebüsche, Hecken	Äcker	Säume und Hochstaudenfluren	Gärten	Magerwiesen und -weiden	Gebäude	Fettwiesen und -weiden
Kuckuck	N/B	U-	(Na)	Na			(Na)	(Na)		(Na)
Mäusebussard	N/B	G	(FoRu)	(FoRu)	Na	(Na)		Na		Na
Mehlschwalbe	N/B	U			Na	(Na)	Na	(Na)	FoRu!	(Na)
Mittelspecht	N/B	G	Na							
Neuntöter	N/B	G-		FoRu!		Na		Na		(Na)
Rauchschwalbe	N/B	U-		(Na)	Na	(Na)	Na	Na	FoRu!	Na
Rotmilan	N/B	G	(FoRu)	(FoRu)	Na	(Na)		Na		Na
Schleiereule	N/B	G		Na	Na	Na	Na	Na	FoRu!	Na
Schwarzspecht	N/B	G	Na	(Na)		Na		(Na)		(Na)
Schwarzstorch	N/B	U	(FoRu)							
Sperber	N/B	G	(FoRu)	(FoRu), Na	(Na)	Na	Na	(Na)		(Na)
Star	N/B	U			Na	Na	Na	Na	FoRu	Na
Turmfalke	N/B	G		(FoRu)	Na	Na	Na	(Na)	FoRu!	Na
Waldkauz	N/B	G	Na	Na	(Na)	Na	Na	(Na)	FoRu!	(Na)
Waldlaubsänger	N/B	G	FoRu!							
Waldohreule	N/B	U	Na	Na		(Na)	Na	(Na)		(Na)
Waldschnepfe	N/B	U	FoRu!	(FoRu)						
Wanderfalke	N/B	U+					(Na)		FoRu!	
Wespenbussard	N/B	U	Na	Na		Na		Na		(Na)

Legende:

Status: N = Nachweis ab 2000 vorhanden, N/B = Nachweis „Brutvorkommen“ ab 2000 vorhanden, N/R+W = Nachweis „Rast/Wintervorkommen“ ab 2000 vorhanden

Erhaltungszustand: G = günstig, U = ungünstig/unzureichend, S = ungünstig/schlecht, + = sich verbessernd, - = sich verschlechternd.

Lebensstätten: FoRu = Fortpflanzungs- und Ruhestätte, Ru = Ruhestätte, Na = Nahrungshabitat, Pfl = Pflanzenstandort, () = potenzielles Vorkommen im Lebensraum, ! = Hauptvorkommen im Lebensraum

6.3 Konfliktanalyse und Ermittlung von Konfliktarten

6.3.1 Häufige und ungefährdete Tierarten

Entsprechend des geltenden Rechts unterliegen alle europäischen Vogelarten den Artenschutzbestimmungen des § 44 Abs. 1 BNatSchG. Damit ist auch die vorhabenspezifische Erfüllung der Verbotstatbestände gegenüber häufigen und verbreiteten Vogelarten (sogenannten „Allerweltsarten“ wie Amsel, Buchfink und Kohlmeise) zu prüfen. Bei den häufigen und ungefährdeten Arten kann im Regelfall davon ausgegangen werden, dass wegen ihrer Anpassungsfähigkeit und des günstigen Erhaltungszustandes bei vorhabenbedingten Beeinträchtigungen nicht gegen die Zugriffsverbote verstoßen wird. Gemäß Nr. 6 des Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes tritt eine Verletzung des Schädigungsverbotes der Fortpflanzungs- und Ruhestätten (§ 44 Abs.1 Nr. 3 BNatSchG) nicht ein, soweit die ökologische Funktion der von dem Eingriff betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird. Das Tötungs- und Verletzungsverbot wird nicht ausgelöst, sofern sich das Risiko der Tötung oder Verletzung durch den Eingriff nicht signifikant erhöht und diese Beeinträchtigungen trotz Anwendung der gebotenen, fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen nicht vermieden werden kann.

Durch die folgende Schutzmaßnahme wird sichergestellt, dass keine artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände im Hinblick auf häufige und verbreitete Vogelarten ausgelöst werden. Eine Verminderung von Beeinträchtigungen durch die Einhaltung der folgenden Maßnahmen sichergestellt:

- Zur Vermeidung der Verbotstatbestände ist eine Begrenzung der Inanspruchnahme von Vegetationsbeständen auf Zeiten außerhalb der Brutzeit (1. März bis 30. September) notwendig. Räumungsmaßnahmen sämtlicher Vegetationsflächen sind dementsprechend nur zwischen dem 1. Oktober und dem 28. Februar durchzuführen. Im Falle nicht vermeidbarer Flächenbeanspruchungen außerhalb dieses Zeitraumes ist durch eine umweltfachliche Baubegleitung sicherzustellen, dass bei der Entfernung von Vegetationsbeständen oder des Oberbodens die Flächen frei von einer Quartiernutzung durch Vögel sind.
- Die Aktivitäten der Baumaßnahmen (Baustelleneinrichtung, Erdarbeiten, Materiallagerung etc.) sind auf zukünftig versiegelte Bereiche zu beschränken. Damit wird sichergestellt, dass zu erhaltende Gehölz- und Vegetationsbestände der näheren Umgebung vor Beeinträchtigung geschützt sind und auch weiterhin eine Funktion als Lebensraum übernehmen können.

Das Vorhaben entspricht dem Regelfall, so dass von einer vertiefenden Betrachtung der häufigen und verbreiteten Vogelarten im Rahmen der Konfliktanalyse abgesehen werden kann.

6.3.2 Planungsrelevante Arten

Infolge der Habitatansprüche der Arten, der im Bereich der Vorhabensfläche vorkommenden Biotopstrukturen und der dargestellten Wirkfaktoren kann ein potenzielles

Stufe I – Vorprüfung des Artenspektrums

Vorkommen bzw. eine potenzielle vorhabenbedingte Betroffenheit für einige der im Rahmen der Datenrecherche ermittelten Arten im Vorfeld ausgeschlossen werden.

Da nichtessenzielle Nahrungsflächen nicht zu den Schutzobjekten des § 44 Abs. 1 BNatSchG gehören, ist eine artenschutzrechtlich relevante Betroffenheit für Arten, welche das Untersuchungsgebiet als nichtessenzielles Nahrungshabitat nutzen, nicht gegeben.

Schutzgebiete und schutzwürdige Bereiche

Die Auswertung der Schutzgebiete bzw. schutzwürdigen Bereiche ergab Hinweise zum Vorkommen von Rotmilan, Raubwürger und Dunklem Wiesenknopf-Ameisenbläuling.

Der Rotmilan kommt im Siegerland nahezu flächendeckend vor. Der nächste bekannte Brutstandort ist vom Plangebiet ca. 3,5 km entfernt in Richtung Oberschelden. Aufgrund der geringen Größe des Plangebietes (weniger als 0,9 ha) und der guten Verfügbarkeit von weiteren ausgedehnten Offenlandflächen in den Stadtteilen Gosenbach und vor allem Oberschelden, wird das Grünland im Plangebiet nicht als essentielles Nahrungshabitat eingestuft. Ein temporärer Verlust kann kompensiert werden. Geeignete Fortpflanzungs- und Ruhestätten stellt das Plangebiet nicht dar.

Der Raubwürger ist im Siegerland nur ein sehr seltener Brutvogel und kommt im Stadtgebiet von Siegen nicht mehr vor. Im Siegerland gehören große Kahlschlag- und Windwurfflächen zu seinen bedeutendsten Habitaten. Das Plangebiet bietet daher auch für den Raubwürger keine geeigneten Habitate.

Der Dunkle Wiesenknopf-Ameisenbläuling ist an das Vorkommen des Großen Wiesenknopfs als Futter- und Eiablagepflanze gebunden. Da diese Pflanze im Plangebiet nicht vorkommt, ist auch eine Eignung für den Dunklen Wiesenknopf-Ameisenbläuling nicht gegeben.

Auswertung der Landschaftsinformationssammlung „LINFOS“

Die Landschafts- und Informationssammlung des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV 2021A) weist für das Untersuchungsgebiet und die relevante Umgebung keine planungsrelevanten Arten aus.

Fachinformationssystem „Geschützte Arten in Nordrhein-Westfalen“

Für den oben genannten Quadranten 2 des Messtischblattes 5113 „Freudenberg“ werden vom FIS für die im Untersuchungsgebiet vorkommenden Lebensräume insgesamt 38 Arten als planungsrelevant genannt (acht Säugetierarten und 30 Vogelarten). Planungsrelevante Pflanzenarten werden nicht aufgeführt (LANUV 2021B).

Für diese 38 Arten kann, unter Berücksichtigung der Bestandssituation und der aufgeführten Wirkfaktoren, eine Betroffenheit gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG durch die Planung ausgeschlossen werden, wenn sie

Stufe I – Vorprüfung des Artenspektrums

- ihre Fortpflanzungs- und Ruhestätten außerhalb der beanspruchten Lebensraumtypen finden oder
- den beanspruchten Bereich ausschließlich als Nahrungshabitat nutzen.

Somit verbleiben noch drei Vogelarten als weiterhin zu betrachtende Arten sowie eine Schmetterlingsart aus den Hinweisen der schutzwürdigen Bereiche, die im Messtischblatt nicht aufgeführt ist, als weiterhin zu betrachtende Arten.

Fledermäuse nutzen das Plangebiet ausschließlich als Nahrungshabitat, dieses ist jedoch nicht als essenziell einzustufen, da im Umfeld weitere Offenlandflächen zur Verfügung stehen. Zudem steht das Plangebiet als Jagdhabitat für Fluginsekten weiter zur Verfügung. Durch die weiter vorgesehene, extensive Bewirtschaftung des Grünlandes wird sich das Nahrungsangebot nicht verschlechtern.

Tab. 4 Auflistung der für den Bereich der Planung dokumentierten planungsrelevanten Arten und Darstellung der Konfliktarten.

Datenquelle: FIS = Fachinformationssystem, LINFOS = Landschaftsinformationssammlung

Status: N = Nachweis, N/B = Nachweis Brutvorkommen ab 2000 vorhanden

Art	Datenquelle/ Status	relevante Wirkfaktoren	Erfüllung Verbotstatbestand BNatSchG § 44 Abs. 1 möglich			Kon- flikt- art
			Nr. 1	Nr. 2	Nr. 3	
Vögel						
Baumpieper	FIS: N/B	keine				nein
Feldlerche	FIS: N/B	keine				nein
Heidelerche	FIS: N/B	keine				nein
Schmetterlinge						
Dunkler Wiesenknopf- Ameisenbläuling	LINFOS: N/B	keine				nein

6.3.3 Zusammenfassende Betrachtung der Nichtkonfliktarten

Vögel

Der **Baumpieper** besiedelt lichte Wälder, Windbruch- und Waldbrandflächen, Lichtungen, Brachen, sonnige Waldränder, Heide- und Hochmoorflächen, Schonungen, Aufforstungen und Kahlschläge. Grundvoraussetzung für eine Besiedlung sind hohe Singwarten, eine reich strukturierte Krautschicht und eine geringe Deckung der Strauchschicht.

Die Literatur belegt, dass Photovoltaikanlagen von Baumpiepern als Habitat gut angenommen werden und die Module auch als Ausgangspunkt für Singflüge dienen können (BFN 2009). Eine Betroffenheit des Baumpiepers ist somit, insbesondere bei Erhalt der randlichen Gehölzstrukturen, nicht anzunehmen.

Der Lebensraum der **Feldlerche** ist die offene Feldflur, wobei sie reich strukturierte Äcker, extensiv genutzte Grünländer und Brachen sowie größere Heidegebiete be-

Stufe I – Vorprüfung des Artenspektrums

wohnt. Es ist nachgewiesen, dass Feldlerchen auch Freilandphotovoltaikanlagen als Lebensraum annehmen (BFN 2009).

Die Lebensräume der **Heidelerche** sind sonnenexponierte, trockensandige, vegetationsarme Flächen in halboffenen Landschaftsräumen. Bevorzugt werden Heidegebiete, Trockenrasen sowie lockere Kiefern- und Eichen-Birkenwälder. Darüber hinaus werden auch Kahlschläge, Windwurfflächen oder trockene Waldränder besiedelt. Das Nest legt die Heidelerche gut versteckt am Boden in der Nähe von Bäumen an. Ein Vorkommen der Heidelerche ist aufgrund des Fehlens von geeigneten Lebensraumstrukturen als unwahrscheinlich einzustufen. Eine Betroffenheit der Heidelerche ist somit, insbesondere bei Erhalt der randlichen Gehölzstrukturen, nicht anzunehmen.

Insgesamt ist wegen der Lage in Nähe zur BAB 45 und der damit verbundenen akustischen und optischen Vorbelastung ein Vorkommen von störungsempfindlichen Offenlandarten im Plangebiet als eher gering einzustufen.

Eine artenschutzrechtliche Betroffenheit für die folgenden Vogelarten gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG wird somit voraussichtlich ausgeschlossen:

- Baumpieper
- Heidelerche
- Feldlerche

Schmetterlinge

Der charakteristische Lebensraum des **Dunklen Wiesenknopf-Ameisenbläulings** sind extensiv genutzte, wechselfeuchte Wiesen in Fluss- und Bachtälern. Zu feuchte oder regelmäßig überflutete Standorte werden offenbar gemieden. In höheren Lagen werden auch Weg- und Straßenböschungen sowie Säume besiedelt. Voraussetzung für das Vorkommen des Bläulings ist der Große Wiesenknopf als Futter- und Eiablagepflanze sowie Kolonien von Knotenameisen für die Aufzucht der Raupen. Da es sich beim Plangebiet um eine südöstlich exponierte und in oberer Hanglage gelegene Grünlandfläche handelt, sind die Standortbedingungen für den Großen Wiesenknopf nicht geeignet und das Vorkommen unwahrscheinlich. Darüber hinaus wurden bei der Ortsbegehung Ende Mai keine der auffälligen Blätter des Großen Wiesenknopfes kartiert.

Eine artenschutzrechtliche Betroffenheit für die folgende Schmetterlingsart gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG wird somit voraussichtlich ausgeschlossen:

- Dunkler Wiesenknopf Ameisenbläuling

Besonders geschützte Pflanzenarten

Die Landschaftsinformationssammlung NRW führt keine Fundorte von geschützten Pflanzen und auch keine Hinweise zu gesetzlich geschützten Biotopen auf. Bei der Kartierung Ende Mai 2021 wurden ebenfalls keine Hinweise auf geschützte Pflanzenarten erbracht. Dementsprechend ergibt sich keine Relevanz des § 44 Abs. 1 Nr. 4 BNatSchG, wonach es verboten ist, wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören.

6.4 Ergebnis der Stufe I und weitere Vorgehensweise

Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ in Verbindung mit der 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen hat keine artenschutzrechtlichen Auswirkungen auf die genannten planungsrelevanten Arten. Eine vertiefende Prüfung der Verbotstatbestände gemäß Stufe II ist demnach nicht durchzuführen.

7.0 Zusammenfassung

Ziel des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ in Verbindung mit der 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen ist die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung einer durch die SVB GmbH betriebenen Freiflächen-Photovoltaikanlage zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien und Einspeisung in das örtliche Stromversorgungsnetz. Die Leistung der PV-Anlage soll maximal 749 kWp betragen. Je nach technischer Umsetzung entspricht dies einer Anzahl von 2.500 bis 2.800 Modulen.

Der Bebauungsplan kann aufgrund abweichender Festsetzungen nicht gem. § 8(2) BauGB aus dem wirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Siegen (FNP) entwickelt werden, sodass eine Flächennutzungsplanänderung erforderlich ist. Der Flächennutzungsplan der Stadt Siegen wird daher im Parallelverfahren gem. § 8(3) BauGB als 106. Änderung entsprechend der angestrebten Nutzung „Sondergebiet PV-Anlage“ angepasst.

Im Zusammenhang mit dem Vorhaben ist im Rahmen einer Artenschutzprüfung zu untersuchen, ob gemäß § 44 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) eine unzulässige Betroffenheit von artenschutzrechtlich relevanten Arten eintreten kann. Der vorgelegte artenschutzrechtliche Fachbeitrag dient hierfür als fachliche Grundlage.

Im Zusammenhang mit der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ werden Wirkungen auf die folgenden Lebensraumtypen entstehen können:

- Laubwälder
- Kleingehölze, Alleen, Bäume, Gebüsche, Hecken
- Äcker
- Gärten
- Gebäude
- Säume und Hochstaudenfluren
- Magerwiesen und -weiden
- Fettwiesen und -weiden

Die Auswertung des Fachinformationssystems „Geschützte Arten in Nordrhein-Westfalen“ für das Messtischblatt 5113 „Freudenberg“, Quadrant 2 erbringt Hinweise auf das Vorkommen von 38 Arten (acht Säugetierarten und 30 Vogelarten), die als planungsrelevant eingestuft sind. Planungsrelevante Pflanzenarten werden nicht benannt.

Zusätzlich gibt es Hinweise aus den Schutzgebieten auf das Vorkommen von Vogelarten und einer Schmetterlingsart, die im Messtischblatt nicht aufgeführt sind.

Im Rahmen der Ortsbegehungen am 20. Mai 2021 erfolgte eine Plausibilitätskontrolle. Dabei wurde überprüft, ob die Arten der Artenliste im Plangebiet bzw. im Untersuchungsgebiet hinsichtlich ihrer individuellen Lebensraumansprüche tatsächlich vorkommen bzw. vorkommen können und in welchem Umfang sie von dem geplanten

Zusammenfassung

Vorhaben betroffen sein könnten. Hinweise auf das Vorkommen von planungsrelevanten Arten im Plangebiet ergaben sich bei der Ortsbegehung nicht.

Eine artenschutzrechtliche Betroffenheit gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG der häufigen und verbreiteten Vogelarten wird unter Berücksichtigung der nachstehenden Vermeidungsmaßnahmen ausgeschlossen:

Zur Vermeidung der Verbotstatbestände ist eine Begrenzung der Inanspruchnahme von Vegetationsbeständen auf Zeiten außerhalb der Brutzeit (1. März bis 30. September) notwendig. Räumungsmaßnahmen sämtlicher Vegetationsflächen sind dementsprechend nur zwischen dem 1. Oktober und dem 28. Februar durchzuführen. Im Falle nicht vermeidbarer Flächenbeanspruchungen außerhalb dieses Zeitraumes ist durch eine umweltfachliche Baubegleitung sicherzustellen, dass bei der Entfernung von Vegetationsbeständen oder des Oberbodens die Flächen frei von einer Quartiernutzung durch Vögel sind.

Die Aktivitäten der Baumaßnahmen (Baustelleneinrichtung, Erdarbeiten, Materiallagerung etc.) sind auf zukünftig versiegelte Bereiche zu beschränken. Damit wird sichergestellt, dass zu erhaltende Gehölz- und Vegetationsbestände der näheren Umgebung vor Beeinträchtigung geschützt sind und auch weiterhin eine Funktion als Lebensraum übernehmen können.

Besonders geschützte Pflanzenarten kommen im Untersuchungsgebiet nicht vor. Dementsprechend ergibt sich keine Relevanz des § 44 Abs. 1 Nr. 4 BNatSchG, wonach es verboten ist, wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören.

Ergebnis

Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ in Verbindung mit der 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen hat keine artenschutzrechtlichen Auswirkungen auf die genannten planungsrelevanten Arten. Eine vertiefende Prüfung der Verbotstatbestände gemäß Stufe II ist demnach nicht durchzuführen.

Warstein-Hirschberg, Mai 2022



Bertram Mestermann

Dipl.-Ing. Landschaftsarchitekt

Quellenverzeichnis

Quellenverzeichnis

- BAUER, H. G.; BEZZEL, E.; & FIEDLER, W. (2005): Das Kompendium der Vögel Mitteleuropas. Alles über Biologie, Gefährdung und Schutz. Wiesbaden.
- BfN (2009): Bundesamt für Naturschutz. Naturschutzfachliche Bewertungsmethoden von Freilandphotovoltaikanlagen. BfN - Skripten 247. Bonn.
- LANUV (2021A): Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen. @LINFOS – Landschaftsinformationssammlung, Düsseldorf. (WWW-Seite) http://www.gis6.nrw.de/osirisweb/ASC_Frame/portal.jsp (letzter Zugriff am 07.05.2021).
- LANUV (2021B): Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen. Geschützte Arten in Nordrhein-Westfalen. (WWW-Seite) <https://artenschutz.naturschutzinformationen.nrw.de/artenschutz/de/arten/blatt/liste/51132> (letzter Zugriff am 04.05.2021).
- MKULNV (2016): Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen. Verwaltungsvorschrift zur Anwendung der nationalen Vorschriften zur Umsetzung der Richtlinie 92/43/EWG (FFH-RL) und 2009/147/EG (V-RL) zum Artenschutz bei Planungs- oder Zulassungsverfahren (VV-Artenschutz), Rd. Erl. d. MKULNV v. 06.06.2016, - III 4 – 616.06.01.17.
- MWEBWV (2010): Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr Nordrhein-Westfalen. Artenschutz in der Bauleitplanung und bei der baurechtlichen Zulassung von Vorhaben. Gemeinsame Handlungsempfehlung des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr NRW und des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW vom 24.08.2010.
- UNIVERSITÄTSSTADT SIEGEN (2022A): Begründung zum Bebauungsplan Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ im Stadtteil Siegen. Entwurf. Stand 10.01.2022. Siegen.
- UNIVERSITÄTSSTADT SIEGEN (2022B): Planzeichnung zum Bebauungsplan Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ im Stadtteil Siegen. Entwurf. Stand 10.01.2022. Siegen.
- UNIVERSITÄTSSTADT SIEGEN (2022C): Begründung zur 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen. Siegen.
- UNIVERSITÄTSSTADT SIEGEN (2022D): Planzeichnung zur 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen. Siegen.
- WMS-FEATURE (2022): BEREITGESTELLT DURCH: Geodienste NRW. Digitale topographische Karte http://www.wms.nrw.de/geobasis/wms_nw_dtk? (letzter Zugriff: 10.01.2022)

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4
Bereich: Stadtplanung
Bearbeitet von: Herrn Stahl

Siegen, 04.11.2022

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Bauausschuss	30.11.2022
Haupt- und Finanzausschuss	07.12.2022
Rat	21.12.2022

Kurzbezeichnung:

110. Änderung des Flächennutzungsplans und Bebauungsplan Nr. 461 "PV-Anlage Schlackenhalde Eiserfeld" im Stadtteil Siegen-Eiserfeld

hier:

- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Aufstellungsbeschluss der 110. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) und des Bebauungsplans Nr. 461 "PV-Anlage Schlackenhalde Eiserfeld"

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Aufstellung der 110. Änderung des Flächennutzungsplans und des Bebauungsplans Nr. 461 "PV-Anlage Schlackenhalde Eiserfeld" im Stadtteil Siegen-Eiserfeld gemäß § 2 Abs. 1 BauGB.

Sachverhalt / Begründung:

Die Geltungsbereiche der Flächennutzungsplanänderung (FNP-Änderung) und des Bebauungsplans (B-Plan) sind identisch und liegen im Stadtteil Eiserfeld, Gemarkung Eiserfeld, Flur 14, Flurstück 108, südlich der Straße Birkenweg. Die Geltungsbereiche umfassen jeweils ca. 2,2 ha.

Ziel und Inhalt der Planung

Ziel des B-Plans Nr. 461 ist die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage (PV-Anlage) zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien. Der Vorhabenträger, die DCH Energy GmbH, In der Wehbach 17, 57080 Siegen-Eiserfeld, plant diese Anlage auf der ehemaligen Schlackenhalde im Stadtteil Eiserfeld. Nach der Potenzialflächenanalyse zur Errichtung von Photovoltaik-

Freiflächenanlagen in der Stadt Siegen (siehe VL 865/2022) wird der Schlackenhalde Eiserfeld (Fläche Nr. 1007-0) eine sehr gute Eignung zur Solarnutzung attestiert (siehe Anlage 2).

Die Planung sieht vor, auf der Halde ein Plateau mit einer Gesamtfläche von ca. 4.800 m² zu modellieren. Hierauf könnten ca. 2.440 PV-Module in Ostwestausrichtung in aufgeständerter Bauweise installiert werden. Die Leistung dieser PV-Anlage soll maximal 999 kWp betragen (siehe Anlage 3). Durch die PV-Anlage ist die Erzeugung von über 900.000 kWh Strom pro Jahr möglich, was einem Verbrauch von ca. 250 - 300 Haushalten entspricht.

Die gewonnene Energie soll zum großen Teil der in unmittelbarer Nähe geplanten „Solarsiedlung Eiserfeld“ (B-Plan Nr. 456, siehe VL 34/2020) zugeführt werden, wobei überschüssige Energie in Wasserstoff zur Speicherung umgewandelt werden soll. Durch die PV-Anlage sollen jährlich über 700.000 kg CO² eingespart werden. Damit trägt die Planung zum Klimaschutz und zur Erreichung der Ziele des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) bei. Der Vorhabenträger kann die Fläche vom Eigentümer für die Dauer der Nutzung pachten.

Aktuelles Planungsrecht und Verfahren der Planaufstellung

Die Fläche befindet sich planungsrechtlich im Außenbereich gemäß § 35 BauGB. Nach FNP ist die Fläche überwiegend als „Fläche für Aufschüttungen“ ausgewiesen. Für PV-Anlagen im Außenbereich besteht grundsätzlich keine planungsrechtliche Zulässigkeit. Die Errichtung von PV-Anlagen ist üblicherweise im sogenannten Innenbereich nach § 34 BauGB oder nach § 30 Baugesetzbuch (Vorhaben im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes) zulässig. Daher soll zur Umsetzung des Vorhabens und der Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung der o.g. B-Plan aufgestellt werden. Der B-Plan wird im „Normalverfahren“ durchgeführt, d. h. unter Anwendung der frühzeitigen Öffentlichkeits- sowie Behördenbeteiligung und Durchführung einer Umweltprüfung (gemäß §§ 2 Abs. 4 i. V. m. § 1 Abs. 6 Nr. 7 und 1a BauGB). Das Plangebiet wird hinsichtlich der Art der baulichen Nutzung voraussichtlich als „Sonstiges Sondergebiet“ gemäß § 11 BauNVO mit der Zweckbestimmung „PV-Freiflächenanlage“ festgesetzt.

Der B-Plan kann aufgrund abweichender Festsetzungen nicht gemäß § 8 Abs. 2 BauGB aus dem FNP entwickelt werden, sodass eine Änderung erforderlich ist. Der FNP wird daher im sogenannten Parallelverfahren gemäß § 8 Abs. 3 BauGB angepasst. Durch die Planung sind Eingriffe in Boden, Natur und Landschaft verbunden, wodurch ein Ausgleich notwendig wird. Das Planverfahren wird als externes Verfahren mit einem Planungsbüro durchgeführt. Der Vorhabenträger trägt die Kosten des Verfahrens. Hierzu wird eine Planungsvereinbarung zwischen der Stadt Siegen und dem Vorhabenträger geschlossen.

Weitere Einzelheiten sind den Anlagen zu entnehmen.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input checked="" type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz Die Errichtung einer PV-Freiflächen-Anlage leistet durch die Stromherstellung einen erheblichen Beitrag zur CO ₂ -Reduktion. Durch die Errichtung der PV-Module Flächen wird der Boden geringfügig versiegelt, aber größtenteils überdeckt.			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) Durch die Photovoltaikanlage ist die Erzeugung von über 900.000 kWh Strom pro Jahr möglich und es werden über 700.0000 kg CO ₂ pro Jahr eingespart. Das entspricht dem Verbrauch von ca. 250 Haushalten. Damit trägt die Planung zum Klimaschutz und zur Erreichung der Ziele des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) bei.			

In Vertretung

gez.

Henrik Schumann
Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Geltungsbereiche 110. FNP-Änderung und BPlan Nr. 461](#)
2. [Flächensteckbrief Schlackenhalde Eiserfeld](#)
3. [Projektskizze](#)



**110. Änderung des
Flächennutzungsplans
und Bebauungsplan
Nr. 461
"Halde Eiserfeld"**

Maßstab 1:2.500



Geltungsbereich





Datenherkunft / Untersuchungskategorie

Kategorie EEG: Halde_ATKIS
Datenquelle: ATKIS

Beschreibung der Örtlichkeit

Gemarkung: Eiserfeld
Flächengröße: 22.470 m² | 2,25 ha
Anteil städtisches Eigentum: 0 %
Exposition: Kuppe
Aktuelle Nutzung: Brache
Kuppe, Exposition unterschiedlich

Bekannte Belastungen

Altlasten: **nein**
Offene Schlackenhaldefläche der ehem. Eiserf. Hütte.
Altbergbau: **nein**

Anbindung & Erschließung

Äußere Erschließung: **gut erschlossen**
Straße:
Entfernung nächster Einspeisepunkt: **unbekannt**
Hinweis: Angabe wird erst im Nachgang vom Netzbetreiber ergänzt.

Planungsrecht

Darstellung Regionalplan: *GIB*
Darstellung FNP: *Wohngebiet-WR, Flächen für Aufschüttungen*

Innenbereich (§34 BauGB): *teilweise*
Rechtsverbindlicher BPlan: *nein*
Bezeichnung BPlan:
ggf. Festsetzung im BPlan:
*nur nördlicher Bereich
Innenbereich lt. Satzung*
Planungsbedarf: **ja**

Landschaft | Umwelt | Klima

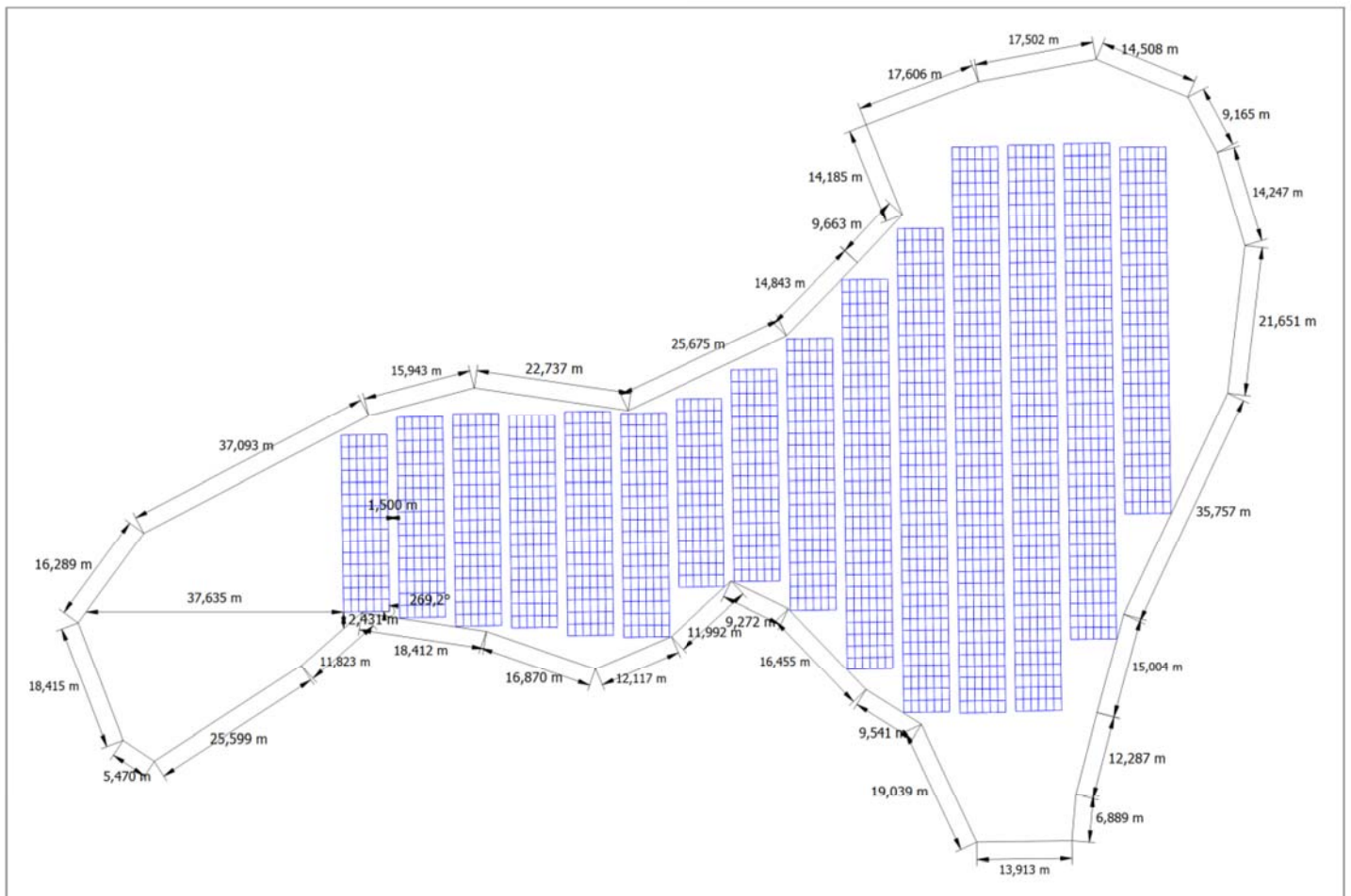
Biol. Vielfalt | Schutzbereiche: **mittel**
Bodenfunktion: **gering**
Bodendenkmal: **nein**
Klimatische Bedeutung: **gering**
Landschaftsbild/Städtebau: **mittel**
Solareignung: **sehr gut geeignet**

Bewertung

Eignung: **Sehr gut geeignet**
Handlungsempfehlung: Aufstellung BPlan mit FNP-Änderung
Bemerkung: je nach Exposition sehr gut geeignet, ggf. Teilbereiche



Übersichtsbild, Quelle: DCH Energy GmbH



Planungsskizze der Photovoltaikanlage, Quelle: DCH Energy GmbH